

Antisemiten-Spiegel

Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Wissenschaft

Herausgegeben
im Auftrage des Vereins zur
Abwehr des Antisemitismus
von seinem Geschäftsführer
Curt Bürger



Preis gebunden Mark 4.—
Dritte, vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage

Verlag des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus
Berlin und Frankfurt a. M.
1911

Antisemiten-Spiegel

Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Wissenschaft

Herausgegeben
im Auftrage des Vereins zur
Abwehr des Antisemitismus
von seinem Geschäftsführer
Curt Bürger

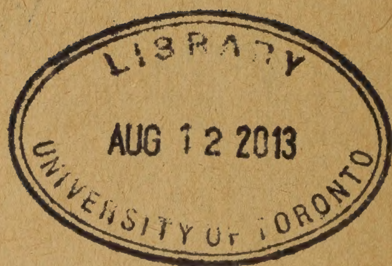




Preis gebunden Mark 4.—

Dritte, vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage

Verlag des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus
Berlin und Frankfurt a. M.
1911


LIBRARY
AUG 12 2013
UNIVERSITY OF TORONTO

Inhaltsverzeichnis.


LIBRARY
AUG 12 2013
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorwort.

Der Antisemitismus hat sich seit dem Erscheinen der letzten Auflage des „Ant.-Spiegels“ (1900) in mancherlei Hinsicht gewandelt; er hat sich „modernisiert“. Er arbeitet nicht mehr mit so rohen Mitteln, wie der Beschuldigung des Wuchers und des Ritualmordes, der geheimnisvollen Verschwörung des „internationalen Großjudentums“, das wie eine Kreuzspinne alle christlichen Nationen in ihre Netze ziehe und ihnen das Blut auspresse. Er tritt heute im schillernden Gewande der „Wissenschaft“ auf, sucht die Rasseninferiorität der Juden zu beweisen und hat sich sowohl im akademischen Leben wie in der Wirtschaftspolitik neue Hilfsorganisationen geschaffen, auf ersterem Gebiete die antisemitischen studentischen Organisationen, auf letzterem einen großen Teil der mittelständischen Bewegung, wie den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband seinen Bestrebungen dienstbar gemacht.

Auf rein politischem Gebiete haben die fortwährend sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen und Grüppchen, deren ganzer Daseinszweck nur in der Erregung konfessionellen Hasses gegen die Juden bestand, die Führung im Kampfe gegen die „zersetzenden Mächte des Judentums“ längst an die Agrardemagogie abgegeben. Die Organe des Bundes der Landwirte, voran die „Deutsche Tages-Ztg.“ und ihre von Herrn Fritz Bley herausgegebene feuilletonistische Beilage „Die Zeitfragen“, sind heute nicht nur die lautesten antisemitischen Schreier, sondern auch die gefährlichsten, weil sie sich auf eine große, machtvolle Organisation stützen, die heute nicht nur auf die gesamten Parteien der Rechten bis weit in die Reihen der nationalliberalen Partei einen terroristischen Einfluß ausübt, sondern die auch vielfach die Regierungen unter ihren Willen gezwungen hat.

Die Basis des politischen Antisemitismus ist also eine breitere geworden. Die publizistische Aufklärung über die kulturfeindlichen Ziele dieser Bewegung muß daher ein erheblich ausgedehnteres Gebiet umfassen als noch vor 11 Jahren. Ferner läßt sich nicht verkennen, daß manche Agitationsgefilde, auf denen die Antisemiten früher ertragreiche Ernten erzielt haben, jetzt vollständig abgegrast sind. Auch die Personen, die früher die antisemitische Bewegung vielfach verkörperten und eine ihrem intellektuellen Gradmesser nicht entfernt entsprechende Popularität genossen, sind immer mehr in den Hintergrund getreten. Das trifft nicht nur auf abgefeimte Demagogen wie Ahl-

wardt oder den irrsinnigen Dreschgrafen Pückler zu; auch Stöcker hatte in den letzten Jahren seines politischen Wirkens erheblich an Popularität eingebüßt, ebenso wie der unmittelbar vor Redaktionsschluß verstorbene Führer der Deutschsozialen, Liebermann v. Sonnenberg. Der Personenkultus der Antisemiten hat sich überhaupt von den Politikern abgewandt und andere Größen an ihre Stelle gesetzt. Adolf Bartels und Houston Chamberlain, die Apostel der neuen Rassenheilslehre, sind die Männer, denen der „fortgeschrittene" Antisemitismus heute Altäre baut.

Die Disposition des neuen „Ant.-Sp." mußte infolgedessen von Grund aus geändert werden. Dem sachlichen Antisemitismus ist ein erheblich größerer Raum gewidmet, die Personen, die als Hauptvertreter der antisemitischen „Weltanschauung" auftraten, sind entsprechend kürzer behandelt. Daneben mußte auch der antisemitischen Bewegung im Auslande, die ja zum Teil aus dem geistigen Arsenal des deutschen Antisemitismus gespeist wird, ein besonderes Kapitel eingeräumt werden.

Eine Reihe von älteren Kapiteln konnte aus diesen Gründen wesentlich kürzer gefaßt werden, da die Materie in früher erschienenen Abhandlungen schon erschöpfend behandelt worden ist. So „Die Juden im Heere", „Der Juden Anteil am Fortschritt der Kultur" und „Die Mittelstandsbewegung". Es darf in diesem Zusammenhang wohl auch das Werk des Verfassers „Die Agrardemagogie in Deutschland" genannt werden. Die Geschichte der kleineren antisemitischen Gruppen konnte ebenfalls in engerem Rahmen zusammengefaßt werden, da in den Broschüren „Der politische Antisemitismus von 1903 bis 1907" (Verlag des V. z. A. d. A.) und „Der politische Antisemitismus von 1907 bis 1911" (Kommissionsverlag des Nationalvereins für das liberale Deutschland, München) ihre Entwicklung ausführlich geschildert ist.

Um die Tendenz des Buches, als eines ausschließlich die antisemitische Bewegung schildernden Werkes, noch schärfer als bisher hervortreten zu lassen, sind ferner die auf die Juden und ihre wirtschaftliche Lage bezüglichen statistischen Angaben ganz wesentlich gekürzt worden; sie werden aber um so gründlicher behandelt in einer etwa gleichzeitig mit dem Antisemitenspiegel zur Ausgabe gelangenden Separatabhandlung: „Die wirtschaftliche Lage, soziale Gliederung und die Kriminalstatistik der Juden".

Der politische Antisemitismus, der von Hessen und Sachsen aus einst einen Siegeszug durch ganz Deutschland antreten wollte, hat, wie gesagt, nahezu abgewirtschaftet; ihm sind die Schwingen gebrochen. Im Parlament winkt ihm trotz liebevoller Unterstützung durch den Bund der Landwirte nimmer Sieg. Dagegen hat sich der gesellschaftliche und der behördliche Antisemitismus, der erstere insbesonders begünstigt durch den akademischen Antisemitismus und die Verbreitung der antisemitischen „Weltanschauung" eines Adolf Bartels und H. St. Chamberlain, vertieft, wenn auch auf staatlichem Gebiete sich vielleicht schon Ansätze einer kleineren Besserung zeigen.

Der gesellschaftliche Antisemitismus wird vielfach in seiner Bedeutung vielleicht etwas überschätzt. Er ist auf demselben Boden erwachsen wie der Kastengeist, der leider Gottes in deutschen Landen heute üppiger denn je wuchert. Die Akademiker schließen sich nicht nur von den übrigen Sterblichen, sondern die Angehörigen der einzelnen Disziplinen auch unter sich ab; das höhere Mandarinentum von den Subalternbeamten, der Großindustrielle und Großkaufmann von dem Handwerker und dem Detailhändler, und so ist aus dem „einig Volk von Brüdern", wie es unserem größten Dichtergenius vorschwebte, ein nur lose zusammenhängendes Konglomerat von Staatsbürgern, Angehörigen des Deutschen Reichs geworden, denen die Pflege ihrer besonderen materiellen Interessen viel mehr am Herzen liegt als das Gemeinwohl des Staates. Der gesellschaftliche Antisemitismus ist daher nur eine Teilerscheinung dieser allgemeinen sozialen Zerklüftung.

Es liegt um so weniger eine Veranlassung vor, dem gesellschaftlichen Antisemitismus wie dem Antisemitismus der staatlichen Behörden, der durch eine leise Steuerdrehung des Staatsschiffes nach links, erzwungen durch einen imponierenden Wahlsieg der gesamten Linken bei den Reichstagswahlen, leicht beseitigt werden kann, eine übertriebene Bedeutung beizumessen, als die unermüdliche Aufklärungsarbeit von Christen und Juden über die Verlogenheit der antisemitischen Hetze und über die Kulturfeindlichkeit dieser mit Recht als „Schmach des Jahrhunderts" bezeichneten gesamten Bewegung doch schon zum mindesten einen großen moralischen Erfolg gezeitigt hat. Sie hat ein so einflußreiches Organ der Reaktion, wie die „Kreuzztg.", zu dem ihm gewiß nicht leicht gewordenen Eingeständnis gezwungen, daß auch das Judentum an dem kulturellen Fortschritt der Menschheit, insbesondere in Wissenschaft und Kunst, einen nicht geringeren Anteil hat, und daß andererseits „die destruktiven Kräfte sich leider auch in reichem Maße bei rassereinen Deutschen entwickelt haben". Mit dieser besseren Erkenntnis, mag sie auch von professionellen Hetzern noch so sehr abgeschwächt werden, ist in das antisemitische Lügengebäude die erste Bresche gelegt. Auch die anderen Vorurteile werden schwinden, wenn diese Aufklärungsarbeit mit zäher Energie fortgesetzt wird. Der „Antisemitenspiegel" hat deshalb in seiner neuen Auflage auch gerade der Entwicklung des Antisemitismus in den letzten Jahren seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es erwächst dem Verfasser zum Schluß nur noch die angenehme Pflicht, den Herren Mitarbeitern für die liebenswürdige Unterstützung zugleich auch im Namen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus seinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Berlin, im Oktober 1911.

Curt Bürger.

Wieviel Juden gibt es?

Aus zwei Gründen schicken wir diesem Buche ein einleitendes Kapitel voran, welches über die numerische Stärke der jüdischen Bevölkerung in den wichtigsten Ländern und ihre Entwicklungstendenz einen Ueberblick geben soll. Einmal wollen wir an der Hand der amtlichen Zahlenangaben zeigen, wie verschwindend gering der ziffernmäßige Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung ist, wie sehr ihr natürliches Wachstum hinter jenem der übrigen Bevölkerung zurückbleibt, so daß die antisemitische Phrase von der zunehmenden Verjudung ganzer Länder angesichts des Tatsachenmaterials in etwas sonderbarem Lichte erscheint. Ueberhaupt spielt ja im Kampfe gegen die Juden das Umsichwerfen mit phantastischen Ziffern eine derartige Rolle, daß genaue, auf amtlichem Material beruhende Berechnungen dringend notwendig sind. Sodann aber müssen wir hier gleich zu Beginn des Buches — wenn auch nur in großen Zügen — die wichtigsten bevölkerungspolitischen Fragen, die im Leben der Juden, insbesondere in Deutschland, gegenwärtig eine große Rolle spielen, erörtern zum besseren Verständnis der folgenden Kapitel, vor allem jener Kapitel, in denen die Angriffe auf die Tätigkeit der Juden im wirtschaftlichen Leben eingehend behandelt werden sollen.

Zunächst bringen wir eine *Zusammenstellung über die Zahl der Juden* in den wichtigsten Ländern auf Grund der amtlichen Zählungen und zuverlässigen Schätzungen, soweit jene Länder in Betracht kommen, die keine Konfessionsstatistik besitzen.

Gesamtzahl der Juden.

1. *Europa:*

	Gesamtbevölkerung	Juden	Prozent der Juden
Deutschland	60 641 278	607 862	1,00
Oesterreich	26 150 708	1 224 896	4,68
Ungarn	19 254 559	851 378	
Europäisch-Rußland		4 406 063	4,03
Polen	9 402 253	1 533 716	14,01
Schweden	5 136 441	3 912	0,07
Norwegen	2 239 880	642	0,03
Dänemark	2 449 540	3 476	0,14
England	44 546 822	277 041	0,62
Frankreich	39 252 245	95 000	0,24
Schweiz	3 765 002	19 023	0,51
Holland	5 104 137	103 988	2,03
Italien	32 475 253	35 617	1,109
Rumänien	5 956 690	266 652	4,5
Bulgarien	4 035 575	37 653	0,93
Serbien	2 492 882	5 729	0,23
Europäische Türkei	5 900 046	160 947	2,73

	Gesamt-bevölkerung	Juden	Prozent der Juden
2. **Asien:**			
Asiatische Türkei	17 426 301	201 998	1,16
Russisch-Asien	22 794 902	120 636	0,49
Indien	294 361 056	18 228	0,62
Persien		49 500	
Arabien		35 000	
3. **Afrika:**			
Marokko		109 712	
Algier	5 231 850	64 645	1,23
Tunis		65 213	
Aegypten	11 189 978	38 635	3,45
Südafrika	4 658 635	38 139	0,82
4. **Amerika:**			
Vereinigte Staaten	84 216 433	1 777 000	2,11
Kanada	5 371 051	16 432	0,31
Argentinien		55 000	
5. **Australien und Neuseeland:**	4 662 379	16 850	0,36

Es beträgt also gegenwärtig die Gesamtzahl der Juden auf der Erde etwa 11½ Millionen gegenüber 1500 Millionen der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Erdbevölkerung bilden die Juden ein kleines Häuflein, dessen Zunahme außerdem, wie wir bald sehen werden, weit hinter jener der Gesamtbevölkerung zurückbleibt, so daß die Furcht vor der Macht der Juden, soweit ihre numerische Stärke in Frage kommt, lächerlich ist.

Was speziell die Juden in **Deutschland** anlangt, so verteilten sie sich nach der Volkszählung vom Jahre 1905 auf die einzelnen Bundesstaaten folgendermaßen: Deutschland.

	Gesamtzahl	Juden	Prozent der Juden
Provinz Ostpreußen	2 030 176	13 553	0,67
" Westpreußen	1 641 746	16 139	0,98
Stadtkreis Berlin	2 040 148	98 893	4,85
Provinz Brandenburg	3 531 906	40 427	1,15
" Pommern	1 684 326	9 660	0,57
" Posen	1 986 637	30 433	1,53
" Schlesien	4 942 611	46 845	0,95
" Sachsen	2 979 221	8 050	0,27
" Schleswig-Holstein	1 504 248	3 270	0,22
" Hannover	2 759 544	15 581	0,57
" Westfalen	3 618 090	20 757	0,57
" Hessen-Nassau	2 070 052	50 016	0,42
" Rheinland	6 436 337	55 408	0,86
" Hohenzollern	68 282	469	0,69
Königreich **Preußen**	37 293 324	409 501	1,10
" **Bayern**	6 524 372	55 341	0,85
" **Sachsen**	4 508 601	14 697	0,32
" **Württemberg**	2 302 179	12 053	0,25
Großherzogtum **Baden**	2 010 728	25 893	1,29
" **Hessen**	1 209 175	24 696	2,04

	Gesamtzahl	Juden	Prozent der Juden
Mecklenburg-Schwerin	625 045	1 482	0,24
Sachsen-Weimar	388 095	1 421	0,36
Mecklenburg-Strelitz	103 451	298	0,29
Oldenburg	438 856	1 493	0,34
Braunschweig	485 958	1 815	0,37
Sachsen-Meiningen	268 916	1 256	0,47
Sachsen-Altenburg	206 508	131	0,06
Sachsen-Coburg-Gotha	242 432	714	0,29
Anhalt	328 029	1 460	0,45
Schwarzburg-Sondershausen	85 152	195	0,23
Schwarzburg-Rudolstadt	96 835	82	0,08
Waldeck	59 127	629	1,06
Reuß ältere Linie	70 603	54	0,08
Reuß jüngere Linie	144 584	290	0,20
Schaumburg-Lippe	44 992	246	0,55
Lippe	145 577	735	0,50
Lübeck	105 857	638	0,60
Bremen	263 440	1 432	0,54
Hamburg	874 878	19 602	2,24
Elsaß-Lothringen	1 814 564	31 708	1,75
Deutsches Reich	60 641 278	607 862	1,00

Es kamen also im Jahre 1905 auf 100 Einwohner im Deutschen Reich nur 1 Jude. Sicher wird nach der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910, deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind, der prozentuale Anteil der Juden noch geringer sein. Nur in Hessen und Preußen war der Prozentsatz der Juden etwas stärker als im Reich. In Bayern betrug er nur 0,85, in Sachsen 0,32, in Württemberg noch weniger, nämlich 0,25.

Außerdem ist, wie aus folgender Uebersicht hervorgeht, der Anteil der jüdischen Bevölkerung in allen Bundesstaaten mit Ausnahme von Sachsen, das, wie eben erwähnt, eine sehr schwache jüdische Bevölkerung aufweist, im ständigen Rückgang begriffen.

Es betrug der Prozentsatz der Juden nach den einzelnen Volkszählungen:

Volkszählungsjahr:	Preußen	Bayern	Württemberg	Sachsen
1871	1,32	1,04	0,67	0,13
1875	—	1,02	0,68	0,19
1880	1,33	1,01	0,67	0,22
1885	1,29	0,99	0,66	0,24
1890	1,24	0,96	0,62	0,27
1900	1,14	0,89	0,55	0,29
1905	1,10	0,85	0,52	0,32

Volkszählungsjahr:	Baden	Hessen	Elsaß-Lothringen	Deutsches Reich
1871	1,76	2,98	2,64	1,25
1875	1,76	2,90	2,55	1,22
1880	1,74	2,85	2,51	1,24
1885	1,69	2,73	2,36	1,20
1890	1,61	2,57	2,16	1,15
1900	1,39	2,19	1,88	1,04
1905	1,29	2,04	1,75	1,00

Prozentuale Abnahme der jüdischen Bevölkerung.

Diese Ziffern sprechen deutlich nicht von der zunehmenden Verjudung, sondern im Gegenteil von der „Entjudung" der deutschen Bevölkerung. Diese ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die natürliche Zunahme der jüdischen Bevölkerung in keiner Weise Schritt hält mit jener der Gesamtbevölkerung. Wenn auch in Deutschland die Fruchtbarkeit in den letzten Jahren im Rückgang begriffen ist, so ist doch die Reproduktion der deutschen Bevölkerung verglichen mit jener der übrigen europäischen Kulturstaaten überaus günstig. Die früher sprichwörtliche Fruchtbarkeit der Juden ist, soweit Deutschland in Frage kommt, sehr im Schwinden begriffen. Auch hier illustrieren Zahlen die gegenwärtige Situation besser als weitläufige Schilderungen. Da wir für das gesamte Deutsche Reich keine Ausweise über Geburten und Sterbefälle der einzelnen Konfessionen besitzen, können wir nur die Hauptbundesstaaten zum Vergleiche heranziehen.

Es betrug die Zahl der jüdischen Geburten (Lebendgeburten) im Jahre 1905:

	absolut	auf 1000 der jüd. Bevölkerung
in Preußen	7 195	17,65
„ Bayern	913	16,51
„ Württemberg	192	15,95
„ Hessen	433	17,55

Es betrug die Zahl der jüdischen Sterbefälle im Jahre 1905:

	absolut	auf 1000 der jüd. Bevölkerung
in Preußen	5 824	14,26
„ Bayern	722	13,05
„ Württemberg	157	13,04
„ Hessen	335	13,57

Demgemäß war die natürliche jüdische Zunahme im Jahre 1905:

	absolut	auf 1000 der jüd. Bevölkerung
in Preußen	1 371	3,39
„ Bayern	191	3,46
„ Württemberg	35	2,91
„ Hessen	98	3,98

Bei der Gesamtbevölkerung dagegen war die natürliche Zunahme folgendermaßen:

	absolut	auf 1000 der Bevölkerung
Preußen	514 941	13,91
Bayern	78 274	12,08
Württemberg	28 593	12,49

Wenn auch ein Vergleich zwischen dem natürlichen Wachstum der jüdischen Bevölkerung und jenem der Gesamtbevölkerung nicht angängig ist, da die der Vergleichung zugrunde liegenden Massen eine gänzlich verschiedene Zusammensetzung aufweisen, so steht jedenfalls soviel fest, daß die jüdische Bevölkerung sich nur schwach vermehrt.

Es betrug die jüdische Geburtenziffer:

	1890	1893	1895	1900	1903	1905
in Preußen	23,78	22,58	21,46	19,54	18,01	17,65
„ Bayern	21,79	20,36	18,50	17,41	16,79	16,51
„ Württemberg	—	—	—	15,61	16,27	15,95
„ Hessen	22,76	23,17	21,89	20,04	20,17	17,55

Die Sterbeziffer der Juden lautete in denselben Jahren:

	1890	1893	1895	1900	1903	1905
in Preußen	16,12	16,66	14,73	15,00	14,09	14,26
„ Bayern	16,30	16,80	14,30	13,50	12,64	13,05
„ Württemberg	—	—	—	14,35	11,85	13,04
„ Hessen	17,62	—	—	15,71	14,76	13,57

Mithin war die natürliche Zunahme der Juden:

	1890	1893	1895	1900	1903	1905
in Preußen	7,66	5,92	6,67	4,54	3,92	3,39
„ Bayern	5,49	3,56	4,20	3,91	4,15	3,46
„ Württemberg	—	—	—	1,26	4,42	2,91
„ Hessen	5,14	—	—	4,33	5,41	3,98

Zuwanderung aus dem Auslande.

Es ist hier nicht der Platz, auf die Gründe für die Abminderung der jüdischen Fruchtbarkeit einzugehen. Angesichts der eben dargestellten geringen natürlichen Zunahme taucht die Frage auf, welche Bedeutung die Zuwanderung aus dem Auslande für das Wachstum der jüdischen Bevölkerung hat. Darauf ist folgendes zu erwidern. Die Zahl der jüdischen Einwanderer im Deutschen Reich läßt sich infolge Fehlens amtlicher Angaben nicht ziffernmäßig feststellen. Ein einziges Mal wurde bei der Volkszählung im Jahre 1900 die Zahl der im Ausland geborenen, in Deutschland ansässigen Juden ermittelt. Danach lebten damals 41 113 ausländische Juden in Deutschland. Ihnen standen 6392 deutsche Juden in 26 Staaten des Auslandes gegenüber. Die wichtigsten Einwanderungsländer, so die Vereinigten Staaten, England, Niederlande, Belgien, waren nicht darunter, so daß man nicht fehlgeht, wenn man unter den gesamten 3½ Millionen Deutschen im Ausland die Zahl der Juden mit 2 pCt., d. h. etwa 70 000 angibt. Prozentualiter machten damals die ausländischen Juden 7 pCt. der gesamten jüdischen Bevölkerung Deutschlands aus. Der Anteil ist so gering, daß von einer Ueberflutung durch Ausländer, von einer brennenden Ausländerfrage nicht die Rede sein kann. Außerdem muß man berücksichtigen, daß ein beträchtlicher Teil der ermittelten Ausländer aus sehr wohlhabenden Kreisen der russischen Juden stammt, die nur infolge der Unruhen das Heimatland verließen und später zurückkehrten, also ein fluktuierendes Bevölkerungselement bilden.

Andererseits müssen wir hier auf den großen Wanderungsverlust hinweisen, den die jüdische Bevölkerung Deutschlands in den letzten 25 Jahren erlitten hat. Betrachten wir nur Preußen.

Hier betrug
die natürliche Zunahme von 1877—1905 100 754
„ tatsächliche „ „ 1877—1905 60 111

Mithin hatte die jüdische Bevölkerung einen Verlust von 40 643 Personen. Wir können zwar nicht die gesamten 40 000 auf das Konto des Wanderungsverlustes setzen, denn viele sind dem Judentum durch Uebertritte verloren gegangen, andererseits wurde in den letzten Jahrfünften die Abwanderung durch die Zuwanderung kompensiert, so daß die Zahl noch höher sein dürfte. Namentlich in den 80er Jahren sind aus den östlichen Provinzen starke Kontingente der jüdischen Bevölkerung nach Amerika ausgewandert. Unter den übrigen Bundesstaaten hat hauptsächlich Elsaß-Lothringen eine beträchtliche Abwanderung zu verzeichnen. Die jüdische Bevölkerung in Elsaß-Lothringen ist von 40 938 im Jahre 1871 auf 31 708 im Jahre 1905 zurückgegangen.

Binnenwanderungen.

Der Aus- und Einwanderung stehen die Binnenwanderungen gegenüber. Sie haben im Verlaufe der letzten 25 Jahre große Verschiebungen des Standortes der jüdischen Bevölkerung in Deutschland mit sich gebracht. Wie bei der Gesamtbevölkerung eine Abwanderung aus landwirtschaftlichen Gegenden in industrielle Gebiete stattgefunden hat, große Wanderungsströme sich von Osten nach Westen ergossen, so haben auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung sich Verschiebungen der Massen vollzogen. Auch bei ihnen zeigt sich das Bestreben, die östlichen Gebiete zu verlassen und sich dem Westen zuzuwenden. Die Binnenwanderungen in Preußen können wir in folgender Tabelle vorführen.

Provinz	1880—1885		1890—1895		1900—1905	
	Zu-(+) od. Ab- (—) wand. abs.	durchschn. jährl. pCt. d. Bevölk.	Zu-(+) od. Ab- (—) wand. abs.	durchschn. jährl. pCt. d. Bevölk.	Zu-(+) od. Ab- (—) wand. abs.	durchschn. jährl. pCt. d. Bevölk.
Ostpreußen	—3965	—46,8	— 668	— 9,2	— 560	—42,3
Westpreußen	—3675	—28,7	—2280	—22,2	— 2459	—14,3
Brandenburg	— 684	—11,2	+4137	+74,6	+14227	+43,0
Stadtkreis Berlin	+6927	+23,4	+3347	+ 7,9	+ 4256	+ 4,4
Pommern	—1465	—21,5	—1157	—19,4	— 1306	—12,7
Posen	—8371	—31,1	—5192	—24,6	— 4847	—14,7
Schlesien	—3947	—10,9	—1781	— 7,6	— 1490	— 3,1
Sachsen	+ 169	+ 4,8	— 649	—16,3	— 297	— 7,3
Schlesw.-Holstein	— 129	— 7,0	— 85	— 4,6	— 307	— 9,0
Hannover	— 749	—10,0	— 769	—10,1	— 366	— 2,3
Westfalen	—1334	—14,1	— 785	— 8,1	— 944	— 4,5
Hessen-Nassau	— 539	— 2,5	— 503	— 2,2	+ 605	+ 1,2
Rheinprovinz	—1229	— 5,5	— 721	— 2,9	+ 777	+ 1,2

Diese Tabelle zeigt uns, daß anfangs der 80er Jahre aus fast sämtlichen Provinzen eine mehr oder weniger starke Abwanderung vor sich ging und nur Brandenburg, der Stadtkreis Berlin und die Provinz Sachsen als Aufnahmegebiete in Betracht kamen. Ein Jahrzehnt später

hat die Wanderungslust bereits etwas abgenommen. Es ist eine größere Seßhaftigkeit eingetreten, an der allerdings in hohem Maße der Umstand mit schuld gewesen sein mag, daß schon eine sehr starke Entvölkerung der östlichen Provinzen vor sich gegangen war. Ein Jahrzehnt später — der Abfluß aus den Hauptabwanderungsgebieten hat sich abermals gemindert. Jetzt erscheinen als weitere Einwanderungsprovinzen Hessen-Nassau und Rheinland, die ja auch das Aufnahmereservoir für die großen Arbeitermassen bilden. Hauptsächlich sind es jedoch Brandenburg und der Stadtkreis Berlin, welche auf die jüdische Provinzbevölkerung die stärkste Anziehungskraft ausüben. Es ist der Zug in die Stadt, der hierin zum Ausdruck kommt.

Fast $^1/_6$ aller deutschen Juden wohnte im Jahre 1905 in Berlin und die Hälfte in Städten über 50 000 Einwohnern, während dies bei der Gesamtbevölkerung nur für 22 pCt. der Fall war.

In Preußen und Bayern ist unaufhaltsam der Zustrom in die Großstadt vor sich gegangen. Ein Viertel der preußischen Juden wohnen in Berlin, mehr als die Hälfte in Städten über 50 000 Einwohnern, nur ⅓ in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. In Bayern ist die Konzentration noch nicht soweit fortgeschritten. Dort wohnte 1905 immerhin fast noch die Hälfte aller Juden in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. Jedoch ist hier nicht außer acht zu lassen, daß in Bayern allgemein der Zug in die Stadt nicht so mächtig ist wie in Preußen. Die übrigen Bundesstaaten ergeben mehr oder weniger stark ausgeprägt dasselbe Bild.

Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden.

Die formelle Aufhebung der bisherigen disparitätischen Behandlung der Juden und ihre vollständige Gleichstellung als Staatsbürger mit den Angehörigen der christlichen Konfession[1]) datiert vom 3. Juli 1869. An diesem Tage wurde folgende vom Norddeutschen Reichstage am 2. Juni in zweiter und sofort darauf in dritter Lesung angenommene Vorlage, formuliert von den Abgg. Wiggers und Genossen, nach erfolgter Zustimmung durch den Bundesrat als Gesetz publiziert:

„Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der

---

[1]) Bis dahin hatten die Juden auch durch die Behörden, die ihnen im amtlichen Verkehr allerlei unziemliche Titulaturen beilegten, mancherlei Kränkungen erfahren. In zwei besonders interessanten Fällen ist allerdings auf angedrohte Beschwerde sofort Remedur erfolgt. Ein Schreiben des preußischen Justizministers von Müller, datiert vom 31. 10. 1836, an den Kaufmann Muhr in Pleß lautete folgendermaßen:

Schreiben des Justizministers von Müller.

„Ihr Schreiben vom 25. v. M. habe ich soeben erhalten und kann Sie nur ersuchen, die Fälle anzuzeigen, wenn Gerichtsbehörden oder einzelne Justizbeamte sich beikommen lassen sollten, sich der Adresse „An den Juden N. N." zu bedienen. So wenig man es sich einfallen lassen kann, „An den Christen N. N." oder „An den Türken N. N." zu schreiben, ebensowenig würde ich es gutheißen, sich jener Adresse an einen Juden zu bedienen. Wo es auf Glaubensverhältnisse ankommt, stellt sich die Sache anders. Da ist die Bezeichnung „Jude, jüdische Religion" ganz an ihrem Platze und dieser uralte Volksname jedenfalls treffender und ehrwürdiger, als der „Mosaischer, alttestamentarischer Glaubensgenosse" und wie die Erfindungen der neueren Zeit heißen mögen, deren Gebrauch — weit entfernt etwas Höheres auszudrücken, nur verletzend ist, weil kein Jude und überhaupt kein vernünftiger Mensch je zugeben wird, daß in der Benennung „Juden" etwas liege, was man zu umschreiben nötig habe — ! — Von Religionshaß kann überall nicht die Rede sein. Wer dem Glauben seiner Väter oder sonst seiner Ueberzeugung folgt und ein ehrlicher Mann, ein rechtschaffener Bürger des Staates ist, dem er angehört, bleibt stets ehrenwert. Nur wer kein höheres Moralprinzip anerkennt, er nenne sich Christ oder Jude, ist ein Mann, gegen den man weder Achtung, noch zu dem man Vertrauen hegen kann, und den man nur zu dulden hat, solange er nicht dem Arm der Gerechtigkeit verfällt."

Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III.

Noch charakteristischer ist eine Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. — eins der wenigen Dokumente, die über die Stellung des Monarchen zur Judenfrage einigen Aufschluß geben — datiert vom 15. 10. 1836 an den Kaufmann und Seidenwarenfabrikanten, späteren Geh. Kom.-Rat Joel Wolf Meyer in Berlin gerichtet, die folgenden Wortlaut hatte:

bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein."

Im Reichstage hatte nur ein mecklenburgischer Junker, Graf von Bassewitz, materielle und der Abg. Windthorst formelle Einwendungen — Eingriff in die gesetzgeberische Autonomie der Einzelstaaten — erhoben. Die Regierung hatte schon bei der ersten Beratung erklärt, der Antrag Wiggers decke sich im wesentlichen mit einem dem Bundesrat bereits vorliegenden Vorschlage des Justizausschusses.

Dieser politische Erfolg war den liberalen Freiheitskämpfern natürlich nicht als ein unverhofftes Geschenk in den Schoß gefallen, sondern er war das Ergebnis der jahrelangen, mit zäher Energie geführten Verfassungskämpfe. Ihre Anfänge spielten noch in den Vereinigten Landtag hinein, wo der junge **Bismarck** den seitdem so oft von den Antisemiten mißbrauchten, von ihm selbst aber als verantwortlicher Staatsmann längst nicht mehr anerkannten Ausspruch tat, er „müsse bekennen, daß er sich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, wenn er sich als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem er gehorchen solle". Damals trat ihm ein Landrat

Bismarck.

Aus Ihrer Eingabe vom 22. v. M., deren Anlagen hierbei zurückgehen, habe Ich mit Befremden ersehen, daß Sie den Antrag gemacht, „daß Ich durch ein Wort der Gnade Sie und Ihre Glaubensgenossen vor unverschuldeter Geringschätzung schützen und vor unverdienter Verachtung bewahren möge", und Sie haben die Veranlassung zu diesem Gesuche aus einer öffentlich bekannt gemachten Verordnung des Justizministers über die unpassenden Umschreibungen des Namens Jude, und in welcher zugleich an eine frühere und nicht gehörig beachtete Verordnung wegen jüdischer Vornamen erinnert wurde, welche Meiner Ordre vom 19. Juni zum Grunde lag, entnommen. In dieser Ordre habe ich den Ministerien und Behörden anbefohlen, in ihren Berichten sich, wenn von Juden die Rede sei, der modernen vielfältigen Umschreibungen dieser Bezeichnung zu enthalten, und wenn hieraus Geringschätzung und Verächtlichkeit in Hinsicht auf Juden gefolgert werden sollte, so kann dabei nur böser Wille oder Irrtum zugrunde liegen, indem Ich nichts Anderes beabsichtigt habe, als diejenige Bezeichnung, welche in allen Gesetzen und auch in dem letzteren über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden vom 11. März 1812 aufgenommen worden ist, für die allein richtige zu halten, mithin auch für diejenige, deren sich die Ministerien und Behörden zu bedienen haben. Sie werden hieraus Meine Absicht, den gesetzlich bestehenden Zustand der Juden aufrecht zu erhalten, und hieraus also auch entnehmen, daß es gar keines erneuerten Wortes der Gnade und Beruhigung bedarf. Eine vorurteilsfrei unternommene Vergleichung der jetzigen und der früheren Zeiten in bezug auf die Verhältnisse der Juden im Preuß. Staate kann wohl nur zum Vorteil der ersteren ausschlagen, und treue Erfüllung der Untertanen- und Bürgerpflichten wird, zu welcher Religion sich auch die einzelnen bekennen, von Mir nach wie vor stets anerkannt werden. Ich verstatte Ihnen, von dieser Ordre jeden beliebigen Gebrauch zu machen.

Berlin, den 15. Okt. 1836.

Friedrich Wilhelm.

— es war freilich der Führer der konstitutionellen Partei — Georg von Vincke entgegen, der das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Konfessionen mit beredten Worten verteidigte, und nicht nur dem damaligen einfachen pommerschen Landjunker Bismarck, sondern auch dem Minister gegenüber eine schneidige Klinge führte. Die Argumente, die heute noch allenthalben für die angebliche Nichtbefähigung der Juden zu staatlichen Aemtern angeführt werden, blicken auf ein ehrwürdiges Alter zurück. Es sind dieselben Ladenhüter, mit denen schon im Jahre 1847 jeder politische Fortschritt von der Reaktion bekämpft wurde, und die dieser aufrechte westfälische Landrat in so herzerfrischender Weise gegeißelt hat, daß seine Worte wohl verdienten, auch heute noch gehört zu werden. **von Vincke.**

Führte man gegen die Juden als ihre Fehler an Habsucht, Kriecherei, Feigheit, so sagte Herr von Vincke dagegen, „daß diese ihre Fehler in der Behandlung, die ihnen unsere Gesetzgebung hat angedeihen lassen, ihren Ursprung haben," und er leugnet, „daß diese Fehler im Blute liegen". Zum Beweise dafür greift er auf die Geschichte zurück, da sich die Juden „gegen die Römer geschlagen haben . . . wie wenige Völker der Erde".

„Ich möchte nicht behaupten, daß der Handel keine edle Beschäftigung sei; er ist wohl ebenso edel als Industrie und Ackerbau." Der Schacherhandel aber sei es eben, „worauf wir die Juden anweisen, da wir ihnen jeden anderen Weg versperrt haben".

Alles Mögliche und Unmögliche hat man gegen die Emanzipation der Juden vorgebracht, so, daß sie nicht zum Schulvorstand taugten, nicht zum Zolleinnehmen usw. Georg von Vincke erwiderte:

„Ich meine, daß die Kirche den Unterricht in der Religion als ein ihr zustehendes Recht wird reklamieren können, vorbehaltlich der Oberaufsicht, welche der Staat über dessen Erteilung auszuüben hat. Was den übrigen Unterricht betrifft, . . . so sind die Juden durch ihre mit Recht gerühmten intellektuellen Eigenschaften dazu vollständig geeignet."

Und wenn man sie nicht zu Zolleinnehmern machen wolle, weil die Juden am Sabbat keine Geldgeschäfte treiben dürften, so vertrat Vincke die Auffassung:

„Wenn der Staat jemandem ein Amt gibt, gibt er ihm auch eine Instruktion, und wenn der Jude verhindert ist, auf irgendeine Art seine instruktionsmäßigen Pflichten zu erfüllen, so wird er zur Disziplinaruntersuchung gezogen und nach Umständen entlassen. Solange sich aber kein Hindernis zur Erfüllung ihrer Amtspflichten auf seiten der Juden herausstellt, so weiß ich nicht, warum der Staat in ihrer Religion ein Hindernis finden sollte."

Von schlagender Beweiskraft war auch sein Plaidoyer für die ungehinderte Zulassung der Juden zu den akademischen Berufen:

„Was die Jurisprudenz betrifft, so muß ich bekennen, daß ich nach meiner Kenntnis der Rechtswissenschaft nicht einsehe, wie auf der christlichen Lebensanschauung die Jurisprudenz beruhen kann, namentlich wie die christliche Lebensanschauung dem Pandektenrecht zugrunde liegen soll, welches noch heute die wichtigste Grundlage unserer Jurisprudenz bildet." Man wies auf den Doktoreid hin, den der Jude nicht leisten könne. Herr v. Vincke sah „in dem ganzen Doktoreide auch nur ein Ueberbleibsel mittelalter-

licher Formen", das er jetzt „für durchaus überflüssig" hielt, „eine leere Spielerei mit Formen". Wolle man diese Spielerei beibehalten, so stehe ja nichts entgegen, „den Eid in der Synagoge abzunehmen und die Fassung zu modifizieren". Selbst das Kirchenrecht hing ihm nicht wesentlich mit dem christlichen Glaubensbekenntnis zusammen.

Für die Philosophie hielt er die „konfessionelle Grundlage" für „eine durchaus unrichtige Basis, sie hat von den Resultaten positiver Offenbarung nicht auszugehen". Er erlaubte sich daran zu erinnern, daß zwei hochbedeutende Männer der Philosophie, Spinoza und Mendelssohn, Juden waren. und er hat nicht geglaubt, daß man sie deshalb als Philosophen geringer angeschlagen hätte. „Wenn Spinoza und Mendelssohn heute an der Berliner Universität sich habilitieren wollten", so hätte diese alle Ursache, sich dazu zu gratulieren.

Betreffs der Geschichte: „Wenn ein Jude die Aeußerung von Gottfried von Bouillon zu referieren hätte, so würde er sie doch wohl nicht anders referieren, als sie getan worden. Ich will ihm überlassen, was er daraus folgert; für mich genügt es, wenn er die Tatsache richtig mitteilt, mag er die Krone nur als Krone ansehen oder sie mit der Dornenkrone verbinden, wie das geehrte Mitglied der pommerschen Ritterschaft getan hat . . . (Große Heiterkeit.)"

In der „Köln. Ztg." (21. 2. 1911) hat Mathieu Schwann sich der dankbaren Aufgabe unterzogen, an die damaligen Paritätsdebatten zu erinnern, deren geistiger Inhalt so frisch anmutet, als wären diese Argumente der Judengegner gestern oder heute von der Tribüne des Reichstags oder der Parlamente einzelner Bundesstaaten vorgetragen worden. Bei einer anderen Gelegenheit hatte Herr von Vincke sich dahin ausgesprochen, daß der Offiziersstand gar kein Stand, „sondern nur ein Beruf" sei.

Geh.-Rat Streckfuß.

Auch das Urteil eines streng konservativen Mannes, des Geh. Ober-Reg.-Rates Streckfuß, verdient hier verzeichnet zu werden, da er der Verfasser der Vorarbeiten zum Judengesetz von 1847 war:

„Die Brust des Juden ist nicht anders organisiert als die des Christen. Das Land, wo er geboren ist und wo er sein Glück findet, ist seine Heimat. Fühlt er sich in seinem Geburtslande fremd, so kann der Grund nur daran liegen, daß man ihn als Fremden behandelt und das heimatliche Gefühl in ihm nicht aufkommen läßt."

Minister von der Heydt.

Nebenbei bemerkt hat im Vereinigten Landtage von 1847 auch der spätere Handelsminister August von der Heydt nicht nur für die Emanzipation der Juden gekämpft, sondern sich auch in höchst abfälliger Weise über die christliche Agende, soweit sie den Zwang einer Fürbitte für den Landesherrn enthält, ausgesprochen. In der „Kreuzztg." (April 1909) hat ein konservativer Biograph dieses preußischen Politikers und Staatsmannes, Ernst Salzer, diese Episode recht hübsch geschildert:

„Auch für die Emanzipation der Juden trat Heydt — wie schon früher auf den Provinziallandtagen — ein und unterzog beiläufig die zwangsweise Einführung der Agende und den Wortlaut der kirchlichen Fürbitte, „daß der jedesmalige Landesherr als Vorbild der christlichen Kirche ferner erhalten bleiben möge", einer scharfen Kritik, wodurch der König sich tief verletzt fühlte."

Man denke sich aber auch die komische Situation, die entstände, wenn für einen zukünftigen Monarchen, der etwa die freigeistigen Anschauungen Friedrichs des Großen teilt, in der Agende „als Vorbild der christlichen Kirche“ gebetet werden soll!

In der sog. liberalen Aera hat sogar ein leibhaftiger Minister des Innern, Graf von Schwerin, sich sehr energisch für die Zulassung der Juden zu sämtlichen staatlichen Aemtern eingesetzt. Als der Abg. von Blankenburg im Jahre 1860 dagegen eiferte, daß Juden das Schulzenamt übertragen würde, in Pommern herrsche darüber große Aufregung, da erwiderte dieser Minister: — Minister Graf von Schwerin.

„Ich will nicht in Abrede stellen, daß unter der ländlichen Bevölkerung der Provinz Pommern sowie mehrerer anderer Provinzen vielleicht noch eine Abneigung gegen die Juden herrschen mag — wenn dem also wirklich so wäre, sage ich, so glaube ich doch, daß es ziemlich leicht wäre, dem entgegenzutreten. Ich glaube, es würde die Pflicht derjenigen sein, die sich dazu berufen fühlen, die Führer der Bauern sein zu wollen, die Bauern davon zu überzeugen, daß diese Antipathien nicht mehr vereinbar sind mit denjenigen Rechtszuständen, welche jetzt in Preußen gelten. Ich habe die Ueberzeugung, daß das nicht schwer sein wird. Ein Gefühl in ihrer Brust lebt, das ihnen über Sympathie und Antipathie geht, und dies ist das Rechtsgefühl. Es ist meiner Ueberzeugung nach die Aufgabe derer, welche sich zu Leitern der Bauern aufwerfen, daß sie in der Brust des Bauern es zu lebendigem Bewußtsein bringen, daß in Preußen nicht mehr nach Sympathien und Antipathien regiert wird, sondern daß in Preußen die Grundsätze des Rechts, des Gesetzes und der Verfassung gelten . . . Ich meine daher, daß diejenigen ihre Aufgabe nicht erfüllen, die dahin wirken, die vorhandenen Antipathien, die sich ja so leicht aus unserer Vergangenheit erklären, zu nähren und zu pflegen, wohl aber daß diejenigen ihre Aufgabe erkennen, die darauf hinwirken, daß diese Antipathien auch aus denjenigen Schichten der Bevölkerung schwinden, wo man Recht und Gesetz noch nicht so genau kennt, wo aber gewiß ebenso lebendig das Gefühl herrscht, daß man nach dem Recht urteilen muß und nach nichts anderem in Preußen.“

Man braucht nur die lange Reihe der preußischen Minister des Innern in den letzten dreißig Jahren — mit Ausnahme des einzigen bürgerlichen Trägers dieses Amtes, Herrfurth — zu überfliegen, und man wird zu dem betrübenden Ergebnis gelangen, daß auch nicht ein einziger einen Hauch dieses liberalen Geistes eines seiner Vorgänger verspürt hat; die Agrardemagogie, die heute die Judenhetze ganz professionell betreibt, erfreut sich im Gegenteil der größten Sympathien gerade bei den Verwaltungsbeamten.

Und noch ein Minister aus der nachmärzlichen Periode muß hier zitiert werden zum Zeichen dessen, wie herrlich weit wir es in Preußen-Deutschland gebracht haben. Im Jahre 1852 wurde einmal, woran die „Voss. Ztg.“ (4. 8. 1910) zeitgemäß erinnerte, zu Artikel 12 der Verfassungsurkunde, worin die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ausgesprochen und der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte für unabhängig vom religiösen Bekenntnis erklärt wird, folgender Zusatz beantragt:

„Die Mitgliedschaft einer der beiden Kammern und der Zutritt zu Aemtern, mit denen die Ausübung einer richterlichen, polizeilichen oder exekutiven Gewalt verbunden, ist bedingt durch die Aufnahme in eine der anerkannten christlichen Kirchen."

Der Antrag verstieß, so weit er die Mitgliedschaft der Kammern beschränken wollte, gegen Artikel 12, soweit er die Aemter den Nichtchristen verschloß, gegen Artikel 4 der beschworenen Verfassung, der anordnet, daß die öffentlichen Aemter, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich sind.

v. Bethmann Hollweg.

Gegen jenen Antrag erhob sich Herr von Bethmann Hollweg, der Großvater des derzeitigen Reichskanzlers, indem er erklärte, der Artikel 12 beziehe sich hauptsächlich auf „unsere Mitbürger jüdischen Bekenntnisses"; dieses volle Staatsbürgerrecht, „dieses jus civis optimo jure, wie die Römer es nannten", zu gewähren, sei schlechthin notwendig gewesen, weil

„diese Mitbürger jüdischen Bekenntnisses durch die Geschichte unseres Staates mehr und mehr in die gesamte Nation hineingewachsen sind", und weil

„diese Mitbürger nicht allein längst alle Lasten, und zwar nicht nur die Steuern tragen, sondern auch im Kriege, besonders in den Befreiungskriegen, für das Vaterland gekämpft und geblutet haben."[2])

Was die Zugänglichkeit der Aemter angehe, so verstehe es sich von selbst, daß ein Bürger jüdischen Bekenntnisses nicht Lehrer der Theologie werden könne oder christlichen Religionsunterricht im Gymnasium erteile; aber Bestimmungen dieser Art gehörten nicht in die Verfassung, sondern in die spezielle Gesetzgebung und den Gebrauch der Verwaltung, gegen die er keinen Verdacht habe, daß sie „absichtlich und hinterlistigerweise die Verfassung umgehen und untergraben wolle".

Herr v. Bethmann Hollweg beantragte mit einigen Freunden, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, nachdem er einem Redner jüdischen Bekenntnisses, dem Buchhändler Dr. Veit, besondere Anerkennung gezollt hatte. Die Mehrheit entschied im Sinne Bethmann Hollwegs.

Es kamen die Jahre der Reaktion und nachher die glänzenden Siege Preußens und Deutschlands auf den böhmischen und französischen

---

Graf York von Wartenburg.

[2]) Aus ähnlichen Gedankengängen heraus hat Graf York von Wartenburg, der dem preußischen Generalstab angehörte und in China ums Leben gekommen ist, in seiner „Weltgeschichte in Umrissen" (1902) den Nonsens einer disparitätischen Behandlung der jüdischen Staatsbürger beleuchtet:

„Wer für seinen Staat kämpfen muß, den kann man dauernd nicht von der politischen Arbeit ausschließen. Daher konnte im 18. Jahrhundert mit seinen Söldnerheeren der aufgeklärte Despotismus bestehen und wohltätig wirken, mußte aber im Jahrhundert der Volksheere den Platz räumen. Daher ist es ein Unsinn unserer Antisemiten, Beschränkungen der staatlichen Rechte für die Juden zu verlangen, während man sie doch zum Heeresdienste heranzieht."

Schlachtfeldern. Auch im neuen Deutschen Reich gewannen die Konservativen infolge des politischen Kurswechsels Bismarcks in Preußen wieder mehr und mehr die Oberhand. Der politische Antisemitismus organisierte sich, und in den Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 18. bis 28. Januar 1893 unternahmen die Konservativen unter der Führung des Freiherrn von Minnigerode den ersten noch etwas schüchternen Vorstoß zur Revision des Artikels 12 der preußischen Verfassung: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse." Der Abg. Rickert hatte zur Sprache gebracht, daß die konservative Partei und insbesondere der antisemitische Bauernbund (der Vorläufer des Bundes der Landwirte) eine verfassungswidrige Agitation gegen die Gleichberechtigung der jüdischen Mitbürger trieben. **Erster parlamentarischer Vorstoß gegen die Gleichberechtigung.**

Der Führer der Konservativen, Abg. von Minnigerode, antwortete darauf in der Sitzung vom 21. Januar 1893: **Abg. von Minnigerode.**

. . . Er (Rickert) hat jetzt zum zweitenmale bereits in wenigen Tagen des Antisemitismus abfällig gedacht und könnte durch mein Schweigen auf die Idee kommen, daß wir schüchtern derartigen Berührungen und Mahnungen aus dem Wege gehen. Ich bin es mir deshalb schuldig, rund und prompt ihm eine Antwort zu erteilen. Also auf diese augenscheinlichen Anzapfungen in bezug auf den Antisemitismus erkläre ich, und zwar vom konservativen Standpunkt aus, wie er durch unser Programm jetzt zweifellos feststeht und nicht dem Subjektivismus des Einzelnen unterliegt (Hört links): Wer noch Ideale im Leibe hat, wessen Herz noch höher schlägt bei dem Gedanken an die Größe des christlichen Volkes deutscher Nation, der verlangt eine christliche Obrigkeit und verlangt christliche Lehrer für christliche Kinder! (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Rickert antwortete dem konservativen Führer in der Sitzung vom 24. Januar 1893 u. a.: **Abg. Rickert.**

„Der Parteitag in Berlin (der Tivoli-Parteitag) ist ein Wendepunkt in der Geschichte der großen konservativen Partei. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe schon lange die Ueberzeugung, daß der eigentliche spiritus rector Ihrer Partei Herr Stöcker ist. Der frenetische Beifall, das Seelenvergnügen, mit dem Sie seine Reden aufnehmen, hat mir schon lange gezeigt, daß die konservative Partei antisemitisch geworden ist . . . . Herr von Minnigerode sagte: Das Programm steht zweiffellos fest und unterliegt nicht mehr dem Subjektivismus der Einzelnen. (Sehr richtig! rechts.) Das war sehr deutlich gegenüber Herrn v. Helldorf und den 23 Deklaranten (Sehr richtig! rechts). Herr v. Minnigerode sagt, wer noch Ideale im Leibe hat — schön ist der Ausdruck freilich nicht (Heiterkeit) —, der muß für christliche Lehrer und christliche Obrigkeit eintreten. Mein Ideal, das ich in der Seele trage, ist anders. Ich erinnere mich, daß wir eine Verfassung haben, die von uns beschworen ist. (Sehr richtig! links.) Eine Verfassung, welche den Wendepunkt in der inneren Entwicklung Preußens bedeutet, eine Verfassung, deren Lehren und Grundsätzen auch Ihr Meister, von dem Sie den Geist erhalten haben, der getaufte Jude Stahl, sich unterworfen hat. Sie wollen statt der verfassungsmäßigen Obrigkeit lediglich eine christliche Obrigkeit. (Sehr richtig! links.) Kommen Sie nur heraus, soll Artikel 12 der Verfassung verleugnet werden, sollen die Juden nicht mehr Richter werden? (Rufe rechts: Nein!) Sagen Sie das klar und deutlich, verstecken Sie sich nicht hinter allgemeinen Ausdrücken! . . . Daß Sie nicht siegen werden, davon bin ich so fest überzeugt, als ich jetzt vor Ihnen stehe! (Lebh. Beifall links.)"

Nochmals kam die Frage zur Verhandlung in der Sitzung vom 28. Januar 1893. In dieser Sitzung sprachen die Abgeordneten *Hobrecht* und *Rickert* gegen die antisemitischen Bestrebungen. Der Abg. Rickert verlangte noch einmal eine klare Antwort darüber, ob die Konservativen die Verfassung in bezug auf die Rechte unserer jüdischen Mitbürger ändern wollten oder nicht. Die „Kreuz-Ztg." habe erklärt, daß man zur Zeit des Kulturkampfes vor Verfassungsänderungen nicht zurückgeschreckt habe und hinzugefügt: „Warum soll man das nicht auch in Zukunft tun? Stehen die Rechte der Juden etwa über denen der christlichen Kirche?" Der Abg. Rickert fuhr alsdann fort:

„Gut! Sie haben das Recht, auf gesetzlichem Wege eine Aenderung der Verfassung anzustreben; dann sagen Sie aber auch genau, welche Rechte wollen Sie den Juden nehmen, welche wollen Sie ihnen lassen?"

von Minnigerode Der Abg. v. *Minnigerode* gab folgende Antwort:

„Ich fühle mich nicht veranlaßt, noch weitere Ausführungen darüber heute zu machen; wir verlangen eben eine christliche Obrigkeit *in jeder Hinsicht!* Was soll ich da weiter interpretieren? Was Obrigkeit ist, welche Funktionen und Aemter einer solchen Obrigkeit zuzuweisen sind, — darüber kann kein Zweifel bestehen. Ich wiederhole: unser Streben geht darauf hinaus, den christlichen Gedanken des Staates so zum Ausdruck zu bringen, daß *die Obrigkeit nur in christlicher Hand in Zukunft liegt.*"

Rickert. Darauf antwortete der Abg. Rickert:

„Herr v. Minnigerode hat die Erklärung endlich gegeben, die ich von ihm verlangte. Ich fragte: was verstehen Sie unter christlicher Obrigkeit? Da sagte er nun: jede Obrigkeit verstehe ich darunter, und was Obrigkeit ist, darüber ist kein Zweifel. Richtig! Also *jeder Schulze* (Rufe rechts: Ja!), *jeder Amtsvorsteher* (Rufe rechts: Ja!), *jeder Landrat* (Rufe rechts: Ja!), *jeder Regierungspräsident, jeder Oberpräsident, jeder Minister, jeder Richter* usw. (Wiederholte Rufe rechts: Ja!) muß ein Christ sein. Das ist also Ihre Meinung? (Rufe rechts: Jawohl!) — M. H., ich wollte dies ja nur von Ihnen heraushaben. (Heiterkeit.)

Sie sollten nur klar und deutlich sagen, was Sie wollen. Damit gehen Sie nun aber zurück, wie ich schon neulich erwähnt habe, hinter die Zeit von Stahl und Gerlach.

Die Stellungnahme der konservativen Partei zu den oben angeführten grundlegenden Paragraphen der preußischen und der Reichsverfassung ist durch diese Zwischenrufe zu den Ausführungen Rickerts und durch das Tivoliprogramm unzweideutig festgelegt. Seit der Zeit ist es zwar nicht mehr zu so grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden in den beiden deutschen Hauptparlamenten gekommen. Bei allen Interpellationen der linksliberalen Parteien über die Zurücksetzung der Juden in den einzelnen staatlichen Ressorts hat aber die konservative Partei und ein großer Teil der freikonservativen Partei an den Richtlinien, welche in der Rede des Herrn von Minnigerode gezeichnet sind, festgehalten. Wenn die konservative Partei die Macht, d. h. die Mehrheit in den Parlamenten besäße, würde sie, wie das Beispiel des Assessorenparagraphen gezeigt hat, keinen Augenblick zögern, entsprechende Anträge

auf Abänderung der Verfassung zu stellen. Die Organe der Konservativen und des Bundes der Landwirte sind heute die eifrigsten Vertreter der Forderung, daß alle obrigkeitlichen Aemter nur Christen zugänglich sein sollen, daß die Juden im Heere, in der Schule von ihren christlichen Mitbürgern getrennt werden, alles natürlich nur zu dem Zweck, um sie später unter ein Sonderrecht zu stellen. Und was dieses demagogische Treiben noch ganz besonders verächtlich macht, ist der Umstand, daß nach außen hin die Fiktion einer wirklichen Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden aufrechterhalten wird, während sie doch tatsächlich nur auf dem Papiere steht.

Um den kolossalen Rückschritt, den Preußen-Deutschland in der loyalen Handhabung der Verfassung gemacht hat, voll ermessen zu können, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, daß 15 Jahre vor diesem ersten konservativ-antisemitischen Vorstoß im Abgeordnetenhause gegen die konfessionelle und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden der **Berliner Kongreß** getagt hat, durch den laut Vertrag vom 13. Juli 1878 die Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien in die europäische Volksrechtsgemeinschaft aufgenommen wurden. In jenem Vertrage, der unter der hervorragenden Mitwirkung Deutschlands zustande gekommen ist, heißt es:

Berliner Kongreß.

„Es darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse **niemandem** gegenüber geltend gemacht werden als ein **Grund der Ausschließung** oder der **Unfähigkeit** bezüglich des Genusses der bürgerlichen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern, und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- oder Gewerbszweige, an welchen Orten es auch sei."

Für die Juden in Deutschland ist es nur ein schaler Trost, daß diese Bestimmung, die für die kulturell rückständigen Länder Europas vor nunmehr über 30 Jahren getroffen wurde, von den gesetzgebenden Faktoren eines Teils dieser Länder ebenfalls nicht respektiert wird. Eines großen Kulturstaats, der nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt vorangehen will, ist eine solche geflissentliche Mißachtung der Verfassung, die die Grundlage für jeden konstitutionellen Staat bildet, im höchsten Grade unwürdig.

Die Schlippeschen Erlasse.

Zur Zeit der antisemitischen Hochflut in Hessen sah sich die dortige Regierung genötigt, durch einen besonderen Erlaß des Generalstaatsanwalts Schlippe (v. 20. 12. 1890) die Behörden anzuweisen, die damals namentlich im Odenwald sich breitmachende antisemitische Demagogie im Auge zu behalten und, wenn durch sie der öffentliche Friede bedroht erscheine, von Amts wegen die Beleidigungsklage zu erheben.[1]) Der Erlaß war von vornherein mehr prophylaktischer Natur und keineswegs etwa grundsätzlich gegen die antisemitischen Agitatoren eingerichtet. Unseres Wissens sind auch nur sehr wenig Klagen auf Grund dieses Erlasses erhoben worden. Als sich einmal der Abg. Köhler im hessischen

---

[1]) Der Erlaß, für den auch später Justizminister Dittmar die volle Verantwortung übernahm, entsprang selbstverständlich nicht der Initiative des Generalstaatsanwalts, sondern er war eine offizielle Willenskundgebung des hessischen Justizministeriums und hatte folgenden Wortlaut:

„Der Oberstaatsanwalt bei dem Großherzoglichen Oberlandesgericht an den Herrn Ersten Staatsanwalt am Großherzoglichen Landgericht der Provinz Starkenburg.

Unter Rücksendung der mit Bericht vom 6. Dezember l. Js. vorgelegten Akten empfehle ich im Auftrage Großherzoglichen Ministeriums des Innern und der Justiz laut dessen hoher Verfügung vom 16. Dezember 1890 zu Nr. M. J. 31 789 Ihnen und durch Ihre Vermittelung den Großherzoglichen Amtsanwälten an, der Antisemitenbewegung im Odenwalde sorgfältige Beachtung zu schenken, gegen strafbare Ausschreitungen mit Rücksicht auf die Störung des öffentlichen Friedens sofort und strenge einzuschreiten, die entsprechende Bestrafung, eventuell auf dem Wege des Instanzenzuges, herbeizuführen und da, wo es sich um Beleidigungen der Israeliten als solcher handelt, nach Erheben des Strafantrags auf dem Wege der öffentlichen Klage vorzugehen. Den Amtsanwälten insbesondere ist aufzugeben, den Ersuchen und Anträgen der Verwaltung und Polizeibehörden besondere Beachtung zu schenken und genau nach Maßgabe des Amtsblattes Nr. 20 von 1879 zu verfahren, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß auch die Verwaltungsbehörden angewiesen werden sollen, auf die antisemitische Bewegung ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Bezüglich der angeblichen Verfehlungen des Apothekers Meyer in Reichelsheim, der vor Ankauf in jüdischen Geschäften allgemein gewarnt und gegen die Israeliten aufgereizt haben soll, halte ich noch Erkundigung bei der Lokalpolizeibehörde für angezeigt und lade Sie ein, demgemäß zu verfahren und eventuell Einschreiten zu veranlassen. Ueber wichtigere Vorfälle ist sofort Bericht an Sie und demnächst durch Sie an mich zu erstatten."

Landtage (11. 3. 1902) über eine gegen sein damaliges Leibblatt, die „Deutsche Volkswacht“, ex officio erhobene Klage beschwerte, mußte selbst der den Antisemiten so wohlgesinnte Justizminister Dittmar erklären:

Justizminister Dittmar.

„Er (der Abg. Köhler) wird mir zugeben, daß es Fälle gibt, in denen sich in der Beleidigung eines Israeliten aussprechen kann eine Auflehnung gegen den Rechtsfrieden, gegen die staatliche Rechtsordnung. Wenn derartige Auflehnungen gewissermaßen typisch werden, wenn in dem Verhalten des einzelnen sich nicht nur zeigt der Uebergriff eines einzelnen gegen einen einzelnen, sondern ein Angriff auf die höchsten Rechtsgüter, die Auflehnung einer Bevölkerungsklasse gegen eine andere, dann kann es sehr wohl angezeigt sein, den Gekränkten als den Minderbeteiligten anzusehen und den Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit zu finden auf der Seite, wo sich das Symptom zeigt, das von Amts wegen bekämpft werden muß. Die Rechtsordnung kann nicht bestehen, wenn derartige Auflehnungen gegen den Rechtsfrieden typisch werden; darum ist es Pflicht und Recht der Justiz, auch einzuschreiten von Amts wegen.“

Herr Köhler konnte sich freilich mit diesem Erlaß nicht befreunden und besaß die Geschmacklosigkeit, dem Justizminister anzuraten, mit seinen Schutzmaßregeln zu warten, „bis ein totgemachter Jude auf dem Präsentierteller gebracht würde“.

Später haben die Antisemiten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Regierung zu veranlassen, den Erlaß zurückzuziehen, weil sich die Gemüter inzwischen wieder beruhigt hätten, und die Voraussetzungen des Erlasses damit in Fortfall gekommen seien; ein entsprechender Antrag wurde denn auch am 26. März 1908 von der hessischen II. Kammer mit allen gegen 3 (2 freisinnige, 1 nationalliberale) Stimmen angenommen, der Staatsminister Dr. Ewald bedauerte jedoch, diesem Antrag, der ja auch nur für die Provinz Starkenburg erlassen sei, nicht stattgeben zu können; er erklärte nämlich:

Minister Dr. Ewald.

„Den Amtsanwälten, die in Frage kamen, ist der Auftrag erteilt worden, sie mögen die antisemitische Bewegung als das behandeln, was sie ist, als eine Gefahr für den öffentlichen Frieden. Nur in dem Sinn ist davon geredet worden, daß, wenn der Jude als Jude beleidigt werde, von Amts wegen eingeschritten werde; nur in dem Sinn, wenn mit der Beleidigung eines Juden zugleich ein Angriff verbunden ist, der in den Religionsfrieden eingreift, daß da von Amts wegen einzuschreiten ist. Nicht aber ist der Erlaß so zu verstehen gewesen und verstanden worden, als ob jede Beleidigung der Israeliten von Amts wegen zu erfolgen sei. Inzwischen ist die antisemitische Bewegung — Gott sei Dank — in ruhigere Bahnen eingelenkt; man würde auch heute den Schlippeschen Erlaß nicht mehr nötig haben, aber es gilt ganz dasselbe, was vorhin vom Herrn Abg. Gutfleisch gesagt worden ist: ihn zurückzuziehen würde doch zu falschen Schlüssen führen. Es würde auch da die Meinung aufkommen können, als ob der gesunde und richtige Grundgedanke von der Regierung aufgegeben werde, der dem Erlaß zugrunde gelegen hat. Und dann, meine Herren, entspricht es auch nicht der Verwaltungspraxis, daß man eine Verfügung zurückzieht, wenn der Anlaß zu ihr nicht mehr vorliegt.“

Auch im Reichstage interpellierte der antisemitische Abg. Bindewald am 2. April 1908 anläßlich der Beratung des Reichsvereinsgesetzes die Verbündeten Regierungen wegen der Handhabung des Er-

v. Neidhardt. lasses. Der hessische Bundesratsbevollmächtigte von Neidhardt erwiderte hierauf:

„... Zunächst möchte ich mit zwei Worten die alte, ausgegrabene Geschichte aus einer antisemitischen Zeit in Hessen abtun. Ich glaube, es war Anfang der neunziger Jahre, da war im hessischen Odenwald eine antisemitische Bewegung entstanden, die so weit ging, daß man den Juden die Fenster einschlug, man demolierte zum Teil die Häuser, man verprügelte die Juden auf der Straße — — ... Damals hat der Oberstaatsanwalt in Darmstadt den betreffenden Staatsanwalt des Bezirks angewiesen, wegen dieser die öffentliche Ordnung im höchsten Grade gefährdenden Zustände scharf einzuschreiten. Das ist der sogenannte berüchtigte Oberstaatsanwaltserlaß aus den 90er Jahren. Und ich frage nun die hohen Herren: ist das nicht ein Erlaß, wie er gerechtfertigt ist?... (Lebhafte Bewegung.) Dieser Erlaß war auf den betreffenden Bezirk beschränkt und hat nur vorübergehend Bedeutung gehabt; in Hessen denkt kein Mensch mehr an ihn; nur die wenigen Herren hier sind es, die sich seiner erinnern."

Es hat sich selbstverständlich hierbei niemals um ein Ausnahmegesetz gegen die Antisemiten, sondern nur um die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gegenüber antisemitischen Ruhestörern gehandelt. Was die Antisemiten erstreben, ist aber ganz etwas anderes als die strikte Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Konfessionen. Sie wollen, daß die Juden für minderen Rechts erklärt werden, und beanspruchen auch für die persönlich zum Antisemitismus hinneigenden staatlichen Beamten nach dieser Richtung volle politische Betätigungsfreiheit. Dazu kann aber eine Regierung, die nicht selber die Disziplin in ihrer Beamtenschaft untergraben will, unmöglich die Hand bieten.

Die Entwickelung des Antisemitismus in Deutschland.

Die antisemitische Bewegung in Deutschland kann nunmehr auf einen Zeitraum von über drei Dezennien zurückblicken. Ihren inneren Ursprung festzustellen, wäre eine sehr schwierige Aufgabe; als fertige „Weltanschauung" ist sie keineswegs dem Kopfe eines politischen oder philosophischen Grüblers entsprungen. Denn weder Paul de Lagarde, noch Wilhelm Marr, noch Eugen Dühring, die später auf das Piedestal der wissenschaftlichen Autoritäten des Antisemitismus erhoben wurden, dürften schwerlich jemals daran gedacht haben, ihre Lehren zum Kern und zur Grundlage einer besonderen politischen Partei zu machen. Nur soviel darf man vielleicht sagen, daß der Petitionssturm, der durch die Eingabe Dr. Bernhard Försters an den Reichstag im Jahre 1880 in Deutschland entfesselt wurde, eine gewisse Wirkung nur deswegen erzielen konnte, weil manche ungünstige Folgeerscheinungen der sog. Gründerjahre des vergangenen Jahrzehnts noch nicht überwunden waren und zum Teil noch schmerzhafte Wunden hinterlassen hatten. Diese Petition, die ca. ¼ Million Unterschriften fand und u. a. Einschränkung der Einwanderung ausländischer Juden, Ausschluß der Juden von allen obrigkeitlichen Stellungen, Beschränkung der Verwendung im Justizdienst, Anstellung von nur christlichen Lehrern in der Volksschule verlangte, war am 20. November 1880 Gegenstand einer Interpellation des fortschrittlichen Abg. Dr. Hänel im preußischen Abgeordnetenhause. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf Stolberg, erklärte:

Förstersche Antisemiten-Petition.

Minister Graf Stolberg.

> Die Petition sei noch nicht an die Staatsregierung gelangt, gleichwohl nähme dieselbe nicht Anstand, die Frage dahin zu beantworten, daß sie nicht beabsichtige, eine Aenderung des bestehenden Rechtszustandes (Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung) eintreten zu lassen.

Stöcker.

Bei dieser Gelegenheit trat zum erstenmal Stöcker, der schon vorher in Volksversammlungen u. a. gegen Bleichröder (siehe auch das Kapitel: „Kaiser Wilhelm I.") wüste antisemitische Hetzreden gehalten hatte, in der parlamentarischen Arena als leidenschaftlicher Ankläger gegen die Juden auf. Er ist nicht nur der Gründer der sog. „Berliner Bewegung", sondern auch recht eigentlich der „Vater des politischen Antisemitismus in Deutschland", wie er sich selbst gern nennen hörte. Noch in demselben Jahre (Dezember 1880) etablierte sich auf Berliner

Boden eine antisemitische Konkurrenz. Dr. Ernst Henrici und Liebermann v. Sonnenberg, die zunächst Stöcker schützend zur Seite gestanden hatten, gingen allmählich ihre eigenen Wege; sie betrieben reinen Rassenantisemitismus, während Stöcker seinem Haß gegen die Juden eine gewisse religiöse Unterlage zu geben suchte. Immerhin schwebte den Wortführern des damals schon in sich gespaltenen Antisemitismus zunächst immer noch eine organisatorische Zusammenfassung aller judengegnerischen Elemente auf einer möglichst breiten Basis als erstrebenswertes Ziel vor. In Dresden fand sogar am 11. September 1882 der „I. Internationale Antisemitenkongreß“ statt, der 8 allgemeine Thesen Stöckers zur Judenfrage und 4 konkrete Anträge der Freiherren von Thüngen-Roßbach und von Fechenbach-Laudenbach annahm, welche darauf abzielten, die Einwanderung der Juden zu verhindern, die Wirtschaftsgesetzgebung durch eine anderweitige Regelung des Aktien-, Bank- und Börsenwesens zu reformieren, die staatsbürgerlichen Rechte der Juden, die unter ein Fremdenrecht gestellt werden sollten, zu beschränken und schließlich die Juden unter Auferlegung einer Kopfsteuer vom Militärdienst zu befreien. Aber schon dieser reklamehaft angekündigte „I. Internationale Antisemitenkongreß“, dem u. W. ein zweiter nicht gefolgt ist, trug mehr zur Verschärfung als zur Milderung der Gegensätze im antisemitischen Lager bei. Allenthalben tauchten aus der fauligen Gärung des antisemitischen Demagogentums allerlei dunkle Existenzen und zungengewandte Industrieritter auf, die aus der Judenhetze ein höchst einträgliches Gewerbe machten. Auf dem Gebiete der Presse machte mit dem Geschäftsantisemitismus Joachim Gehlsens „Stadtlaterne“ den Anfang. Die „Staatsbürger-Ztg.“, als frühere Heldtsche Zeitung ein Organ mit liberalisierenden Tendenzen, schwang sich bald zum führenden Organ des Antisemitismus in Deutschland auf, während das Stöckersche „Volk“, das später nach Siegen übersiedelte, mehr die christlichsoziale Spielart des Antisemitismus pflegte. Diese beiden Blätter sind die einzigen Tageszeitungen von den vielen antisemitischen Preßgründungen der 80er und 90er Jahre, die sich noch kümmerlich über Wasser halten.

Die christlichsoziale Partei, die im Verein mit den Konservativen das rote Haus in Berlin erobern wollte und in der Zeit der antisemitischen Hochflut auch wirklich ein volles Dutzend antisemitischer Vertreter in das Berliner Stadtparlament entsandte, wurde in der Reichshauptstadt allmählich immer mehr von den inzwischen gegründeten anderen antisemitischen Gruppen verdrängt. In Marburg war 1887 der erste antisemitische Abg. Dr. Böckel in den Reichstag gewählt worden. Dieser Wahlsieg in Hessen hatte der Bewegung einen kräftigen Ansporn gegeben; bei den allgemeinen Reichstagswahlen des Jahres 1890 wurden in Kurhessen und im Großherzogtum Hessen, wo Dr. Böckel mit seinem „Reichsherold“ und den Hetzflugblättern über den jüdischen Wucher und die jüdische Güterschlächterei den Boden

Dr. Böckel.

trefflich für die antisemitische Agitation gedüngt hatte, fünf antisemitische Abgeordnete gewählt, die 30 467 Stimmen auf sich vereinigten, während in 26 übrigen deutschen Wahlkreisen nur noch 6000 antisemitische Stimmen abgegeben worden waren. Hessen ist also die Wiege und das Stammland des politischen Antisemitismus und ist auch bis heute seine stärkste Stütze geblieben.

Diese ersten Erfolge veranlaßten die Führer, ihre Anhänger parteimäßig zu organisieren. Es bildete sich die Antisemitische Volkspartei, als deren erster Vertreter Dr. Böckel in den Reichstag eingetreten war, und die Deutschsoziale Partei unter der Führung L. v. Sonnenbergs, die sich im Jahre 1894 auf dem Delegiertentage zu Eisenach zu der Deutschsozialen Reformpartei vereinigten. Inzwischen war in dem „Rektor aller Deutschen", Hermann Ahlwardt, ein neues antisemitisches Gestirn aufgegangen, das durch seine sensationellen Anklagen gegen die Juden, die verjudete Regierung (Judenflinten und Reichsinvalidenfonds), den verjudeten Beamtenstand usw. wohl eine kurze Zeit eine große Trabantenschar um sich versammelte. Die kurz aufeinander folgenden Verurteilungen zu Gefängnisstrafen wegen schwerer Verleumdung, die mehrfachen moralischen Stäupungen, die er im Reichstage unter aktiver Beteiligung fast aller Parteien über sich ergehen lassen mußte, machten diesen antisemitischen Stern jedoch bald erbleichen. Die deutschsoziale Reformpartei, der Ahlwardt nach seiner Wahl zum Reichstage in Arnswalde-Friedeberg als Hospitant beigetreten war, schloß ihn, um die ganze Bewegung durch ein solches anrüchiges Subjekt nicht allzusehr kompromittieren zu lassen, alsbald aus, was Ahlwardt jedoch nicht hinderte, seine früheren Parteigenossen weiter zu brandschatzen. Dr. Böckel erklärte sich jedoch mit Ahlwardt solidarisch und trat ebenfalls aus der Fraktion aus; im Reichstag ließ er sich nur noch sehr selten sehen, verzichtete dann überhaupt auf ein Mandat und war jahrelang als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Bureau des Bundes der Landwirte tätig; neuerdings tritt er wieder als „wilder" Antisemit in der politischen Agitation auf und bewirbt sich um sein altes Reichstagsmandat in Marburg.

Ahlwardt.

Dr. Böckel.

Den größten Wahlerfolg als rein antisemitische Organisation — die Blockwahlen des Jahres 1907 können hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, da die spätere Wirtschaftliche Vereinigung auch Nichtantisemiten umfaßte — errangen die Antisemiten im Jahre 1893; es wurden damals 16 antisemitische Abgeordnete gewählt, die 263 861 Stimmen auf sich vereinigten. Dieser überraschende Wahlerfolg gab auch den Anlaß zu der bereits erwähnten Fusion der bisherigen beiden getrennten Gruppen zur Deutschsozialen Reformpartei. In der Legislaturperiode 1890—1893 hatten dem Reichstage angehört die Abgg. Dr. Böckel, Zimmermann, Pickenbach, Werner, Liebermann v. Sonnenberg, zu denen in der Nachwahl sich noch Ahlwardt zugesellte. In der Legis-

Gründung der Deutschsozialen Reformpartei.

laturperiode 1893—1898 war der politische Antisemitismus im Reichstage zunächst durch folgende 16 Abgeordnete vertreten: Ahlwardt, Bindewald, Böckel, Paul Förster, Gräfe, Hänichen, Hirschel, Klemm, Köhler, König, Lieber, Liebermann v. Sonnenberg, Leuß, Lotze, Werner, Zimmermann; König und Leuß schieden aus der Fraktion aus, der erstere wegen Meinungsverschiedenheiten, der letztere infolge seiner Verurteilung zu Zuchthausstrafe wegen Meineides[1]). An ihrer Stelle wurden bei der Nachwahl die antisemitischen Abgg. Pfarrer Iskraut und Vielhaben gewählt. Das Mandat des ebenfalls wegen Meinungsverschiedenheiten aus der Fraktion und aus dem Reichstage ausgeschiedenen Abg. Hänichen mußte die Partei zwar in der Nachwahl an die Sozialdemokratie abgeben; sie hielt sich jedoch hierfür schadlos durch die Eroberung des bisherigen nationalliberalen Mandats in Waldeck; dort siegte in einer Nachwahl der Antisemit Müller. Ein schwerer Schlag traf die Partei 1897 durch den Austritt des Abg. Prof. Paul Förster, der in einer öffentlichen Erklärung die Impotenz der Antisemiten auf sozialpolitischem Gebiete, die mangelhafte Teilnahme ihrer Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstags, ihren Mittelstandsschwindel, ihren „oberflächlichen Radau mit verbrauchten Schlagworten" scharf kritisierte.

Prof. Paul Förster.

Die Wahlen des Jahres 1898 trugen schon den Keim der Zersetzung in die antisemitische Fraktion hinein. Die deutschsoziale Reformpartei ging von 16 auf 10 Abgeordnete zurück; es wurden gewählt die bisherigen Abgg. Bindewald, Gräfe, Köhler, L. v. Sonnenberg, Lotze, Müller, Vielhaben, Werner, neu hinzu traten Gäbel und Raab; als „wilde" Antisemiten waren ferner gewählt Dr. Böckel, Ahlwardt und Stöcker, der am 1. Februar 1896 aus der konservativen Fraktion ausgetreten war. Die Stimmenzahl der „reinen" Antisemiten stieg jedoch von 263 861 auf 284 250 infolge Hinzutritts der christlichsozialen Stimmen.

In der Legislaturperiode 1893—1898 hatten sich in die Führung der deutschsozialen Reformpartei die Abgg. Zimmermann und L. v. Sonnenberg geteilt. Der erstere wurde 1898 jedoch nicht wiedergewählt, gleichwohl beanspruchte er den bisherigen Einfluß auf die parlamentarische Fraktion. Die Eifersüchteleien zwischen beiden führten schließlich dazu, daß im Januar 1900 L. v. Sonnenberg von der Parteileitung zurücktrat. In der „Ant. Korr." wurde dieser Rücktritt damit motiviert, daß schon seit geraumer Zeit zwei Richtungen in der Partei sich scharf gegenüberständen. Zimmermann und seine Gefolgschaft kehrten ihre Angriffe nicht nur gegen das Judentum, sondern auch gegen die rechtsstehenden Parteien, während L. v. Sonnenberg nicht nur ein freundnachbarliches Verhältnis zwischen den sämtlichen rechtsstehen-

[1]) Hans Leuß hat nach Verbüßung seiner Strafe alle Beziehungen zum Antisemitismus abgebrochen und betätigt sich seither als demokratischer Schriftsteller.

den Parteien, sondern den Abschluß eines formellen Wahlbündnisses mit den Konservativen und dem Bunde der Landwirte zum Zwecke der gemeinsamen Eroberung liberaler und sozialdemokratischer Wahlkreise erstrebe. Auf dem Magdeburger Parteitage im Herbst 1900 kam es wegen dieser Hauptstreitfrage zum Bruch und zur völligen Spaltung der Partei. L. v. Sonnenberg beantragte ein Vertrauensvotum für seine Haltung, das jedoch mit 85 gegen 75 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt wurde. Er erklärte infolgedessen seinen Austritt aus der Partei, mit ihm die Vertreter von 46 Wahlkreisen, darunter die Abgg. Raab und Müller-Waldeck, um sich zu einer neuen deutschsozialen Partei zu vereinigen; zu ihr trat später noch an Stelle des Abg. Vielhaben, der sein Mandat in Hofgeismar-Rinteln niederlegte, der Abg. Dr. Vogel. In der deutschsozialen Reformpartei verblieben die Abgg. Lotze, Bindewald, Werner, Gäbel und Gräfe; später trat noch Köhler als Hospitant der Reformpartei bei. Trotz der Spaltung blieben beide Gruppen im Reichstage bis zum Schluß der Legislaturperiode als „deutschsoziale Reformpartei" vereint, als ob nie eine Differenz bestanden hätte, während sie bei der Agitation im Lande den größten Wert darauf legten, nicht miteinander verwechselt zu werden.

Spaltung auf dem Magdeburger Parteitage.

Die Wahlen des Jahres 1903 brachten einen weiteren Zerfall des politischen Antisemitismus; die Zerfahrenheit und der Futterneid waren schließlich so groß geworden, daß Dr. Böckel, der inzwischen mit Prof. Paul Förster und dem Agitator Hans von Mosch, als den drei „Großmeistern" des neuen Bundes, eine neue antisemitische Gruppe, den „Deutschen Volksbund" gegründet hatte, wie er in einem Artikel des Vereinsorgans, der „Deutschen Hochwacht", schrieb, des „Rummels müde" wurde und nach 16jähriger parlamentarischer Tätigkeit — oder besser gesagt Untätigkeit, denn neben Ahlwardt und Köhler gehörte er zu den hartnäckigsten Schwänzern des Reichstags — dem parlamentarischen Leben Valet sagte. Es sei ein trauriges Kapitel: „10 Abgeordnete, die sich in 4 Parteien spalteten, . . . keiner gönne dem andern einen Brocken." Die Zahl der „reinen" antisemitischen Abgeordneten sank auf 9. Von den alten Mitgliedern der deutschsozialen Gruppe wurde nur L. v. Sonnenberg wiedergewählt, neu hinzu traten Lattmann und Graf Reventlow. Von der Reformpartei wurden nur Werner und Gräfe wiedergewählt, und als neue Mitglieder traten in die Fraktion der Verleger der „Staatsbg.-Ztg.", Bruhn, dem Ahlwardt sein Reichstagsmandat in Friedeberg-Arnswalde abgetreten, und der Redakteur der „Staatsbg.-Ztg.", Böckler, der den Wahlkreis Schlochau-Flatow erobert hatte. Eine neue Erscheinung im Reichstage waren die zwei Vertreter des „Deutschen Volksbundes", Pfarrer Krösell, der den Wahlkreis Pyritz-Saatzig, und Selterwasserfabrikant Frölich, der den Wahlkreis Ost- und West-Sternberg den Konversativen abgenommen hatte. Stöckers christlichsoziale Gruppe hatte in dem Apotheker Dr. Burkhardt, der

Der Deutsche Volksbund.

den Wahlkreis Dillenburg-Herborn den Nationalliberalen entrissen hatte, ebenfalls eine Verstärkung erhalten. Die Gesamtzahl der für die Kandidaten der Deutschsozialen, der Reformpartei, der Christlich-sozialen und des Deutschen Volksbundes abgegebenen Stimmen sank von 284 250 auf 258 207.

Bei den Nachwahlen der Legislaturperiode 1903—1907 gelang es den Antisemiten infolge des Zurückebbens der sozialdemokratischen Hochflut des Jahres 1903 ihren parlamentarischen Besitzstand durch drei weitere Mandate zu verstärken. Der Führer der Reformpartei, Zimmermann, wurde in seinem alten Wahlkreise Zschopau-Marienberg gewählt, und die Deutschsozialen Raab und Schack eroberten die Wahlkreise Eschwege-Schmalkalden bezw. Eisenach-Dermbach, so daß die antisemitischen Gruppen am Schlusse der letzten Session wieder 12 Abgeordnete zählten.

Noch einmal lächelte dem politischen Antisemitismus das Wahlglück bei den Blockwahlen des Jahres 1907. Dank einer geschickten Ausnützung der Volksströmung und einer terroristischen Inanspruchnahme der Unterstützung durch die Liberalen in sämtlichen Stichwahlen, die sie mit der Sozialdemokratie auszufechten hatten, gingen sie mit einem Gewinn von drei Mandaten aus dem Wahlkampf hervor. Die Zahl der antisemitischen Abgeordneten stieg von 14 auf 17; die Deutschsozialen zählten nunmehr 8 Mitglieder: Dr. Böhme, der in Marburg neu gewählt war, Gräf, Herzog, Köhler, Lattmann, L. von Sonnenberg, Raab und Schack; die Deutsche Reformpartei 6 Mitglieder: Bindewald, Bruhn, Gäbel, Gräfe, Werner, Zimmermann; die christlichsoziale Partei 3 Mitglieder: Behrens, der den Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen zum ersten Male mit Unterstützung des Zentrums eroberte, Burckhardt und Stöcker. Die antisemitische Gesamtstimmenzahl stieg aber nur von 258 207 auf 267 205. Zum ersten Male trat bei den Wahlen des Jahres 1907 auch die damals stark antisemitisch angehauchte Deutsche Mittelstandsvereinigung in den politischen Wettbewerb und erzielte 90 218 Stimmen. Diese mittelständlerische Gruppe hat sich jedoch inzwischen immer mehr von den rechtsstehenden Parteien abgewandt, und selbst die mit den Antisemiten und dem Bunde der Landwirte durch dick und dünn gehende Sächsische Mittelstandsvereinigung mit ihren provinziellen Schwesterorganisationen hat seither wiederholt die Verpflichtung auf das Bekenntnis des Antisemitismus abgelehnt, so daß diese Stimmen nicht dem politischen Gesamtantisemitismus zugezählt werden können.

Deutsche Mittelstands-Vereinigung.

Seit dem Jahre 1907 ist es mit dem politischen Antisemitismus rapide bergab gegangen. Die Deutschsozialen verloren das Mandat in Eisenach, das der deutschnationale Handlungsgehilfenführer Schack wegen seiner Triolenaffäre (siehe das Kapitel: „Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband") hatte niederlegen müssen. Die Führer der antisemitischen Gruppen, Stöcker, Zimmermann und L. von Sonnenberg sanken kurz hintereinander in den Jahren 1909, 1910

und 1911 ins Grab, und die parlamentarischen Mandate der beiden ersteren gingen in den Besitz der Nationalliberalen bezw. der Sozialdemokraten über. Mit knapper Not retteten die Deutschsozialen das durch den Tod Köhlers erledigte Gießener Reichstagsmandat, das dem Oberlehrer Dr. Werner nach heißem Stichwahlkampf zufiel. Eine weitere Verschiebung in den Besitzständen der einzelnen antisemitischen Gruppen erfolgte durch den Uebertritt der bisherigen reformparteilichen Abgeordneten Bindewald und Gäbel zu den Deutschsozialen. Die insgesamt um drei Mandate geschwächte Reformpartei wählte nach dem Tode Zimmermanns den Abg. Ludwig Werner zum Vorsitzenden, denselben Herrn, dem im Prozeß Werner-Erdmannsdörffer durch gerichtliches Erkenntnis bescheinigt worden ist, daß er gelogen habe.[2]) Die beiden Vertreter des „Deutschen Volksbundes", Krösell und Frölich, waren schon 1907 wieder aus dem Reichstage hinausgesetzt worden. Aber auch die Deutschsozialen erlitten eine Schwächung durch den Austritt des Abgeordneten Dr. Böhme, der zum Deutschen Bauernbunde übertrat, zu dessen Syndikus er gewählt wurde. Im Reichstage verschwanden sowohl die Deutschsozialen als auch die Christlichsozialen als selbständige Parteien, indem ihre Abgeordneten unter Führung L. v. Sonnenbergs mit einigen süddeutschen Bauernbündlern und politischen Einspännern eine rein wirtschaftliche Gruppe, die Wirtschaftliche Vereinigung (siehe das besondere Kapitel hierüber), bildeten.

Regionale Ausbreitung des Antisemitismus.

Es dürften vielleicht noch einige Angaben über die regionale Ausbreitung des politischen Antisemitismus von Interesse sein: Das Stammland und auch heute noch seine stärksten Stützpunkte bilden das Großherzogtum und Kurhessen und einzelne angrenzende thüringische Wahlkreise. Die exzessiven Hoffnungen auf die Eroberung des Königreichs Sachsen, wo im Jahre 1893 auf Anhieb sechs Wahlkreise den Antisemiten in die Hände fielen, sind grausam enttäuscht worden. Schon im Jahre 1898 mußten sie drei hiervon wieder an die Sozialdemokraten abgeben. Im Jahre 1903 behaupteten sie nur noch ein Mandat, gewannen zwar bei den Blockwahlen des Jahres 1907 noch zwei hinzu, haben aber inzwischen in Sachsen vollständig abgewirtschaftet, und bei einer Nachwahl 1910 auch das Mandat ihres langjährigen Führers Oswald Zimmermann verloren. Im Osten hat der politische Antisemitismus, wenn man von dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg absieht, dessen Wählerschaft der alte langjährige frühere Vertreter des Kreises, der konservative Abg. Meyer-Arnswalde, in bezug auf Intelligenz bekanntlich nicht sehr hoch eingeschätzt hat, immer nur Augenblickserfolge erzielt. Man hatte sich an dem Gedanken berauscht, die Reichshauptstadt in raschem Fluge für den Antisemitismus erobern zu können, wie es den Christlichsozialen unter Luegers Führung in Wien gelungen war.

---

[2]) Mit dem jüdischen Journalisten Dr. Hamburger Geschäfte gemacht zu haben, wie es Werner getan hat, ist zwar auch den antisemitischen Abgg. Hirschel und Böckel nachgewiesen. Diese haben es aber nicht abgeleugnet.

Der schöne Traum zerfloß jedoch sehr bald. Aus der Stadtverordnetenversammlung wurde das Dutzend konservativ-antisemitischer Vertreter sehr bald wieder herausgedrängt; bei den Landtagswahlen und den Reichstagswahlen erzielten sie nur klägliche Minoritäten, und seit 1903 stellen sie nur noch in einigen Berliner Landtagswahlkreisen schüchterne Zählkandidaturen auf. Bei den Reichstagswahlen ist es nur einmal Stöcker und seinen Parteigenossen gelungen, erheblichere Minoritäten zu erzielen. Seit der Zeit wagen sie es gar nicht mehr, ihre Stimmen zu zählen, sondern gehen in sämtlichen Berliner Wahlkreisen von vornherein mit den Konservativen zusammen.

Die Wahlerfolge, die sie in den ländlichen Bezirken des Ostens, in der Mark, Pommern, Westpreußen, gelegentlich erzielten, waren nie von länger Dauer. In den meisten Fällen ging das Mandat schon bei der nächsten Wahl wieder in den Besitz der Partei, die es früher besessen hatte, über, so in Neustettin, Pyritz-Saatzig, Schlochau-Flatow, Ost- und West-Sternberg. In Ost- und Westpreußen haben sie nie festen Fuß fassen können, in Schlesien besitzen sie nur einige wenige für die politischen Wahlen bedeutungslose Organisationen. Der einzige Wahlkreis, den sie in Schleswig-Holstein besaßen, Flensburg-Apenrade, ist längst in anderen Besitz übergegangen. Diese Verluste haben sie teilweise durch Neueroberungen thüringischer Wahlkreise ausgeglichen, doch ist auch hier die antisemitische Welle ebenfalls schon stark zurückgegangen, und dem Verlust des Wahlkreises Eisenach, den der „Triolen"-Schack einige Jahre vertreten hatte, werden andere Mandatseinbußen bei den nächsten Wahlen folgen. Der stärkere Ausbau der christlichsozialen Organisationen in Rheinland-Westfalen hat nur den Zweck, dem Zentrum gefällig zu sein durch möglichste Ausschaltung der Nationalliberalen aus den Stichwahlen mit der Sozialdemokratie, und ihm damit eine Gegenleistung für seine Unterstützung der christlichsozialen Reichstagsabgeordneten Behrens und Burckhardt zu gewähren. In Baden und Württemberg ist der politische Antisemitismus fast vollständig erloschen. In Bayern kämpft das kleine christlich-soziale Häuflein, das sich um den Herausgeber des Münchener antisemitischen „Deutschen Volksblattes", Wengg, gruppiert, schon infolge des starken Ueberwiegens des Zentrums einen aussichtslosen Kampf, zumal das Zentrum je nach Bedarf ebenfalls im antisemitischen Gewande auftritt. Für den gesunden politischen Sinn der Hansastädte zeugt die Tatsache, daß in Hamburg, dem Sitze des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, bei den letzten Reichstagswahlen in sämtlichen drei Wahlkreisen nur 600 antisemitische Stimmen abgegeben worden sind.

In den Parlamenten der Einzelstaaten.

Aus den Parlamenten der größeren Bundesstaaten sind die Antisemiten vollständig verdrängt worden. Dem preußischen Abgeordnetenhause gehörten zeitweilig Stöcker und der reformparteiliche Abg. Werner an, der sächsischen II. Kammer der Abg. Zimmer-

mann; bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen (1910) kamen die Antisemiten in sämtlichen sechs Wahlkreisen, in denen sie Kandidaten aufgestellt hatten, nicht einmal in die Stichwahl. Ihr Mitglied Biener wurde in Chemnitz nicht als Antisemit, sondern als Mittelständler gewählt. Die badische II. Kammer ist ebenfalls längst antisemitenrein, und nur in Hessen sind auch bei den letzten Landtagswahlen etwa ein halbes Dutzend Mitglieder der antisemitischen Gruppen in den Landtag gewählt worden, die jedoch keine besondere Gruppe bilden, sondern dem Fraktionsverbande der Bauernbündler angehören. Desgleichen gelang es den Deutschsozialen bei der Landtagswahl in Oldenburg (1909) zwei Mandate zu erringen, die sie jedoch in Zukunft schwerlich behaupten dürften, da Oldenburg im Jahre 1911 das allgemeine Wahlrecht eingeführt hat. In den thüringischen Landtagen finden sich nur noch ganz vereinzelt einige antisemitische (deutschsoziale) Abgeordnete, nachdem bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar 1909 die Wählerschaft ein gründliches Strafgericht über sie abgehalten hat.

Rückblick und Ausblick.

Wenn man auf die Wellenbewegung des politischen Antisemitismus während dieser zweier Jahrzehnte zurückblickt, wird man schwerlich behaupten können, daß der antisemitische Gedanke als solcher parteibildende Kraft gezeigt hätte. Der Antisemitismus als politische „Weltanschauung" hat jämmerliches Fiasko gemacht. Die rein politischen Forderungen, die sich gegen das Judentum richten, spielen in der Agitation fast gar keine Rolle mehr. Nur um wirtschaftspolitische Forderungen wird gekämpft, und gelegentlich werden sogar die Juden, wie Herr Bruhn es bei einer Nachwahl in Kolmar-Czarnikau-Filehne getan hat, freundlichst eingeladen, Seite an Seite mit den Antisemiten für die gemeinsamen Interessen zu kämpfen. Es kommt ihnen auch gar nicht darauf an, wenn die Wahlnot groß ist, ihr antisemitisches Programm fast vollständig zu verleugnen oder es bis zur bedeutungslosen Phrase abzuschwächen, wie es z. B. Herr Raab bei der Nachwahl in Norden-Emden-Leer (1907) und Parteigenossen des Herrn Lattmann in Kassel bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1907 getan haben. Von Zeit zu Zeit wird auf Parteitagen freilich die antisemitische Reliquie wieder aus dem verstaubten Kasten hervorgeholt, und Herr L. v. Sonnenberg (bezw. sein Nachfolger) leistet dann einen feierlichen Schwur (wie auf der Tagung des Verbandes Nordmark der deutschsozialen Partei im April 1910): „Wir sind Antisemiten und wollen als solche sterben." Ueber die Gesichter der älteren Mitglieder der Partei huscht dann aber wohl ein stilles Augurenlächeln; sie erinnern sich, daß derselbe L. von Sonnenberg im Jahre 1899 erklärt hatte, der Antisemitismus sei „auf einem toten Punkt angelangt", und daß nach indiskreten Mitteilungen des Abg. Ludwig Werner der nachherige Führer der deutschsozialen Partei schon in den achtziger Jahren nach einem fremden Erdteil auswandern wollte, „weil in Deutschland alles verloren sei". Die im allgemeinen sehr gedrückte und resignierte Stimmung im

antisemitischen Lager kam im Jahre 1910 anläßlich des 25jährigen Jubiläums der „Deutschsoz. Bl." (früheren „Ant. Korresp.") zu charakteristischem Ausdruck. In der Festnummer gedachte der deutschsoziale Parteiführer wehmutsvoll der Zeiten, wo in Berlin noch zuweilen 10—12 000 Leute die antisemitischen Versammlungen stürmten. Th. Fritsch berauschte sich in der Erinnerung an die schönen Zeiten, wo er „oft mitten in der Nacht aus dem Schlafe durch Depeschen gescheucht wurde, in denen es hieß: „Sendet sofort 50 000 Weihnachtsflugblätter usw." Wie anders heute:

„Wo ist dieser treuherzige Eifer und dieses starke Gemeininteresse geblieben? Heute lasse ich auf dringendes Zureden mancher Leser einzelne Hammeraufsätze in Sonderabdrücken herstellen und biete sie aus; aber es finden sich nicht mehr so viele, die an einer Verbreitung solcher Blätter sich zu beteiligen Lust haben. Es scheint manchmal, als ob die deutsche Nation sich selber schon aufgegeben hätte!"

Auch Herrn Adolf Bartels' Jubiläumsbeitrag war auf einen sehr resignierten Ton gestimmt, und der antisemitische Veteran Sanitätsrat Dr. Stille mußte gar bekümmert feststellen: „Der jüdische Einfluß auf unser Schrifttum ist nie größer gewesen."

Man sieht, die Führer des politischen Antisemitismus selber verzweifeln an der sieghaften Kraft ihres Programms. Nirgends auch wagen sie mehr den politischen Kampf allein auf sich selbst gestellt, sondern suchen Anlehnung und gegenseitige Unterstützung bei den anderen politischen und wirtschaftspolitischen Gruppen der Rechten. Eine gewisse Teilung der politischen Arbeit zwischen dem Bunde der Landwirte und den Antisemiten ist heute schon unverkennbar; in überwiegend ländlichen Wahlkreisen stellt der erstere den gemeinsamen Kandidaten, in den mehr von städtischer Bevölkerung und gewerblichem Mittelstande durchsetzten Wahlkreisen die Antisemiten. Die Agitationsformen des Bundes der Landwirte sind so antisemitisch geworden, daß sich die Existenz besonderer antisemitischer Gruppen vollkommen erübrigt. Wenn — wie anzunehmen ist, schon bei den nächsten Wahlen — diese antisemitische Parteisplitter eine weitere empfindliche Schwächung erleiden werden, dürfte der Bund der Landwirte wohl die Erbschaft des politischen Antisemitismus übernehmen.

Da wir in diesem Kapitel einen Gesamtüberblick über die Entwicklung des politischen Antisemitismus geben wollten, mußten wir uns auf eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Vorkommnisse beschränken. Im folgenden sei daher noch einiges aus der Geschichte der einzelnen antisemitischen Gruppen und Fraktionen nachgetragen, mit dem Bemerken, daß eingehende Abhandlungen hierüber erschienen sind im Jahre 1907: „Der politische Antisemitismus von 1903—1907" (Verlag des Vereins z. A. d. A., 40 Pf.) und im Jahre 1911: „Der politische Antisemitismus von 1907—1911" (Verlag des Nationalvereins für das lib. Deutschland, München, 75 Pf.).

1. Die Reformpartei.

Nach der Trennung von den Deutschsozialen behielt zunächst der Abg. Oswald Zimmermann die Führung der Partei, bis ihm in dem 1903 in den Reichstag gewählten Verleger der „Staatsb.-Ztg.", Wilhelm Bruhn, eine ernste Konkurrenz erwuchs. Bruhn hatte schon durch die gewissenlose Ausschlachtung des Konitzer Mordes (siehe auch das Kapitel: „Ritualmord") zu einer systematischen Judenhetze sich in den Kreisen des großstädtischen Radauantisemitismus starke Sympathien erworben; als er im Jahre 1902 wegen Beleidigung der Konitzer Richter und der Behörden zusammen mit seinem verantwortlichen Redakteur Dr. Böttticher zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde, umwob ihn auch noch die Gloriole des politischen „Märtyrers". Jahrelang unterstützten dann Bruhn und seine „Staatsb.-Ztg." das für das Blatt geschäftlich höchst einträgliche skandalöse Treiben des damals schon zweifellos geistesgestörten Grafen Pückler. Unter dem Vorsitz Bruhns und einiger seiner antisemitischen Reichstagskollegen hielt der Dreschgraf die wildesten Hetzreden gegen die Juden und die Behörden, die ihm vielfache Gefängnisstrafen eintrugen, nachdem die Gerichtshöfe anfangs seine Straftaten sehr milde beurteilt hatten. Der Skandal wurde so arg, daß auch in der eigenen Partei sich lebhafter Unwille dagegen geltend machte, zumal die Preßorgane der antisemitischen „Bruderpartei" ihre höhnischen Glossen über diese „Herabwürdigung der antisemitischen Volkserziehung" zu einem „Varieté-Antisemitismus" machten.[3]) Schon auf dem Eisenacher Parteitage der Reformpartei 1902 hatte der Vorsitzende Abg. Zimmermann erklärt, daß Pückler als Antisemit ganz nach Gefallen wirken könne; die Partei lehne aber jede Verantwortung für sein öffentliches Auftreten und seine sonstige Tätigkeit ab: „Wir wollen keine Radaupartei sein." Herrn Bruhn aber focht das wenig an, er benutzte Pückler weiter als Reklame für sein antisemitisches Geschäft und ließ ihn auch seine der „Staatsb.-Ztg." beigelegten Reden verantwortlich zeichnen. Erst als Pückler sich auch den Sozialdemokraten zu nähern suchte, den Abg. Bebel als seinen „lieben Freund" und die Sozialdemokratie als seine „lieben, roten Brüder" bezeichnete, hielt es Bruhn für ratsam, dem inzwischen auch finanziell heruntergekommenen irrsinnigen Grafen den Laufpaß zu geben. Seine Stellung in der Fraktion verschlechterte sich noch, als er im Gegensatz zu der Mehrheit seiner Fraktionsgenossen in dem neuen Blockreichstag für das Börsengesetz stimmte; er wurde hierfür auf dem Leipziger Parteitag 1908 durch Nichtwiederwahl in den Vorstand bestraft. Als Geschäftsführer

Wilhelm Bruhn.

Graf Pückler

---

[3]) Das Organ des „Deutschen Volksbundes", die „Deutsche Hochwacht", schrieb ihm z. B. folgenden schönen und treffenden Vers ins Stammbuch:

„Nur dadurch konnte Pückler jahrelang eine an sich gute Sache so unglaublich schädigen, daß antisemitische Blätter aus gewinnsüchtiger Absicht es nicht verschmähten, mit Pücklerreden, die doch nur kindliches Gestammle waren, Geschäfte zu machen."

des „Deutschen Antisemiten-Bundes" geriet er mit der Mehrheit der Mitglieder ebenfalls in Differenzen wegen angeblich unbefugter Einziehung von Beiträgen; er löste daher 1909 sein bisheriges Hospitantenverhältnis zur Partei und gründete eine „Deutschnationale Vereinigung für Ostdeutschland", deren Arbeitsgebiet die Nachbarwahlkreise seines Wahlkreises Arnswalde-Friedeberg bilden.

Die „Wahrheit".

Inzwischen hatte Bruhn, nachdem er ziemlich plötzlich aus der „Staatsb.-Ztg." herausgedrängt worden war, ein Wochenblatt, die „Wahrheit", gegründet, das insbesondere dem sensationellen Klatsch diente, gesellschaftliche Skandale ausschrotete und dem Sinnenkitzel der alten und jungen Lebewelt Avancen machte. Die „Deutsche Hochwacht" charakterisierte eine Nummer einmal folgendermaßen:

„Sehen wir uns die betreffende Nummer an; da finden wir diesen schönen „Vergeltungsartikel" mitten zwischen der „heimlichen Liebe von Max und Moritz", Bühnenehebruchsgeschichten, Plaudereien von „schwellenden Brüsten", hochgeschürzten, feschen „Ballettratten" und „schönen Büsten", zwischen Anzeigen so ziemlich aller Ballhäuser, Kabaretts, Nachtcafés usw., in denen die Berliner Prostitution verkehrt. In diesem Rahmen nehmen sich Ausführungen über Recht und Sitte und Anstand ganz besonders schön aus. Wahrhaftig, wir sind versucht, in den Amorsälen einige der Damen mit den „schwellenden usw." zu fragen, welchen Eindruck dieser Artikel ihres Leibblattes auf sie gemacht haben möge."

Dahsel.

Auch in der Kreissynode Berlin-Köln wurde betont, wie ekelerregend die in der „Wahrheit" gebotene Kost sei. Erst später stellte sich heraus, daß der ständige Mitarbeiter der „Wahrheit" Dahsel, den Bruhn von der „Staatsb.-Ztg.", wo er jahrelang die parlamentarische Berichterstattung des Blattes geleitet, übernommen hatte, die „Wahrheit" auch zu erpresserischen Artikeln benutzt hatte; Dahsel wurde infolgedessen im Oktober 1909 zu 1 Jahr 6 Monate Gefängnis verurteilt. Ein vom Staatsanwalt im Anschluß hieran gegen Bruhn und den verantwortlichen Redakteur der „Wahrheit" eröffnetes Verfahren wegen Erpressungsversuchs endete mit der Freisprechung der Angeklagten. Gleichwohl war die Presse aller Parteien — vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung" — einmütig in der Verurteilung der auf die niedrigsten Instinkte spekulierenden Tendenz des Bruhnschen Blattes. Bezeichnend war, daß die „Staatsb.-Ztg.", die anfangs von ihrem früheren Verleger sehr energisch abgerückt und deswegen von Bruhn als „hundsgemein" bezeichnet worden war, schon während des Prozesses wieder zärtliche Annäherungsversuche an ihn gemacht hatte. Das war freilich nicht weiter verwunderlich bei einem Blatt, das hintereinander einem Ahlwardt, Pückler, Bruhn und Stöcker mit der gleichen Ueberzeugungstreue gedient, und das Herrn Werner, dem jetzigen Vorsitzenden der Reformpartei, Unterschlupf in seiner Redaktion gewährt hat, unmittelbar nachdem das Gericht in dem Prozeß Werner-Erdmannsdörffer ihn der Lüge überführt hatte.

Bruhn und „Staatsbürg.-Zeitung".

Das offizielle Parteiorgan der Reformpartei, die „Deutsche Reform", ist ein kümmerlich dahinvegetierendes Wochenblättchen, zur Hälfte Plattenfabrikat. Jahrelang besaß die Partei in der „Staats-

bürgerzeitung“ und der Dresdener „Deutschen Wacht“ zwei täglich erscheinende Parteiblätter. Die „Staatsb.-Ztg.“ ist, nachdem sie mehrere Jahre, durch Stöcker angekauft, christlichsoziales Parteiorgan gewesen war, jetzt ein „wild“ antisemitisches Blatt, und zwar in jedem Betracht. Mit der „Deutschen Wacht“, die jahrelang an Abonnentenschwund dahinsiechte, hatte die Parteileitung zuletzt noch die heftigsten Kämpfe auszufechten. Das Blatt lehnte es ab, „in sklavischer Unterwürfigkeit unter die wechselnden Weisheiten eines herrschsüchtigen Wortführers zu dienen“, worauf Zimmermann replizierte, die „klägliche Lage“ des Blattes sei so bekannt, daß es durch Renommistereien „sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben sollte“. Neuerdings (1911) hat die „Deutsche Reform“, die sich mit dem früheren Berliner „Antisemitischen Generalanzeiger“ verschmolzen hat und von dessen Herausgeber, Karl Sedlatzek, „redigiert“ wird, wieder den Untertitel „Deutsche Wacht“ angenommen. Die „Deutsche Wacht“.

Zeitweise hat auch eine Sonderorganisation der Reformpartei bestanden unter dem Namen „Deutscher Mittelstandsbund“, die unter der Führung Bruhns vornehmlich die östlichen antisemitischen Wahlkreise bearbeitete; ob diese Firma noch existiert, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen, da derartige Gründungen meist ebenso rasch, wie sie auftauchten, auch wieder verschwanden. Deutscher Mittelstandsbund.

In Hessen hat die Reformpartei den größten Teil ihres parlamentarischen Besitzstandes an die Deutschsozialen abgeben müssen, deren Führer, L. v. Sonnenberg, die hessischen Reformer schon im Jahre 1906 verächtlich als „politische Hausknechte“ bezeichnet hatte; sie besitzt nur noch das Reichstagsmandat ihres Vorsitzenden Werner in Hünfeld-Hersfeld. Ihre Organisation, die nach dem Eingehen der „Hessischen Rundschau“, dessen Redakteur Wallbach auf dem Altar der antisemitischen Einigkeit geopfert wurde, fast ganz zerfallen war, ist im Jahre 1911 wieder kümmerlich neu aufgebaut worden, kann sich jedoch gegenüber der deutschsozialen Konkurrenz nur schwer behaupten.

2. Die deutschsoziale Partei.

An Rührigkeit in der Agitation sind die Deutschsozialen allen anderen antisemitischen Gruppen weitaus voran. Wenn auch ihr Führer L. v. Sonnenberg, sich in letzter Zeit mehr und mehr auf das politische Altenteil gesetzt hatte, so litt doch die Versammlungs- und Organisationstätigkeit der Partei dadurch keine Einbuße. Insbesondere in den Abgg. Lattmann und Raab besitzt diese antisemitische Gruppe zwei für sie sehr wertvolle agitatorische Kräfte. Ein schwerer Verlust traf die Partei im Jahre 1906 durch den Tod des redegewandten Grafen Reventlow, der zwar nur drei Jahre dem Reichstage angehört hatte, aber schon allgemein als Dauphin der Partei angesehen wurde, wenn Liebermann v. Sonnenberg aus dem zeitlichen und politischen Leben scheiden sollte, was September 1911 der Fall war. Auch organisatorisch Tod Liebermann v. Sonnenbergs

und finanziell ist sie ungleich besser gerüstet als die Reformpartei, zumal sie fast überall auf die Unterstützung des Bundes der Landwirte rechnen kann. Hat doch früher einmal der Bund der Landwirte die Deutschsozialen ganz offiziell als die in agrarischen Dingen zuverlässigste politische Gruppe der Rechten bezeichnet. Diese enge Liierung mit dem Bund der Landwirte ist auch einer der Gründe der Magdeburger Trennung von der Reformpartei gewesen. Insbesondere das damalige Organ der hessischen Reformpartei, die „Hessische Rundschau", wurde nicht müde, die Deutschsozialen als Hörige des Bundes der Landwirte zu bezeichnen:

„Eine geheimkonservative, regierungsfromme und volksfeindliche Clique, gefolgt von einer kleinen Schar kritikloser Mitläufer, das sind die Deutschsozialen, und nichts weiter!"

Die der Reformpartei nahestehende Magdeburger „Sachsenschau" hieb in dieselbe Kerbe:

„Den Bärenführer für den Bund macht Liebermann von Sonnenberg. Die Deutschsozialen geben die Flagge her, weil der Bund der Landwirte nicht imstande ist, die selbständigen Gewerbetreibenden in den Städten und Dörfern an seine Fahne zu fesseln."

Unzufriedenheit mit dem reaktionären Wirtschaftsprogramm.

Ein anderes Mal bezeichnete das Blatt die finanziellen Hilfsquellen der Deutschsozialen noch deutlicher: „Die Reformpartei besitzt allerdings nicht das große Portemonnaie des Bundes der Landwirte und der konservativen Großgrundbesitzer."

Bei der Abstimmung über den Zolltarif von 1902 warf die „Staatsb.-Ztg." den Deutschsozialen, die mit der engeren Gefolgschaft des Bundes der Landwirte gegen den Tarif gestimmt hatten, Mandatslüsternheit, Leichtfertigkeit und Illoyalität vor:

„Die Herren Agrarier und diejenigen, die ihnen in dieser Frage Heeresfolge leisteten, haben durch die Ablehnung des Zolltarifs nicht nur die Lebensinteressen der Landwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick verkannt, sie haben diese Interessen leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Sie haben die Interessen der Landwirtschaft zurückgedrängt hinter Nebenrücksichten, unter denen hier und da vielleicht die Mandatsrücksichten die erste Stelle einnahmen."

L. v. Sonnenberg revanchierte sich einige Jahre später (1906) für diesen Angriff, indem er die Reformpartei öffentlich dazu beglückwünschte, daß die „Staatsb.-Ztg." nicht mehr ihr Organ sei.

Auch von anderer Seite ist in den Kreisen der Deutschsozialen schon wiederholt große Unzufriedenheit über ihr reaktionäres Wirtschaftsprogramm bekundet worden. Als die deutschsoziale Partei im Jahre 1904 einen neuen Programmentwurf veröffentlichte, übte ein Mitglied in den „Deutschsoz. Bl.", also dem offiziellen Parteiorgan, hieran eine sehr scharfe Kritik. Das Programm sei „einseitig dem selbständigen Mittelstand auf den Leib zugeschnitten" und messe diesem damit eine Bedeutung für die Gesamtnation zu, „die er einfach nicht mehr besitzt, und die er nie wieder erringen wird". Also der bisherige Grundpfeiler des deutschsozialen Prgramms wurde als vollständig morsch verworfen, wie ja auch Prof. Paul Förster schon

im Jahre 1897 seinen Austritt aus der Partei mit ähnlichen Argumenten begründet hatte: „Mittelstand und Mittelstand — darauf sitzen wir fest, ohne daß recht ersichtlich wird, was wir wollen und was wir nicht wollen". — Ferner wurde von diesem parteigenössischen Kritiker der Kampf gegen den Kapitalismus getadelt, dagegen ganz im liberalen Sinne Selbsthilfe durch Kredit-, Ein- und Verkaufsgenossenschaften usw. gefordert und daraus das Fazit gezogen: „Also keine Abwehr, sondern Anpassung an die kapitalistische Betriebsweise", denn diese sei nicht nur eine Notwendigkeit, sondern „in unendlich vielen Beziehungen ein Segen". Die Lebenshaltung des ganzen Volks habe sich unter ihrem Einfluß gehoben usw. Kurz dieser deutschsoziale Antisemit übte an dem Programm seiner Partei eine geradezu vernichtende Kritik, natürlich ohne irgendeinen Erfolg damit zu erzielen, da die Partei sich aus einem sehr wichtigen Grunde nicht das Wohlwollen der Herren vom Bunde der Landwirte verscherzen darf.

Mit den Deutschsozialen steht in enger Fühlung der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, dessen früherer Vorsitzender Schack (siehe das besondere Kapitel über den Verband) auch der deutschsozialen Reichstagsfraktion angehörte; wie schon früher, so sind auch jetzt die meisten führenden Personen in der antisemitischen Handlungsgehilfenorganisation zugleich auch Mitglieder der deutschsozialen Partei. Der Schriftleiter der „Handelswacht", Roth, kandidiert für sie zu den Reichstagswahlen des Jahres 1911 im Herzogtum Lauenburg; er war es auch, der auf dem letzten deutschsozialen Parteitage (1911) sich sehr mißfällig darüber äußerte, daß die Partei in ihrer öffentlichen Wirksamkeit ihre antisemitischen Grundanschauungen nicht genügend zum Ausdruck bringe. Roth.

Offizielles oder offiziöses Organ der Partei sind die „Deutschsozialen Blätter", die frühere „Antis. Korr.", die von Th. Fritsch, dem jetzigen Herausgeber des „Hammer", im Jahre 1885 gegründet worden war. Durch einen gesucht ordinären Ton, der schon gelegentlich den Führer der Partei zu einer privaten Desavouierung des Blattes gezwungen hat, unterstreicht die Redaktion noch die geistige Oede des Parteiorgans. Weitere Einzelheiten zur Charakteristik der Deutschsozialen finden die Leser in dem Kapitel: „Die Wirtschaftliche Vereinigung."

3. Der Deutsche Volksbund.

Diese eigenartige Schöpfung des Herrn Prof. Paul Förster, der 1897 seinen Austritt aus der deutschsozialen Reformpartei erklärt hatte, mit der Motivierung, daß er keinen Wert darauf lege, einer Partei anzugehören, die sich „mit oberflächlichem Radau und verbrauchten Schlagworten" begnüge, ist den politischen Logen des Auslandes nachgebildet. An der Spitze stehen drei „Großmeister", die einen Rütli-Schwur unter sich geleistet haben; diese haben sich sieben „Meister"

gewählt, denen sich noch 13 „Freischöppen" zugesellen. Dieser „Rat der Dreiundzwanzig" regiert absolut; was er beschließt, ist absolutes Gesetz. Allerdings haben sich die beiden dem „Deutschen Volksbunde" in der Legislaturperiode 1903—1907 angehörigen Reichstagsabgg. Froelich und Krösell[4]) um die Beschlüsse des „Rates der Dreiundzwanzig" wohl schwerlich gekümmert.

Viel Freude an diesen „Freischöppen", wie an der ganzen Schöppenstedterei haben die Mitglieder des Bundes nicht erlebt. Der „Deutsche Volksbund" kam aus den „Sanierungen" seines Organs, der „Deutschen Hochwacht", die bald als Tageszeitung, bald als Wochenblatt, zuerst in Berlin, dann in Stettin und später wieder in Berlin erschien, nicht heraus. Mit dem Geschäftsführer Hans von Mosch, der sich als Leiter des Organs, wie als Hauptagitator zeitweise eine ganz einträgliche Stellung geschaffen hatte, lebte ein Teil der Freischöppen und Aufsichtsratsmitglieder in fortwährendem Streit, da Hans von Mosch anscheinend etwas allzu selbstherrlich über die Gelder des Bundes verfügte. Der Aufsichtsrat stellte sogar Strafantrag wegen Buchfälschung und Unterschlagung, behauptete öffentlich, daß die Taten des Herrn von Mosch geradezu „verbrecherische" seien; ein Mitglied des Aufsichtsrats, Mertens-Weißensee, versandte Zirkulare, worin er behauptete, daß Mosch in drei Jahren von dem Bundesvermögen 21 000 Mark für sich verbraucht habe, was Mosch wiederum als „elende Verleumdung" bezeichnete. Die Staatsanwaltschaft gab der Strafanzeige keine Folge, weil die angestellten Ermittlungen die Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergeben hätten. Die „Deutsche Hochwacht" selbst hatte sich über den Inhalt der Strafanzeige ausgeschwiegen: „Wir werden den Redakteuren der Judenblätter, die wohl schon ihre Griffel gespitzt haben, nicht den Gefallen tun, diese Dinge der Oeffentlichkeit preiszugeben."

Hans von Mosch.

Streit zwischen Bruhn und dem Deutschen Volksbunde.

Unmittelbar vor den Wahlen des Jahres 1907 hatte eine Verschmelzung des „Deutschen Volksbundes" mit der Reformpartei stattgefunden. Die Lahmen und Krüppel hatten sich zu einer politischen Kumpanei vereinigt. Schon im Verlaufe der Wahlbewegung kam es jedoch zu einem großen Krach. Der aus den Anfängen der antisemitischen Bewegung „rühmlichst" bekannte Schriftsteller Plack-Podgorski hatte die schwersten Anklagen gegen Bruhn erhoben. Prof. Paul Förster benutzte nun dieses Anklagematerial, um die Kandidatur Bruhn in Arnswalde-Friedeberg zu Falle zu bringen und sich selbst als Kandidaten zu empfehlen. In einem Schreiben an den Friedeberger Wahlkreisvorsitzenden des Bundes der Landwirte verwies er darauf, daß in der Schrift des Plack-Podgorski „von Bruhn Dinge enthalten seien, die es nicht nur erlaubten, sondern geradezu geböten, über diesen hinweg vorzugehen, um dem Wahlkreis die

[4]) Ueber die pikanten Liebesabenteuer des Expastors und Ritualmordgelehrten Krösell finden die Leser näheres in dem Kapitel: „Die Juden und die Sittlichkeit".

Gefahr zu ersparen, zusammen mit seinem Abgeordneten schwer bloßgestellt zu werden". Weder der Bund der Landwirte noch die Reformpartei rührten jedoch auch nur einen Finger gegen Bruhn. Förster erlitt als Zählkandidat ein klägliches Fiasko, er erhielt ganze 158 Stimmen. Bruhn aber schnob Rache und setzte es durch, daß Herr Förster mitsamt dem „Deutschen Volksbunde" wieder aus der Reformpartei ausgeschlossen wurde. Hans von Mosch trat aus den schon oben erwähnten Gründen ebenfalls aus dem Bunde aus und gründete den „Vaterländischen Volksbund" nach dem Muster des „Deutschen Volksbundes" und des früheren „Germanischen Volksbundes". Einer in antisemitischen Kreisen verbreiteten Auffassung, daß er auch Bruhns wegen ausgetreten sei, trat die „Deutsche Hochwacht" mit dem Bemerken entgegen: „Daß er (Mosch) eines Herrn Bruhn wegen aus seinem Bunde ausscheiden sollte, das zu behaupten, kriegt eben nur ein Halbweltblatt fertig." Zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Bruhn und Plack-Podgorski ist es trotz wiederholter Ankündigung nicht gekommen. In welchem Lager Prof. Paul Förster jetzt steht, ist nicht mit Sicherheit zu sagen; seine Sympathien dürften ihn wohl in erster Linie an die Seite des „Vaterländischen Volksbundes" führen. Mit der Reformpartei hat Hans von Mosch wieder freundschaftliche Beziehungen angeknüpft. Dem „Vaterländischen Volksbunde" hat sich übrigens auch Herr Dr. Otto Böckel im Jahre 1910 angeschlossen, und die „Deutsche Hochwacht" teilte erfreut mit, daß dieser „alte markige Vorkämpfer" auch als Mitarbeiter für das Blatt gewonnen sei.

Der Vaterländische Volksbund.

4. Die christlichsoziale Partei.

Die schwere innere Krisis, in der sich die christlichsoziale Partei seit dem Ableben Stöckers befindet, ist psychologisch leicht erklärbar. Die Partei ist aus streng konservativen Grundanschauungen hervorgegangen; ihr Begründer war jahrelang Mitglied der konservativen Partei und gehörte ihrem Elfer-Ausschusse an. Stöckers Austritt aus der Partei war nicht etwa durch politische Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, sondern eine Folge seiner allzu engen Liierung mit dem im Jahre 1896 als Betrüger entlarvten Chefredakteur der „Kreuz-Ztg.", von Hammerstein. Die offene Parteinahme für diesen mit einem schweren politischen und moralischen Makel behafteten Desperado im Verein mit seinem eigenen berüchtigten Scheiterhaufenbriefe (siehe das Kapitel: „Kaiser Wilhelm II.") machten Stöckers ferneres Verbleiben in der konservativen Partei unmöglich. Es blieb ihm also, wollte er sich politisch weiterhin betätigen, nichts anderes übrig, als seine engeren politischen und kirchlichen Freunde unter einem besonderen politischen Fähnlein zu sammeln. Das war der äußere Anlaß für die Selbständigmachung der von ihm im Jahre 1880 gegründeten christlichsozialen Partei, die freilich auch unter der straffen Führung ihres Begründers keine politische Bedeutung erlangen konnte. Seit dem Tode Stöckers (siehe auch das nächstfolgende Kapitel) ent-

Stöcker—Hammerstein

behrt die christlichsoziale Partei[5]) jeder einheitlichen Führung; sie leidet schwer unter dem Diadochentum. Lic. Mumm, der von Stöcker designierte, und Abg. Behrens, der tatsächlich zum Parteivorsitzenden gewählte „Führer", verfolgen jeder eine andere Taktik, wenn sie auch in den Grundauffassungen des Stöckerschen christlichen Sozialismus übereinstimmen mögen. Im Jahre 1910 hat die insbesondere vom „Reichsboten" angeregte Rückkehr der Partei in den konservativen Mutterschoß zum Teil recht stürmische Auseinandersetzungen gezeitigt. Das Blatt hatte den Christlichsozialen ganz offen geraten, „zu ihrem gesegneten Anfang zurückzukehren, sich als christlichsoziale und evangelische Arbeitervereine an die konservative Partei anzuschließen, wie es Stöcker in seiner letzten Zeit tat, und es aufzugeben, eine selbständige politische Partei zu bilden". Diese Auffassung fand ein von der christlichsozialen Parteileitung sehr schmerzhaft empfundenes starkes Echo, und zwar gerade auch bei Leuten, die darauf hinweisen konnten, daß sie seinerzeit zu den treuesten Anhängern und Förderern Stöckers gehört hatten. Pastor Philipps erinnerte im „Reichsboten" daran, daß er schon in den Tagen der Trennung Stöckers von den Konservativen in einer großen Berliner Versammlung die Auffassung vertreten habe, daß er „die christlichsoziale Basis für eine politische Partei als zu klein ansehe", und daß Stöcker diese freundschaftliche Abmahnung gleichwohl „sehr wohlwollend aufgenommen" habe. Pfarrer Julius Werner-Frankfurt a. M., auch ein alter Kampfgenosse Stöckers, vertrat gleichfalls im „Reichsboten" die Auffassung, „daß die Rückkehr zur deutschkonservativen Partei heute dem Sinne Stöckers entsprechen" würde. Gegen diese ihr zugemutete politische Bankrotterklärung sträubte sich erklärlicherweise die christlichsoziale Parteileitung auf das äußerste, und es fielen harte Worte gegen die Konservativen, die die Unfreundlichkeit so weit trieben, dem christlichsozialen Parteivorsitzenden Behrens in Wetzlar-Altenkirch energische Opposition zu machen und einen eigenen Kandidaten gegenüberzustellen. Als das „Reich", das Stöcker einst mit 150 000 Mark, die ihm aus konservativen Kreisen zugeflossen waren, gegründet hatte, im Jahre 1910 einging und sein kümmerlicher Bestand von Abonnenten von dem „Reichsboten" übernommen wurde, entrang sich dem schwer bedrückten Herzen der Berliner Christlichsozialen der Stoßseufzer: „Die Prophe-

Aufforderung zur Wiedervereinigung mit den Konservativen.

Adolf Wagner.

[5]) Prof. Adolf Wagner hat wohl nur in den ersten Jahren des Bestehens der Partei mit dem christlichsozialen Programm sympathisiert; später hat er dem Antisemitismus öffentlich eine scharfe Absage erteilt. Nach dem Tode des Begründers der Partei hat man ihm zum Ehrenvorsitzenden erwählt, er erscheint aber auf keinem Parteitage. Sein temperamentvolles Eintreten für eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten hat ihn andererseits noch in letzter Zeit in scharfen Gegensatz zu der christlichsozialen Partei gebracht, so daß die „Arbeit", das offizielle Parteiorgan, den „Ehrenvorsitzenden" der Partei gehörig abkanzelte, ihm Mangel an Objektivität vorwarf und behauptete, daß er die Motive seiner Gegner „sittlich herabzusetzen" suche.

zeiung Bodelschwinghs hat sich erfüllt, die Fahne der Christlichsozialen hat sich gesenkt in Berlin." Ungefähr zur selben Zeit machte nämlich auch die „Staatsb.-Ztg." mit der christlichsozialen Politik, die sie notgedrungenerweise als Organ Stöckers hatte vertreten müssen, endgültig Schluß und kehrte ebenfalls wieder zum „gesegneten Anfange" des Radauantisemitismus zurück; in einer Erklärung, in der sie unumwunden eingestand, daß sie unmittelbar vor dem Bankrott stand, kündigte sie den abermaligen Wechsel ihrer antisemitischen Parteischattierung an:

Abfall der „Staatsb.-Ztg." von den Christlichsozialen.

„Es sind manche Fehler gemacht worden, Fehler, die die Leser unseres Blattes schwer überwinden konnten. Manchmal schien die Behandlung der Judenfrage ins Hintertreffen gedrängt. Mancher Wechsel trat ein, die alte stete Bahn war verlassen, und darum mußte man mit ansehen, wie man machtlos dem Verhängnis entgegeneilte."

Aber gottlob, die bange Nacht war jetzt herum:

„Das Fortbestehen der „Staatsb.-Ztg." ist gesichert . . . Wir haben unsere Unabhängigkeit bewahrt, wir können nunmehr wieder frei und fröhlich unsere deutschnationale Politik treiben, ohne uns durch Parteirücksichten Grenzen ziehen lassen zu brauchen."

Die „Staatsb.-Ztg." gab auch gleich eine hübsche Probe ihrer wiedergewonnenen „fröhlichen Unabhängigkeit", indem sie die Leser des „Reichsboten" als „negersockenstrickende Teeschwestern" anulkte. Inzwischen tobte der Streit im christlichsozialen Lager fort. Die Anhänger einer Verschmelzung mit den Konservativen erklärten im „Reichsboten": „Wenn fünf Christlichsoziale in die konservative Partei kommen, so ist das für die Sache wichtiger, als wenn zwei Christlichsoziale als Vertreter ihrer Partei allein sitzen", und behaupteten, die christlichsoziale Partei lebe seit 20 Jahren „von einer Wahl zur anderen von Illusionen, auf die bei jeder Wahl die bittere Enttäuschung folgt". Lic. Mumm antwortete gereizt im „Volk":

„Ja, wenn wir tot zu schreiben wären, wir wären es bereits seit einem Menschenalter . . . Darum lassen wir die Meute kläffen und gehen den Weg weiter."

Gereizte Auseinandersetzungen mit den Konservativen.

Auf dem Hagener Parteitage 1910 wurde den Konservativen gehörig der Kopf gewaschen:

„Die Konservativen sollen es sich gesagt sein lassen, daß wir nicht mit uns verfahren lassen nach der Melodie: Du bist mein, denn ich bin groß und du bist klein."

Die Stöckerpresse warf der „Kreuz-Ztg." „schlechte Manieren" vor (siehe auch das Kapitel: „Antisemiten und Konservative"), und der zweite Vorsitzende der von Stöcker gegründeten „Freien Kirchlich-sozialen Konferenz", Dietrich von Oertzen, schrieb gar in dem Vereinsorgan, nachdem er dem Blatt häßliche Denunziation und Verdächtigung vorgeworfen:

„. . . Ich kann verlangen, daß die „Kreuzztg." nichts schreibt über Dinge, von denen sie nichts weiß. Und ich kann versichern, daß ich als Chefredakteur mit der Ehre und dem guten Namen meiner Mitmenschen gewissenhafter umgegangen bin, als es die „Kreuzztg." tut, und nie ohne Not einem Angegriffenen das Recht und den Raum zur

Verteidigung beschränkt habe . . . Die persönlich gegen mich gerichteten Angriffe tragen nicht den Stempel ritterlicher Waffe."

Da mit den Konservativen, die den Christlichsozialen „Massenumschmeichelung" vorwerfen, keine parteipolitischen Geschäfte — wenigstens nicht in dem gewünschten Umfange — zu machen sind, haben sich die Christlichsozialen immer mehr an das Zentrum, dem sie ja auch nur ihre bisherigen Reichstagsmandate verdanken, attachiert, obwohl gerade Stöcker vor Jahren der „Kreuz-Ztg." zum Vorwurf gemacht hatte, daß sie „zu sehr auf die katholische Seite gefallen" sei. Neben dem „Volk", das schon vor Jahren von Berlin nach Siegen, dem Wahlkreise Stöckers, übergesiedelt ist, erscheint jetzt in Barmen als parteioffizielles Organ noch die „Arbeit", ein von dem Abg. Behrens redigiertes Wochenblatt.

5. Stöcker.

Da Stöcker als der eigentliche Begründer des politischen Antisemitismus in Deutschland bezeichnet werden darf, geziemt es sich wohl nach seinem im Jahre 1910 erfolgten Tode, einen kurzen Rückblick auf die unheilvolle Tätigkeit dieses Mannes zu werfen und mit einigen Worten die politische Bilanz seines Lebens zu ziehen. Dietrich von Oertzens Stöcker-Biographie gibt hierfür wertvolles Quellenmaterial. Ueber das Verhältnis des Hofpredigers und antisemitischen Agitators zu Kaiser Wilhelm I., Kaiser Friedrich III. und Kaiser Wilhelm II. finden die Leser das orientierende Material in dem Kapitel: „Deutsche Fürsten".

Den Ausgangspunkt der „Berliner Bewegung" bildete, wie erinnerlich, eine wüste Hetzrede Stöckers gegen den „Mammonismus", in der er das Vermögen Bleichröders in einen demagogischen Vergleich zog mit dem Einkommen der evangelischen Geistlichen. Im privaten Leben war Stöcker aber gar nicht der grimmige Verächter des Mammons, als den er sich immer in der Oeffentlichkeit aufspielte. Bei der Unterschlagung des Stöckerfonds durch den Chefredakteur der „Kreuzzeitung", Freiherrn von Hammerstein, operierte der geschäftsfremde Herr Hofprediger so geschickt, daß der Bannerträger des Antimammonismus einer der wenigen war, die bei Hammerstein zu ihrem Mammon gekommen sind. Auch bei der Gründung der Kalibohrgesellschaft, die ihm über 100000 Mark Spekulationsgewinn einbrachte, hat Stöcker so geschickt operiert, daß die späteren Besitzer und Käufer der Aktien die Zeche bezahlen mußten. Die viel erörterte Frage, ob Stöcker von den Unterschlagungen und dem unmoralischen Lebenswandel seines Freundes Hammerstein gewußt und trotzdem seinen Schild über ihn gehalten hat, bis der Skandal in die breite Oeffentlichkeit gelangte, hat aus sehr naheliegenden Gründen eine zweifelsfreie Antwort bisher nicht gefunden. Ueber die Wahrheitsliebe Stöckers denkt auch sein Biograph von Oertzen, dem die Witwe als dem vertrautesten Freunde des Verstorbenen

das gesamte literarische Aktenmaterial übergeben hatte, sehr skeptisch. Er kann es nicht verschweigen, daß Stöcker in der Angelegenheit der Unterschrift unter die Förstersche Antisemitenpetition, die er bald zugegeben, bald abgeleugnet hat, sich schwere Blößen gegeben hat. Stöcker hat es sogar einmal fertiggebracht, seine frühere Zugehörigkeit zur konservativen Partei, deren Elfer-Ausschuß er so viele Jahre angehört hatte, abzuleugnen. Das war selbst den konservativen Blättern, die hier in eigner Sache und am eignen Leibe verspüren mußten, wie wenig genau es Stöcker mit der Wahrheit nahm, zu bunt, und der „Reichsbote“ redete ihm infolgedessen eindringlich ins Gewissen.

Aus Oertzens Werk erfährt man auch, daß selbst Stöckers intimste Freunde über die Roheit des Tones und sein demagogisches Auftreten oft ganz entsetzt waren. Die „Unzucht der Sprache“ — die er natürlich nur bei den Gegnern sah — feierte in seinen Reden oft wahre Orgien. Als zum erstenmal der Gedanke eines Heine-Denkmals in der Oeffentlichkeit auftauchte, empfahl er in einer Volksversammlung, wenn schon ein Monument unvermeidlich sei, so solle man es „wenigstens aus Kot errichten“. Die Gegner titulierte er oft genug als eine „Bande“, die nur aus „Freude an der Gemeinheit“ einen ehrlichen Menschen — damit meinte er natürlich sich selbst — um seinen guten Ruf bringe und Tag für Tag „die niedrigsten Lügen erfinde“. Wenn Stöcker die „jüdische Presse“ als „umgekehrte Kanalisation“ bezeichnete, da sie „allen Unrat des öffentlichen Lebens“ in die Häuser hineinleite, wenn er „Korrekturanstalten für verwahrloste Preßbuben“ forderte, den Protestantenverein mit einem „Mistbeet“ verglich, von Häckel erklärte, daß er „noch nicht einmal eine Autorität für einen Schusterjungen“ sei, einem Gelehrten vom Weltruf eines Virchow den freundschaftlichen Rat gibt: „Kümmern Sie sich um Trichinen, davon verstehen Sie etwas, aber von der Politik lassen Sie die Hände weg“, über die modernen Juden witzelte, daß sie „lieber in der Jerusalemer Straße als in den Straßen von Jerusalem wohnen“, über den amtlichen Befund einer Leiche spottete: „Sie wurde untersucht, und dabei war ein jüdischer Kreisphysikus, ein jüdischer Wundarzt, ein jüdischer Amtsrichter und ein jüdischer Referendar — nur die Leiche war deutsch“, — so muß auch Dietrich von Oertzen bekümmert eingestehen, daß Stöcker „so grob wird, wie ein Pastor ohne Zweifel nicht werden sollte“, und daß diese Kampfesart „ihm auch von manchen Freunden verdacht wurde“. Der frühere Kultusminister Dr. Bosse[6]), ein Jugendfreund des christlichsozialen Führers, beklagt in seinen Erinnerungen Stöckers „dilettantenhafte Voreiligkeit im Aussprechen von Vorschlägen, ein

Dr. Bosse über Stöcker.

---

[6]) Bosse, der nichts weniger als Philosemit war, kam doch von seinem fromm christlichen Standpunkte aus zu einer Verurteilung des Antisemitismus:

„... In dem ganzen antisemitischen Treiben fehlt das Beste, nämlich die Gerechtigkeit und wirklich erbarmende Menschenliebe gegen die Juden. Die politische Emanzipation der Juden ist nicht rückgängig zu machen.“

scharfes Tadeln dessen, was ist, ein wenig besonnenes und fast aussichtsloses Reden über die Wege, auf denen man es besser machen könnte".

Das Fazit der „Berliner Bewegung".

Und was war der Ertrag dieser nahezu drei Dezennien hindurch betriebenen wüsten Hetze gegen die Juden? Stöcker selbst rühmt sich einmal des Sieges der christlichsozialen Agitation in der Gesellschaft; sie habe aber „nicht zum Siege geführt in Presse und Kunst, im Handel und an der Börse". Also gerade auf den Gebieten, die den Haupttummelplatz der antisemitischen Agitation bildeten, gesteht er selbst den totalen Mißerfolg seines Kampfes ein. Ein andermal glaubt er als einen Erfolg der Berliner Bewegung konstatieren zu können, daß „das Judentum auf der ganzen Linie aus der Offensive in die Defensive gedrängt sei". Das Judentum ist niemals in der Offensive gewesen, sondern kämpft nur seit einem halben Jahrhundert um die Durchführung der ihm gesetzlich gewährleisteten staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, die ihm durch eine in reaktionären Anschauungen befangene Verwaltung und im Heere noch immer hartnäckig vorenthalten wird. Aber selbst wenn die Behauptung wahr wäre — welch ein armseliger „Erfolg" einer dreißigjährigen, mit größter Zähigkeit und Skrupellosigkeit betriebenen Agitation! Und welche bitteren Früchte hat diese Bewegung nebenher gezeitigt! Oertzen selber erklärt ganz offen: „Man muß ohne weiteres zugeben, daß die Rassen- und Radauantisemiten schwerlich jemals zur Welt gekommen wären, wenn nicht Stöcker zuvor mit seinem Kampf gegen das Judentum eingesetzt hätte." Das Emporblühen des Rassen- und Gassenantisemitismus ist in der Tat der einzige Erfolg dieser „Kulturbewegung".

6. Ahlwardt.

Eine der widerwärtigsten Gestalten unter den antisemitischen Demagogen war der ehemalige Rektor Ahlwardt. Trotzdem konnte er ein Jahrzehnt lang eine Rolle im öffentlichen Leben spielen, wurde er dreimal mit stattlichen Mehrheiten in den Reichstag gewählt und durfte in weiten, auch in sogenannten vornehmen Kreisen sich einer gewissen Popularität erfreuen.

Noch 1885 von Juden, Freisinnigen und dem Hofrat Manché protegiert und aus Wucherhänden befreit, noch in demselben Jahre den Antisemitismus verdammend, veröffentlichte Ahlwardt 1891 ein Buch, „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum", in dem er u. a. Manché aufs heftigste angriff. Im Prozeß gegen M. (13. Oktober 1891) wurde Ahlwardt so bloßgestellt, daß selbst der „Reichsbote" und das „Volk" ihn preisgaben und ihm das Recht absprachen, als Sittenrichter aufzutreten. Das hinderte die Antisemiten jedoch keineswegs, obgleich Ahlwardt am 22. Februar 1892 wegen der in seinem Buche enthaltenen Verleumdungen gegen den Berliner Magistrat, Lehrer usw. zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde — in dem vom Reichs-

gericht bestätigten Erkenntnis wurde von einer „ganz gemeinen Tat" gesprochen —, ihren Heros als Märtyrer zu feiern.

Die „Juden-flinten"-Broschüre.

Die Glanzleistung dieses politischen Basilio war seine „Judenflinten"-Broschüre, in der er die Ludwig Löwesche Fabrik bezw. die Juden beschuldigte, die deutsche Armee mit 425 000 Gewehren versehen zu haben, die weniger dem Feinde als den Trägern gefährlich werden müßten. Die von der Heeresverwaltung angestellte Untersuchung ergab die vollständige Haltlosigkeit der von Ahlwardt aufgestellten Behauptungen. Die angegriffene Fabrik erhielt im „Reichsanz." Genugtuung, und der angestrengte „Judenflinten"-Prozeß trug Ahlwardt fünf Monate Gefängnis ein mit Rücksicht darauf, daß er „das öffentliche und Staatsinteresse gefährdet, und zwar bewußt gefährdet hat". Im Erkenntnis heißt es ferner:

„Er beleidigt darauf los, und wenn man behauptet, daß er dies gewerbsmäßig betreibt, so ist dies keineswegs zuviel gesagt. Wie würde es wohl bei uns aussehen, wenn es Leute gäbe, die wie der Angeklagte handelten? Wenn es Hunderte von Ahlwardts gäbe, würde bald niemand mehr ruhig auf der Straße gehen."

Trotz alledem waren die Wähler von Friedeberg-Arnswalde verblendet genug, A. bei einer Ersatzwahl im Dezember 1892 in den Reichstag zu wählen, und zwar in der Stichwahl mit Hilfe der Konservativen. Auf dem konservativen Parteitage wurde damals von dem unterlegenen Kandidaten Rittergutsbesitzer v. Waldow unter stürmischem Beifall das große Wort gesprochen: „Lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen!" — Im Reichstage wiederholte A. mit eiserner Stirn seine Flinten-Beschuldigungen. Der Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau lehnte es ab, A. überhaupt zu antworten und erklärte, die Löweschen Gewehre seien durchaus kriegsbrauchbar und vortrefflich. Reichskanzler Graf Caprivi antwortete mit schneidender Schärfe und versagte sich aus Respekt vor dem Hause, den gebührenden Ausdruck für A.'s Verhalten zu gebrauchen.

Die Invaliden-fonds-Beschuldigung.

Gleich scharf wies Staatssekretär von Maltzahn eine Insinuation bezüglich des Invalidenfonds zurück, der nach A.'s Behauptung nur zustande gekommen sei, „nach Verhandlungen hinter den Kulissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme". Als A. sich zum Beweise auf in seinem Besitze befindliche Akten berief, mußte er sie alsbald vorlegen; aber der Seniorenkonvent entschied nach genauer Prüfung einstimmig, daß die Akten nicht das geringste bewiesen. Zur Prüfung weiterer von A. präsentierter Akten wurde eine Kommission eingesetzt, die zu dem Resultat kam, daß auch nicht der Schein eines Beweises erbracht sei. Im Plenum brandmarkten die Vertreter aller Parteien A.'s Vorgehen, und Abg. Porsch sagte:

„Wenn der Abg. Ahlwardt einen Funken von Verständnis besitzt für die Sache, die er hier von der Tribüne des Reichstags behandelt hat, und wenn er noch einen Funken von Ehrgefühl in seinem Leibe hat, dann wird er die schweren Anschuldigungen gegen Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages zurücknehmen."

A. nahm nichts zurück. In demselben Jahre, 1893, erkannte das Provinzialschulkollegium auf Dienstentlassung des seit 1889 vom Amte suspendierten Rektors A. — Zu einer dritten Verurteilung brachte A. es durch eine in Essen gehaltene Rede, in der er ausgeführt hatte, daß der Beamtenstand durch die Juden korrumpiert sei. Je höher der Beamte stehe, desto verlumpter sei er oft; die Beamten seien zu 60 pCt. verschuldet, die Offiziere zu 70 bis 80 pCt. u. a. m. Wegen dieser Rede wurde A. am 27. Juni 1893 wegen Beleidigung der Gesamtheit der preußischen Beamten, insbesondere des Justizressorts, zu drei Monaten verurteilt. Das Urteil wurde wegen eines Formfehlers aufgehoben, aber die zweite Verhandlung vom 1. Mai 1894 ergab dasselbe Urteil.

Im Jahre 1898 versuchte A. im Reichstag, die „Judenflinten"-Beschuldigung wieder aufleben zu lassen, holte sich aber eine gründliche Abfuhr durch den Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements v. d. Borck.

Von der sonstigen parlamentarischen Tätigkeit A.'s, die übrigens durch eine Amerika-Reise unterbrochen wurde, ist nichts weiter zu sagen, als daß er sich von Zeit zu Zeit durch in dem elendesten Volksversammlungsjargon gehaltene Reden bemerkbar machte. Zuletzt ließ er sich im Reichstage fast gar nicht mehr sehen. Er war ein stiller Mann geworden, und im Jahre 1903 war der Parlamentarier A. abgetan. Bei den Neuwahlen verschacherte er sein Arnswalder Mandat unter bisher unbekannt gebliebenen Bedingungen an Wilhelm Bruhn und fiel in Neustettin, wo er kandidierte, durch, während er 1893 doppelt, in Arnswalde und Neustettin, gewählt worden war.

Was der gewissenlose Demagoge, seitdem sein Stern erblichen war, und die Pforten des Reichstages sich hinter ihm geschlossen hatten, inzwischen getrieben hat, ist in Dunkel gehüllt. Er gründete bald dieses, bald jenes Blättchen, änderte seine Agitationstaktik, indem er nicht bloß gegen die Juden, sondern auch gegen die Jesuiten wetterte und was der Mätzchen mehr waren. Aber es zog nichts mehr; die Massen kehrten ihm den Rücken, fanden an seinen Späßen keinen Gefallen mehr. Wovon A., da die Tellersammlungen aufgehört hatten, seine Existenz gefristet hat? Man ist da lediglich auf Andeutungen angewiesen, die A. in die Oeffentlichkeit zu lancieren für gut befand. Er will für ein böhmisches Bergwerk mit Kuxen hausiert und dabei ungeheure Vermittlergebühren verdient haben. In Wahrheit wird seine Erwerbsquelle wohl anderer Natur gewesen sein. A. tauchte nämlich aus seiner Verborgenheit wieder auf, um in dem Anfang Oktober 1909 stattgehabten Dahsel-Prozeß als gemeiner Erpresser entlarvt zu werden.

Als Erpresser entlarvt.

Im Frühjahr 1907 wurde von A. das Wochenblatt „Die Freiheit" begründet, das nur ein kurzes Leben fristete. Im Feuilleton dieses Blattes erschien ein Roman A.'s, „Der fürstliche Kaufmann Christian Kraft zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest", der sich in tendenziöser Weise mit den finanziellen Gründungen des Fürsten beschäftigte

und gegen dessen Person gerichtet war. Die Verhandlungen ergaben, daß das Blatt nur zu dem Zweck erschien, um eine plumpe Erpressung gegen den Fürsten zu unternehmen. Der als Zeuge vernommene Rechtsbeistand des Fürsten, Justizrat Lobe, bezeichnete das Blatt als „ausgesprochenes Revolverblatt", und der Staatsanwalt sagte, das Hauptkapital, das A. in das Zeitungsunternehmen hineingebracht habe, sei eine Lüge über und gegen den Fürsten gewesen. Interessant war auch die Aussage des Justizrats Lobe, Ahlwardts Tochter habe ihm gesagt, A. sei der schlechteste Mensch, der je gelebt. — Uebrigens ist es A. und seinen Kumpanen gelungen, von dem Fürsten, der die Sippe los sein wollte, 1000 M. zu erpressen.

Um der geschichtlichen Wahrheit willen muß nun freilich festgestellt werden, daß der Pöbel der Gasse allein nicht vermocht haben würde, den einstigen „Ruhm" Ahlwardts zu begründen und zu stützen. Nein, der Rückhalt, den die Ahlwardtsche Agitation anfangs der 90er Jahre in äußerlich anständigen Kreisen fand, war die bedenklichste Seite der Sache.

Die Konservativen als Beschützer Ahlwardt's.

Die rechtsstehenden Parteien, die Stützen von Thron und Altar, haben eine schwere Schuld auf sich geladen. Ihr Verhalten gegenüber einem Ahlwardt bildet wahrlich keinen Ruhmestitel in der Geschichte der konservativen Partei. Das berüchtigte Wort: „Lieber 10 Ahlwardts als einen Freisinnigen!" spricht Bände. Wenige Wochen nach der einmütigen Verurteilung Ahlwardts im Reichstage in der Akten-Sache hat derselbe Führer der Konservativen, Abg. Frhr. v. Manteuffel, der selber bei dieser Gelegenheit ein kräftiges Wort gegen A. gesprochen, persönlich mit Ahlwardt über die bevorstehende Wahl in Friedeberg-Arnswalde verhandelt! Der konservative Abg. Frhr. v. Langen war ein Protektor A.s, den er auch materiell unterstützt hat. Im Dresdener Tivolisaale schlenderte A. seine gewerbsmäßigen Verleumdungen gegen die Juden und gegen die Kriegsverwaltung („Judenflinten") unter dem jubelnden Beifall der Konservativen, und das verbreitetste konservative Blatt Sachsens, die „Dresd. Nachr.", brachten einen begeisterten Artikel über das Auftreten Ahlwardts. Wie überhaupt die konservative Presse wenig oder nichts getan hat, um der Ahlwardtschen Demagogie nachdrücklich entgegenzutreten. Erinnert sei schließlich noch daran, daß A. mehr als einmal in Versammlungen von christlich-germanischen Studenten geradezu gefeiert worden ist. Bei einer Würdigung des Falles Ahlwardts dürfen diese für das moralische und kulturelle Niveau gewisser „nationaler" Kreise überaus charakteristischen Tatsachen nicht unerwähnt bleiben.

7. Die antisemitischen Stimmen bei den Reichstagswahlen von 1887—1907.

Obwohl wir schon in der Einleitung dieses Kapitels die bei den jeweiligen Reichstagswahlen abgegebenen antisemitischen Stimmen er-

wähnt haben, geben wir der leichteren Uebersicht halber noch folgenden Gesamtüberblick:

1887 . . .	11 500	Stimmen	1	Abgeordneter
1890 . . .	36 467	„	5	Abgeordnete
1893 . . .	263 861	„	16	„
1898 . . .	284 250	„	13	„
1903 . . .	258 207	„	10	„
1907 . . .	267 205	„	17	„

8. Die programmatischen Forderungen der Antisemiten zur Judenfrage.

Die Antisemiten haben in den beiden Jahrzehnten ihrer öffentlichen agitatorischen Wirksamkeit reichlich Wasser in ihren Wein gießen müssen; nur die Reformpartei hat ihre intransigenten Forderungen aufrechterhalten, um mit ihrem „Radikalismus" in der Judenfrage den antisemitischen Konkurrenten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir geben nachstehend die auf die Juden bezüglichen Paragraphen aus den Satzungen der einzelnen antisemitischen Gruppen wieder (siehe auch die Einleitung des Kapitels: „Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland").

a) Die deutschsoziale Partei.

Im Jahre 1904 veröffentlichten die „Deutschsoz. Blätter" einen Programmentwurf, der jedoch erst auf dem Parteitage des nächsten Jahres (1905) beraten und dort mit unwesentlichen Aenderungen zum Beschluß erhoben wurde. Während man noch ein Jahrzehnt vorher „Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht, namentlich Ausschluß der Juden vom Beamten- und Soldatenstande, vom Aerzte- und Rechtsanwaltsberuf, von kommunalen Körperschaften und Volksvertretungen" verlangt hatte, beschied man sich 1904 mit der Forderung:

„Fernhalten der Juden von allen Berufen, in denen ihre Betätigung wegen ihrer Eigenart für unsere Kulturentwickelung als schädlich anzusehen ist, insbesondere Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstande und vom Berufe eines Lehrers der Geschichte oder der deutschen Sprache an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden, sowie Beschränkung der Zulassung zum Berufe eines Anwalts oder Notars."

Die kommunalen Körperschaften und selbst der Soldatenstand, wenn auch nicht der Offiziersstand, wurde also schon der „Verjudung" ausgeliefert. Jüdische Aerzte sollen in Deutschland praktizieren und selbst Christen und Germanen kurieren dürfen, und wenigstens eine beschränkte Zahl jüdischer Rechtsanwälte und Notare darf geduldet werden.

Im Jahre 1895 wurde im deutschsozialen Programm noch gefordert:

„Aufstellung und dauernde Führung einer Statistik über die in Deutschland lebenden Juden unter Anwendung des Rassestandpunkts und Berücksichtigung der Verheiratung mit Jüdinnen."

Im Jahre 1904 wurde diese Forderung wie folgt abgeschwächt: „Führung einer Statistik über die im Deutschen Reiche lebenden Personen jüdischen Stammes".

b) Die Reformpartei.

Auf dem Kasseler Parteitage der Reformpartei 1906 hatte die zur Beratung der Revision des Programms eingesetzte Kommission beantragt, die ersten Worte „Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden" als in absehbarer Zeit unerreichbar zu streichen und dafür das Fernhalten derselben von gewissen Berufsarten zu betonen. Es wurde jedoch von verschiedenen Seiten erklärt, als letztes Ziel müsse die Aufhebung der Gleichberechtigung immer im Auge behalten werden. Nach längerer Debatte wurde folgender Wortlaut des § 19 angenommen:

„Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden: Fernhaltung der Juden von allen Berufen, in denen ihre Betätigung wegen ihrer Eigenart für unsere Kulturentwicklung schädlich ist, insbesondere Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstande, vom Offiziersstande und vom Berufe eines Lehrers an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden, Fernhaltung jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen für Kinder germanischen Stammes, Zulassung der Juden zu den Berufen des Rechtsanwalts oder Notars, des Arztes nur nach der Kopfzahl ihrer in Deutschland ansässigen Rassegenossen, Verhinderung der Aenderung jüdischer Familiennamen, Führung einer Statistik über die in Deutschland lebenden Personen jüdischen Stammes, Erlaß eines Schächtverbots, wissenschaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorschriften."

Außerdem wurde in einem besonderen Programmsatze die „Reinhaltung des Blutes unseres Volkes durch Schließung der Grenzen gegen Angehörige nichtgermanischer Völker, insbesondere durch Verbot der Einwanderung von Juden und von slawischen wie italienischen Arbeitern" gefordert.

c) Die christlichsoziale Partei.

Auf dem Siegener Parteitage 1910, der auch das allgemeine Programm in einigen Punkten abänderte, erhielt der „Judenparagraph" (Absatz V) folgende Formulierung:

„1. Ausschluß der Juden aus allen obrigkeitlichen Aemtern und vom Offiziersstand.
2. Zulassung der Juden zu anderen Aemtern und zur Rechtsanwaltschaft nach dem Bevölkerungsverhältnis.
3. Verhinderung des Ueberwucherns der Juden in den christlichen höheren Knaben- und Mädchenschulen und der jüdischen Lehrkräfte an den Hochschulen.

Eine vierte Forderung: „Verbot der Judeneinwanderung", wurde gestrichen. In dieser Formulierung kommt die Anlehnung an das Programm der Deutschsozialen deutlich zum Ausdruck.

Ein Programm des inzwischen eingegangenen „Deutschen Volksbundes“, der alle anderen antisemitischen Gruppen immer durch radikale Forderungen zu übertrumpfen suchte, ist uns nicht zu Gesicht gekommen.

9. Das Handbuch zur Judenfrage.

Der frühere „Antisemiten-Katechismus“, der das Vademekum für alle berufsmäßigen antisemitischen Hetzer war, aus dem sie die Berechtigung der antisemitischen Weltanschauung „wissenschaftlich nachwiesen“, ist im Jahre 1907 von dem Altmeister der antisemitischen Publizistik Th. Fritsch in modernisierter Form unter dem Titel „Handbuch zur Judenfrage“ neu erschienen und hat, wenn man den antisemitischen Reklamenotizen Glauben schenken darf, bisher einen Absatz von 20—30 000 Exemplaren gefunden. Das Buch trägt in seiner ersten Hälfte — d. h. auf nahezu 200 Seiten — alles zusammen, was man in den Schriften berühmter, aber auch sehr vieler obskurer Schriftsteller im Laufe der Jahrtausende von Cicero bis herab zu Adolf Bartels an abfälligen Urteilen über Juden und Judentum ausfindig machen konnte. Literarische „Gewissenhaftigkeit“ ist nun allerdings nicht gerade die stärkste Seite des Herrn Fritsch, der, wie ihm an zwei Beispielen (Moltke und Ruge) schon nachgewiesen worden ist, offenkundige Tatsachen dabei gefälscht und gleichwohl die Stirn besessen hat, andere der Fälschung zu bezichtigen.

Die Kapitel: „Zur Geschichte des jüdischen Volkes“ und „Aus den rabbinischen Schriften“ sind weiter nichts als eine Neuauflage der alten antisemitischen Ladenhüter. Das Kapitel: „Die Beteiligung der Hebräer an den einzelnen Berufen“ enthält wiederum — besonders in der Unterabteilung „Presse und Literatur“ — so offenkundige Fälschungen, daß der Verfasser kaum noch den guten Glauben als mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen kann. Die „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.“ haben damals (Jahrgang 1907, Nr. 35 und 36) aus der Feder eines deutschen Schriftstellers, der auf diesem Gebiet unbestritten die größte Sachkenntnis besitzt, eine längere Abhandlung über dieses traurige Tendenzwerk veröffentlicht, die mit folgender, u. E. noch sehr gelinden Kritik abschloß:

„Wenn Männer, die dem Volkswohl dienen und die Oeffentlichkeit beeinflussen wollen, Männer, die Ehrlichkeit und Treue für den autochthonen Deutschen in Erbpacht nehmen und jedem Mitmenschen jüdischer Abkunft absprechen wollen, wenn solche Männer mit derart unehrlichen und faulen Mitteln arbeiten, wie sie im vorstehenden dem „Handbuch“ an allen Ecken und Enden nachgewiesen worden sind, so steht es schlimm um die „Wiedergeburt“ der deutschen Nation, die von dieser Seite kommen soll! Wir können fremde Ueberzeugung achten, ohne sie zu teilen. Wir können uns sogar denken, daß sehr achtbare und wohlmeinende Männer von ihrem persönlichen Standpunkte aus Gegner des Judentums sind und ein Aufgehen des jüdischen Elements im deutschen für unmöglich oder für verhängnisvoll halten. Wir können eine solche Ueberzeugung, auch wenn wir sie zehnmal für falsch halten, respektieren (ebenso wie ein besonnener konservativer Politiker die Ueberzeugung

eines extrem demokratischen respektieren kann), wenn sie in *ehrlichem Kampfe* mit blanken Waffen ohne Gehässigkeit und Verleumdung verfochten wird und mit ebensolchen bekämpft werden kann. *Verächtlich* aber im höchsten Grade macht sich die Spezies antisemitischer Polemik, die unentwegt mit *teils falschen, teils entstellten, teils unbewiesenen Tatsachen* und bestenfalls mit *perfide arrangierten Halbwahrheiten* ihre hetzerischen und gehässigen Zwecke verfolgt. Und ein Typus dieser Gegner, denen wir die Achtung versagen müssen, ist das hier charakterisierte „Handbuch", dessen Verfasser an zahlreichen Stellen den Beweis geliefert hat, daß er die Wahrheit nicht sehen will, auch dann nicht, wenn sie ihm unwiderleglich und deutlich vorgerückt wird. Solche Gewächse der Publizistik kann man wie Giftpflanzen nur klassifizieren und dann wegwerfen.

Was hiermit geschehen sein soll."

Die parlamentarische Tätigkeit der Antisemiten.

In den Anfängen der antisemitischen Bewegung mögen vielleicht einige Phantasten sich der Hoffnung hingegeben haben, daß es gelingen werde, einen Teil des antisemitischen Programms auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Heute sind diese Optimisten längst verstummt; auch auf den Parteitagen wagt man kaum noch, die Fraktion zu einem energischeren Vorgehen gegen die Juden in den Parlamenten anzuspornen. Von der Stellung von Initiativanträgen, die auf eine Aufhebung oder Abschwächung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden abzielen, haben sie schon seit Jahren Abstand genommen.

Die Schächtanträge.

In der Schächtfrage haben die Antisemiten eine Niederlage nach der anderen erlitten und zum Schluß sogar noch den Schmerz erleben müssen, daß selbst Sachsen das bis dahin bestehende Verbot des Schächtens im Jahre 1910 aufhob. Bei der erstmaligen Beratung eines antisemitischen Schächtantrags im Reichstage, am 25. April bezw. 9. Mai 1899, konnte Herr Dr. Oertel noch mit Stolz darauf hinweisen, daß sein Heimatland Sachsen, das kurz vorher das Schächten verboten hatte, „wieder einmal an der Spitze Deutschlands marschiert". Um so schmerzlicher war dann für ihn und seine antisemitischen Gesinnungsgenossen freilich 11 Jahre später die Erklärung des offiziösen „Dresdener Journals", die Regierung sei durch die Anhörung wissenschaftlicher Autoritäten zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Aufrechterhaltung des Schächtverbots weder moralisch noch wissenschaftlich aufrechtzuerhalten sei. Das Verlangen der Antisemiten ist im Jahre 1908 auch von der preußischen Regierung zurückgewiesen worden. In einem gemeinsamen Erlaß der Ministerien des Innern, des Kultus, des Handels und der Landwirtschaft, wurde dem Tierschutzverbandsvorstand bedeutet, daß zu einer Aenderung der gegenwärtigen Bestimmungen über das jüdisch-rituelle Schächten kein Anlaß vorliege. Da auch die württembergische Regierung durch den Minister des Innern am 3. Juli 1908 auf einen Antrag der Tierschutzvereine erklärt hat, daß ihr die Vorstellung des Verbandes „keine Veranlassung zu einer Aenderung der in Württemberg geltenden Vorschriften über das Schächten gegeben" hat, so habem allem Anschein nach somit die Schächtgegner sich bei sämtlichen Bundesregierungen, mit Ausnahme von Reuß ältere Linie, wo aber überhaupt nicht geschächtet wird, eine Niederlage geholt.

Eine reichsgesetzliche Regelung der Frage im Rahmen der sogenannten kleinen Strafgesetznovelle, welche auf Anregung des Zentrumsabgeordneten Gröber einen Paragraphen erhalten soll, der alle landesgesetzlichen Bestimmungen, die in die rituellen Vorschriften einer Religionsgesellschaft über das Schlachten von Tieren eingreifen, für unzulässig erklärt, ist noch in der Schwebe. Zu namentlichen Abstimmungen über die Schächtanträge der Antisemiten ist es nie gekommen, doch hatten sie stets nur Unterstützung bei der engeren Gefolgschaft des Bundes der Landwirte gefunden.

Verbot der Judeneinwanderung.

Die zweite parlamentarische „Tat" der Antisemiten war ein Antrag auf Verbot der Judeneinwanderung. Ein im Jahre 1893 von den konservativen Abgg. Frhr. von Hammerstein, Frhr. v. Friesen und Dr. Mehnert eingebrachter Antrag, der den Juden, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Deutschen Reichs untersagt, kam infolge vorzeitiger Auflösung des Reichstags nicht mehr zur Verhandlung. In der nächsten Legislaturperiode wurde die Frage bei der Beratung des russischen Handelsvertrags angeschnitten. Den Antisemiten sekundierte der nationalliberale Abgeordnete und Präsident des Alldeutschen Verbandes (siehe auch das besondere Kapitel über den Alldeutschen Verband) Dr. Hasse. Noch einmal beschäftigte sich der Reichstag mit dieser antisemitischen Forderung in den Sitzungen vom 27. Februar und 9. März 1895. Staatssekretär von Bötticher erklärte jedoch, daß ein solches Verlangen mit dem russischen Handelsvertrage unvereinbar sei.

Die Abstimmung fiel aus, wie man sie nicht anders erwarten konnte, nachdem die Behauptung von einer Gefahr einer Ueberschwemmung mit ausländischen Juden sich als vollständig nichtig erwiesen hatte.[1])

Der Antrag Liebermann v. Sonnenberg wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der Antrag Hasse und der Antrag Hammerstein-Manteuffel wurden abgelehnt, letzterer in nament-

---

Adolf Wagner.

[1]) Selbst Prof. Adolf Wagner bezeichnete damals (1880) die Behauptung von der jüdischen Masseneinwanderung über die deutsche Ostgrenze als eine Fabel. Heute kann, wie in dem einleitenden Kapitel: „Wieviel Juden gibt es", nachgewiesen ist, von einer auch nur dem normalen Bevölkerungszuwachs entsprechenden Vermehrung der Juden in Deutschland überhaupt nicht mehr gesprochen werden, sondern nur noch von einer stetig zunehmenden Verminderung. In jüdischen Kreisen hat infolgedessen schon ein unserer Ansicht nach übertriebener Pessimismus Platz gegriffen, dem der bekannte Münchener Statistiker Dr. Rudolf Wassermann in einem Artikel der „Frankf. Ztg.": „Das Malthus'sche Gesetz und die Bevölkerungs-Entwicklung der Juden" in folgendem Satz Ausdruck gab: Die Judenfrage lautet für Deutschland also nicht, wie die Antisemiten behaupten: Wann wird der Jude Deutschland unterjocht haben? Sondern sie lautet: Wann wird das deutsche Judentum sich so verringert haben, daß es für die deutsche Kultur überhaupt belanglos geworden sein wird?"

licher Abstimmung mit 167 gegen 51 Stimmen. Auch der konservative Reichstagspräsident v. Levetzow stimmte dagegen. Von den 13 antisemitischen Abgeordneten fehlten dabei 6, darunter ohne Entschuldigung die Abgg. Bindewald, Böckel, Köhler, Ahlwardt. Ein in der Legislaturperiode 1898—1903 eingebrachter erneuter Antrag, der wieder von den Führern des Bundes der Landwirte, von Wangenheim, Dr. Hahn und Dr. Oertel unterzeichnet war, ist, wie so viele andere Initiativanträge, gar nicht zur Verhandlung gekommen. Der Abgeordnete Lattmann hat dann noch einmal (26. März 1908) nebenher der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie der „Gefahr" einer Einwanderung der Juden aus dem Osten nicht mit genügend klaren Augen entgegensehe; die Regierung hielt es aber nicht der Mühe wert, hierauf zu antworten.

Interpellation über den Konitzer Mord.

Noch eine dritte parlamentarische Aktion richtete ihre Spitze direkt gegen die Juden. Aus Anlaß des Konitzer Mordes interpellierten die Abgg. Bindewald, Dr. Böckel und L. v. Sonnenberg im Februar 1902 den Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, wegen angeblicher Inkorrektheiten und Parteilichkeit der Konitzer Richter. Der Staatssekretär lehnte jedoch ein Eingehen auf diese Frage mangels Kompetenz des Reichstags ab. Am 9. Februar 1902 interpellierte daher der antisemitische Abg. Werner den Justizminister im preußischen Abgeordnetenhause, wo der Justizminister Schönstedt die Behörden gegen die antisemitische Beschuldigung, die Untersuchung mangelhaft geführt zu haben, energisch in Schutz nahm. (Siehe auch das Kapitel: „Ritualmord.")

* * *

Wir kommen nun zu einer Würdigung der allgemeinen politischen und wirtschaftspolitischen Tätigkeit der Antisemiten im Reichstage. Ihre politische Unfähigkeit, an den Arbeiten des Parlaments sachgemäß mitzuarbeiten, wird nur noch durch ihre Disziplinlosigkeit und durch ihre notorische Uneinigkeit übertroffen. Früher kam als drittes charakteristisches Merkmal der antisemitischen Abgeordneten noch das passionierte Schwänzen hinzu; das hat jedoch nach Einführung der Diäten aufgehört, da für jeden versäumten Tag 20 Mark von der Pauschalsumme in Abzug gebracht werden; früher gehörten jedoch die Abgg. Ahlwardt, Dr. Böckel und Köhler zu den hartnäckigsten Schwänzern des Reichstags, die diese Kunst zu einer wahren Virtuosität ausgebildet hatten.

Der parlamentarische Einfluß der Antisemiten auf die Gestaltung wichtiger Gesetzesvorlagen ist meist gleich Null gewesen, da sie das Gewicht ihrer Stimmen in der Regel durch gespaltene Stimmabgabe neutralisierten. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat daher auch mit Recht den Spottnamen Wirtschaftliche Veruneinigung erhalten und ist selbst von der Reformpartei, die es freilich um kein Haar anders

gemacht hat, gelegentlich deswegen verhöhnt worden (siehe auch das Kapitel: „Die Antisemiten im Lichte der eigenen Kritik"). Die Abstimmungen der Antisemiten sind ein getreues Spiegelbild ihrer inneren Zerfahrenheit. Wir wollen aus der großen Fülle der namentlichen Abstimmungen in den letzten 15 Jahren nur einige besonders krasse Fälle hervorheben und verweisen diejenigen, die ausführlicheres Material hierüber einzusehen wünschen, auf die an anderer Stelle bereits erwähnten Spezialabhandlungen: „Der politische Antisemitismus von 1903—1907" bezw. „Der politische Antisemitismus von 1907—1911".

Bei der Beratung des nächst dem Zolltarif und den Handelsverträgen wichtigsten gesetzgeberischen Werkes der letzten 20 Jahre, des Bürgerlichen Gesetzbuches, stimmte von den Antisemiten nur einer für das Gesetz, neun fehlten, sechs waren zwar anwesend, enthielten sich aber der Stimme. **Bürgerliches Gesetzbuch.**

Ihre absolute parlamentarische Unfähigkeit zeigten die Antisemiten u. a. auch drastisch bei Beratung von Bank- und Börsenfragen im Reichstage. Im Lande renommieren sie unter den obligaten Hetzereien gegen die „jüdische Hochfinanz" mit ihren Reformvorschlägen zum Börsengesetz und ihren Anträgen betreffend die Umgestaltung der Reichsbank, in den Kommissionen taten ihre Vertreter jedoch nicht den Mund auf. Schon im April 1896 mußte L. v. Sonnenberg, als Abg. Fischbeck ihm den Vorwurf machte, daß er in der Börsenkommission sich sehr schweigsam verhalten habe, eingestehen, daß der freisinnige Abgeordnete mit seiner Behauptung im gewissen Sinne recht habe; er würde aber als einziger Antisemit in der Kommission doch zu eventuellen Anträgen keine Stimmenunterstützung bekommen haben. Die Bankfrage, hieß es bei der Wahl 1898 in den antisemitischen Versammlungen, müsse in den Mittelpunkt der Wahlbewegung gestellt werden. Als die Bankgesetznovelle aber zur Verhandlung kam, beteiligten sich an der zweiten Plenarberatung die Antisemiten überhaupt nicht, und in der Kommission, die doch die Hauptarbeit zu leisten hatte, hat das antisemitische Mitglied, der Abg. Raab, nach einer drastischen Schilderung des freisinnigen Abg. Fischbeck auch nicht einen Antrag gestellt, überhaupt nicht den Mund aufgetan, sondern „nur mit den Armen gearbeitet, indem er immer auf die Konservativen guckte und, je nachdem diese abstimmten, den Arm gen Himmel streckte oder auf dem Tisch ruhen ließ".

Auch in der Legislaturperiode 1898—1903 herrschte bei den Abstimmungen der Antisemiten vollständige Disziplinlosigkeit. Auf dem antisemitischen Parteitage in Magdeburg im Jahre 1900 wurde sogar im Geschäftsbericht hervorgehoben, daß der Fraktionsgenosse Bindewald zwölfmal gegen die Fraktion gestimmt habe. **Bindewald.**

Besonders groß war der Wirrwarr unter den Antisemiten bei der Abstimmung über den Toleranzantrag des Zentrums am 5. Juni 1902. Sieben von den zwölf Antisemiten fehlten bei dieser **Toleranzantrag.**

Abstimmung, die übrigen fünf Antisemiten aber stimmten in dreifacher Richtung. Zwei stimmten für, zwei dagegen, einer enthielt sich. Die Antisemiten hatten sich also bei dieser Abstimmung selbst vollständig tot gemacht.

Auch beim Zolltarifgesetz 1902 haben die Antisemiten gerade bei wichtigen Abstimmungen gegeneinander gestimmt. Bei der Abstimmung über den Antrag Wangenheim auf Einführung eines Mindestzolls von 7,50 Mark für Roggen fehlten vier Antisemiten, die übrigen acht Antisemiten brachten das Kunststück fertig, in drei verschiedenen Richtungen zu stimmen; sechs stimmten für diesen den Mittelstand in den Städten schwer belastenden extrem-agrarischen Antrag Wangenheim, nämlich Bindewald, Gräfe, Liebermann von Sonnenberg, Lotze, Müller-Waldeck und Werner; einer stimmte gegen den Antrag, und einer sagte gar nichts und enthielt sich der Stimme. Der Abg. Raab, der einzige, der gegen den 7,50 Mark-Zoll gestimmt hatte, erhielt ausdrücklich hierfür die Indemnität des Bundes der Landwirte, da er „mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse seines Wahlkreises“ nicht mit den extremen Agrariern stimmen konnte, genau so wie auch dem Abg. Lattmann später vom Bunde der Landwirte Absolution gewährt wurde dafür, daß er es gewagt hatte, im Jahre 1909 für die Erbschaftsvorlage zu stimmen.

Getreidezölle.

Auch bei der Abstimmung über die sog. Zuchthausvorlage am 20. November 1899, die nicht namentlich war, stimmten die Antisemiten gegeneinander. Ueber diese Gegensätze suchten sie nach außen hin einen Schleier zu ziehen, indem sie überhaupt keine Erklärung zur Sache abgaben.

Am drastischsten aber trat die vollständige Direktionslosigkeit der „Kraut- und Rüben“-Partei dann bei den Reichsfinanzreformgesetzen in die Erscheinung. Schon bei der ersten Reichsfinanzreformvorlage in der Legislaturperiode 1903—1907 gingen die Meinungen unter den Antisemiten über die Frage, ob das Gesetz im ganzen anzunehmen oder abzulehnen sei, auseinander. Während die reformerischen Abgg. Bruhn, Frölich, Gräfe, Werner und Zimmermann gegen die Finanzreform votierten, stimmten die Deutschsozialen Lattmann und Liebermann dafür. Die Abgg. Raab und Schack waren noch beurlaubt, Abg. Böckler fehlte. Einen großen Heiterkeitserfolg im ganzen Deutschen Reiche hatte der antisemitische Vertreter von Pyritz-Saatzig, Herr Krösell, zu verzeichnen. Schon wochenlang vorher hatte er seinen Wahlkreis bereist und in zahlreichen Versammlungen über die Steuervorlage gesprochen und zum Schluß darüber abstimmen lassen, welche neuen Steuern die Anwesenden haben wollten, und für welche neue Steuern der Abg. Krösell im Reichstage stimmen sollte. Als es aber zur Abstimmung im Reichstage kam, glänzte Herr Krösell — durch Abwesenheit.

Reichsfinanzreform.

Krösell.

Bei der zweiten Reichsfinanzreformvorlage erreichte die Buntscheckigkeit der antisemitischen Abstimmungen ihren Gipfel-

punkt. Nur an 36 von den insgesamt 89 namentlichen Abstimmungen nahmen alle antisemitischen Abgeordneten teil. Geschlossen mit allen ihren Stimmen stimmten sie jedoch nur neunmal. Das Schicksal der ganzen Reform hing bekanntlich an der Erbschaftssteuer. Bei dieser Frage trugen die Antisemiten die Schuld, daß die Reform einen Weg nahm, der den Fürsten Bülow stürzen und den Triumph des „schwarz-blauen" Blocks bringen mußte. Die sechs von L. v. Sonnenberg — der noch im letzten Augenblick seinen Kotau vor dem Bunde der Landwirte gemacht hatte — geführten antisemitischen Stimmen gegen die Erbschaftssteuer haben sie zu Falle gebracht. Diese sechs Bülowstürzer waren die Abgg. Bindewald, Köhler, Kölle, Vogt (Crailsheim), Vogt (Hall) und L. v. Sonnenberg. Erbschafts-steuer.

Auch für den erhöhten Wechselstempel wie für die Schecksteuer stimmte die ganze Wirtschaftliche Vereinigung, obwohl ihr Wortführer, Herr Raab, noch wenige Wochen vorher gerade diese mittelstands- und verkehrsfeindliche Steuer auf das heftigste bekämpft hatte.

Bei Beratung der Tabaksteuer stimmten die Hauptvertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, so insbesondere ihr Führer, Herr Liebermann von Sonnenberg, für die von seinem Fraktionsgenossen Raab für unmöglich erklärte Wertsteuer!

Bei der Beratung der Branntweinsteuer begeisterte sich der Abgeordnete Raab für die Parfümeriesteuer; dieser Vertreter des Mittelstandes bezeichnete u. a. die Steuer auf Seife als eine sehr zweckmäßige „Luxussteuer" und wandte sich scharf gegen einen Antrag, der die billigen Seifen von der Steuer freilassen wollte.

Die Antisemiten standen ferner in erster Reihe bei der Befürwortung des Kaffee- und Teezolls und stimmten für ihn, um nur ja dem Mittelstande und den Arbeitern neben Bier und Branntwein auch noch diese Getränke zu verteuern. Selbstverständlich waren sie dann auch warme Befürworter der Zündholzsteuer, dieser Steuer gerade für den armen Mann. Aber auch hier stimmten sie, getragen von ihrer bekannten Arbeiterfreundlichkeit, gegen die Entschädigung brotlos werdender Arbeiter.

Bei der Abstimmung über die Börsengesetznovelle ergab sich das reizvolle Schauspiel, daß die Deutschsozialen geschlossen für, die Reformer jedoch in ihrer Mehrheit gegen das Gesetz stimmten. Nur die reformparteilichen Abgg. Bruhn und Gäbel votierten für das Gesetz. Börsengesetz-novelle.

Bei der Abstimmung über das Reichsvereinsgesetz stimmten die Antisemiten ebenfalls gegeneinander. Die Hessen Bindewald und Köhler stimmten mit Nein, die andern mit Ja, mit Ausnahme des zaghaften Abg. Behrens, der sich der Abstimmung enthielt.

Bei der namentlichen Abstimmung im Reichstage über die Verfassung und das gleiche Wahlrecht für Elsaß-Lothringen (Mai 1911) bekundeten offen ihre Wahlrechtsfeindschaft durch Ablehnung der Vorlage die antisemitischen

Abgg. Behrens, Bindewald, Dr. Burckhardt, Gäbel, Graef (Weimar), Hanisch, Herzog, Kölle, Liebermann von Sonnenberg, Raab, Rieseberg, Roth, Vogt (Crailsheim), Dr. Werner (Gießen). Gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen hatte früher schon der Abg. Lattmann in der „Kassel. Allg. Ztg." lebhaften Einspruch erhoben.

Wir wollen es mit dieser kleinen Blütenlese aus den parlamentarischen Abstimmungen der Antisemiten bewenden lassen. Es gibt keine Partei, die den Eindruck so gänzlicher Hilflosigkeit macht, und deren prahlerische Reden im Lande in einem so grellen Gegensatz stehen zu ihrer politischen Impotenz im Parlament, wie die Antisemiten.

Die konservative Partei.

Wenn auch die Behauptung des altkonservativen Abg. v. Meyer-Arnswalde (der als Mensch und Politiker manche sympathische Züge besaß), daß die konservative Partei in Ludwig von Marwitz ihren Stifter und Vorkämpfer verehre, vor der historischen Kritik nicht standhält, da es um die Wende des vorigen Jahrhunderts noch keine Konstitution und keine politischen Parteien gab, so steckte doch insofern ein Körnchen Wahrheit in dem Ausspruch, als der heißspornige Junker, der in die Festung wandern mußte, weil er sich der Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern mit Gewalt widersetzte, sich bekanntlich über die Hardenbergsche „Revolutionierung des Staates" dermaßen entrüstete, daß er empört fragte, ob denn „unser altes ehrwürdiges Brandenburg-Preußen ein neumodischer Judenstaat" werden solle. Nun, ganz so schlimm ist es wohl nicht geworden. Das preußische Junkertum hat im Herrenhause, dieser „chambre introuvable", und im Abgeordnetenhause noch heute dank einem durch und durch veralteten Wahlrecht eine so unerschütterliche Position, daß es jeder belangreichen Konzession an die politischen Erfordernisse der modernen Zeit erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen vermag. Die politische Emanzipation der Juden vermochte die konservative Partei, die in den Nachwehen der Freiheitsstürme der vierziger Jahre so zusammengeschrumpft war, daß ihre parlamentarische Vertretung nach dem bekannten Scherzwort in einer Droschke Platz finden konnte, freilich nicht zu verhindern. Später sind allerdings auf konservativen Parteitagen wiederholt Wünsche nach einer Aufhebung der Emanzipation der Juden (siehe auch das Kapitel: „Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden") zum Ausdruck gelangt. Auf der Dresdener Generalversammlung der sächsischen Konservativen drohte Frhr. von Friesen-Rötha:

von Marwitz.

„Das Gesetz hat den Juden die Rechte von Staatsbürgern verliehen. Wir können Aenderungen dieses Gesetzes beanspruchen, wir müssen und werden sie verlangen."

Freiherr v. Friesen.

Und auf dem konservativen Parteitage in Berlin 1905 erklärte der Abg. Klasing, ohne daß einer der andern anwesenden konservativen Parlamentarier dagegen protestiert hätte: „Wir müssen die Aufhebung der Emanzipation der Juden erstreben." Parlamentarischen Ausdruck in Form von Anträgen haben jedoch diese geheimen Desiderien der Partei bislang nicht gefunden. In der Gründungsperiode der konservativen Partei wären solche Tendenzen wohl auch etwas gefährlich gewesen angesichts der Tatsache, daß der Gründer der Partei

Abg. Klasing.

der getaufte Jude Stahl war, und daß die Hauptvertreter der Theorie des „christlichen Staats" die ebenfalls aus dem Judentum hervorgegangenen evangelischen Theologen Hitzig und Neander waren. Später freilich mußte der „Zeitströmung", dieser politischen Modekrankheit, Rechnung getragen werden, und so fand denn auf dem Tivoli-Parteitage 1892 das Bekenntnis zur antisemitischen „Weltanschauung" Eingang in das konservative Parteiprogramm in folgenden Sätzen:

Tivoli-Parteitag.

„Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schulen."

Der vorgeschlagene Schlußsatz: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus" wurde abgelehnt. Es wäre auch eigentümlich gewesen, diese Worte aufrechtzuerhalten in demselben Augenblick, wo man Hochs auf Ahlwardt ausbrachte, wo die Aeußerung fiel: „Lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen!", und wo man sich rühmte, Ahlwardt in den Reichstag gewählt zu haben.

Gegen jede Veränderung des Parteiprogramms erklärten sich nur 21 Delegierte unter Führung des Herrn v. Helldorf, der später wegen seiner gouvernementalen Neigungen aus der Partei herausgedrängt wurde.

Unter dem Einfluß Stöckers, der im Elfer-Ausschuß der Partei mit seinem Freunde Herrn von Hammerstein die gouvernementale Richtung immer mehr zurückdrängte, entrollte die Partei nun auch in der Presse und in den Versammlungen immer ungenierter das antisemitische Panier. Auch nach dem unrühmlichen Ende des Chefredakteurs der „Kreuzztg." und dem durch die Veröffentlichung des sog. Scheiterhaufenbriefes[1]) bedingten Ausscheiden Stöckers aus der Partei,

Herr von Rauchhaupt.

[1]) Es gibt, wie erst später aus den Veröffentlichungen des literarischen Nachlasses des Herrn von Hammerstein (1905) durch Hans Leuß bekannt geworden ist, zu diesem Stöckerschen Scheiterhaufenbrief ein interessantes Pendant. In dieser Publikation befindet sich auch ein Brief eines früheren Führers der konservativen Partei, des Herrn von Rauchhaupt, der ein gelungenes Selbstporträt darstellt. Demnach hat Herr von Rauchhaupt sich auf die politische Intrigue nicht minder gut verstanden wie sein langjähriger Parteigenosse Stöcker, ja er scheint sich diesen vielfach zum Muster genommen zu haben, so in einem Briefe vom 3. Oktober 1889, der nach Stil und Inhalt vielfach Anklänge an den berüchtigten Scheiterhaufenbrief Stöckers zeigt. Rauchhaupt macht darin Hammerstein zum Vorwurf, daß er den Kaiser nach einem aus naheliegenden Gründen im Wortlaut hier nicht wiederzugebenden doppelten Rezept behandele, das Fürst Bismarck den politischen Parteien gegenüber wechselweise zur Anwendung zu bringen pflegte: „Es darf nicht dahin führen, so heißt es u. a. in diesem Schreiben, daß Sie, wie Sie es unzweideutig getan, den Kaiser mit . . . . wollen. Sie haben seinen absolutistischen Neigungen gefrönt, weil Sie glaubten, ihn in Dissensus mit den Nationalliberalen zu bringen, während Sie suchen mußten, die Aeußerungen des Kaisers, welche auf einen solchen Dissensus klar hinwiesen, für uns auszunutzen, ohne aber ihn auf den Dissensus, in welchem er sich mit den Nationalliberalen befand, hinzuweisen."

bildete die konservative Partei einen wesentlichen Bestandteil des politischen Antisemitismus. In der Reichstagsfraktion trat die antisemitische Tendenz während der Führerschaft des Grafen Limburg-Stirum, dessen Mutter als Jüdin geboren war, vielleicht in etwas gemilderter Form auf; in der preußischen Landtagsfraktion aber, wo der „ungekrönte König von Tschunkawe", Herr von Heydebrand, der jetzt auch an die Spitze der Reichstagsfraktion getreten ist, viele Jahre das Szepter führte, legte man sich in der Betätigung antisemitischer Gesinnung nicht den mindesten Zwang auf. Bei dem Assessorenparagraphen haben die Konservativen die größten Anstrengungen gemacht, ihrer Gegnerschaft gegen die Juden auch gesetzgeberischen Ausdruck zu verleihen, freilich vergeblich. Aber auch auf anderen Gebieten, insbesondere auf den verschiedenen Gebieten des akademischen Lebens sind sie eifrig bestrebt, den Juden Fesseln aufzuerlegen. So hatte — um nur ein Beispiel anzuführen — das parteioffizielle Organ, die „Kons. Korr.", im Oktober 1908 sich über den „jüdischen Nachwuchs" in den akademischen Berufen aufgehalten, der in „ganz ungeheurem Prozentsatz zu der jüdischen Bevölkerungsziffer", die höheren Lehranstalten und die Universitäten bevölkere (siehe auch das Kapitel: „Universitäten"). Der Angriff war ungemein charakteristisch für die Anschauungen, die in konservativen Kreisen gegenwärtig wieder herrschen; es hieß in dem Artikel u. a.:

Konservativer Vorstoß gegen die jüdischen Hochschullehrer.

„In den Berufen der Aerzte (namentlich der Spezialärzte), der Anwälte, der Hochschullehrer spielt das Judentum eine ziffernmäßig viel zu große Rolle. Schon der verewigte v. Kleist-Retzow hat zu Maßnahmen gegen dieses Vordringen, das dem Staat viel Geld kostet, dringend geraten. Statt diesen Rat zu befolgen, werden dem Judentum noch immer neue Wege zum Eindringen in akademische Berufe erschlossen. Und dieses Eindringen ist in vielen Fällen gleichbedeutend mit Verdrängen christlicher Mitbewerber. Schon die Gerechtigkeit also sollte gebieten, die Juden zu akademischen Berufen nur im Verhältnisse der jüdischen Bevölkerungsziffer zuzulassen."

Also eine Kontingentierung oder gar ein numerus clausus der Juden für die gesamten akademischen Berufe war der heiße Wunsch der Konservativen, und zwar schon in der Aera der Bülowschen Blockpolitik! Inwieweit der damalige nominelle Führer der Partei, Herr von Manteuffel, der als spiritus rector der „Kons. Korr." galt und dem man im allgemeinen in konfessioneller Beziehung eine weniger intransigente Haltung nachsagte, an diesem Vorstoß gegen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden beteiligt war, ist nicht bekannt geworden.

Die konservative Partei hatte inzwischen an der antisemitischen Propaganda so großen Geschmack gefunden, daß sie unbedenklich eine Reihe von Agitatoren aus dem antisemitischen Lager, wie den Redakteur Döring von der „Staatsbürgerzeitung", den Herrn Mannes, einen Hauptvertreter der „Berliner Bewegung", ja zeitweise selbst Herrn Dr. Böckel in ihre Dienste nahm. Mit der „Kreuz-Ztg.", die auch nach der Uebernahme der Chefredaktion durch den Ministerial-

direktor Dr. Hermes und nach dem Ausscheiden des Abg. Dr. Irmer aus der Redaktion ihre antisemitische Haltung nicht im mindesten abgeschwächt hatte, wurden anläßlich ihres 60jährigen Jubiläums (August 1908) die zärtlichsten Sympathiekundgebungen ausgetauscht. Der Vorsitzende der konservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, der Abg. Dr. von Heydebrand und der Lasa, sandte ein offizielles Glückwunschschreiben der Partei, in dem er u. a. hervorhob:

Glückwunsch des Abg. von Heydebrand zum Jubiläum der „Kreuz-Ztg.".

„Sie dürfen mit Recht und mit verdientem Stolze sagen, daß ohne die treue und tapfere, gediegene und furchtlose Arbeit Ihres Blattes, das in schweren Tagen die konservative Fahne mitunter allein vorangetragen hat, unsere Partei nicht das sein würde, worauf wir Konservativen mit Befriedigung jetzt hinblicken dürfen."

Die „Kreuz-Ztg." für Revision des Tivoli-Programms.

Da platzte wie eine Bombe um die Wende des Jahres 1910 in dieses idyllische Verhältnis zwischen der konservativen Partei und ihrem Hauptorgan die beiläufige Bemerkung der „Kreuz-Ztg.", daß sich das Tivoliprogramm heute wohl nicht mehr ganz rechtfertigen lasse; in einer Polemik gegen den Evangelischen Bund schrieb das Blatt nämlich:

„. . . Die konservative Partei hat sich in ihrer großen Mehrheit ja auch davon überzeugt, daß sich der antisemitische Passus ihres Programms praktisch nicht mehr rechtfertigen läßt. Sind doch auch im Judentume konservative Kräfte lebendig und wirksam wie uns die erfreuliche Tätigkeit zahlreicher jüdischer Männer im praktischen Leben, Wissenschaft und Kunst täglich zeigt, während die im Judentum so auffallenden destruktiven Kräfte sich leider in ihrem Maße auch bei rassereinen Deutschen entwickelt haben."

Die übrige konservative Presse war zunächst sprachlos, bis zuerst der „Reichsbote" das Wort zu einer geharnischten Erwiderung fand und mit dem Kesseltreiben gegen die „Kreuz-Ztg." den Anfang machte. Er erblickte in dieser Aeußerung einen „durch nichts begründeten Kanossagang der konservativen Partei gegenüber den schädlichen Einflüssen des zersetzenden Judentums". Das Organ des Bundes der Landwirte sekundierte natürlich kräftig dem „Reichsboten", und die deutschsozialen Preßorgane drohten, der konservativen Partei die Freundschaft zu kündigen. Nur die „Tägl. Rundschau", das Organ des Salonantisemitismus, stellte sich zum ersten Male in dieser Frage auf die Seite des altkonservativen Organs, indem sie — allerdings nur in einer beiläufigen Bemerkung — das antisemitische Tivoliprogramm als „in der Tat unhaltbar" bezeichnete.

Die „Kons. Korr." hat u. W. parteioffiziös zu diesem rollenwidrigen Seitensprung des Hauptorgans der Partei nicht Stellung genommen, auch andere amtliche Stellen der Partei nicht. Sie hielten es wohl nicht für nötig, dieser privaten Aeußerung der „Kreuz-Ztg." durch ein förmliches Dementi noch ein besonderes Relief zu geben, da ja der letzte konservative Delegiertentag am 11. Dezember 1910 nicht nur der sog. jungkonservativen Bewegung eine scharfe Absage erteilt, sondern auch den antisemitischen Charakter der

Der konservative Delegiertentag von 1910.

Partei wiederholt auf das schärfste betont hatte. Und zum Ueberfluß hatte ja Herr von Heydebrand und der Lasa auf diesem Delegiertentage noch das alle Sehnsucht nach einer Reform des Parteiprogramms kühl abweisende Wort gesprochen: „Wir haben nichts zu entschuldigen, nichts zu bereuen, nichts zu verheimlichen.“ Es bleibt also auch bezüglich des Bekenntnisses der konservativen Partei zum Antisemitismus alles beim alten, und der konservative Reichstagsabgeordnete (der übrigens für die nächsten Reichstagswahlen wieder kandidiert, nachdem er bei der Wahl des Jahres 1907 von den Sozialdemokraten verdrängt worden war), der dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus auf die Zusendung des „Antisemitenspiegels“ geschrieben hatte, daß er das Buch mit großem Interesse gelesen habe, weil er darin vieles für ihn Neues gefunden habe, und der zum Schluß versicherte, daß er nicht Antisemit sei, sondern auf dem Boden des Gesetzes stehe, nach welchem alle Deutsche gleichberechtigte Staatsangehörige sind, dürfte auch weiterhin ein weißer Rabe unter seinen Parteigenossen bleiben. v. Heydebrand.

Der Bund der Landwirte.

Der im Jahre 1893 auf Grund eines demagogischen, mit dem Uebergang zur Sozialdemokratie drohenden Aufrufs des Breslauer Stadtgutspächters Ruprecht gegründete Bund der Landwirte hat sich, je länger, je mehr, zum stärksten Träger des politischen Antisemitismus entwickelt, dem gegenüber die spezifischen antisemitischen Parteien an Gefährlichkeit weit zurückstehen. Der Bund, mit seinen ¼ Million Mitgliedern, seiner reichgefüllten Agitations- und Wahlkasse, ist heute dank seiner agitatorischen Regsamkeit und seiner Intransigenz ein politischer Machtfaktor ersten Ranges geworden, der nicht nur die beiden konservativen Parteien sich vollständig unterjocht hat, sondern auch durch die mit ihm durch dick und dünn gehenden Verwaltungsorgane — vom Landrat bis zum Gemeindevorsteher — einen unheilvollen Einfluß auf die Regierung ausübt.

Herr v. Ploetz.

Der antisemitische Charakter des Bundes trat schon in dem Aufrufe, mit dem Herr von Ploetz, der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes, dessen Auflösung und Verschmelzung mit dem neuen Bunde der Landwirte ankündigte, in die Erscheinung; in diesem Aufrufe wurden nämlich alle Produktivstände aufgefordert, sich zu vereinigen, um einen festen Damm „gegen die zersetzenden Mächte des Freisinns, des Judentums und der Sozialdemokratie zu errichten".

Ausschluß der Juden von der Mitgliedschaft.

Bereits im nächsten Jahre hatte der Bund der Landwirte den Antisemitismus offen auf seine Fahne geschrieben, nachdem auf seiner im Februar 1894 stattgehabten Generalversammlung einstimmig beschlossen worden war, daß jedes Mitglied einer der christlichen Konfessionen angehören müsse.

Seitdem ist keine Generalversammlung vorübergegangen, in der nicht die Vorsitzenden von Wangenheim, Dr. Roesicke und insbesondere der Bundesdirektor Dr. Hahn, wie Dr. Oertel, der Leiter der „Deutschen Tages-Ztg.", den Kampf gegen das Judentum immer wieder als eine der wesentlichsten politischen Aufgaben des Bundes proklamiert hätten.[1]) Und die Herren Liebermann v. Sonnenburg, Major a. D. Endell, Lucke-Patershausen, von Bodelschwingh-Schwarzenhasel, Prof. Ruhland und

---

[1]) Die „Zeitfragen", die literarische Beilage der „Deutschen Tages-Ztg." haben sogar im September 1911 als einfachste und klarste Wahlparole für die allgemeinen Reichstagswahlen empfohlen: „Hie Juden — hie Deutsche."

andere unterstützten diese Parole durch mehr oder minder klobige antisemitische Späße. Es widerstrebt uns, hier alle diese unsagbar niedrigen Beschimpfungen der Juden auf den Generalversammlungen des Bundes zu registrieren; ein paar Proben werden genügen.

„Ein Jubel ohne Ende," so rief Herr L. v. Sonnenberg auf der Zirkus-Busch-Versammlung von 1897, „würde die deutschen Lande durchbrausen, wenn wir auch eine Grenzsperre bekämen gegen die Judeneinfuhr", eine Forderung, die der Reichstag bekanntlich wiederholt mit überwältigender Majorität abgelehnt hat. **Liebermann von Sonnenberg.**

In derselben Bundesversammlung sprach Major a. D. Endell von den Juden, die auf Gummirädern zur Börse fahren, aber nicht das Vaterland verteidigen können. Stürmischen Beifall fanden folgende Verse, die Herr Lucke-Patershausen vorlas: **Lucke-Paters-hausen.**

In allen Börsensälen ist Ruh'!
Von den Kindern Israels findest Du
Kaum einen Hauch.
Da drüben noch einige Schreier,
Aber warte nur, Abraham Meyer!
Bald ruhest auch Du.

Jubelnden Beifall erntete auf der nächsten Generalversammlung Herr Dr. Diederich Hahn mit seinem Ruf „Zum Kampf gegen das Großjudentum"; nicht weniger ein von der Ortsgruppe seines Wahlkreises abgesandtes Begrüßungstelegramm, das mit den Worten schloß: „Hoch der Bund der Landwirte! Ein Pereat den Semiten!" **Dr. Hahn.**

Auf der Generalversammlung des Jahres 1900 erklärte das Vorstandsmitglied des Rheinischen Bauernvereins, Pilgram-Keltz: „Ganz Deutschlands Bauern zeigen, daß sie einig sind. Und wenn sie so zusammenstehen, so kann ihnen keine Macht der Erde etwas schaden, auch gewisse krummbeinige Subjekte nicht." (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Liebermann von Sonnenberg stellte darauf mit Bezugnahme auf ein sozialdemokratisches Flugblatt: „Was kosten uns die Junker?" die Gegenfrage: „Was kosten uns unsre Juden?" und behauptete auch, daß das Judentum neben der Landwirtschaft noch eine andere große Sache totmachen möchte: „Konitz!" **Liebermann von Sonnenberg.**

Auf der Generalversammlung von 1901 sagte Dr. Hahn: „Antisemiten sind Sie ja alle, der eine bewußt, der andere vielleicht unbewußt." Und Herr von Wangenheim gab der Hoffnung Ausdruck, „daß der Jugend eine bessere Zeit erblüht als uns, daß Ihr Dom (in Berlin) als deutsches Wahrzeichen stehenbleibt und nicht etwa zu einem jüdischen Tempel herabsinkt." **Herr von Wangenheim.**

Auch auf der Generalversammlung von 1904 pflügte Herr Dr. Oertel reichlich mit dem antisemitischen Kalbe. Er verspottete den Grafen Posadowsky, der kürzlich im Reichstag von neu in die Er- **Dr. Oertel.**

scheinung tretenden Schichten des Mittelstandes gesprochen hatte, und bezeichnete als solche ironisch „die Rayonschefs in den Warenhäusern von Wertheim und Tietz oder die Flurschützen und Jagdgrundhüter auf den Latifundien der Herren Mosse und Cohn".

Herr von Wangenheim versicherte auf der Generalversammlung des Jahres 1906:

„Ich liebe es nicht, in Antisemitismus zu machen. Es kommt gewöhnlich nicht viel dabei heraus. Aber die Arbeiter und gewerklichen Stände sollten sich doch klar machen: „Wer sind denn die Führer auf dem Wege zur Revolution, nicht nur in Rußland, sondern auch bei uns?" (Stürmische Zurufe: Juden! Juden!) Das internationale Judentum ist es!"

Wenn das Wort „Börse" in der Generalversammlung fällt, huscht über die Gesichter der Tausende ein vergnügtes Schmunzeln. Man weiß aus früheren Jahren, daß dieses Stichwort das Signal bildet für eine fröhliche Judenhatz. Ueber die Börsensteuer äußerte sich Dr. Oertel auf der Generalversammlung von 1906 folgendermaßen:

Dr. Oertel.

„M. H. Die müheloseften, die größten, die volkswirtschaftlich schädlichsten Gewinne werden an der Börse gemacht. Nun sagt man: wenn ihr die Börsensteuer immer wieder erhöht, dann wird das Geschäft an der Börse leiden. Ja, m. H., wir sind nach und nach etwas hartköpfig und mißtrauisch geworden. Vor ein paar Jahren, als es sich um Erhöhung der Börsensteuer handelte, da sagte ein Börsenblatt: „Wenn das Gesetz durchgeht, dann können die Börsenherren gar nicht mehr bei Dressel und Uhl, oder wie diese Gastwirtschaften heißen, speisen, sondern sie müssen mit einem Margarinebrötchen im Stehen fürlieb nehmen." (Heiterkeit.) Wir haben, meine verehrten Herren, die Steuern erhöht: und wenn Sie an den schönen Scheiben der genannten Restaurants heute vorübergehen, so werden Sie die Leute nach wie vor da sitzen sehen, bei denen aus dem ganzen Exterieur und den zutage tretenden Interieur zu schließen ist, daß sie der Börse mit Haut und Haaren angehören. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir auch die Börsensteuer jetzt wieder erhöhen, ich bin überzeugt, die Herren werden nicht um einen Zentimeter magerer und ihre goldenen Ketten nicht um einen Zentimeter schmäler. (Große Heiterkeit.)"

Wozu man vielleicht noch das eine bemerken könnte, daß in den Tagen der landwirtschaftlichen Woche ein biederes bäuerliches Mitglied des Bundes der Landwirte, das vielleicht gerade aus dem Zirkus Busch kommt, bei solchen Studien über die Physiognomien der Besucher von Dressel, Uhl und ähnlicher erstklassiger Berliner Weinrestaurants sehr viele bekannte Gesichter aus seiner Heimat finden würde.

Kein Blatt schlägt in der Polemik gegen andere Parteien einen so aufreizenden, gemeinen Ton an, wie die Presse des Bundes der Landwirte. So brachte das Hauptorgan, die „Deutsche Tageszeitung", über eine im Zirkus Busch abgehaltene Volksversammlung der Freisinnigen Volkspartei einen giftgeschwollenen Artikel, in dem es u. a. hieß:

Die „Deutsche Tageszeitung".

„Auf der erhöhten Tribüne saßen die Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei aus Reichstag und Landtag. Die gegenüberliegende Ehrenloge war augenscheinlich ganz für den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde vorbehalten. Mit Recht konnte am Schluß der Versammlung der Rektor Kopsch feststellen, daß es dem Freisinn gelungen sei, lockige Jünglinge mit

Glut und Begeisterung für politische Ideale zu erfüllen, aber er hätte im Hinblick auf die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden sich genauer ausgedrückt: Schwarzlockige Jünglinge. Auch die anwesenden Damen waren wohl ziemlich zahlreich durchweg in der Gegend der Börse und der „Grande Synagoge" nicht fremd."

Auf der Generalversammlung von 1909 sprach Herr Dr. Oertel seine Freude darüber aus, „daß der frühere Haß gegen die Junker sich jetzt hier und da gegen gewisse andere Leute richtet, deren Name auch mit J und einem u beginnt."

Wie innig das politische Agrariertum mit dem Antisemitismus verbunden ist, zeigte auch die besondere ehrende Anerkennung, die Herr Dr. Roesicke auf dieser Tagung dem Vater des Antisemitismus, dem verstorbenen Hofprediger Stöcker, widmete. Herr von Bodelschwingh-Schwarzenhasel gab der gemeinschaftlichen Trauer über das Hinscheiden des geistigen Nährvaters des agrarischen und antisemitischen Demagogentums noch einen prägnanten Ausdruck, indem er erklärte:

„Wenn ein Maßstab sein kann für die Tugend und Tüchtigkeit eines deutschen Mannes der Grad, wie er von Juden und Sozialdemokraten gehaßt und verlästert wurde, dann ist Stöcker einer der besten Deutschen gewesen. Er ruhe in Frieden."

Auf der Generalversammlung des Jahres 1910 erklärte Herr Dr. Suchsland-Halle, die einzige bisher nicht ramponierte wissenschaftliche „Autorität" der Agrarier: „Das wahre Gesicht der Besteuerung des Kinder- und Gattenerbteils hat also, meine Herren, als Hauptkennzeichen eine krumme Nase." Und der gesamte Liberalismus falle „vor dieser wohlausgebildeten Nase auf die Knie". Dr. Suchsland.

Auch auf der letzten Generalversammlung (1911) im Berliner Sportpalast war es für Herrn Dr. Hahn ein Hauptspaß, seine beliebten antisemitischen Mätzchen in verschwenderischer Fülle ausstreuen zu können. Zuweilen klappte freilich die Regie nicht ganz. Die über den ganzen Saal verteilten Chorführer, die Herrn Dr. Hahn die Zwischenrufe apportieren mußten, auf die der Herr Bundesdirektor sofort mit einem „schlagfertigen" Witzwort antworten konnte, hatten ihre Stichworte nicht immer präsent; bleiches Entsetzen aber packte die nähere Umgebung, als ein Armer im Geiste oder ein tückischer Witzbold plötzlich an der Stelle, wo Herr Dr. Hahn den Zwischenruf „Judengelder" hören wollte, das ominöse Wort „Kaligelder" ertönen ließ. Dr. Hahn.

Als die „Kreuz-Ztg." Anfang des Jahres 1911 einmal in einem schwachen Augenblick schrieb, „daß die konservative Partei in ihrer großen Mehrheit sich davon überzeugt habe, daß der antisemitische Passus ihres Programms sich nicht mehr rechtfertigen lasse," da protestierte die „Deutsche Tageszeitung" energisch gegen diese Behauptung.

Doch die Leser werden, wie wir glauben, uns Dank wissen, wenn wir sie mit weiteren Proben der „vornehmen" Kampfesweise des Bundes

der Landwirte verschonen. Wer sich über das agrarische Demagogentum näher unterrichten will, sei auf die Broschüre: „Die Agrardemagogie in Deutschland" von Curt Bürger (im Selbstverlage des Verfassers, Groß-Lichterfelde, Preis M. 1,50) verwiesen, die auf 160 Seiten die verschiedenartigen Formen der bündlerischen Verhetzung nach unantastbarem Quellenmaterial schildert und insbesondere eine unentbehrliche Waffe für jeden Gegner der Agrardemagogie im Wahlkampfe bildet. Der Verfasser wirft in dem Kapitel: „Konfessionelle Hetze" auch die Frage auf: Hat der Bund der Landwirte zu einer solchen wüsten Hetze gegen die Juden irgendeinen stichhaltigen Grund? und gibt hierauf folgende Antwort:

Die Juden als Förderer der Landwirtschaft.

„Es dürfte ihm sehr schwer fallen, nachzuweisen, daß etwa die Juden als Konfession eine besondere Animosität gegen die Landwirtschaft bekundeten. Die Juden waren das älteste Volk, das Landwirtschaft betrieben hat; sie haben gerade als Ackerbauer es zu einer hohen Kulturstufe gebracht. Daß sie heut nur vereinzelt dem landwirtschaftlichen Berufe angehören, ist nicht ihre Schuld, sondern die Schuld derer, die sie viele Jahrhunderte in ein Ghetto einpferchten und sie zwangen, andere Berufe zu ergreifen. Die Wirkungen eines solchen nahezu ein Jahrtausend ausgeübten Ghettozwanges verwischen sich nicht so schnell. Und doch hat in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit der Emanzipation das organisatorische Talent der Juden und ihr reger Forschersinn auch der Landwirtschaft schon manchen wertvollen Dienst geleistet. Das Internationale Institut für Ackerbau, das vor einigen Jahren unter dem Protektorat des Königs von Italien in Rom begründet worden ist, und zu dessen Generalversammlung der Bund der Landwirte im vorigen Jahre Herrn Dr. Roesicke delegierte, verdankt seine Entstehung, wie die agrarische Presse ja selbst seinerzeit mitgeteilt hat, der Initiative eines jüdischen Landwirts, des Amerikaners Lubin.

Die bedeutendste und segensreichste Erfindung, die im letzten halben Jahrhundert auf dem Gebiete der Agrikulturchemie überhaupt gemacht worden ist, die Nutzbarmachung der sogenannten Abraumsalze, also die Gewinnung von Kali, hat die Landwirtschaft dem jüdischen Chemiker Prof. Dr. Adolf Frank zu verdanken. Das Kali ist heut das wichtigste und wertvollste Düngemittel der Landwirtschaft, ohne das sie überhaupt nicht existieren könnte. Nebenbei bemerkt würde auch der Bund der Landwirte schon längst wirtschaftlich bankerott gemacht haben, wenn ihm nicht aus seinen Verträgen mit dem Kalisyndikat — d. h. einer von einem Juden begründeten Industrie — Hunderttausende von Mark an sogenannten „Propagandageldern" zugeflossen wären, die, wie die „Mitt. d. B. d. L." selbst zugestanden haben, mit dazu verwendet wurden, „Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung" zu gewinnen, d. h. die politischen Agitationskosten des Bundes zu bestreiten.

Ein neues Verfahren, um den Stickstoff der Luft zur Herstellung wertvoller Verbindungen zu benutzen, die für die Landwirtschaft von großer Tragweite sind, hat der Leiter des neuen physikalisch-chemischen Forschungsinstitutes, Prof. Fritz Haber, entdeckt, der ebenfalls als Jude geboren ist. Die besondere Bedeutung der Haberschen Entdeckung besteht darin, daß die Hauptmasse der Stickstoffverbindungen von der Landwirtschaft als künstlicher Dünger verwendet wird.

Und noch eine, von dem Bund der Landwirte und insbesondere Herrn Dr. Hahn jetzt mit Feuereifer vertretene Neuerung auf dem Gebiet der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes, ist der Anregung eines jüdischen Versicherungstechnikers zu verdanken. Der Gedanke, die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes durch Verbindung mit einer Lebensver-

sicherung zu fördern, ist zum ersten Male von dem Direktor der Rheinischen Hypothekenbank, dem (jüdischen) Geh.-Rat Felix Hecht in Mannheim zur öffentlichen Diskussion gestellt, und von der ersten, auch von den Agrariern anerkannten Autorität auf diesem Gebiet, dem Generaldirektor der Ostpreußischen Landschaft, Geh.-Rat Kapp, als gangbarer Weg anerkannt worden. Es gehört zu den heiteren Kapiteln der agrarischen Geschichte, daß, wie der „Hannov. Kur." mitteilte, am Februar 1911 zu Hannover Herr Dr. Diederich Hahn, natürlich unter Seitenhieben auf Judentum, Banken und Liberalismus, sich die Reformgedanken des jüdischen Bankdirektors und des liberalen Professors zu eigen machte und mit dem immer schönen Pathos vertrat. Möge die „Deutsche Tageszeitung", die ja noch etwas auf historischen Sinn hält, nicht versäumen, den germanisch-konservativen Grundgedanken dieser neuen Agrarreform herauszufinden."

So bekundet sich also in der Praxis die angebliche Landwirtschaftsfeindschaft der Juden! Ob nicht doch manch einem antisemitischen Hetzapostel des Bundes der Landwirte die Schamröte ins Gesicht steigen würde, wenn er in einer Stunde ruhiger Ueberlegung sich diese Zusammenhänge klar machen wollte?

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Agitatoren und die Presse des Bundes der Landwirte.

Die Agitatoren des B. d. L.

Im Lager der Agitatoren des Bundes der Landwirte und der antisemitischen Parteien ist ein fortwährendes Kommen und Gehen wie im Taubenschlag, so daß die Herrschaften selbst meist nicht wissen, welcher „Richtung" sie augenblicklich angehören. Der hessische Agitator Th. Reuther, der wegen der verschiedenartigsten Verstöße gegen das Strafgesetzbuch hinter Schloß und Riegel gesessen hat, zeichnet sich durch einen ganz besonderen Wandertrieb aus. Bald agitiert er für den Hessischen Bauernbund, bald für den „Windbeutelbund", wie das Organ des Herrn Hirschel den Bund der Landwirte einmal genannt hat. Es ist auch schon vorgekommen, daß man gegenseitig vor diesem betriebsamen Herrn gewarnt hat. Die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte in Frankfurt a. M. veröffentlichte im November 1906 folgenden Steckbrief:

Th. Reuther.

„Ein gewisser Thomas Reuther, seines Zeichens ehemaliger Schriftsetzer und antisemitischer Wanderredner, ein Mann von wenig einnehmendem Aeußeren, machte sich in der Wahlbewegung zu schaffen. Sein Hauptagitationsmittel war, die Kleinen gegen die Großen zu hetzen und den hessischen Partikularisten herauszubeißen. Ein weiteres Agitationsmittelchen liegt auf dem Gebiete der Rührseligkeit. Redner versucht sich nämlich als Märthyrer der Bauernsache hinzustellen, als einen Mann, der seine heiße Liebe zum hessischen Bauernstande im Gefängnis büßen mußte. Ja, er vergoß schon wiederholt Tränen darüber, daß diese Leute, für die er so schwer gelitten, nun nichts mehr von ihm wissen wollten. Krokodilstränen? Denn Reuther ist nicht im Interesse des hessischen Bauern ins Gefängnis gewandert, sondern weil er politische Gegner beleidigte.

Es ist beschämend, daß man keinen Anstand genommen, Reuther als Agitator im Hessenlande zu verwenden. Ein Mann von seiner Qualität kann auch die beste Sache in ein schiefes Licht rücken —— Reuther wollte sich als Agitator Diäten verdienen; beim Bunde glaubte er hierzu keine Gelegenheit zu haben, also wird gegen den Bund scharf gemacht."

Derselbe vielseitige Herr kämpfte aber bei der Nachwahl in Gießen (März 1911) wieder Seite an Seite mit den Agitatoren des Bundes der Landwirte und forderte nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ in einer Versammlung in Hausen auf, man solle, wenn man nicht antisemitisch wählen wolle, lieber einem Sozialdemokraten die Stimme geben, nur nicht Pfarrer Korell.

Was alles der Bund von den Antisemiten übernommen hat, zeigte eine charakteristische Bemerkung der „Deutschen Volkswacht“, des offiziellen Organs der hessischen Antisemiten, daß die Agitation des Bundes überall von bezahlten abgelegten und verkrachten antisemitischen Agitatoren betrieben werde.

Bruno Kreutz. Einem der gefährlichsten Hetzagitatoren des Bundes, dem Geschäftsführer für die Provinz Sachsen, Bruno Kreutz, war allerdings auf einige Zeit das Handwerk gelegt worden, da er wegen Unterschlagung und Untreue zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Es war das derselbe Agitator, der sich einst rühmte: er habe drei Redner draußen, die mit antisemitischer Milch gesäugt seien und das ihrige tun würden.

In der Tat ist nicht nur Herr Dr. Böckel nach seinem erstmaligen Rücktritt aus dem politischen Leben in den Dienst des Bundes getreten, wo er das „Agrarische Handbuch“ verfaßte; auch Herr Hirschel, dessen Organ, die „Deutsche Volkswacht“, noch im Jahre 1899 vor den „norddeutschen Bauernfängern“ warnte, und eine ganze Anzahl früherer „Staatsb.-Ztg.“-Redakteure waren zeitweilig agitatorisch für den Bund der Landwirte tätig.

Wengg. Erwähnung verdient hier auch der Münchener Antisemitenhäuptling Wengg, der Herausgeber des dortigen „Deutschen Volksblattes“, und langjährige Geschäftsführer des Bundes der Landwirte in Bayern, dem in einem Prozesse gegen den Redakteur des liberalen „Bayreuther Tagebl.“, Kunkel, das Gericht bescheinigt hat, daß er zu gleicher Zeit bezahlter Agitator des Bundes der Landwirte und Vorsitzender der antisemitischen Partei in München gewesen und sich auch als Zentrumsmann aufgespielt habe. Auch habe er sich, obwohl er Mitglied des Zentralvereines des Bundes der Landwirte war, bei der Landtagswahl als Gegenkandidat gegen den bündlerischen Kandidaten aufstellen lassen! . . .

Die kleinere Bundespresse, insbesondere das Korrespondenzorgan „Der Bund der Landwirte“ und seine provinziellen Ableger, suchen die gewerbsmäßige antisemitische Presse womöglich noch durch rohe Hetzartikel und Hetzgedichte zu übertrumpfen.

Die Stellung der anderen Parteien zum Antisemitismus.

Ueber die Stellung der Parteien des Reichstags zur „Judenfrage", sofern sie sich nicht schon durch ihr Programm als schroffe Gegner und Feinde des Judentums ausweisen, herrscht vielfach noch mancherlei Unklarheit. In den letzten Jahren sind wiederholt aus den verschiedensten Kreisen Wünsche an uns gerichtet worden, die Parteien des Reichstags einmal auf ihren antisemitischen Gehalt zu untersuchen, und wir wollen diesem Verlangen gern — sine ira et studio — nachkommen; wir beginnen von rechts nach links..

Die Wirtschaftliche Vereinigung.

Es existiert noch eine Gruppe der Rechten, die zweifellos ein starkes antisemitisches Gepräge besitzt, da in ihr die Kerntruppe des politischen Antisemitismus, die deutschsoziale Partei, tonangebend ist, und deren Führer Liebermann v. Sonnenberg bis zu seinem Tode an ihrer Spitze stand. Außerdem gehören ihr noch an die beiden christlichsozialen Abgeordneten, einige süddeutsche Bauernbündler, von denen der württembergische Abgeordnete Roth allerdings erklärt hat, daß er kein Antisemit sei, und der Welfe von Damm, der zweifellos ebenfalls keine antisemitische Neigungen besitzt, wie er selbst wiederholt öffentlich festgestellt hat.

Entstanden ist diese Gruppe nur aus dem persönlichen Bedürfnis des deutschsozialen Führers, an der Spitze einer größeren Vereinigung zu stehen, die die Rechte einer Fraktion (wozu mindestens 15 Abgeordnete gehören) besitzt. Sie trat zum erstenmal in die parlamentarische Arena im Jahre 1907, gleichzeitig verschwand damit die deutschsoziale Gruppe aus der Liste der parlamentarischen Parteien. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat — ein Unikum unter den Parteien — überhaupt kein eigenes Programm; ihr Zweck erhellt, wie ein Blatt der Partei auf eine Anfrage erklärte, aus den beiden ersten Paragraphen ihrer Geschäftsordnung. Sie lauten: **Programm.**

„§ 1. Zum Zweck der wirksamen Vertretung der Interessen der produktiven Gewerbe (Landwirtschaft, Industrie und Handwerk) wird eine wirtschaftliche Vereinigung von Mitgliedern des Reichstages gebildet.

§ 2. Die Vereinigung hat insbesondere die Aufgabe:

1. Die im Reichstage eingebrachten Gesetzesvorlagen, Anträge, und Interpellationen vorzuberaten, welche die Interessen dieser Gewerbe berühren.

2. Anträge vorzubereiten und im Reichstage einzubringen, welche die Interessen zu fördern geeignet erscheinen."

Das ist alles; nach welcher Richtung die doch sehr oft stark auseinanderlaufenden Interessen der Angehörigen der „produktiven Gewerbe" wahrgenommen werden sollten, darüber schweigt sich diese famose wirtschaftliche Interessenvertretung vollkommen aus. Kein Wunder, daß sie daher beim Zolltarif und insbesondere bei den Steuergesetzen in der letzten Legislaturperiode wie Kraut und Rüben durcheinanderstimmte. Sie wird daher auch spöttisch — und zwar von Angehörigen aller anderen Parteien — Kraut- und Rüben-Partei genannt. Selbst die benachbarte antisemitiche Bruderpartei machte sich über diese politischen Gschaftlhuber lustig. Die Reformpartei, von der einige Mitglieder anfangs in losem Kartellverhältnis zur „W. V." gestanden hatten, zog einen scharfen Trennungsstrich; ihr Organ, die „Deutsche Reform", erklärte:

Die Reformpartei gegen die Wirtschaftliche Vereinigung.

„Ein Anschluß an die sogenannte „Wirtschaftliche Vereinigung" war von vornherein ausgeschlossen, weil die Mitglieder dieser „Wirtschaftlichen Vereinigung" in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen bisher stets untereinander uneins waren und gegeneinander gestimmt haben. Die Reformpartei, die stets geschlossen aufgetreten war, verspürt keine Lust, einer solchen „Veruneinigung" der verschiedensten Richtungen (im neuen Reichstage scheinen noch mehr Gegensätze dort zusammengeworfen!) auch nur einen Teil ihrer Selbständigkeit zu opfern."

Ein anderes Mal schrieb das parteioffizielle Organ der Reformpartei:

„Die deutsche Reformpartei hat, wie ihr Leipziger Parteitag erwiesen, ehrlichen Frieden mit den Deutschsozialen gesucht, sie hat deshalb die Heißsporne aus Kassel zurückgehalten, aber sie denkt nicht daran, aufzugehen in einer bunt zusammengewürfelten farblosen Gruppe, wie die sogenannte „Wirtschaftliche Vereinigung" ist, deren Mitglieder in wichtigen nationalen Fragen wiederholt versagt, teils mit „Nein", teils mit „Ja" gestimmt, teils sich der Stimme enthalten haben."

Mit wahrer Wonne registrierte die „Deutsche Reform" jede der zahlreichen Abstimmungssünden der „W. V." und ihr ergötzliches Gegeneinanderstimmen in der Kommission. Dem hessischen Abgeordneten Köhler wurde die Liebedienerei der „W. V." gegen die Rechte schließlich zu bunt, und er erklärte seinen Austritt mit folgender Begründung:

Der Abg. Köhler über die „W. V.".

„Die deutschsoziale Partei und die Wirtschaftliche Vereinigung entsprechen nicht den Anforderungen, die wir in Hessen in politischer Hinsicht zu stellen gewohnt sind: Die deutschsoziale Partei gleich agrarisch zwar wie die Reformpartei und antisemitisch, ermangelt jedoch des politisch freiheitlichen und freigesinnten Zuges, der unser Hessenvolk so hervorragend auszeichnet. — So war es mir nicht möglich, auf die Dauer mit Leuten mich zu vertragen, deren Gesinnungen im Grunde genommen ganz anders sind, wie die unseren."

Abg. v. Zedlitz über die „W. V.".

Der Führer der freikonservativen Partei, Herr von Zedlitz, charakterisierte angesichts der vollständigen Direktionslosigkeit der Wirtschaftlichen Vereinigung bei den Abstimmungen über die Vorlagen der Reichsfinanzreform diese Partei der „unsicheren Kantonisten" in einem Artikel des „Tag" (3. 7. 1909) nicht übel wie folgt:

„Geführt von einer Kondottierenatur, verbindet dieses eigenartige Gebilde innerlich nur ein gewisser allgemeiner, nationaler Zug mit antisemitischem Einschlag, sonst ist ihren Mitgliedern gemeinsam vor allem die alles überwiegende Rücksicht auf die Sonderinteressen des eigenen Wahlkreises."

Trotz der geradezu kläglichen politischen Unproduktivität veröffentlichte die „W. V." im Jahre 1910 einen marktschreierischen Rechenschaftsbericht, in dem sie sich selber nicht wenig beweihräucherte; es hieß da u. a.: Selbstbeweihräucherung.

„Ohne durch unnötiges Reden zum Fenster hinaus die Arbeit des Reichstages aufzuhalten, fanden doch alle Mitglieder Gelegenheit, in die Beratungen im Plenum einzugreifen."

„Niemals haben die Abgeordneten der „W. V." durch oberflächliche Redensarten oder überflüssige Wiederholungen die Arbeitszeit des Parlaments vergeudet. Aber in allen Fällen konnte sie gut unterrichtete, sachkundige Redner vorschicken, deren Darlegungen oft bestimmenden Einfluß auf die zu fassenden Beschlüsse ausübten."

Diese ruhmredigen Plattheiten waren selbst den Konservativen zuwider. Die „Kreuz-Ztg." fällte über die Partei des Herrn Liebermann v. Sonnenberg folgendes absprechende Urteil: Die „Kreuz-Ztg." über die „W. V."

„Das Vertrauen zu dieser Richtung ist überall im Volke stark geschwunden, sie hat noch ein paar Kreise aus den ersten Zeiten ihres Emporkommens gerettet, aber werbende Kraft besitzt sie nicht mehr."

Durch die letzten Nachwahlen hat die „W. V." starke Verluste erlitten, so daß sie am Ende des Jahres 1911 nur noch 1½ Dutzend Mandate zählt. Die nächsten Wahlen dürften wohl die Prophezeiung der „Kreuz-Ztg." bestätigen. Damit auch das heitere Moment bei dieser freilich ohnehin etwas komisch anmutenden Partei nicht fehlt, hat jüngst (August 1911) zur nicht geringen Ueberraschung der beteiligten Leidtragenden das Oberhaupt der „W. V." in seinem Organ, den „Deutschsoz. Bl.", erklären lassen: „Das Zusammensitzen in der Fraktion bedingt nicht das Zusammengehen in allen Wahlkreisen." — Die Partei, die also schon in ihrem sogenannten Fraktionsverbande die gröbste politische Uneinigkeit bekundet, will sich auch noch bei den Wahlen gegenseitig bekämpfen, obwohl doch nach der obigen Selbstbeweihräucherung die „W. V." nur aus Kapazitäten ersten Ranges besteht.

Die Freikonservativen oder die Reichspartei.

Wenn wir nicht irren, war es Herr Liebermann v. Sonnenberg, der einst das Scherzwort geprägt hat, daß es wohl freikonservative bezw. reichsparteiliche Abgeordnete gebe, aber keine Wähler dieser Parteifarbe. Das ist richtig. Wenn in irgendeinem Wahlkreise mit beträchtlicher städtischer oder industrieller Bevölkerung die herrschenden konservativen Kreise sich nicht stark genug fühlen, einen hochkonservativen Kandidaten durchzubringen, so stellen sie einen Mann auf, der erklärt, sich der freikonservativen bezw. Reichspartei anzuschließen, die als geborene Mittelpartei am geeignetsten sei, sowohl die Wähler von rechts wie aus den

Kreisen der nationalliberalen Partei um sich zu scharen. Dazu wird noch besonders hervorgehoben, daß diese Partei die Regierungspartei par excellence sei. In der Tat sitzen auch nirgends soviel abhängige Verwaltungsbeamte, vom Landrat aufwärts, wie in dieser Partei. Parteitage hält sie nur selten ab; ein im Jahre 1908 aufgestelltes neues

Programm.

Programm besagt ganz allgemein:

„Die Partei tritt entschieden für die kulturelle und soziale Hebung unseres Volkes ein. Sie fordert freie Betätigung für alle Konfessionen, Förderung der Volksbildung, zeitgemäße Entwicklung der Schule und Fürsorge für die schulentlassene Jugend." . . . „Ebenso fest und entschlossen, wie die Partei für die Monarchie und die Rechte der Krone eintritt, ebenso heilig und unverletzlich sind ihr die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Volkes."

Trotz solcher liberal schillernder Phrasen ist die Haltung ihres Hauptorgans, der „Post", eine stramm antisemitische.

Die Partei tritt sowohl als agrarische wie als industrielle Interessenvertretung auf; der Teil der industriellen Hochschutzzöllner, der um die Mitte des Jahres 1911 seinen Exodus aus dem Hansabunde vollzog, bildete von jeher seine stärkste organisatorische Stütze, wie ja auch Freiherr von Stumm, der „König von Saararabien", jahrelang ihr erklärter Führer im Reichstage war. An seine Stelle ist im Reichstag Fürst

Fürst Hatzfeldt.

Hatzfeldt getreten, aber nur als nomineller Führer (der eigentliche spiritus rector der Partei ist der Freiherr von Gamp), während im preußischen Landtage der vielgewandte Freiherr von Zedlitz seit nahezu $1\frac{1}{2}$ Jahrzehnten das unumstrittene Zepter führt. Alle drei sind zweifellos keine politischen Antisemiten. Freiherr von Gamp schon deshalb nicht, weil er die 500—600 jüdischen Stimmen in seinem Wahlkreise Deutschkrone sehr nötig hat, um nicht von einem Antisemiten aus der tradionellen Stichwahl mit dem Zentrum gedrängt zu werden.

Der derzeitige Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Fürst Hatzfeldt, dem man früher vielleicht nicht mit Unrecht gewisse liberalisierende Neigungen nachsagte, ist eine viel zu vornehme Natur, als daß er irgendwelche Gemeinschaft mit dem Antisemitismus pflegen könnte. Er läßt nur leider als Fraktionsvorsitzender die Zügel etwas am Boden schleifen, und die robusteren parlamentarischen Routiniers seiner Fraktion benutzen die Passivität des Fürsten, um sich selber in den Vordergrund zu schieben; in Zukunft wird sein ohnehin schon nicht allzu großer Einfluß auf die Partei noch mehr schwinden, da er ein Reichstagsmandat nicht mehr annimmt.

Im Lager der Reichspartei befinden sich anderseits die fanatischsten Alldeutschen, (siehe auch das Kapitel: „Der alldeutsche Verband"), die — wenn sie es vermöchten — nicht zögern würden, den kryptoantisemitischen Bestrebungen des Verbandes gesetzgeberischen Ausdruck zu verleihen. Daß einst der Chef des Frankfurter Hauses Rothschild Mitbegründer und langjähriges Mitglied ihrer Reichstagsfraktion war, würde sie kaum darin hindern. Hat doch auch der auf die jüdischen Wählerstimmen angewiesene Frhr. von Gamp niemals ihr publizistisches

Hauptorgan, die „P o st“, von pöbelhaften Ausfällen gegen das Judentum abgehalten. Mit diesem Blatt hat es eine ganz eigenartige Bewandtnis. Es gilt — neben der „Schlesischen Zeitung“ — als das anerkannte H a u p t o r g a n der R e i c h s p a r t e i — die vor einigen Jahren gegründete „Freikonservative Korrespondenz“ wird nur zu parteioffiziellen Kundgebungen benutzt —, daneben aber treibt es den ordinärsten Rassenantisemitismus, ohne daß auch nur jemals ein Führer der Partei dagegen Einspruch erhoben hätte.[1]) Welchen großen Wert die „Post“ selbst auf ihre antisemitischen Leistungen legt, hat sie ja selbst vor einigen Jahren in einem Zirkular mitgeteilt, womit sie die bisherigen Leser der „Staatsb.-Ztg.“ zu sich herüberziehen wollte, da — was freilich nur ein Schreckschuß sein sollte — die „Staatsbürgerzeitung“ „ihren b i s h e r i g e n a n t i s e m i t i s c h e n und konservativen Charakter vollständig v e r l i e r e n“ werde. Die „Post“.

Wir können uns also — da die lose Vereinigung der Abgeordneten der antisemitischen Reformpartei mit der Reichspartei zu Zwecken der Vertretung im Seniorenkonvent nur eine formelle Bedeutung hat, übrigens im neuen österreichischen Reichsrat in der Vereinigung der 8—9 Wiener wirklich freiheitlich gesinnten Abgeordneten mit den 4 bis 5 alldeutschen Antisemiten ein interessantes Gegenstück gefunden hat — dahin resümieren, daß die Reichspartei bezw. freikonservative Partei, die im preußischen Landtage seinerzeit auch geschlossen f ü r d e n A s s e s s o r e n p a r a g r a p h e n gestimmt hat, zwar programmäßig auf dem Boden der konfessionellen Gleichberechtigung steht, in der praktischen Politik aber für die Verwirklichung dieses Programmpunktes keinen Finger rührt[2]), sich im Gegenteil oft genug den antisemitischen Einflüsterungen zugänglich erweist.

---

[1]) Anläßlich der Marokko-Affäre hatte das Blatt einen so haßerfüllten, giftsprühenden Artikel gegen den Monarchen gebracht, daß allerdings der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Reichspartei, F ü r s t H a t z f e l d t, in einem Schreiben an den Schriftführer Abg. Brunstermann (8. 8. 1911) erklärte, dieser Artikel mache f e r n e r e B e z i e h u n g e n d e s B l a t t e s z u r P a r t e i unmöglich, und er werde nach Wiederzusammentreten des Reichstages darauf dringen, daß die Reichstagsfraktion einen dementsprechenden offiziellen Beschluß faßt.

[2]) Aus der Reichstagsrede des reichsparteilichen Abg. v o n O e r t z e n am 21. Februar 1911 anläßlich der Interpellation über die Z u r ü c k s e t z u n g d e r J u d e n i m H e e r e ging nicht hervor, daß er im Namen seiner Partei gesprochen hat, für seine Person hat er da allerdings eine einwandfreie Haltung bekundet, indem er u. a. sagte: Abg. von Oertzen über die Juden im Heere.

„Ich bin w e d e r P h i l o s e m i t noch A n t i s e m i t. Ich betrachte den Menschen als Menschen. Für mich ist es, wenn es ein anständiger Mensch ist, mag er Jude oder Christ sein, ganz dasselbe, und ich habe in meinem Leben Gelegenheit gehabt, mit einer ganzen Reihe von Juden zusammenzukommen, die ich für durchaus anständige Menschen halte, sowohl als Eingesessene meines Kreises wie auch als Soldaten . . . Daß es sehr gut erzogene und taktvolle Juden gibt, unterliegt gar keinem Zweifel. Es gibt unter den Juden aber auch eine ganze Reihe von Personen, denen es daran fehlt. (Zuruf links.) — Meine Herren, das Geld allein macht es nicht, dies liegt — verzeihen Sie — in der g e s c h i c h t l i c h e n E n t w i c k l u n g, weil die Juden

Das Zentrum.

Das Zentrum ist, wie es selbst oft und gern betont und durch die Geschichte seiner Gründung auch bestätigt wird, eine ausgesprochene Rechtspartei. „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" lautete die stolze Devise, unter der die Partei einst von den Brüdern Reichensperger, Mallinckrodt u. a. begründet wurde. Sie ist auch später unter der genialen Führung Windhorsts und unter der seines Nachfolgers Dr. Lieber diesem Programm durchaus treu geblieben. Als politische Vertretung der konfessionellen Interessen der Katholiken — wenn auch formell dagegen unter Berufung auf die Zugehörigkeit einzelner welfischer protestantischer Hospitanten[3]) immer Einspruch erhoben wird — ist das Zentrum in Deutschland, abgesehen von einzelnen süddeutschen Staaten, eine Minoritätspartei wie die Juden, wenn auch die über 20 Millionen Katholiken ihre Interessen naturgemäß mit ungleich größerem Nachdruck durchsetzen können wie die 600 000 Juden, die daher allen Lockungen, sich politisch zu organisieren, in wohlverstandenem eigenen Interesse bisher immer entschiedenen Widerstand entgegengesetzt haben.

Leider hat der strenge Rechtssinn der Begründer des Zentrums sich nicht auf ihre Nachfolger übertragen, wenn auch formell bei politischen Anträgen, die sich gegen die Gleichberechtigung der Juden richten, das Zentrum auch heute noch jede Benachteiligung der Juden ablehnt. In der Zentrumspresse und in vielen Zentrumsversammlungen kommt jedoch eine wesentlich feindlichere Stimmung gegen die

Die judengegnerische Zentrumspresse.

---

solange unterdrückt worden sind; darum haben sie sich nicht so entwickeln können. (Sehr richtig! links.) Ich bin fest überzeugt, daß mit der Zeit sich auch dieses ändern wird."

Gleichwohl billigte er vollkommen das bisherige Verhalten der Heeresverwaltung.

Es kommt ferner noch zur Beurteilung der Stellung der Reichspartei zum Antisemitismus in Frage ihre Haltung bei der Frage eines Schächtverbots, obwohl gerade hier wie bekannt, auch manche entschiedene Gegner des Antisemitismus aus Gründen einer vermeintlichen Humanität eine abweichende Auffassung bekunden. Den Antrag auf Erlaß eines Schächtverbots bekämpfte in der Sitzung vom 12. Januar 1911 der reichsparteiliche Abg. Geh. Medizinalrat Dr. Höffel.

Abg. Dr. Höffel über die Schächtfrage.

„Die große Mehrzahl meiner Parteifreunde — einige haben eine andere Meinung — steht auf dem Standpunkt, daß wir, solange wir im Deutschen Reichstag Grundsätze der Toleranz und der gegenseitigen Achtung zwischen den verschiedenen deutschen Bürgern zur Geltung bringen wollen, auch nach dieser Richtung hin dafür sorgen müssen, daß wir nicht über die religiösen Gefühle der Israeliten, die uns in zahlreichen Schriften kundgegeben sind, hinweggehen. Wir hoffen deshalb, daß der Antrag eine Fassung finden wird, die es außer allem Zweifel läßt, daß die Israeliten auch in Zukunft im ganzen Deutschen Reiche ihre Schlachtmethode nach ihrem Ritus ausüben können."

[3]) Auch Juden sind vereinzelt eingeschriebene Mitglieder des Zentrums; die „K. V.-Ztg." hat erst vor einiger Zeit einem solchen verstorbenen jüdischen Mitgliede, das ein eifriger Verfechter des Zentrums war, einen warmen Nachruf gewidmet.

Juden zum Ausdruck. Eine wirklich objektive Haltung gegenüber den Juden findet man heute nur noch in einem großen Zentrumsorgan, der „Köln. Volks-Ztg.“, obwohl auch hierin schon Entgleisungen vorgekommen, aber meist, wie anerkannt werden muß, alsdann auch wieder redressiert worden sind. Fast die gesamte übrige Zentrumspresse aber, voran die Berliner „Germania“, die „Augsb. Post-Ztg.“, der „Bayr. Kurier“, die „Schles. Volks-Ztg.“, aus deren Offizin seinerzeit die berüchtigten Hetzflugblätter: „Der oberschlesische Schnapsjude“, „Der jüdische Referendar“ usw. hervorgegangen sind, machen aus ihrer Abneigung gegen die Juden nicht den geringsten Hehl, wenn sie auch ihre Angriffe nicht direkt gegen die Juden, sondern gegen den „jüdischen Geist“ und die „Judenpresse“ — d. h. in Wahrheit die liberale Presse — richten. Daneben gibt es noch eine Reihe kleinerer Zentrumsblätter, welche die Hetze gegen die Juden als Sport betreiben, wie die „Oberschles. Ztg.“ und eine ganze Anzahl von süddeutschen Blättern, voran das „Bayerische Vaterland“. Leider stößt auch das verbreitetste katholische Sonntagsblatt, der in Paderborn erscheinende „Leo“, in das antisemitische Horn, indem es fortgesetzt den Lesern die jüdischen Geschäfte als unreell schildert und überhaupt in jeder Weise bemüht ist, den Katholiken zu Gemüte zu führen, wie sehr sie sich an ihren Glaubensgenossen versündigen, wenn sie jüdische Geschäfte vor katholischen bevorzugen.

Einen großen Anteil an dieser systematischen Hetze der Zentrumspresse gegen die Juden hat zweifellos der unheilvolle Einfluß des Werkes von Dr. Rost: „Gedanken und Wahrheiten zur Judenfrage“ (Trier 1907, Paulinus-Druckerei), in welchem dieser katholische Nationalökonom, der die gesamte Zentrumspresse bedient, seinem giftigen Haß gegen das Judentum u. a. wie folgt Ausdruck verleiht[4]): **Dr. Rost.**

„Seit Jahrtausenden sitzt dieser Völkersplitter den Nationen im Nacken, wie ein unabwendbares Verhängnis. Das Judentum von heute gleicht einer einzigen Riesenkreuzspinne, die ihr schlau gewebtes Netz über alle Volksschichten ausgebreitet hat. Ihr Sinnen ist auf Umgarnung und Ausbeutung gerichtet. Schon ein flüchtiger Blick in die Wirklichkeit zeigt uns das von großem Erfolge gekrönte Bemühen des Judentums. Unser Volk steht in einer ungeahnten Abhängigkeit von der Judenschaft der Gegenwart.“

Um diese monströsen Behauptungen zu widerlegen, brauchen wir nur daran zu erinnern, daß das rheinische Hauptorgan des Zentrums, in dem Herr Dr. Rost selbst sehr häufig zum Wort kommt, die „Köln. Volks-Ztg.“, in einer Polemik gegen die agrarisch-antisemitischen „Zeitfragen“ (Februar 1909) mit Recht schrieb: **„Köln. Volks-Ztg.“**

„Die „Zeitfragen“ geben diesen Bemerkungen dann noch eine antisemitische Spitze, indem sie auf die Ausbreitung des „jüdischen Geistes“ in Presse, Kunst und Schrifttum hinweisen. Wir möchten ihnen darin nicht folgen, denn 1. ist es nicht nachweisbar, daß die dekadente Richtung hauptsächlich von Juden geführt wird, 2. läge aber, auch wenn es zuträfe, darin keine ge-

---

[4]) Siehe auch das Kapitel „Der jüdische Reichtum“.

nügende Entschuldigung. Einer großen Nation von 63 Millionen Seelen erscheint es jedenfalls nicht würdig, die ganze Schuld auf die drei Viertel Million Juden abzuwälzen."

Die „Germania".

Der fanatische Judenhaß der „Germania", die fortgesetzt über die Verächtlichmachung des Christentums durch „jüdische" Witzblätter und die „verjudete" politische Presse, über die Machinationen der „jüdischen" Freimaurer (Bürgermeister Nathan-Rom und die Ferrer-Affäre in Spanien) zetert, datiert von ihrer Verurteilung aus Anlaß der Konitzer Affäre, wo das Blatt ganz ungeniert erklärt hatte, der Untersuchungsrichter habe Partei für die Juden genommen, damit bei der Untersuchung nichts herauskomme. Das gehe klar und deutlich aus den Worten hervor: „Es kommt nichts heraus und soll und darf nichts herauskommen." Der verantwortliche Redakteur des Blattes war daraufhin wegen Beleidigung der Konitzer Richter und der Berliner Kriminalbeamten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Seit der Zeit registriert das Berliner Hauptorgan des Zentrums gewissenhaft jeden giftigen Angriff der gewerbsmäßigen antisemitischen Presse gegen die Juden.

Abg. Erzberger.

In der politischen Agitation verschmäht es insbesondere der rastlos umherreisende Abg. Erzberger nicht, mit dem antisemitischen Kalbe zu pflügen, freilich nicht in den Riesenversammlungen der größeren Städte, sondern mehr in denen der kleineren und Mittelstädte. Im Jahre 1909 trat er in Konstanz sogar zusammen mit Herrn Bruhn auf und forderte den Zusammenschluß der „christlichen Parteien". In einer Versammlung in Rottweil erklärte er nach dem Bericht des Stuttgarter „Beob.", die Beratung aller der Steuern und ihre jetzige Bekämpfung zeige die Verlogenheit und Verkommmenheit „derer in Israel und in den angrenzenden Oberämtern". Sein schwäbischer Parteigenosse und Führer des württembergischen Zentrums, Herr

Abg. Gröber.

Gröber, der freilich im Parlament sich als der gewissenhafte Hüter der verfassungsmäßigen Rechte auch der Juden präsentiert, sekundiert ihm gelegentlich, indem er z. B. auf der Generalversammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland" Judentum mit Mammonismus identifizierte. Der Führer des bayerischen Zentrums, dem man in seiner Gesamtheit wahrlich keine philosemitischen Neigungen nachsagen

Abg. Dr. Schädler.

kann, Domprobst Dr. Schädler, ist dagegen bisher noch immer den antisemitischen Ausschreitungen seiner Parteigenossen, insbesondere des Herrn Dr. Heim, entgegengetreten, und der leider zu früh verstorbene

Pfarrer Dr. Frank.

bayerische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Pfarrer Dr. Frank hat durch seine Schrift: „Der Ritualmord vor den Gerichtshöfen der Wahrheit und Gerechtigkeit" ganz wesentlich zur Aufklärung der antisemitischen Lügen in der Bauernbevölkerung beigetragen. Wir könnten noch eine Reihe von Zentrumsabgeordneten anführen, die teils Freunde, teils Gegner des Antisemitismus sind, doch wird mit dieser Stellungnahme einzelner Abgeordneter nicht allzuviel bewiesen, da die Partei ein Recht darauf hat, als Gesamtpartei bewertet zu werden.

Im Reichstage hat, wie bereits erwähnt, bei den beiden größeren Debatten der letzten Zeit, die einen Prüfstein für die Stellung der Parteien zum Antisemitismus bilden, der Abg. Gröber im Namen seiner Partei gesprochen. Bei dem Thema: Zurücksetzung der Juden im Heere (27. 2. 1911) stellte er sich ganz auf den konstitutionellen Standpunkt, indem er dem Kriegsminister erklärte:

Abg. Gröber über die Juden im Heere.

„Eine solche Behandlung verträgt sich nicht mit dem Paritätsgesetz von 1869, und da sage ich: vor allem haben die Katholiken allen Anlaß, für die ehrliche Durchführung des Paritätsgesetzes von 1869 einzutreten; denn auf demselben Reichsgesetz ruht auch ihr Rechtsschutz (sehr richtig! links), ihr Schutz gegenüber den bekannten Bestrebungen, an denen es leider auch heute nicht fehlt, die Katholiken zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabzudrücken. Wir müssen nur allzu häufig sehen, daß es dieselben unduldsamen Persönlichkeiten sind, die heute gegen die Juden und morgen gegen katholische Ordensmänner und Ordensfrauen und katholische Beamte und Katholiken überhaupt vorgehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Nein, Herr Kollege, wir haben nur allzuviel Beschwerden nach der Richtung, und gerade wir Katholiken sind deshalb besonders berufen, das Gesetz von 1869 hochzuhalten und von unserem Standpunkt aus dafür einzutreten, daß auch anderen auf diesem Gebiete kein Leid zugefügt wird. (Sehr gut! in der Mitte.)

Wir wissen recht wohl, daß unter den Gegnern der Katholiken sich auch eine große Anzahl liberaler Juden befinden, namentlich in der Presse, die sich nicht genug tun können, über katholische Angelegenheiten ihren Spott auszugießen. (Lebhaftes Sehr wahr! in der Mitte.) Allein, meine Herren, das kann uns nicht abhalten, unsere Pflicht zu tun und einer ungleichen und damit ungerechten Behandlung der Juden in der Armee entgegenzutreten. Wir, die wir für uns die Gleichberechtigung unbedingt fordern, wir sind auch bereit, für die staatliche Gleichberechtigung der Staatsbürger jüdischen Bekenntnisses unbeschränkt einzutreten (Bravo! in der Mitte), eingedenk der edlen Worte des Kaisers Friedrich, der bei seinem Regierungsantritt an den Reichskanzler Bismarck die Worte richtete:

Der Regierungserlaß Kaiser Friedrichs III.

Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Untertanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutz gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe; haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt!

Meine Herren, der Kampf der religiösen Minderheiten um ihre staatliche Gleichberechtigung ist mit den Vorschriften des Paritätsgesetzes und mit Beschlüssen des Reichstages nicht abgetan. Der Kampf mag noch längere Zeit in Anspruch nehmen, bis er zur vollen, wahren Gleichberechtigung endlich führen wird. Dieser Kampf wird uns aber stets auf dem Posten finden; denn es ist der gute Kampf für das Recht und für die Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Aus allen diesen unanfechtbaren Argumenten für die Wahrung der Verfassung leuchtete aber nur der nüchternste Opportunismus hervor: Was heute den Juden gegenüber geschieht, kann morgen auch die Katholiken treffen; also sind wir für die Sicherung der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung auch der Juden. Keine Spur aber von dem warmherzigen Interesse an dem Geschick der Juden, das stets die Reden Dr. Liebers durchglühte, wenn er Angriffe der Antisemiten gegen die Juden abwehrte. Die gleiche Nützlichkeits-

erwägung hat Herrn Gröber auch veranlaßt, in der Strafgesetznovelle Anträge einzubringen, die das jüdische Schächten sicherstellen sollen.

Wir dürfen also das Gesamturteil über die Stellung des Zentrums zum Antisemitismus dahin zusammenfassen, daß es im Parlament niemals Anträgen, die auf eine Entrechtung der Juden abzielen, zustimmen wird; dafür nimmt es sich die Freiheit, in der Presse und in der politischen Agitation um so schärfer gegen den „jüdischen Geist" usw. zu polemisieren.

Die katholischen Kirchenfürsten.

Es sei noch ein Wort über das Verhalten der deutschen katholischen Kirchenfürsten gegenüber den Juden gestattet. Bisher ist keine Aeußerung bekanntgeworden, die den Schluß rechtfertigt, daß die höhere Geistlichkeit die antisemitische Betätigung der Zentrumsabgeordneten oder der Zentrumspresse billige. Dagegen liegen zahlreiche Kundgebungen jetziger oder früherer Bischöfe von Hildesheim, Regensburg, Straßburg, Speyer, des Weihbischofs von Königsberg, des Erzbischofs von Bamberg und insbesondere des Kölner Kardinals Dr. Fischer vor, der auch einen namhaften Beitrag für die Opfer der russischen Pogrome spendete, aus denen eine herzliche Anteilnahme an dem Geschick der Juden spricht. Wir möchten diese Betrachtungen schließen mit einem Wort, das der verstorbene Würzburger Erzbischof Dr. von Stork einst einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse", mit dem er regelmäßig in Brennerbad in der Sommerfrische zusammentraf, gegenüber geäußert haben soll:

Erzbischof Dr. von Stork.

„Der Antisemitismus fällt bei uns in Bayern auf keinen fruchtbaren Boden, ich habe in meiner Diözese keinen einzigen antisemitischen Pfarrer. Vor nicht langer Zeit hatte ich eine Verhandlung mit einem höheren protestantischen Geistlichen, welche diesem Anlaß gab, mich zu fragen, ob ich auch Antisemit sei. Ich antwortete: Nein, und zwar aus drei Gründen: Erstens bin ich Mensch und darf als solcher nicht hassen; zweitens bin ich Christ und muß als solcher meine Nächsten lieben, und drittens" — hier wurde er heftig — „bin ich überzeugt, daß dieser Schlamm des Antisemitismus auch noch unsere heilige Kirche bespritzen wird."[5]) Und als dann der Lutheraner meine Argumente bekämpfen wollte und zu nörgeln fortfuhr, replizierte ich scharf: „Nun, ich habe noch einen vierten Grund: ich bin kein Antisemit, weil Sie einer sind."

Die nationalliberale Partei.

Es braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden, daß in einer Partei, die sich liberal nennt, für Bestrebungen irgendwelcher antisemitischer Art kein Raum sein darf. In der Tat hat auch die Partei durch alle politischen Wandlungen hindurch das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden nie verleugnet, und wie auch früher schon zahlreiche Juden in den Reihen der Partei kämpften, die auf den Gipfel ihrer politischen Macht und ihres parlamenta-

[5]) Ist in der Tat schon im stärksten Umfange geschehen. Siehe die Kapitel: „Die Antisemiten und das Christentum" und „Antisemiten und Katholiken".

rischen Glanzes durch den Juden Eduard Lasker geführt wurde, von dem selbst die „Deutsche Tages-Ztg." bei der Gedenkfeier aus Anlaß seines 25 jährigen Todestages (Januar 1909) anerkennend schrieb, daß er sich durch seine großen Reden gegen den Gründungsschwindel „ein rühmliches Verdienst" erworben habe, so kann die Partei auch heute noch in nicht geringer Zahl Juden zu ihren Mitgliedern zählen. Geh. Rat Rießer, der Vorsitzende des Hansabundes, und Geh. Kommerzienrat Goldberger bekleiden einflußreiche Ehrenämter in der Partei. **Lasker.**

Als vor dreißig Jahren die Stöckersche „Berliner Bewegung" den antisemitischen Feuerbrand in das ganze Reich hinaustragen wollte, da war es ein hervorragendes Mitglied der nationalliberalen Partei (siehe auch das Kapitel: „Verein zur Abwehr des Antisemitismus"), Rudolf von Gneist, der im Verein mit gleichgesinnten Männern aus den befreundeten Nachbarparteien den Weckruf zur Gründung einer Gegenorganisation ertönen ließ. Zahlreiche Politiker und Männer der Wissenschaft, Vertreter des Handels und der Industrie, die Oberhäupter der großen Kommunen, die sich politisch zum großen Teile der nationalliberalen Partei zurechneten, sind damals diesem Appell an das Gerechtigkeitsgefühl mit Begeisterung gefolgt und haben viele Jahre lang den Abwehrverein treulich unterstützt[6]. Der größte Teil von ihnen, wie auch von den hervorragenden Mitgliedern aus den freisinnigen Parteien ist freilich schon ins Grab gesunken; aber auch heute noch sind angesehene und einflußreiche Mitglieder der Partei im Vorstand des Abwehrvereins vertreten; stellvertretender Vorsitzender war lange Jahre der nationalliberale Archivdirektor Dr. Winter. Wenn es zeitweise den Anschein hatte, als ob die nationalliberale Partei in der Vertretung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Juden eine etwas lauere Haltung einnahm und den Kampf für die strikte Durchführung der Verfassung mehr den freisinnigen Parteien überließ, so ist dank der Annäherung der liberalen Gruppen nach der Auflösung des Bülowblocks diese politische Reserve, die sich die Partei damals auferlegte, geschwunden. Der Abg. Paasche hat bei der letzten Interpellation über die Zurücksetzung der Juden im Heere (27. 2. 1911) in herzerfrischenden Worten die Passivität der Heeresverwaltung gegeißelt, indem er erklärte, es müßte doch mit dem Kuckuck zugehen, wenn die Armeeverwaltung es nicht durchsetzen könnte, daß die Offizierkorps auch tüchtige jüdische Aspiranten zum Offizier in Vorschlag bringen. Ebenso verurteilte sein Fraktionsgenosse Dr. Osann die „aufreizende und verhetzende" Rede Raabs, gegen die seine Freunde eine „unbedingte, feste und zuverlässige" Antwort geben müßten. **Rudolf von Gneist.** **Abg. Dr. Paasche.**

---

[6]) Wir erinnern nur an die Interpellation des langjährigen Vorstandsmitgliedes Oberbürgermeisters Struckmann-Hildesheim im preußischen Herrenhause über das berüchtigte Borkumlied (siehe auch das Kapitel: „Bäderantisemitismus").

Der hessische Nationalliberalismus.

Ein Schmerzenskind für die nationalliberale Partei ist seit vielen Jahren ihre hessische Landesorganisation, die unter dem Einfluß des verstorbenen Abg. Grafen Oriola, des Abg. Frhrn. Heyl zu Herrnsheim, dem persönlich freilich antisemitische Regungen wohl fernliegen, und des früheren nationalliberalen Abgeordneten Dr. Becker, der gleichzeitig Geschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist, immer mehr mit dem agrarisch-antisemitischen Lager Fühlung gesucht und gefunden hat. Den wenigen wirklich liberalen Elementen in der hessischen Partei wurde dieses fortgesetzte Techtelmechtel mit dem gesamten reaktionären Klüngel schließlich so bunt, daß im Verlauf der lebhaften Preßdiskussion über den totalen Zusammenbruch der Partei bei der Gießener Reichstagsnachwahl (März 1911) der Mainzer nationalliberale Landtagsabgeordnete Justizrat Pagenstecher erklärte:

Abg. Pagenstecher.

„Los von der Rechten, los von der Agrardemagogie des Bundes der Landwirte, und wenn die ganze nationalliberale Partei in Hessen in Scherben geht; viel zu verderben ist an ihr ohnedies nicht mehr."

Der von der Berliner Zentralleitung nach Mainz delegierte Abgeordnete Stresemann bezeichnete dort in einer Versammlung der Partei Worms, den Sitz des „Königs" Heyl, als „den Nibelungenhort der hessischen Reaktion".

Es wäre ein Segen für die Partei, wenn sie den immer wieder hinausgeschobenen Trennungsschnitt von der bis auf wenige Ausnahmen durch und durch reaktionären hessischen Landesorganisation endlich vollzöge, wie die Reichstagsfraktion ja auch, wenn auch schweren Herzens, den Herren Heyl von Herrnsheim, Graf Oriola und Lehmann-Jena den Laufpaß geben mußte. Wenn dann bei dem unausbleiblichen großen Reinigungsprozeß auch noch die Herren Hagemann-Erfurt, den die „Köln. Ztg.", wie man allgemein annahm, in parteioffiziellem Auftrage wegen seiner reaktionären Haltung, seines Liebäugelns mit dem antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband schon im Jahre 1906 sehr energisch von den Rockschößen der Partei abgeschüttelt hat, und Dr. Görcke, der bei allen Extravaganzen des Alldeutschen Verbandes und bei dem Entrüstungsrummel des Vereins Deutscher Studenten, wo der Antisemit Dr. Henrici sich fürchterlich „erdreustete", mit dabei sein muß, ebenfalls der Partei den Rücken kehren, so werden viele Tausende von Angehörigen der Partei, von dieser reaktionären Last befreit, erleichtert aufatmen. Die hessische Landespartei in ihrer derzeitigen Führung und organisatorischen Zusammensetzung ist ein Pfahl im Fleische des Gesamtliberalismus. Alle anderen großen Landesorganisationen der Partei, in Baden, Württemberg und Bayern — wo der Führer der nationalliberalen Partei, Dr. Casselmann, noch bei dem letzten Vorstoß der „vereinigten Christen", nämlich der bauernbündlerischen Freien Vereinigung und des Zentrums, Seite an Seite mit dem Senior der Fortschrittspartei, Prof. Dr. Günther, die antisemitischen Angriffe der Gegner energisch

Abg. Hagemann.

Abg. Dr. Goercke.

Abg. Dr. Casselmann.

zurückwies — desgleichen die sächsischen Nationalliberalen haben mehr und mehr nach links Fühlung gesucht und dadurch auch eine scharfe Frontstellung gegen die antisemitischen Parteien genommen.

Die fortschrittlichen Parteien.

Bei den anderen Parteien der Linken können wir uns sehr kurz fassen, da diese es auf Grund ihrer ganzen Weltanschauung stets für eine Ehrenpflicht gehalten haben, die Regierungen zur pflichtgemäßen Respektierung der Verfassung auch den Juden gegenüber anzuhalten und jeden Glaubens- und Rassenhaß zu bekämpfen. Dem leuchtenden Vorbilde eines Heinrich Rickert sind seine Nachfolger im Vorsitz des Abwehrvereins, der leider seinen Freunden so früh durch den Tod entrissene Dr. Th. Barth und der Abg. Georg Gothein, gefolgt. Als die durch Stöcker entfachte Hetze die politischen Leidenschaften entfesselte und seine Prozesse die Oeffentlichkeit und das Parlament beschäftigten, war es August Munckel, eine Zierde der forensischen wie der politischen Beredtsamkeit, der im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause manchen scharfen Waffengang mit dem „teuren Gottesmann" und seinen konservativen Freunden auskämpfte. Nie vielleicht war der große Führer der alten Fortschrittspartei, Eugen Richter, in seinen Reden wirkungsvoller als dann, wenn ihm Gelegenheit geboten war, mit überlegenem Spott die niedrige Kampfesweise der Antisemiten zu geißeln. Seine Rede im Abgeordnetenhause bei der Beratung der Interpellation über den Konitzer Mord (9. 2. 1901), in der er u. a. das hübsche Wort prägte: „Wenn ich von Ritualmord und dergleichen höre, da weht es mich an wie aus der Atmosphäre eines Narrenhauses heraus", war eine parlamentarische Glanzleistung. Eine Koryphäe der Wissenschaft und geistvoller Politiker wie Rudolf Virchow hat oft im Hörsaal wie in öffentlichen Versammlungen, wie auf der Tribüne des Parlaments seine warnende Stimme gegen Rassen- und Klassenhaß erhoben.

Abg. Munckel.

Eugen Richter.

Stets auch haben die Führer der drei linksliberalen, jetzt in der Fortschrittlichen Volkspartei miteinander verschmolzenen Gruppen die Initiative ergriffen, um im preußischen Abgeordnetenhause oder im Reichstage die fortgesetzte systematische Zurücksetzung der Juden, sei es auf dem Gebiete der Justiz oder in den akademischen Berufen, sei es im Heere, zur Sprache zu bringen und auf Abänderung zu drängen. Im Reichstage haben ihre Wortführer, die Abgeordneten Gothein, Prof. Eickhoff, Rektor Kopsch, Dr. Müller-Meiningen u. a. durch regelmäßige Interpellationen bei Beratung des Heeresetats auch schon den in seiner moralischen Bedeutung nicht zu unterschätzenden Erfolg zu verzeichnen, daß die Heeresverwaltung schließlich die Berechtigung dieser Beschwerden anerkannt und Abhilfe versprochen hat.

Das Judentum hat den freisinnigen Parteien dieses Eintreten für seine bedrohten staatsbürgerlichen Rechte auch reichlich entgolten, nicht

mit Gold oder Goldeswert, wie die antisemitischen Geschäftspolitiker glauben zu machen suchen, sondern indem es die glänzendsten Repräsentanten deutschjüdischer Geisteskultur in ihre politischen Reihen entsandte. In den Fraktionen der freisinnigen Gruppen wirkte schon in der nachmärzlichen Zeit ein Heinrich Simon und später ein Ludwig Löwe, Ludwig Bamberger, der erfolgreiche Vorkämpfer der deutschen Goldwährung, an der selbst der verbohrteste Bimetallist nicht mehr zu rütteln wagt.

Wenn bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 infolge des taktischen Zusammengehens der gesamten Rechten und der liberalen Parteien die Antisemiten bei der Stichwahl in einigen Wahlkreisen leider auch Unterstützung durch freisinnige Organisationen erfahren haben, so war dies eine bedauerliche Folge des verfehlten Experiments, konservative und liberale Weltanschauung miteinander zu „paaren"; eine Wiederholung dieser Taktik erscheint nach der ganzen politischen Situation und den Erfahrungen, die die linksliberalen Parteien dabei gemacht haben, wohl ausgeschlossen.

Demokratische Vereinigung.

Die infolge der Blockpolitik aus den Reihen der freisinnigen Parteien ausgetretene politische Gruppe, die ihre organisatorische Vertretung in der demokratischen Vereinigung gefunden hat, ist ebenfalls gegen den Verdacht einer Begünstigung antisemitischer Tendenzen geschützt, ganz abgesehen davon, daß ihr Begründer Dr. Barth war. Als ein Mitglied, Prof. Gurlitt-Steglitz, in einer Magdeburger Versammlung bedenkliche antisemitische Töne anschlug, zögerte die Parteileitung keinen Augenblick, diesem Herrn den Austritt aus der Organisation nahezulegen, der auch prompt erfolgte. Es darf zum Ueberfluß auch daran erinnert werden, daß Frau Dr. Barth in pietätvoller Pflege der politischen Traditionen ihres Gatten auf den beiden letzten Parteitagen der „Demokr. Vereinigung" Resolutionen zugunsten der bedrückten Juden in Finnland einbrachte, die stets einstimmig angenommen wurden.

Die Sozialdemokratie.

Die Begründer der Partei waren zwei Juden: Marx und Lassalle.

An der Spitze der Reichstagsfraktion stand anderthalb Jahrzehnte der Jude Singer, der auch bis zu seiner letzten schweren Erkrankung, die ihn dahinraffte, allen Parteitagen präsidiert hat. Noch heute sind in keiner der deutschen Parteien, und zwar sowohl im Reichstage wie in den Einzellandtagen, so viel Juden, sei es als Abgeordnete, sei es an hervorragender Stelle in der politischen Organisation, tätig wie in der Sozialdemokratie. Im Lager sowohl der Revisionisten wie der radikalen Richtung befinden sich Juden; in ersteren Eduard Bernstein, Dr. Frank, Dr. Bloch, im letzteren Karl Kautsky, Stadthagen, Rosa Luxemburg. Die antisemitische Behauptung, daß die gemäßigte Richtung vorwiegend von Ariern, die revolutionäre von

Juden beherrscht werde, ist eine gröbliche Irreführung. Denn die Führer der intransigenten Richtung, Ledebour, Mehring, Dr. Lensch von der „Leipz. Volksztg.“ (Sohn eines höheren Beamten) und Clara Zetkin, sind auch nach antisemitischer Auffassung rassereine Deutsche.

Damit wäre eigentlich schon die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Antisemitismus — ganz abgesehen von ihrem jeden konfessionellen und Rassenhaß ausschließenden Programm — erschöpfend beantwortet. Gleichwohl bietet die sozialdemokratische Presse — der „Vorwärts“, die „Münchener Post“, die „Leipz. Volksztg.“, „Frankf. Volksstimme“ u. a. — häufig das nicht gerade erhebende Schauspiel, daß sie in der Polemik gegen einzelne Abgeordnete der bürgerlichen Linken Anleihen aus dem Zitatenschatz des „Sozialismus der dummen Kerle“ macht, wie einer ihrer befähigsten politischen Köpfe in Oesterreich, der Abg. Pernerstorfer, den Antisemitismus einst treffend charakterisiert hat. Man darf wohl annehmen, daß mit der zunehmenden Kultivierung der politischen Umgangsformen, wie sie in jüngster Zeit in der sozialdemokratischen Presse sich anzubahnen scheint, solche Rückfälle in die Tonart des Demagogentums in Zukunft gänzlich verschwinden werden.

Pernerstorfer.

Der Alldeutsche Verband.

Der Alldeutsche Verband ist ein deutschnationaler Schutz- und Agitationsverein, der am 9. April 1891 unter dem Namen „Allgemeiner deutscher Verband" gegründet wurde. Den unmittelbaren Anlaß zu der Gründung gab wohl das Abkommen, das der damalige Reichskanzler von Caprivi mit England bezüglich Sansibars traf, ein Abkommen, das bekanntlich den lebhaften Zorn der deutschen Kolonialschwärmer und Chauvinisten erregte. Die Aenderung des Namens in „Alldeutscher Verband" erfolgte 1894. Der Alldeutsche Verband erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich und besitzt Ortsgruppen in vielen deutschen Städten.

Die am 16. April 1905 zuletzt revidierten Statuten besagen über den Zweck des Alldeutschen Verbandes folgendes:

Programm.

§ 1. Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile.

§ 2. Diese Aufgabe schließt in sich, daß der Alldeutsche Verband eintritt:

1. für Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und über See und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen;
2. für Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums;
3. für Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwickelung hemmen;
4. für eine tatkräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen.

Manchen Punkten dieses Programms wird unbedenklich jeder Deutsche, welcher politischen Gesinnung er auch sein mag, zustimmen können. Aber auch beim Alldeutschen Verband ist es der Ton, der die Musik macht. Von jeher hat der Verband eine unleidliche Großmannssucht gezeigt, die zeitweise bedenklich an Größenwahn streifte; dazu kam ein hochgradiger Chauvinismus und manchmal ein widerwärtiger Hurrapatriotismus. Die Alldeutschen geben auch ganz offen zu, daß sie den Hurrapatriotismus für die höchste germanische Tugend halten, und rühmen sich geradezu ihres Chauvinismus. Auf dem Verbandstage in Hamburg griff Generalmajor Keim Herrn von Bethmann Hollweg an, weil dieser sich kürzlich gegen den Hurrapatriotismus ausgesprochen hatte.

Hurrapatriotismus.

„Dagegen muß ich," erklärte er nach dem Bericht des „Reichsb.", „doch als alter Soldat Einspruch erheben. (Beifall.) Unter Bismarck hat niemand verächtlich vom Hurrapatriotismus gesprochen. Mit Hurra haben wir die

Schlachten von 1870 geschlagen, und mit Hurra haben wir die deutsche Kaiserkrone aus den französischen Bataillonen herausgeholt. (Stürmischer Beifall.) Dieses Hurra ist uns heilig, und diesen deutschen Nationalstolz wollen wir in unsere Jugend verpflanzen."

Ihre fortwährende Hetze gegen England hat der amtlichen verantwortlichen Stelle der deutschen Reichspolitik schon manche Schwierigkeiten bereitet. Schier aus dem Häuschen gerieten die „Alld. Bl." (31. 7. 1910) über die angebliche schwächliche Haltung der deutschen Regierung gegenüber England, wie sie in den Ausführungen des englischen Premierministers Asquith über die Flottenabrüstungsverhandlungen mit Deutschland sich widerspiegele: Englandhetze.

„Die Haltung der deutschen Regierung ist außerordentlich zu bedauern, ja unbegreiflich. Wagt sie nicht mehr, der großbritannischen zu sagen, daß sie Plan und Bauzeit aus dem einfachen Grunde der nationalen Sicherheit durchführen will, und weil das Deutsche Reich ein souveränes Staatswesen ist? Was soll man zu einem solchen Mangel an Selbstgefühl und auch zu einer solchen Ungeschicklichkeit sagen?"

Ganz besonders empört war das alldeutsche Organ jedoch darüber, daß 40 deutsche Blätter sich auf eine Umfrage der „Daily Mail" für eine Verständigung über das Tempo des Flottenbaus mit England erklärt hatten. Den „Alld. Bl." wäre natürlich ein „frischer fröhlicher Waffengang mit dem perfiden Albion" ungleich lieber. Ein gesinnungsverwandtes Organ, die „Deutsche Ztg." (31. 7. 1910) betrachtete die derzeitige Lage der inneren Politik schon so pessimistisch, daß sie überhaupt keinen anderen Ausweg mehr sah, als eine allgemeine internationale Rauferei: Kriegshetze.

„Bismarck band einst die auseinanderfallenden Ruten der deutschen Parteien und Stämme durch eine glorreiche auswärtige Politik zusammen. Davon sind wir heute ferner als je — es sei denn, daß das deutsche Schwert aus der Scheide fährt und daß wir so zu guter und starker Politik gezwungen werden."

Noch um einige Grade offenherziger war der Legationsrat a. D. und nationalliberale Landtagsabgeordnete Herr vom Rath, der im „Tag" frank und frei erklärte: Abgeordneter vom Rath.

„Ja, so wahnwitzig es klingen mag, ernste Männer ersehnen einen Krieg, als Befreier aus der unerträglichen Stickluft."

Ein derartiges unverantwortliches Säbelrasseln heißt doch nichts anderes, als ein frevelhaftes Spiel mit dem Weltfrieden treiben. Ernste Männer ersehnen in Deutschland keinen Krieg, sondern höchstens einen Psychiater, der die Oeffentlichkeit vor solchen Bramarbassen schützt.

Noch in jüngster Zeit hat die alldeutsch-antisemitisch-reichsparteiliche „Post" bei der Zuspitzung des Marokkokonflikts einen abscheulichen Hetzartikel gegen den Kaiser gebracht, den sie gegen den Reichskanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen, von Kiderlen-Wächter, ausspielte; darin hieß es u. a.: Die „Post" gegen den Kaiser

„O wäre uns dieser Augenblick erspart geblieben, dieser Augenblick unsäglicher Schande, tiefer nationaler Schmach, viel schlimmer als die von Olmütz!" „Man braucht nicht einmal dreißig Silbergroschen, damit wir unsere nationale Sicherheit und unsere Zukunft verkaufen, denn unser

Wesen ist Furcht und Charakterschwäche, ist Feigheit." — „Und so wird die Agadirfahrt so kläglich enden, daß man ihr höchstens ein Ereignis der preußischen Geschichte gegenüberstellt, nämlich das Verhalten Preußens im Jahre 1805." — „Was ist mit den Hohenzollern geschehen, aus denen einst ein Großer Kurfürst, ein Friedrich Wilhelm I., ein Friedrich der Große, ein Kaiser Wilhelm I. hervorgegangen ist? Der Kaiser soll die stärkste Stütze der englischen und französischen Politik sein, eine Stütze, viel stärker als fünfzig französische Divisionen? Er soll die Hoffnung Frankreichs sein? Noch vermögen wir es nicht, wollen wir es nicht glauben. Noch wollen wir es nicht glauben, was die französischen und englischen Zeitungen schon seit Wochen erzählen. Wartet nur ab, bis euer Kaiser zurückkommt, dann wird zum Rückzug geblasen, dann wird Deutschland nachgeben. Guillaume le timide, le valeureux poltron! Brandenburg starb am gebrochenen Herzen. Wir trösten uns mit ästhetischen Teekränzchen, Diners, Soupers, Reisen, Besichtigungen, Feiern aller möglichen Art über die Schmach des Vaterlandes."

So springen „nationale" Organe, die bei jeder Gelegenheit den Parteien der Linken die patriotische und monarchische Gesinnung absprechen, mit dem Träger der Reichsgewalt um. Diese zügellose Sprache brachte allerdings auch den milden Reichskanzler in den Harnisch. In der „Nordd. Allg. Ztg." wurde dem Blatt eine kalte Dusche verabfolgt:

Ein kalter Wasserstrahl der „Nordd. Allg. Ztg.".

„Wir würden diesen Ausgeburten eines überreizten Gehirns keine Beachtung schenken, wenn die „Post" sich nicht am Schluß ihrer Ausführungen erdreistet hätte, Seiner Majestät dem Kaiser, unter der feigen Form rhetorischer Fragen, politische Schwäche, ja Begünstigung des Auslandes zum Schaden deutscher Interessen vorzuwerfen. Die „Post" eignet sich mit diesen Ausführungen Gedanken an, denen wir nur in ausländischen Schmähartikeln zu begegnen gewohnt sind. Der Versuch, solche Nichtswürdigkeiten unter dem Schein patriotischer Besorgnis in der deutschen Presse zu verbreiten, verdient die schärfste Zurückweisung."

Und in einem zweiten Artikel des Reichskanzlerorgans hieß es:

„Unerhört aber war es, daß eine unter der Flagge einer monarchischen Partei segelnde Zeitung, gestützt auf ausländische Tendenzmärchen, das Signal zu einer neuen Kaiserhetze gab."

Die „Nordd. Allg. Ztg." glaubte in diesem Artikel ferner hervorheben zu sollen, daß auch alldeutsche Organe den Schmähartikel der „Post" gemißbilligt hätten. Das ist formell richtig. Die Berliner Gruppe des Alldeutschen Verbandes hat sogar offiziell Verwahrung dagegen eingelegt, daß man diese Artikel den Alldeutschen an die Rockschöße hänge. Und doch steckt alldeutsche Hetze dahinter, was die gesamte Presse merkwürdigerweise übersehen hatte. Hauptaktionär der „Post" ist nämlich der Besitzer der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.", des schlimmsten alldeutschen Hetzblattes, Dr. Reismann-Grone, der auch sofort nach dem Erwerb der „Post" einem seiner Essener Redakteure die politische Redaktion der „Post" übertragen hat. Sehr hübsch war übrigens, wie sich bei dieser Gelegenheit die Hauptorgane der Alldeutschen in die Haare gerieten. Die „Post" warf nämlich dem Hamburger ehemaligen Bismarckorgan, den „Hamb. Nachr.", kurzer Hand „bodenlose Traurigkeit ihrer nationalen Haltung und völlige Unfähigkeit, unsere deutschen Interessen zu vertreten", vor. Die „Hamb. Nachr." revanchierten sich später für diese Liebenswürdigkeiten, indem sie die

„Post" gegen „Hamb. Nachr.".

Kriegshetzereien der „Post" als „im höchsten Grade frivol" und als „nationale Schaumschlägerei" auf das schärfste verurteilten. So mußte es kommen. Selbst die Patentpatrioten sprechen sich schon gegenseitig die nationale Gesinnung ab. Uebrigens wird dieser Hetzartikel noch ein Nachspiel haben. Die Reichspartei wird wahrscheinlich — unbekümmert darum, ob die freikonservative Partei des Abgeordnetenhauses diesem Beschluß beitritt — ihre bisherigen Beziehungen zu dem Blatt lösen. Fürst Hatzfeldt als Vorsitzender der Reichstagsfraktion hat einen solchen Antrag im August 1911 in einem Schreiben an den Schriftführer der Partei, Abg. Brunstermann, angekündigt, in dem es zum Schluß heißt:

Fürst Hatzfeld gegen die „Post".

„Empörend ist die Leichtfertigkeit, mit welcher über Dinge abgeurteilt wird, welche der „Post" nicht bekannt sind . . .

Für das monarchische Gefühl tief verletzend ist die Art und Weise, mit welcher, in der Form rhetorischer Fragen, über Seine Majestät den Kaiser zu Gericht gesessen wird. Wie Ihnen bekannt ist, habe ich im Mai dieses Jahres Anlaß genommen, das Verhalten der „Post" in unserer Fraktion zur Sprache zu bringen. Mit dem Artikel vom 4. August hat dieses Blatt alle Beziehungen zu der Reichspartei unmöglich gemacht, und wird es nötig sein, nach Wiederzusammentritt des Reichstages hierüber einen Beschluß der Fraktion zu fassen und zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Ich erwarte bestimmt, daß die Partei mir hierbei zustimmen wird.

Mit kollegialischem Gruß

Hatzfeldt."

Da die Regierung den alldeutschen Hetzern nicht den Gefallen tat, eine sozialdemokratische Massendemonstration für den Frieden in Treptow zu verbieten, mußte sie ganze Kübel voll Schmähungen über sich ergießen lassen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" fragte höhnisch:

Verhöhnung der Regierung.

„. . . Grüßten sich auf der gemeinsamen Plattform des Spießbürgertums Zubeil, der Wiedergenesene, und des Reiches Hüter."

Die „Post" gratulierte sarkastisch der Regierung zu diesem „brillanten Sekundanten" und holte noch einen Extrapfeil aus ihrem Köcher gegen den Reichskanzler, dessen politisches Glaubensbekenntnis offenbar laute:

„Ueb' immer Treu und Redlichkeit
Bis an das kühle Grab,
Und weiche keinen Finger breit
Von den Verträgen ab."

Den ordinärsten Ton schlug hier die „Deutsche Zeitung" an, die zu der Ankündigung dieser Versammlung bemerkte:

„Aus der Ferne wird man dann die Reichsregierung und den preußischen Minister des Innern schnarchen hören."

Was dieses gemeingefährliche Treiben noch widerlicher macht, war der Umstand, daß nirgends auch nur eine Spur von Verantwortlichkeitsgefühl für die schlimmen Folgen einer Entfesselung der Kriegsfurie zum Durchbruch gelangte. Im Gegenteil: die „Deutsche Zeitung" setzte dem Wort von den

Scharfmachern kühnlich das Wort Schlappmacher entgegen und behauptete, mit vielleicht noch größerem Rechte dürfe man jetzt „dem Geschrei über Kriegshetze die Beschwerde über eine geradezu sinnlose Agitation der Friedenshetzer gegenüberstellen".

Die „Alldeutschen Bl." forderten bei dem Marokko-Konflikt, man müsse mit Frankreich endlich einmal deutsch reden:

„Die erste Forderung lautet heute: den Franzosen eine Frist setzen, bis zu der die Entscheidung herbeigeführt sein muß — und zwar nach den zwei Monaten der Verschleppung eine kurze Frist.

Kommen sie solcher Auflage nicht nach, oder bieten sie weniger, als wir annehmen können, dann laßt sie die Verantwortung tragen für den Abbruch der Verhandlungen und das, was nachkommt."

Da die Regierung diesem wahnwitzigen Verlangen gegenüber echt Bismarckische Festigkeit bekundete, sprach die „Deutsche Ztg." von „bezahlten offiziösen Soldschreibern, die die Mißerfolge ihrer Auftraggeber in amtlicher Stellung zu verdecken suchen", und forderte kategorisch eine „Reform unseres ganzen Auswärtigen Amtes, unserer Diplomatie" an Haupt und Gliedern.

Kriegshetze.

Das Organ des Herrn Dr. Friedrich Lange wünschte auch aus „völkischen" Gründen einen frischen fröhlichen Krieg:

„Mehr und mehr verlernt man in unserer kulturell sehr weichlichen, naturwissenschaftlich kühlen und technisch-spezialistischen Zeit den edlen Inhalt des Krieges und des Kriegswesens zu schätzen, den beide doch neben ihren unleugbaren Schattenseiten in dem Urteil aller großen Denker des Menschengeschlechts haben."

Ob unser großer deutscher Dichter das Wort: „Der Krieg ist schrecklich wie des Himmels Plagen, doch ist er gut, ist ein Geschick wie sie" heute noch einmal uneingeschränkt wiederholen würde, erscheint doch einigermaßen zweifelhaft. Ueber die „völkische Erziehung" des Krieges gab ein im Jahre 1911 erschienenes Buch „Kriegserinnerungen" recht lehrreiche Aufschlüsse. Es wird dort geschildert, wie auf dem Schlachtfelde von Noisseville die deutschen Streifpatrouillen mit dem Leichnam eines französischen Infanteristen „allerhand unzarte Späße trieben". Der Verfasser des Buches, der vielleicht demselben Truppenkörper angehört hat, wie diese deutsche Streifpatrouille, war — Herr Liebermann von Sonnenberg, Führer der Antisemiten im Reichstage und einer der Hauptkämpen des „Alldeutschen Verbandes".

Alldeutsche Roheit beim Tode Eduards VII.

Bei dem Tode des Königs von England konnten die „Alld. Bl." ihre Gegnerschaft gegen Eduard VII. so wenig bezähmen, daß sie in demselben Augenblick, wo der Deutsche Kaiser Wilhelm II. an der Bahre seines Oheims niederkniete und einige Minuten im stillen Gebet verweilte, in einem Artikel: „Zum Tode König Eduards VII." folgendes Selbstbekenntnis ethischer Verwilderung ablegten:

„Läßt man die allgemein menschlichen Gefühle beiseite, so kann kein national empfindender und politisch verständiger Deutscher anders als mit Genugtuung begrüßen, daß ein geschworener und erfolgreicher Gegner des Deutschen Reiches vom Kampfplatze verschwunden ist."

Die Regierung, die, wenn auch nicht immer die Fähigkeit, so doch wenigstens den guten Willen bekundet, mit England wieder erträgliche

Beziehungen herzustellen, konnte aus diesen Proben chauvinistischer Roheit ersehen, was für „Stützen" sie an den alldeutschen Patentpatrioten hat.

Es ist nicht lediglich Voreingenommenheit gegen alles Deutsche, wenn die Stimmung in England und Nordamerika vielfach eine deutschfeindliche ist, das Treiben der Alldeutschen hat reichlichen Anteil daran. Wenn diese national überspannten Politiker Einfluß auf den Gang der deutschen Politik gewännen, würden wir uns bald in Händeln mit aller Welt befinden. Diese Ueberzeugung ist bis weit in die Reihen der konservativen Partei gedrungen, denn selbst die „Kreuz-Ztg." leitete ihre Besprechung der vorletzten Tagung (1910) des Verbandes mit der Bemerkung ein, daß man den Tagungen des Alldeutschen Verbandes bisher immer „mit einer gewissen Beklemmung entgegensehen mußte". **„Kreuz-Ztg." gegen Alldeutsche.**

Um eine offizielle Stellungnahme zum Antisemitismus hat sich der kryptoantisemitische Alldeutsche Verband stets herumgedrückt. In dem alldeutschen „Werbe- und Merkbüchlein" findet sich zwar noch 1901 in dem Aufruf, der die alldeutschen Aufgaben kurz zusammenfaßt, folgende Stelle:

Stellung zum Antisemitismus.

„Nur beiläufig sei bemerkt, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß es nicht zu den Aufgaben des Alldeutschen Verbandes gehört, zu der Judenfrage Stellung zu nehmen. Die so oft zum Ausdruck gebrachte gegenteilige Ansicht ist irrig. Der Alldeutsche Verband ist vielmehr bemüht, völlige Neutralität zu üben, unbeschadet der persönlichen Ansicht eines einzelnen."

In dem „Handbuch des Alldeutschen Verbandes" (neueste Auflage von 1910) befindet sich ein Passus über die Judenfrage überhaupt nicht mehr. Dies schafft jedoch die Tatsache nicht aus der Welt, daß der Alldeutsche Verband durch und durch antisemitisch ist.[1]) Dem „Geschäftsführenden Ausschuß" gehört der Abg. Lattmann an, Vorstandsmitglieder sind u. a. Liebermann von Sonnenberg, Paul Dehn und Otto Eichler. Mitglieder des Alldeutschen Verbandes sind die antisemitischen bezw. bündlerischen Reichstagsmitglieder Dr. Böhme, Gäbel, Dr. Hahn, Hanisch, Raab, Roth und Werner. In der Rubrik „Der Beachtung empfohlene Bücher" finden wir: Gobineau: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen, Chamberlain: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Driesmans: Rasse und Milieu, während unter den „Anderen deutschen Vereinen" auch der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband" aufgezählt ist.

Daß der Grundcharakter des Alldeutschen Verbandes ein antisemitischer ist, das beweisen ferner seine Taten, beweist der Umstand, daß

[1]) Sein Verbandsorgan, die „Alld. Bl.", empfahlen z. B. ganz ungeniert (17. 12. 1910) das bekannte Pamphlet des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Lattmann gegen die liberalen Parteien: „Die Wahrheit über die Reichsfinanzreform"; die Broschüre beleuchte „ganz vortrefflich die einzelnen Steuern und ihre Entstehung".

Männer wie Liebermann von Sonnenberg in ihm eine Hauptrolle spielten. Vielleicht erklärt sich auch die Abneigung gegen England aus dieser antisemitischen Strömung, denn der Haß gegen England hat stets seine stärksten Wurzeln im Antisemitismus gehabt. Wann und wo es auch galt gegen England zu hetzen, stets waren unsere Antisemiten in den vordersten Reihen. Es ist ein Hohn auf die von ihnen hochgehaltene Rassenlehre, daß sie stets für das halbasiatische slawische Rußland mehr Sympathie hegten als für das stammesverwandte England. Der Grund ist einfach der, daß England ein freies Land ist, von dessen Berührung sie Gefahr für die deutsche Reaktion fürchten. Dem stockfinsteren Rußland verzeihen sie sogar die blutige Verfolgung des Deutschtums, denn das Zarenreich ist das Dorado des Judenhasses und das schöne Musterbild antisemitischer Politik. Durch diese leuchtende Tat werden alle alten und neuen Sünden Rußlands gebüßt.

Haß gegen England.

Auch die Begeisterung für die Buren, die in den alldeutschen und antisemitischen Reihen wahre Orgien feierte, floß aus derselben Quelle. Man liebte die Buren, weil man die Engländer haßte. Es ist gewiß für Deutschland sehr ehrenhaft, wenn es Sympathie und Mitleid für das bedrängte kleine tapfere Volk der Buren zeigte, für die Antisemiten aber, die sich in den Vordergrund drängten, war die ganze Sache nur Reklame und eine dankbare Gelegenheit, auf das „verjudete" England zu schimpfen. Heute noch macht der Alldeutsche Verband mit seiner Buren-Sammlung Reklame und weist in allen Aufrufen und Prospekten darauf hin, daß er 637 037,64 M. für die Buren zusammengebracht hat. Liebermann von Sonnenberg rühmte sich des Ordnungsrufes, den er erhielt, weil er in offener Reichstagssitzung den englischen Staatsmann Chamberlain mit den rohesten Ausdrücken beschimpft hatte.

Für die Wesensverwandtschaft zwischen Alldeutschem Verband und dem Antisemitismus sprechen auch folgende Tatsachen:

Dr. Hasse gegen Einwanderung russischer Staatsangehöriger.

Als im Jahre 1904 die ganze Geschäftswelt Deutschlands unter der Spannung der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen stand, da machte Herr Prof. Dr. Hasse, der inzwischen verstorbene langjährige Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, in dem offiziellen Organ der Alldeutschen einen Vorschlag, der charakteristisch für die antisemitische Tendenz des Alldeutschen Verbandes ist. In Rußland fallen bekanntlich die jüdischen Geschäftsreisenden, auch wenn sie deutsche Staatsangehörige sind, unter die allgemeinen polizeilichen Ausnahmegesetze, die der Zarismus gegen die Juden erlassen hat. Herr Hasse wünschte nun dieses Ideal russischer Staatsweisheit durch eine unscheinbare redaktionelle Aenderung der Vertragsbestimmungen auch auf Deutschland übertragen zu sehen, um dadurch für Deutschland die Freiheit wiederzugewinnen, den einwandernden russischen Staatsangehörigen nach dem Maße seiner Interessen und Vorteile unterschiedlich zu behandeln. U. a. schrieb er:

„Schon der Ausschluß russisch-jüdischer Geschäftsreisender würde für uns ganz sicher ein Gewinn sein. Noch erheblicher aber wäre aus den eingehends dargelegten Gründen für uns die Möglichkeit, bei der Einwanderung und selbst bei dem Reiseverkehr aus Rußland nach Deutschland die jüdischen und polnischen Russen anders behandeln zu können als die Russen deutscher, russischer, ruthenischer, litauischer oder sonstiger Nationalität."

Man beachte die Feinheit dieser Unterscheidung. Danach wäre Deutschland in der Lage, die jüdischen Russen anders zu behandeln, als die Russen russischer, ruthenischer, litauischer Nationaliät. Die letzteren können ein sehr wertvolles Menschenmaterial und ein positiver Zuwachs an „nationaler Volkskraft" werden, während die russischen Juden in Deutschland unter die Ukase des Zaren zu stellen wären. Das war die einzige Sorge, die den „Politiker" Hasse angesichts der Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag bewegte. Im Reichstag hat Herr Hasse dann noch im Jahre 1895 einen Antrag gestellt, der die Fernhaltung der russischen Juden zum Zweck hatte, fand aber damit auch bei seinen eigenen nationalliberalen Freunden keine Gegenliebe.

Auf dem Verbandstage des Alldeutschen Verbandes in Worms im Jahre 1905 spielte auch die Rassenfrage bezw. der Antisemitismus eine Rolle. Ein Teilnehmer verstieg sich in der Diskussion über das Thema „Ausländertum auf den deutschen Universitäten" zu der geschmackvollen Aeußerung: auf die deutschen Universitäten kämen aus Rußland nur „der Schund und die Juden".

Auch in den Ostmarken wirken die alldeutschen Fanatiker durch ihren Antisemitismus nur schädlich. Die vielfach mit den Bestrebungen der Alldeutschen sympathisierenden preußischen Beamten verhalten sich dort häufig den Juden gegenüber so feindlich, daß diese, die bisher als Pioniere des Deutschtums oder mindestens als friedliche Vermittler zwischen den christlichen Deutschen und den Polen wirkten, gesellschaftlich und wirtschaftlich von beiden Seiten bedrängt, die ungastliche Stätte verlassen müssen. Und dann sprechen ihnen wie zum Hohn die alldeutschen Hetzer das Heimatsgefühl ab.

Ihre nationale Intransigenz verleitet die Alldeutschen gelegentlich zu höchst törichten Streichen à la Schöppenstedt. So versandten sie Mitte 1908 unter der Spitzmarke „Eine alldeutsche Gesinnungsliste" eine nach Gerichtsbezirken geordnete Liste der als „national-gesinnt" bekannten reichsdeutschen Rechtsanwälte. Der Leiter der Zeitschrift des deutschen Notarvereins, R.-A. und Notar Weißler in Halle a. S., erteilte hierfür dem Alldeutschen Verband einen ganz gehörigen Denkzettel. Er schrieb nämlich in Nr. 10 des Blattes: **Liste „national-gesinnter" Rechts-anwälte.**

„Man hätte ja die Kinderei unbeachtet lassen können. Allein zunächst fühlte der Leiter dieser Zeitschrift, den man in die Liste aufgenommen hat, persönlich das Bedürfnis, sich diese Ehre entschieden zu verbitten. Sodann durfte der Anschein nicht zugelassen werden, als sei die Rechtsanwaltschaft und das Notariat irgendwie bei diesem Gebaren beteiligt, das die ungeheure Mehrheit aller Kollegen der nicht nationalen Gesinnung verdäch-

tigt. Man muß nämlich wissen, wie die Liste aufgestellt ist. Sie zählt nicht mehr wie einige hundert Namen. In Berlin haben sich nur 16 „national" gesinnte Rechtsanwälte gefunden, in Leipzig, Hamburg und Breslau überhaupt keine. München hat ihrer 7, einen mehr als M.-Gladbach; Braunschweig dagegen 39, sämtlich dem Alldeutschen Verbande angehörig. Wir möchten glauben, daß auch die Leitung des Verbandes der Sache fern steht und Gelegenheit nehmen wird, den Schritt ihrer Geschäftsstelle als das zu bezeichnen was er ist: „eine ungeheure Dummheit."

Brasilianische „Germania" gegen Alldeutschen Verband.

Gegen die alldeutsche Mache wandte sich auch sehr entschieden die in San Paolo erscheinende „Germania", allgemeine deutsche Zeitung für Brasilien, der von dem Antisemiten Dr. Winterstein in den „Alld. Bl." die deutsche Gesinnung abgesprochen war. Die „Germ." verwahrte sich energisch dagegen, daß man den „alldeutschen Rummel" mitmachen müsse, wenn man gut deutsch sein wolle. Für deutsche Kultur, für die Erhaltung der deutschen Sprache und für deutsche Handelsinteressen sei sie stets eingetreten. Aber sie würde sich vor sich selbst schämen, wenn sie Propaganda für die alldeutschen Utopien machen würde. Denn:

„Die alldeutsche Bewegung ist eine chauvinistische und deshalb sind wir Gegner der Alldeutschen. Noch überall, wo sie ihre rückschrittlichen Ideen zu verbreiten und Fuß zu fassen versucht haben, haben sie Unheil angerichtet, und nicht zum wenigsten in Südbrasilien. Es wäre Landesverrat und schnöder Undank, wenn sich die südbrasilianische Presse zum Sprachrohr der alldeutschen Gesinnungen machen wollte."

Fürst Bülow gegen Alldeutsche.

Fürst Bülow hat in der Reichstagssitzung vom 21. Januar 1903 den alldeutschen und antisemitischen Phrasenhelden, die gern im Stile der Kasperledarsteller mit dem „Knüppel aus dem Sack" Weltpolitik treiben wollen, eine geradezu klassische Abfertigung zuteil werden lassen mit den Worten:

„Grobheit ist nicht Würde und Kratzbürstigkeit ist nicht Festigkeit; ein ewiges Greinen, Schelten und Schimpfen über das Ausland, wie es hier und da — glücklicherweise nur selten — in deutschen Blättern zu sehen ist, ist noch kein Beweis von richtigem deutschen Nationalbewußtsein. Chauvinismus und Vaterlandsliebe sind nicht identische Begriffe.

Wenn die Kunst eines auswärtigen Ministers darin bestände, von Zeit zu Zeit mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, dann könnte mancher Minister des Aeußern werden.

Unsere Aufgabe in der Welt besteht aber nicht darin, daß wir den rauflustigen Indianer spielen und bei jeder Gelegenheit den Tomahawk schwingen und heute diesen und morgen jenen fremden Skalp verlangen . . ."

„. . . Wir wollen nicht in die Fehler verfallen, die wir anderen als Hochmut und Uebermut vorgeworfen haben; wir wollen, wie ich das mit Bezug auf unsere Politik in Ostasien gesagt habe, nirgendwo das Aschenbrödel spielen; aber den aufgeblasenen Renommisten wollen wir auch nicht spielen, sondern den ruhigen und festen Mann, der, wie es immer gute deutsche Art gewesen ist, ohne Schwäche, aber auch ohne Provokation noch Maulheldentum sich und die Seinigen schützt."

Angriff gegen den Botschafter Grafen Bernstorff.

In aller Erinnerung ist noch die Rede, die der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, gegen das verderbliche Treiben der alldeutschen Presse hielt. Als der Botschafter daraufhin im Reichstage scharf angegriffen wurde, verteidigte ihn der Staatssekretär von

Schön. Graf Bernstorff habe durchaus seine Pflicht getan, wenn er solchen Preßtreibereien entgegengetreten sei. Denn es sei eine Tatsache, daß die deutschfeindliche Presse des Auslands einen großen Teil ihres Rüstzeugs der sog. pangermanistischen Literatur entlehne.

Der jetzige Reichskanzler von Bethmann Hollweg nahm ebenfalls Veranlassung, Herrn Liebermann von Sonnenberg wegen seiner ungerechtfertigten Angriffe gegen das Auswärtige Amt und seinen damaligen Leiter, den Staatssekretär von Schön, mit folgenden Worten heimzuleuchten:

Von Bethmann Hollweg gegen Liebermann.

„Der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hat vorhin Angriffe auf das Auswärtige Amt und auf seinen verdienstvollen Leiter hier in diesem Hause gerichtet, die in ihrer Allgemeinheit das Unerhörteste sind, was ich in meinem Leben bisher vernommen habe. Herr Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg hat gesagt, die Deutschen im Auslande, die sich auf das Auswärtige Amt verließen, seien in der Welt verlassen. Eine solche Behauptung weise ich mit Entrüstung zurück (Bravo! rechts und links) und verlange den Beweis im einzelnen, der eine solche Behauptung rechtfertigt. (Sehr gut! rechts und links.)

Selbst die dem Abg. Liebermann von Sonnenberg gewiß nicht feindlich gesinnte „Kreuz-Ztg." konnte nicht umhin, ihm den Text zu lesen und zu betonen, niemals könne es vom vaterländischen Standpunkte aus gebilligt werden, wenn ein deutscher Abgeordneter von der Tribüne des Reichstags aus in die Welt hinausrufe, unter den Deutschen im Auslande herrsche die Anschauung, wer sich auf das Auswärtige Amt verlasse, sei verlassen. Mit Recht habe der Reichskanzler so zornig, wie man ihn noch nicht gesehen hatte, diesen Angriff zurückgewiesen.

Alldeutsche Angriffe gegen die ausländische Presse.

Auf dem 20. Alldeutschen Verbandstage, der am 10. September 1910 in Karlsruhe stattfand, gaben die Herren Liebermann von Sonnenberg und Graf Reventlow eine Probe ihres feinen politischen Taktes, indem sie die in- und ausländische Presse in unqualifizierbarer Weise beschimpften. Liebermann von Sonnenberg wies nämlich auf einen Artikel der in Bordeaux erscheinenden Zeitung „La France" hin, der sich mit der geplanten Fahrt des Alldeutschen Verbandes auf das Weißenburger Schlachtfeld beschäftigte. In diesem Artikel hieß es u. a., daß die Deutschen die Siege von 1870 lieber bei Weißwürsten und Bier feiern sollten, als daß sie auf den Gräbern der französischen Helden herumtrampeln. Abg. von Liebermann führte im Anschluß hieran aus, daß die Zeitungsschreiber in Frankreich genau so niederträchtig seien als in Deutschland. Später ließ sich Herr von Liebermann allerdings zu einem Widerruf herbei, doch wurde dieser nahezu wieder aufgehoben durch eine Bemerkung des Grafen Reventlow, der behauptete, Liebermann habe ganz recht gehabt.

Vielleicht haben die beiden Herren hierbei hauptsächlich die antisemitisch-alldeutsche Presse im Auge gehabt. In diesem Falle kann man das harte Wort ja allerdings verstehen.

Nationale Organisationen.

Es gibt außer dem Alldeutschen Verbande noch eine Anzahl von sog. nationalen Verbänden, die zwar satzungsgemäß politische und konfessionelle Neutralität proklamieren, in denen aber gleichwohl starke antisemitische Strömungen vorhanden sind. Hierzu zählen in erster Linie der Ostmarkenverein und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

1. Der Ostmarkenverein.

Von den Begründern des Ostmarkenvereins, den Herren von Hansemann, von Tiedemann und Kennemann, war keiner von Haus aus politischer Antisemit. Man hat im Gegenteil — wie auch zum Teil jetzt noch — die jüdische Mitarbeit an der Förderung der Vereinsziele gern angenommen und gesucht. Als die Reformpartei Anfang der 90er Jahre einige antisemitische Vorstöße in die Ostmarken unternahm, erklärte der damalige Vorsitzende des Ostmarkenvereins, Herr von Tiedemann-Seeheim in einer Zuschrift an die „Pos. Ztg." (Februar 1902):

von Tiedemann.

„In der Provinz Posen Antisemitismus treiben heißt nichts anderes, als mit sehenden Augen einen Teil des Bürgertums von der deutschen Partei abzusprengen."

Auch die Regierung hatte die Gefahren einer Sprengung des Deutschtums durch die Hineintragung konfessioneller Gegensätze erkannt, und der damalige Minister des Innern, Herr von Rheinbaben, mahnte daher 1906 in einer Rede auf dem Schillerkommers in Posen dringend zur Einigkeit:

Minister von Rheinbaben.

„. . . das tut doppelt not hier in den Ostmarken. Hier darf es sich nicht darum handeln, ob Bürger oder Bauer, ob Protestant, Katholik oder Jude, ob Beamter oder nicht, hier muß es uns darum zu tun sein, daß das Bewußtsein einer nationalen Pflicht in uns brennt."

Dieses nationale Bewußtsein haben die Juden in der Provinz Posen auch nie verleugnet, trotzdem die Erwerbsverhältnisse seit 3 Dezennien sich für sie infolge der zunehmenden Schärfe der nationalen Gegensätze immer trauriger gestaltet haben. Seit dem Jahre 1880, d. h. seit dem Beginn der jetzigen Polenpolitik, standen und stehen die Juden in der Provinz Posen zwischen zwei und noch mehr Feuern. Die Polen wollen nichts von ihnen wissen und boykottieren sie, weil sie deutsch sprechen, deutsch denken, deutsch handeln und deutsch wählen. Die Agrarier boykottieren und beleidigen sie, weil sie Juden sind. Die

Beamtenwelt schneidet sie, teils aus Kastengeist, der aus tausend Gründen gerade in jener Gegend so unangebracht als möglich ist, teils aus bei ihnen offen oder latent vorhandenem Antisemitismus. Gesellschaftlich halten sich die Polen geschlossen und die Deutschen, Offiziere, Beamte, Kaufleute getrennt von ihnen.

Die Juden haben, solange sie in Posen sind, ihr Deutschtum bewahrt und hochgehalten. Die Szubert und Szumann und Szulc sind auf jüdischer Seite nicht zu finden. Sie rekrutieren sich aus den Kreisen der reinen Arier.

Nun hat man freilich den Juden, deren wirtschaftliche Lage sich immer prekärer gestaltet, und die infolgedessen oft mit schwerem Herzen die angestammte Scholle, auf der sie zum Teil Jahrhunderte gesessen haben, verlassen mußten, um eine gastlichere Stätte aufzusuchen, den Vorwurf gemacht, daß sie nicht bodenständig seien. Ein Mitglied des Ostmarkenvereins, Gymnasialdirektor von Sanden-Lissa, hat sogar in einer amtlichen Direktorenversammlung der Provinz Posen 1907 die Behauptung aufgestellt, die jüdischen Schüler seien bei einer planmäßigen pädagogischen Lektion zur Erweckung des Heimatsgefühls unter der Jugend nicht zu berücksichtigen, da „bei ihnen von einem Heimatsgefühl nicht gesprochen werden" könne. Er hat freilich, um eine gewisse Neutralität zu wahren, wie aus der Antwort des Kultusministers Dr. Holle auf die von dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens gegen diese Beschuldigungen erhobene Beschwerde hervorgeht, auch die Beamten in der Provinz Posen vielfach desselben Mangels an Heimatsgefühl geziehen. Zweifellos mit ungleich größerem Recht, denn die Juden, die in den letzten 3 Jahrzehnten aus den Ostmarken nach dem Westen abgewandert sind, sind fast ausnahmslos durch die wirtschaftliche Bedrängnis hierzu gezwungen worden. Neben der polnischen Boykottaufforderung „Kauft bei keinem Deutschen!" erscholl der Ruf der Antisemiten „Kauft bei keinem Juden!", und die Folge war, daß die Juden polnische und deutsche Kunden verloren und ihr Geschäft mit der Zeit nicht mehr aufrechterhalten konnten. Die Beamten aber, die aus dem Westen nach den Ostmarken versetzt worden waren, trachteten danach, nur immer möglichst rasch aus den landschaftlich nicht gerade reizvollen Gefilden wieder in die auch gesellschaftlich angenehmere Atmosphäre ihrer Heimat zurückzukehren.

Gymnasialdirektor von Sanden.

Gerade in diesen das organisatorische Rückgrat des Ostmarkenvereins bildenden Beamtenkreisen trat aber die antisemitische Tendenz immer mehr in die Erscheinung. Im Jahre 1909 veröffentlichte sogar ein höherer Beamter der Ansiedelungskommission, Reg.-Rat Herr, eine Broschüre „Ostmärkische Städtepolitik", voll der ungerechtfertigsten Angriffe gegen die Juden, die in der dreisten Aufforderung an die Regierung gipfelte, der Abwanderungsprozeß der Juden aus der Provinz Posen müsse nach Möglichkeit beschleunigt werden, damit das Beamtentum, d. h. in erster Linie die An-

Reg.-Rat Herr.

siedlungskommission, in der „Einkreisungspolitik“ gegen die Polen vollständig freie Bahn habe.

Mit dieser ungenierten Proklamierung des wirtschaftlichen Kreuzzugs gegen die Juden fand der heißspornige Regierungsrat freilich bei den verantwortlichen Stellen keine Gegenliebe. Der Oberpräsident von Waldow nahm privatim Veranlassung, seine schärfste Mißbilligung über die Broschüre auszusprechen, und ihr Verfasser wurde denn auch sehr bald nach Magdeburg versetzt. Die Leiter der Posener Ortsgruppe des Ostmarkenvereins, Prof. Dr. Hoetzsch und Dr. Wendland, zwei langjährige Führer des antisemitischen „Vereins deutscher Studenten“, die dem scheidenden Regierungsrat demonstrative Ovationen bereitet und ihm den „innigen Dank“ des Vereins abgestattet hatten, sahen wohl ein, daß sie sich mit ihrer Solidaritätserklärung mit den antisemitischen Tendenzen des Verfassers dieser Broschüre etwas zu weit vorgewagt hatten, und erließen infolgedessen eine Erklärung, daß sie die Broschüre nicht wegen, sondern trotz ihrer antisemitischen Forderungen empfohlen hätten. Im übrigen sei im Ostmarkenverein „wie für die Angehörigen aller nationalen Parteien, so auch für Antisemiten wie Juden Raum, wofern sie ihre speziellen Interessen und Wünsche von denen des Vereins zu trennen wissen“. Diese Bedingung wird aber eben gerade von den antisemitischen Mitgliedern des Vereins nicht erfüllt. Es liegen auch sonst Beweise für die Begünstigung antisemitischer Tendenzen durch den Verein in Hülle und Fülle vor; bei nationalen Festlichkeiten werden mit Vorliebe bekannte Parteiantisemiten als Festredner ausgewählt usw.

Oberpräsident von Waldow.

Mit dieser offenen oder versteckten Unterstützung[1]) des Antisemitismus schlägt aber der Verein auch seinem Hauptziel, der Stärkung des Deutschtums, selber ins Gesicht; denn die dadurch hervorgerufene numerische Schwächung des jüdischen Elements bedeutet auch eine Schwächung des Deutschtums in den Ostmarken. Darüber besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit. Schon im Jahre 1894 schrieb der Direktor des statistischen Bureaus der Stadt Berlin, Professor Dr. Boeckh, in den „Preußischen Jahrbüchern“ über Posen und Westpreußen:

Dr. Boeckh.

„Hier zeigt sich, daß die Abnahme der jüdischen Bevölkerung einen wesentlichen Faktor des Rückganges der deutschen Sprache bildet, und daß in verschiedenen Posener Städten das Vorherrschen des deutschen Idioms in der starken Vertretung der jüdischen Bevölkerung seine Ursache hatte.“

Das ist auch von notorischen Parteiantisemiten und Mitgliedern des Ostmarkenvereins unumwunden anerkannt worden. Der Rassenantisemit Gandolf schrieb z. B. im „Hammer“ (15. 11. 1909):

„In dem starken Wegzuge der Juden liegt eine Schwäche der deutschen Stellung in der Ostmark, denn was auch immer gegen sie ge-

[1]) Sein offizelles Organ, die „Ostmark“, hat schon wiederholt die Maske der politischen „Neutralität“ fallen lassen und ungeniert antisemitische Programmforderungen vertreten.

sagt werden mag, bei den politischen Wahlen haben sie stets den deutschen Kandidaten gewählt, welcher Partei er auch angehörte."

Selbst die „Akadem. Bl." (Nr. 17, Jahrg. 1910), das offizielle Organs des „Vereins deutscher Studenten", haben anerkannt, daß „die Verdrängung der führenden jüdischen Schicht ihre Schattenseiten hat; nicht nur viel Kapitalkraft, Intelligenz und Geschäftserfahrung geht damit den Orten verloren, sondern vor allem schmilzt dadurch die deutsche Oberschicht, die in Großhandel und Industrie noch vorhanden ist und vollkommen das Uebergewicht hat, sehr zusammen". Auch die „Kreuz-Ztg." hat einmal vor Jahren, wenn auch widerwillig, den jüdischen Geschäftsmann in der Provinz Posen als ein sehr nützliches Kulturelement bezeichnet: **„Akadem. Blätter".** **„Kreuz-Ztg.".**

„Der solide jüdische Geschäftsmann beginnt sich in den Ansiedelungsbezirken einzuleben, wo er mit seiner Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit auch offenbar einem Bedürfnis entspricht."

Im September 1911 hat auch das offizielle Organ des Vereins, die „Ostmark", in einem Artikel: „Die Abwanderung der Israeliten aus den östlichen Provinzen" festgestellt, daß die durch die Abwanderung der Juden entstehenden Verluste in der Statistik als Verluste des Deutschtums gegenüber dem Polentum zum Ausdruck kommen, und daß diese Abwanderung, da sie besonders stark ist, „die Stellung des Deutschtums erheblich schwächt".

Wenn die gesellschaftliche Strömung und die von den Beamten in der Ostmark durchgeführte Politik in denselben Wegen bleibt, welche sie in den letzten Jahrzehnten gegangen, ist die Zunahme der jüdischen Abwanderung unausbleiblich.

Gesellschaftlicher Antisemitismus.

Der gesellschaftliche Antisemitismus in der Ostmark macht sich der jüngeren jüdischen Generation um so fühlbarer, als er rücksichtslos darauf ausgeht, die alten, wenn auch oberflächlichen Verkehrsbeziehungen zu vernichten. Dem jüdischen Akademiker, der doch nun einmal die Rolle des geistigen Mittelpunktes der jüdischen Gemeinschaft in der kleinen Stadt spielt, wird der Aufenthalt unerträglich. Die intelligentere jüdische Kaufmannschaft strebt nach der großen Stadt, der zurückbleibende Teil der Juden, teilweise selbst erst aus den noch kleineren Orten zugezogen, befriedigt nicht immer seine intellektuellen Ansprüche. Der Nichtjude brüskiert ihn meist. Seine wirtschaftliche Existenz wird durch die Ostmarkenstipendiaten gefährdet. Eine neue jüdische Existenz als Anwalt oder Arzt läßt die Regierung gar nicht erst aufkommen, da sie dem Betreffenden sofort eine neue evangelische Konkurrenz auf den Hals hetzt. Die Verwaltung hat es in der Hand, durch Empfehlungen, Zuwendungen u. dgl. den evangelischen Akademiker jederzeit zu fördern. Sie tut dies reichlich und vernichtet so jede Möglichkeit der Neugründung einer jüdischen anwaltlichen oder ärztlichen Praxis.

Ob die Regierung mit diesem Vorgehen das evangelische Deutschtum wirklich stärkt? Rein wirtschaftlich ist dies schon deshalb nicht der Fall, weil jenen Stipendiaten ein Teil der Praxis verloren geht, welche

der Jude in Händen hatte: die jüdische und auch ein Teil der polnischen. Die evangelischen Deutschen selbst müssen unter dem Zwange und der Aufsicht der ostmärkischen Wühler den Neukolonisator beschäftigen. Aber auch da machen sich Lücken bemerkbar: der vornehme Deutsche behandelt jene Sorte von Kulturträgern als unselbständige Figuren, die ja auch wohl nicht selten den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht entsprechen. Die wirtschaftliche Stellung, welche der jüdische Akademiker in den ostmärkischen kleinen Orten gehabt, wird der nur durch die Stütze der Behörden existenzfähige Protégé des Ostmarkenvereins niemals haben. Hiermit fällt auch der moralische Einfluß, welchen jeder Kulturträger haben muß.

Der Fortzug der Juden aus der Provinz Posen bedeutet für diese einen unwiderbringlichen Verlust an deutscher Intelligenz, die unter anderen Verhältnissen durch ihre Bodenständigkeit eine wirtschaftliche Stütze des Deutschtums sein würde. Der Ersatz durch die Stipendiaten des Ostmarkenvereins wird eine dauernde Stütze des Deutschtums, wie es die Juden bisher gewesen, nicht sein.

Ueber das Thema Ostmarkenpolitik und Antisemitismus ließe sich noch sehr viel sagen, wie ja überhaupt über die Ostmarkenpolitik sich eine reichhaltige Literatur angesammelt hat. Instruktives Material finden die Leser u. a. in dem vortrefflichen Quellenwerk Moritz Jaffés: „Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft“ und in dem auf der Tagung des Verbandes deutscher Juden 1909 erstatteten Referat des Landtagsabg. Wolff-Lissa über: „Die Juden in den Ostmarken“.

2. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Auch dieser unter Leitung des Alldeutschen Generals von Liebert stehende Verband sieht die Mitgliedschaft von Juden nicht ungern, läßt sich aber noch mit ungleich größerem Eifer die Wahl antisemitischer Kandidaten angelegen sein. Er ist auch weit entfernt, da, wo mehrere bürgerliche Kandidaten im Kampfe mit der Sozialdemokratie stehen, parteipolitische Neutralität zu üben, wie es seinen Satzungen entsprechen würde, sondern schlägt sich zumeist auf die Seite der rechtsstehenden Parteien. Schon bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen (1907) hat der Verband im Wahlkreise Waldeck-Pyrmont den freisinnigen Kandidaten Dr. Potthoff in der maßlosesten Weise bekämpft, obwohl die Sozialdemokratie dort überhaupt keine Rolle spielte; er hat in der Stichwahl zwischen dem Antisemiten Frhr. von Richthofen und dem Freisinnigen Dr. Potthoff offen für ersteren Partei ergriffen. Auch bei der Reichstagsersatzwahl in Alzey-Bingen 1908 hat der Verband den freisinnigen Kandidaten Pfarrer Korell in der gehässigsten Weise angegriffen; die Sozialdemokratie ist in diesem Wahlkreise ebenfalls bedeutungslos. Bei einer Nachwahl in Ploen-Oldenburg arbeitete der Agitationsapparat des Verbandes für den Konservativen und gegen den Liberalen Dr. Strube. In Sachsen hat

er sogar die Nationalliberalen befehdet, obwohl der nationalliberale Landtagsabg. Hagemann Vorstandsmitglied und der frühere nationalliberale Reichstagsabg. Dr. Becker-Sprendlingen sogar ehrenamtlicher Geschäftsführer des Verbandes für Hessen ist. In der Wahlbewegung 1911 wurden seine im Wahlkreise Gotha verbreiteten Flugblätter mit einem Stempel, der zur Wahl des antisemitischen Kandidaten aufforderte, versehen, und in Eschwege-Schmalkalden erhielten die nationalliberalen Vertrauensmänner Nummern des Korrespondenzblattes des Verbandes, die gegen die Wahl des liberalen Kandidaten Dr. Ohr — natürlich zugunsten des Antisemiten Raab — Stimmung zu machen suchten. In Sachsen ist sogar ein bekannter Parteiantisemit, Dr. Henrici, offizieller Geschäftsführer des Reichsverbandes. Es bedarf also wohl kaum noch eines weiteren Beweises dafür, daß der ganze Verband weiter nichts ist, als eine agitatorische Hilfstruppe für die reaktionären Parteien. Ueber die Art und Weise seiner politischen Betätigung hat der Herausgeber der „Antisoz. Korrespond.", Max Lorenz — also gewiß ein beweiskräftiger Zeuge — am 23. Oktober 1906 in seiner Zeitschrift folgendes vernichtende Urteil gefällt: Max Lorenz.

„Die Agitation des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bewegt sich auf einem in jeder Hinsicht so niedrigen Niveau, daß sie zu schweren sittlichen und politischen Schädigungen der Wählermasse und des deutschen Volkes führen muß. Sie bietet der Sozialdemokratie geradezu ein Sprungbrett für weitere Erfolge. Die Tätigkeit des Reichsverbandes zeugt von so krasser Ignoranz und so blutigem Dilettantismus in der Beurteilung und Behandlung sozialdemokratischer Angelegenheiten, daß es geradezu Gewissenspflicht ist und auch dringend vom Interesse einer zielbewußten und sachverständigen antisozialdemokratischen Politik erfordert wird, das endlich offen auszusprechen."

Auch nationalliberale Organe, wie der „Hannov. Courier", haben schon wiederholt ihre schärfste Mißbilligung über die Agitationsformen des Verbandes ausgesprochen.

* * *

Es hat sich in den beiden vorstehend geschilderten großen „nationalen" Organisationen noch niemals eine autoritative Persönlichkeit gefunden, die unter Berufung auf die satzungsgemäße parteipolitische und konfessionelle Neutralität des Ostmarkenvereins und des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegen die offene und versteckte Begünstigung antisemitischer Tendenzen entschieden Verwahrung eingelegt hätte. Im Flottenverein liegen die Dinge ähnlich. Dort ist zwar schon einmal wegen Verletzung der parteipolitischen Neutralität ein strenges Strafgericht abgehalten worden, aber nicht etwa gegen die Antisemiten, sondern gegen einen Kritiker der antisemitischen Bewegung. Als der „Kalender des deutschen Flottenvereins" vor Jahren einen Artikel veröffentlichte, worin die Antisemitenbewegung in Deutschland mit der Boxerbewegung in China Flottenverein.

verglichen wurde, kündigte das Präsidium des Flottenvereins sofort den Vertrag mit dem Herausgeber des Kalenders, Konteradmiral

Plüddemann. Plüddemann. Der deutsche Flottenverein sei parteilos; er fasse Mitglieder aller Parteien in sich zusammen. Die Aeußerung gegen den Antisemitismus sei daher mit den grundlegenden Bestimmungen des Vereins nicht in Einklang zu bringen. — Das war eine prompte Justiz nach dem Herzen der Antisemiten.

Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, um alle diejenigen, die den Bestrebungen der drei Vereine an sich sympathisch gegenüberstehen, über die Stellung dieser Organisationen zum Antisemitismus aber nicht genügend informiert sind, in den Stand zu setzen, sich nunmehr auf Grund dieses Tatbestandes ein eigenes Urteil zu bilden.

Die deutschen Fürsten.

Der frühere „Antisemiten-Katechismus" und seine Fortsetzung, „Das Handbuch zur Judenfrage", führen auch deutsche Fürsten als Schwurzeugen für die Berechtigung der Gegnerschaft gegen die Juden auf. Da die Stellung eines Monarchen zur Judenfrage in der Tat unter Umständen von großer politischer Bedeutung für die innere Politik des Landes sein kann, so wollen wir hier mit einigen Worten auch darauf eingehen, zumal wir in dem Kapitel „Der Antisemitismus im Auslande" die Stellung der in Frage kommenden Staatsoberhäupter zum Antisemitismus aus gewichtigen Gründen ebenfalls behandeln mußten.

Friedrich der Große.

Die von den Antisemiten zitierte Order Friedrichs des Großen, daß in den kleinen Städten die „schlechten und geringen Juden nach aller Möglichkeit weggeschaffet werden", und daß Breslau nicht zu einem „ganzen Jerusalem" gemacht werden solle, findet ihre Erklärung in den damaligen Verhältnissen. Auch Männer wie Friedrich der Große waren bis zu einem gewissen Grade Kinder ihrer Zeit; wir erinnern nur an die überragende Stellung, die er beispielsweise dem Adel im Offizierstande zugestand.

Aber ein Fürst von dem Geist und den Charaktereigenschaften des großen Friedrich konnte nicht Antisemit sein. In seinen Landen sollte jeder nach seiner Fasson selig werden; es sollten alle Religionen toleriert werden; — mit diesem Grundsatze vertrugen sich nimmermehr antisemitische Anschauungen. Wie er über die Judenfrage dachte, das beweisen aufs deutlichste die Worte, die einem seiner Briefe an d'Alembert (veröffentlicht in dem halbamtlichen Militärwochenblatt) aus dem Jahre 1781 entnommen sind:

„Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, daß unsere jetzigen Religionen der Religion Christi so wenig gleichen, wie der irokesischen. Jesus war ein Jude, und wir verbrennen die Juden. Jesus predigte eine gute Sittenlehre, und wir üben sie nicht aus. Jesus hat keine Lehrsätze aufgestellt, und wir haben reichlich dafür gesorgt."

Und in der „Geschichte des Hauses Brandenburg" sagt Friedrich II.:

„Der falsche Eifer ist ein Tyrann, welcher die Länder entvölkert. Die Toleranz ist eine zärtliche Mutter, welche sie nährt und zur Blüte bringt."

Königin Luise.

Wenn wir auch eine Frau hier zu Wort kommen lassen, so geschieht es, weil es sich um die Fürstin auf Preußens Throne handelt, die als leuchtende Idealgestalt noch viele Jahrhunderte in der Seele des preußischen Volkes fortleben wird. In seinem Buche: „Die preußischen Fürsten und ihre Frauen" veröffentlicht Eduard Kahn folgenden Brief, den die edle Frau an ihren königlichen Bräutigam schrieb:

„Des Königs Minister sind hart, sobald es sich um die Juden handelt. Mein Gott, nichts als Witzeleien! O, es ist unnötig, die armen Leute noch weiter zu kränken. Es liegt sehr, sehr viel Demütigendes für den menschlichen Stolz in dem Leben eines Juden. Es schneidet ins Herz, wenn man an den Ton denkt, den sich die Christen oftmals gegen die Juden erlauben. Wir sehen in den Juden auch die Menschheit in ihrem ungeschminkten Zustande. Sie sind eben ihren Völkersitten treu geblieben — und es ist ein trauriger Gedanke um das Bewußtsein, daß wir Christen diesen Zustand verachten und sie zu uns hinüberziehen wollen. Von der grauen Morgendämmerung des Mittelalters bis jetzt war das Judentum mit einer Kette von Gesetzen umsäumt. Die ganze heitere Welt, worin wir uns bewegen und vergnügen, machen wir für ihn zu einem Orte voller Fallstricke und Gefahren. Herr Minister, verhärten Sie das Herz meines künftigen Gemahls nicht!"

Kaiser Wilhelm I.

Der Monarch, der bis zu seinem Lebensende einem jüdischen Bankier (Cohn-Dessau) die Verwaltung seines Vermögens anvertraut hatte — nebenbei bemerkt mit dem Erfolge, daß er ein so beträchtliches Erbe hinterließ wie keiner seiner Vorgänger —, konnte persönlich unmöglich ein Judengegner sein. Ein Monarch, dessen politische Wirksamkeit aber noch so weit in die Reaktionsperiode des verflossenen Jahrhunderts zurückreicht, war in den Anfängen seiner Regierung naturgemäß noch bis zu einem gewissen Grade in den Anschauungen der damaligen Zeitströmungen befangen. Daraus erklärt sich auch ungezwungen die in den Aufzeichnungen des Geh. Rat Wehrmann (Cotta-Stuttgart 1910) erwähnte Randbemerkung Wilhelm I. zu einem Immediatbericht aus den Jahren 1860—1862: „Daß Juden Richter werden dürfen, habe ich nie zugestanden, sondern nur Schulzen nach Wahl der Kommune."

Dem Monarchen, dem das Schicksal durch den genialen Baumeister des Deutschen Reiches, den Fürsten Bismarck, eine so gesegnete Regierungstätigkeit beschieden hatte, mußte jede antisemitische Bekundung schon deshalb unsympathisch sein, weil er eine viel zu religiös angelegte Natur war. Deshalb erfolgte ja gerade auch der Bruch mit Stöcker, den er als Hofprediger sehr hoch schätzte, weil ihm das politische Demagogentum dieses Mannes in tiefster Seele zuwider war. Als Stöcker im Jahre 1880 in einer öffentlichen Versammlung die Wendung gebrauchte: „Warum fordern Sie nur von uns Geistlichen soziale Hilfe? warum nie von den Juden? Herr von Bleichröder hat mehr Geld als alle evangelischen Geistlichen zu-

Bruch mit Stöcker.

sammen," erging auf Veranlassung Bismarcks unter dem 29. Dezember 1880 folgendes Allerhöchstes „Handschreiben"[1]) an den Hofprediger:

Handschreiben Wilhelms I. gegen Stöcker.

„Ueber Ihre Tätigkeit als Leiter des von Ihnen gegründeten christlich-sozialen Arbeitervereins habe Ich, mit Bezug auf Ihre Vorstellung vom 23. September d. J., aus Anlaß einer Immediateingabe des Geheimen Kommerzienrats von Bleichröder, Bericht von dem Reichskanzler und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten erfordert und die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn Sie auch bei Ihren sozialen Bestrebungen von guter Absicht geleitet werden, so doch Ihre bisherige Tätigkeit von Ausschreitungen nach Form und Maß nicht frei geblieben ist. Ich kann insbesondere Ihnen Meine Mißbilligung darüber nicht vorenthalten, daß Sie durch Hinweisung auf einzelne große Vermögen, wie in der Rede vom 11. Juni dieses Jahres geschehen, und auf die Unzulänglichkeit der von Meiner Regierung zugunsten der Arbeiter beabsichtigten Schritte, denen Sie, insbesondere in der am 14. Oktober dieses Jahres in der Versammlung des Zentralvereins für Sozialreform gehaltenen Rede, weitergehende Ziele gegenüberstellen, Begehrlichkeiten, zu deren Befriedigung auch Sie kein Mittel kennen, mehr erregt als beruhigt haben. Ich erwarte, daß Sie fortan überall, wo Sie öffentlich auftreten, auch außerhalb Ihres geistlichen Amtes die dem letzteren besonders obliegende Pflege des Friedens unter allen Klassen Meiner Untertanen unbeirrt im Auge behalten werden. Wilhelm."

Diese allerhöchste Verwarnung veranlaßte Stöcker anfangs zu einiger Zurückhaltung; sein Fanatismus brach aber bald wieder durch, als er drei Jahre später in London in öffentlicher Versammlung sich in hämischer Weise über die Zustände in Deutschland äußerte. Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Hermes, mußte ihm infolgedessen unterm 29. November 1883 folgende offizielle Eröffnung machen:

Reskript des Evangelischen Oberkirchenrats.

„Euer Hochwürden

bin ich verpflichtet, von folgendem heute an mich ergangenen Allerhöchsten Erlasse Kenntnis zu geben:

Ich beauftrage Sie, dem Hofprediger Stöcker, dessen Bericht vom 22. d. M. über seine Reise nach London Mir vorgelegen hat, zu eröffnen, es habe Mein ernstes Mißfallen erregt, daß er, ohne von Mir den erforderlichen Urlaub eingeholt zu haben, sich nach London begeben, sowie daß er mit Hintansetzung seiner Stellung als Hofprediger dort im Auslande, neben Luthervorträgen und -predigten sozialpolitische Fragen öffentlich verhandelt und damit den vorgekommenen kompromittierenden Auftritten sich und sein Amt ausgesetzt hat. Demselben ist zugleich zu eröffnen, daß Ich überhaupt bei seinem außeramtlichen Auftreten vielfach den Takt vermisse, welcher zur Wahrung der Würde seines Amtes und Berufs als Dom- und Hofprediger unumgänglich geboten ist. Ich erwarte, daß er fortan diese Rücksichten pflichtmäßig mit sorgfältigster Strenge beobachtet.

Indem ich mich dieses Allerhöchsten Befehls hiermit entledige, wünsche ich nichts lebhafter, als daß es Ihnen gelingt, alles zu vermeiden, was zu weiterem Allerhöchsten Mißfallen Anlaß geben könnte.

Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats.
Hermes."

---

[1]) Zum ersten Male veröffentlicht in Dietrich von Oertzens Werk: „Adolf Stöcker". Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, Berlin 1910.

Am 27. Juli 1885 sah sich, da diese Ermahnung fruchtlos blieb, der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Hermes, genötigt, im Auftrage des Kaisers Stöcker zu schreiben, daß dieser (der Monarch) „Ihre Demission als Hof- und Domprediger wünscht und erwartet". In einem Schreiben des Ministers des Innern von Puttkamer an Stöcker (31. Juli 1885) wurde besonders hervorgehoben, daß der Monarch in der Vorstellung lebe . . ., „daß der agitatorisch auftretende Hofprediger Seine Allerhöchste Person in eine Art von Solidarität hineinzieht, von der Se. Majestät nun einmal nichts wissen wollen".

Stöcker's Demission.

Diese Kundgebungen des Kaisers lassen keinen Zweifel darüber, daß die gefährlichen Wirkungen der politischen Demagogie seines Hofpredigers von dem Monarchen von Anbeginn an klar erkannt worden sind, und es geht ferner aus ihnen mit aller Deutlichkeit hervor, daß gerade das antisemitische Wirken Stöckers den Umschwung in dem Urteil des Kaisers über seinen Hofprediger hervorgerufen hat.

Wie sich Stöcker die Gunst des Monarchen durch den dreisten Versuch, ihn für seine politischen Zwecke als Bundesgenossen zu reklamieren, verscherzt hat, so sah sich auch die Gemahlin Kaiser Wilhelms II., die als Prinzessin Wilhelm ihm wiederholt ihre Sympathien bekundet hat, genötigt, ihm ihre Freundschaft zu kündigen, nachdem er sie in öffentlicher Versammlung als „liebe Freundin" tituliert hatte.

Damit war der Bruch mit dem Hofe vollständig geworden. Es wurde offiziell weder von Stöckers Amtsjubiläum noch von seinem 70. Geburtstage Kenntnis genommen, auch bei seinem Tode erfolgte, wie Stöckers Biograph hervorhebt, keinerlei Beileidskundgebung an die Witwe.

Kaiser Friedrich III.

Es gibt keinen kaiserlichen Erlaß, kein Manifest eines großen Herrschers, das den Gedanken der Toleranz in erhabenere Worte kleidet, als die offizielle Kundgebung Kaiser Friedrichs bei seinem Regierungsantritt, worin er dem Fürsten Bismarck folgende Direktiven gibt:

Regierungs-Erlaß.

„Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Untertanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe; sie haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt!"

Der edle Dulder auf Deutschlands Throne hat vielleicht das treffendste Urteil, das jemals über den Antisemitismus gefällt worden ist, ausgesprochen, indem er ihn als die „Schmach des Jahrhunderts" bezeichnete. Dieses Wort traf die Antisemiten aller Richtungen wie ein Peitschenschlag, und es hat auch nicht an krampfhaften Versuchen gefehlt, seine Authentizität in Zweifel zu ziehen. Stöcker hat

„Schmach des Jahrhunderts".

es wiederholt im Reichstage als apokryph hingestellt, und Liebermann v. Sonnenberg, dessen Spuren seither die antisemitische Presse bei jedem neuerlichen Ableugnungsversuch folgt, besaß sogar die Dreistigkeit zu erklären:

„Dies Wort hat dereinst ein verstorbener Jude gefälscht und einem hohen Herrn fälschlich in den Mund gelegt; jener hohe Herr hat es niemals gesprochen. Man soll solche Fälschungen nicht wiederholen. Auch das bekannte Gerichtserkenntnis beweist nichts dafür, es besagt nur, daß jener Jude andern erzählt hat, das Wort aus hohem Munde sei zu ihm gesprochen, weiter nichts."

Es erscheint daher angezeigt, die Authentizität des Wortes mit einigen dokumentarischen Zeugnissen zu belegen.[2]) In dem Beleidigungsprozeß Stöckers gegen den Siegener Redakteur Bommert, den Verfasser eines vor der Reichstagswahl 1890 erschienenen Flugblattes gegen Stöcker wurde vor dem Reichsgericht als Berufungsinstanz der Beweis, den Bommert zu seiner Entlastung angetreten hatte, als geführt angesehen. Durch die Vernehmung der Zeugen: der Redakteure der „Nationalzeitung", des Abg. Löwe, des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck wurde festgestellt, daß die Mitteilung der „Nationalzeitung" vom 15. Januar 1881 im Einverständnis mit dem Geh. Kommerzienrat Stadtrat Magnus, an welchen die Aeußerung des Kronprinzen gerichtet war, veröffentlicht worden ist. Diese Mitteilung lautete in ihren wesentlichen Stellen wie folgt:[3]) **Stadtrat Magnus.**

„Bald nach Aufhebung der sehr kurzen Geschäftssitzung der Nat.-Invalid.-Stiftung wandte sich der Kronprinz an Geheimrat Magnus mit der Frage, „wie er mit dem vergangenen Jahre zufrieden gewesen sei?" Der Angeredete entgegnete, daß angesichts der Sr. Kais. Hoheit wohlbekannten Agitation das Jahr für ihn eines der trübsten seines langen Lebens gewesen sei. Wenn ihm und unzähligen seiner Glaubensgenossen inmitten dieser traurigen Bewegung ein starker Trost geblieben wäre, so sei es die lebendige Erinnerung an den an dieser Stelle getanen Ausspruch des Kronprinzen, daß er die Bewegung bedauere und daß sie eine Schmach für unsere Zeit sei. Mit allem Nachdruck bemerkte hierauf der Kronprinz, daß er dieselbe Anschauung heute wie damals hege, daß er die gedachten Bestrebungen auf das entschiedenste mißbillige und verwerfe. Was sein Gefühl dabei am meisten verletze, sei die Hineintragung dieser Tendenzen in die Schule und die Hörsäle; in die Pflanzstätten des Edlen und Guten sei dieses böse Samenkorn hineingeworfen worden. Hoffentlich werde es nicht zur Reife gelangen. Er vermöge es nicht zu fassen, wie Männer, die auf geistiger Höhe stehen oder ihrem Berufe nach stehen sollten, sich hier zu Trägern und Hilfs-

---

[2]) Uebrigens ist auch darauf hingewiesen, daß die Ausführungen des Kronprinzen noch zu seinen Lebzeiten — fünf Jahre vor seinem Hinscheiden — veröffentlicht wurden und unwidersprochen blieben, und daß trotz der Veröffentlichung dieser Bemerkung, ja vielleicht gerade wegen dieser Veröffentlichung, der hohe Herr dem Stadtrat Magnus sein Vertrauen weiter schenkte, bei dessen Beerdigung einen Kranz übersandte und sich durch den Kammerherrn v. Normann vertreten ließ.

[3]) Die „Kreuz-Ztg." hat damals unter Bezugnahme auf den Bericht der „Nat.-Ztg." erklärt: „Auch nach unseren Informationen entsprechen die damals mitgeteilten Aeußerungen, wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch dem Sinne nach, am meisten deren tatsächlichem Inhalte.

mitteln einer in ihren Voraussetzungen und Zielen gleichmäßig verwerflichen Bewegung hingeben könnten. Der Kronprinz sprach zum Schluß des Gesprächs die Hoffnung aus, die Bewegung werde sich im Sande verlieren, derartige ungesunde Dinge könnten keinen Bestand haben."

Auf weitere angebotene Zeugenvernehmungen verzichtete das Reichsgericht; in dem Erkenntnis, das die Blätter am 6. Juni 1886 publizierten, hieß es u. a.:

„Auf Grund dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme ist als erwiesen angenommen, daß Se Kais. Hoheit — wenn auch nicht wörtlich, so doch in einer im wesentlichen gleichbedeutenden Weise — das von dem Angeklagten behauptete Urteil in betreff der antisemitischen Bewegung gefällt habe. Wenn der Vertreter des Nebenklägers dieses Beweisergebnis als unerheblich hinstellte, weil Se. Kais. Hoheit die antisemitische Bewegung getadelt, während der Angeklagte behauptet habe, die verurteilende Aeußerung habe sich gegen die Stöckersche Bewegung gerichtet, — so konnte einer solchen Unterscheidung nicht zugestimmt werden. Denn die antisemitische Bewegung, mögen auch nachträglich in ihr andere Führer aufgetreten oder hinzugetreten sein, ist doch gerichtsbekanntermaßen hauptsächlich von dem Hofprediger Stöcker veranlaßt, so daß der Angeklagte mit Recht die gegen die antisemitische Bewegung gerichtete Aeußerung Sr. Kais. Hoheit auf die von dem Hofprediger Stöcker veranlaßte Bewegung beziehen konnte. In der Form der Behauptung konnte auch hier das Vorhandensein einer Beleidigung nicht gefunden werden und war daher die Strafbarkeit des Angeklagten ausgeschlossen.

In diesem richterlichen Erkenntnis war also zugleich festgestellt, daß Stöcker der Urheber der Judenhetze in Deutschland war. Als die Antisemiten, wie bereits erwähnt, fortfuhren, die Echtheit des Wortes in Zweifel zu ziehen, und Liebermann v. Sonnenberg das Andenken an einen Verstorbenen in unerhörter Weise verunglimpfte, veröffentlichten die Hinterbliebenen des Stadtrats Magnus in einer Eingabe an den Präsidenten des Reichstags Briefe des ehemaligen Chefs der Admiralität, Ministers v. Stosch, und G. v. Bunsens, welche die Echtheit des Wortes von der „Schmach des Jahrhunderts" nachdrücklich bekräftigten.

Minister von Stosch.

Der erstere schrieb in einem Briefe an den Reg.-Rat Magnus, datiert vom 27. 3. 1893, u. a.:

„. . . Ich weiß, daß das geäußerte Urteil durchaus den Ansichten weiland Sr. Majestät Kaiser Friedrichs III. entsprach, und ich kann hinzufügen, daß in den mannigfachen Unterredungen, welche ich mit meinem langjährigen Freunde, dem damaligen Kammerherrn v. Normann gerade über diese Sache gepflogen habe, die quästionierte Aeußerung als von Sr. Kaiserlichen Hoheit gemacht, nie im Zweifel stand."

Georg von Bunsen.

Und G. v. Bunsen schrieb am 3. April 1893:

„Aus meinem Briefe vom 20. Juni 1880, der sich im Nachlasse Ihres seligen Herrn Vaters gefunden hat, wissen Sie, daß die damalige Frau Kronprinzeß mit Abscheu von der Judenhetze sprach. Einige Worte, die damals den Schluß Ihrer Aeußerungen bildeten, haften noch frisch in meiner Erinnerung. Die hohe Frau erklärte, daß dem Kronprinzen wie Ihr Selbst daran gelegen sei, über Ihrer Beiden Verurteilung der unwürdigen Agitation nirgend einen Zweifel aufkommen zu lassen. Was die Pietät Sie jetzt gut tun heißt, erachte ich zugleich als zum Wohle des Vaterlandes getan und wünsche Ihrem Vorgehen, sehr geehrte Herren, den ausgiebigsten Erfolg."

Dieser ältere Brief aus dem Jahre 1880 lautete:

Verehrter Herr Geheimrat!

Gestern Abend nahm die Frau Kronprinzessin eine Gelegenheit wahr, von der „Judenhetze“ und der „schönen Geduld“ zu reden, welche die Juden an den Tag gelegt. Im Laufe dieses Gespräches habe ich dann der hohen Frau von Ihrer Absicht, das Lessingdenkmal zu errichten, erzählt. Auf meine Aeußerung, daß gerade jetzt der Augenblick mir gekommen zu sein scheine, wo gar mancher sich freuen würde, seine Gesinnung zu bekunden und damit einer ebenso frechen als unerwarteten Agitation entgegenzutreten, ging sie lebhaft bejahend ein. „Ich hoffe, daß man weiß, wie scharf und entschieden der Kronprinz und Ich sie mißbilligen.“ Ganz der Ihrige G. v. Bunsen.

Auch bei vielen anderen Gelegenheiten hatte der Kronprinz sich als ein scharfer Gegner der konfessionellen Verhetzung ausgesprochen, so in Dankbriefen an den Pastor Gruber-Reichenberg, den Verfasser einer Schrift „Christ und Israelit“, und an Dr. theol. Baumgarten, den Verfasser der bekannten Streitschrift „Wider Herrn Hofprediger Stöcker“. Er teilte freilich damit nur die Anschauungen seiner hohen Mutter, der Kaiserin Augusta, die Berthold Auerbach gegenüber (siehe Berth. Auerbachs Briefe an seinen Freund und Vetter Jacob Auerbach, II. Band, Frankfurt a. M. 1884, S. 451 bis 453, die noch zu Lebzeiten der Kaiserin Augusta veröffentlicht und unangefochten geblieben sind), aus ihrer Verurteilung der konfessionellen Hetze niemals ein Hehl gemacht hat.[4])

Kaiser Wilhelm II.

Wiewohl von dem derzeitigen Monarchen, der als Prinz Wilhelm sich bei dem alten Kaiser sowohl persönlich wie auch durch seine Gemahlin sehr angelegentlich für Stöcker verwandt hat (vergl. auch den Abschnitt „Wilhelm I.“) keine Aeußerung bekannt geworden ist[5]), die als direkte Stellungnahme gegen den Antisemitismus gelten könnte, so wird doch gerade Wilhelm II. seit vielen Jahren von den Antisemiten

---

[4]) Ernst Boerschel spricht im „Daheim“ (September 1911) von der „Vorurteilslosigkeit“, die die Gemahlin Wilhelms I. „in einer sehr kritischen Zeit, z. B. an Berthold Auerbach, glänzend erprobte“.

[5]) Der freikonservative Abgeordnete Graf Douglas hat in einer Rede **Graf Douglas.** in Aschersleben am 4. Okt. 1888 — (als Broschüre erschienen unter dem Titel: „Was wir von unserem Kaiser hoffen dürfen“, Berlin 1888, Walter & Apolent) — eine Information der „Berl. Börs.-Ztg.“ bestätigt, wonach der Kaiser schon zu Anfang seiner Regierung Wert auf die Bekanntgabe gelegt habe, daß er auf einer höheren Warte stehe als auf der Zinne der Partei und daß die Preußen jüdischen Glaubens so gut seine Untertanen seien wie die christlichen Preußen, und seinerseits auf Grund eigener Kenntnis noch hinzugefügt: „Ich kann versichern, daß Seine Majestät, nachdem er diese ihm zugeschriebene Aeußerung gelesen hatte, zwar bemerkt hat, er entsinne sich der Worte nicht mehr, aber er nehme keinen Anstand, sich zu der darin ausgedrückten Auffassung zu bekennen.“

„Er (der Kaiser) hat es wiederholt ausgesprochen, daß sein Leben dem ganzen Volke gehört, ohne Unterschied des Glaubens, der Abstammung oder der politischen Parteistellung.“

aller Richtungen auf das gehässigste angegriffen, und zwar wegen seines persönlichen Verkehrs mit Juden, die sich auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens ehrenvoll betätigen oder sich auch um das Gemeinwohl große Verdienste erworben haben. Das Nähere hierüber ist in dem Kapitel: „Beschimpfungen des Monarchen" nachzulesen. Der

Bruch mit Stöcker.

Bruch des Kaisers mit Stöcker ist wohl auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Erstens konnte der Monarch dem „christlichen Sozialismus" Stöckers keinen Geschmack abgewinnen, wie sein Telegramm[6]) an Geh. Rat Hintzpeter vom 28. 2. 1896 bewies. Zweitens hatte Stöcker auch Kaiser Wilhelm II. gegenüber genau so wie gegen Wilhelm I. einen Ton angeschlagen, den der von seinem Herrscherberuf ungleich tiefer durchdrungene Enkel noch weit weniger vertragen konnte als der Großvater. Stöcker hat mit dem Kaiser um die Wiederherstellung seiner Reputation mit zäher Energie gekämpft. Nach der für ihn günstigen letztinstanzlichen Entscheidung im Prozeß Witte schrieb er dem Kaiser, der einige Jahre vorher christlichsozial als „Unsinn" bezeichnet hatte, am 19. April 1899 einen Brief, in dem er eine Ehrenerklärung in aller Form verlangte; er solle „bei gegebener Gelegenheit den Bann von der christlichsozialen Sache nehmen". Stöcker stellt „alleruntertänigst anheim, ob etwas geschehen wird, was meiner persönlichen und amtlichen Ehre Genugtuung verschafft". Diese Fassung des Bittschreibens war vergleichsweise noch sehr milde, in Wirklichkeit wollte dieser „Lanzenbrecher der Monarchie", wie Pfarrer Weber in seinen Aufzeichnungen berichtet, dem Kaiser, auf dessen abfälliges Urteil über Stöcker Stumm sich in seiner Neunkirchener Rede berufen hatte, schreiben:

„Dadurch haben Euer Majestät auch an Ihrem Teile meine Ehre angetastet und in aller Ehrerbietung muß ich Euer Majestät bitten, mir meine Ehre wiederzugeben."

In dieser Tonart hat Stöcker wiederholt gegen den Kaiser polemisiert. Als Wilhelm II. Herrn Zelle zu seiner Wahl als Oberbürgermeister von Berlin beglückwünschte und dazu bemerkte, die Wahl hätte

---

Freiherr von Rothschild.

Aus älterer Zeit ist ferner zu erwähnen die Antwort, die Freiherr von Rothschild (23. März 1890) auf seinen Appell an den Gerechtigkeitssinn Sr. Majestät, „die Lage seiner jüdischen Untertanen in gnädige Erwägung ziehen und hierbei fremdem Vorurteil und Uebelwollen keinen Einfluß gestatten zu wollen", von dem Geh. Kabinettsrat Lukanus erhielt:

„Seine Majestät umfaßt alle ihre Untertanen ohne Rücksicht auf Stand oder Religionsbekenntnis mit gleichem landesväterlichen Wohlwollen, und die jüdischen Untertanen dürfen auf den allerhöchsten Schutz um so sicherer vertrauen, je mehr dieselben nach Ihrer Versicherung bestrebt sein werden, keiner anderen Klasse der Bevölkerung in Betätigung wahren Patriotismus und echter Bürgertugend nachzustehen."

[6]) „Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch „sozial", christlichsozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend . . ."

keinen Würdigeren treffen können, da rief Stöcker in öffentlicher Versammlung aus:

„Wenn der König einen der Kirche abgeneigten fortschrittlichen Mann für den besten und geeignetsten erklärt, dann wird mir jeder sagen müssen, daß wir unter diesen Umständen keine monarchische Agitation treiben können."

Diese Antwort kennzeichnete so recht den Verfasser des Scheiterhaufenbriefes; er verfolgte seine Gegner mit fanatischem Haß. Der antisemitische Demagoge in dem Hofprediger war eben von jeher mächtiger als der Monarchist. Dieser berüchtigte Scheiterhaufenbrief, an den ehemaligen Chefredakteur Herrn von Hammerstein[7]) gerichtet, stammte aus dem Jahre 1888, aus der Zeit, in der sich die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem eben zur Regierung gelangten jungen Monarchen und dem Altreichskanzler zu dem späteren folgenschweren Konflikt zusammenspitzten. Aus diesem Ringen zweier so verschiedenartiger Naturen, Temperamente und Generationen glaubte Stöcker politischen Nutzen ziehen zu können, indem er seinem Freunde Hammerstein in diesem Schreiben empfahl, den Kaiser nach folgendem Rezept zu behandeln: **Scheiterhaufenbrief.**

„X (Name eines konservativen Abgeordneten) sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufdecken, für zeitgemäß hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen?

Ich glaube, daß im Augenblick Fürst B. den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in bezug auf das Kartell, das nun einmal Bismarck für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes Ereignis ansieht. Will man dagegen die B.'schen Intrigen seit der Waldersee-Versammlung ausspielen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von B. und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letzteren. Ich hörte noch gestern, daß er ganz für die Kartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens tun kann und muß, ist folgendes:

Prinzipiell wichtige Fragen, wie Judenfrage, Mutineum, Harnack, Reichstagswahl im sechsten Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasko der antisozialdemokratischen Elemente schließt, muß man, ohne B. zu nennen, in der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf B. überlassen. Man muß also rings um das politische Zentrum resp. das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. — Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und B. Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — B. — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. B. selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch behutsam sein. . . .

Herzlichste Grüße Ihr getreuer Stöcker."

---

[7]) Das politische Intrigenspiel und die später bekannt gewordenen moralischen Vergehen Hammersteins hatten Liebermann v. Sonnenberg eine gewisse Hochachtung abgerungen; er schrieb nämlich in seinen „Deutschsoz. Bl." (26. 9. 1895) über diesen: „Wie alles bei diesem außergewönlichen Menschen, so haben auch seine Vergehungen einen Zug ins Großartige.

Mit diesem Briefe, der das politische Intrigenspiel Stöckers klar vor aller Augen führte, hatte Stöcker sich auch die letzten etwa noch aus der prinzlichen Zeit stammenden Sympathien Wilhelms II. verscherzt. Der Kaiser hatte damit zugleich einen intimen Einblick in die Werkstatt der antisemitischen Falschmünzer gewonnen, der ihn fortan veranlaßte, jede Berührung mit diesen Kreisen zu vermeiden.

Der Kronprinz.

Da Wilhelm II. als Monarch die Hoffnungen, die die Antisemiten auf die politische Entwicklung des Prinzen Wilhelm gesetzt, so grausam enttäuscht hat, so nahen sie sich jetzt mit ihrer aufdringlichen Umschmeichelung dem aufgehenden Gestirn. Der Kronprinz hat schon einmal im Jahre 1905, als er das Stiftungsfest des Berliner Vereins Deutscher Studenten besuchte und dort einen Panegyrikus auf die antisemitische „Weltanschauung" anhören mußte, das Entzücken der „Staatsbürgerzeitung" erregt, die sich in ihrem Bericht noch ein kleines Fälscherkunststückchen leistete, indem sie schrieb:

Verein deutscher Studenten.

„Wir müssen den Schmerz (der freisinnigen Blätter) noch vergrößern, indem wir bekannt geben, daß der Kronprinz die Tendenzen des Vereins kennt und den Reden, die auf dem Kommerse gehalten wurden, offen seinen Beifall spendete."

Das offizielle Organ des studentischen Verbandes, die „Akadem. Blätter", winkten jedoch energisch ab:

„Wir bedauern auch an dieser Stelle lebhaft, daß die „Staatsbürgerztg." damit immerhin einen Anlaß zu der Behauptung gegeben, „man" wolle den Kronprinzen „für eine bestimmte politische Richtung gewinnen". Um aber auch den dürftigsten Schein des Rechtes zu dieser Behauptung zu nehmen, erklären wir, daß die Berichterstattung der „Staatsbürgerztg." von dem Verein Deutscher Studenten in Berlin, daß sie insbesondere von allen Mitgliedern und Alten Herren des Vereins, die sich für den Verlauf des Festes verantwortlich fühlen, auf das schärfste gemißbilligt und abgelehnt wird. — Wir können auch hinzufügen, daß die engeren Freunde des Herrn von Liebermann dieses Bedauern durchaus teilen."

Staatsbürgerzeitung.

Diese „Festlegung" des Kronprinzen auf antisemitische Tendenzen war also gründlich vereitelt worden. Noch einmal suchte die „Staatsbürgerzeitung" sich in abstoßendster Form dem Kronprinzen zu empfehlen, indem sie (April 1905) den Gedanken anregte, daß von Reichs wegen für eine Apanage des Kronprinzen Sorge getragen werde, damit, wie das Blatt hinterlistig andeutete, der Kronprinz nicht etwa jüdischen Manichäern in das Garn gehen müsse. Der allgemeine Unwille über diese Taktlosigkeit brachte die Diskussion hierüber bald zum Schweigen. Der Zweck der ganzen Uebung war natürlich nur der, mit den Mitteln der Reklame und des Anreißertums die Aufmerksamkeit auf die „kronprinzenfreundliche" Haltung des politischen Antisemitismus zu lenken.

Ein wahrer Freudentaumel erfaßte aber die antisemitischen Nationalisten aller Richtungen, als der Kronprinz im Jahre 1910 an-

läßlich seiner Ernennung zum Rector magnificentissimus der Königsberger Albertina die Pflege der „völkischen Eigenart" ganz besonders betonte, indem er u. a. ausführte: „Völkische Eigenart".

„Meine neue Würde gibt mir willkommene Gelegenheit, Dolmetsch dieser Gedanken zu sein. Weisen Sie uns die Wege, auf denen unser deutsches Volk wandeln soll, um die Stellung unter den Völkern einnehmen zu können, die ihm seinen geistigen und physischen Kräften entsprechend mit Recht zukommt. Dabei ist uns nicht damit allein gedient, die Schwächen und Mängel unseres Landes zu kennen, denn diese Erkenntnis führt leicht zu Verdrossenheit und unfruchtbarer Kritik, vielmehr sehnen wir uns nach der Betonung unseres deutsch-nationalen Volkstums im Gegensatz zu den internationalisierenden Bestrebungen, die unsere gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen."

Die antisemitisch-alldeutsche Presse konnte sich vor Entzücken gar nicht fassen. „Post", „Staatsb.-Ztg." und „Alldeutsche Blätter" jubelten. Die „Deutschsoz. Bl." (27. 8. 1910) schlachteten die Kronprinzenrede in einem Artikel mit der Ueberschrift „Goldene Worte" nach bekannter antisemitischer Manier mit einer besonders giftigen Spitze gegen den Kaiser (siehe auch das Kapitel: „Schmähungen des Monarchen") aus: „Deutschsoz. Blätter".

„Unter der Regierung dieses Herrn trat der jüdische Mammonsgeist seinen Siegeszug an, so daß heute mit Ausnahme der „Dreihundert" alle vor Baal die Knie beugen. Die „internationalen Bestrebungen" unserer Politik zogen uns eine beschämende Niederlage nach der andern zu, verärgert und verdrossen zogen sich manche der Besten vom öffentlichen Leben zurück, damit den Charlatanen der Linken und deren jüdisch-internationalen Bestrebungen das Feld noch mehr freigebend."

Zum Schlusse des giftigen Pasquills hieß es:

„Stehen zwischen dem Herzen des Deutschen Kaisers und denen der besten Deutschen Eisberge, dann erstirbt unter den Ausstrahlungen der Kälte alles Leben. Die Masse der Deutschen lebt immer Vorbildern nach, sind solche undeutsch wie heute, dann geraten wir in den Sumpf der Internationalität, dann verjuden wir wirtschaftlich, politisch, literarisch und moralisch; fühlt die höchste Stelle wirklich deutsch-völkisch, dann läßt sich unser Volk auch leicht zur Sonnenhöhe germanischer Weltanschauung führen."

Zwischendurch wurden sowohl dem Kronprinzen wie den antisemitischen Gesinnungsgenossen des Blattes folgende etwas mystisch klingende Ratschläge erteilt:

„Weil die Macht des Judentums in der Presse vorläufig noch zu groß ist, sollte der hohe Herr etwas vorsichtig sein und seine deutsch-völkische Gesinnung nicht so offen zeigen, das internationale Judentum kann ihm gar leicht viele Widerstände bereiten. Immer daran denken, selten davon sprechen; aber wenn die Zeit erfüllet ist, dann handeln, das muß die Losung sein. Es liegt im deutschvölkischen Interesse, daß der Kronprinz nicht mürbe und müde gemacht wird in stillen aufreibenden Kämpfen mit den undeutschen Mächten am Hofe, die ihm seine deutschen Worte nicht vergessen werden. Die deutschvölkische Presse sollte diesen Umstand stets berücksichtigen."

Man ersah aus diesem wirren Geschreibsel nur, welche spekulativen Hoffnungen man sich im antisemitischen Lager auf den Kronprinzen machte!

Der Kronprinz hatte selbstverständlich nicht entfernt mit der Betonung der völkischen Eigenart irgendwelche antisemitische Tendenzen begünstigen wollen. Er hat nur den Begriff der nationalen Interessen vielleicht etwas zu eng gefaßt und dabei nicht genügend berücksichtigt, daß die Ueberspannung des nationalen Gedankens auch ihre Schattenseiten hat. Er kannte vielleicht noch nicht das herrliche Wort, womit unser größter Geistesfürst Wolfgang von Goethe sein Verhalten gegenüber Napoleon rechtfertigte:

Goethe über Nationalhaß.

„Wie hätte ich hassen können ohne Jugend! Ueberhaupt ist es mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet, und wo man gewissermaßen über dem Nationalen steht und man ein Glück oder Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß, und ich hatte mich darin längst befestigt, ehe ich mein sechzigstes Jahr erreicht hatte.“

Nun, der Kronprinz wird, ehe er sein sechzigstes Lebensjahr erreicht, seine mit schönem jugendlichen Feuer vorgetragenen Anschauungen über diese Frage wahrscheinlich ebenfalls noch gründlich ändern. Daß er kein Antisemit ist, beweist schon die Tatsache, daß auch er die Tonschöpfungen jüdischer Komponisten sehr hoch schätzt (gerade so wie sein Vater ein großer Verehrer Meyerbeers ist). Im kronprinzlichen Hause erfreuen sich des verstorbenen Gustav Mahlers Symphonien großer Wertschätzung, und der jüdische Geigenkünstler Brunislaw Hubermann ist ein oft und gern gesehener Gast.

Deutsche Bundesfürsten.

Ohne auf Einzelheiten näher einzugehen, wollen wir zum Schluß nur noch vermerken, daß auch der verstorbene Großherzog Friedrich von Baden und der verstorbene Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar aus ihrer Abneigung gegen den Antisemitismus niemals ein Hehl gemacht haben.

Großherzog von Hessen.

Auch der verstorbene Großherzog von Hessen hat einer Deputation israelitischer Gemeinden, die im Jahre 1890 wegen der antisemitischen Aufreizungen vorstellig geworden war, durch den Staatsminister Finger antworten lassen, daß er „von den gehässigen Anfeindungen der Juden mit Bedauern Kenntnis genommen habe, dieselben auf das ernstlichste mißbillige“ und ein baldiges Aufhören erwarte. Sein Nachfolger hat einer Deputation hessischer Schullehrer, die bald nach seinem Regierungsantritt von ihm in Audienz empfangen wurde, erklärt, daß er die antisemitische Bewegung aufs tiefste bedaure und sie, gleich Kaiser Friedrich, als eine Schmach unseres Jahrhunderts betrachte. Soweit es in seiner Macht liege, würde er in seinem Lande entschieden Front gegen diese verwerfliche Hetze machen.

Der Herzog Georg von Meiningen hat auf ein Huldigungstelegramm der israelitischen Gemeinde Bauerbach in Meiningen folgende telegraphische Antwort erlassen: Herzog von Meiningen.

Cadenabbia bei Como. Herzlichen Dank für freundliches Gedenken. Angesichts der Versuche der Verirrung des Antisemitismus, sich auch bei uns Eingang zu verschaffen, können die Israeliten Meiningens auf mich zählen.

Bekannt ist, daß auch der Herzog von Anhalt bei Gelegenheit einer Audienz in Ballenstedt am 15. Mai 1892 seine Mißbilligung über die antisemitischen Agitationen und Versammlungen geäußert und zugleich die Erwartung ausgesprochen hat, daß die seit jeher in Eintracht lebende Bürgerschaft Dessaus diesen den Klassenhaß erzeugenden Bestrebungen fernbleiben werde. Herzog von Anhalt.

Die fünf Reichskanzler.

Die Stellung der fünf verantwortlichen Träger der Reichspolitik von Bismarck bis Bethmann Hollweg zum Antisemitismus mit einigen wenigen Strichen zu skizzieren, ist nicht ganz leicht, da zwischen dem persönlichen Verhalten dieser Männer den Juden gegenüber und ihrer offiziellen Stellung zur sog. Judenfrage oft ein Zwiespalt besteht. Das eine darf freilich unbedenklich festgestellt werden: die Geschmacklosigkeit, eine prinzipielle Gegnerschaft gegen die verfassungsmäßig vollkommen gleichberechtigten Juden zu bekunden, wie es die Ministerpräsidenten des neuen „konstitutionellen" Rußland tun, haben die Kanzler des Deutschen Reiches nie besessen, und von jedem einzelnen ist es bekannt, daß er in intimen persönlichen, gesellschaftlichen oder auch politischen Beziehungen zu Juden gestanden hat. Anders gestaltet sich natürlich die Beantwortung der Frage: Warum ist keiner dieser Männer, die doch in erster Linie berufen sind, darüber zu wachen, daß die Verfassung nicht fortgesetzt und systematisch verletzt wird, kraft seines Amtes dem Antisemitismus in den einzelnen Verwaltungszweigen entgegengetreten? Hat doch ein zweifellos in antisemitischen Vorurteilen befangener preußischer Justizminister sich selbst geradezu ein Lob ausgestellt, daß er in seinem Ressort überhaupt noch Juden anstelle, im Gegensatz zu den anderen Ressorts in Preußen.

Als Erklärung — wenn auch nicht als Entschuldigung — für diese Unterlassungssünde der bisherigen Reichskanzler kann vielleicht angeführt werden, daß sich schon in dem letzten Dezennium des Bismarckschen Regimes und von da ab ohne Unterbrechung auch unter seinen Nachfolgern die Schwierigkeiten in der inneren Politik so gehäuft hatten, daß sie nicht ohne zwingendste Veranlassung einen Feuerbrand in die Parteien werfen wollten, auf deren Unterstützung sie in erster Linie angewiesen waren.

Das ist, wie gesagt, nur eine Erklärung, aber keine Entschuldigung. Es kommt noch hinzu, daß die bisherigen Leiter der Reichspolitik nach Temperament, Energie und politischem Pflichtgefühl sehr verschieden abgestufte Naturen waren. Für den Feuerkopf Bismarck, der mit dem jungen Kaiser nicht nur um die Erhaltung seines Amtes, sondern auch um die Wahrung seines politischen Prestiges zu kämpfen hatte, war der Antisemitismus als politische Frage eine Bagatelle. Caprivi, der mit klarem Blick die durch die Entfesselung sowohl der agrardemagogischen wie konfessionellen Leidenschaften drohenden Gefahren für die kulturelle Entwicklung erkannt hatte, dachte hierüber schon wesentlich

anders. Er wäre — abgesehen vielleicht von dem Fürsten Hohenlohe, der zwar dasselbe hohe Gerechtigkeitsgefühl, aber eine schon durch sein hohes Alter geminderte politische Energie besaß — der einzige unter diesen fünf Männern gewesen, der, hätte er länger im Amte bleiben können, schon aus ethischen Gründen die Staatsverwaltung von allen antisemitischen Vorurteilen gesäubert hätte.

Nach der ganzen Entwicklung, die die innere Politik im Reiche wie in Preußen in den letzten Jahren genommen hat, würde weder Fürst Bülow den Versuch gemacht haben, noch ist es von dem derzeitigen Reichskanzer zu erwarten, daß er aus eigener Initiative mit dem Verwaltungsantisemitismus, der den eigentlichen Nährboden für den gesellschaftlichen Antisemitismus bildet, gründlich aufräumt. Dadurch, daß die Regierung die verfassungsfeindlichen Parteien nach jeder Richtung begünstigt, schafft sie sich selbst das größte Hindernis für eine loyale Durchführung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Klassen und Konfessionen. Nur das Volk selbst, die Wählerschaft, kann eine Kursänderung der Regierung erzwingen, indem es die reaktionären Parteien aus dem Reichstage hinausfegt und die Regierung zwingt, den Forderungen einer imposanten Mehrheit der Linken Rechnung zu tragen.

Es schien uns politisch zweckmäßig, ehe wir die offizielle Stellungnahme der fünf Reichskanzler zum Antisemitismus im einzelnen schildern, diese allgemeine Betrachtung vorauszuschicken, die jeder optimistischen wie pessimistischen Schlußfolgerung vorbeugt.

Bismarck.

Die Antisemiten würden nur dann ein Recht haben, sich auf einige judenfeindliche Aeußerungen[1]) des Abg. von Bismarck (siehe auch das Kapitel: „Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden") zu berufen, wenn dieser später, als er an der Spitze des preußischen Staatsministeriums und der deutschen Regierung stand, zum mindesten versucht hätte, die als Nachklang der Märzstürme des Jahres 1848 erfolgte Emanzipation der Juden wieder rückgängig zu machen. Das ist aber nicht geschehen. Seinen beschränkten, vorurteilsvollen Junkerstandpunkt hatte Bismarck aufgegeben, und unter seiner Regierung ist das Gesetz vom 3. Juli 1869 zustande gekommen, das alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufhob. In Artikel III der Reichsverfassung ist dann die Gleichberechtigung der Konfessionen mit der verfassungsrechtlichen Bürgschaft umgeben worden.

Schon früher, im Jahre 1868, hat Bismarck das Gewicht seiner Stellung zugunsten der Juden im Orient eingesetzt. Als näm-

---

[1]) Bismarck hat später in Versailles, wie Moritz Busch erzählt, bekannt: Ich habe im Vereinigten Landtag doch manche dumme Rede gehört und (nach einer Pause lächelnd) auch gehalten.

lich in Rumänien das Wüten gegen die Juden seinen Anfang nahm, hatte er auf den Fürsten Karl als Fürsprecher der Verfolgten einzuwirken versucht, wie aus dem Briefe vom 2. April 1868 bekannt geworden ist, den der preußische Botschafter am französischen Hofe, Graf von der Goltz, an Crémieux gerichtet hat.

Berliner Kongreß.

Dem Fürsten Gortschakoff erklärte Fürst Bismarck auf dem Berliner Kongreß von 1878, daß der traurige Zustand der Juden in Rußland vielleicht gerade dadurch herbeigeführt worden sei, daß sie von der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ferngehalten wären. Und in dem unter der hervorragenden Mitwirkung Deutschlands zustande gekommenen Vertrage wurde denn auch Rumänien die Verpflichtung auferlegt, den dortigen Juden die volle Gleichberechtigung zu gewähren.

Daß Bismarck in seiner Auffassung über die Judenfrage seine früheren, rückschrittlichen Traditionen über Bord geworfen hatte, das hat er auch sonst oft genug in Wort und Tat bekundet.

Poschinger über judenfreundliche Aeußerungen Bismarcks.

Bei einem Familiendiner anfangs November 1880, zu welchem auch der jüdische Kaufmann Behrend aus Köslin geladen war, äußerte sich der Fürst nach Poschinger: „Fürst Bismarck, Neue Gespräche und Interviews“:

„Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er sich auf konfessioneller oder gar auf der Grundlage der Abstammung bewege. Mit gleichem Recht könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutsche. Daß die Juden mit Vorliebe sich mit Handelsgeschäften befassen, das ist Geschmacksache; durch ihre frühere Ausschließung von anderen Berufsarten mag das wohl begründet sein. Aber sicherlich berechtigt ist es nicht, über ihre größere Wohlhabenheit jene aufreizenden Aeußerungen zu tun, die ich durchaus verwerflich finde, weil sie den Neid und die Mißgunst der Menge erregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte in irgendeiner Weise verkümmert werden. Die geistige Organisation der Juden im allgemeinen macht sie zur Kritik geneigt, und so findet man sie vorzugsweise in der Opposition; aber ich mache keinen Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Gegnern meiner Wirtschaftspolitik, die ich nach meiner Ueberzeugung als ersprießlich für das Land verfechte. Wenn ich zustimmende Adressen und Telegramme beantwortet habe, so erfüllte ich damit eine Pflicht der Höflichkeit, wie ich dies schon Richter erwiderte: „Ich würde mit Vergnügen ebenso hübsche Antworten auf Zustimmungsworte der Fortschrittspartei gegeben haben, ich habe aber keine erhalten.“

Einem süddeutschen Politiker, der bei einem Aufenthalt des Fürsten Bismarck in Kissingen zur Tafel zugezogen wurde, erklärte der Fürst u. a.:

Er halte die Juden für nützliche Mitglieder des heutigen Staates und finde es unklug, sie zu beunruhigen. Namentlich der reiche Jude pflege ein sicherer Steuerzahler und guter Untertan zu sein.

Demselben Politiker gegenüber äußerte Bismarck auch noch folgendes:

Er halte die Beimischung des jüdischen Elements zu dem germanischen für nützlich. Es stecke in den Juden etwas drin, was wir nicht hätten. Sie gäben der Bevölkerung, namentlich der großen Städte, ein

Mousseux, das sonst fehlen würde, Antriebe und Beweglichkeiten, die sonst kaum in dem Maße vorhanden wären.

Die Anfänge der antisemitischen Bewegung hat Bismarck zwar toleriert, weil er glaubte, in dem Antisemitismus ein Mittel zur Bekämpfung der Liberalen und der Sozialdemokraten zu finden. Damit hat er eben einen der Mißgriffe begangen, wie sie in seiner inneren Politik nicht selten vorgekommen sind. Allerdings war er weit entfernt davon, den antisemitischen Forderungen Zugeständnisse zu machen, wie seine Abweisung der von Dr. Bernhard Förster inszenierten Petitionsbewegung zeigt. Er war kein Antisemit. Wie hätte er auch ein Gesinnungsgenosse der Antisemiten sein können, er, der zu hervorragenden Mitarbeitern an dem deutschen Einheitswerke und seiner Ausgestaltung Juden zählte! Wir nennen nur die Namen Lasker, Bamberger, Simson. Was letzteren betrifft, so lesen wir in dem Poschingerschen Werke „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“:

Bismarck über Eduard Simson.

„Zu den Lieblingen des Kanzlers gehörte Simson. Schon vom Parlament in Erfurt her kannten sich der zukünftige Reichskanzler und der zukünftige Präsident des Reichstages und Präsident des Reichsgerichts. Simson war, wie männiglich bekannt, gleich Friedberg, einem anderen Matador des Rechts, ein getaufter Jude. Anknüpfend an diese Tatsache und an die Tage von Erfurt erging sich nun bei einer parlamentarischen Soiree vom 29. März 1881 dem Reichskanzler gegenüber der Abgeordnete August Reichensperger in folgender Reminiszenz: Eben war der frühere Königsberger Professor Eduard Simson zum Präsidenten des Erfurter Volkshauses gewählt worden. Der Präsident verlas die Liste der gewählten Sekretäre und unter ihnen als letzten auch den Namen Herr von Bismarck-Schönhausen. Da machte der Junker Bismarck, der am Fuße der Tribüne stand, zu seinem Nachbar Reichensperger die Bemerkung: „Mein seliger Vater würde sich dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er hörte, daß ich der Schreiber eines jüdischen Gelehrten geworden.“ — „Diesen jüdischen Gelehrten“, sagte nun Reichensperger nach den vielen, vielen Jahren zum Kanzler, „haben Durchlaucht zum Präsidenten des Reichstages gemacht.“ — „Ja,“ erwiderte der Kanzler, „was noch alles aus einem werden kann.“ Dabei sprach er mit Wärme über Simson und rühmte den jüdischen Gelehrten als „einen der ausgezeichnetsten, von der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Vertreter des nationalen Gedankens, als ein edles Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt seien.“

Verhältnis zu Bleichröder.

Wenn Bismarck antisemitische Neigungen gehabt hätte, würde er auch wohl niemals so viele Jahre in einem so vertrauten Verkehr zu Bleichröder, seinem jüdischen Bankier, gestanden haben. Heinrich von Poschinger gibt in einer seiner letzten Publikationen, „Stunden bei Bismarck“ (Wien, Verlag Karl Konegen), einen neuen Beleg für die große Wertschätzung und das felsenfeste Vertrauen, das der erste Kanzler seinem Bankier entgegenbrachte:

„Das Verhältnis Bleichröders zu Bismarcks stand einzig für sich da. In der Zeit, da die Wogen des Antisemitismus in Berlin aufs höchste gestiegen waren, hatten diese Beziehungen auch nicht ein Haar von ihrer Herzlichkeit verloren. Bismarck konnte krank und für keinen Minister oder Botschafter zugänglich sein; wenn Bleichröder sich melden ließ, so wurde er empfangen. „Setzen Sie sich, lieber Bleichröder,“ und nach einigen Minuten war der Großbankier so sehr ins Erzählen gekommen, daß die Viertelstunden

vergingen wie die Minuten bei dem Vortrage eines der Minister. Der Schlüssel zu dem intimen Verhältnis Bleichröders zu Bismarck war in der unbedingten Hingebung des Finanziers an den Kanzler zu suchen. Bismarck wußte, daß er auf Bleichröder bauen konnte wie auf einen Felsen, ebenso auf dessen Diskretion. Von einem Besuche im Kanzlerpalais zurückgekehrt, erzählte ja Bleichröder mit Vorliebe von Bismarck, wie er ihn getroffen, was er gesagt hatte — der Kern der Unterhaltung war aber bei ihm begraben, und mit eisernen Zangen hätte ihm keiner ein ihm von Bismarck anvertrautes Geheimnis entreißen können. In Bismarcks Gegenwart durfte kein Fremder wagen, über Bleichröder zu witzeln, und als einmal eines der Familienmitglieder nur eine leise Anspiegelung machte, da rollten Bismarcks Augen, und ein vernichtender Blick gebot Stillschweigen."

Hans Blum.

Ueber Bleichröder äußerte sich Bismarck selbst nach dem Buche von Hans Blum: „Persönliche Erinnerungen des Fürsten Bismarck":

„Wie immer der Mann auch in seinem Privatleben sich gehalten haben mag, so hat er sich doch mir persönlich immer als ein wirklich vornehm denkender, uneigennütziger, kluger, umsichtiger und tüchtiger Geschäftsmann erwiesen. Er nahm mir die große, bei meinen amtlichen Geschäften von mir allein kaum zu bewältigende Sorge ab, meine Gelder gut und sicher anzulegen und zu verwalten, alle meine Einkünfte von meinen Gütern einzuziehen usw. und gewährte mir dagegen das an sich ganz uneingeschränkte Recht, meine laufenden Geldbedürfnisse bei ihm zu erheben. Keine seiner Abrechnungen, die ganz regelmäßig einliefen, erforderte jemals eine Berichtigung. Kurz, ich bin ihm persönlich dankbar verpflichtet."

Aber Bleichröder war Bismarck nicht nur ein guter Freund und der erprobte Verwalter seines Vermögens, nein, er nahm seine Dienste auch in wichtigen diplomatischen Angelegenheiten in Anspruch.

von Keudell über Bleichröder.

Hierüber erzählt der verstorbene Botschafter Robert v. Keudell, ein bis zu seinem Tode ehrlicher und treuer Freund des Bismarckschen Hauses, der volle neun Jahre lang, von 1863 bis 1872, als Chef der Reichskanzlei in der unmittelbarsten Umgebung des Fürsten weilte, in seinem Buche: „Fürst und Fürstin Bismarck" aus dem Anfange des Jahres 1865 folgendes:

„Daß Bismarck schlechthin unersetzlich war, daß niemand außer ihm in den dunklen Labyrinthen der damaligen auswärtigen und inneren Politik die gangbaren Pfade zu finden vermocht hätte, davon waren alle überzeugt, die ihm näherstanden. Zu diesen Personen gehörte schon damals Herr Gerson Bleichröder, Chef des Bankhauses S. Bleichröder, ein Mann von ungewöhnlichen Fähigkeiten. Sein Verstand war so lebendig wie durchdringend, sein Gedächtnis zuverlässig, sein Herz fest und treu. Das bei ihm deponierte Kapitalvermögen des Ministers gab ihm fast nichts zu tun, weil Spekulationen irgend welcher Art mit dessen Werten verboten waren; aber seine Stellung zu dem Pariser Hause Rothschild führte ihm mitunter einen politischen Auftrag zu. Die Frankfurter Familie Rothschild ist bekanntlich in Wien, Paris und London verzweigt (das Frankfurter Stammhaus ist inzwischen eingegangen); ihr Vertreter in Berlin aber war Bleichröder. Nun hatte der damalige Chef des Pariser Hauses, Baron James Rothschild, jederzeit seinen Zutritt zum Kaiser Napoleon, der ihm nicht nur über Finanzfragen, sondern auch über Politik ein freies Wort zu gestatten pflegte. Dies bot die Möglichkeit, durch Bleichröder und Rothschild an den Kaiser Mitteilungen gelangen zu lassen, für welche der amtliche Weg nicht geeignet schien. In jenen Jahren hielt Bismarck für geboten, die Beziehungen zu dem mächtigen Monarchen mit allen verfüg-

baren Mitteln sorgfältig zu pflegen und legte daher Wert darauf, auch diesen Weg vertraulicher Mitteilungen mitunter benutzen zu können.

... Es erhob sich daher manchmal das Gerücht, daß Bismarck durch Bleichröder für sich Börsengeschäfte machen ließe, was tatsächlich niemals geschehen ist. Er hat oft genug ausgesprochen, es sei völlig unerlaubt, seine Kenntnis der politischen Lage zu Spekulationen zu benutzen; ein Minister, der sich damit befasse, müsse in Versuchung kommen, seine politischen Rücksichten auf persönliche Vorteile oder Nachteile beeinflussen zu lassen und könne daher keine gute Politik machen."

Auch in späteren Jahren noch blieb Bleichröder der Vertrauensmann des Fürsten, auch in politischen Dingen. Es sei nur daran erinnert, daß die bekannte Unterredung zwischen Bismarck und Windthorst am 15. März 1890 auf Wunsch des Zentrumsführers durch Bleichröder vermittelt wurde.

Natürlich war dieses schöne Verhältnis des großen Kanzlers zu einem jüdischen Bankier den Antisemiten ein Dorn im Auge. Niemals haben sie Bismarck diese „Verirrung" vergessen können. Noch zehn Jahre nach seinem Tode brach der alte Haß der Antisemiten gegen Bismark aus diesem Anlaß durch. Die „Deutsche Reform", das parteiamtliche Organ der „Reformpartei", übernahm zur würdigen Feier dieses Tages einen Schmähartikel der „Allg. Wien. Ztg.", worin der erste Reichskanzler während der Zeit, wo er als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. weilte, mit dürren Worten der erfolgreichen Bestechung durch Rothschild geziehen wurde — er habe nicht nur 5 Jahre im Rothschildschen Palais gewohnt, sondern auch „außerdem von seinem Hausherrn recht bedeutende finanzielle Zuwendungen erhalten" —, das Blatt fügte seinerseits mit heuchlerischem Augenaufschlag noch hinzu:

„Deutsche Reform" zeiht Bismarck der Bestechung.

„Schlimm genug, wenn es wahr sein sollte! Die Stimmen sind ja nie verstummt, die dem Glauben Ausdruck liehen, daß Bismarck das von ihm erhoffte, erlösende Wort gegen die Börse nicht gesprochen hat, weil er sich aus seiner ersten Zeit einzelnen Juden (Rothschild, Bleichröder) verpflichtet erachtete."

So ehren die Antisemiten das Andenken an den großen Kanzler. Aehnliche perfide Behauptungen wurden auch schon früher gegen Bismarck erhoben, ohne daß natürlich auch nur der Schatten eines Beweises dafür erbracht worden wäre. Uebrigens hat Bismarck selbst stets jede geschäftliche Verbindung mit Rothschild in Abrede gestellt. Zu Moritz Busch äußerte er darüber am 2. Dezember 1881 ausdrücklich:

Beziehungen zu Rothschild.

„Ich habe als Minister niemals mit Rothschild Geschäfte gemacht und auch als Gesandter in Frankfurt wenig; er zahlte mir meinen Gehalt aus und einmal tauschte ich bei ihm Rentenbriefe gegen österreichische Papiere aus ... Ich habe es auch nicht nötig, mein Gewerbe als Minister hat mir was eingebracht, ich bin ein reicher Mann geworden durch die Dotationen, die Schenkung in Lauenburg. Freilich, wenn ich ein Geschäft, einen Handel betrieben und darauf soviel Mühe und Verstand verwendet hätte, da hätte ich wohl mehr verdient."

Unrichtig ist die Behauptung, daß Bleichröder 1870 für die französische Anleihe tätig gewesen sei. Er hat sich im

Gegenteil stets eifrig für die Aufbringung der deutschen Kriegsanleihen verdient gemacht. (Siehe M. Busch: „Graf Bismarck", Bd. II S. 319.)

Bismarcks Wohlwollen hatte sich anfänglich auch Stöcker erworben; aber sowohl dieser Agitator im geistlichen Gewande wie die übrigen Führer der antisemitischen Bewegung wurden sehr bald kaltgestellt. Bismarck erkannte, daß sie ihm nicht nur nichts nützten, sondern vielmehr Hindernisse bereiteten. Bismarck selbst sagte einmal:

Beziehungen zu Stöcker.

„Ich konnte mich für Stöcker nicht erwärmen, weil bei ihm wie allen politischen Agitatoren im geistlichen Gewande, seien sie protestantisch oder katholisch, immer wieder die mehr oder weniger verhüllte Absicht zutage tritt, die weltliche Vorsehung zu spielen und die Regierung in ihrem Herrschaftsberufe unterzukriegen. Ich will von solchen Bestrebungen nichts wissen, weil auch unser Volk dabei schließlich nur schlechter fahren würde."

Stöcker erzählt sogar in seinen Memoiren, die unter dem Titel „Aus meinem Leben" im „Volk" veröffentlicht wurden, daß Bismarck in den siebziger Jahren von zwei Ministern gefordert hätte, sie möchten ihn, Stöcker, auf Grund des Sozialistengesetzes ausweisen. Nur durch höhere Einflüsse sei dies verhindert worden. Bismarck freilich hat stets erklärt, daß der Gedanke einer Ausweisung Stöckers ihm nie gekommen sei. „Herr Stöcker glaubt sich einen Märtyrernimbus dadurch zu geben, daß er es behauptet," sagte er einmal. Und so wird es auch wohl gewesen sein.

Stöcker aber, der vielleicht wirklich an diese Ausweisungsforderung glaubte, hat sie Bismarck nie verzeihen können und im geheimen immer gegen ihn intrigiert, wie der sog. Scheiterhaufenbrief (siehe auch den Abschnitt: Kaiser Wilhelm I. in dem Kapitel: „Deutsche Fürsten") zur Genüge gezeigt hat.

Urteil über Heinrich Heine.

Zu den antisemitischen Brutalitäten Stöckers gehörte auch seine Verunglimpfung Heinrich Heines. Bismarck hingegen war ein großer Verehrer Heines. In der Zeit, wo der Streit um ein Heinedenkmal in Düsseldorf die Gemüter erregte, wandte sich die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich an den Fürsten Bismarck mit der Bitte, seinen Einfluß für die Errichtung des Denkmals in Heines Vaterstadt geltend zu machen. Die klerikale Mehrheit des Düsseldorfer Stadtrats hatte das Denkmal abgelehnt, und ein Mitglied dieser Mehrheit übersandte dem Fürsten Bismarck eine anonym verfaßte Denkschrift, worin das ablehnende Votum eingehend begründet werden sollte. Der Fürst ließ das Memorandum durch Rottenburg prüfen und sich darüber Vortrag halten. Unter anderem wurde Heine darin beschuldigt, daß er von dem Hohenzollern-Aar gesagt habe, es möchten ihm, der allzu viel zusammengerafft habe, die Nägel beschnitten werden. Dazu meinte Bismarck: „Hat denn Heine so unrecht gehabt? Können wir leugnen, daß der Rechtstitel Friedrichs des Großen auf Schlesien nicht einwandfrei war?" Ferner klagte man Heine dafür an, daß er Napoleon I. verherrlicht habe. „Ich kann es ihm nicht verargen," bemerkte der Kanzler. „Ich hätte, wäre ich an seiner Stelle gewesen, kaum anders gehandelt. Hätte es mir, wenn

ich wie Heine als Jude geboren wäre, gefallen können, daß man um 8 Uhr abends die Tore der Judenstadt abgesperrt, überhaupt die Juden unter die schwersten Ausnahmegesetze gestellt hat? Ein Heine mußte naturgemäß in dem Manne, der die französische Gesetzgebung in die Rheinlande brachte, die Ausnahmegesetze insgesamt aufhob, einen Erlöser von martervollem Drucke preisen." Zum Schlusse der Besprechung äußerte der Fürst: „Und vergessen die Herren denn ganz, daß Heine ein Liederdichter war, neben dem nur noch Goethe genannt werden darf, und daß das Lied eine spezifisch deutsche Dichtungsform ist?" Daß diese Worte von Bismarcks Munde gefallen sind, hat Geh. Rat v. Rottenburg nachher noch wiederholt nachdrücklich bestätigt und hinzugefügt: „Fürst Bismarck fand es durchaus gerechtfertigt, daß Heine ein Denkmal in Deutschland erhielte. So wenigstens hat er sich mir gegenüber ausgelassen."

Bismarck, der sich auch mit der als Jüdin geborenen berühmten Sängerin Pauline Lucca auf einem Bilde photographieren ließ, was ihm in orthodoxen Kreisen sehr verübelt wurde, hat sich auch jahrelang von einem jüdischen Arzte, dem Dr. Eduard Cohen aus Hamburg, behandeln lassen. Als er starb, richtete der vielbeschäftigte Kanzler ein eigenhändiges, von Berlin datiertes Schreiben an die Kinder, in welchem er zum Ausdruck brachte, daß er, seine Frau und seine Enkelkinder „nicht nur den bewährten ärztlichen Ratgeber und Helfer, sondern auch den liebenswürdigen und geistreichen Freund des Hauses" noch lange vermissen werden.

Ahlwardt bezeichnete der Fürst als einen „komischen Kerl". Er stemple sich zum politischen Tertianer durch die Verdächtigung, die Alliance Israélite habe die Löwesche Fabrik zur Lieferung schlechter Gewehre an Deutschland veranlaßt, als ob eine Deutschland durch die Russen beigebrachte Niederlage im jüdischen Interesse läge.

Man darf das Gesamturteil über die Stellung des Altreichskanzlers zum Antisemitismus also wohl dahin zusammenfassen: Wenn die Antisemiten ihn auf Grund einer unbedachten, viele Jahrzehnte zurückliegenden Aeußerung dennoch als ihren Gesinnungsgenossen reklamieren, so mögen sie dies ruhig tun. Sie werden damit bei allen verständigen Menschen nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen. Denn mit demselben Recht, mit dem man Bismarck zum Antisemiten macht, könnte man ihn auch, weil er in stürmischen Jugendtagen mal gesagt hat: „Die großen Städte müßten vom Erdboden vertilgt werden," zum bombenwerfenden Anarchisten stempeln.

Caprivi.

Der zweite Reichskanzler Graf Caprivi war von Anfang seiner Kanzlerschaft an ein erklärter Gegner des Antisemitismus. In die Zeit seiner Wirksamkeit fällt die wüste antisemitische Propaganda, die

Urteil über Ahlwardt.

sich an den Namen Ahlwardt knüpft. Mit ehrlicher Entrüstung wandte sich Graf Caprivi gegen diese durchaus undeutsche Bewegung. Er sagte in der Reichstagssitzung vom 12. Dezember 1892:

„Ereignisse der letzten Wochen, die zu dem Betrübendsten gehören, was ich als Patriot in meinem Leben erfahren habe, scheinen es mir zur Pflicht der Reichsregierung zu machen, nicht hinter dem Berge zu halten, sondern zu sagen, wie sie diesen Dingen gegenübersteht."

„Ich kann es wohl begreifen, daß man Antisemit sein kann. Aber wenn der Antisemitismus eine Wendung annimmt, eine Behandlung erfährt, die demagogisch wird, dann ist es für die Reichsregierung unmöglich, sich dem nicht zu widersetzen, und es ist mir unmöglich, zu verstehen, wie patriotische Männer das mitmachen können. Wenn ich mich gegen diesen demagogischen Antisemitismus wehre, so würde ich ja begreifen, wenn antisemitische Männer der Meinung sind, daß in gewissen Dingen im Lande Wandel geschaffen werden muß. Ich würde es ja begreiflich finden, wenn solche Herren den Antrag einbrächten, das Gesetz vom 3. Juli 1869 wieder aufzuheben. Wenn aber dieses Bestreben, dessen erster legislatorischer Schritt der angedeutete sein müßte, agitatorisch draußen betrieben wird, so werde ich mit den Mitteln, die mir dafür zu Gebote stehen, auftreten."

Noch ein zweites Mal wandte sich Caprivi gegen den Antisemitismus. Am 30. November 1893 sprach er im Anschluß an eine antisemitische Rede des Abg. Zimmermann:

„Ich habe hier einmal im vorigen Winter mir erlaubt, dieser Seite des Hauses (rechts) die Betrachtung nahezulegen, ob die Benutzung, die sie vom Antisemitismus machte, nicht bedenklich wäre, und ich glaube, ein nicht unerheblicher Teil der Herren ist inzwischen doch meiner Ansicht geworden, daß auch ihnen der Antisemitismus angefangen hat, unbequem zu werden, daß sie dessen gefährliche Seite erkannten. Und das mit vollem Recht! Denn wohin führt der Antisemitismus? Was will er? Er ist auch — um das vielgebrauchte Wort noch einmal zu gebrauchen — eine Vorfrucht der Sozialdemokratie. Alles Erzeugen von Unzufriedenheit kommt heutzutage der Sozialdemokratie zugute. Sie hat den breitesten Strom, und alle die kleinen Bäche, die von Ihnen ausgehen, fließen zuletzt in diesen Strom hinein. Meine Herren, die Antisemiten sind nicht die Männer, um diese Bewegung nach Belieben zu leiten oder aufzuhalten; geht die antisemitische Bewegung weiter, so kommt sie der Summe von Unzufriedenheit, die in dem großen Sammelbassin angesammelt wird, zugute. Sie haben angefangen mit der Agitation gegen die Juden; dabei sind Sie aber nicht lange stehen geblieben. Sie gingen weiter: Sie suchten nach einem jeden, der einen jüdischen Vater oder eine jüdische Frau hat; Sie verfolgten den Juden bis ins dritte und vierte Glied zurück. Es fing an sich zu vermischen, der Religionsantisemitismus und der Rassenantisemitismus, und was übrigbleibt, ist der Kapitalsantisemitismus. Das ist aber das Gefährliche in der Agitation. Das Gefährliche ist, daß zuletzt nicht mehr unterschieden wird; die Kreise, an die Sie sich wenden, sind vielfach nicht geneigt, vielleicht auch nicht geeignet, Unterscheidungen zu machen; aber die Empfindung wird in ihnen erregt: hier geht es gegen das Kapital. Also der Haß und die Abneigung der Menschen richtet sich gegen das Kapital als solches; Sie werden die Bewegung nicht am jüdischen Kapital, wenn sie überhaupt weiter in Gang kommt, zum Stillstand bringen, — die Bewegung wird sich gegen das Kapital überhaupt richten.

Der Herr Abgeordnete Zimmermann hat dann die Reichsregierung aufgefordert, mit derselben Schärfe gegen die Juden vorzugehen, wie gegen die

Landwirtschaft. Wo hat er mich schon einmal scharf gegen die Landwirtschaft vorgehen sehen? Er mag behaupten, daß ich die Landwirtschaft, wie auch von dieser Seite des Hauses (nach rechts) behauptet wird, nicht so förderte, wie ich sollte; aber eine Schärfe kann er mir nicht nachweisen. Er wird mir auch nie eine Schärfe gegen die Juden nachweisen können; denn, wie ich auch zu der Sache stehe, ich werde es als meine Pflicht erkennen, mich meinen Mitbürgern, dem einen wie dem anderen, in gleicher Weise gegenüberzustellen und nach diesem Grundsatz meinen amtlichen Verkehr zu regeln."

Fürst Hohenlohe.

Der dritte Kanzler des Reiches, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, hatte schon als Mitglied der Ersten bayerischen Kammer nach seinen von Curtius herausgegebenen „Denkwürdigkeiten" im April 1861 das Referat über einen von der Zweiten Kammer ausgegangenen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung gewisser Beschränkungen der Freizügigkeit und des Gewerbebetriebs der Juden, übernommen. Indem er diesen Gesetzentwurf zur Annahme empfahl, mußte der Fürst dem in der Kammer der Reichsräte erhobenen Einwurf entgegentreten, daß bei zunehmender Gleichberechtigung der Juden der bayerische Staat aufhören werde, ein christlicher Staat zu sein und an dessen Stelle der „nackte Rechtsstaat" treten werde. Der Fürst legte in der Kammer den Begriff des christlichen und des Rechtsstaats dar und resümierte sich dahin:

Urteil über den „christlichen Staat".

„Der moderne Staat hat den mit einer wahrhaft christlichen Anschauungsweise unvereinbaren Begriff der Rechtlosigkeit irgendwelcher Individuen längst ausgemerzt und den Begriff des Staatsbürgertums, auf welchem unser heutiges Staatsleben vornehmlich basiert ist, über alle Untertanenklassen ausgebreitet, ohne daß deshalb, wie man allgemein wird zugestehen müssen, der christliche Charakter des Staats alteriert worden wäre. War aber im christlichen Charakter des Staats unserer Zeit kein Hindernis gegeben, den Nichtchristen die staatsbürgerlichen Rechte zu verleihen, so durfte der Verleihung aller bürgerlichen Rechte an die Juden noch weniger ein begründetes Bedenken entgegenstehen. Jeder moderne Staat kann, ohne seiner ganzen historischen Entwicklung untreu zu werden, den Juden die politische und rechtliche Gleichstellung mit den Christen nicht versagen." —

Auf dem Berliner Kongreß 1878 entwickelte Fürst Hohenlohe ebenfalls eine eifrige Tätigkeit im Sinne der Gleichberechtigung der Juden, und er blieb dieser warmherzigen Teilnahme für die israelitische Bevölkerung auch während seiner Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen treu. Der greise Fürst besaß als Reichskanzler nicht mehr den Redefluß früherer Jahre. Die Antisemiten haben ihn wegen seiner stockenden Redeweise oft verhöhnt. Am skandalösesten benahmen sie sich aber in der Sitzung des Reichstags vom 12. Juni 1903. Der Fürst machte einige hübsche Bemerkungen über den Wandel der Zeiten; er sprach vom seligen Bundestage:

Urteil über Agrarier.

„Damals lebten wir still und harmlos (Heiterkeit); wir hatten materiell befriedigende Zustände, wenig Schulden, verhältnismäßig wenig Steuern, wir hatten keine Agrarier (Heiterkeit), wenn es auch den Grundbesitzern, besonders in den zwanziger Jahren, herzlich schlecht erging. Wir hatten keine Sozialdemokraten, vor allem keine Sorgen der auswärtigen Politik."

Parlamentarische Roheit der Antisemiten gegen Hohenlohe.

So leitete er seine Betrachtungen allmählich zur Gegenwart hinüber. Die nun folgende Szene hat der Abg. Eickhoff im Anschluß an die Veröffentlichung der Memoiren des Fürsten seinerzeit in der „Barmer Ztg." recht anschaulich geschildert:

„Plötzlich stockte der Redner. Ich sah, wie er hastig in seinen Papieren suchte und offenbar das Blatt nicht finden konnte, auf dem die weiteren Notizen standen, denn die Gabe der freien Rede war dem Fürsten nur in bescheidenem Maße verliehen. Im Saale herrschte plötzlich eine so peinliche Stille, wie ich sie nur noch einmal wieder erlebt habe. Keiner der sonst so geschäftigen Geheimräte rührte sich, um dem alten Herrn behilflich zu sein. Ich selbst glaubte das vergeblich gesuchte Blatt zu sehen und war fast versucht, es dem Fürsten zu reichen. Da erscholl plötzlich aus den Reihen der Antisemiten, die sich auch diesmal wieder nicht verleugneten, der Ruf: „Lauter!" — Eine allgemeine Entrüstung machte sich bemerkbar. Aber der Redner hatte sich inzwischen gefaßt; er warf einen milden Blick aus seinen klugen, schönen Augen nach der Seite hin, von der der Ruf gekommen war, und fuhr ruhig fort: „Ich glaube damit alles Wesentliche gesagt zu haben, was ich auf dem Herzen hatte." Der stenographische Bericht enthält diesen Satz natürlich nicht. Dann schloß Fürst Hohenlohe mit dem Ausdruck der Hoffnung, die er nach dem Gange der zweiten Lesung zu hegen berechtigt sei, daß die große Majorität des hohen Hauses seine Auffassung teile und der Reichstag in gewohntem Patriotismus seine Beschlüsse zum Wohle des Vaterlandes fassen werde.

Als er geendet, schien den Zuhörern ein Alp von der Brust zu fallen, und die Entrüstung über den unqualifizierten Zwischenruf machte sich in kräftigen Ausdrücken Luft."

Fürst Bülow.

Es hat einen Tag in der Reichskanzlerschaft des Besitzers der Villa Malta in Rom gegeben, an dem die Antisemiten zu seiner Ehre Freudenfeuer anzündeten; die Freude dauerte freilich nicht allzu lange. Das war im März 1904, als der Kanzler im Laufe einer Debatte über das Verhalten russischer Revolutionäre in Berlin das Wort nahm, und hierbei dem Gehege seiner Zähne das rhythmische „Mandelstamm und Silberfarb" entfloh und schallende Heiterkeit im Hause erweckte. Der zitatenfrohe Kanzler hatte das Wort offenbar in Anlehnung an das Shakespearesche „Rosenkranz und Güldenstern" geprägt, ohne auch nur die leiseste antisemitische Absicht damit zu verknüpfen. Denn Juden, die seine Politik unterstützten, waren ihm immer sehr willkommen. Mit keinem Journalisten hatte Bülow schon als langjähriger Leiter des Auswärtigen Amts intimere Fühlung als mit dem (allerdings getauften) Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", Dr. Arthur Levysohn, mit dem er zeitweise täglich konferierte, wie ja auch Graf Caprivi mit demselben Journalisten gern vertrauliche politische Zwiesprache hielt. Auch sonst verkehrten und verkehren jetzt noch angesehene jüdische Schriftsteller häufig in dem gastlichen Hause des Fürstenpaares, sei es in Berlin oder in Norderney oder jetzt in der Villa Malta.

Mandelstamm und Silberfarb.

Im Reichstage wurde er gerade von Liebermann v. Sonnenberg und seinem Fraktionsgenossen Grafen Reventlow wegen seiner angeb-

lichen nationalen Waschlappigkeit bei jeder Beratung des Etats des Auswärtigen auf das heftigste angegriffen, so daß der Reichskanzler mit Bezug auf diese Cliquen einmal das ominöse Wort „Maulhelden" gebrauchte; seit der Zeit hatte der Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung sich etwas Reserve auferlegt. Als aber am 21. Januar 1903 die agrarisch-antisemitischen Maulhelden wiederum über zu „große Schwäche" unserer Politik dem Auslande gegenüber lamentierten, gab er ihnen eine Antwort von erquickender Deutlichkeit:

Alldeutsch-antisemitische „Maulhelden".

„Grobheit ist noch nicht Würde und Kratzbürstigkeit nicht Festigkeit; ein ewiges Greinen, Schelten und Schimpfen über das Ausland, wie es hier und da — glücklicherweise nur selten — in deutschen Blättern zu sehen ist, ist noch kein Beweis von richtigem deutschen Nationalbewußtsein: Chauvinismus und Vaterlandsliebe sind nicht identische Begriffe."

Dieses vielleicht glücklichste Wort, das der vierte Reichskanzler je geprägt hat, traf damals die agrarisch-antisemitischen Hetzer wie ein Peitschenschlag.

von Bethmann Hollweg.

Der derzeitige Reichskanzler, dem die antisemitische Presse bei der Uebernahme seines neuen Amtes jüdische Abstammung andichtete, ist kein Mann der Oeffentlichkeit. Er vergräbt sich gern in sein Arbeitszimmer, sei es in der Wilhelmstraße, sei es auf seinem Gute Hohenfinow, und erscheint auch in den Parlamenten nur bei ganz wichtigen Anlässen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger meidet er auch den Verkehr mit der Presse und den politischen Publizisten. Eine stille Philosophennatur, geht er hitzigen Kämpfen möglichst aus dem Wege. Man hat ihn nur einmal öffentlich in den Harnisch geraten sehen, als er im Reichstage den Alldeutschen (vergl. das Kapitel: „Der Alldeutsche Verband") wegen ihrer maßlosen Hetze gegen den höchsten Beamten des Reichs gehörig in die Parade fuhr. Von Haus aus — er stammt aus dem bekannten Frankfurter Patrizierhause Bethmann — ist ihm jede Hinneigung zum Antisemitismus fremd. Am 24. Januar 1818 schrieb der damalige Chef des Hauses, Ernst Moritz v. Bethmann — die Vornamen Ernst Moritz erbten sich in der Familie fort — anläßlich eines Streites zwischen dem Senat und den Juden in Frankfurt an einen damals in Paris weilenden Freund, den Bankier David Parish, einen Brief, dem wir folgende Stelle entnehmen:

v. Bethmann Hollweg, Chef des Frankfurter Bankhauses, über Rothschild.

„Wenn Herr James (Rothschild) mich einmal in Frankfurt besuchen wird, so wird er sich leicht überzeugen, daß ich weder Christen- noch andere alberne Dünkel bei mir hege und keine Vorurteile gegen die achtbaren Juden habe. Amschel (Rothschild) den dummen Wahn zu nehmen, als wäre ich ein Gegner der Forderungen der jüdischen Gemeinde in Frankfurt, soweit sie vernünftig sind, habe ich mich schon manchmal vergeblich bemüht. Nichts sollte ihn von dem schiefen Ungrund seiner Ansicht besser überzeugen, als daß ich vielmehr bei meinen christlichen Mitbürgern in Verdacht stehe, als sei ich parteiisch für die Juden. Aus diesem Grunde wählten sie mich dieses Jahr nicht in die gesetzgebende Versammlung unserer Republik, wofür ich meinen Feinden großen Dank weiß, indem ich meine Zeit ange-

nehmer und besser verwenden kann, als unsere angehenden Gesetzgeber zu schulen und ihre schülerhaften Reden zu berichtigen.“

Der Großvater des jetzigen Reichskanzlers (vergleiche auch das Kapitel: „Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden“) hat nach den Aufzeichnungen des Generaladjutanten v. Gerlach als Minister Friedrich Wilhelms IV. für die Zulassung der Juden zu den Staatsämtern im Ministerrat gestimmt; der König war über diese Stellungnahme so indigniert, daß er ihm an demselben Tage die regelmäßige Audienz verweigerte. Der Enkel hat als preußischer Minister des Innern bei der Interpellation über die drakonischen Ausweisungen der russischen Juden im preußischen Abgeordnetenhause (Mai 1906) erklärt, daß es sich bei den rund 12 000 Fremden, die in letzter Zeit im Landespolizeibezirk Berlin zugezogen seien, vorwiegend um Angehörige von niederen, unvermögenden Volkskreisen und um Juden handle, und daß man blind sein müsse, wenn man die Rolle verkennen wolle, die die Juden aktiv und passiv in der russischen Revolution gespielt haben.

Ueber Juden in der russischen Revolution.

Man braucht diese Entgleisung — denn eine Entgleisung lag hier ganz sicher vor, wenn Herr von Bethmann Hollweg den Juden selbst aus der „passiven“ Rolle, die sie in der russischen Revolution spielen, einen Strick drehen wollte — nicht gerade tragisch zu nehmen, wenn man es auch vielleicht bedauern kann, daß der Enkel von der Toleranz seiner Vorfahren anscheinend nur sehr wenig geerbt hat. In der Reichspolitik ist er, was seine Stellung zu den speziellen antisemitischen Forderungen anlangt, bisher ein unbeschriebenes Blatt.

Die Mittelstandsbewegung.

Die Juden sind im gewerblichen Leben vielfach infolge der großen Geschäftsgewandtheit, die ihnen eine jahrhundertelange zwangsweise Ausübung dieses Berufes anerzogen hat, zu relativ größerem Wohlstande gelangt als ihre christlichen Mitbürger. Das schuf schon von vornherein eine gewisse Disposition für Regungen des Neides und der Scheelsucht. Als dann die wirtschaftlichen Krisen kamen, als die Großindustrie — nebenbei bemerkt, immer mehr von dem Magnatentum beherrscht — das Handwerk aus zahlreichen seiner früheren Positionen verdrängte, als die Warenhäuser[1]) auftauchten und dem Kleinhandel eine immer schärfere Konkurrenz machten, mußte natürlich ein Sündenbock gefunden werden, auf den man alle (eigene und fremde) Schuld abladen konnte. Was lag näher, als die Juden für diese wirtschaftliche Bedrängnis verantwortlich zu machen? Die Drahtzieher des politischen Antisemitismus hatten übrigens auch sehr bald gemerkt, daß sie mit der Ausspielung der konfessionellen Gegensätze herzlich wenig ausrichten würden; um so mehr suchten sie den Kampf gegen die verhaßten Juden auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuspielen, leider nicht ohne Erfolg. Eine Frucht dieser wirtschaftlichen Propaganda ist auch die mittelständlerische Bewegung, die freilich niemals eine politische Macht werden wird wie der Bund der Landwirte, dessen organisatorischer Zusammenschluß dem gewerblichen Mittelstande immer als leuchtendes Vorbild gepriesen wird.

Nun wird kein gerecht und billig Denkender dem Mittelstand es verübeln, wenn er sich zum Schutze seiner bedrohten Interessen zusammenschließt. Eine mittelständlerische Bewegung auf antisemitischer Grundlage ist freilich das verkehrteste, das sich denken läßt. Denn von allen den üblen Folgeerscheinungen der Konkurrenz des Großhandels werden doch auch die jüdischen kleinen und mittleren Gewerbetreibenden getroffen; der j ü d i s c h e g e w e r b l i c h e M i t t e l s t a n d bildet aber ferner das Gros der gesamten jüdischen Bevölkerung überhaupt. Die einsichtigeren Elemente in der Mittelstandsbewegung

Warenhäuser in Frankreich.

[1]) Die Antisemiten und Agrarier sprechen immer nur von den „jüdischen Warenhäusern"; die größten Warenhäuser der Welt, Bon marché und Louvre in Paris, wie auch die meisten amerikanischen Warenhäuser befinden sich aber im Besitz von Christen oder aber christlichen Aktionären. Es ist auch unwidersprochen geblieben, daß in belgischen und französischen Warenhäusern zum nicht geringen Teil Kapital der toten Hand investiert ist.

sind denn auch sehr bald zu der Erkenntnis gekommen, daß sie einen großen Schwabenstreich begehen würden, wenn sie Erwerbsgenossen, die durchaus die gleichen Interessen wie sie haben, durch konfessionelle Hetze von sich abstoßen wollten. Der verstorbene konservative Abgeordnete

Abgeordneter Jacobskötter.

Jacobskötter, der damalige Mittelstandsspezialist und Renommierhandwerker der Partei ,erklärte schon im Jahre 1903 in seinem Wahlkreise Erfurt, er bedaure die Zeit, die er früher auf den Antisemitismus verwendet habe, und sei froh, von dieser Gesellschaft befreit zu sein. Gleichwohl läßt sich nicht leugnen, daß das antisemitische Motiv einen der stärksten Antriebe zur Gründung der mittelständlerischen Bewegung bildet, und daß gerade jetzt, nachdem die Deutsche Mittelstands-Vereinigung in ein politisch neutrales Fahrwasser gesegelt ist, von der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Bund der Landwirte alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die mittelständlerische Bewegung auf der alten (antisemitischen) Grundlage wieder neu aufzubauen.

Reichsdeutscher Mittelstandsverband.

An der Spitze dieses neuen „Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes", der alle mittelständlerischen Vereinigungen unter einen Hut bringen will, da „jetzt", wie er in einer Polemik gegen den diese neue Gründung ablehnenden Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands sagt, „von den 1000 mittelständischen Vertretungen jede ihren eigenen Weg geht", stehen die bekanntesten Vertreter der verschiedenen antisemitischen Richtungen. Den Kern der neuen Organisation bildet die von dem Antisemiten Th. Fritsch gegründete „Sächsische Mittelstandsvereinigung",

Sächsische Mittelstands-Vereinigung.

die zwar nach ihrer vernichtenden Niederlage bei den letzten sächsischen Landtagswahlen für die Zukunft jede weitere politische Betätigung feierlich abgeschworen hat, jetzt aber sich schnell wieder mit den antisemitischen Gesinnungsgenossen aus verwandten Lagern zusammengeschlossen hat. Wir brauchen nur einige Namen zu nennen, die jeden Zweifel an dem antisemitischen Charakter der neuen Vereinigung ausschließen. Im vorbereitenden Ausschuß bezw. den Organisationen, die dessen Aufruf unterzeichnet haben, befinden sich neben Fritsch Herr Fahrenbach, der langjährige konservative Generalsekretär in Sachsen, der Schornsteinfegermeister Conradt-Breslau, der erst kürzlich auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte sein antisemitisches mittelständlerisches Sprüchlein hergesagt hat; auch Herr Hennigsen, der Generalsekretär der deutschsozialen Antisemiten, ist mit seiner Organisation vertreten, und die wissenschaftliche Leuchte des Bundes der Landwirte, Herr Ruhland, gibt dem neuen „Reichsdeutschen Mittelstandsverbande" die agrarische Weihe.

Desgleichen ist der unter der Leitung des Schneidermeisters Voigt-Friedenau stehende Bund der Handwerker, der fast bei jeder

Bund der Handwerker.

Reichstagsersatzwahl in Wahlkreisen, in denen man von seiner Existenz nie etwas gehört hat, plötzlich auftaucht und freilich ebenso rasch wieder verschwindet, ein stiller Förderer der antisemitischen Parteien.

Die „Mitteil. a. d. V. z. A. d. A." haben der mittelständlerischen Bewegung schon von Anbeginn an ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt und die ganze Entwicklung der Bewegung im Sommer 1911 in einer Artikelserie, die demnächst als Broschüre erscheint (Preis 40 Pf.), ausführlich behandelt. Es ist dies zugleich auch die e r st e historische Darstellung der mittelständlerischen Bewegung in Deutschland.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband.

In dem 1893 in Hamburg gegründeten Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande hat sich der politische Antisemitismus eine gewerkschaftliche Hilfstruppe geschaffen, die zwar satzungsgemäß parteipolitische Neutralität üben soll, in der Praxis aber doch nur eine Rekrutenschule für den politischen Antisemitismus darstellt. Zeitweilig (1901) erschien es sogar dem Geschäftsführer der Deutsch-

Dr. Giese.

sozialen Reformpartei, Dr. Giese, als ob die ganze Partei nur ein „Anhängsel des D. H. V." sei. Später, als die deutschsoziale Reformpartei auseinanderfiel, ging die Mehrzahl der Führer des D. H. V. zur deutschsozialen Gruppe des Herrn Liebermann v. Sonnenberg über. Der langjährige Verbandsvorsitzende, Herr Schack, war Mitglied der deutschsozialen Fraktion des Reichstags — übrigens auch eingeschriebenes Mitglied des B. d. L. —, und die anderen in der Oeffentlichkeit wohl am meisten hervortretenden Mitglieder des Vorstandes, wie Herr Roth, der Schriftleiter des Verbandsorgans, der „Deutschen Handelswacht", der ebenfalls für die bevorstehenden Reichstagswahlen als deutschsozialer Bewerber im Herzogtum Lauenburg kandidiert, und die Herren Döring, von Pein und Blobel sind ebenfalls schon seit vielen Jahren werktätige Mitglieder der deutschsozialen Partei. Als nach dem Mißerfolg bei den Wahlen von 1898 in der Vorstandssitzung zu Gotha die Frage einer Reorganisation erwogen werden sollte, da wußte, wie der obenerwähnte Herr Dr. Giese in seiner Broschüre „Die Herren Raab und Liebermann v. Sonnenberg in der deutschsozialen Reformpartei" mitteilte, Herr v. Liebermann keinen anderen Rat, als den, Herrn Schack einzuladen und mit ihm zu beraten, wie man den Handlungsgehilfen-Verband mehr für die Partei nutzbar machen könne.

Die Gegnerschaft gegen die Juden ist in dem Verbande statutarisch festgelegt; der antisemitische Abg. Zimmermann hat ja auch einmal erklärt:

Antisemitisches Programm.

„Der antisemitische Charakter des D. H. V. ist nichts Aeußerliches, kein Agitationsmäntelchen, sondern ihm liegt eine durchdachte nationale Weltanschauung zugrunde."

Und sein Fraktionskollege Herr Bruhn pflichtete ihm vollkommen bei, indem er 1899 auf dem Verbandsfeste erklärte:

„Der Antisemitismus ist bei dem Deutschnationalen Verbande der Kitt. Der Antisemitismus hat die Handlungsgehilfen dem Verbande zugeführt."

Die „Staatsbürger-Zeitung“ schrieb damals ebenfalls: Nur auf dem Boden eines gesunden und von jedem Parteizwist freien Antisemitismus könne der Verband wachsen und gedeihen.

Die statutarische Formulierung der antisemitischen „Weltanschauung“ des Verbandes ist wiederholt geändert, meistenteils dabei aber noch verstärkt worden. In den neuen, im Jahre 1909 beschlossenen Satzungen hat der sogenannte Judenparagraph noch eine besondere Verankerung durch einen zweiten Paragraphen erfahren. Es lauten jetzt:

§ 7. Juden und in einem bewußten Gegensatze zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen können keinerlei Mitgliedsrechte erwerben.

§ 57, Absatz 2. Zu einem Beschlusse, der eine Aenderung der Satzung enthält oder der die Auflösung des Verbandes bezweckt, ist eine Mehrheit von drei Vierteilen der anwesenden Abgeordneten erforderlich, abgesehen von den §§ 7 (!) und 57(!!), für deren Abänderung außerdem die einstimmige Zustimmung der Verwaltung und des Aufsichtsrates erforderlich ist.“

Einstimmig! Eine Stimme kann also verhindern, daß § 7 geändert wird, eine Stimme kann auch verhindern, daß der § 57, der schützend vor § 7 steht, geändert wird. Hiernach scheint der § 7 im D. H. V. als eine Art Heiligtum gewertet zu werden; er ist noch mit stärkeren Garantien umgeben als die Möglichkeit einer Auflösung des Verbandes.

Zum Ueberfluß wird im Jahrbuch für Deutschnationale Handlungsgehilfen 1908 auf Seite 42 in einem Aufsatze des Vorstandsmitgliedes Zimmermann noch ausgeführt: der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband nähme Juden wegen ihrer „unangenehmen jüdischen Eigenschaften, nämlich Mangel an Mut, Profitgier, schwüle Sinnlichkeit, Mangel an Ehrlichkeit und Reinlichkeit“, nicht auf, ferner aber seien „die deutschen Begriffe von Treu und Glauben wesentlich verschieden von den jüdischen Begriffen von der Ehrlichkeit im Handel“. — Wie „verjudet“ muß danach Herr Schack gewesen sein, dessen „schwüle Sinnlichkeit“ wohl hors de concours stand!

Welche Wertschätzung der D. H. V. dem weiblichen Geschlechte entgegenbringt, zeigt auch die von Dr. Thissen, dem Geschäftsleiter des politisch neutralen Hamburger Handlungsgehilfen-Vereins von 1858, in einem offenen Briefe an Herrn Schack ausgegrabene Aeußerung aus früheren Jahrgängen des Vereinsblattes, es müsse im Kampfe gegen die „hergelaufenen Fremdlinge“ erreicht werden, daß jüdische Geschäfte trotz höchster Gehaltsversprechungen nur noch Mädchen (!), aber keinen deutschen Handlungsgehilfen mehr bekommen, da diese „es mit ihrer Ehre nicht vereinbar halten, einem Juden um Geld zu dienen“. Die Mädchen also sind dafür möglicherweise ehrlos genug. Herr Schack, der durch die bekannte Triolen-Affäre seine Legitimation als Sittenprediger erbracht hat, pflegte früher als Grund gegen die Berechtigung der Frauenarbeit anzuführen, daß die Handlungsgehilfinnen zuviel sittlichen Gefahren ausgesetzt seien. In

Heft 21 der vom D. H. V. herausgegebenen Schriften sagte er z. B. den Geschäftsinhabern nach:

„. . . daß dieser und jener „Kaufmann“ die weiblichen Arbeitskräfte nicht nur deshalb den männlichen vorzieht, weil sie angeblich besser arbeiten und nebenbei billiger und weit mehr gefügig sind, sondern weil er sich auch ganz im stillen eine gewisse orientalische Einrichtung leisten möchte, die wohl dem Sultan gestattet, aber hier in Deutschland verboten ist.“

„Deutsche Handlungsgehilfentage“.

Zu den ständig geübten Täuschungsversuchen in der Agitation gehört der Trick, „schlesische“, „brandenburgische“ usw., ja sogar „deutsche Handlungsgehilfentage“ einzuberufen, obwohl auf diesen Kongressen die Deutschnationalen ganz unter sich sind und die Mehrzahl der in den betreffenden Bezirken tätigen Handlungsgehilfen gar nicht daran denkt, an einer solchen Tagung teilzunehmen. Im Jahre 1907 wurde zu diesem Zwecke ein „Ausschuß des schlesischen Handlungsgehilfentages“ improvisiert, in dem nur Deutschnationale saßen. Es wurde festgestellt, daß keine andere Organisation an diesem Handlungsgehilfentage beteiligt sei. Den Herren vom Ausschuß wurde darauf öffentlich der Vorwurf der „versuchten Täuschung“ unter „Verwendung unlauterer Mittel“ gemacht. Sie — klagten. Und das Königl. Amtsgericht in Schweidnitz stellte am 24. Oktober 1907 fest:

„Die Privatkläger haben sich mithin eines Täuschungsversuches schuldig gemacht. Es handelt sich um ein wider Treu und Glauben verstoßendes Benehmen, das mit Recht als unlauter zu bezeichnen ist.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Unter diesen Umständen ist es als erwiesen zu betrachten, daß die Privatkläger den Versuch einer Täuschung gemacht und unlautere Mittel benutzt haben.“

Trotz dieser gerichtlichen Feststellung wird der Unfug fortgesetzt, und die Deutschnationalen haben weiterhin den Mut, die „deutsche Treue“ und die „germanische Ehrlichkeit“ als ihr Erbteil in Anspruch zu nehmen!

Die lärmende Agitation des Verbandes, die vor keiner Verunglimpfung des Gegners zurückschreckt, hat schon wiederholt die schärfste Mißbilligung durch amtliche Stellen erfahren. In der Sitzung des amtlichen Beirats für Arbeiterstatistik vom 4. Dezember 1905 (vergl. Drucksachen des Beirats für Arbeiterstatistik, Verhandlungen Nr. 13) wies der Kgl. Sächs. Geheime Rat Dr. Fischer nach dem amtlichen Protokoll „auf die Tonart hin, in der die „Deutsche Handelswacht“, das Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, gehalten sei, und bemerkte, man finde in dieser Zeitschrift überall, in einer jeden Nummer, die Bekämpfung der Andersdenkenden und das Herabsetzen anderer kaufmännischer Vereine. Verdächtigungen aufzubringen, scheine das Prinzip und der Ton dieser Zeitschrift zu sein, die jetzt einmal mit dem Beirat anzubinden versucht habe.

Geheimer Rat Dr. Fischer.

So heißt es im amtlichen Protokoll wörtlich. Danach wandte sich der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amts, Herr Dr. van der Borght, gleichfalls in scharfer Weise gegen den Deutschnationalen

van der Borght.

Handlungsgehilfen-Verband, ebenso der Königlich Preußische Geheime Oberregierungsrat und vortragende Rat im Ministerium Neumann. Letzterer erklärte, die Kampfesweise der Deutschnationalen sei so, daß sie entschieden „niedriger gehängt“ werden müsse. Der Kgl. Würtembergische Staatsrat Herr v. Schicker fügte hinzu: „Er könne nur den Verband bedauern, der ein solches Organ habe, und er könne ferner nur bedauern, daß der Verband sich solchen Wortführer erkoren habe. Er verzichte auf die Hochachtung und die Sympathie von Leuten, die sich nicht entblöden, den Mitgliedern des Beirats solche Unterstellungen zu machen, wie es geschehen sei; damit sei die Sache für ihn erledigt.“

Staatsrat von Schicker.

Selbst unter den eigenen Anhängern hat die provozierende Tonart der deutschnationalen Funktionäre schon wiederholt starke Mißstimmung hervorgerufen. Der Abg. Zimmermann, der am 12. Dezember 1898 in einem Artikel der „Deutschen Wacht“ ausdrücklich festgestellt hatte: „Der D. H. V. steht in enger Beziehung zu den Bestrebungen der Deutschsozialen Reformpartei“, schrieb am 15. November 1899 in demselben Blatt: „Aber diese Herren vom D. H. V. sollten sich etwas mäßigen in ihrem Tempo, das zu deutlich an jugendlichen Uebermut erinnert.“ Und offen erklärte ihnen Zimmermann weiter, daß „sie sich an die Kritik Andersdenkender trotz allen potenzierten Selbstbewußtseins schon werden gewöhnen müssen“.

Abgeordneter Zimmermann.

Die Behauptung, daß der Verband strikte politische Neutralität beobachte, ist, wie an unzähligen Beispielen gezeigt werden kann, eitel Spiegelfechterei. Das Verwaltungsmitglied Blobel erklärte auf dem Deutschnationalen Verbandstage 1902, die Zollpolitikfrage sei ebensowenig parteipolitisch wie die Pflege des nationalen Bewußtseins, und befürwortete damit, daß der Verband Stellung nehme zum Zolltarif, „aber nicht zugunsten der Brotwucherschreier, sondern zugunsten der schwer kämpfenden Landwirte, die zu den Besten unseres Volkes gehören“. In den Ortsgruppen des D. H. V. wurden Vorträge gehalten, die dem Nachweise dienen sollen, daß nicht die Landwirtschaft die hohen Lebensmittelpreise verschulde, sondern lediglich der Zwischenhandel (Bericht des „Reich“ v. 14. Oktober 1910). In einzelnen Jahrgängen der „Handelswacht“ setzte man sich mit der „manchesterlichen Wirtschaftspolitik der Ausbeutung“, mit dem „ökonomischen Liberalismus“ auseinander; man fand, daß Herr „Abgeordneter Schmidt von der freisinnigen Volkspartei sich seine manchesterlichen Hosen angezogen“ habe. Bald kündigte man an, daß der D. H. V. die bevorstehende große Agitation der Bimetallisten gegen das geltende Goldwährungssystem, dieses Rückgrat des Handels, energisch unterstützen werde. Ein anderes Mal wurde kräftig geschimpft auf die „freisinnigen Volksbeglücker, welche aus Rücksicht auf ihre innige Verwandtschaft mit den bekannten hosenverkaufenden Jünglingen für neue Gesetzesvorschläge nicht zu haben wären“.

Angebliche parteipolitische Neutralität.

Wie sehr man gerade im Lager der rechtsstehenden Parteien sich gewöhnt hat, die ganze antisemitische Handlungsgehilfenbewegung politisch als einen Teil der konservativen Gesamtbewegung zu bewerten, ging aus folgender, in dem nächsten Jahre freilich auf die dringenden Vorstellungen des D. H. V. erheblich eingeschränkten Notiz des „Konservativen Kalenders für 1908" hervor:

Empfohlen vom „Konservativen Kalender".

„Bei den Wahlen hat der Verband (D. H. V.) durch Redner, Schreiber, Blockführer und Schlepper auch unserer Partei dankenswerte Dienste geleistet. Die Adressen seiner Zweigvereine erfährt man durch die Geschäftsstelle Hamburg oder das Jahrbuch des Verbandes."

Schacks Triolen-Affäre.

Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Verbandes war Herr Wilhelm Schack, der sich im Jahre 1909 durch seine Triolen-Affäre unmöglich gemacht hat und nur durch eilige Flucht hinter die schützenden Mauern eines Sanatoriums einer strafrechtlichen Verfolgung entgangen ist. Im Interesse der Sittlichkeit raten die antisemitischen Handlungsgehilfenführer den jungen Mädchen, im „reinen deutschen Hause" Stellung zu nehmen. Wie es ihnen aber dabei ergehen kann, beweisen folgende Dokumente. Das „Hamburger Fremdenblatt" brachte in Nr. 149 vom 29. Juni 1909 folgende Anzeige:

Reisebegleitung.

Gebildete junge Dame, nicht über 21 Jahre, ab Mitte Juli für 4 Wochen als Reisebegleiterin nach der Holsteinischen Schweiz gesucht. Offerten mit näheren Angaben und Bild unter C. 4834 an die Expedition des „Hamburger Fremdenblattes".

Ein junges Mädchen von zwanzig Jahren, das sich erbot, die Stellung anzunehmen, erhielt folgenden ersten Triolen-Brief:

„Sehr geehrtes Fräulein!

Meine Frau, 30, und ich, 40 Jahre alt, groß, schlank, suchen eine junge Dame, die gewillt ist, sich uns beiden innig anzuschließen. Gegenseitige Neigung natürlich vorausgesetzt. Sollten Sie grundsätzlich dazu nicht abgeneigt sein, erbitte ich Nachricht bis Montag morgen unter „Triole", Hamburg, Postamt 36. Sollten Sie mich noch nicht verstanden haben, bitte frei und offen zu fragen.

Hochachtungsvoll R. M."

Dann wurde das Mädchen anonym nach einem größeren Lokal Hamburgs bestellt. Dort fand es ein Ehepaar vor, das merkwürdigerweise seinen Namen nicht nannte und auch manche dunkle Redewendungen gebrauchte. Nach der Unterredung ging dem Mädchen folgendes Schreiben zu:

„Hamburg, den 19. Juli 1909.

Geehrtes Fräulein!

Von denjenigen jungen Damen, die sich bei uns vorgestellt haben, würden wir am allerliebsten mit Ihnen die Verhandlungen weiterführen.

Die Bemerkung meiner Frau über das von Ihnen gewünschte Verhältnis war nicht so aufzufassen, daß von Ihnen ein Abschließen Ihrer vorhandenen gesellschaftlichen Beziehungen verlangt wird, im Gegenteil würden Sie über

Ihre freie Zeit natürlich ganz nach Ihrem Ermessen verfügen können, in dieser Beziehung überhaupt eine so angenehme Stellung haben, wie Sie sich nur wünschen können.

Es ist uns aber zweifelhaft, ob Sie uns richtig verstanden haben, was wir unter dem innigen Verhältnis meinen, zu dem wir einladen. Wir wollen mit der jungen Dame, die wir suchen, das Leben und die Freuden der Liebe, ihre Schönheiten in allen Teilen gemeinschaftlich genießen in körperlicher und seelischer Gemeinschaft. Sie soll als richtig gleichberechtigte Dritte in unseren Bund eintreten und müßte bei gegenseitiger Neigung natürlich ebenso wie meine Frau die Gefühle für einen Mann und Frau in sich vereinigen.

Sollten Sie uns aber doch richtig verstanden haben, so bitten wir um Ihre Nachricht.

Jedenfalls würden Sie bei uns recht glücklich sein. Indem ich Ihnen Ihr Bild, da wir Sie ja jetzt kennen gelernt haben, zurücksende — übrigens reicht das Bild nicht entfernt an die Wirklichkeit heran — verbleibe in der Hoffnung auf eine zusagende Antwort, die erbeten wird unter

Triole."

Die Eltern des Mädchens übergaben den Brief der Kriminalpolizei, weil sie der Ansicht waren, es mit einem Mädchenhändler zu tun zu haben. Es wurde nun eine Antwort abgefaßt und postlagernd niedergelegt. Als dann Herr „Triole" am Postschalter erschien und den Brief in Empfang nehmen wollte, wurde er von einem Kriminalbeamten angehalten und zur Polizeiwache gebracht. Dort legitimierte er sich als Reichstagsabgeordneter — Schack.

Es wurde dann noch ein dritter Brief an eine andere Dame, datiert vom 30. Juni 1909, veröffentlicht. Es wurde darin von der betreffenden jungen Dame — „gegenseitige Neigung natürlich vorausgesetzt" — verlangt, daß sie sich dem Ehepaare Schack recht innig „in jeder Beziehung, nicht nur am Tage," anschließe. Herr Triole hatte übrigens keineswegs nur in einem Blatte annonciert. In Nr. 28 der Münchener „Jugend" suchte Herr Schack unter „Hbg. 36" eine „heitere, sinnenfrohe, gebildete junge Dame als Gesellschafterin in vornehmem (!) Hause".

Das war Herr Schack, der „einfache Handlungsgehilfe" — je nach Bedarf — und dreifache Prinzipal und Besitzer der in herrlichster Gegend der Holsteinischen Schweiz gelegenen Villa Schack, die das Tuskulum für die traulichen Schäferstunden à trois bilden sollte. Hier wollte der vielgeplagte Mann nicht nur die „Freuden der Liebe" genießen, sondern auch neue Kräfte sammeln im Kampfe gegen die mit Vorliebe weibliches Personal anstellenden Geschäfte, die, wie es in einer Publikation des antisemitischen Handlungsgehilfen-Verbandes aus der Gründungsperiode so hübsch heißt, nur „eine Vorschule für das Bordell seien".

Herr Schack hat übrigens seine Liebesromantik auch früher schon in schriftstellerischen Ergüssen niedergelegt. In dem Jahrbuch des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes für 1908 bezeichnet er sich selbst als einen „kraftvollen stolzen Hengst", spricht mitleidig von den „Bejammernswerten", die „niemals etwas von der stolzen und sieg-

haften Gewalt kennen gelernt haben, die das Weib zu unseren Füßen niederzwingt. Herr, ich bin deine Magd". Er spottet darin über das „starke Geschlecht im hochgeschlagenen Rockkragen, mit Gamaschen und der Fünfminutenliebe", dem ganz recht geschehe, daß sich ihm „die Tore zur Kühlung ihrer Brunst nur gegen Bezahlung öffnen". Also der komplette Größenwahn war damals schon offen zutage getreten. Aber die nächsten politischen Freunde dieses „Uebermenschen" haben nicht eine Spur davon gemerkt oder merken wollen.

Nach dem unfreiwilligen Rücktritt des Herrn Schack von der Verbandsleitung, dem nach mannigfachen Kreuz- und Querzügen auch die Niederlegung des Reichstagsmandats folgte, ist Herr Schack von der politischen Bildfläche verschwunden; er soll jedoch inzwischen aus der Heilanstalt wieder als „gesund" entlassen sein. Als Nachfolger in der Leitung des D. H. V. wurde auf dem Breslauer Verbandstage 1911 **Bechly.** Herr Bechly, als Stellvertreter Herr Döring gewählt. Näheres über den Verband, insbesondere seine Agitationsweise, seine politische Betätigung, die Stellung zur Juden- und Frauenfrage und über die Triolen-Affäre enthält die 50 Seiten starke Spezialabhandlung „Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband". (Separatabdruck der „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.", Berlin 1911, 40 Pfg.)

Der Rassenantisemitismus.

Man weiß, welchen breiten Raum seit einigen Jahrzehnten in der Literatur, in der gesellschaftlichen Konversation, in der Presse das Rassenthema einnimmt. Man hat früher in einem Jahrhundert nicht so oft das Wort „Rasse“ gelesen, wie jetzt in einem Monat. Aber während die älteren Rassentheorien sich uns als mehr oder minder geistreiche Hypothesen darstellten, sind die modernen politisch und sozial zugespitzt, wenn nicht gar ad hoc zurechtgestutzt und trotz des marktschreierisch zur Schau gestellten wissenschaftlichen Apparats so unwissenschaftlich als nur irgend möglich und durchweg tendenziös. Jeder Rassentheoretiker verherrlicht speziell seine eigene Rasse, d. h. die Rasse, der er anzugehören sich einbildet, in der Voraussetzung, daß er selbst von dem der Rasse angedichteten Glanze mitbestrahlt wird.

Wirklich fest steht von allen Rassentheorien — nichts. Weder die Farbe der Haut, noch der Haare, noch der Augen, nicht die langen, nicht die kurzen Schädel, nicht die Sprache, nicht die Kultur, nicht die Begabung, am allerwenigsten das mystische Rassengefühl, von dem so viel gefabelt wird, sind maßgebend. Mit Recht sagt daher Nietzsche, der selbst eine Zeitlang rassengläubig war: **Nietzsche.**

„Wie viel Verlogenheit und Sumpf gehört dazu, um im heutigen Mischmasch-Europa Rassenfragen aufzuwerfen. Gesetzt nämlich, daß man nicht seine Herkunft in Borneo und Horneo hat.“ „Maxime: Mit keinem Menschen umzugehen, der an dem verlogenen Rassenschwindel Anteil hat.“

Und einer der größten Sprachforscher und Ethnologen unserer Zeit, Friedrich Müller, sagt kurz: „Rasse ist Schwindel.“ **Fr. Müller.**

Jean Finot, ein hervorragender französischer Publizist, hat im Jahre 1905 ein Werk „Das Rassenvorurteil“ (Paris, Felix Alcan) erscheinen lassen, das, ohne etwa auf die „Judenfrage“ näher einzugehen, der von den 518 Seiten kaum ein halbes Dutzend gewidmet ist, haarscharf nachweist, daß alles, was über Menschenrassen selbst wirkliche und gar sogenannte Gelehrte geschrieben und gefaselt haben, der hellste Unsinn ist; daß es keine Menschenrassen, sondern nur eine einzige Menschheit gibt; daß es Arier vermutlich überhaupt nie gegeben hat; daß es kein nur viertelwegs ungemischtes Volk auf Erden gibt, es sei denn vielleicht irgendwo auf einer weltverlorenen Insel, in einer ganz versteckten Gegend eine in jeder, namentlich auch numerischer und intellektueller Hinsicht überhaupt nicht in Betracht kommende Gruppe. **Jean Finot.**

Die Legende von den überlegenen und inferioren Rassen hat der in seinem Vaterlande überhaupt nicht ernst genommene

französische Graf Gobineau, der ebenso wie der nicht minder oberflächliche Chamberlain besonders wegen der den Germanen angewiesenen Vorzugsstellung bei den Deutschen Anklang gefunden hat, ersonnen, eigentlich nur um sie dem demokratischen Geist als Damm entgegenzustellen. Er hat sie mit einem ganzen Arsenal von Argumenten ausgestattet, die von den Rassefexen benutzt werden, um die Verfolgung, ja, wenn möglich, Ausrottung aller vermeintlich niedrigen Rassen zu verteidigen. Auf Grund dieser unerhört leichtfertigen Legende werden nicht bloß Völker gegen Völker, sondern Mitbürger gegen Mitbürger aufgehetzt. Finot vertritt mit aller Schärfe die Auffassung, daß unsere Moral, unsere geistige Eigentümlichkeit, die Neigungen unserer Seele bis zu einem gewissen Grade zu unserer Zivilisation gehören, zu der Art unseres Seins und Lebens.

Nach Chamberlain ist Byron ein richtiger Germane, aber Drießmann hält ihn für einen gewöhnlichen Kelten. Chamberlain behauptet emphatisch, Cervantes sei ein großer Arier gewesen. Drießmann macht ihn zum Keltiberen. In den Sozialdemokraten sieht Chamberlain jüdische Typen, Drießmann Kelto-Mongolen, während Woltmann, der gleichfalls ein Anthropologe von Bedeutung ist, in seiner „Politischen Anthropologie" über sie in Ekstase gerät als über die reinsten Vertreter germanischen Blutes und Temperaments.

Die Anthropologen befinden sich fortwährend in Widerspruch untereinander und mit der Wirklichkeit. Sie lassen ihrer Phantasie die Zügel schießen und schildern alte und neue Völker ganz nach ihren vorgefaßten Meinungen oder in tendenziöser Absicht. Zu ihren Zwecken heben sie diese in den Himmel, verherrlichen sie über alle Maßen, und zu ihren Zwecken wiederum malen sie andere so schwarz als nur irgend möglich.

Je nach Zeiten und Umständen ändern auch Angehörige eines Volkes ihren Volkscharakter, der sonach nicht angeboren und unveräußerlich sein kann. Die Engländer sind in Australien anders als in ihrer ursprünglichen Heimat, die Franzosen in Kanada anders als in Frankreich. Die Ungarn haben längst ihre mongolischen Charakterzüge abgelegt und sind in jeder Beziehung den sogenannten Ariern ähnlich. Einst waren die Schweizer die Allerweltssoldaten, heute sind sie, die Krieger par excellence von ehemals, Hoteliers. Die Norweger, die heute so friedliebend sind, zeichneten sich im Mittelalter durch ihren abenteuerliebenden Geist aus. Wir wissen, wie die Polen ihre berüchtigte polnische Wirtschaft aufgegeben haben und jetzt wirtschaftlich sehr tüchtig sind, und wie selbst ein Bismarck sich gründlich verrechnet hat, als er geglaubt, die polnischen Edelleute würden das von der Ansiedelungskommission für ihre Güter erhaltene Geld in Paris oder Monte Carlo verprassen und verspielen. Die Juden, die heute für ganz besonders friedliebend gehalten werden, die das Waffenhandwerk verabscheuen und fürchten sollen, besaßen einst einen sehr kriegerischen Geist.

Aeltere Leser erinnern sich vielleicht noch, wie herzlich man bei uns in Deutschland gelacht hat, als ein Franzose eine eigene — preußische Rasse entdeckt hatte, die natürlich den Inbegriff alles Verdammenswerten darstellte. Seitdem haben wir es selbst herrlich weit gebracht. Dem Rassentheoretiker Drießmanns genügt nicht mehr die arische, die germanische Rasse, diese edelsten Rassen werden weit übertroffen von der alleredelsten, der — preußischen Rasse. Und die Preußen, diese Idealmenschen, sind noch eine ganz junge Rasse, die ihre Entstehung und ihre unübertroffenen Vorzüge Friedrich Wilhelm I. und seinem — Exerzierreglement verdanken. Die Parole: „Brust heraus — Bauch herein!" war das Zaubermittel, durch welches die „Preußen die „lachenden Löwen" geworden und in den Stand gesetzt sind, „gesteigerte Energie und Tatkraft zu entfalten und ihre großen Errungenschaften zu erzielen". Man glaube ja nicht, daß diese Theorie die lächerlichste Leistung unserer Rassentheoretiker ist. Der Höhepunkt wurde erst erreicht, nachdem unsere modernen antisemitischen Volksbeglücker sich dieser Theorie bemächtigt und sie im „Hammer" und ähnlichen Zeitschriften mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, verfechten. Drießmanns.

Wenn man sich auch noch so viel Mühe gibt, den „Geist" dieser Wissenschaft zu erfassen und ihre Geheimnisse zu ergründen, man muß sich schließlich doch an den Kopf fassen und mit Faust fragen:

> Was sagt sie uns für Unsinn vor?
> Es wird mir gleich den Kopf zerbrechen.
> Mich dünkt, ich hör' ein ganzes Chor
> Von hunderttausend Narren sprechen.

Einige wenige Beispiele dürften genügen, diese Auffassung zu rechtfertigen.

Nächst H. St. Chamberlain, dem in diesem Werk ein eigenes Kapitel gewidmet ist, steht wohl kein antisemitischer Publizist so unter der Hypnose des Rassenwahns wie Max Bewer, der in seinem Haß gegen die Juden so sehr alle Haltung verliert, daß er gelegentlich auch schon mit dem Gedanken einer deutschen Bartholomäusnacht gegen die Juden kokettiert hat. In seinem, schon Anfang der achtziger Jahre erschienenen Werk „Gedanken" hat er, wie ein Mitarbeiter der „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.", Fabius Schach, in einer trefflichen Studie nachgewiesen hat, eine vollständige Philosophie des Rassenwahnsinns niedergelegt. Die Grundlage der Bewerschen Rassenphilosophie ist: Semitische und germanische Rasse sind die zwei Pole, zwischen denen die Welt pendelt. Alles andere ist bloß Relief, Beiwerk. Diese beiden Rassen stellen die Hauptquellen von Gut und Böse dar, und sie sind von vornherein ihrer ganzen Natur nach geschaffen, um einander abzustoßen. Gott und Teufel sind nur Synonyma für „deutsch" und „jüdisch". Alles Gute und Hohe, alles Edle und Erhabene ist Max Bewer.

deutsch, alles Niedrige, Böse und Gemeine ist jüdisch.[1]) Das liegt einmal in der Rasse, und das kann keine Macht der Erde verwischen oder auslöschen. Durch die auch von Bewer nicht hinweggeleugneten Blutsvermischungen gestalten sich die Erscheinungen im Leben dieser beiden Rassen freilich etwas komplizierter, aber mit dem Bewerschen Schlüssel sind die beiden Probleme leicht gelöst. Finden wir einen christlichen Deutschen grundschlecht, so ist er sicher — jüdischen Blutes, erscheint ein Jude edel und gut, so ist er — deutschen Blutes.

Max Kleinschmidt.

Nun übersehen die antisemitischen Rassentheoretiker freilich eine sehr wichtige wissenschaftliche Tatsache. Einen gemeinsamen deutschen Typus gibt es nicht; und wer es behauptet, ist blind gegen die Wirklichkeit. Max Kleinschmidt hat in einem fesselnd geschriebenen Essai des „Tag" die gegenteiligen Behauptungen der Rassentheoretiker sehr hübsch ad absurdum geführt:

Es lassen sich, von den Juden ganz abgesehen, drei völlig verschiedene Rassen in Deutschland nachweisen, von denen nur eine den Germanen des Tacitus ähnlich sieht, und diese ist den beiden anderen gegenüber stark in der Minderzahl. Die taciteischen Germanen waren schlank, hellhaarig und helläugig: solche Menschen findet man auch in Deutschland noch, und in einigen Gegenden sogar in beträchtlicher Anzahl; in anderen wieder verschwinden sie vollständig. Daß diese germanisches Blut in den Adern haben, wird niemand bezweifeln; daß man auch die anderen dazurechnet, kommt nur daher, daß man von der Sprache nicht abstrahieren kann . . .

Dabei fällt mir eine kleine Geschichte ein. Ein Irländer, dessen Frau einen Negerknaben zur Welt gebracht hatte, verlangte entrüstet Erklärungen, beruhigte sich aber, als seine Frau sagte: „Das kommt nur davon, daß du auf dem Kohlenkai arbeitest, Mike." Ich fürchte, Chamberlain ist ebenso leichtgläubig wie der arme Mike. Wir sind es nicht und vermuten andere Gründe. Der Deutsche ist ebensowenig ein Germane, wie der nordamerikanische Neger ein Angelsachse ist, obwohl dieser auf sein Angelsachsentum genau so stolz ist wie der Deutsche auf sein Germanentum. Er ist nicht nur kein Germane, er ist auch kein Arier; höchstens kann man sagen, daß viele Deutsche arisches Blut in den Adern haben.

In Wirklichkeit wuchs das deutsche Volkstum aus mindestens drei verschiedenen Rassen und 6—7 Unterrassen hervor. Als die Germanen von Norden nach Süden vordrangen, überliefen sie die ansässigen Urrassen. Darauf schichteten sich Kelten, Romanen, Germanen und Slawen. Dazu kam in der neueren Zeit ein starker Prozentsatz jüdischen Blutes. Im Nordosten Deutschlands steckt ein gut Teil finnischen Blutes. Ziemlich wahrscheinlich ist auch hunnisches, avarisches und magyarisches

---

Bewer über Spinoza.

[1]) Das ist derselbe Max Bewer, der die grundlegende Entwicklung Altmeister Goethes zurückführt auf — Baruch Spinoza, der sein von der „Frankf. Ztg." gelegentlich der Goethefeier mit 400 M. preisgekröntes Gedicht unter der Spitzmarke „Goethe-Spinoza" einsandte und der sich den Vers leistete: „In Spinozas Allgedanken hat sich früh dein Sinn verträumt, bis du sah'st des Himmels Schranken wie durch Zauber weggeräumt!" Unter dem Einfluß Spinozas wird Goethe schließlich noch — „zum Gott belebt!!" Kam das von Herzen oder war es bloß Geschäftsphilosemitismus?!

Blut zur Zeit der Völkerwanderung und später in Deutschland verbreitet worden.

Aber durch diese Schlagworte der antisemitischen Rassenforscher kamen die bekannten Klischees zusammen. Arier, Germanen auf der einen, Semiten auf der andern Seite. Auf der einen Seite alles Licht, alle Helligkeit, auf der anderen alles schwarz, alles dunkel. Dort ein Zusammenstürmen der erhabensten Tugenden und Genialitäten, alle kulturschöpferischen Möglichkeiten, auf der andern Seite ein armseliges Gerinnsel von Unfähigkeit. Das schlimmste war, daß die Führer dieser pangermanischen Theorien sich in dem widersprechen, was sie als das wesentlichste Kennzeichen der Germanen ansehen. Für Chamberlain ist es dies, daß der Intellekt schöpferisch ist, während bei den Semiten der Wille starr und unbeugsam und egoistisch eingeengt ist. Laponge, die französische Parallelerscheinung Chamberlains, sieht wieder als Merkmal der Germanen das an, was Chamberlain als Merkmal der Semiten bezeichnet. Er rühmte den kalten, zielbewußten Willen, der sich alles unterwirft, während die Stärke der Semiten mehr auf intellektuellem Gebiete liege. Das sind Klischees, die sich immer wieder finden. **Laponge.**

Und dann kommen die kühnen Behauptungen, daß selbst die Anfänge der Kultur der germanischen Rasse zu verdanken seien, daß Christus ein Arier war. (Siehe auch das Kapitel: „Jesus ein Arier?") Sogar David und Saul, weil sie tapfer waren und Kriege führten, werden von Chamberlain zu Germanen umgedeutet. David wäre rötlich von Gesicht gewesen, das sei das typische Rasseabzeichen der Germanen, ferner war er tapfer. Also war er irgendwie germanischer Abkunft. Nach derselben Methode war auch Dante ein Germane; ebenso alle großen Persönlichkeiten der italienischen Renaissance waren irgendwie Germanen oder stammten von ihnen ab. Es gibt ja keine großen überragenden Leistungen in der gesamten Weltkultur, die nach der Meinung der Rassentheoretiker nicht irgendwie aus germanischem Blute hervorgegangen sind. Und wenn wirklich andere Rassen etwas Großes in der Geschichte geleistet haben, so muß zu diesem Erfolge zum mindesten germanisches Blut mit beigetragen haben.

Gibt es nun spezifische germanische Rassenmerkmale? Die Rassentheoretiker behaupten: Es gibt solche ganz spezifische Merkmale der germanischen Rasse, und wo sie sich bei einer Rasse zeigen, ist der Beweis erbracht, daß hier germanisches Blut tätig war. Diese hauptsächlichsten Merkmale sind: die sogenannte Langschädlichkeit, helle Hautfarbe, helle Haarfarbe und eine gewisse Körpergröße.

Nun waren aber, wie Prof. Dr. Goldstein-Darmstadt in einem ausgezeichneten Vortrage über „Moderne Rassenprobleme" auf der Generalversammlung des „Vereins z. A. d. A." im Jahre 1910 **Professor Dr Goldstein.**

(Separatabdruck der „Mitt. a. d. V. z. A. d. A."), dem wir im vorstehenden schon einige besonders krasse „Unstimmigkeiten" der Rassentheoretiker entnommen haben, nachgewiesen hat, die großen Persönlichkeiten, auf die man sich beruft, gar keine Langschädel. Sie hatten gar nicht jenen etwas backfischmäßig angehauchten Lohengrin-Typus, sie waren nicht jene großen raumfüllenden Recken Chamberlains mit den braunen Augen und blonden Haaren. Sondern die großen Persönlichkeiten in der Geschichte, die Genien auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft entsprachen durchaus nicht dem Bilde, das eigentlich nach dem Rassentheoretiker der große Mann zeigen muß. Das größte Musikgenie aller Zeiten, Beethoven, war klein und häßlich, seine Haare waren tiefschwarz, sein Gesicht braun, die Augen tiefdunkel. Richard Wagner hatte durchaus nicht die besondere Körpergröße, die helle Haut. Auch Adolf von Menzel entsprach nicht dem Typus des Lohengrin der Chamberlainphantasie, auch Nietzsche durchaus nicht. Wenn ein Langschädel etwas spezifisch Geniales wäre, dann waren Sokrates, Bismarck, Luther, Laplace, Napoleon, Pascale, Raphael keine Genies, denn sie hatten Rundköpfe. Wenn das Blonde, Raumfüllende das Kennzeichnen der genialen Persönlichkeiten ist, dann müßte Pommern dasjenige Land sein, das die größten Genies der Deutschen hervorbringt.

Der „Hammer".

Der „Hammer", die angesehenste „wissenschaftliche" Revue des Antisemitismus, brachte unter der Ueberschrift „Zum Stand der Rassenfrage" (Nr. 49, 1904) einen Aufsatz eines Herrn Jahn-Berlin, in dem von den Bewohnern der Alpenländer unter ausdrücklichem Hinweis auf die Süddeutschen gesagt wird:

„Fälschlich nennt man neuerdings vielfach auch den brachykephalen homo alpinus, der eigentlich Prä-Kelte heißen sollte, einen „Turanier", verführt durch die ähnliche Schädelbildung und dunkle Pigmentierung. Diese gefährliche Urrasse, die die Kelten und Italiker überwuchert hat, das germanische Element der romanischen Nationen verdrängt hat, auch bei uns von Süddeutschland her vordringt, ist vielleicht der schlimmste Widersacher unserer arischen Weltordnung und Herrschaft, vor allem, da sie einen Hort und Züchtungs-Mittelpunkt gefunden hat in der weltumspannenden Organisation der römischen Kirche.

Diese Kirche als Nachfolgerin der römischen Cäsaren ist mit ihrem Programm, dem Streben nach absolutem Imperialismus, nach Herrschaft über Leiber und Seelen, unlöslich verknüpft mit dem Geschick dieser ihrer Rasse, die ihre Vertreter bereits unter fast allen Kulturvölkern zählt, zäh und fruchtbar sich durchsetzt, ein merkwürdiges Beispiel atavistischen Rückschlags ohnegleichen."

„Deutsches Volksblatt".

Hierzu bemerkte selbst das Münchener Antisemitenblatt des Herrn Wengg in einer Notiz mit der Spitzmarke „Deutschvölkischer Wahnsinn":

„Der verrückte Kunde, welcher diese Sätze geschrieben hat, ist wie die erwähnte Wochenschrift bedauernd mitteilt, kürzlich gestorben, doch meint das Blatt, er dürfe „unbesorgt ruhen", „seine Lebensfunken werden in verwandten Geistern weiterflammen." Schöne Aussicht das!"

In einer Polemik gegen Fritz Lienhard, der in seinen „Wegen nach Weimar“ die Unhaltbarkeit der Schlüsse aus der Rassenlehre nachweist, schrieb der „Hammer“:

„Wie der Nebel über den Wassern, so schwebt Geistesleben und Seele über dem Blute. Wo kein Wasser, da kein Dampf, und wo keine Rasse, da kein bestimmter Charakter. Manche Leute behaupten sogar, es gäbe Menschen ohne Seele. Vielleicht sind das die rasselosen.“

Gegen diese „Naturwissenschaft“ kann man allerdings nicht aufkommen. Und dann geht der Verfasser des „Hammer“-Artikels zu dem Alpha und Omega der Rassenlehre, dem Satz von der Präponderanz der germanischen Rasse über:

„Mag also auch bei den andern Rassen Hochsinn und Charakterwert nicht fehlen, so ist doch wohl kein Zweifel darüber, daß das Germanentum der Schrittmacher für die aus dem Dunkeln in das Helle strebende Menschheit gewesen ist. Wir wollen Lienhard gern zugestehen: Der Arier kann unedel sein — aber dann ist er verkommen oder abnorm, und der Nichtarier kann vornehm sein — doch das ist nicht die Regel. Der durchschnittliche Wertunterschied der Rassen bleibt darum doch bestehen.“

Aber auf der anderen Seite wird von den Rassetheoretikern freilich behauptet, daß der einzelne nicht weiter ist, als der Exponent seiner Rasse, z. B. Heinrich Heine, die typische Aeußerung des jüdischen Rassengeistes! Wie oberflächlich ist eine solche Behauptung! Auf der einen Seite der radikale Heine, auf der anderen gleichzeitig zwei allerdings getaufte Juden, Stahl, der Begründer der konservativen Partei, und Neander, der orthodoxe Kirchenhistoriker. Waren die beiden auch Exponenten der jüdischen Rasse?

Diese merkwürdige antisemitische Logik geißelte schon Börne mit seinem beißenden Witz. Der Arier kann schlecht sein, dann ist er kein richtiger Arier; der Semit kann gut sein, dann ist er kein Semit. Mit diesem Gaukelspiel kann man alle Begriffe auf den Kopf stellen.

Aber was ist nun eigentlich ein Semit? Kein Wort wird in den Kreisen der Judengegner so oft in den Mund genommen, wie das Wort „Semit“. Aber was eigentlich Semitismus ist, darüber herrscht im Lager der Antisemiten die größte Unklarheit. Einig ist man sich nur darüber, daß die Juden den Urquell alles Bösen bilden und für alle Schäden der Welt den Nährboden darstellen. Einig ist man sich auch darüber, daß die Deutschen, soweit sie von der schrecklichen Epidemie der Verjudung noch verschont geblieben sind, die Auslese der Menschheit darstellen, die der liebe Gott zu den Herrschern des Weltalls vor vornherein auserkoren hat. Uneinig aber ist man über die Ursachen des Uebels und die Naturgeschichte der schrecklichen Krankheit.

Sehr interessant war nach dieser Richtung vor einigen Jahren eine Auseinandersetzung zwischen den Herren Weka und Leopold Werner, zwei Leuchten des Antisemitismus, im „Hammer“. In einem mehr originellen und kühnen als gründlichen Aufsatz über „Rassentod und Semitismus“ ging Herr Weka mit dem bewährten Rüstzeug seines Meisters Fritsch diesem Problem zuleibe, und er wollte **Weka.**

nichts Geringeres beweisen, als — daß es eine semitische Rasse eigentlich gar nicht gibt. Er schrieb:

„Man war bisher gewöhnt, unter Semitismus das Wesen bestimmter orientalischer Völker: Araber, Juden, Beduinen usw. zu verstehen und hielt diese Spezies der Gattung homo sapiens für eine der ursprünglichen Rassen. Die neuere Rassenforschung jedoch macht es immer wahrscheinlicher, daß der Semitismus an keine bestimmte Rasse gebunden ist, sondern bei allen Rassen und Völkern in der Zeit des Niederganges auftreten kann. Die Semiten wären demnach keine bestimmte Rasse, sondern ein Entartungs-typus."

Doch ist der Autor so freundlich, zuzugeben, daß es auch minder schlechte Juden gibt. Er ist so unvorsichtig, zu schreiben:

„Es scheint, daß der neuzeitliche Jude in den westlichen Kulturländern durch Aufnahme besseren Blutes sich etwas gehoben hat, während die Juden dort, wo sie inmitten ihrer Gastvölker gänzlich isoliert sind, wie z. B. in der Türkei, Marokko, Tunis usw., nach den übereinstimmenden Berichten aller Völkerkundigen auf einer sehr tiefen Stufe stehen. Sie haben dort unter allen umgebenden Völkerstämmen den kleinsten Gesichtswinkel und die geringste kulturelle Begabung. Diese Juden sind offenbar unter der niederziehenden Wirkung der talmudischen Sittenlehre noch fortdauernd in Entartung begriffen, während bei uns, unter dem Einfluß eines höheren Geisteslebens und des andauernden — wenn auch geringen — arischen Blutzuflusses die Rasse sich etwas aufgebessert zu haben scheint."

Also ist doch eine „Aufbesserung" der Rassen möglich; andere Rassentheoretiker behaupten nämlich, daß eine Rassenvermischung das Uebel nur noch verschlimmere.

Leop. Werner. Aber diese revolutionäre Erhebung auf dem Gebiete der Rassenforschung fiel Herrn Werner stark auf die Nerven. Er warf Weka vor, daß seine Kenntnisse „recht zweifelhaft" seien, und überraschte uns durch eine noch kühnere Theorie. Er meinte, die semitische Rasse sei gar nicht schlecht, die Juden seien freilich selbstredend teuflisch schlecht, aber sie seien ja gar keine Semiten. Er schrieb wörtlich:

„Zur semitischen Rasse rechnet man folgende Völker: Die alten Assyrer und Babylonier, die alten Syrier und Karthager, die alten Israeliten (über den Unterschied zwischen Israeliten und Juden s. u.), die Araber und Beduinen u. a. Die Semiten haben viele gemeinsame Eigenschaften, die sie hinreichend von anderen Rassen, z. B. den Ariern, Aethiopiern und Mongolen unterscheiden. Wo sie sich rein erhalten haben, besitzen sie diese Eigentümlichkeiten. Heute noch z. B. haben die Beduinen den den reinen Semiten eigenen Langschädel. Die Angabe des Herrn Weka, der Semit sei das Produkt einer vielfältigen Mischung der schwarzen, weißen und gelben Rasse, trifft nicht auf den Semiten, wohl aber auf den Juden zu, wie denn Herr Weka immer den Juden meint, wenn er den Semiten nennt.

Die Israeliten, die wohl anfänglich in Palästina wohnten, zogen nach Aegypten, wo sie während eines mehrhundertjährigen Aufenthalts bereits mit einem guten Teil äthiopischen Blutes ihre semitische Rasse verschlechterten. Unter Moses nach Palästina zurückgeführt, finden sie dort zweierlei verschiedene fremde Völker vor, die Amoriter (Amaur) und die Hethiter (Cheta). Die Amoriter waren wie Flinders Petrie u. a. aus altägyptischen Darstellungen nachgewiesen hat (s. Meyers Konversationslexikon Artikel „Juden"), germanische Arier. Die Hethiter hingegen waren ein höchst merkwürdiges Volk, über dessen Rassenzugehörigkeit man sich noch nicht klar ist. (Englische Forscher bezeichnen die Hethiter als ein semitisch-mongolisches Mischvolk,

Luschan als eine den Armeniern nahe verwandte Urbevölkerung.) Jedenfalls aber standen sie rassisch (physisch, moralisch und intellektuell) nicht auf der Höhe der Amoriter. Die Israeliten besiegten und vertrieben diese Völker nicht, wie das Buch Josua in ungeheuerlichen Lügenmärchen erzählt, sondern sie lebten unter ihnen und machten sie „zinsbar", so daß „Israel mächtig ward" und „die Hand des Hauses Joseph schwer auf den Bewohnern Kanaans ruhte", wie das 1. Kapitel des Buches der Richter gesteht — so daß die 12 (eigentlich 14) Stämme das Land schließlich unter sich teilen konnten! Während die kleineren Stämme den nördlichen, gebirgigen Teil in Besitz nahmen, setzte sich der größte und mächtigste Stamm Juda in dem großen fruchtbaren südlichen Teil mit der Hauptstadt Jerusalem fest.

Und nun beginnt eine wüste Vermischung aller dieser auf dem kleinen Fleckchen Erde von Palästina vereinigten Rassen, so daß ein rasseloses Gemisch von semitischem, äthiopischem, arischem und hethitischem Blute entstand; und die entstandenen Völker bildeten die Königreiche Israel und Juda. (Vergl. Hesekiel Kap. 23, wo der Prophet die beiden Königreiche mit zwei Huren vergleicht, die mit den Söhnen aller benachbarten Völker Unzucht getrieben.) Im nördlichen Königreich Israel scheint das amoritische Element den hauptsächlichsten Einfluß ausgeübt zu haben: alle Propheten, alle bedeutenden Männer stammten ausnahmslos aus dem Norden. Selbst Christus stammt aus Nazareth, und die neuere Forschung sieht in ihm einen reinen Amoriter, d. h. Germanen. Ein äußerlicher Anlaß, die Volkszählung muß herhalten, um ihn in Betlehem geboren werden zu lassen, so daß er auf diese fragwürdige Weise „Jude" wird. Im südlichen Königreich Juda muß hingegen der hethitische Bluteinschlag besonders stark gewesen sein. Von den Hethitern haben die Juden ihre Rundschädel und ihre dicken Nasen."

Herr Werner geht mit seiner neuen Methode die ganze jüdische Geschichte durch. Was er da entwickelt, ist so ungeheuer, daß jeder Psychiater bedenklich den Kopf schütteln würde. Schon im Babylon waren die Juden — Bankiers, und natürlich sind sie allein am Untergange dieses Reiches schuld. Die Auflösung des zweiten jüdischen Reiches später war — eine jüdische Spekulation. Die Juden selber haben Titus veranlaßt, Jerusalem zu zerstören, denn „in Aegypten, in Persien und in Rom wohnten schon damals Juden und sie waren das „Ferment der Dekomposition", wohin sie damals und wohin sie auch später kamen! Und nun ruft er stolz aus:

„Das ist die Geschichte der Entstehung der jüdischen Rasse. Zur semitischen Rasse darf sie nicht gerechnet werden, man könnte sie mit demselben Recht oder Unrecht eine germanische, äthiopische, hethitische nennen."

Aber weit davon entfernt, von so viel Weisheit vernichtet zu sein, wagte Herr Weka noch eine „sachliche" Erwiderung. Herr Weka wurde sogar sehr modern und darwinistisch. Er schrieb:

„Gewiß: im weiteren Sinne ist nicht nur der Germane, sondern der Mensch überhaupt keine Naturkonstante. „Alles fließt." Ich erkenne keine Grenze an, über die hinaus die Menschheit nicht vervollkommnungsfähig wäre. So weit Menschengedanke fliegen kann, findet er kein Ende des Alls; und das kühnste, was Menschengeist je ersann, kann einmal Wirklichkeit werden. Die Allmacht, die den Weg wußte von der Urzelle bis zur Dichterseele, läßt ihrem Schöpferwillen keine Schranken setzen. Oder was sind unsere Götter- und Engelgestalten anderes als Phantasiegebilde von einem Menschentum in fernster Zukunft? Aber auch der Entwicklung bezw. Differenzierung des

Menschengeschlechts nach unten ist keine Grenze gesetzt: selbst unter unseren wunderlichen Vettern, den Orang-Utans, gibt es noch gute und böse."

Nur machen natürlich in dieser Entwicklungslehre, wie in allen Naturgesetzen, die Juden eine Ausnahme. Sie entwickeln sich gewissermaßen rückwärts und werden immer schlimmer. Weka offenbarte uns hier seine ganze Weisheit, und wir müssen seine gewaltige Gelahrtheit bewundern. Er schrieb:

„Von den hier in Betracht kommenden Völkerstämmen waren offenbar Israeliten und Amoriter germanischer bezw. arischer Abkunft, die Hethiter zweifelsohne ein dem semitischen Typus zustrebendes Mischvolk. Den Grundton in das allgemeine Chaos brachten aber die Ebräer, ein mit den Israeliten aus Aegypten gekommener Stamm (vergl. 2. Moses 12, 38: „Und es zog viel Pöbelsvolk mit ihnen"), der dort wohl nach Art der indischen Tschandala als die Klasse der ausgestoßenen Rassenmischlinge gelebt hatte, und wie es scheint, vorwiegend wucherische Erwerbsarten betrieb. Dieser kapitalistisch geschulte Volksschlag riß in Palästina die kommerzielle Oberherrschaft an sich, gab die auf die Züchtung des bösen Prinzips hinzielende Richtung der Normenprägung an und wurde der geistige Vater des Judentums.

Wir sehen also bei allen sog. „semitischen" Völkern denselben Vorgang. Die Juden bilden ein Abfallprodukt aus dem palästinischen Kultur- und Mischungsprozeß, die Hethiter aus einem früheren, ebenfalls in Kleinasien stattgefundenen, die Ebräer aus einer der frühesten ägyptischen Kulturepochen; die Beduinen sind zum Teil die Schlacken des assyrischen und babylonischen Kulturprozesses, zum anderen Teil gehören sie der hamitischen Völkerfamilie an. Und die heute noch lebenden Nachkommen der alten indogermanisch-äthiopischen Aegypter, die Kopten, sind nach der Meinung Dr. Hentschels und anderer beim besten Willen nicht von unseren Juden zu unterscheiden. Man kann sie anthropologisch nirgends recht unterbringen und muß sie ebenfalls zu den „Semiten" rechnen."

Also: die Israeliten waren Germanen, mit diesen Israeliten kam aber aus Aegypten ein Pöbelvolk, das schon in der Wüste Wucher trieb. Diese „kapitalistisch geschulten" Elemente waren eben die Juden, und sie haben ihren Geist und ihre Art bis auf heute vererbt. Eine kühnere Hypothese ist wohl noch nie aufgestellt worden.

Th. Fritsch über die „Entartung" des Christentums.

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß Rassentheoretiker vom Schlage der „Hammer"-Gemeinde sehr pessimistisch in die Zukunft blicken. Herr Fritsch erklärte im Anschluß an die oben erwähnten Auseinandersetzungen zwischen Weka und Werner, daß sich „die herrschenden Kreise (in Deutschland) mit rasender Schnelligkeit der semitischen Grundlinie anpassen, für die diesmal der kassarische Jude das Vorbild liefert". Das sei „das Geheimnis des deutschen Industriestaates"; alsdann heißt es weiter:

„Die reine Lehre des Nazareners ist in ihrer Entartung zu einem Fluche der abendländischen Völker geworden. Wie ein finsterer Wahn ist sie über die Länder hingezogen, hat die trübsten Leidenschaften entfesselt und die Besten dem Verderben ausgeliefert. Und grade die blonden Stämme, aus denen Christus selber hervorging und deren freien und kühnen Geist seine Lehre atmet, sollten das Opfer der kirchlichen Herrschsucht werden. Denn niedere Rassen-Elemente hatten es fertig gebracht, aus der arischen Heilslehre sich ein Werkzeug der Geisteskncchtung und des finsteren Fanatismus zu schmieden."

Schließlich spricht Fritsch in seinem edlen Zorn nur noch von dem „sogenannten deutschen Volke". Natürlich ist in einem Staate, in dem so schauderöse Zustände herrschen, kein Wirkungskreis mehr für einen Mann wie Fritsch, sonst könnte die Degenerationsepidemie auch ihn noch infizieren. Er meint:

„So bleibt den Sehenden und Gesunden nichts übrig, als eine Arche für sich zu bauen, auf der sie über die nahende Sündflut hinweg schwimmen können. Wir fühlen, daß wir in den Strudel der dämonischen Mächte hinabgezogen werden, wenn wir seinem Wirkungskreise nicht entrinnen."

Gründung der Erneuerungsgemeinde.

Und nun soll ein neues „Utopia" in der Form der Erneuerungsgemeinde, die sich aus den Kreisen der „Hammer"-Leser rekrutiert, erstehen, mit dem ausgesprochenen Zweck, Edelmenschen zu züchten. Geplant und zum Teil auch schon ins Werk gesetzt ist eine Niederlassung auf dem Lande nach dem Muster der Siedelung „Eden" bei Oranienburg, „die in der Hauptsache den Charakter einer Gartenbaukolonie tragen soll. Auf genossenschaftlicher Grundlage will diese „Erneuerungsgemeinde" ihre Mitglieder dort ansiedeln. Ein landschaftlich reizvoll gelegenes größeres Gut mit günstigen Bodenverhältnissen ist dazu ausersehen."

Th. Fritsch widmete dem phantastischen Projekt, das eine „Mischung von individualistischem und kommunistischem Betrieb" darstellt und durch seine Mannigfaltigkeit (Gemeinwirtschaft und Einzelwirtschaft) jedem erlauben soll, nach seiner Fasson selig zu werden, ein Geleitwort, in dem es u. a. hieß:

„Es müßte also merkwürdig zugehen, wenn die neue Siedelung, auf vernünftigen Grundlagen errichtet und von vernünftigen praktischen Männern geleitet, nicht gedeihen wollte. Die bisherigen teilweisen Fehlschläge beweisen nichts, weil einige Kolonien schon durch die Phantastik ihrer Begründer den Todeskeim in sich trugen und überhaupt kein gesundes Wirtschaftsprinzip zur Grundlage hatten. Meist waren es unpraktische Köpfe, die ein bis ins kleinste ausgearbeitetes Paragraphen-System aufstellten und dann das wirtschaftliche Leben in die so geschaffenen Zwangsformen pressen wollten, anstatt umgekehrt nach allmählich sich entwickelnden Lebensverhältnissen die genaueren geistigen und wirtschaftlichen Leitsätze zu bilden. — Das Leben paßt sich keiner Formel an, sondern die Formel muß sich dem Leben anpassen.

Aber die neue Gemeinde wird ihren Siedlern nicht nur materielle, sondern auch geistige Kost zu bieten haben. Die Eintönigkeit des Landlebens ist es ja, die heute viele vom Lande hinwegscheucht. Das wird in der neuen Gemeinde vermieden werden. Es werden geistig regsame und tatkräftige Personen in ihr vereinigt sein. Wird sie sich doch vorwiegend aus Leuten zusammensetzen, die des „Hammer"-Geistes voll sind, also nicht zu den Schlummerköpfen und Genußduselern gehören, die heute die große Masse bilden. Der „Hammer" hat durch seine rauhe Eigenart von jeher die Weichlinge und Feiglinge sich fern gehalten. Es werden auserlesene Menschen sein, die nach unserer Siedelung kommen . . ."

Züchtung des „Edelmenschen".

Diese „auserlesenen Menschen", die alle vorher „auf Herz und Nieren geprüft" werden und eine Probezeit durchmachen müssen, sollen natürlich auch die Urheber eines auserlesenen Geschlechts werden. Der zukünftige „Edelmensch" wird in dieser „Erneuerungs-

gemeinschaft" gezüchtet werden. Die „Zuchtwahl" wird oberstes Prinzip sein, wie früher schon wiederholt angekündigt worden ist.

Es handelt sich also um so eine Art Hagenbeckscher Straußenfarm ins Menschliche übertragen. Für dieses Eden der Erneuerungsgemeinde — eine Aktiengründung, also auf ganz un deutscher Basis errichtet — ist bereits in der Mark ein Gut erworben. Wie viele Kolonisten sich dort schon angesiedelt haben, ist nicht bekannt. Allzuviele werden es wohl nicht gewesen sein. Freilich wird es in der Edelmenschen-Brutanstalt wohl mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Kolonisten ankommen.

In der Durchdringung der Menschheit mit dem Geist des Ariertums haben die Vorkämpfer des rassenreinen Germanentums nämlich ein Haar gefunden. Th. Fritsch hat im September 1904 im „Hammer" den unerbetenen arischen „Kulturträgern" ziemlich unangenehme Wahrheiten gesagt. Er bezeichnete es als eine „kühne Anmaßung", daß wir anderen Völkern „Kultur" bringen wollen, „ihnen, die vielleicht durch sichere Lebensnormen in ihrer Art mehr „Kultur" haben als wir" und richtete an seine Gesinnungsgenossen die ebenso freundschaftliche wie dringende Mahnung:

Th. Fritsch gegen die arischen Kulturträger.

„Beschränken wir uns doch darauf, uns in unserer eigenen Art zu vervollkommnen, und verschonen wir fremde Völker mit zudringlichen Wohltaten. Ein Volk dient der Menschheit am besten, wenn es sich in seiner Art zu vorbildlicher Höhe erhebt. Wird unser Beispiel dann die Anerkennung und Bewunderung anderer Völker erwecken, so steht es ihnen frei, uns nachzuahmen. Wir können ihnen, wenn sie es wünschen, auch mit Rat und Tat beistehen, aber die ungebetenen Kulturbringer sollten wir nicht spielen."

Doch wir wollen es mit diesen Proben rassenpsychologischen Spürsinns genug sein lassen des grausamen Spiels und diese Abhandlung mit dem ernsten Mahnwort schließen, das einst ein Mitarbeiter der „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.", Fabius Schach, an die Rassenphilosophen gerichtet hat:

Zu all den Grenzen und Klüften, die die Menschen trennen, habt ihr eine neue Scheidewand errichtet: Die Rasse: Dieses Phantom, aus Nebel erzeugt, habt ihr zum Gott erhoben und das Höchste opfert ihr ihm, die Menschlichkeit.

Ihr messet den Schädel und die Nase, studieret des Gesichtes Formen und analysiert das Blut gar. So verkündet ihr dem Menschen sein Fatum, bestimmt bei der Geburt schon, ob jemand klug oder dumm, edel oder niedrig wird.

Und dieser neue Rassendünkel geberdet sich als hohe Wissenschaft und verdüstert der Menschheit Sinn und schaffet Verbitterung und Torheit nur. Das bißchen Liebe, das ihr zu vergeben habt, nicht dem Gleichgesinnten, dem Rassengenossen verschenkt ihr es. Und immer ärmer und enger wird euer Leben und immer trüber eure Gedankenwelt.

Wo Dunst und Nebel herrschen, da baut sich die Narrheit ihr sicheres Nest und — die Bestie gesellt sich dazu. Verbannt ihr die Vernunft und verhöhnt die menschliche Liebe, — was bleibt dem Leben Schönes noch übrig.

Wie soll die Kraft der Individualität, der Persönlichkeit, Macht und Wille sich entfalten, wenn die Rasse wie ein dunkles Fatum dem Können Grenzen setzt? Wie soll die Seele frei herrschen, wenn es Menschen und

Rassen von Gottes- und Teufelsgnaden gibt? Wo soll der Mensch anfangen, wenn das Blut alles bestimmt?

Die ganze Rassenlehre, sie nützt der Bestialität nur und tötet das Beste in der menschlichen Kultur. Neue Namen, neue Begriffe habt ihr geschaffen, so gelehrt und so klug, und die Menschheit habt ihr eingeschachelt in Parteien, Klassen, Rassen. Nur eins, scheint mir, habt ihr vergessen, daß die Menschen — auch Menschen sind.

Houston Stewart Chamberlain.

Der zeitgenössische Antisemitismus ist schon seit Jahren bemüht, aus seinem Gemisch von Haß und Neid eine Art „Weltanschauung" zu machen. Nun kann freilich das Demagogentum der Ahlwardt, Pückler und Genossen zu einer solchen „Weltanschauung"" nur die Schimpfworte und die Knüppel liefern. Kein Wunder, daß der „vornehme", der „wissenschaftliche" Antisemitismus diesen kompromittierlichen Hausknechten alsbald den Laufpaß gegeben hat.

Der Antisemitismus der „gebildeten" Welt Deutschlands stützt sich in seinen Beweismitteln auf „Autoritäten" wie Lagarde, Dühring, Richard Wagner (vergl. das Kapitel „Deutsche Dichter und Denker"). Wo er sich ethnographisch und rassenpsychologisch zu stützen sucht, taucht die Gestalt des Grafen Gobineau auf und die Gelehrsamkeit der Otto Ammon und Laponge tritt hinzu. Im letzten Kern kann man diese germanische Weltanschauung als einen Ausfluß höchsten Rassenstolzes ansehen, der in den Worten gipfelt: „Dem Germanen gehört die Welt! Nimm sie dir!"

Ihr letzter Ausläufer ist Houston Stewart Chamberlain, dessen Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" 1899 in allen nationalistischen Kreisen enthusiastische Aufnahme fand und für das man auch den deutschen Kaiser zu interessieren wußte.

Chamberlain gehörte zum Kreise der Wagnerianer, die in Bayreuth ihren Sitz hatten. Ueber diese zum Teil etwas sonderlichen Heiligen schrieb Ernst von Wolzogen seinerzeit im „Liter. Echo": **Ernst von Wolzogen.**

„Die Bayreuther kleinen Propheten haben uns oft schon durch ihre Gabe, die wunderlichsten Dinge miteinander zu verquicken, überrascht, ohne daß man sie darum als besonders weitausblickende Geister und glückliche Finder bezeichnen könnte — ganz im Gegenteil: die Originalität dieser wunderlichen Heiligen bestand meist darin, daß sie das lebendige Geistesleben der Gegenwart, die naturwissenschaftliche Erkenntnis und die soziale Evolution, ignorierten und uns statt dessen die zeitbewegenden Fragen so darstellten, wie sie ihnen durch ihre mannigfaltig gefärbten Brillen der Stöckerei und der Muckerei, der königlich preußischen Loyalität, des Antisemitismus und Vegetarismus erschienen. Man braucht nur daran zu denken, daß die Lieblingsworte der Wagnerianer: „Wahn, Not, Held, Welt" sind und ihre Autoritäten, neben dem Meister selbst, Schopenhauer, Carlyle, Graf Gobineau und etwa noch Lagarde. Diese Begriffe und diese Namen bezirken mit hinreichender Deutlichkeit den wagnerianischen Horizont, und wer Houston Stewart Chamberlain als aufrechten Wagnerianer kennt, der konnte von seinem Werke auch wohl nicht viel mehr als phantastische Lyrismen eines besser belesenen Querkopfes erwarten."

Aus diesem Milieu heraus, in dem Chamberlain so lange gelebt hat, erklärt sich denn auch die Eigenart und die Grundtendenz seines Werkes. Unzweifelhaft ist der Angelpunkt der Chamberlainschen Religions- und Rassenphilosophie sein Antisemitismus; was er predigt ist nichts als blöder Antisemitismus, der besonders gefährlich durch seine blendende Dialektik, seine scheinbare Wissenschaftlichkeit wirkt. In der Tat hat das Buch denn auch zumeist nur Erfolg gehabt bei nichtwissenschaftlichen Lesern, die von der glänzenden Schreibweise des Verfassers, seiner götzendienerischen Anbetung der germanischen Rasse, seiner großen Belesenheit fasziniert waren. Tiefer schürfende, wissenschaftlich gebildete Leute auch außerhalb der Zunftkritik haben jedoch sofort die Wertlosigkeit des Buches erkannt und dem Autor grobe Unwissenheit, zahlreiche Widersprüche, ja sogar in vielen Fällen direkte Fälschungen nachgewiesen.

Der Grundton der Chamberlainschen Gedankenwelt ist der Rassenstandpunkt, nicht der der modernen Anthropologen, sondern Gobineaus und seiner Jünger. Dieser Rassennebel umhüllt zart alle Gedanken Chamberlains, und durch alle seine Schriften zieht sich die Rasse wie ein roter Faden. Die Welt zerfällt für ihn gewissermaßen in zwei Teile, qualitativ und quantitativ voneinander verschieden. Auf der einen Seite sind leuchtende Farben, strahlende Tugenden, auf der anderen geistige Finsternis und sittliche Inferiorität. Auf der einen Seite ist die hochbegabte edle arische Rasse, die die germanische Unterrasse als feinste Auslese gebar. Diese germanische Rasse ist mit allen denkbaren Tugenden und Fähigkeiten ausgestattet, und ihr allein, der geborenen Herrenrasse, gebührt die Führung und die Macht auf Erden. Auf der anderen Seite ist die minderwertige, schon im Keime verdorbene semitische Rasse, von der das geistig und sittlich gefährliche Judentum stammt. So ist streng genommen alles Gute auf Erden germanischen und alles Böse semitischen Ursprungs. Nun ist freilich am heutigen „Germanismus" nicht alles gut, das ist aber auch gar nicht urgermanisch, sondern fremd, von außen hineingetragen, etwas Krankes, das durch die Berührung mit semitischen Elementen später als Unkraut entstanden ist. Ebenso ist am heutigen Judentum nicht alles schlecht, aber das Gute ist eben dem Germanentum entlehnt. So hat sich Herr Chamberlain seine Weltanschauung zurechtgelegt, und damit geht er wie mit einem eisernen Panzer durch alle Strömungen der Zeit und alle Erscheinungen des Lebens, und alles ist ihm klar, und alle Probleme sind für ihn endgültig gelöst.

Das Geheimnis des ungewöhnlichen Erfolges Chamberlains besteht eigentlich darin, daß er jede Gründlichkeit vermeidet und sich immer wieder mit einer Nebelschicht umgibt, um seine Blößen nicht zu zeigen. Er kennt die Schwächen unserer Zeit und er trägt ihnen wie ein „geriebener Semit" Rechnung. Er will zum „Ungelehrten" sprechen und er schmeichelt ihm, er sei eigentlich mehr als der Gelehrte.

„Der Ungelehrte ist gleichsam Sachkenner des Ungelehrtentums, und so mag ihm manche Wirkung gelingen, die dem Fachmann nicht mehr freisteht." Dieser Satz ist für seine raffinierte Methode bezeichnend. Er will der frische lebendige Denker sein, nicht weniger, sondern mehr als der Gelehrte gelten. Er ist ein Virtuose des Dilettantentums, er macht aus jedem Fehler eine Tugend. Er höhnt oft über die Gelehrten, dabei arbeitet er gern mit gelehrten Begriffen, prunkt mit seinem großen Wissen und verwirrt die Köpfe derer, die sich seiner Leitung anvertrauen. Er reißt sie mit sich in den Nebel und raubt ihnen das Kriterium des Denkens. Sein großes Werk „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts" ist, wie Fabius Schach in einem Aufsatz der „Mitteilungen aus dem Verein z. A. d. A." nachgewiesen hat, der Typus eines geistigen Blendwerks, ein Irrgarten im Reiche der Ideen.

Prof. Adickes.

Der bekannte Tübinger Gelehrte Prof. Adickes nannte Chamberlain in der „Deutschen Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart" (August 1906) „einen blutigen Dilettanten, d. h. einen Mann, der sich an wissenschaftliche Aufgaben heranwagt, ohne die nötige (allgemeine und hochwissenschaftliche) Schulung und Durchbildung zu besitzen". Der Dilettant übersehe und beherrsche seinen Stoff nicht, sei nicht vertraut genug mit den Leistungen anderer und mit den früheren Versuchen, Probleme zu lösen. Daher rühre seine Selbstgefälligkeit her und die Ueberschätzung der eigenen Gedanken und andern gegenüber der Mangel an Kritik. „Als Dilettant kennt Chamberlain nur Engel und Teufel, er ist oberflächlich, unfähig zwischen Wirklichem und bloß Möglichem streng zu unterscheiden und die Dinge selbst ungetrübt durch das Medium der Subjektivität zu sehen. Chamberlain zeigt einen Unfehlbarkeitsdünkel und eine Selbstüberhebung, wie sie einem in dieser Größe nicht oft entgegentreten."

Kritik von H. C. in der „Gesellschaft".

In der von dem verstorbenen Ludwig Jacobowski herausgegebenen „Gesellschaft" ist im November 1900 eine von scharfer kritischer Beobachtungsgabe zeugende Studie von H. C. erschienen, die nachweist, daß vielfach entstellte Zitate die Grundlage Chamberlainscher Polemik bilden. Aus Anatole Leroy-Beaulieus Werk: „Israêl chez les nations" hat er z. B. eine Episode so gröblich entstellt wiedergegeben, daß der Autor in einer Erklärung an die „Frankf. Ztg." (13. 10. 1900) gegen diese offensichtliche Fälschung protestierte. Sogar den Namen des Verfassers gibt Chamberlain falsch an, indem er Paul Leroy-Beaulieu das Werk „Israêl chez les nations" zuschreibt, während es in Wirklichkeit von dessen Bruder Anatole verfaßt ist. Und auf Grund dieses falschen Zitats leistet sich Chamberlain die verleumderische Insinuation: „Ob Leroy-Beaulieu dies ernstlich glaubt, weiß ich nicht . . . !"

Spinoza wird von Chamberlain nicht ganz so übel mitgespielt wie Leroy-Beaulieu. Wenigstens sind hier die Worte richtig wieder-

gegeben, allerdings aus dem Zusammenhange gerissen, so daß etwas ganz anderes herauskommt, als was Spinoza sagt.

Der Humor der Sache ist, daß gerade die Auffassung Spinozas, die Natur kenne kein Gut und Böse, sondern diese Bewertung komme erst aus unserm Innern, von Chamberlain (S. 937) als spezifisch germanisch, als der Inbegriff der modernen Chamberlainschen Weltanschauung erklärt wird.

Krasse Widersprüche.

Sehr seltsam berühren auch die vielen Widersprüche, in denen sich Chamberlain bewegt; der plastisch wirkenden Zusammenstellung in der oben erwähnten Studie entnehmen wir folgende auf die Rassenfrage Bezug nehmende Proben:

Rechtsgefühl bei Semiten und Römern.

Chamberlain S. 170.

Aber auch unter günstigeren Bedingungen, z. B. bei den Juden hat sich nie auch nur ein Ansatz zu einer echten Rechtsbildung gezeigt . . ., auf jüdischem Boden hätte römisches Recht nicht wachsen können, sondern höchstens ein simplifiziertes Gesetzbuch, wie es etwa König Tippu Tip am Kongo brauchen mag.

Chamberlain S. 47.

Hier wagten es Männer mitten aus dem Volke, die Propheten, die Fürsten dieser Erde als „Diebesgesellen" zu brandmarken und wehe zu rufen über die Reichen, die ein Haus an das andere ziehen und einen Acker zum andern bringen, bis daß sie allein das Land besitzen. — Das war eine andre Auffassung des Rechts als die der Römer, denen nichts heiliger dünkte als der Besitz.

Mischehen bei Juden.

Chamberlain S. 219.

In jenem ganzen Weltteil gab es eine einzige reine Rasse, eine Rasse, die durch peinliche Vorschriften sich vor jeder Vermengung mit andern Völkerschaften schützte, — die jüdische; daß Jesus Christus ihr nicht angehörte, darf als sicher angenommen werden.

Chamberlain S. 219.

Wenn wir nun einerseits bedenken, wie lax die Juden jener Zeit (außerhalb Judäas) über die Mischehen dachten . . ., so erscheint die Vermutung durchaus nicht unzulässig, daß Saulus zwar einen Juden aus dem Stamme Benjamins zum Vater . . ., dagegen aber eine hellenische, zum Judentum übergetretene Mutter gehabt hat.

Wichtigkeit des Messiasglaubens bei den Juden.

Chamberlain S. 449.

Hier triumphierte die Macht der Idee in einer erschreckenden Weise: in einem gut beanlagten, doch weder physisch noch geistig ungewöhnlich hervorragendem Volke erzeugt sie den Wahn einer besonderen Auserwähltheit, einer besonderen Gottgefälligkeit, einer unvergleichlichen Zukunft, sie schließt es in tollem Hochmut sämtlichen Nationen der Erde ab. —

S. 571.

Der Messiasgedanke — trotzdem er im Judentum lange nicht die Rolle spielte, die wir Christen uns einbilden. . . .

Ist Dogmatisieren jüdisch?

Chamberlain S. 429.

Den Juden ist das Dogma in unserm Sinne fremd.

S. 572.

Der arische Drang, Dogmen aufzustellen.

S. 630.

Tertullian begründete die Richtigkeit der abendländischen Dogmatik auf das Juristische.

S. 144.

Unter dem bleiernen Druck (der Juden) dieser geborenen Dogmatiker und Fanatiker wäre jede Denk- und Glaubensfreiheit aus der Welt entschwunden.

Jüdische Denkfreiheit.

Chamberlain S. 678.

Dem Juden — den man einen geborenen Freidenker nennen möchte — war eingeredet worden, er besitze die ganze unteilbare Wahrheit und mit ihr ein Anrecht auf Weltherrschaft.

Siehe vorstehende Stelle S. 144.

H. C. schreibt dann noch von Chamberlain:

„Er hat den Brustton der Ueberzeugung. Wenn er z. B. den Protestanten Wolfgang Menzel zum Katholiken macht, spricht er nicht vom Katholiken Menzel, sondern dem strengkatholischen Wolfgang Menzel (S. 653), so daß man glauben möchte, er sei einer von Menzels intimsten Freunden gewesen. Aehnlich wird bei ihm der freigeistige Claude Montefiore der orthodoxe Jude Montefiore (S. 229). Chamberlains Werk ist in ungewöhnlichem Maße subjektiv. Dies zeigt sich nicht nur in dem ungewöhnlich häufigen Gebrauch der mit „ich" eingeleiteten Sätze, trotzdem Chamberlains „ich" mit den Grundlagen des 19. Jahrhunderts doch nur wenig zu tun hat."

Am Schlusse seiner kritischen Studie resümiert sich H. C. folgendermaßen:

„Chamberlain spricht die Hoffnung aus: „wenn aufopferungsvoller Fleiß dem Ganzen den Stempel ehrlicher Arbeit aufdrückt, dann darf der ungelehrte Mann ohne Scheu eingestehn, was ihn beschränkt, und dennoch auf Anerkennung hoffen." (S. 14.) Das Lob, daß er fleißig gewesen, darf man ihm zollen. Auch ehrlich ist er, soweit Ehrlichkeit mit dem Temperament eines Fanatikers vereinbar ist. Aber wir haben es nicht mit seiner Person zu tun, sondern mit seinen „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts", nicht, was er gewollt, sondern was er gekonnt, ist für uns maßgebend. Der schmutzigste Kerl, der rein spielt, ist uns lieber als ein bürgerlich achtbarer Dilettant, der unrein in die Saiten greift. Chamberlain rühmt sich in der Vorrede seines Dilettantismus, aber er weiß selbst nicht, in welchem Maße er Dilettant ist. Er hätte vielleicht ganz reizvolle Bekenntnisse eines Kindes des neunzehnten Jahrhunderts schreiben können. — Religiöse Erziehung, Zweifel, Erlösung durch die Kunst! — Zu seinem Unglück hat er bei künstlerischen Anlagen eine Gymnasialbildung erhalten, die er nicht verdaut hat. Er ist dadurch Doktrinär geworden, er hält seinen Leser am Rockknopf fest und sucht ihm seine unklaren Gefühle als wissenschaftliche Norm aufzureden. Er überschüttet ihn mit Ideen, die nicht immer richtig, und mit Zitaten, die gelegentlich falsch sind, und wenn jemand anderer Meinung ist als er, erklärt er ihn für einen Kretin oder einen Schuft. Aber darum

wird immer nicht mehr daraus, als die unklaren Anschauungen Chamberlains, und in dem Abbild dieser Anschauungen die Grundlagen des 19. Jahrhunderts zu sehen, war wohl nur denen beschieden, denen der Ausblick in die Wirklichkeiten des Lebens durch den schöngeistigen Dunst der Gymnasien oder höheren Töchterschulen getrübt war. Kurz, es ist ein schlechtes Buch, unklar und unlogisch im Gedankengang und unerfreulich im Stil, voll echter Unwissenheit und falscher Gelehrsamkeit. Der buchhändlerische Erfolg des Werkes beweist nichts dagegen. Denn, wie Goethe sagt, „man braucht nur etwas auszusprechen, was dem Eigendünkel und der Bequemlichkeit schmeichelt, um eines großen Anhangs in der mittelmäßigen Menge gewiß zu sein."

Der „Reichsbote" gegen Chamberlain.

Auch der konservativ-orthodoxe „Reichsbote" hatte gar mancherlei an dem Chamberlainschen Werk auszusetzen:

„Es stellt eine Geschichtsphilosophie auf, die, so scheinbar geistvoll und allgemein gehalten sie sich gibt, im Grunde doch eine dilettantische Fata Morgana ist, die außerdem eine spezifisch englische Herkunft und Unterlage und noch mehr eine spezifisch englische Tendenz hat. Die germanische Welt soll als eigentliche Trägerin der neuen Zeit verherrlicht und in den Mittelpunkt gerückt werden. Es ist nicht diese oder jene Nation, sondern der „Germane", wie Chamberlain kurz sagt, das heißt, die nordische Völkergruppe ohne genauere Unterscheidung zwischen Germanen, Kelten und Slawen. Diese germanische Rasse trägt die Entwicklung der neuen Zeit auf ihren gewaltigen Schultern.

Seine gesamte Geschichtsphilosophie ist, abgesehen von ihrer phantasievollen Germanenschwärmerei, sonst trotz aller schönen idealen Wendungen innerlich eigentlich echt englisch, d. h. materialistisch und, wenn es sein muß, brutal. Für den Kern von Religion und Sittlichkeit fehlt ihm jedes tiefere Verständnis, bei Luthers Reformation bringt er es nicht über eine gewisse liberale kulturkämpferische Auffassung hinaus. Vortrefflich war daher die Kritik, welche W. Gustmann im „Alten Glauben" dieser sehr schwachen Seite des Chamberlainschen Werkes zuteil werden ließ. Er schrieb:

Der „Alte Glauben" gegen Chamberlain.

„Es bedarf nicht vieler Worte, daß sich kein gläubiger Christ mit der germanischen Geschichtsphilosophie eines Chamberlain befreunden kann. Was uns zurückstößt, ist nicht diese oder jene Anschauung, die wir unbedingt verwerfen müssen. Es ist nicht einmal die gänzliche Verständnislosigkeit, mit der Chamberlain allem, was Kirche heißt oder was zur Kirche gehört, gegenübersteht. Der eigentlich trennende Punkt liegt vielmehr darin, daß der Begriff der Rasse das Geheimnis des gesamten Geschichtsverlaufs aufschließen soll. Wir schweigen davon, daß der „Keltoslavogermane", von dem Chamberlain so viel redet, eine freie Erfindung seines lebhaften Geistes ist, für die in der Welt der Tatsachen niemand einen Beweis zu erbringen vermag. Hängt dagegen die Rettung der indoeuropäischen Kultur an der Kraft der germanischen Rasse, so stehen wir schließlich vor einem Naturalismus, der die Entwicklung der Menschengeschichte von der Reinheit des Blutes abhängig macht. Naturalistische Auffassungen vertragen sich aber auf keinem Gebiete mit dem Christentum."

Wer noch einige weitere Blüten seines lauteren Sinnes für Wahrheit und seines Judenhasses begehrt, der lese Chamberlains Kapitel „Der Eintritt der Juden in die abendländische Geschichte". Die Juden sind überall Sklavenhändler oder Geldverleiher (S. 333). Den jüdischen Einfluß auf die Geschichte, wo sie in der Mehrzahl sind, beweist ihm folgendes: Im 2. Jahrhundert z. B. sind die Juden auf der Insel

Cypern in der Mehrzahl; sie beschließen, einen Nationalstaat zu gründen und befolgen zu diesem Zweck das aus dem Alten Testament bekannte Verfahren: sie erschlagen an einem Tage sämtliche übrigen Bewohner, 240 000 (!) an der Zahl, und noch 220 000 nichtjüdische Bewohner der Stadt Cyrene. (Mehr nicht?) In Spanien dieselbe Taktik. Um zu profitieren, rufen sie die stammverwandten Araber zu Hilfe, verraten ihre Beschützer, mißbrauchen die ihnen gegen die Christen eingeräumten Privilegien in so maßloser Weise, daß endlich das Volk sich gegen sie empörte.

Für die Oberflächlichkeit Chamberlains kann es ferner kaum einen eklatanteren Beweis geben, als daß er in einem Werk, das die Grundlagen des 19. Jahrhunderts behandelt, der Maschine auf über 1000 Seiten, sage und schreibe, ganze 29 Zeilen widmet. Der Maschine, die wie wenig andere Dinge das 19. Jahrhundert auf die verschiedenste Weise beeinflußt, ja, dem Jahrhundert des Dampfes, der Elektrizität, der Eisenbahnen, der Dampfschiffe und der Massenfabrikation ihren Stempel aufgedrückt hat. Der Volkswirtschaft überhaupt widmet er noch nicht zwanzig Seiten seines dickleibigen Werkes. Und das war für ihn vielleicht das Klügste, was er tun konnte, wenn es seinem Buche auch nicht gerade zur Empfehlung gereicht. Er selbst sagt nämlich: Nichts auf der Welt sei „schwerer, als über allgemeinwirtschaftliche Fragen zu sprechen, ohne Unsinn zu reden". Das hätte auch Chamberlain beherzigen und die Grenzen seiner Kraft und seiner Intelligenz vorsichtiger abwägen sollen.

Jesus ein Arier?

Ungefähr auf der gleichen Höhe wie die in dem einleitenden Kapitel erwähnten anthropologischen Entdeckungen unserer Rassenpropheten stehen auch die Forschungen, die sich mit der Person Christi befassen. (Vergl. auch das Kapitel: „Die Antisemiten und das Christentum".)

Der religiös gesinnte Teil der Antisemiten haßt in den Juden die Mörder Christi, obschon es wahrscheinlich ist, daß die Römer einen ebenso großen Teil der Schuld an seinem Tode trugen. Das Todesurteil hat der Arier Pilatus gesprochen. Auch ist es ihnen stets ein großer Schmerz gewesen, daß, wie es im „Nathan" heißt, unser Heiland selbst ein Jude war.

Auch H. St. Chamberlain hat in den „Grundlagen des XIX. Jahrhunderts" seine Ansicht dahin zusammengefaßt, daß Christus zwar der Religion und Erziehung nach unzweifelhaft Jude gewesen sei, der Rasse nach höchstwahrscheinlich nicht.[1]) Denn Galiläa bedeute

[1]) Auf Seite 218 schreibt er z. B. mit einem sehr wenig ritterlichen Seitenhieb gegen Renan:

„Wer die Behauptung aufstellt, Christus sei ein Jude gewesen, sagt entweder eine Dummheit oder eine Lüge; eine Dummheit, wenn er Religion und Rasse durcheinanderwirft; eine Lüge, wenn er die Geschichte Galiläas kennt

„Heidengau", und dieser Landesteil, dessen Bewohner niemals mit den Juden in Konnubium getreten sein sollen, sei von diesen stets gemieden, hingegen von den Assyriern systematisch kolonisiert worden, und es seien in den Jahrhunderten vor Christi Geburt viele Phönizier und auch viele Griechen dahin eingewandert, eine Tatsache, die es wahrscheinlich mache, daß auch rein arisches Blut dorthin verpflanzt wurde. Die Bewohner von Galiläa seien zwar Juden dem Glauben nach gewesen, aber ihrem Wesen und ihrem Nationalcharakter nach hätten sie wesentlich und unterscheidbar von dem der Juden abgestochen. Es könne daher anthropologisch als sicher betrachtet werden, daß Jesus Christus nicht der jüdischen Rasse angehörte, und wenn wir auch in seiner Lehre einige jüdische Züge fänden, er sei und bleibe der stärkste Verneiner jüdischen Wesens, der den unersättlichen, ewig gierigen, ewig beide Hände nach außen ausstreckenden jüdischen Willen durch den arischen Gedanken der Gnade neue Bahnen gewiesen habe.

A. Müller. Ein Herr A. Müller hatte dem Nachweise, daß Jesus ein Arier gewesen sei, im Jahre 1904 sogar eine ganze Broschüre gewidmet (1904, Leipzig, „Jesus ein Arier"), in der er unter dem Schlagwort: Alles Gesunde komme aus dem Norden, bewies, daß der Norden Palästinas, wo die Galiläer wohnten, die in allem das Gegenteil von den Semiten waren, germanisch gewesen sei. Galiläa liegt im Norden, der Norden ist stets germanisch — ganz gleich ob in China, Palästina oder in Aegypten. „Galiläer" kommt von „Galier", Galier sind Arier, Christus war ein Galiläer, also war er ein Arier. Das ist doch klar, und nie ist eine große Wahrheit einfacher und scharfsinniger bewiesen worden.

Max Bewer. Auch Max Bewer hat in seiner Abhandlung: „Der deutsche Christus" es als etwas ganz Selbstverständliches hingestellt, daß Christus deutschen Blutes war, und das folgendermaßen „bewiesen": 1500 Jahre vor Christi Geburt — schade, daß wir nicht auch genau Tag und Stunde angeben können — sind Deutsche nach Galiläa gegangen und haben sich dort niedergelassen. Zur Zeit von Christi Geburt taten viele Deutsche unter den Römern Kriegsdienst. So wurde also ein Deutscher der Vater von Christus. Die Mutter ist Jüdin, aber das Blut Christi ist destilliert rein deutsch. Ja, Bewer kann sogar näher die Landsmannschaft bezeichnen. Christus ist rheinisch-westfälischen Ursprungs, denn die Leibwache des Pilatus stammte aus Nieder-

---

und einen höchst verwickelten Tatbestand halb verschweigt, halb entstellt, um sich dem mächtigen Judentum gefällig zu zeigen. Was soll man z. B. zu Renan sagen, der die kategorische Behauptung aufstellt: „Jésus e'tait un Juif." — Sollte nicht die Alliance israélite universelle, mit der Renan in so eifrigem Verkehr stand, hier ein Wort mitgeredet haben?"

Mit derselben Sicherheit der Beweisführung behauptet Chamberlain auch, daß König David kein Jude war; er war ja blond, war ein Ammoniter und dennoch ein Indogermane; ferner beweist er, daß Dante Alighieri ein „Gote" war, demnach ein echter Germane, das bewiese die Silbe „ger" in Alighert, wie in Gertrud, Germane: ger.

deutschland. Man sieht, wie genau unser Forscher Bescheid weiß. Bewer schildert auch die Gemütsanlage Jesu und findet:

„Das alles ist niederdeutsch, von dem schweren Ernst der katholischen Westfalen, bald nachgiebig und hingebend von der feuchten, fruchtbaren Milde der holländischen Marschen, flach und breit in die Ewigkeit verschwimmend, abenddämmrig, beethovensch, still und ruhig, wie die selbstverlorene Gelassenheit der niederrheinischen Landschaft."

Die Ahnen Christi sind nach Bewer natürlich nicht im Hause David, sondern unter Odin und den altnordischen Königshelden zu suchen. Freilich mußte Christus selber erst schwer ringen, um den Teufel, d. h. das Jüdische in ihm, zu überwinden. Aber endlich ist das Deutsche allmächtig:

„Gott hat ihn ihm gesiegt, deutsches oder jüdisches Blut. Vater und Sohn sind in ihm vereinigt, und es beginnt der göttliche Enthusiasmus seiner heimgekehrten Seele."

Und mit dem Moment, wo er deutsch geworden ist, mußte er auch göttlich werden, denn Gott und deutsch ist eins:

„Deutsches Blut in seiner einfachen Kraft ist immer gut, in die organische Potenz erhoben, wird es göttlich."

Christus ist sogar ein gefährlicher Achtundvierziger, denn er zeigte schon eine Vorliebe für die damals erstrebten deutschen Farben:

„In der Fremde bezwingt er das schwarzseelige Judentum mit seinem Blut. Und indem er im Gold der Zukunft als Richter und Sieger leuchtet, kündigt er prophetisch die Farben seiner wahren Heimat an: Schwarzrotgold."

Natürlich ist auch Christus nur für die Deutschen vom Himmel gekommen:

„Er selbst sagt, daß er sich mit seinem Gottestum von den Juden und zu den Deutschen wenden werde."

„Ich sage euch: das Reich Gottes wird von euch genommen und einem Volke gegeben werden, das die Früchte desselben hervorbringt."

„Es wird den Heiden gegeben werden," übersetzt Luther ungenau."

Ja, Luther war eben kein „Seher und Prophet" wie unser Bewer. Auch noch andere Momente deuten darauf hin, daß Christus ein Deutscher war. Alles Große ist ja deutsch:

Die Makkabäer waren Deutsche.

„Aus dem Wohllaut der Psalmisten, aus dem Mut der Makkabäer, aus der geistigen Energie der Propheten, aus dem seelischen Ernst des Täufers Johannes, aus den ehrlichen Aposteln spricht deutsches Blut."

Nun wissen wir es also, die Propheten waren Deutsche, die Makkabäer waren Teutonen, alles, alles ist deutsch, nur der Teufel nicht, der ist antideutsch, also jüdisch. Und diesen Rassenwahnwitz bezeichneten die „Deutschsoz. Bl." (19. 12. 1901), das Hauptorgan einer Partei, die sich immer als die besondere Schutzpatronin der reinen christlichen Lehre aufspielt, als höhere Offenbarung eines begnadeten Menschen:

Die „Deutschsoz. Bl." über Bewers Buch.

„Wahrheiten, wie diejenigen im Kapitel Christus, erkennen nur Seher und Dichter, Menschen mit innerm Auge. Es ist inhaltsreicher als manches umfangreiche Buch."

Ja, diese Gedanken sind sehr tief, so tief, daß die Sonne sie nicht zu bescheinen und die Vernunft sie nicht zu durchdringen vermag.

Auf dem Internationalen Historikerkongreß, der 1908 in den Mauern Berlins tagte, hat ein Zunftgelehrter die profunde Entdeckung der Antisemiten, daß Christus gar kein Jude, sondern ein echter Arier sei, „wissenschaftlich" begründet. Prof. Paul Haupt von der Universität Baltimore entwickelte nämlich in einem Vortrage über die Galiläer folgende Gedankengänge:

Prof. Haupt.

„Jesus ist nicht in Bethlehem geboren, wie die altchristliche Tradition aus dem Michaspruch herausgelesen hat, sondern in Nazareth. Die von dem ersten Evangelium erwähnte Steuereinschätzung, die den Anlaß gab zu Josefs Reise nach Bethlehem, fand frühestens im Jahre 7, also 11 Jahre nach Christi Geburt, statt, auch brauchte Maria den Josef durchaus nicht zu begleiten. Wellhausen läßt darum seinen Text des ersten Evangeliums erst mit dem dritten Kapitel beginnen, bringt ihn also in Uebereinstimmung mit dem Markusevangelium und läßt die legendenhaften Geburtssagen und Kindheitsgeschichten mit um so mehr Grund fort, als Jesus selber die Meinung, der Messias sei ein Abkömmling Davids, für einen unhaltbaren Aberglauben der Pharisäer gehalten habe (?)."

Es ist für Paul Haupt sehr wahrscheinlich, daß die Galiläer Arier waren. Die nichtjüdische Abkunft Jesu habe schon der berühmte Jurist v. Jhering vor 40 Jahren behauptet mit den Worten: „Dem Boden seines Volkes ist Christi Lehre nicht entsprossen, das Christentum bezeichnet im Gegenteil eine Ueberwindung des Judentums, es steckt bereits bei seinem ersten Ursprung etwas vom Ariertum in ihm." Diese Vermutung greift Haupt auf; er hat, wie er erzählt, bei einer Ueberfahrt über den Ozean in der Dampferbibliothek ein Buch gefunden, das ihm diesen Glauben suggeriert hat. Der Beweis, den er erbringt, hat denn auch etwas von amerikanischer Knotenpunktgeschwindigkeit an sich, und zeigt die eilige Geburt während einer Dampferüberfahrt. Die Einwanderung arischer Kolonisten in Galiläa unter Tiglathpileser begann 16 Jahre vor Samarias Fall; sie waren nicht Griechen, sondern aus Medien und dem Südabhange des armenischen Taurus, als Bogenschützen berühmt wie ihre Vorgänger. Haupt kommt zu dem Resultat: es ist sehr unwahrscheinlich, daß Jesus ein Abkömmling Davids war, aber ebenso „wahrscheinlich, daß er ein Nachkomme ist des von Sargon II. nach dem galiläischen Hamat zur Kolonisation gesandten medischen Fürsten — oder gar ein Nachkomme Zoroasters".

von Jhering.

Wenn Haupt auch mit dieser grotesken Wissenschaft auf dem Berliner internationalen Historikerkongreß und dem in demselben Jahre (1908) stattgefundenen Orientalistenkongreß in Kopenhagen kein Glück hatte,[2]) so fand er doch desto reicheren Beifall auf antisemitischer Seite.

Prof. König.

[2]) Nachdem vorher schon zwei so hervorragende theologische Kapazitäten wie Deißmann und Sellin ihm energisch entgegengetreten waren, rückte in Kopenhagen auch der positive Bonner Theologieprofessor Ed. König ihm auf den Leib, der erklärte, daß er seine ganze dreißigjährige wissenschaftliche Tätigkeit verleugnen müßte, wenn er nicht gegen Haupts Annahme nachdrückliche Verwahrung einlegte. Herr Haupt wurde dann auch etwas kleinlaut und betonte zum Schluß, daß er durchaus nicht den Anspruch erhebe, die Abstammung Jesu von Ariern definitiv entscheiden zu können, „da er selbst ja bei der Geburt Jesu gar nicht anwesend gewesen sei".

Aber es gibt noch konsequentere Antisemiten. „Arier“ ist ein weiter Begriff und der Nationalstolz ist nicht genügend befriedigt. Flugs sagen einige Antisemiten: Christus ist ein Germane. So hat es Ahlwardt ausgesprochen (1895). Ein Geh. Regierungsrat E. von Selchow-Rudnik hat 1896 eine Schrift über den Antrag Kanitz veröffentlicht, in der er Christus nennt, „das zur Wirklichkeitsgestalt seines Traumhelden Odin gewordene Gottesebenbild.“

„Deutscher General-Anzeiger“.

Und im antisemitischen „Deutschen Generalanzeiger“ war zu lesen: „Was die Hinweise auf die Geburt und das Erscheinen unseres Heilandes Jesu Christi betrifft, so sind solche auch in der Edda enthalten; denn dieselbe läßt u. a. an einer Stelle Wodan sagen: Der aber nach mir kommen wird, ist größer als ich, doch wage ich nicht, ihn zu nennen.“

Die „Kreuz-Ztg.“ gegen Wodananbeter.

Die „Kreuz-Ztg.“, entsetzt über diese Verquickung von Christus und Wodan, schrieb damals (Febr. 1898):

„Zwischen Wodan und Christus gibt es keine Versöhnung, sondern nur Unterwerfung. Und Sieger in diesem weltgeschichtlichen Kampfe ist Christus geblieben, der Heerfürst, in dessen Namen sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“

Der „Heimdall“.

Darauf antwortete das „teutsch-antisemitische“ Blatt „Heimdall“:

„Wir legen im Namen unseres uns von Gott verliehenen Deutschtums, das wir nicht schmähen lassen, Verwahrung dagegen ein, daß sich germanische Art und germanischer Hochgeist vor anderen als nur vor Gott zu unterwerfen haben. Wir, die wir uns bestreben, unseren hohen Vorvorderen wieder ähnlich zu werden, beugen, wie diese, vor niemandem das Knie. Wir haben als Krieger nicht vor unserem Heldenkaiser das Knie gebeugt, sondern haben strack vor ihm gestanden und frei in sein Adlerauge geschaut, wir würden auch beim gottbegnadeten Arier Jesus ohne Kniebeuge seinem Seherblicke begegnen. Wir sind Deutsche und vom Holze des Herrenvolkes geschnitzt. Heil unserem freien Walde! Heil unserem deutschen Gotte!“

Stöcker.

Auch Stöcker hat schließlich in seinem Haß gegen das Judentum seine positive christliche Gesinnung so weit verleugnet, daß er in einer Polemik mit der Sozialdemokratie im Reichstage (8. 3. 1904) erklärte: „Der Heiland war kein Jude, sondern des Menschen Sohn.“ Man wird gestehen müssen, daß Stöcker sich einigermaßen entwickelt hat. In einer seiner ersten Reden begründete er die Notwendigkeit der antisemitischen Bewegung damit, daß in einer Schule die Knaben nicht gewußt hätten, wer König Hiskias gewesen sei. Aber auch an ihm bewährte sich das wahre Wort Dührings: „Ein Christ, wenn er sich selbst versteht, kann kein ernsthafter Antisemit sein.“ Und da Stöcker eben ein ernsthafter Antisemit war, hörte er allmählich auf, ein Christ zu sein. Es fehlte nicht nur an der Liebe, sondern es haperte auch mit dem Glauben. Es kam bei ihm allerdings nicht zu dem gleichen éclat, wie bei seinem ebenfalls antisemitischen Amtsbruder, dem verstorbenen Pfarrer Deckert in Wien. Dieser war so blasphemisch geworden, daß die „Oesterreichische Wochenschrift“ beim Abdruck seiner Kanzelreden wegen Blasphemie konfisziert wurde. — Zwar soweit war Stöcker schon

Stöcker schmäht Erzvater Jakob.

1892 angelangt, daß er erklärte: „Allerdings ist Jakob der Typus des Judentums: er betrügt und gaunert; allerdings ist David ein Ehebrecher und Mörder." Beiläufig derselbe David, den als Stammvater Christi das Lucas- und Matthäus-Evangelium gar eifrig nachzuweisen streben. Von da ab ist es aber noch ein gewaltiger Schritt bis zu dem in der Reichstagssitzung vom 8. März 1904 gefallenen Ausspruch: „Jesus ist nicht Jude," der das Christentum an der Wurzel trifft. Stöcker hat sich auch weislich gehütet, dieses Thema jemals noch einmal öffentlich zu erörtern, da er sonst die gesamte positive Richtung gegen sich in die Schranken gefordert hätte. Konsistorialrat Falke, der selbst in völkischer Beziehung stark mit Max Bewer und H. St. Chamberlain sympathisiert, deren Spezialabhandlungen über diese Frage auf ihn, wie er selbst erklärte, einen nachhaltigen Eindruck gemacht haben, wandte sich gleichwohl (25. 8. 1908) im „Tag" energisch gegen die Behauptung, daß Jesus kein Jude gewesen sei.

Konsistorialrat Falke.

„Jesus wurzelt nicht nur mit den Fasern seines religiösen Denkens, sondern auch mit seinem Blute in der jüdischen Nation. Er selbst fühlte sich als ein Glied oder als das Haupt dieses „Volkes Gottes"; er sagte, daß das Heil von den Juden komme, und daß er nur zu den verlorenen Schafen aus dem Hause Israel gesandt sei. Tränen vergoß er über Jerusalem und den Untergang seines Volkes, das er hatte sammeln wollen wie eine Henne ihre Küchlein. Von ihm haben die Propheten geweissagt: in ihm machte Gott einen neuen Bund zunächst mit Israel, dann mit der ganzen Menschheit. Auch die Apostel sahen in ihm den Sproß aus dem alten Davidischen Königshause und hätten ihn nimmer für den Messias gehalten, wenn er nicht auch dem Blut nach zu ihnen gehört hätte. Es hätte ihnen bekannt sein müssen, wenn es anders war. Selbst die Bettler und Kranken auf den Straßen und das ihm zujauchzende Volk in Jerusalem nannten ihn „Sohn Davids". Sogar Paulus schreibt mehrmals von Jesus, daß er „von Israel herkomme", und daß „er geboren sei von dem Samen Davids nach dem Fleisch". In der ältesten Zeit der christlichen Kirchengeschichte haben nur die Feinde des Christentums, wie Celsus und andere, die nichtjüdische Abstammung des Heilands behaupten können."

Noch in jüngster Zeit (29. 12. 1910) hat der bereits erwähnte Bonner Theologe Ed. König in einem Artikel der „Kreuz-Ztg." erklärt, daß ganz notwendigerweise „ein Jude" das Christentum begründen mußte:

Prof. König.

„Denn auch schon vom allgemein historischen Gesichtspunkt aus bildete nur die israelitische Religion eine so hohe Stufe in der Religionsgeschichte, daß daran sich natürlicherweise die höchste Stufe, die absolute Religion, anfügte."

Zum Schluß bezeichnete König Jesu als den Vollender der Heilsgeschichte, „die mit Abrahams Berufung begonnen wurde, um in Israel eine Pflanzschule der wahren Religion zu gründen, und damit auch eine Lichtquelle für alle Völker zu entzünden und einen Born des Lebens gegenüber allen Arten des Todes in der Menschheit zu eröffnen."

Ueber den Ursprung des Christentums und die Rassenabstammung Christi glaubt heute jede noch so bescheidene Geistesgröße als „Autorität" in Rassenfragen ihr Sprüchlein hersagen zu müssen. Die „Christ-

liche Welt" (1909) hatte — wohl in etwas allzu weitgehender Gastfreundschaft — Heinrich Driesmans ihre Spalten zu einer Abhandlung über eine diese Frage streifende religionsphilosophische Abhandlung geöffnet, die in ihrem ersten Teil mit reichlich viel Zitaten aus Arthur Drews Werke „Die Christusmythe" operierte. Der Herausgeber der „Christlichen Welt", Pfarrer Rade, fühlte sich daher genötigt, zu diesem Artikel seinerseits folgende Einschränkungen zu machen: **Pfarrer Rade gegen Driesmans.**

„. . . Große Schmerzen hat uns die erste Hälfte des Driesmansschen Artikels bereitet. Wie kann ein Schriftsteller von seinen Qualitäten über die Ursprünge des Christentums so ohne jede Fühlung mit den Fachgelehrten sich eine Meinung bilden? Seine einschlägigen Notizen, besonders die über jüdische Sekten zur Zeit Jesu, sind unhaltbar. Driesmans lehnt sich an Arthur Drews an; aber ist dieser Philosoph denn ein Gewährsmann, wo es sich um schlichte Historie handelt? Drews nimmt das Seine auch schon meistens aus dritter Hand, zuweilen kritiklos genug, und nun lebt ein Mann wie Driesmans wieder von Drews, indem er zum Teil auch noch diesem Gewalt und Unrecht antut! Die seltsame Identifizierung der Nazaräer („Nazaräer oder Nazarener" ist ganz unmöglich!) mit den „Gottgeweihten", d. h. den Nasiräern, ist von Drews nur als „Möglichkeit" hingestellt! Die Zugehörigkeit „des Nazareners" zu dieser Sekte nun gar ist nichts als eine schlechthin in die Luft gebaute Hypothese. Und „die Messiaserwartung der Therapeuten und Essener" — wie gern würden die Forscher vom Fach darüber etwas erfahren! Herr Driesmans wolle uns verzeihen, daß wir in aller Gastfreundschaft seinen Artikel mit dieser Anmerkung begleiten." **Arthur Drews' „Christusmythe".**

Auch Adolf Harnack, dessen geistvolles und mit Recht viel bewundertes Werk: „Das Wesen des Christentums" trotz allem Kritizismus an dem dogmatischen Gehalt des Christentums doch niemals seine alttestamentliche Grundlage in Zweifel zieht, ist den Leugnern der jüdischen Abstammung Jesu ebenfalls scharf entgegengetreten.[3]) **Adolf Harnack.**

Natürlich lassen es sich die anderen arischen Völker nicht gefallen, daß Christus zu einem Germanen gestempelt wird. Auch ihr Rassenstolz regt sich. Das in Agram erscheinende kroatische Tageblatt „Hrvatska" (1894) hat aus Christus einen Serben gemacht, ein englischer Methodist dagegen aus ihm einen Engländer. Dieser hielt nämlich an die Malgaschen in Tamatawe folgende Anrede (s. „Globus" 1865, Bd. 7, S. 267 f.):

„Meine Freunde! Die Franzosen sagen, die Religion, welche sie euch verkündigen, sei gut, Glaubt das nicht. Als Jesus Christus, unser Aller Herr,

[3]) In einem Vortrage über die Entstehung des Christentums nannte er die Ansicht, Christus sei kein Jude gewesen, absurd. Nur ein vom Rassenchauvinismus umnebelter Kopf könne sich den Argumenten verschließen, die offenbar jene Ansicht klar widerlegen. Wäre Christus kein Jude gewesen, so hätten seine Gegner dies sicher irgendwie hervorgehoben. Davon findet sich aber nirgends ein Wort. Im übrigen sei die Rassenfrage völlig gleichgültig. „Es gibt in jedem Volke gottlob Menschen, die nicht nur Exponenten ihrer Rasse sind." — Diesem Vortrage, der von den Zuhörern mit starkem Beifall ausgezeichnet wurde, wohnte auch der frühere Kultusminister Dr. Studt und der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Voigts bei.

die Erde durch seine Gegenwart heiligte, betrat er England und verkündigte uns seine Lehre; haltet aber wohl in Obacht, daß er niemals einen Fuß auf französischen Boden setzte. Daraus allein schon könnt ihr annehmen, wer die wahre Religion hat."

Allgemein bekannt ist ja, daß die polnischen Geistlichen dem niederen polnischen Volke erzählen, das Jesuskind spreche mit seiner Mutter nur polnisch. Das sind die Konsequenzen der verbohrten Rassentheorie.

Der Antisemitismus in der Studentenschaft.

Die akademische Jugend war Jahrhunderte hindurch der Ruhm der deutschen Nation, und gar manches Volk beneidete Deutschland um die Träger seiner Zukunft. Wo es galt, für nationale und menschliche Ideale zu kämpfen, da standen die deutschen Studenten in den ersten Reihen. In den ersten Dezennien des vorigen Jahrhunderts, als die politische Lage Deutschlands den Tiefstand erreichte und Deutschland zerklüftet und aus vielen Wunden blutend dalag, da waren es unsere Studenten, namentlich die Burschenschaften, die für Deutschlands Ehre und Macht ihr Leben und ihre Freiheit opferten.

Die Burschenschaften.

Obwohl die Burschenschaft alle Studenten umschließen wollte, nahm sie doch zu Anfang keine Juden auf. Jedoch bleibt die Frage offen — wie Dr. Bruno Weil in einer Reihe von Artikeln in den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" ausgeführt hat —, ob es Antisemitismus gewesen ist, der den Ausschluß der Juden in die Wege leitete, oder ob nicht vielmehr die Burschenschaft noch in der alten feudalistischen Anschauung vor Emanzipation der Juden steckte, und es ihr so gar nicht zum Bewußtsein kam, daß sie eigentlich gleichberechtigte Mit-studiosi ausschloß. Vielleicht war auch damals die Zahl der studierenden Juden so gering, daß man gar nicht daran dachte, sich mit diesem Problem zu beschäftigen.

Broschüre von Dr. Bruno Weil.

Die Heidelberger Burschenschaft war es, die zuerst Juden aufnahm und auch auf dem vorbereitenden Jenaer Burschentage vom März 1818 es durchsetzte, daß die Bestimmung des § 6 der Grundlagen der deutschen Burschenschaft, es dürften nur Christen aufgenommen werden, den Zusatz erhielt, „es sei die Entscheidung, ob Nicht-Christen aufgenommen werden sollten, den einzelnen Burschenschaften zu überlassen". Auf dem endgültigen, konstituierenden Burschentage im Oktober 1818 kam es wegen der Juden- und Ausländerfrage noch einmal zu harten Kämpfen. Schließlich wurde aber doch der § 6 in seiner scharfen Fassung fallen gelassen, und man begnügte sich mit der ziemlich mystischen Forderung, es werde „christlich-deutsche Ausbildung zum Dienste des Vaterlandes" verlangt. Die Heidelberger Burschenschaft, die in ihrem Kampfe für die Toleranz wacker von ihren Königsberger, Breslauer und Würzburger Kommilitonen unterstützt wurde, während besonders Jena und Gießen auf der Gegenseite standen, gab gegen diese Fassung noch einen Protest zu Protokoll.

Die Heidelberger Burschenschaft.

Immerhin war es den Burschenschaften freigestellt, ob sie Juden aufnehmen wollten. Aber nach der Ermordung Kotzebues durch den Burschenschafter Sand schlug die Stimmung um. Das Kesseltreiben der Reaktion gegen die Burschenschaften begann und träufelte das Gift des Rassenhasses auch in studentische Kreise. Ueberall, selbst in dem toleranten Heidelberg, trugen nunmehr die christlich-deutschen Teutonisten den Sieg über die liberale Richtung davon, indem die Heidelberger Burschenschaft am 15. Dezember 1819 den Beschluß faßte: „Juden und Ausländer werden nicht mehr aufgenommen." Man suchte — wie Bruno Weil bemerkt — einen Sündenbock, an dem man alle Wut gegen Metternich und sein System auslassen konnte, und fand ihn im vielgescholtenen Juden. Natürlich war dieser Standpunkt gerade in dieser Zeit überaus widersinnig: jetzt, wo sie selbst unter einer Ausnahmepolitik litt, mußte die deutsche Burschenschaft ihrem Standpunkt, alle Studenten zu vereinigen, treu bleiben.

Auf dem Burschentage von Dresden im Jahre 1820 wurde der Heidelberger Beschluß einstimmig gutgeheißen, aber wiederum nur mit dem unklaren Zusatz:

„Juden sollten aufgenommen werden können, wenn erwiesen wäre, daß sie sich christlich-teutsch für unser Volk ausbilden wollten."

Zehn Jahre später fand dann in Nürnberg eine Revision der Statuten statt, und dort stellte man sich wieder auf den Boden der alten, ersten Burschenschaft und ihres Programms von 1818. Im Jahre 1831 ging man in Frankfurt noch über die alten Statuten hinaus, indem man in der bis dahin verlangten „christlich-deutschen" Ausbildung das Wort „christlich" strich. Damit war auch Juden unbeschränkt der Zutritt zur Burschenschaft gestattet. Die Burschenschaft ist dabei denn auch nicht schlecht gefahren. Als die Burschenschaft 1848 das Wartburgfest feierte, da finden wir unter den Vertretern Namen wie Elias Lang, Eugen Herzfeld, cand. jur. Lewi u. a. mehr, die wohl den Schluß zulassen, daß Juden sich damals in beträchtlicher Anzahl in der Burschenschaft befanden. Auch sonst lassen sich für diese Annahme viele Belege anführen. So wies u. a. Geh. Sanitätsrat Konrad Küster in der „Allg. Deutsch. Universitäts-Ztg." darauf hin, daß in den 50er, 60er und 70er Jahren in den Burschenschaften und auch in den Korps jüdische Mitglieder nichts Seltenes waren, und daß dieselben durchaus tüchtige Mitglieder darstellten, und fährt alsdann fort:

Geh. Rat Küster.

„So haben die Breslauer Raczeks und die Bonner Frankonen eine Reihe jüdischer Mitglieder gehabt, die später bedeutende Männer geworden sind. Heinrich von Treitschke schloß in seiner Bonner Frankonenzeit gerade mit einem jüdischen Mitgliede eine sehr enge Freundschaft und blieb ihm auch bis zu dessen Tode unentwegt treu. Es lag damals allen studentischen Verbindungen fern, jemand nach der Konfession zu fragen."

Ein 1853 geschlossenes Kartell der Tübinger, Erlanger und Heidelberger beruft sich ausdrücklich auf die Verfassung von 1818, ebenso

die revidierten Prinzipien, die sich 1886 die deutsche Burschenschaft gab. Auch hier ist vom Christentum als Bedingung zur Aufnahme keine Rede.

Aber trotzdem war in dieser Zeit schon allmählich unter dem Herrschaftsbeginn der nationalen Phrasen ein Umschwung eingetreten. Als der Krieg von 1870/71 uns das Reich gab, da war ein gut Teil der Sehnsucht und Hoffnung der alten Burschenschaft zur Tat geworden. Wo sollte sie ein neues Ziel finden, das an Größe und Würde dem nun erfüllten gleich käme? Es gab keins. Ein Jahrzehnt schwankte die Burschenschaft unentschlossen hin und her, ein Ziel wünschend und suchend. Da kündete sich ein neues Gestirn an: der Antisemitismus, und ihm leistete sie freudig Gefolgschaft. Bruno Weil hat an der Hand der Veröffentlichungen der „Burschenschaftlichen Blätter" in der schon erwähnten Studie diese Entwicklung der Burschenschaft eingehend geschildert. Wie folgen hier in unserer Darstellung im wesentlichen seinen Angaben.

In den ersten drei Jahrgängen der „B. Bl." ist wenig von Juden oder Judenfeindschaft die Rede. Im Jahre 1892 jedoch begann die Diskussion über den Ausschluß der Juden eine Briefkastennotiz. Ein halbes Jahr später schrieb die Redaktion schon in einem langen Artikel über die Vereine Deutscher Studenten:

Offizielles Bekenntnis der Burschenschaft zum Antisemitismus.

„Wir wollen nur die nackte Tatsache feststellen, daß gegenwärtig die deutsche aktive Burschenschaft sowie eine Reihe jüngerer und älterer Ehrenmitglieder den Kampf gegen das Judentum als eine nationale Aufgabe ansehen."

Diese Tatsache ließ sich nicht leugnen. In die Studentenschaft hineingetragen ist die judenfeindliche Bewegung jedoch erst durch die Vereine Deutscher Studenten, denn das Lebenselement der V. D. St. ist der Judenhaß. Sie sind die Reihen der Studenten entlanggezogen und haben ihre Lehre mit Eifer und Leidenschaft gepredigt. Leider nicht ohne Erfolg. Mehr und mehr gewann die judenfeindliche Strömung unter den Studenten Oberwasser. Mit jedem Semester mehrte sich die Zahl der Burschenschaften, die keine jüdischen Studenten mehr aufnahmen. Im Sommersemester 1893 zeigte es sich, daß der große Verband nur zwei Juden als aktive Mitglieder zählte. Diese beiden Herren gehörten der Burschenschaft „Germania" in Straßburg an, deren Leutemangel damals chronisch und allgemein bekannt war. Vermutlich hatten diese beiden Juden auch nicht aus besonderer Toleranz der „Germania", sondern mehr aus Selbsterhaltungstrieb Aufnahme gefunden.

Aber diese beiden jüdischen Aktiven schwanden bald, und ums Jahr 1894/95 war der vollständige Ausschluß der Juden aus der alten deutschen Burschenschaft Tatsache geworden.

Der Burschentag Pfingsten 1896 brachte dann die definitive Entscheidung. Auf Betreiben eines aktiven Burschenschafters war auf die Tagesordnung folgender Antrag gestellt:

„Die Burschenschaft steht auf dem Standpunkt des deutschen Volkstums; daher können nur Studenten deutscher Abkunft bei ihr Aufnahme

finden. Anmerkung: Jüdische Reichsangehörige sind nicht als Deutsche zu betrachten."

Der Antrag fand jedoch, hauptsächlich, weil die Kompetenz des A. D. C. (Allgemeinen Deputierten-Convents) bezüglich der Aufnahmevorschriften neuer Mitglieder strittig war, nicht die nötige Unterstützung. Anstatt dieses Antrages wurde folgende Resolution angenommen:

„Der A. D. C. stellt fest, daß die aktiven Burschenschaften z. Zt. ebenso wie in den letzten Semestern keine jüdischen Mitglieder haben. Im Hinblick auf diese Tatsache gibt der A. D. C. der Erwartung Ausdruck, daß auch in Zukunft die Burschenschaften in ihrer ablehnenden Haltung gegen die Aufnahme jüdischer Studierender einmütig zusammenstehen werden."

Protest der Alten Herren.

Ein Teil der Alten Herren protestierte zwar auf einer Versammlung in Gleiwitz gegen diesen Beschluß, desgleichen nahm eine Anzahl Alter Herren in Berlin in einem an alle Alte Herren gerichteten Zirkular Stellung gegen die antisemitische Haltung des A. D. C., doch ohne Erfolg. Der Burschentag von 1897 bestätigte nur den vorjährigen Beschluß. Eine Burschenschaft nach der andern erklärte zu Protokoll, daß sie keine Juden mehr aufnähme. Selbst die aktive Burschenschaft der Raczeks erklärte:

„In Anbetracht der großen Anzahl unserer Alten Herren, welche sich in der Judenfrage für die Aufnahme von Juden ausgesprochen haben, erklärt die aktive Burschenschaft der Raczeks, daß sie jetzt prinzipiell keine Juden mehr aufnimmt."

Seit den Pfingstresolutionen von 1896 und 1897 hat sich nichts geändert. Die Burschenschaft ist „judenrein" geblieben. Materiell mag sie dabei wenig eingebüßt haben. „Was uns bedrückt," so beschließt Bruno Weil seine Artikelserie, ist die Einbuße an freiheitlicher Gesinnung, die mit jenem Antisemitismus notgedrungen verbunden war, und die der Tradition der alten Burschenschaft so völlig Hohn spricht."

1910 zählten die Burschenschaften in 64 Verbindungen 3407 studierende Mitglieder, Juden befanden sich nicht darunter.

Gründung der freiheitlichen Allgemeinen Deutschen Burschenschaft.

Allerdings hatte sich frühzeitig schon eine scharfe Opposition gegen die konfessionelle Engherzigkeit in der Studentenschaft geregt. Im Jahre 1883 schon machte Prof. Dr. Küster den Versuch einer Reorganisation der Burschenschaft. Seine befreundeten alten Burschenschaften ließen ihn aber völlig im Stich. Und so gründete er denn im Verein mit dem Berliner Studenten Eugen Wolff, dem jetzigen Kieler Professor, die neue Burschenschaft Neo-Germania, die Stammverbindung der freiheitlich gerichteten Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, die heute an fast allen Hochschulen mit einer oder mehreren Korporationen vertreten ist. Wie für die einstigen alten Burschenschaften galten für den A. D. B. als Leitsätze:

„Die Burschenschaften sollen sich auf freiheitlichem Boden entwickeln, den Wert nur in sich selbst suchen und in dem, was man als gut und wahr erkannt hat, nicht in dem, was andere meinen und urteilen. Sie sollen ein Vorbild gegen die Zersplitterung sein. Von Hause aus und von der Schule

mitgebrachte Vorurteile sollen nicht geduldet werden, jeder soll durch Selbststudium und auf den wissenschaftlichen Abenden sich ein eigenes, selbstgewonnenes, sachliches Urteil bilden. Dementsprechend dürfen antisemitische, ultramontane, engherzige, parteipolitische Anschauungen nicht aufkommen, weil diese ja Deutschlands Zerrissenheit hervorgerufen haben und es ja die Aufgabe der Burschenschaften ist, auch für die innere Einigung Deutschlands einzutreten und dafür zu kämpfen."

Im Sommer 1910 hielt der Allgemeine Deutsche Burschenbund in Frankenhausen am Kyffhäuser seinen 27. Bundestag ab. Das Ergebnis der großzügigen Aussprache war dasselbe, wie alle Jahre zuvor. Die Verbandszeitschrift resümierte das Resultat dahin:

„Einmütig steht der Bund auf dem von ihm seit 27 Jahren vertretenen Grundsatze, daß er die Aufnahme neuer Mitglieder nicht abhängig mache von Rassen- und Glaubensvorurteilen oder vom politischen Bekenntnis, sondern einzig und allein vom Bekenntnis zum Deutschtum und vom inneren Werte der Persönlichkeit."

1910 gehörten dem Allgemeinen Deutschen Burschenbunde (A. D. B.) in 26 Verbindungen 664 studierende Mitglieder, darunter auch viele jüdische, an. Dazu kommen 927 Alte Herren und Ehrenmitglieder. Die stärksten Burschenschaften sind in Jena und Leipzig.

Die „Vereine Deutscher Studenten".

Inzwischen hatte der V. D. St., die durch Stöcker entfachte antisemitische Bewegung geschickt für sich ausbeutend, eine lebhafte Propaganda entfaltet; er erfreute sich auch nicht selten der Protektion der Universitätsbehörden. Im August 1889 traten die „Vereine Deutscher Studenten" zu ihrem Kyffhäuserfeste zusammen, das unter der Leitung des jetzigen Direktors des Bundes der Landwirte Dr. Hahn stand. Es war eine unwürdige Parodie auf das erhebende studentische Wartburgfest von 1817, eine Verherrlichung der Geistesknechtschaft, eine Kundgebung des Fanatismus. Stöcker war anfangs Ehrenmitglied des Berliner Vereins, mußte aber nach seinem Sturz die Ehrenmitgliedschaft niederlegen. Bald aber versöhnte man sich wieder mit ihm, und in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts nahm Stöcker wieder mit Liebermann von Sonnenberg und anderen antisemitischen Größen an den Festen des Berliner Vereins teil. Auch Friedrich Naumann, der bekannte freisinnige Abgeordnete, spielte in seinen Studentenjahren im Leipziger V. D. St. eine Rolle. Im Jahre 1908 hielt man es jedoch im V. D. St. für opportun, ihm den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Gelegentlich rebellierten freilich einige Vereine im Reich, besonders in Sachsen und in Süddeutschland, gegen die Intransigenz des Berliner Vereins. Mitte des Jahres 1910 gab es sogar eine regelrechte Revolte. Die „Akadem. Bl.", das offizielle Organ des Kyffhäuserbundes, veröffentlichte einen Artikel „Zum neuen Semester", der merkwürdig vernünftige Ansichten über das Schlagwort „national" zum Ausdruck brachte:

„Akad. Bl." gegen Mißbrauch des Wortes national.

„Reden und Feste feiern allein macht es nicht, und die Macht der Phrase hat vielleicht nirgendwo so dominiert wie auf diesem Gebiete. Was aber noch

schlimmer und im Interesse der politischen Sittlichkeit aufs tiefste zu beklagen ist, ist dies: daß mit dem Worte „Deutsch-National" häufig genug schwerer Mißbrauch getrieben wird, daß man versucht hat, unter der Firma „National" falsche Werte ins Volk gelangen zu lassen, daß falsche Propheten im Lande umhergegangen sind und noch jetzt einhergehen, die darauf ausgehen, wirtschaftspolitische Forderungen von Interessentengruppen unter nationalem Firmenschild an den Mann zu bringen, und die sich nicht scheuen, allen denen, die nicht für ihre Forderungen zu haben sind, nationale Gesinnung abzusprechen. Darum müssen wir, und namentlich die jüngeren unter uns, die im Idealismus der Jugend noch eher geneigt sind, sich durch Worte blenden zu lassen, uns hüten vor der Phrase und den falschen Propheten. Echt deutsche Gesinnung zeigt sich vor allem in der Opferwilligkeit, in der Fähigkeit, um des großen Ganzen, des geliebten Vaterlandes willen auf Eigenvorteile verzichten zu können, zeigt sich in der Vornehmheit der Denkungsweise, die auch dem politischen Gegner die Achtung nicht versagt. Und darum: Wenn wir selbst im politischen Kampfe stehen, so wollen wir ihn mit Ritterlichkeit und edlem Anstand führen, wollen zeigen, daß das humane und weitherzige Verstehen und Verstehenwollen Andersdenkender im Sinne unseres Altmeisters Goethe auch zu den Geboten politischer Moral gehört."

Liberale Strömungen im V. D. St.

Weiter hieß es mit Bezug auf das Bekenntnis zum Antisemitismus:

„Daß bei dieser Arbeit auch gegensätzliche Anschauungen in unseren Reihen aufeinander prallten, daß unser Aktionsfeld manche Verschiebungen erfuhr, ist richtig, hat aber der guten Sache nur gedient. Dem antisemitischen Gedanken wird in manchen Kreisen in unserem Verbande vielleicht nicht mehr dieselbe Bedeutung beigemessen, wie in früheren Jahren. Kämpfe hat es gegeben um die Parteistellung unserer alten Herren. Während man in früheren Jahren und Jahrzehnten geneigt war, die öffentliche Tätigkeit unserer Alten Herren, soweit sie im öffentlichen Leben wirken, mehr für die rechtsstehenden Parteien zu vindizieren, haben wir uns in allmählicher Entwicklung zu dem Standpunkt durchgerungen, daß der Verband alle Versuche, ihn für parteipolitische Zwecke dienstbar zu machen, zurückzuweisen hat. Unser Verband verpflichtet seine studentischen Mitglieder auf keinen Parteistandpunkt, und soweit er sich theoretisch — auf seinen Vortragsabenden — mit Parteipolitik zu befassen hat, versucht er nicht nur den konservativen, sondern auch den liberalen Parteiströmungen gerecht zu werden.

Von seinen Alten Herren aber erwartet der Verband Bekenntnis zum nationalen Programm und Betätigung im Sinne desselben, ohne ihnen im übrigen Richtlinien für ihre parteipolitische Stellung vorzeichnen zu wollen. In jeder politischen Partei, ob konservativer oder liberaler Färbung, ist Platz für einen V. D. St.er mit Ausnahme lediglich der Sozialdemokratie."

Die Schriftleitung machte sogar diese Ausführungen ausdrücklich zu den ihrigen, und der V. D. St. an der Königsberger Albertina veröffentlichte eine Erklärung, worin er Wert auf die Feststellung legte, daß die Publikation des Vereinsorgans den Inhalt einer in dem Königsberger Verein gehaltenen Rede darstellte; alsdann hieß es weiter:

„Die Veröffentlichung erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch des unterfertigten Vereins und einer großen Anzahl Alter Herren, ein Zeichen, daß der Aufsatz der „Akademischen Blätter" nicht als ein vereinzeltes Stimmungssymptom anzusehen ist, und daß jedenfalls der hiesige Verein und eine große Anzahl seiner Alten Herren mit den Grundgedanken des Aufsatzes sympathisiert. Daß auch in weiteren Schichten inner-

halb des Verbandes der Inhalt des Aufsatzes Zustimmung findet, dürfte aus der Tatsache zu folgern sein, daß die „Akademischen Blätter" den Aufsatz zu Beginn des Semesters, gleichsam programmatisch, gebracht haben. Unser Verband sucht sich von jeder Einseitigkeit und Engherzigkeit freizuhalten, er versucht, soweit er sich auf seinen Vortragsabenden mit Fragen der inneren Politik befaßt, allen Parteiströmungen gerecht zu werden und vinkuliert weder seine studentischen Mitglieder noch seine Alten Herren für irgendeine politische Partei."

„Abschwächung" des antisemitischen Programms.

Die Toleranzfrage wurde gleichzeitig im offiziellen „Taschenbuch" (1910) des Kyffhäuserbundes behandelt. Der Schriftleiter Dr. Kormann schüttelte dort den Radauantisemitismus kräftig ab und schwur nur noch auf den gesellschaftlichen Antisemitismus. Er erinnerte in einem „Wandlungen im Kyffhäuser-Verband" betitelten Artikel, daß der Verband vom Antisemitismus ausgegangen sei, daß aber „die Judenfrage, die ursprünglich einen so breiten Raum in unseren Erörterungen beansprucht hatte, mehr und mehr in den Hintergrund" getreten sei.

„Denn heute ist der Gedanke des gesellschaftlichen Antisemitismus so ziemlich ein selbstverständliches Gemeingut aller akademischen Kreise geworden."

Dr. Kormann.

Kormann frischte dann den alten reaktionären Ladenhüter wieder auf, daß „der Freisinn" wie überhaupt „die linksliberalen Elemente" in den 80er und 90er Jahren nicht national gewesen seien und infolgedessen noch in der 2. Auflage des Taschenbuchs (1892) „unter den zu bekämpfenden Feinden nach dem Judentum Sozialdemokratie und Freisinn gleichgeordnet nebeneinander" gestellt werden mußten. Eine „solche Gleichstellung wäre heute in dieser Allgemeinheit nicht mehr richtig". Daran wurden für Freunde und Feinde folgende Schlußfolgerungen geknüpft:

„Wer oberflächlich diese Dinge betrachtet, dem mag es dabei wohl scheinen, als seien unsere Vereine allmählich in ihrem Wesen andere geworden. Aus solch oberflächlicher Betrachtungsweise heraus erklären sich die immer wiederkehrenden Stimmen in der Oeffentlichkeit, die feststellen wollen, daß wir nicht mehr antisemitisch, oder daß wir einem Zuge nach links gefolgt seien, und die dann, je nach ihrem Parteistandpunkt, uns darüber schelten oder uns ihr Wohlgefallen bezeugen. Wer sich aber nicht durch äußeren Schein ablenken läßt, wird unschwer erkennen, wie irrig jene Betrachtungsweise ist. In Wahrheit haben nicht wir uns geändert, sondern die Dinge um uns herum haben sich geändert; wir stehen gegenüber früher in anderen Zusammenhängen, denen wir uns nicht entzogen haben und in denen wir naturgemäß anders aussehen als in den früheren Zusammenhängen. So scheinen wir zwar andere zu sein, als wir früher schienen, und sind doch dieselben geblieben, die wir früher waren; und sollten etwa die früheren Verhältnisse einmal wiederkehren, so werden wir darum auch in ihrem Zusammenhang ebenso wieder erscheinen, wie wir früher darin erschienen. So ist es mit dem Antisemitismus; er ist nicht aufgegeben, aber er hat an aktueller Bedeutung eingebüßt; darum ist er für uns heute weniger Programmpunkt als geistige Atmosphäre; er ist wie die Luft, in der wir leben: wir atmen sie, wir brauchen sie und wir wissen, daß und warum wir sie brauchen; aber wir reden wenig davon und es kommt uns nicht einmal in jedem Augenblick zum Bewußtsein, daß wir darin leben. Und ähnlich ist es mit unserm Verhältnis

Antisemitismus nicht Programmpunkt sondern „geistige Atmosphäre".

zu den politischen Parteien und dem angeblichen Ruck nach links: der § 1 unserer Satzungen ist unverändert geblieben; geändert aber haben sich zum Teil die linksliberalen Anschauungen; und aus dieser Aenderung ergibt sich notwendig eine Aenderung des beiderseitigen Verhältnisses."

Da die parteipolitische antisemitische Presse über diese schüchternen Seitensprünge ihres Schützlings sich höchst indigniert äußerte, wurde jedoch alsbald wieder zum Rückzuge geblasen. Im „Reichsboten" (11. 11. 1910) wurde diesem programmatischen Artikel von einem Mitgliede, das der letzten Verbandstagung beigewohnt hatte, jede grundsätzliche Bedeutung abgesprochen. Dafür spreche auch die Tatsache, daß auf der Verbandstagung der antisemitische Charakter der Vereine allseitig anerkannt worden sei. Die „Kreuz-Ztg." konnte denn auch die liberalen Bläter, die in vorzeitigem Jubel über die angebliche Abkehr des antisemitischen Verbandes von reaktionären Anschauungen ausgebrochen waren, mit vollem Recht fragen, ob sie denn ganz vergessen haben, daß die Organisationen des V. D. St. „nach wie vor Juden als Mitglieder nicht aufnehmen"! Es bleibt also als Kern der hitzigen Auseinandersetzung nur die recht belanglose Tatsache übrig, daß die süddeutschen Verbände, und auch der Leipziger und Königsberger V. D. St. im allgemeinen liberaleren Anschauungen huldigen. Der Leipziger Verband ist es ja auch gewesen, der seinerzeit, unterstützt durch süddeutsche Organisationen, gegen den Ausschluß Naumanns lebhaften Protest erhob.

Erneute Betonung des antisemitischen Bekenntnisses.

Die schroff antisemitische Richtung im V. D. St. gewann sehr bald auch im Verbandsorgan wieder die Oberhand, und der Verband plätschert nach wie vor im reaktionären Fahrwasser. Besonders der Berliner „V. D. St." kann sich nicht genug tun in erneuten programmatischen Bekenntnissen zum Antisemitismus. So hat er im Jahre 1911 zur Frage der Gründung einer Universität in Frankfurt a. M. folgende Resolution beschlossen:

„Der Plan, in Frankfurt a. M. eine „freie" Universität — so genannt im Gegensatz zu den bestehenden staatlichen Hochschulen — zu gründen, beschäftigt zurzeit wieder in stärkerem Maße die Oeffentlichkeit. Die Bedeutung dieser Frage berechtigt auch die deutsche Studentenschaft, ihre Bedenken geltend zu machen. Der Verein Deutscher Studenten zu Berlin ist überzeugt, daß die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, sowie der nationale Beruf der deutschen Universität in Frage gestellt nud bedenklichen Einflüssen Tür und Tor geöffnet wird, wenn die nicht unerheblichen Mittel von privater, namentlich jüdischer und ausländischer Seite, aufgebracht werden."

Die Aufregung der „nationalen" Herren Studiosi war ganz zwecklos, zumal nach den Miteilungen des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Adickes von einer in erster Linie aus jüdischen Quellen gespeisten Universität gar nicht die Rede sein konnte. Der Berliner „V. D. St." erließ ferner gegenüber einem Artikel der „Deutschsoz. Bl.", die gelinde Zweifel geäußert hatten, ob der „V. D. St." noch auf dem alten antisemitischen Boden stehe, eine Erklärung des Inhalts, daß er

„1. nach wie vor geschlossen auf dem Boden einer rassenmäßigen Auffassung des nationalen Gedankens steht und in der Ab-

wehr des Judentums eine unerläßliche Forderung deutschvölkischer Gesinnung erblickt,

2, daß er für die Leitung der „Akademischen Blätter" ebensowenig verantwortlich ist, wie jeder andere einzelne Verein des Kyffhäuser-Verbandes, daß er aber die Aufnahme von Aufsätzen oder Aeußerungen, die geeignet sind, in der Oeffentlichkeit Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der Vereine wachzurufen, lebhaft bedauert."

Akademische Turnvereine.

Eng befreundet mit dem V. D. St. sind die seit langem im antisemitischen Fahrwasser segelnden Akademischen Turnvereine, die sich im Akademischen Turnbund zusammengeschlossen haben. Sie sind vorsichtig genug gewesen, in ihren Satzungen keine direkten antisemitischen Bestimmungen aufzunehmen. Die Vereine gehören sogar insgesamt der Deutschen Turnerschaft an. Trotzdem ist an ihrem Antisemitismus nicht zu zweifeln. Sie haben jüdische Kommilitonen überhaupt nicht in ihren Reihen. Der Akademische Turnbund wies Ende 1910 in 33 Vereinen 1603 studierende Mitglieder auf.

Reichsverband wissenschaftlicher Vereine.

Auch die wissenschaftlichen studentischen Vereine, die sich zu dem Reichsverband wissenschaftlicher Vereine zusammengeschlossen haben, tragen einen rückständigen Charakter, denn die meisten gehen mit den antisemitischen Korporationen Hand in Hand. Dem Reichsverbande gehörten im zweiten Semester 1910 der Eisenacher Theologenverband mit 13 Vereinen und 194 studierenden Mitgliedern an, ferner der Leipziger Theologenverband mit 11 Vereinen und 114 Studenten, der Medizinisch-Naturwissenschaftliche Goslarer Verband mit 10 Vereinen und 266 Studenten, der Historische Verband mit 7 Vereinen und 200 Studenten, der Mathematisch-Naturwissenschaftliche Arnstädter Verband mit 18 Vereinen und 548 Studenten, der Klassisch-Philologische Naumburger Verband mit 11 Vereinen und 295 Studenten und der Neuphilologische Weimarer Verband mit 9 Vereinen und 292 Studenten. Insgesamt haben sich 79 Vereine mit 12 000 Alten Herren und 1800 studierenden Mitgliedern zusammengeschlossen. Jüdische Kommilitonen sind nicht darunter, obgleich an den verschiedenen Hochschulen eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Vereinen bestehen, die jüdische Mitglieder haben. Bezeichnenderweise hat man diese Vereine zum Beitritt nicht aufgefordert.

Gefolgschaft des V. D. St.

Ferner müssen noch zur Gefolgschaft des V. D. St. gerechnet werden von den Berliner Vereinen: der Akad.-Philologische Verein, der Akad.-Neuphilologische Verein, der Akad.-Pharmakognostische Verein, der Akad.-Theologische Verein, der Theologische Studentenverein, die Juristenverbindung „Teutonia", der farbentragende nichtschlagende „Wingolf", die ihm naheverwandte „Salingia" im Schwarzburgbund, der Verein Deutscher Hochschüler aus Ungarn, der Akademische Ostmarkenverein, der Bismarckbund, der Akademisch-Landwirtschaftliche Verein „Agraria", die landwirtschaftliche Verbindung „Saxonia an der Kette".

Deutsch-völkischer Studenten-verband.

In allerneuester Zeit hat übrigens der V. D. St. in Berlin in dem 1910 gegründeten „Deutschvölkischen Studentenverband“ eine Konkurrenz bekommen; dieser Verband hat im Sommer 1911 ein eigenes Organ herausgegeben, die „Deutschvölkischen Hochschulblätter“, deren erste Nummer in den Räumen der Universität in Massen verbreitet wurde. Man braucht nur einen Blick auf die Namen der Mitarbeiter dieser ersten Nummer zu werfen, und man weiß genau Bescheid über die parteipolitischen Ziele dieses neuen Verbandes. Auf eine reichlich pathetische programmatische Erklärung des Verbandes folgt eine Aufzählung der Mitarbeiter des Blattes. An erster Stelle steht der sattsam bekannte Herr Adolf Bartels. Weiter sind verschiedene Parlamentarier erwähnt: Dr. Roesicke, Franz Behrens, Liebermann von Sonnenberg und endlich eine Reihe von Männern der Feder, darunter Richard Nordhausen, Prof. Ruhland und Lic. Mumm. — Diese Namen bedeuten ein Programm, und zwar das des fanatischsten Rassenantisemitismus.

Der V. D. St. in Oesterreich.

Die antisemitischen Vereine Deutscher Studenten in Oesterreich haben schon die sonderbarsten Erlebnisse gehabt. Von 1890—1896 waren sie — nachdem ihr „Verband deutscher Vereine“ zerfallen war — zu einem „Waidhofener Verbande“ vereinigt. Von der Gründungsversammlung wurde u. a. berichtet:

„Die Frage der Waffenwürdigkeit wurde gleichfalls besprochen und allgemein anerkannt, daß dem Juden eigentlich nicht das Recht zustehe, für „Ehre und Recht“ nach Art der ritterlichen Völker im ernsten, ehrlichen Zweikampf zu stehen. Man erachte aber die daraus sich ergebende Folgerung, den Juden die Genugtuungsfähigkeit abzusprechen, vorläufig als undurchführbar.“

Später war man freilich schamlos genug, den jüdischen Kommilitonen die Satisfaktionsfähigkeit abzusprechen! Diese kehrten sich jedoch wenig daran und traten in die freiheitlichen Burschenschaften ein.

Die Korps.

Einem scharfen Rassenantisemitismus huldigen ebenfalls die Korps, die seit 1880 die Juden ausschlossen und seit dieser Zeit wohl ausnahmslos keine Juden mehr aufgenommen haben. Die Korps befinden sich übrigens seit Jahren schon im unaufhaltsamen Rückgange, fast jedes Jahr vermindert sich die Zahl ihrer Mitglieder, im Sommer 1910 waren in 92 Korps 2889 Mitglieder vorhanden.

Die Landsmannschaften.

Die Landsmannschaften schlossen die Juden im Jahre 1894 aus, 1910 besaß die deutsche Landsmannschaft 47 Korporationen mit 735 Aktiven.

Trotzdem man nun eigentlich annehmen sollte, daß in den Korps, den Landsmannschaften, dem V. D. St. und seinen Affiliierten den Studierenden genug Gelegenheit geboten würde, ihre antisemitische Gesinnung zu betätigen, tauchen doch fast in jedem Jahre neue akademische Vereinsgründungen, wie der Akademische Bund „Ethos“, mit offener oder leicht verhüllter antisemitischer Spitze auf. Da sie aber zum größten Teil keinen oder nur einen kurzen Bestand hatten, braucht auf

all diese ephemeren Organisationen hier nicht näher eingegangen zu werden.

Von Anfang an standen in scharfem Gegensatz zu den V. D. St. und geistesverwandten Korporationen die Freien Deutschen Studentenschaften, die sich nicht nur von antisemitischen Wühlereien fernhielten, sondern sie auch, wo sie offen oder versteckt auftraten, energisch zurückwiesen. Die älteste „Freie Studentenschaft“ besteht in Freiburg, sie wurde 1892 gegründet. In Leipzig gibt es organisierte Finken seit 1896, in Königsberg seit 1898, ebenso in Greifswald und Halle. Die Berliner und Charlottenburger freien Studenten haben sich seit 1900 zusammengeschlossen, die Berliner landwirtschaftlichen Studierenden seit 1900. Im gleichen Jahre wurde die Münchener Gruppe gegründet. In Jena, Heidelberg und Würzburg bildeten sich 1901, 1903 und 1904 freistudentische Organisationen. Im Jahre 1907 schlossen sich die einzelnen freistudentischen Organisationen zu einem Deutschen Freistudentischen Bunde zusammen, der alle freien Studenten Deutschlands und ehemaligen freien Akademiker zu gemeinsamer, ersprießlicher moderner Arbeit sammeln will. Die freien Studentenschaften hatten leider oftmals Konflikte mit den Universitätsbehörden, die ihnen alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legten. Aber sie ließen sich dadurch nicht irre machen und bekämpfen nach wie vor die reaktionären Strömungen in der Studentenschaft.

Die Freien Studentenschaften.

Den freien Studentenschaften nahe steht der Freibund, ein neuer studentischer Bund inkorporativer Art, der sich vor allem die Verbreitung politischen Verständnisses für die Fragen der Gegenwart unter den Studenten zum Ziel gesetzt hat. Er wurde 1907 in Berlin gegründet. Er strebt die Pflege und Erweiterung freiheitlicher Gesinnung in allen Kulturfragen an und steht in allen wesentlichen Fragen auf dem Standpunkt der Freien Studentenschaft, ohne ihr jedoch wegen ihres politischen Sonderziels ins Gehege zu kommen. Ueber die Mitgliedschaft sagen seine Satzungen:

„Jeder deutsche Akademiker ohne Unterschied des Geschlechts und des religiösen Bekenntnisses kann Mitglied des Freibundes werden.“

Kräftige Organisationen dieses Bundes bestehen bereits in Berlin, Freiburg i. Br., Göttingen, Breslau, Leipzig, München, Münster, Bonn.

Zur Abwehr der antisemitischen Strömungen in der Studentenschaft haben sich ferner (die erste am 23. Oktober 1896) an den verschiedenen deutschen Hochschulen Korporationen jüdischer Studenten gebildet, die das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen der jüdischen Akademiker wecken und stählen wollen.

Jüdische Korporationen.

Zurzeit gibt es im ganzen 18 jüdische Korporationen. Dem B. j. K. (Bund jüdischer Korporationen) gehören Vereine jüdischer Studenten an in Berlin, Leipzig, Breslau, München, Charlottenburg, Straßburg, Freiburg, Königsberg und Marburg.

Ferner besteht noch das 1906 gegründete „Kartell zionistischer Verbindungen", zu dem „Hasmonäa-Berlin" und „Jordania-München" gehören. Weiter besteht noch auf dem Technikum in Cöthen ein akademisch-zionistischer Verein „Tchioh" und ein Verein zionistischer Studenten in Leipzig, ebenso eine pharmazeutische Vereinigung Dahlemia-Berlin. Sodann wurde 1906 noch ein „Bund jüdischer Akademiker" gegründet, zur Stärkung des gesetztreuen Judentums. Er hat Zweigvereine in Berlin, München und Straßburg.

In einem gewissen Gegensatz zu den vorgenannten Korporationen stehen eine Reihe von jüdischen, farbentragenden Schwesterverbindungen, die sich zum K. C. (Kartell Convent) zusammengeschlossen haben. Ihm gehören die Korporationen an: Thuringia-Breslau, früher Viadrina, Bavaria-Heidelberg, früher Badenia, Sprevia-Berlin, Licaria-München, Rheno-Silesia-Bonn, Ghibellinia-Freiburg, früher Friburgia, und Viadrina-Darmstadt. Während die verschiedenen auf nationaljüdischem Boden stehenden Korporationen vielfach separistische Bestrebungen verfolgen, dienen die im „K. C." vereinigten akademischen Verbindungen lediglich der Abwehr des Antisemitismus. Der § 3 der Statuten des „K. C." lautet:

„Die Verbindungen im K. C. haben zum Zweck, den Kampf gegen den Antisemitismus in der deutschen Studentenschaft und die Erziehung ihrer Mitglieder zu selbstbewußten Juden, die auf vaterländischer Grundlage im bürgerlichen Leben die vollständige politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der deutschen Juden erstreben."

„Die Verbindungen im K. C. nehmen keine Stellung zu irgendwelchen politischen und religiösen Sonderbestrebungen innerhalb des Judentums."

Da wir im Rahmen dieser Abhandlung die Leser nur in knappster Form über die Ausbreitung des Antisemitismus in der Studentenschaft orientieren wollen, können wir von einer eingehenden kritischen Stellungnahme, für die es hier an Platz mangelt, absehen und möchten diesen Beitrag schließen mit dem warmen Appell an die nationale und konfessionelle Verträglichkeit, den bei Beginn des Wintersemesters 1908 der scheidende Rektor Geh. Rat Erdmann in Bonn an die studentische Jugend richtete. Er sagte u. a.:

Geh. Rat Erdmann-Bonn mahnt zur Toleranz.

„Mit dem Geist, der unsere Studentenschaft beseelt, dürfen wir trotz der der sich drängenden Menge der Hörer im ganzen zufrieden sein. Noch allerdings ist die Stimmung, die unsere Väter und Großväter vom ethischen Idealismus reden ließ, nicht durchgängig wieder lebendig; noch auch der Gesichtskreis der Studierenden nicht in allen Fällen soweit und der Ernst rechter Charakterentwicklung nicht überall so tief, wie wir wünschen; auch die nationale und konfessionelle Einigkeit in den Kreisen unserer Hörer nicht so völlig erreicht, wie das Gedeihen unseres Vaterlandes fordert; aber die Zeichen mehren sich, daß jene Gesinnung mit all der Maßhaltung und ernsten Einsicht, die sie verlangt, wiederkehrt, daß das Banausen- und Philistertum jeder Art, diese schlimmen Feinde rechter wissenschaftlicher Bildung und selbständiger Lebensführung, zurücktritt und die Bestrebungen nach konfessioneller und nationaler Einigkeit an Boden gewinnen, wie insbesondere das einmütige Zusammenstehen der Studentenschaft gegenüber dem Versuche

eines Eingriffes in die Lehrfreiheit zu Beginn meines Amtsjahres, ferner die Verhandlungen mit den Vertretern der Studentenschaft behufs Einigung zu einer Gesamtvertretung und endlich die Teilnahme der konfessionellen Verbindungen an dem Fackelzuge zu Ehren Bismarcks gezeigt haben. Mit dem allen wird auch die Lebensführung derer, die berufen sind, mit der Fackel der Erkenntnis voranzuleuchten und ihr Wissen zu heben, und die Grundlage solcher Lebensführung, das innere Ehrgefühl der freien, sich selbst bestimmenden Persönlichkeit, sich noch weiter heben."

Der Antisemitismus im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Antisemitismus in der Aerzteschaft.

Wir müssen diesem Thema leider ein besonderes Kapitel widmen, da auf keinem anderen Gebiete der freien akademischen Berufe konfessionelle Absonderungsbestrebungen sich so breit machen wie im Aerztestande. Zum Teil ist diese konfessionelle Engherzigkeit allerdings nur der Reflex der staatlichen Intoleranz. Die Medizinalverwaltung ist in Preußen dem Kultusministerium[1]) unterstellt, und das System des Ministers Studt (siehe auch das Kapitel: „Universitäten"), der durch den Mund seines Dezernenten, Herrn Geh. Ob.-Med.-Rat Kirchner, sich höchst mißfällig darüber äußerte, an der Spitze der Vereinigungen der Zahnärzte so viel Juden zu sehen, ist im großen und ganzen von seinen Nachfolgern übernommen worden. Der gesellschaftliche Antisemitismus, wie er z. B. in der Britzer Krankenhausaffäre, wo die christlichen Assistenten sich weigerten, mit einem jüdischen Kollegen in dem gemeinsamen Kasino zu verkehren[2]), in so häßlicher Weise in die Erscheinung getreten ist, spielt hierbei nur eine sekundäre Rolle. In der Hauptsache ist es ganz gewöhnlicher Konkurrenzneid, der seine Spitze gegen die jüdischen Kollegen kehrt, und Pessimisten sehen schon den Zeitpunkt nicht mehr fern, wo der numerus clausus, der in der Anwaltschaft in überraschend kurzer Zeit eine ziemliche Anhängerschaft gefunden hat, auch für die Aerzteschaft gefordert werden wird. Dem vom Staate gegebenen schlechten Beispiele sind leider auch schon einige kommunale Körperschaften gefolgt. Das System der Konfessionalisierung macht eben leider auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens rapide Fortschritte. Ist es doch schon soweit gekommen, daß ein jüdischer Arzt (Dr. Moses-Mannheim) von dem Vorstande des „Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege" seines alttestamentarischen Namens wegen nicht für würdig erachtet wurde, ein Referat auf der Jahresversammlung zu erstatten. Diese unerhörte Brüskierung hat allerdings

Minister Studt.

Brüskierung des Dr. Moses-Mannheim.

---

[1]) Erst seit kurzem dem Ministerium des Innern.

[2]) In Oesterreich liegen die Dinge noch viel schlimmer. Im Wiener Franz-Josef-Spital ist das Ideal der radikalteutonischen Helden verwirklicht. Dort speisen nicht mehr Juden und „Arier" an einem Tisch. Die christlichen Aerzte weigern sich, mit ihren jüdischen Kollegen gemeinsam zu speisen. Schließlich wurde die Trennung von Tisch durchgeführt. Eine spanische Wand teilt den Speisesaal in zwei Räume, und den Ariern wird durch den Anblick der Juden der Appetit nicht mehr verdorben.

durch den zwangsweisen Rücktritt des Vorsitzenden Prof. Griesbach-Mülhausen i. E. ihre entsprechende Sühne gefunden. Auch in dem bereits erwähnten Britzer Falle ist, nachdem die Brandenburger Aerztekammer einen energischen Protest gegen das Verfahren des dirigierenden Arztes des Britzer Krankenhauses, Dr. Schneider, eingelegt hat, mit ihrem Antrage, dem Krankenhause die Berechtigung der Ausbildung von Medizinalpraktikanten zu entziehen, leider jedoch nicht durchgedrungen ist, der Minister schließlich um eine formelle Mißbilligung nicht herumgekommen; Herr v. Trott zu Solz erklärte im preußischen Abgeordnetenhause (4. 5. 1910), daß er „es nicht für richtig halte und nicht billigen könne, wenn die Annahme von Praktikanten in Krankenanstalten, die nicht konfessionellen Charakters [3]) sind, davon abhängig gemacht würde, welcher Religion der zugelassene Praktikant angehört." Werden nun aber aus dieser grundsätzlichen Stellungnahme die praktischen Konsequenzen gezogen werden? Die Aussichten, daß dies wirklich geschieht, sind nicht gerade sehr große. Dem dirigierenden Arzte des Britzer Krankenhauses ist kein Haar gekrümmt worden. Es bleibt also dabei, daß Herr Dr. Victor Schneider, der auf die antisemitischen Forderungen seiner Assistenten so weitgehende Rücksicht nimmt, auch ferner darüber entscheidet, welche Aerzte für würdig befunden werden, sich an dem ihm unterstellten Krankenhause zu betätigen und — im Kasino zu speisen. Der Minister hat wohl das Recht, die Krankenhäuser zu bestimmen, die junge Mediziner ausbilden dürfen, aber er vermag nicht, denjenigen Anstalten die Ermächtigung zu entziehen, deren Verhalten mit Verfassung und Recht im Widerspruch steht. Der Reichskanzler hat diesen ablehnenden Standpunkt noch unterstrichen, indem er er auf eine Eingabe des Ausschusses der preußischen Aerztekammer, in Zukunft die Annahme oder Ablehnung von Medizinalpraktikanten nicht mehr von dem Ermessen der Anstaltsleitung abhängig zu machen, vielmehr zu bestimmen, daß jeder unbescholtene Medizinalpraktikant, soweit Vakanzen vorhanden sind, aufzunehmen sei, die Antwort erteilte:

Die Britzer Krankenhausaffäre.

Minister Trott zu Solz.

Bescheid des Reichskanzlers.

„Zu einem behördlichen Eingriff in die den Kandidaten wie den Anstalten eingeräumte, wechselseitige Freiheit von Meldung und Annahme scheint mir um so weniger Veranlassung vorzuliegen, als die Zahl der in Preußen vorhandenen Praktikantenstellen diejenige der geprüften Kandidaten um weit mehr als das Doppelte übersteigt, und es daher jedem Kandidaten möglich

---

[3]) Die Aerztekammer für die Provinz Sachsen, in der die Zahl der jüdischen Aerzte sicherlich eine verschwindend geringe ist, hat in dieser Angelegenheit i. J. 1910 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Aerztekammerausschuß möge den Herrn Reichskanzler bitten, amtlich zu publizieren, daß es unstatthaft ist, das Ersuchen eines Medizinalpraktikanten um Beschäftigung in einem Krankenhause aus konfessionellen Gründen abzulehnen. Nur rein konfessionellen Krankenhäusern kann das ausnahmsweise erlaubt werden, ist aber alsdann in dem amtlichen Verzeichnis der zur Aufnahme von Praktikanten ermächtigten Krankenanstalten ausdrücklich hervorzuheben."

sein dürfte, eine seinen berechtigten Wünschen (?) entsprechende Praktikantenstelle zu finden. Ein behördliches Vorgehen im Sinne der Eingabe würde nur dazu beitragen, auf dem seinem Wesen nach konfessionell neutralen Gebiet der ärztlichen Vorbildung konfessionelle Gegensätze zu schaffen oder zu beleben. Ich möchte daher von einem Vorgehen in dieser Richtung absehen."

Ob dies wohl auch der ministeriellen Weisheit letzter Schluß gewesen wäre, wenn ein jüdischer dirigierender Arzt an einem öffentlichen Krankenhause einem christlichen Kollegen bedeutet hätte, er könne ihn nicht annehmen, da seine jüdischen Assistenten nicht mit einem christlichen Kollegen zusammen zu speisen wünschten? Soweit über den Anteil der Verantwortlichkeit des Staates bei Zurücksetzung der jüdischen Aerzte.

Da eine Anzahl von Berufen an Ueberfüllung leidet, macht man die Juden für den dadurch hervorgerufenen sozialen Notstand verantwortlich. Die Dinge liegen doch aber so, daß in den größeren Städten die jüdischen Aerzte nicht so sehr ihren christlichen Kollegen, als einander selbst die drückendste Konkurrenz bereiten. Ihren christlichen Kollegen stehen die besoldeten Assistentenstellen, die Universitäten, die Leitung der Krankenhäuser, die Aemter und Stellen des Staats, der Kommunen, der sanitären und wohltätigen Gesellschaften, der Armee und schließlich das platte Land, die kleinen Städte, fast frei von jüdischer Konkurrenz, zur Verfügung. Der soziale Antisemitismus hat bei den Juden trotz ihrer Beliebtheit in ihrem Berufe auf privatem Wege das fertiggebracht, was in Rußland die Regierung besorgt: er hat sie in die großen Städte zusammengepfercht. Man hat schon von manchem jüdischen Arzt gehört, der zu allgemeinem Erstaunen eine glänzende Landpraxis aufgegeben hat, um in die Großstadt zu ziehen, neuen Kämpfen entgegen, aber wenigstens um Mensch unter Menschen sein zu dürfen. Hier machen sie sich gegenseitig Konkurrenz, die dann allerdings auch erzieherisch und auslesend wirkt. Wenn sie dann etwas erreichen, so dürfen sie sich stolz self-made-men nennen, denn sie haben sich nicht durch langjährige Assistenz eine ordentliche Professur ersessen, sie haben keine Onkel und Vettern, keine Korpsbrüder in den Ministerien und Fakultäten. Kommunen und Regierungen stellen ihnen in den seltensten Fällen Gelder und Anstalten zur Verfügung, und meist erst dann, wenn sie schon selbst etwas geleistet haben. Der ärztliche Notstand wird also nicht von den Juden hervorgerufen, wie die Antisemiten behaupten, sondern durch ganz andere und verschiedenartige Faktoren. Gleichwohl hat die konfessionelle Intoleranz es zu Wege gebracht, daß jetzt eine ganze Reihe ärztlicher Vereine in Berlin gar keine oder nur vereinzelte jüdische Mitglieder zählt. Sämtliche Mitglieder des Geschäftsausschusses des Berliner Aerztevereinsbundes, also auch die des Vorstandes des gemeinsamen Ehrenrates, waren im Jahre 1909 und sind wohl auch jetzt noch ohne Ausnahme Christen.

Seit Jahren finden auch in den ärztlichen Standesvereinen, insbesondere in der durchaus paritätischen wirtschaftlichen Abteilung des

deutschen Aerztevereinsbundes, dem sog. Leipziger Verbande, die heftigsten Auseinandersetzungen statt über die konfessionellen Vorbehalte in vielen Annoncen der ärztlichen Fachpresse;[4]) der Zusatz „Christ" in den Stellenvermittelungsanzeigen wurde immer häufiger. Nicht immer war diese konfessionelle Einschränkung auf antisemitische Motive zurückzuführen; auch jüdische Aerzte erkannten in gewissen Fällen ihre Berechtigung an. Der Vorstand des Leipziger Verbandes sah sich schließlich außerstande, den stark divergierenden Wünschen seiner Mitglieder Rechnung zu tragen, und gelangte im Jahre 1905 nach gründlicher Prüfung zu folgendem Beschluß: **Die konfessionellen Annoncen.**

„In Anbetracht, daß man

1. nicht alle Augenblicke die Geschäftsordnung ändern könne,
2. daß es Verhältnisse gäbe, die im beiderseitigen Interesse konfessionelle Zusätze rechtfertigten,
3. daß ihre ausnahmslose Unterdrückung eine schwere Schädigung der äußerst wichtigen Stellenvermittlung und des Verbandes selbst bedeuten würde, —

in Berücksichtigung aller dieser Punkte hält er sich nicht für berechtigt, Mitgliedern auf bestimmtes Verlangen konfessionelle Zusätze in ihren Stellenanzeigen zu verweigern, ist aber bereit, sie nach Möglichkeit zu beschränken. —"

Die Zahl der Angebote mit konfessionellem Zusatz ging denn auch zunächst etwas zurück, um alsbald freilich wieder zu steigen. Mit Recht wird als Hauptargument gegen diese Praxis geltend gemacht, daß durch diese sogenannten konfessionellen Angebote jüdische Aerzte grundsätzlich von vornherein ausgeschlossen sind von den Bewerbungen um die weit größere Anzahl der in dem offiziellen Stellennachweis ausgeschriebenen Stellen. Die Sache hat auch eine ernste soziale Bedeutung. Wenn von den landwirtschaftlichen Vereinen zum Teil über mangelhafte Versorgung des platten Landes mit ärztlicher Hilfe geklagt wird, so trägt diese konfessionelle Auslese in den Annoncen der Fachpresse einen nicht geringen Teil der Schuld; sie wirkt geradezu wie eine Lähmung der Krankenfürsorge.

Wie wenig Konfession und Nationalität etwas mit der ärztlichen Behandlung zu tun haben, geht zur Genüge daraus hervor, daß selbst Päpste, Kaiser, Könige und Sultane mit Vorliebe jüdische Leibärzte gewählt haben, und zwar selbst in einer Zeit, da die Juden der übrigen Bevölkerung recht fern standen. Und ist es heute etwa anders? In der Klinik des Prof. Israels haben die Träger der stolzesten Fürsten- und Adelsgeschlechter — ja selbst hervorragende antisemitische Parteiführer — Heilung von ihren Gebrechen gesucht. Soll die Zeit nimmer wiederkehren, auf die Adolf Kußmaul, der berühmte Kliniker, in seinen „Jugenderinnerungen" einen resignierten Rückblick wirft?: **Prof. Kußmaul.**

---

[4]) In dem Apothekerberufe zeigen sich leider analoge Erscheinungen; auch hier mehrt sich in der Fachpresse die Zahl der Annoncen mit konfessionellem Vorbehalt.

„Mit Wehmut gedenke ich der schönen Tage, wo noch die milde Luft kirchlicher Duldsamkeit in der badischen Heimat wehte, und die Gebote der Bergpredigt höher standen, als die Dogmen der Konfessionen. In meiner Erinnerung hebt sich der Glaubensfriede der Väter wohltuend ab von dem wilden Gezänk und Fanatismus der Gegenwart. Eine Union der evangelischen Bekenntnisse, wie sie damals in Baden und in Preußen durchgeführt wurde, wäre heute nicht ausführbar. Zentrum und Antisemiten waren noch unbekannte politische Parteien; an den beiden Hochschulen wurde noch kein Jude grundsätzlich von den Studentenverbindungen ausgeschlossen: schon der Gedanke konfessioneller, evangelischer oder katholischer Verbindungen wäre dem Hohn der Gesamtheit verfallen gewesen. Noch immer wirkten Priester aus der Schule der Seiler, Wessenberg und Hirscher in der katholischen Kirche und das Zeichen des Syllabus hing noch nicht am Himmel. Aus dieser guten alten Zeit wird in Karlsruhe erzählt, daß man nichts Arges darin fand, wenn in den Räumen der dortigen Museumsgesellschaft Hebel, der Prälat der evangelischen Landeskirche, der katholische Dekan und der Stadtrabbiner eine Whistpartie zusammen spielten."

Bäder-Antisemitismus.

Zu den abstoßendsten Formen des gesellschaftlichen Antisemitismus gewisser arischer Kreise gehört die oft vor den rohesten Pressionsmitteln nicht zurückschreckende Sucht, bestimmte Bade- und Luftkurorte „judenrein" zu erhalten. Ein Teil der Badedirektionen und auch der Kommunen, die Eigentümer des Bades sind, hat sich diesem Terrorismus leider gebeugt und in den offiziellen Prospekten den antisemitischen Charakter des Bades ausdrücklich festgelegt. Die „Mitteilungen a. d. V. z. A. d. A." haben auf Wunsch weiter Kreise christlichen und jüdischen Bekenntnisses, die sich Ruhe und Gesundheit während ihrer sommerlichen Erholung nicht durch antisemitischen Radau stören lassen wollen, vor Jahren eine Liste[1]) solcher Kur- und Erholungsorte, die „jüdischen Besuch" nicht gern sehen oder gar schroff abweisen, zusammengestellt. Die Zahl dieser Orte ist in den letzten Jahren erfreulicherweise sehr stark zusammengeschrumpft, und es gibt heute wohl kaum noch ein Dutzend unter den besuchten Kurorten, deren Gesamtcharakter als antisemitisch zu bezeichnen wäre; selbstverständlich ist in allen Kurorten eine mehr oder minder große Zahl von Hotels und Pensionen vorhanden, die aus Rücksicht auf ihre langjährigen antisemitischen Gäste auch heute noch Juden nicht aufnehmen.

Bodenständig in diesen Orten ist aber der Antisemitismus nie gewesen.[2]) Das haben schlagend die Vorgänge in Borkum ge-

---

[1]) Die Liste wird alljährlich einmal in den „Mitt." veröffentlicht. Interessenten erhalten auf Wunsch einen Separatabdruck.

Kolberg. [2]) Aus Kolberg wurde dem „Isr. Gem. Bl." (August 1911) ein reizendes Idyll mitgeteilt: Dort gibt es auch ein Pensionat, das sich christliches nennt und keine Juden aufnimmt. Es grenzt direkt an ein jüdisches Hotel. Aber der Inhaber dieses Pensionats unterhält mit dem jüdischen Hotel die allerbesten Beziehungen. Wenn das „arische Pensionat", was in diesem Jahre bei der Ueberfülle der Badegäste der Fall war, keinen

zeigt, das jahrelang den zweifelhaften Ruf eines antisemitischen Sommer-Dorados genoß. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Norden-Emden-Leer 1909 wurden auf dieser antisemitischen Insel der Seligen ganze 21 Stimmen für den antisemitischen Kandidaten abgegeben, während die liberalen Parteien 350 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Der Badearzt Dr. Schmidt setzte damals in einer Wählerversammlung einem antisemitischen Rechtskandidaten gegenüber, der als „achtjähriger Borkumer Badegast" ein „Recht auf antisemitische Stimmabgabe" der eingesessenen Borkumer Wähler konstruieren wollte, sehr energisch auseinander, er irre sich sehr, wenn er glaube, daß die Borkumer irgendeinen Anteil hätten an der Judenhetze, die von den Badegästen im Sommer getrieben würde; unter dem Jubel der Anwesenden stellte er als die allgemeine Borkumer Meinung fest, daß ihnen jüdische Mitbürger ebenso willkommen wären wie die irgendeiner anderen Konfession. Sie wollten, daß ihre Badegäste und sie mit ihnen „Mensch unter Menschen" wären.

Borkum.

Jahrelang hatte das berüchtigte „Borkumlied" im Sommer die stärkste Anziehungskraft auf alle Urteutonen geübt; auch wurde eine Ansichtskarte verbreitet mit dem Bilde eines jüdischen Ehepaares, das aus Borkum hinausbefördert wird, und dem Schlußvers des Liedes:

„Doch wer Dir naht mit platten Füßen,
Mit Nasen krumm und Haaren kraus,
Der soll nicht Deinen Strand genießen,
Der muß hinaus! der muß hinaus!
Hinaus!"

Der Skandal, der immer widerwärtiger wurde, nahm alsbald ein Ende, als das frühere langjährige Vorstandsmitglied des Vereins z. A. d. A., Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim, am 31. März 1908 das traurige Machwerk im preußischen Herrenhause zur Sprache brachte und dem Minister des Innern, Herrn von Moltke, Veranlassung zu folgender scharfen Verurteilung gab:

Oberbürgermeister Struckmann interpelliert im Herrenhause.

„Im übrigen muß ich ihm zugeben, daß dieses Lied, welches er uns mitgeteilt hat, namentlich in dem letzten Verse, ganz unzweifelhaft eine grobe Beleidigung der anwesenden Einzelpersonen, gegen welche es gerichtet ist, darstellt. Anders liegt die Sache aber, wenn das ganze Publikum das Lied offensichtlich und ohne die Absicht der Beleidigung einzelner Personen, die anwesend sind, singt, wie das meist geschehen sein soll, wie ich höre. Im letzteren Falle ist nach den gemeinschaftlich von dem Herrn Justizminister und mir angestellten Erörterungen es nicht möglich, strafrechtlich gegen das bloße Absingen dieses Liedes vorzugehen. Ich nehme aber keinen Anstand, dieses ganze Verfahren als eine grobe Ungehörigkeit zu bezeichnen, zu der nicht einmal Mut erforderlich ist (Bravo!), und ich habe die mir unterstellten

Minister von Moltke.

Platz für christliche Gäste hat, überweist er sie dem „koscheren Nachbarhotel". Reicht einmal der Vorrat an Materialien zum Diner im christlichen Pensionat nicht aus, dann wird die Gefälligkeit des jüdischen Koscherhotels in Anspruch genommen. So mag — horribile dictu — am Ende mancher Antisemit, der sich im urdeutschen Hause einquartierte, koscheres Essen bekommen haben, und Gattin und Familie eines Urteutonen Unterkunft gesucht haben im — koscheren Hotel.

Behörden angewiesen und mich mit den Justizbehörden in Beziehung gesetzt, um zu veranlassen, daß mit allen Mitteln, die möglich sind, dagegen eingeschritten wird. (Bravo!)"

Seit dieser Zeit wird das Lied nur noch im engeren Kreise antisemitischer Badegäste gesungen; die Borkumer Bevölkerung hält sich diesen ordinären Späßen vollständig fern.

Hand in Hand mit diesen persönlichen Zurückweisungen und Verunglimpfungen jüdischer Badegäste ging von jeher eine widerliche Hetze durch die Verbreitung unzüchtiger Ansichtskarten und durch die Besudelung der Zellen mit erbärmlichen antisemitischen Witzeleien. Auch die Katholiken werden oft in der gemeinsten Weise beschimpft. Der „Germania" wurde z. B. aus Borkum geschrieben:

Zellenbesudelung.

„Germania".

„Schreiber dieser Zeilen las in einer Badezelle als Wuterguß einer zornigen Ameise — „mediis tranquillus in undis" —: „Ihr Zentrumsschweine, heraus aus dem Meere." In einer anderen Zelle war ein Geistlicher an die Wand gemalt, eine Darstellung so obszön und so gemein, daß sie hier nicht beschrieben und der beigefügte Vers nicht niedergeschrieben werden kann."

Der furor teutonicus, der in gewissen deutschnationalen studentischen Vereinigungen zu so herrlicher Entfaltung gebracht wird, behandelt, wie man sieht, Juden und Katholiken durchaus „paritätisch".

„Köln. Volks-Zeitung".

Ein anderes Zentrumsblatt, die „Köln. Volks-Ztg.", hat lebhafte Klage geführt über den schwunghaften Handel mit unzüchtigen Ansichtskarten und im Anschluß hieran ausgeführt, es liege auch im Interesse der Kurverwaltungen, nicht die Meinung aufkommen zu lassen, „als dürfe man mit Frauen und Kindern nicht mehr die deutschen Seebäder besuchen, nicht einmal dasjenige, dessen Deutschtum immer so kräftig betont wird, daß deutsche Sittlichkeit hier doch auch ihren Platz beanspruchen dürfte."

Auf die sittlichen Anschauungen gewisser antisemitischer Kreise wirft die Tatsache, daß der Handel mit obszönen Bildern in antisemitischen Verkehrszentren so stark floriert, allerdings ein bezeichnendes Licht.

Wer schreibt nun die vielen sexuellen Zoten, die schmutzigen geschlechtlichen Anspielungen und die geistlosen Boykottaufforderungen gegen die Juden? Meist ist es wohl die heranwachsende akademische Jugend, die oft noch nicht die höhere Lehranstalt absolviert hat, zum großen Teile aber auch Personen, die schon das 20. Lebensjahr überschritten haben, wie der politisch und wirtschaftlich gefärbte Charakter der Sudeleien erkennen läßt. Personen, die Erfahrungen auf diesem Gebiete besitzen, wollen die Beobachtung gemacht haben, daß das Hauptkontingent dieser antisemitischen Schmutzfinken die Badegäste aus dem Königreich Sachsen stellen. Damit steht jedenfalls nicht in Widerspruch die Zuschrift eines Mannes an das „Leipzig. Tagebl.", der nichts weniger als Philosemit war, seine Antipathien gegen das Judentum in dieser Zuschrift im Gegenteil sehr kräftig zum Ausdruck brachte, gleichwohl über den „von so niedrigen Trieben" eingegebenen Zellen-

Antisemitismus eines Rügenschen Badeortes ganz entsetzt war, um so mehr, als nach seinen Erkundigungen in den Zellen des Damenbades die gleichen wüsten Ausschreitungen stattfanden, und eine angesehene Dame ihm mitgeteilt hatte, daß sie sich nicht traue, die Aufzeichnungen ihrer Geschlechtsgenossinnen zu lesen. Die Zuschrift dieses Mannes schloß mit den Worten:

Zuschrift an das „Leipziger Tageblatt".

„Der Schreiber dieser Zeilen ist nicht Partei. Er blickt auf einen nachweislich „makellosen" Stammbaum zurück, den selbst der spürwütigste Antisemit anerkennen müßte. Aber gerade darum darf und muß er seine Stimme erheben. Es wäre schön, wenn es gelänge, unser Volk in dieser Beziehung zu größerer Zurückhaltung zu erziehen. Dieser Antisemitismus, der jedes feinere Gefühl schwer beleidigt, ist sicher nicht imstande, dem jüdischen Geiste wirksam entgegenzutreten, und außerdem wollen wir nicht vergessen, daß der Kampf des germanischen mit dem jüdischen Geiste immer nur ein Kampf sein kann, in dem die höhere Kultur siegen wird und siegen soll. Die Gesinnungsäußerungen aber, die ich auch in diesem Jahre wieder in den Zellen meiner geliebten Ostseebäder fand, sind nicht geeignet, mich über den Kulturstand der deutschen Nation völlig zu beruhigen. Den jungen Rowdies, die sich dort verewigen, wäre mindestens eine ernste Strafpredigt zu wünschen, die sie erkennen ließe, daß ein Problem, welches fast, seit unser Kontinent historisch denkt, die Menschheit beschäftigt, mit erbärmlichen Witzeleien nicht abgetan werden kann."

Die Antisemiten der verschiedenen Gruppen haben sogar schon ihre Spezialluftkurorte. In den „Deutschsozialen Blättern" wurden einmal zwei „deutschsoziale Bäder" in Thüringen empfohlen. Diese glücklichen Stätten, in denen eine rein deutschsoziale Luft weht, heißen Kleinschmalkalden und Unterneubrunn.

Da die Juden die Pest, Cholera und alle anderen Seuchen verschulden, ist es nicht weiter verwunderlich, daß der „Reichsbote" (September 1909) auch für die Einführung der Familienbäder, die wesentlich von Badegästen „orientalischer Abstammung" besucht würden, die Juden verantwortlich machen wollte. Als ob in den Weltbädern Belgiens und Frankreichs, denen die deutschen Badeorte doch nur gefolgt sind, die zum größten Teil fast sämtlich von Badedirektoren adliger Herkunft bezw. pensionierten höheren Offizieren geleitet werden, die jüdische Plutokratie und nicht vielmehr die Creme der internationalen Aristokratie tonangebend wäre. Eine pommersche Provinzialsynode hat sogar schon einmal gegen diese Einführung „fremder bedenklicher Sitten" Einspruch erhoben. In der Praxis denken die frommen Heren selber hierüber freilich wesentlich anders. Das Stöckersche „Volk" (20. 9. 1911) brachte aus der Feder des Pastors Grell-Posen einen ganz begeisterten Hymnus auf das Freibad in dem pommerschen Badeorte Henkenhagen und machte sich über die Prüderie mancher Zeloten nicht wenig lustig:

Die Familienbäder eine „jüdische Einrichtung".

Das „Volk" lobt die Familienbäder.

„O Graus und Entsetzen für überfein beseitete Gemüter! . . . Manch einer, der vielleicht am Anfang ob solcher modernen Freiheit den Kopf geschüttelt hat, dem die Haare, wenn er welche hatte, zu Berge gestanden, ist doch bald mit in den Strudel hineingezogen worden — halb zog es ihn, halb sank er hin — und machte auch mit. Und merkwürdig, er

findet schließlich auch gar nichts mehr dabei. Was die Menschen auch immer gleich finden wollen . . . Soweit uns zu Ohren gekommen, ist auch bisher alles ordentlich und ehrbar zugegangen. Es haben sich in keiner Weise die Bande frommer Scheu gelöst."

Eine hübsche Kapuzinerpredigt für die frommen Tartüffs. Uebrigens scheinen die Herrschaften keine Ahnung davon zu haben, daß bei den von Tacitus wegen ihrer hohen Sittlichkeit gerühmten alten Germanen nicht bloß die Geschlechter gemeinsam, sondern sogar ohne jedes Kostüm badeten, und daß, wie das Beispiel des heutigen christlichen Skandinavien beweist, das Baden völlig unbekleideter Menschen stellenweise sogar ohne Trennung der Geschlechter, sehr wohl mit einem anerkannt hohen Stande der Sittlichkeit vereinbar ist.

Diese widerliche Hetze gegen die jüdischen Kur- und Badegäste hat aber auch — ganz abgesehen von der brutalen Verletzung des Gastrechts — eine sehr ernste hygienische Bedeutung, die Prof. Dr. Hermann Neumann in der „Zeitschrift für Balneologie" (1910) treffend wie folgt charakterisiert hat:

Prof. Dr. H. Neumann.

„Wir Aerzte, die wir allezeit unentwegt der Fahne der Humanität folgen, empfinden es als einen Schlag ins Gesicht, solche Engherzigkeit zu sehen; besonders, wenn Kur- und Badeverwaltungen — sonst doch unsere Bundesgenossen — die ärztliche Ethik mißachten und noch den traurigen Mut besitzen, uns Aerzte als Helfershelfer und Spitzel für ihre Zwecke aufzurufen. Um so tadelnswerter ist diese Handlungsweise, wenn gerade — oft vielleicht nur zufällig — Zuckerkranke solche Orte aufsuchen, weil sie bekanntlich gar zu fein auf Unstimmigkeiten reagieren und sie eine größere Einbuße an ihrer Gesundheit durch Aufregung und Aerger als durch einen Diätfehler erleiden. Vor solchen, glücklicherweise seltenen, Kurorten haben wir Aerzte im Interesse des allgemeinen Wohles allerdings die unabweisbare Pflicht, aufs eifrigste zu warnen und uns zu hüten, Kranke in jene Bäder zu schicken; wo ihnen geistige Verwirrung unberechenbaren Schaden zuzufügen droht."

Auch im Auslande, insbesonder in Tirol, ist einer Anzahl von Sommerfrischen das Stigma der antisemitischen Intoleranz aufgedrückt. Seltsamerweise hat auch der „Landesverband zur Hebung des Tiroler Fremdenverkehrs" an der Spitze der Verwaltung einen Sekretär von ausgesprochen antisemitischer Gesinnung, Dr. Rohn, der bei einer Reichsratsnachwahl im Jahre 1908 als Kandidat der Deutschnationalen eine geradezu blutrünstige antisemitische Rede hielt, ohne jede Rücksicht auf die Tausende und Abertausende von Juden, die alljährlich im Sommer die Dolomiten, Bozen, Meran, Toblach, Madonna di Campiglio, Sulden, Trafoi, Gossensaß u. a. m. besuchen. Herr Dr. Rohn benutzte im Gegenteil gerade seine offizielle Stellung als Sekretär des Landesverbandes als Vorspann für seine Kandidatur, indem er erklärte, daß er im Falle seiner Wahl „nicht nur aus beruflichem Interesse, sondern auch mit vollster persönlicher Hingabe für die Förderung des Fremdenverkehrs eintreten" werde. — Eine seltsame „Förderung des Fremdenverkehrs", wenn man gleichzeitig einen großen Prozentsatz dieser Fremden als „parasitäre Existenzen" und „zersetzendes Gift" bezeichnet.

Der antisemitische Tiroler Fremdenverkehrsverein.

Antisemitismus in der Turnerschaft.

Bis Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts gehörte die gemeinschaftliche Ausübung des die Kräfte und den Mut stählenden edlen Turnsports noch zu denjenigen geselligen Veranstaltungen, die von konfessionellen Spaltungen unberührt geblieben waren; der in Anlehnung an die antisemitischen Gruppen gegründete „Deutsche Turnbund" bestand nur aus wenigen hundert Mitgliedern und fristete nur ein Schattendasein. In der „Deutschen Turnerschaft", die auch die deutsche Turnerei in Oesterreich umfaßte und mit ihrer imponierenden Zahl von damals schon über ½ Million Turngenossen den größten Verein Deutschlands bildete, waren politische und konfessionelle Auseinandersetzungen streng verpönt. In diese konfessionelle Harmonie legte die erste Bresche im Jahre 1901 der Beschluß des unter dem enragierten Antisemiten Georg von Schönerer stehenden XV. (österreichischen) Turnkreises, wonach fortan nur Deutsche arischer Abkunft Mitglieder werden dürfen. Dieser sog. Arierparagraph entfesselte ein ganzes Jahr lang im XV. Turnkreise die heftigsten Kämpfe. Die Gegner der antisemitischen Turnvereine schlossen sich zu einem „Verbande der deutschfreiheitlichen Turner Oesterreichs" zusammen und forderten, da sie alsbald über 50 Vereine mit 7000 bis 8000 Mitgliedern zählten, von dem Allgemeinen Deutschen Turntage, daß dem Verbande die Rechte, Pflichten und der Name eines besonderen Kreises zugesprochen werde. Dieser Antrag wurde von den antisemitischen Wortführern des bisherigen XV. Turnkreises erklärlicherweise auf das leidenschaftlichste bekämpft, aber ohne Erfolg. Auf dem Allgemeinen Deutschen Turntage des Jahres 1904 in Berlin wurde der Antrag der deutschfreiheitlichen Turnvereine Oesterreichs auf Gewährung eines besonderen Kreisrechts als Kreis XVa mit 300 gegen 37 Stimmen angenommen, und damit dem Versuche, dem Antisemitismus unter der Flagge der Hochhaltung des Nationalitätsprinzips offiziell Eingang in die Turnerschaft zu verschaffen, eine entschiedene Absage erteilt. Besonders erfreulich war dabei die geschlossene Gegnerschaft der gesamten reichsdeutschen Turnerschaft gegen das Vorgehen der antisemitischen österreichischen Turnvereine. Die Turnvereine in Deutschland lehnten es ab, sich den diktatorischen Forderungen eines Schönerer und K. H. Wolff zu fügen, die weder in nationaler noch in sittlicher Beziehung ein Recht hatten, sich als legitimierte Vertreter des „reinen Deutschtums" aufzuspielen, der mütterlicherseits von Juden stammende Ritter Georg nicht einmal vom antisemitischen Standpunkt aus. Ueber K. H. Wolff, der erst 14 Tage vorher in einer unsauberen Ehescheidungsaffäre durch Erkenntnis des obersten Gerichtshofes als der allein schuldige Teil erklärt worden war, war in allen denjenigen deutschen Kreisen, in denen deutsche Treue und Reinheit durch die Tat bewiesen werden, ebenfalls das Urteil gesprochen.

Georg von Schönerer.

Gründung des antisemitischen „Deutschen Turnbundes".

Wie zu erwarten stand, schied der bisherige XV. Turnkreis nunmehr offiziell aus der „Deutschen Turnerschaft" aus und bildete zusammen mit den obenerwähnten antisemitischen Zweigvereinen in Deutschland einen „Deutschen Turnbund", der zurzeit (1911) etwa 18 000 österreichische und 3000 deutsche Turner[1]) umfaßt gegenüber den mehr als 900 000 Mitgiledern, die der „Deutschen Turnerschaft" angehören. Ritter Georg von Schönerer hat dann später von seiner eigenen Gründung den schwärzesten Undank geerntet. Der „Deutsche Turnbund" schloß ihn 1908 aus, weil er — horribile dictu — einen katholischen (!) Hausgeistlichen halte, tschechische Arbeiter beschäftige und eine Frau jüdischer Abkunft geheiratet habe. Schönerer nahm an den „Treugenossen" fürchterliche Rache, indem er der Oeffentlichkeit die „Eide" preisgab, die ihm der Bund geschworen, und die Lehren aus dem Turnerbund-Katechismus, die sich auf ihn, Schönerer, bezogen. So hatte der Bundesturnrat zu Schönerers Geburtstag 1904 geschrieben:

Ausschluß Schönerers aus dem „Deutschen Turnbunde".

„Wie es freien Deutschen ziemt, echten Söhnen des edlen Turnvaters, erinnern wir uns — wohl im Gegensatz zum Brauche der Welt — der Dankbarkeit, jener hohen germanischen Tugend, die jeder Ihnen schuldet, dessen Herz gelernt hat, heiß für sein Volkstum zu schlagen, dessen Sinn jene Anliegen und Erfordernisse erfaßt hat, die in heutiger Zeit des Volkes Wohl und Größe bedingen."

Aus dem Katechismus des Turnerbundes mußte jeder, der die Vorturnerprüfung ablegen wollte, folgende Stellen auswendig lernen:

„Welche unvergänglichen Verdienste hat sich Schönerer um das Deutschtum erworben? Schönerer ist der Bahnbrecher des alldeutschen (!) Hochgedankens. Er hat den Deutschen im Reiche sowie in der Ostmark in seinem Linzer Programm den Weg gewiesen, wie sie auf gesetzmäßige Weise zur Einheit, zu einem gemeinsamen Vaterlande (!!) gelangen können. Er ist der gewaltigste Vertreter des deutschen Einheitsgedankens (!) in den letzten Jahrzehnten, hat die Rassenlehre volkstümlich gemacht und die Los-von-Rom-Bewegung (!!!) wirkungsvoll eingeleitet . . . Als ein Mann von unerschütterlichem Mute und von unerbittlichem Zorne gegen alles Unrechte und Undeutsche fühlte sich Schönerer berufen, in der Stunde der Gefahr seine Stimme zu erheben, sein Volk zu ermutigen. Man hat ihn daher mit Recht den getreuen Eckart des deutschen Volkes genannt."

Nun hatte auch der „getreue Eckart" des deutschen Volkes am eigenen Leibe die Wandelbarkeit der Volksgunst erfahren müssen. Auf den Geschäftsantisemitismus versteht sich übrigens auch die Gefolgschaft Schönerers ganz ausgezeichnet. Der antisemitische Turnbund in Oesterreich hatte im Jahre 1908 den Turnverein zu Vöcklabrück auf Antrag des Salzburg-Oberösterreichischen Gaues aus dem Bunde ausgeschlossen, weil der Turnrat des Vereins zu Vöcklabrück seinen

---

[1]) Der Gau Brandenburg — der größte von den antisemitischen Gauverbänden im Reiche — umfaßte i. J. 1906 zwanzig Vereine mit 1261 Mitgliedern, wovon jedoch nur die Hälfte ausübende Turner waren. Der größte Verein dieses Gaues, der deutsche Verein in Berlin, zählte 216 Mitglieder, wovon nur — 69 Turner waren.

Antisemitismus vergessen und zur Erbauung einer Turnhalle einen Beitrag von einem jüdischen Geschäftsmann erbeten und erhalten hatte. Man schloß nun den Turnverein aus, weil sein Vermögen durch das jüdische Geld „verseucht" sei. Nun stellte sich aber heraus, daß der ausgeschlossene Verein recht wohlhabend sei. Da reute die antisemitischen Reinlichkeitsfanatiker ihr Tun, und sie mühten sich nun, den Verein wieder einzufangen, freilich ohne Erfolg.

Freilich wäre es verkehrt, nun die „Deutsche Turnerschaft" in ihrer Gesamtheit als Gegner des Antisemitismus anzusehen oder gar, wie die „Kreuz-Ztg." z. B. nach dem Beschluß des Berliner Turntags von 1904 schrieb, zu behaupten, der Deutsche Turnertag habe vor dem Judentum eine „Verbeugung" gemacht. Auch in der „Deutschen Turnerschaft" sind noch starke antisemitische Strömungen vorhanden; die „Akademischen Turnvereine", die selbst den größten Wert auf „Judenreinheit" legen, werden z. B. trotz des Protestes ihrer Alten Herren nicht müde, fortgesetzt den engherzigsten Rassenantisemitismus zu predigen, gleichwohl denken sie gar nicht daran, aus der „Deutschen Turnerschaft" auszutreten. Sie sind freilich dazu auch nicht verpflichtet, da der Beschluß des Verbandstags der „Deutschen Turnerschaft" von 1904, wie auch der Vorsitzende Dr. Götz-Lindenau **Dr. Götz.** nahezu auf jedem Turntage erneut feststellt, nur das offizielle Bekenntnis der „Deutschen Turnerschaft" zum Antisemitismus abgelehnt hat. Dr. Götz hat die Unterstellung, als wollte die „Deutsche Turnerschaft" das Judentum irgendwie direkt oder indirekt fördern, als „hohle Phrase" zurückgewiesen. Aufnahme der Mitglieder sei satzungsgemäß Sache der einzelnen Vereine. Daher kommt es, daß in größeren Städten und in manchen provinziellen Zentren des politischen Antisemitismus Juden in den Vereinen der „Deutschen Turnerschaft" keine Aufnahme finden, und in ursächlichem Zusammenhange hiermit steht dann auch die wachsende Zahl jüdischer Turnvereine.

Das öffentliche Wirken des Antisemitismus.

Die Antisemiten und das Christentum.

Das Christentum tritt auf mit dem Anspruch, Weltreligion zu sein, mit dem Anspruch, dem Judentum überlegen, eine Ueberwindung des Judentums zu sein. Es tritt geschichtlich und nach seiner Eigenart überall auf als die werbende, herbeirufende, die andere Völker und Religionsgemeinschaften aufnehmende Religion, die jene mit sich vereinigen und so andere Religionsformen überwinden will.

Pfarrer Alfred Fischer.

Kann man aber eigentlich, wenn das wirklich Aufgabe und Mission des Christentums ist, wenn das der Charakter und die Eigenart dieser Religion ist, kann man da — so fragte Pfarrer Alfred Fischer-Berlin in einem Vortrage auf der Generalversammlung des V. z. A. d. A. (1910) über das Thema „Vertragen sich Christentum und Antisemitismus" mit Recht — etwas Törichteres tun, als daß man die Grenzen und Gräben zwischen den Religionsgenossen anderer Art und den Christen nach Möglichkeit vertieft und verschärft? Wird nicht der, der als Christ den Antisemitismus predigt, seine eigene Religion und deren Ausbreitung nach jeder Richtung schädigen?

Das Christentum ist diejenige Religion, die gar nicht fragt nach Farbe, Abstammung, Wohnort und Herkunft. Die gerade den Menschen im Menschen sucht und gerade diesen Menschen gewinnen will, ganz unabhängig von seiner Volkszugehörigkeit und seiner Rasse.

Haben nicht das Judentum und Christentum, das Alte und das Neue Testament das eine Gebot gemeinsam, auf dem sich alle Moral aufbaut, das Gebot der Liebe? Gott über alles lieben und den Nächsten wie sich selbst: das ist nach Christi eigenen Worten der Inhalt des Alten Testaments, das ist auch die Summe des Neuen Testaments. Das so oft zitierte: „Auge um Auge, Zahn um Zahn" bezieht sich nicht auf die Moral, sondern auf das Recht. Das Alte Testament gebietet die Liebe gegen jedermann, auch gegen den Fremdling; denn Israel — so ist das Gebot ausdrücklich begründet — sei auch Fremdling in Aegypten gewesen.

Verdankt denn nicht das Christentum dem Judentum seinen Ursprung, ist nicht das Christentum die Fortsetzung und Fortführung der jüdischen Religion, hat nicht die christliche Religion denselben Stamm, dieselben Wurzeln wie die jüdische? War Christus nicht selbst ein Jude, war nicht seine Mutter eine Jüdin, war also nicht semitisches Blut im Sohne wie in der Mutter? Waren nicht Jesu Jünger, die mit

Opferung ihres Leibes und Lebens die Religion ihres Meisters gepredigt, jüdischen Geschlechts?

Der Antisemitismus ist also unchristlich; kein guter Christ kann und darf Antisemit sein. Darum erklärt sich auch der Antisemit Eugen Dühring mit Bewußtsein als Gegner des Christentums. „Ein Christ, wenn er sich selbst versteht," so heißt es in seinem Druckheft: „Die Parteien und die Judenfrage", „kann kein ernsthafter Antisemit sein". **Eugen Dühring.**

Wenn Stöckers katholischer Gesinnungsgenosse Prof. Rohling in seinem Buche „Der Talmud-Jude" das Judentum mit dem Vorwurfe der niedrigsten Moralität beschmutzt hat, so wird es genügen, darauf hinzuweisen, daß der Professor der evangelischen Theologie Delitzsch, den Rohling selbst einmal eine „geistige Großmacht" gegenannt, dem Verfasser „Lüge", „tendenziös falsche Uebersetzungen", „Gewissenlosigkeit", „Unkenntnis", Unwissenheit" u. dergl. nachgewiesen hat. Im übrigen erinnern wir an das Zeugnis, welches der Erzbischof von Canterbury 1833 im englischen Oberhause ablegte: **Erzbischof von Canterbury.**

„Der Juden Sittengesetz ist aus der reinsten Quelle, aus dem Gesetze Mosis und der Propheten geschöpft, aus der Quelle der Heiligkeit selber! Ungeachtet menschlicher Einwirkungen hat es seinen ursprünglichen Glanz nicht eingebüßt, und es ruht bis auf einen gewissen Grad auf derselben Grundlage mit den Vorschriften des Evangeliums. Was also die Sittlichkeit betrifft, so steht es gut mit den Juden!"

Im ganzen Verlauf der antisemitischen Bewegung hat sich freilich die nicht überraschende Tatsache gezeigt, daß die wütendsten Gegner der Juden zugleich die geschworenen Feinde des Christentums waren; selbst Stöckers positives Christentum ist, wenn er gegen die Juden polemisierte (vergl. das Kapitel: „Jesus ein Arier?"), bedenklich entgleist. Die große Mehrzahl der in dem „Antisemiten-Katechismus" und seiner Fortsetzung, dem „Handbuch der Judenfrage", aufgeführten antisemitischen „Autoritäten", ist von einem grimmigen Haß gegen das Christentum erfüllt. Paul de Lagarde, zweifellos einer der klarsten Köpfe des wissenschaftlichen Antisemitismus, hat in seinen „Deutschen Schriften" aus seiner Abneigung gegen die Lehre Christi nirgends ein Hehl gemacht; so schreibt er z. B. (S. 238): **Paul de Lagarde.**

„Ein Sohn Gottes, welcher mit der Uhr in der Hand am ersten Januar des Jahres Eins, fünftausend fünfhundert oder viertausend Jahre nach der Schöpfung in Bethlehem oder Nazareth das Licht der Welt erblickte, hilft niemandem etwas, der 1878 Jahre nach diesem Zeitpunkt sich mit Gott und der Kreatur abzufinden hat."

Weiter sind folgende Stellen aus seinen „Deutschen Schriften" hier zu vermerken:

„Hand aufs Herz. Wir alle würden in die christliche Kirche nicht eintreten wollen, so uneingeschränkt wir den Wert des Evangeliums anerkennen. Wir sind in der Kirche und gehen, vorläufig wenigstens, nicht hinaus: aber ausdrücklich zu erklären, daß diese Kirche formell besser als das talmudische Judentum erzieht, dazu habe wenigstens ich den Mut nicht. So hoch das Evangelium über dem Talmud steht, die Juden wären Narren, wenn sie ihre altmodische, aber derbe und warme

Kleidung gegen den heutigen Protestantismus eintauschen wollten. Wir können jenen Juden nehmen, aber nicht geben."

Oder S. 315 vom Jahre 1881:

„Die heute im Mannesalter stehenden Gelehrten, mögen sie in der Theorie dem Christentum und der Religion noch so viel Gerechtigkeit widerfahren lassen, im Herzen sind sie Heiden, und sogar froh darüber, Heiden zu sein."

Und S. 50:

„Die Wissenschaft ist auch über den Protestantismus zur Tagesordnung übergegangen."

An einer anderen Stelle schreibt er:

„Keinem Zweifel unterliegt es, daß, wenn die sogenannte protestantische Kirche in Deutschland aus freiwilligen Beträgen unterhalten werden sollte, in zehn Jahren keine protestantische Kirche mehr vorhanden sein würde."

Und dieser Mann war tieffromm und streng konservativ, und sein die protestantische Kirche so gründlich ablehnendes Wort schrieb er im Jahre 1875, also bald nach dem Siege des deutschen Heeres.

Christentum „Schmach des Jahrtausends".

Mit einer wahren Berserkerwut ist Eugen Dühring über das Christentum hergefallen, das er als die „Schmach des Jahrtausends", und dessen Lehre er als die „fugenlose und verderbliche Jesuslehre" bezeichnet hat. In seinem „Modernen Völkergeist" (Sept. 1896, S. 140) ist ferner zu lesen:

„Wenn jemals ein Schwert im Zusammenhange mit dem Christentume gezogen wurde, so hätte das immer nur zum Zwecke der Zerschmetterung des Kreuzes geschehen sollen: denn dann wäre nicht diese tiefgehende Verseuchung des Geistes der modernen Völker vor sich gegangen, und an der Oberfläche unseres Planeten würden die Menschen unter Beseitigung ihrer mißlungenen Gebilde ein freieres und besseres Dasein führen, als es bisher unter der drückenden Last jenes Kreuzes geschehen könnte.

Professor Dr. Förster.

In dieselbe Kerbe schlug Prof. Dr. Paul Försters „Freideutschland" (2. 6. 1896):

„Geschichtlich ist unbestreitbar, daß die altgermanische Kraft des Heldenvolkes der Weltgeschichte völlig echt nur vor der Berührung mit dem Christentum da war, seitdem im Laufe der Jahrhunderte stets mehr gebrochen wurde, bis wir endlich zu dem Jammervolke von heute wurden, immer unter dem Einfluß des — Christentums! Ueber diese harte geschichtliche Tatsache hilft keine dem Christentum noch so freundliche Stellung hinweg. Mit ihr muß erst sich abfinden, wer in der Frage „deutsch oder christlich" mitsprechen will."

Wilhelm Marr.

Auch Wilhelm Marr, der in den Anfängen der antisemitischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt, später sich freilich „mit Erbrechen vor dem Geschäftsantisemitismus" zurückgezogen hat, nannte in seinen „Religiösen Streifzügen eines philosophischen Touristen" (Berlin 1876) das Christentum „einen Baum, welcher bis jetzt nur Früchte des Todes getragen hat". Er berechnete die Zahl derer, an welchen die Christen das Henkeramt vollzogen, vom Altertum bis ins achtzehnte Jahrhundert, auf 9 467 800, und schrieb:

„Weil das Judentum und das Christentum die einzigen Religionen sind, welche die Gesellschaft abstrakt, d. h. mit noch anderen Dingen als mit der Moral regieren wollen, sind sie mir verhaßt; ich leugne es nicht."

Er hält das Christentum für das Produkt jüdischer Religion und griechischer Philosophie und sagt:

„Ein Kind wilder Ehe der jüdischen Religion mit dem Platonismus ist die Herrschaft des Christentums, wenn wir von allen priesterlichen Spitzfindigkeiten absehen wollen, die Verjudung der Menschheit."

„Staatsb.-Ztg." gegen das Christentum.

Die „Staatsb.-Ztg.", die bald dem Wodanskultus huldigte, bald sich als frommes christliches Blatt aufspielte, hat sogar schon in ihrer Beilage für die Frauen ihrem Haß gegen das Christentum die Zügel schießen lassen. In Nr. 2, Jahrgang 1906, der „Frauenwelt" hieß es in einem Referat von P. Martin Hennig über: „Taten Jesu in unseren Tagen" u. a.:

„Weshalb das, was unser Volk an Edeltaten erzeugt, „Taten Jesu" sein sollen, kann nur dem erfindlich sein, der die gottgegebenen, wirkenden Kräfte des deutschen Volkes zur Verherrlichung eines edlen Juden preiszugeben vermag. Möchten unsere Nachkommen wegen dieses verhängnisvollen Irrtums einst nicht zu sehr mit ihren blindgemachten Vätern ins Gericht gehen! Jedenfalls ist nicht der Jude Jesus für das deutsche Volk maßgebend, sondern der wahre Gott, zu dem auch Jesus als zu einem Gott aufsah, betete und flehte."

In einer Besprechung des Buches „Diakonissenleben" von Thusnelda von Saldern in derselben Nummer der „Staatsb.-Ztg." hieß es u. a.:

„Verse, wie: Denn unser Herr Jesus Christus spricht: Was wir an den Blinden und Krüppeln getan, das seh' ich als mir gegeben an," können doch nur auf geistig-religiös Unmündige anspornend wirken. Der Edeldeutsche heilt und hilft ohne Rücksicht darauf, ob Jesus überhaupt gelebt hat oder nicht. So haben unsere germanischen Urväter gehalten und uns vorgelebt, die glücklicherweise noch keine Kunde vom sündenablaßwirkenden „Verdienst des Lammes" hatten.

Dasselbe Blatt kann aber nicht genug Zeter und Mordio schreien, wenn vielleicht einmal irgendwo ein jüdischer Krämer die Geschmacklosigkeit besitzt, für sein Geschäft mit einem Weihnachtsengel und dergl. Reklame zu machen.

Professor Wahrmund.

Die Angriffe auf das Alte Testament stehen natürlich im Vordergrunde. Auch Prof. Wahrmund, dessen Sohn, der bekannte von Innsbruck nach Prag versetzte Los-von-Rom-Theologe, getreulich in die Fußtapfen des Vaters tritt, gebrauchte schon (wie Lagarde in den „Deutschen Schriften", II., S. 104, 105) die höhnische Redensart von dem Gott, der mit Abraham Kalbsbraten gespeist. Und

H. Naudh.

H. Naudh (Nordmann), der ebenfalls im „Ant.-Katechismus" unter den Autoritäten rangiert, schreibt in seinem Werk: „Die Juden und der deutsche Staat":

„Der Gott des Moses ist eine Person, wie sie der Jude brauchte, um Geschäfte mit ihm zu machen, mit einem Geschäftspersonal von Engeln versehen."

Wir übergehen ähnliche Aeußerungen der antisemitischen Schrift-

steller P. Kufahl („Moderner Völkergeist"), des Baseler Theologieprofessors Adolf Bolliger („Der Weg zu Gott für unser Geschlecht"), Hundt von Radowsky („Die Juden wie sie waren, wie sie sind und wie sie sein werden"), B. Himmelserb („Moderner Völkergeist"), A. Reinecke („Heimdall), Fr. Daumer („Die Geheimnisse des christlichen Altertums", 1847, Hamburg), E. Radenhausens („Christentum ist Heidentum, nicht Jesu Lehre", Hamburg 1886), und zitieren aus der älteren Literatur nur noch eine Aeußerung des eingangs erwähnten katholischen Prof. Rohling, der in seinem Werk: „Der Antichrist und das Ende der Welt" die Reformatoren Luther, Melanchthon, Zwingli, Calvin „Schurken" nennt, „die irgendwelche Sittlichkeit nicht besessen", und in derselben Schrift erklärt:

Prof. Rohling.

„Wohin der Protestantismus seinen Fuß setzt, da verdorrt das Gras. Geistige Leere, Verwilderung der Sitten, schauerliche Trostlosigkeit der Herzen sind seine Früchte: ein Protestant, der nach Luthers Rezepten lebt, ist ein Ungeheuer; Vandalismus und Protestantismus sind identische Begriffe . . . Redlichkeit liebende Protestanten werden sich mit Abscheu von ihren bisherigen sogenannten Kirchen abwenden, wenn sie in Erfahrung bringen, was für Schurken jene waren, die den Protestantismus ins Leben riefen."

Die protestantischen Lehren nennt er „Schandlehren" und die gesamte protestantische Theologie faßt er zusammen in dem einen Satze: „Sündige tapfer und glaube mit größerer Tapferkeit!"

Derselbe Geist, der das Judentum verhetzt, haßt auch den Katholizismus. In seiner dem Fürsten Bismarck gewidmeten Schrift: „Juda-Jesuitismus" sagt O. Beta:

O. Beta.

„Die Unfehlbarkeits-Anmaßung der Judenabkömmlinge in Rom ist nichts als ein ultramontanes Feuerwerk, welches die Augen der germanischen Völker abzieht von der viel drohenderen kapitalistischen Unfehlbarkeit ihrer Stammesgenossen im weltlichen Gewande, welche uns indessen die seidene Krawatte umbinden, um uns damit zu erwürgen, wie die Männer von Sichem." . . . „Was glauben sie (die Katholiken) nicht noch? Sie glauben an die Unfehlbarkeit des Papstes Pio aus dem jüdischen (!) Hause Ferretti . . ."

„Staatsb.-Ztg." über „Verjudung der Päpste".

Ueber die „Verjudung der Päpste" stimmte die „Staatsb.-Ztg." noch im vorigen Jahre (1. 12. 1910) einen großen Klagegesang an. Sie zählte eine lange Liste von Päpsten und anderen hohen Würdenträgern der katholischen Kirche auf, die „jüdischen Blutes" waren oder noch sind. Alexander Borgia war eo ipso Jude; denn solcher Schändlichkeiten, wie sie dem Vater der Lucrezia Borgia nachgesagt werden, konnte natürlich nur ein Semit fähig sein. Die „Staatsb.-Ztg." richtete aber ihre vergifteten Pfeile auch gegen den derzeitigen Träger der Tiara und einen seiner unmittelbaren Vorgänger:

„. . . Auch der jetzt so viel gefeierte Papst Pius IX., den sich auch der jetzige Beherrscher der katholischen Kirche zum Vorbild genommen hat, war Jude."

Die katholische Presse kann hieraus unschwer entnehmen, welche Gefühle der Hochachtung das führende Antisemitenblatt Deutschlands dem Oberhaupt der katholischen Kirche entgegenbringt.

Auch die „Deutschsoz. Bl.“ (1890, S. 95), die Liebermann von Sonnenberg einmal (1903) in einer Polemik gegen die „Lib. Korr.“ als „mein Blatt“ bezeichnet hat, wetterten gegen das Alte Testament: „Deutschsoz. Bl.“.

„Findet sich noch jemand, der des naiven Glaubens ist, er könnte uns zu den Geschmacklosigkeiten des alttestamentlichen Judengeistes zurückführen und uns von deren Heiligkeit überzeugen.“

Auch aus der neueren und neuesten Zeit sind zahlreiche abfällige antisemitische Urteile über das Christentum zu erwähnen. Im Januar 1904 erklärte Th. Fritsch im „Hammer“, er halte das vorchristliche Germanentum für viel mannhafter und sittlich gesünder als „das durch die römische Kirche verweichlichte und gefälschte Christentum“. Th. Fritsch.

In demselben Jahr erschien aus der Feder eines früheren Mitgliedes der Reformpartei, Albert Grimpen, eine Broschüre: „Die Eisenacher Einigung und die Magdeburger Spaltung der deutschen Antisemiten“ (L. Staakmann-Leipzig), die insbesondere die prinzipielle Gegnerschaft der Reformpartei gegen das Christentum in eine charakteristische Beleuchtung rückte: Alb. Grimpen.

„Als Bundesgenosse kann das Christentum dem Antisemitismus als einer wirtschaftlichen Bewegung um so weniger nützen, als es mit seinem oft geforderten Verzicht auf irdische Güter sich nicht im Gegensatz, sondern im schönsten Einklange mit dem Judentum befindet.“

Zum Schluß dieser von der Parteileitung aus durchsichtigen Gründen sanft abgeschüttelten Broschüre, deren „wohlgemeinte Absicht“ jedoch ausdrücklich anerkannt wurde, hieß es:

„Durch die Entfernung des Christentums aus unserm Programm dürfte auch eine Verständigung mit unsern alten, bewährten Gesinnungs- und Kampfgenossen Fritsch, Prof. Förster, Dr. Lange und anderen . . . . wesentlich erleichtert werden.“

Wie sehr Herr Grimpen sich gleichwohl mit seiner Sympathieerklärung für die Gegner des römischen Christentums mit der Parteileitung eins fühlen durfte, zeigte folgender, wenige Monate später (Nov. 1904) erschienener Angriff der „Deutschen Wacht“ gegen den „Ultramontanismus“: „Deutsche Wacht.“

„Ist doch der römische Bischof der Nachfolger des Hohenpriesters von Jerusalem, und die ganze römische Unduldsamkeit unverfälschtes, aus dem Orient importiertes jüdisches Produkt.“

In dem Reformationsartikel desselben Jahres bezeichnete die „Deutsche Wacht“ die Jesuiten als „sittliche Pest“, und die Zuschrift eines Prof. A. Sch. in Stetten an das Hamburger „Deutsche Blatt“, das offizielle Organ der Antisemiten Liebermann v. Sonnenbergscher Richtung, wetterte u. a. gegen die „Ultramontanen“: „Deutsches Blatt.“

„Sie sind die schlimmsten Feinde des Deutschen Reichs. Kein gehorsamer Katholik darf anders denken als sie . . .“

„Daß wir es mit den Ultramontanen halten, macht uns in den Augen jedes Aufgeklärten zu ihren Mitschuldigen, so daß es ganz unmöglich ist, diese zu uns herüberzuziehen, weil wir im Kampfe gegen die Jesuiten versagen.“

Das offizielle deutschsoziale Parteiorgan konnte hierauf dem Einsender nur den Rat geben, da die Partei keine ausgesprochen evangelische Partei sei, „jetzt bei der Programmrevision die nötigen Schritte zu tun. Verschmähe er das, so dürfe er hinfort über die Haltung des Parteiblattes nicht murren.“

Auch im „Deutschen Volksbund“ der Herren Prof. Paul Förster und Hans von Mosch wurde wiederholt das schwerste Geschütz gegen die christliche Kirche aufgefahren. In der „Deutschen Hochwacht“ (April 1905) wurde am Palmsonntag geradezu eine Vernichtungskampagne gegen die Kirche eingeleitet:

„Deutsche Hochwacht.“

„Das ist ja gerade,“ hieß es in diesem charakteristischen „Palmsonntags-Artikel“, „womit die Kirche — es soll ihr in Ewigkeit nicht vergessen werden — das Hebräervolk in unsern Gauen heimisch gemacht hat. Die verfälschte Geschichte Jesu hat uns Deutsche schon zu halben Juden gemacht; und wenn es so weitergeht, dann wird hier noch alles jüdisch. Ja, das war auch so ein großes Palmsonntagsfest, als die Horden Karls des „Großen“ uns die freien Sachsen hinrichteten, damit das deutsche Volk zwangsweise dem „Sohne Davids“ sein Hosianna singen sollte. Das war das blutige zweite historische Palmsonntagsfest. Und heute liegt die ganze Christenheit vor dem „Sohne Davids“ auf den Knien und glaubt, dadurch jenen arischen Helden, Jesu, den Galiläer, zu ehren!“

Und im Jahre 1907 (20. August) brachte dasselbe Blatt einen wutschnaubenden Artikel: „Das naheliegende Buch“, der den doch auch vom Christentum verehrten biblischen Gestalten Abraham, Jakob, Josef und David folgende Zensuren erteilt:

„Abraham: Zuhälter, der zweimal seine Frau als seine Schwester Königen zur Verfügung stellt und dafür Gold, Silber und Kamele erhält. Jakob: Erbschleicher (wird obendrein noch dafür gesegnet). Josef: Getreidewucherer, der als Günstling des Pharao und Finanzminister das ganze Aegyptervolk an den Bettelstab gebracht und zu Leibeigenen gemacht hat. David: Ehebrecher, der dann den Gatten seiner Buhlin ermorden läßt.“

Das ist eine Sprache, wie sie wohl nur in den Verbrecherkreisen üblich ist. Diese Ausführung war aber nicht nur in der Form gemein, sie ist auch eine direkte Fälschung der Tatsachen. Abraham hat in der Stunde der Gefahr, um dem sichern Tode zu entgehen, seine Frau als seine Schwester bezeichnet, hat sie aber weder jemand zur Verfügung gestellt noch Geschenke dafür erbeten. Uebrigens ist es nach der Aussage der Bibel zu gar keiner Berührung zwischen Pharao und Sarah gekommen. Jakob hat nach der Würde der Erstgeburt getrachtet, die von Esau direkt verspottet wurde, er hat sich keine Erbschaft, sondern einen Segen erschlichen. Josef hat durch seine weise Fürsorge das Land vor Elend und Not bewahrt und den Staat finanziell für lange Zeiten befestigt. Das tat er im Dienste Pharaos, ohne irgendwelchen Nutzen für sich zu ziehen. David hat wohl in schwacher Stunde gesündigt, wie andere Fürsten auch, nur daß er seine Sünden eingesehen und Buße getan hat. Die Bibel hat diese Sünden nicht verhüllt und nicht beschönigt, sie hat sie offen und schlicht erzählt und als das gekennzeichnet was sie sind. Die Bibel schildert die Menschen in ihrer Naivität

treu und ehrlich, mit ihren Sünden und ihren Tugenden, — das ist ihre Größe.

Im „Hammer" (Oktober 1908) wütete ein Herr Alexis von Königslöv in gleichem Maße gegen das Alte wie das Neue Testament. Als überzeugter Rassenantisemit will er von dem ersteren überhaupt nichts wissen: „Hammer."

„Was sollen uns die Märchen und Erzählungen eines Volkes, das wir als unseren gefährlichsten Feind immer und immer wieder brandmarken? Was sollen wir und unsere Kinder mit den unsauberen Erzählungen vom Betrüger Jakob, vom Kuppler Abraham und vom Wucherer Joseph? Die Nachkommen und Kopien jener wunderbaren Gestalten laufen ja heute noch lebend zwischen uns herum."

Das Neue Testament und insbesondere die Person Christi wurde nicht minder verächtlich behandelt:

„Was tun wir mit einem Christus, dessen Reich nicht von dieser Welt ist, in Zeiten, wie die der Befreiungskriege? Einen Blücher, einen Gneisenau, einen Körner und Arndt kann Deutschland allezeit brauchen, keinen Christus. Der Gott, der bei Leuthen, bei Leipzig, bei Sedan angerufen wurde, war nicht der Gott der Liebe, auch nicht der Gott Abrahams.

Christus tröstet die Elenden, Schwachen und Kranken. Gewiß, auch wir bedauern diese Armen und versuchen, ihre Lage zu mildern, aber sie sind unbrauchbar für uns und unsere Zukunft. Sie schädigen nur das, was uns das Höchste ist, deutsches Wesen. Starke, Gesunde und Lebensfrohe haben wir nötig. Laßt den Elenden das Himmelreich, solange wir die Erde behalten.

Gebt also die Bibel den Elenden und Kranken, den Stubenhockern und Gelehrten, die das Gesicht auf dem Rücken haben! Vor uns liegt das Leben und andere Aufgaben, als Interpretieren und Kommentieren, Ausscheiden und Uebertünchen überlebter Vorstellungen und phantastischer Berichte."

In neuester Zeit haben auch die Alldeutschen wieder das Kriegsbeil gegen das Christentum ausgegraben. Herr Dr. Friedrich Lange hielt im Jahre 1909 aus Anlaß der 1900 jährigen Gedenkfeier der Schlacht im Teutoburger Walde am Fuße des Hermannsdenkmals eine Ansprache an die Mitglieder des Deutschbundes, in der er die Geistlichkeit samt und sonders der nationalen Interesselosigkeit bezichtigte: Dr. Friedrich Lange.

„Wo wären in einem andern Volk die Geistlichen beider Bekenntnisse so fähig, den Interessen des Christentums und der Kirche so unbeeinflußt von nationaler Eigenliebe zu dienen, wie bei uns?"

Die christliche Kirche identifiziert der Oberste der deutschen Wodananbeter wiederholt spöttisch mit der „Vorsehung"; er schätzte ihre Wirkung auf das geistig-religiöse Leben der Gegenwart sehr niedrig ein:

„Selten zuvor, glaube ich, war der Abschied vom Glauben der kirchlichen Gemeinsamkeit allgemeiner als jetzt, niemals aber auch das Bedürfnis stärker, ihn schweigend zu vollziehen und so durch Verzicht auf eigenen Eifer keinen Gegeneifer zu entzünden."

Man kann sich kaum despektierlicher über das Christentum aussprechen, das freilich für Herrn Dr. Friedrich Lange ungefähr auf der-

selben Stufe wie das Judentum rangiert. Er sieht „mit Gelassenheit allen Versuchen zu, den kritisch zerbröckelten Glaubensuntergrund beider Kirchen, Christus, wenigstens als unvergleichliche Persönlichkeit, die er ja ohne Zweifel war, für die bedürftigen Seelen mit einem letzten Schimmer von übernatürlicher Erlöserkraft zu umgeben". Dafür lebt er der zuversichtlichen Hoffnung, „daß auch unserem Volke noch einmal die Stunde schlagen muß, wo es mit der Kraft seines gemeinsamen deutschen Blutes die Brücke über den Abgrund der kirchlichen Bekenntnisse schlagen und seinen Glauben nach jedermanns persönlichem Bedürfnis, nach seiner völkischen Art und im besseren Einklang mit den Erkenntnissen des Verstandes gestalten wird". Selbst die deutschen Geistesheroen fanden vor diesem fanatischen Teutobold keine Gnade:

„An dieses Denkmal für den geschichtlichen Anfang des Deutschtums lassen sich vielleicht die höchsten Hoffnungen auch für die Zukunft des Deutschtums erzieherisch anknüpfen. „Wege nach Detmold" wären in diesem Sinne den Deutschen gesunder und nützlicher, um sie auf die Höhe eines Willens- und Tatlebens zu heben, als „Wege nach Weimar".

Einen anderen Jünger des unverfälschten Deutschtums hatte im Jahre 1909 die in Deutschland „Mode gewordene" Tatsache, von Tacitus nie zu sprechen, ohne seine Unbefangenheit anzuzweifeln, und von den unsern Vorfahren gespendeten Lobsprüchen rund 50 v. H. herunterzuhandeln, ganz gewaltig in den Harnisch gebracht. Der Einwand stamme, so klagte er in einer Zuschrift an die „Deutsche Welt" (25. 9. 1909), von christlicher Seite, denn:

„Deutsche Welt."

„Die Christen können es nicht lassen, ad majorem dei gloriam, zur höheren Ehre ihres Christentums, alles Große und Erhabene, was es außerhalb des Christentums gibt und gegeben hat, anzuzweifeln und zu verkleinern."

Auf die von anderer Seite aufgeworfene Frage, warum denn Tacitus nicht die Christen als Sittenspiegel für die Römer verwandt hat, antwortet er höhnisch:

„Nach dem Eigenlob, das die Christen seit 1900 Jahren über sich verbreiten, haben sie alle Tugenden und Vorzüge der Menschheit ausschließlich für sich gepachtet und stellen das alleinige Ideal der Menschlichkeit dar. Nun, Eigenlob — wie sagt doch das Sprichwort? Jedenfalls waren diese Christen, die sich selbst als Muster von Sittsamkeit, Mäßigkeit, Ausdauer und Heldenmut anpreisen (jawohl, Heldenmut sagen die Christen sich ebenfalls selbst nach), für Plinius ein Gegenstand des Abscheus."

Auch auf den englischen Geistlichen Kingsley beruft sich der in seinen heiligsten teutonischen Gefühlen schwer gekränkte Herr; dieser habe in seinem Roman „Hypatia" es ausführlich beschrieben, „was für ein Gesindel der große Haufen der orientalischen Christen einschließlich seiner Führer war: feige, heuchlerisch, zänkisch, mordgierig, dabei genußsüchtig und lügenhaft". Selbst die sonst in dieser Beziehung äußerst vorsichtige Presse des Bundes der Landwirte liebäugelte gelegentlich mit den Wodananbetern. Die der „Deutschen

Tageszeitung" beiliegenden „Zeitfragen" veröffentlichten einst einen Skaldengesang, der folgendermaßen anhob: „Deutsche Tagesztg."

Wotans Mondesauge, schwebe
Ueber meiner Seele Nacht!
Löse meine Zweifel, hebe
Mich empor mit sanfter Macht!

Hierzu bemerkte die katholische „Köln. Volksztg.":

„Die „Deutsche Tageszeitung" opfert an zwei Altären, im Hauptblatt durch Dr. Oertel dem Christentum und in der Beilage durch Fritz Bley dem großen Wotan. Auch das ist kennzeichnend für das Organ des Bundes der Landwirte."

Noch in jüngster Zeit hat ein Intimus des Herrn Adolf Bartels, Dr. Ernst Wachler-Weimar, im „Hammer" (1. 1. 1911) einen förmlichen Kreuzzug nicht nur gegen das Alte und Neue Testament gepredigt, sondern gegen die ganze christliche Kirche: Dr. Ernst Wachler.

„Fort mit Sagen und Erzählungen, Lehrsätzen und Sittenlehren der Juden wie der Christen! Denn wertvoll sind diese Urkunden für den Gelehrten, für den Kunstfreund, den Kenner; aber nicht für die Masse der Deutschen. Fort mit dem asiatischen, von Rom aus bei uns eingeschleppten Kultus! Es ist nicht nur eine Forderung der Freidenkenden, sondern eine solche der arischen Grundinstinkte: die Kirche mit all ihrem Zubehör muß abgeschafft werden. Haben die Griechen denn eine gehabt? Oder ursprünglich die Deutschen?

Vielleicht ist es auch zeitgemäß daran zu erinnern, daß Herr Dr. Böckel, der ja jetzt wieder nach über zehnjähriger Passivität aus dem Schmollwinkel herausgetreten ist und in Marburg als „wilder" Antisemit für den neuen Reichstag kandidiert und dabei natürlich nur um die christlichen Stimmen wirbt, einst (16. 3. 1896) in seinem „Reichsherold" schrieb: Dr. Böckel.

„Deutschtum und Hebräertum verhalten sich wie Feuer und Wasser, man merke wohl, auch das geistige Hebräertum, auch wo letzteres in christlicher Salbe geschminkt sich mit deutscher „Frömmigkeit" aufspielt. Für den modernen Deutschen sind Frömmigkeit und Freiheitssinn keine vereinbaren Begriffe?"

Die autoritativen Stellen der beiden christlichen Konfessionen haben auch schon in früheren Jahrhunderten wiederholt ihre mahnenden Stimmen gegen den höchst unchristlichen Antisemitismus erhoben. Insbesondere liegen eine Reihe von Kundgebungen der Päpste vor, die die konfessionelle Hetze gegen die Juden streng verdammen. Der große Papst Innocenz III. verbot nicht nur die Zwangstaufe, sondern auch eine Beeinträchtigung des Eigentums der Juden und die Störung ihrer Feste und Gottesäcker. Das Verbot wiederholten die Päpste Innocenz IV. und Gregor IX. Als Innocenz IV. gefragt wurde, warum er die Juden in Schutz nehme, gab er die bedeutsame Antwort: „Quia sunt documenta veritatis evangelii" (weil sie Zeugen für die Wahrheit des Evangeliums sind). Selbst Natali zählt in seinem nichts weniger als kirchenfreundlich geschriebenen Werke über das römische Ghetto eine Reihe von Päpsten auf, welche sich den Juden in der ewigen Stadt gnädig erwiesen, so z. B. Gregor IX., Die Päpste gegen den Antisemitismus.

Nicolaus III., Martin V., Benedict XIV., Clemens XIV., und, was vielleicht am meisten überraschen wird, den strengen Sixtus V. Papst Paul III. erließ am 12. Mai 1450 eine Bulle zum Schutze der Juden. Er verurteilt es darin scharf, daß

„gewisse Herren von den Städten sowie einige Körperschaften und gewisse andere Machthaber von Haß und Neid oder, was mehr wahrscheinlich scheint, von Habsucht verblendet, damit sie das Hab und Gut selbiger Hebräer mit einem gewissen Anstand sich anzueignen imstande seien, ihnen fälschlich andichten, daß sie kleine Kinder umbringen, deren Blut trinken und andere verschiedene und mannigfache ungeheuerliche Verbrechen begehen — und in solcher Weise bemüht sind, die Gemüter der einfältigen Christen gegen sie aufzuhetzen."

Vor zwei Jahrzehnten haben hohe geistliche Würdenträger „den heidnischen Rassenhaß, welcher wider das Gesetz der Nächsten- und Bruderliebe ist", verurteilt. So die österreichischen Bischöfe in dem Hirtenbriefe vor den Wahlen im Februar 1891. (Unter diesem Hirtenbriefe befand sich auch der Name des Fürstbischofs von Breslau, Dr. Kopp, dessen Diözese zum Teil in Oesterreich liegt.)

Ein Bild echter christlicher Liebe war der im Juli 1891 verstorbene Kardinal Haynald, der durch seine Wohltätigkeit ebenso wie durch seinen patriotischen Sinn der Liebling des Volkes geworden war, und als der Antisemitismus in Ungarn sich verbreitete und zu Exzessen führte, einen Hirtenbrief erließ. Ebenso hat sich der Kardinal Erzbischof Manning, der sich in England des höchsten Ansehens erfreute, wiederholt gegen den Antisemitismus ausgesprochen.

Pfarrer Dr. Frank.

Der verstorbene bayerische Reichstags- und Landtagsabgeordnete, katholische Pfarrer Dr. Friedrich Frank, der auch in einer Schrift: „Der Ritualmord vor den Gerichtshöfen der Wahrheit und Gerechtigkeit" Zeugnis für seine vorurteilsfreie Gesinnung den Juden gegenüber abgelegt hat, erörtert in seiner Schrift: „Die Kirche und die Juden" (Regensburg 1892, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz) die Stellung, welche der katholische Christ in der Judenfrage einzunehmen hat. Auch er beantwortet die Frage: „Kann ein katholischer Priester, überhaupt ein gläubiger Katholik Antisemit sein?" mit „Nein".

In der protestantischen Kirche sind solche offiziellen Kundgebungen der christlichen Behörden nur sehr spärlich zu verzeichnen, wenn natürlich auch viele Hunderte von Geistlichen auf der Kanzel, in Versammlungen und in der Presse sich als entschiedene Gegner des Antisemitismus bekundet haben.

Adolf Harnack.

Adolf Harnack, der Verfasser des mit Recht viel bewunderten, geistvollen Werkes: „Das Wesen des Christentums", hat in einem Artikel der „Neuen Freien Presse" (Ende Dezember 1907) seinem Abscheu gegen den Antisemitismus u. a. wie folgt Ausdruck gegeben:

„Das geistig Gemeinsame wird sich stärker erweisen als alle durch die „Rasse" herbeigeführten Modifikationen, und allein in dieser Gewißheit wurzelt die Hoffnung auf den Fortschritt und die zunehmende geistige Einheit des Menschengeschlechtes. Diese Hoffnung wird dagegen durch nichts anderes so sicher niedergehalten wie durch den Appell an die „Rassen-

instinkte" und die „Rassenkämpfe". Doppelt verwerflich aber sind diese Kämpfe, wenn sie zugleich im Namen der christlichen Religion geführt werden sollen; denn es ist ein Hohn auf diese Religion, die von der Einheit des Menschengeschlechtes ausgeht und sich die Verbrüderung der Menschheit zum Zweck gesetzt hat, sie für Rassenkämpfe zu mißbrauchen. Die Herabwürdigung, die sie dadurch erfährt, kann durch nichts entschuldigt werden — am wenigsten durch die Sorge für die Aufrechterhaltung der Religion, als bedürfe sie eines solchen Schutzes. Ich gestehe, daß es für mich auf dem ganzen sozialpolitischen Gebiet keine widerwärtigere und empörendere Erscheinung gibt, als der Fanatismus und die Heuchelei, welche die egoistischen Ansprüche auf Macht und Herrschaft mit dem doppelten Tuch der Rasse und der Religion zu decken sucht. Das ist noch viel schlimmer als ein Rückfall auf geschichtliche Stufen, die längst überwunden sein sollten; denn es geschieht mit beflecktem Gewissen und in der Regel wider besseres Wissen . . ."

Ein ähnliches tapferes Bekenntnis gegen das antisemitische Demagogentum hat Harnack schon in der Eröffnungssitzung des „Evangelisch-sozialen Kongresses" des Jahres 1890 abgelegt:

„Endlich gilt es, noch einen Punkt ins Auge zu fassen und vor der Beschäftigung mit ihm zu warnen: Das ist die Judenfrage. Es mag eine Judenfrage im nationalen und im wirtschaftlichen Sinne geben — ich weiß das nicht und bin darüber nicht kompetent — das aber weiß ich, daß den Antisemitismus auf die Fahnen des evangelischen Christentums zu schreiben, ein trauriger Skandal ist. Die, welche das getan haben, haben freilich immer das nationale und wirtschaftliche Interesse mit hineingezogen, weil sie als Christen hätten schamrot werden müssen, wenn sie einfach im Namen des Christentums die Parole des Antisemitismus ausgegeben und das Evangelium in einen neuen Islam verwandelt hätten. Aber wer kann leugnen, daß auch das geschehen ist? Das heißt aber die Macht, welche dazu in der Welt ist, die Gegensätze der Rassen und Nationen zu mildern und Menschenliebe selbst dem Feinde gegenüber zu erwecken, in entgegengesetzter Richtung mißbrauchen. Wir dürfen voraussetzen, daß auf dem Kongreß, der der Verbrüderung dienen soll und nicht der Vergiftung, kein Versuch gemacht werden wird, die „Judenfrage" hineinzuziehen. Sollte er gemacht werden, so wird eine kräftige Abwehr nicht fehlen."

Hessisches Oberkonsistorium gegen die antisemitische Agitation.

Als im Großherzogtum Hessen eine Anzahl von Geistlichen in der Jahreskonferenz der oberhessischen Geistlichen zu Gießen als Antisemiten auftraten, hat das hessische Oberkonsistorium dies in einem Rundschreiben vom 3. Oktober 1890 entschieden gemißbilligt. Die besonders seit den Februarwahlen 1890 hervorgetretene antisemitische Bewegung schließe ernste Gefahren für den Frieden unter der Bevölkerung in sich. Meinungsäußerungen von Geistlichen in Versammlungen und auf Dekanatssynoden ließen darauf schließen, daß nicht wenige Geistliche der antisemitischen Bewegung sympathisch gegenüberständen. Der Erlaß fährt dann fort: Gewisse Klagen über das Verhalten jüdischer Geschäftsleute und Literaten seien berechtigt, besonders habe man sich jüdischerseits am Bauernstande versündigt, aber einmal hätten sich auch Christen daran beteiligt, sodann dürfe man nicht für die Schuld einzelner das Judentum als solches verantwortlich machen:

„Wir können," sagt das hessische Oberkonsistorium weiter, „unter keinen Umständen für das, was eine gemeinsame Schuld ganzer Volksklassen ist, und

wofür diese, sofern sie wirklich Christen sind, Buße zu tun und Besserung zu suchen haben, die jüdischen Staatsbürger, in deren Reihen es doch wahrlich an Beispielen wirklicher Milde und Guttätigkeit, an Mustern pietätvollen Familiensinns nicht fehlt, und zwar diese ohne Unterschied allein verantwortlich machen. Wir müssen es aber auch als eine verhängnisvolle Mißleitung der dunklen Instinkte des deutschen Christenvolkes ansehen, wenn man da, wo es gilt, vor allem die eigenen Fehler einzusehen, die Unzufriedenheit der Massen auf angebliche Urheber ihrer Drangsale hinlenkt, die es nur zum Teil und sicherlich nicht ohne erhebliche Mitschuld der christlichen Bevölkerung selbst sind. Der dadurch entfesselte Geist der Unbotmäßigkeit und Zuchtlosigkeit, der Begehrlichkeit und des Hasses kann dann, wenn sich — nur zu bald — herausstellen wird, daß die Versprechungen jener augenblicklich volkstümlichen Agitatoren unerfüllbar sind und bleiben, nur denen zugute kommen, die auf die wachsende Unzufriedenheit der breiten Volksmassen ihre Umsturzpläne unseres gesamten Staats- und Kirchenwesens gründen.“ Man dürfe nicht unter Anrufung des Christentums eine Art Kreuzzug gegen die Juden predigen. „Wir halten darum die Beteiligung an antisemitischen Agitationen . . . . für nicht vereinbar mit den Christenpflichten und Amtspflichten eines Geistlichen.“

Ein solcher Erlaß wäre auch heute in vielen antisemitisch durchseuchten Gegenden sehr am Platze, um so mehr, als in den Reihen des Bundes der Landwirte eine große Anzahl von Geistlichen agitatorisch wirken, die sich nicht schämen, aus dem „geistigen“ Arsenal der Antisemiten ihre unsauberen Waffen zu entlehnen.

Schmähungen des Monarchen.

Die antisemitische Presse aller Richtungen wie auch die Parteiführer aller antisemitischen Gruppen haben von jeher vor den schärfsten Verunglimpfungen und selbst den gröbsten Schmähungen des Monarchen nicht zurückgeschreckt, wenn dieser gelegentlich einem Juden eine Freundlichkeit erwies oder in der internationalen Politik eine Richtung einschlug, welche den verbohrten Chauvinisten nicht paßte. Allen voran schritten dann stets die beiden deutschsozialen Organe, das inzwischen eingegangene Hamburger „Deutsche Blatt“ und die „Deutschsozialen Blätter“, die auf dem Leipziger Parteitage 1905 zu offiziellen Organen der Partei erklärt worden waren. Ihnen sekundierte kräftig der „Hammer“ des Herrn Th. Fritsch, des ehemaligen Begründers der „Ant. Korr.“. Aber auch die Organe der Reformpartei, die „Staatsb.-Ztg.“, „Deutsche Reform“, das Organ des „Deutschen Volksbundes“, die „Deutsche Hochwacht“, und das Münchener christlichsoziale „Deutsche Volksblatt“ ließen es an giftigen Bemerkungen über den Kaiser nicht fehlen. Wir greifen aus der Fülle des Materials, das insbesondere das letzte Jahrzehnt geliefert hat, einige besonders krasse Aeußerungen heraus.

„Deutsches Blatt.“

Ueber die Amerikafahrt des Prinzen Heinrich im Jahre 1912 machte das Hamburger „Deutsche Blatt“ (16. 3.) seinem Aerger folgendermaßen Luft:

„. . . Die amerikanische Presse, mit welcher Prinz Heinrich an einem Tische gegessen hat, ist die verlogenste der Welt, und das

will in Anbetracht der englischen Zeitungsleistungen nicht wenig sagen. . . . Aber freilich in einer Zeit, wo regierende Herren den Fürsten von Monaco zu Tische laden, da kann man auch mit denen zusammen tafeln, die frech genug waren, Deutschland mit Krieg zu bedrohen, nur weil das deutsche Volk — so wie heute für die Buren — damals für die Spanier Partei ergriff."

Als der Erbprinz von Sachsen-Meiningen am 27. April 1903 der Einweihung des neuerbauten jüdischen Krankenhauses in Breslau[1]) beiwohnte, konnte dasselbe „Deutsche Blatt" **folgende hämische Glosse nicht unterdrücken:** „Deutsches Blatt."

„Der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ist Kommandeur des schlesischen Armeekorps, das mit dem jüdischen Zivilkrankenhause gewiß nichts zu tun hat. Außerdem ist er allerdings Schwager des Kaisers."

An die Aeußerung des Kaisers im Jahre 1903, Blut sei dicker als Wasser, knüpfte das „Deutsche Blatt" (12. Oktober) in einem Artikel: „Fürstenblut und Fürstenpolitik" eine Kritik von ausgesuchter Tücke. Nie ist etwas Perfideres gegen den Kaiser geschrieben worden, dessen Ableben in den Kreis der spekulativen Betrachtungen gezogen wurde. Auf den Kronprinzen, der mütterlicherseits aus dem Holstengeschlechte entstamme, stützten sich die antisemitischen Zukunftshoffnungen:

„Hoffen wir, daß er ihre Holstennatur insbesondere auch in diesem Teile geerbt hat. Daß der Festlandsproß aber eine andere Gesamtpolitik treiben wird als der Sprößling der Tochter des Handels- und Inselvolkes, das werden die, die an die Stimme des Blutes glauben, sicher als ihre feste Hoffnung aufrichten. Niemand von ihnen wird darob den Kaiser der Zukunft schneller herbei- und den Kaiser von heute hinwegwünschen. Jedes Gelüste zu diesem Verstoße gegen die Loyalität nimmt ihnen das Bewußtsein, daß eine Monarchenzeit im Völkerleben wenig ausmacht, daß insbesondere das deutsche Volk gesund und stark genug ist, um getrost sich noch weitere Jahrzehnte lang einer falschen Regierungstendenz auszusetzen, so wie es bisher fünfzehn Jahre derselben überstanden hat. In diesem Bewußtsein kann man dem Fürsten von heute langes Leben wünschen und geduldig und wohlgemut auf einen Kaiser der Zukunft harren. Und das wird die vielleicht zum Ausharren ermuntern, die jetzt verzagen möchten."

Auch das antisemitische Blatt sprach natürlich nicht direkt aus, daß es den Tod Wilhelms II. wünsche. Dazu war es viel zu vorsichtig. Es wünschte dem Kaiser sogar „langes Leben". Aber wer diesen Wunsch nicht als Ironie empfand, der muß sich noch unter dem Durchschnitt vulgär-antisemitischen Intellekts befinden, denn wenn der jetzige Kaiser

---

[1]) Als 1906 Prinz Eitel Friedrich in Breslau weilte und in dem Hause eines angesehenen jüdischen Kaufmanns wohnte, machte die „Deutsche Hochwacht" unter der geschmackvollen Spitzmarke „Ein Hohenzoller im Judenhause" hierzu folgende Bemerkung: „An den Kaisertagen in Breslau wird Prinz Eitel Friedrich nebst Gemahlin bei dem Fabrikbesitzer Sternberg Wohnung nehmen. Es wird nicht gemeldet, ob er dort auch (koscher) beköstigt werden soll. Aber könnte Herr Sternberg nicht wenigstens vorher „geadelt" werden?"

eine verderbliche Politik führt und kraft seiner Abstammung dazu verdammt ist, sie sein Leben lang zu führen, während von seinem Nachfolger als „Festlandsprossen" die Politik eines „echten Nordmärkers" zu erwarten steht, so mußte das Blatt im Interesse des deutschen Volkes wünschen, daß der „neue Herr" recht bald seine segensreiche Tätigkeit beginne. In der Tat wurde ja Wilhelm II. auch nur deshalb langes Leben gewünscht, weil „eine Monarchenzeit im Völkerleben wenig ausmacht" und „das deutsche Volk gesund und stark genug ist, um sich noch weitere Jahrzehnte einer falschen Regierungstendenz auszusetzen". Selbstverständlich muß jemand, der so etwas schreibt, wenn er nicht von jeder Logik verlassen ist, den Wunsch hegen, daß die „Gesundheit und Stärke" eines Volkes keiner solchen Belastungsprobe ausgesetzt werde.

„Staatsbg.-Zeitung."

Als das Gnadengesuch, das Herr Bruhn wegen seiner Verurteilung im Konitzprozeß (siehe auch das Kapitel: „Blutbeschuldigung") eingereicht hatte, wie die „Staatsb.-Ztg." schrieb, „nicht aus Rücksicht auf seine Person, sondern aus Rücksicht auf die von ihm vertretene Sache und in der klar bekundeten Absicht, eine allerhöchste Entschließung herbeizuführen, um die Stellung des Kaisers kennen zu lernen", abgelehnt[2]) war, veröffentlichte die „Staatsb.-Ztg." einen giftgeschwollenen Artikel gegen den Monarchen:

„Der Kaiser hat durch seine Entschließung bekundet und bekunden wollen, daß er zurzeit nicht gewillt ist, mit den Parteien zu gehen, die sich als national bezeichnen, und daß ihm der Börsenliberalismus und das Zentrum zum Zwecke der Förderung seiner besonderen Pläne, die uns glücklichen Zeiten entgegenführen sollen, gegenwärtig lieber sind. Wir sagen ausdrücklich, es liegt darin eine Zurückweisung der nationalen Parteien, denn es handelte sich nicht nur um ein von antisemitischer Seite, sondern auch um ein von konservativer Seite eingereichtes Gesuch, das noch dazu mit zahlreichen Unterschriften bedeckt war."

Welch eine Impertinenz, dem Repräsentanten der Nation vorzuwerfen, daß er nicht national sei!

Kaiserinterviewdebatte im Reichstage.

Das Stärkste an demagogischer Hetze lieferten jedoch die antisemitischen Preßkommentare zu der Kaiserinterviewdebatte im Reichstage (November 1908). Die „Kreuz-Ztg." veröffentlichte die Zuschrift eines Parteigenossen, von Reichel-Terpen, die mit den Worten begann:

„Als ich gestern abend die Rede des Abgeordneten Herrn Liebermann v. Sonnenberg[3]), eines, wie er sich selbst nennt, überzeugten Monarchisten,

---

[2]) Die Ablehnung des Gnadengesuchs stand übrigens wegen der Schwere der Beleidigung außer Zweifel. In den unter der moralischen Verantwortung des Herrn Bruhn erschienenen Artikeln war, wie in dem Erkenntnis ausdrücklich hervorgehoben worden war, den Beamten in dürren Worten vorgeworfen worden, „daß sie mit den Mördern und Verbrechern unter einer Decke steckten".

[3]) Er hatte u. a. gesagt, daß der Kaiser „nicht in jedem Augenblick deutsch denkt und deutsch fühlt".

las, stieg mir die Schamröte ins Gesicht über die Kritik, die derselbe an der Person unseres Kaisers übt."

Die deutschsoziale Presse überbot sich förmlich in persönlichen Insulten gegen den Kaiser. So schrieben die „Deutschsoz. Bl." (31. Oktober): „Deutschsoz. Blätter".

„Jede Hoffnung muß ein für allemal zu Grabe getragen werden, wenn wir den allerneuesten Geniestreich betrachten, der in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Aus dem Erstaunen wird man, wie gewöhnlich, bald zur Entrüstung gelangen und schließlich zur Verachtung, ohne daß wir moralisch berechtigt sind, uns dagegen zu wehren."

Und weiter in derselben Nummer:

„Die Politik ist eine gefährliche Kunst, worin das Auftreten unbegabter Dilettanten gesetzlich verhindert werden sollte. Wem das Talent zum Tragöden fehlt, der sollte sich mit dem Posten im Souffleurkasten begnügen, wenn er durchaus im Theater mitspielen will. Ein großes tüchtiges Volk, das ruhig zusieht, wie es von einem untüchtigen Führer ins Unglück gestürzt wird, begeht eine Sünde wider den nationalen Geist, die ihm auch nach dem Untergang nicht vergeben werden wird."

Der Begründer des deutschsozialen Parteiorgans, Herr Th. Fritsch, wurde im „Hammer" noch um einige Grade deutlicher und anzüglicher: Th. Fritsch.

„Der Kaiser kann keine selbständige Natur neben sich ertragen. Und doch wird eine Form gefunden werden müssen, die die Seitensprünge des Kaisers, der zu nichts so wenig Talent besitzt, als zu einer ernsthaften Politik, einigermaßen paralysiert und den fremden Mächten das rechte Verständnis für die Sachlage beibringt.

Uns Hammer-Leute, die wir den tieferen Zusammenhang der Dinge erkennen, überraschen all solche Erscheinungen nicht. Wir wissen, daß es so kommen mußte, und wir sind auf noch Schlimmeres gefaßt. Wo die Vernunft nicht mehr zu Worte kommt, da muß unsägliche Verwirrung Platz greifen und ein Unheil aus dem anderen geboren werden. Wir sind auf Zustände gefaßt, denen gegenüber die Vorkommnisse der letzten Jahre nur bescheidene Vorspiele sind. Das eine Gute hat der schmerzliche Vorgang gehabt: er hat klärend gewirkt."

Das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg bezeichnete die Konservativen, die es verhindert hatten, daß die sonst von allen Parteien gewünschte Adresse an den Kaiser zustande kam, als „charakterlose Byzantiner".

Großes Aergernis haben die Antisemiten regelmäßig an den Nobilitierungen jüdischer Finanzmänner genommen. In einem wutschnaubenden Artikel: „Israel triumphator" apostrophierte Herr Fritsch (März 1906) den Kaiser im „Hammer" wie folgt: Der Verkehr des Kaisers mit Juden.

„Die Handlungen des Kaisers erfüllen den besten Teil des Volkes mit wachsender Besorgnis. Es ist unverkennbar, daß der Kaiser die Fühlung mit dem deutschen Volksgeiste verloren hat. Wir kennen viele treffliche Männer, die treu zur Monarchie stehen, die aber in tiefe Trauer geraten über das, was geschieht. Wenn es genügt, ein reich gewordener Spekulant zu sein, um in den Adelstand erhoben und zum Vertrauten des Kaisers gemacht zu werden: wo soll da die Ehrfurcht im Volke vor der Monarchie bleiben?"

Im Mai 1908[4]) war aus dem gleichen Anlaß in demselben Blatt ein Schmähartikel eines Herrn von R.: „Die Freunde des Königs" erschienen, in dem es u. a. hieß:

„Die Bahn, in welche das private Leben unserer Fürsten durch den Verkehr mit den Angehörigen niederer Rassen gelenkt wird, kann dem deutschen Volke nicht gleichgültig sein. Vorläufig haben wir noch kein Mittel, zu verhindern, daß der König von Preußen einer Horde gewissenloser Spekulanten das Prädikat des Adels beilegt, sich mit ihnen an einen Tisch setzt oder auf eine photographische Platte bringen läßt. Wenn aber Sr. Majestät dem Kaiser dabei wohl zumute ist, so ist er für das deutsche Volk rettungslos verloren."

„Deutschsoz. Blätter".

Diesem Herrn von R. gesellten sich im September desselben Jahres die „Deutschsoz. Bl.", die zu dem pessimistischen Ausblick eines „sehr geschätzten Mitarbeiters" folgende Randbemerkungen machten:

„Es ist für einen guten Deutschen zwar eine peinliche Erscheinung, wenn sein Kaiser sich mit einer überwiegend jüdischen Suite umgibt und dadurch sich und uns in der ganzen alten Welt von Damaskus bis Drontheim in Mißkredit bringt; aber daran ist auch mit viel Hoffnung gar wenig zu ändern. Das muß hingenommen werden wie eine Influenzaepidemie, durch verstärkten vorbeugenden Selbstschutz der Gesunden. Zweifellos würde ein wirklich deutsch-national gesinnter Herrscher für das Ansehen des Reiches eine glücklichere Hand haben."

Der „Hammer".

4) Ein Jahr später (1. 9. 1909) spritzte derselbe Herr von R. in einem Artikel des „Hammer": „Schwertadel und Geldadel" sein Gift in noch konzentrierterer Lösung aus:

„Daß unsere Fürsten nicht sehen, wie gemeingefährlich die internationale jüdische Hochfinanz für alle Völker wirkt, ist schon schlimm genug; daß sie aber die verbrecherische Tätigkeit dieses Raubtiervolkes noch belohnen, ist das auffälligste Zeichen des Niederganges der Monarchie."

„Es muß ein Hochgefühl für die Fürsten sein, mit Cohn und Levi an einem Tisch zu essen. Auch der abstürzende Dachdecker war überrascht von dem angenehmen Gefühl des Fallens, er zweifelte nur, ob es lange dauern würde."

Und noch ein Jahr später (Nr. 198, Jahrg. 1910) veröffentlichte derselbe betriebsame Herr von R. im „Hammer" einen Artikel: „Sport- und Wasserhebräer", in dem dasselbe Thema wie folgt behandelt wurde:

„. . . Es ist nicht einzusehen, daß wir nicht das Recht haben sollten, offen auszusprechen, daß wir in keinem Hause, ob es das eines Bürgers oder das des Königs ist, gern verkehren, in welchem wir die Möglichkeit haben, bei Tisch neben einem reich gewordenen jüdischen Gauner zu sitzen. Es sagt es ja niemand dem Könige, daß der Jude Levi, den er freundlich bei sich aufnimmt, seine kommerzielle Laufbahn mit der Unterschlagung einer Portokasse begonnen hat, oder daß ein anderer als Auswanderungsagent vielleicht zu den allertiefsten Schichten galizischen Judentums gehört hat. Wir dürfen das sagen, weil wir fest überzeugt sind, die Fürsten würden ihre Haustür gegen solches Gesindel hermetisch verschlossen halten, wüßten oder ahnten sie, wen sie bei sich aufnehmen. Unverständlich bleibt dabei nur, daß nicht das Rassegefühl sich in deutschen Fürsten dagegen aufbäumt, mit Angehörigen der verworfensten Rasse des Erdballs intim zu verkehren."

Also auch hier wieder der dreiste Versuch, die nationale Gesinnung des Kaisers anzuzweifeln, weil er nicht erst die Genehmigung der Herren Antisemiten einholt, diejenigen Elemente an seinen Hof zu ziehen, die diesen passen. Schon im Juli desselben Jahres hatte der ständige Mitarbeiter des Blattes „Frisius“ in einer Artikelserie über die „Berliner Gesellschaft“ das Thema vom „verjudeten“ Hofe behandelt und u. a. geschrieben:

„Es wirkt wie schleichendes Gift, wenn man im Volke raunt und flüstert über das unruhige Leben des Herrschers, das heute auch dem geringsten Untertanen offen vor Augen liegt.“

Die Begnadigung eines jüdischen Rechtsanwalts, dessen Automobil ein Kind überfahren hatte, hatte im März 1908 die „Deutschsoz. Bl.“ dermaßen in den Harnisch gebracht, daß sie schrieben:

„Die Könige sind manchmal die erfolgreichsten Zerstörer des monarchischen Gedankens gewesen; am gründlichsten räumen sie mit ihm auf, wenn sie sich durch eine enge Verbindung mit dem Judentum vor ihrem eigenen Volke kompromittieren.“

Adolf Bartels.

Die Vermischung der jüdischen Geldaristokratie mit den Sprossen des preußischen Junkertums hat auch schon Herrn Adolf Bartels (vergl. seine Aufsätze, die unter dem Gesamttitel „Rasse“ erschienen sind) gelegentlich den Stoßseufzer entlockt:

„So wie jetzt kann es nicht fortgehen; daß selbst Hohenzollernprinzen Jüdinnen heiraten oder doch heiraten wollen, ist nicht viel besser als Wahnsinn.“

Ausspielung des Kronprinzen gegen den Kaiser.

Seit der Königsberger Rede des Kronprinzen, dessen Hymnus auf die Erhaltung „völkischer Eigenart“ die gesamte antisemitische Presse in einen wahren Freudentaumel versetzte, treibt man die Giftmischerei soweit, den Sohn gegen den Vater auszuspielen. Die fast ausschließlich auf Offiziere und Hofmänner beschränkte Auswahl der Begleiter des Kronprinzen auf seiner Ostasienreise fand den vollen Beifall der Antisemiten. Die „Deutschsoz. Bl.“ (September 1910) versicherten in einem Artikel: „Keine israelitische Leibgarde“ den Kronprinzen ihrer vollen Sympathie, indem sie gleichzeitig einen Partherpfeil auf den Kaiser abschnellten:

„Gott sei Dank, daß unser Kaisersohn sich vor dem Auslande nicht bloßstellt mit einem Gefolge von Börsenjobbern, Kohlenwucherern und Baumwollspekulanten. Diese häßlichen Berufe und ihre abstoßenden Vertreter sind denn doch wirklich keine Empfehlungsbriefe.“

„Deutschsoz. Blätter“.

Schon am 17. August 1910 hatte das deutschsoziale Parteiorgan sich entrüstet dagegen gewandt, daß etwa auch Vertreter anderer Gesellschaftsschichten den Kronprinzen begleiteten:

„. . . Wir würden es aufs tiefste bedauern, wenn der Kronprinz hierin seinen Vater zum Vorbild wählte. Solche „Fachleute“ bleiben ihm besser fern, zumal er doch kaum Neigung haben dürfte, sich als Kohlenspekulant oder Börsenjobber auszubilden.“

Und zum Schluß wurde der Kaiser nochmals angepöbelt:

„Schließlich ist es doch auch kein Ruhm, wenn es in einer späteren Geschichtsschreibung heißen wird: Unter der Regierung

Wilhelms II. wurde das arbeitende Deutschtum nicht genügend gepflegt, dagegen das geldbesitzende Fremde bevorzugt. Dadurch vertiefte sich die Kluft im Volke mit reißender Schnelligkeit; der Handvoll meist jüdischer Geldaristokraten stand zuletzt eine ungeheure sozialdemokratisch verhetzte Mehrheit gegenüber. Und da die Herzen des von oben und von unten bedrängten Mittelstandes in bitterer Not erkaltet waren, so kam es, wie es kommen mußte."

Das hieß also mit dürren Worten: Eine etwaige revolutionäre Umwälzung in Deutschland würde einzig und allein der Kaiser selbst verschuldet haben. Das konservative Junkertum, das in Preußen die Gesetzgebung und Verwaltung vollständig beherrscht und durch sein volksfeindliches Treiben erst den Nährboden für die wachsende Unzufriedenheit schafft, wird also von den Zutreibern der Agrarier vorsorglich außer Schußlinie gestellt, damit sich aller Haß der Massen gegen den Träger der Krone entladen solle.

Die Zahl der giftgeschwollenen Bosheiten gegen den Kaiser wegen seines Verkehrs mit Ballin ist Legion, von der Rüpelei des Hamburger „Deutschen Bl." (Oktober 1903): „Ballin wurde übrigens am 16. wieder vom Kaiser empfangen und frühstückte später mit ihm. Hoffentlich koscher" angefangen bis zu dem Stoßseufzer des Herrn Böckler im Reichstage (Januar 1904):

„Deutsches Blatt".

Abg. Böckler.

„Es ist dahin gekommen, daß unsere höchsten Stellen verballinisiert sind, daß bis an die höchsten Stufen des Thrones die Fremdlinge aus Palästina und Amerika Zutritt haben."

„Staatsb.-Ztg." gegen die Kaiserin.

Auch die Kaiserin mußte es sich (Januar 1909) gefallen lassen, von der „Staatsb.-Ztg." angerempelt zu werden in einem Artikel mit der geschmackvollen Ueberschrift: „Die Kaiserin als Warenhausreklame", worin das Blatt der Kaiserin Vorhaltungen darüber machte, daß sie ihren Fuß über die Schwelle eines „jüdischen Warenhauses" gesetzt habe, durch das weite Volkskreise bedrückt würden.

„Göttinger deutscher Bote".

Es hat auch nicht an antisemitischen Preßäußerungen gefehlt, die die Verwegenheit soweit trieben, die geistige Dispositionsfähigkeit des Monarchen anzuzweifeln. Zu dem Kieler Hurraerlaß (Dezember 1908) bemerkte der „Gött. deutsche Bote":

„Wenn das Hurrarufen auf den Schiffen nun eingeübt wird, wird man glauben, die deutsche Flotte sei von einer Bande von Verrückten eingenommen. Uebrigens wird uns mitgeteilt, daß auch bei einem Erfurter Truppenteil das gleichmäßige Hurrarufen geübt, ja sogar der Gesang des Flottenflaggenliedes im Schritt eingeübt sei. Bald kann nur noch der Irrenarzt helfen gegen diesen Uebereifer."

Wilhelm Schölermann.

Ein hervorragender Mitarbeiter des „Hammer", Wilhelm Schölermann, machte in Nr. 155 (1908) ähnliche taktlose Bemerkungen:

„Kann man oder will man nicht sehen, daß Wilhelm II. an eben der Zeitkrankheit leidet, die heute so verbreitet ist, daß Weitblickende schon an der Besserung dieser Zustände verzweifeln?

Ist des Kaisers Reisewut und Redewut etwas anderes als ein vorgeschrittenes Symptom dieser Krankheit? Kann man ihn anders noch entschuldigen, als wenn man ihn für schwerkrank erklärt? Seine Worte wirken mit ihrer „Hyperbolik" durch und durch pathologisch. Seine Unruhe, sein völliger Mangel an Takt dafür, das Richtige auch rechtzeitig zu erkennen, sein beständiges Danebenhauen und Sich-in-den-Verhältnissen-vergreifen im Ausdruck seiner Gedanken und Empfindungen: Alles deutet auf dieselbe Diagnose hin. Und da will man in naiven Gemütern noch immer an eine Aenderung im Wesen Wilhelms II. glauben? Hören wir auf zu hoffen! Jetzt ist die Zeit zum Handeln."

Die „Deutschsoz. Bl." (Dezember 1908) zweifelten ebenfalls an einer Sinnesänderung des Kaisers: „Deutschsoz. Blätter".

„Den 51 Jahre alten Kaiser Wilhelm II. haben alle traurigen Erfahrungen einer verfehlten Regierung nicht zu einem Diplomaten machen können, er wird auch keiner sein, wenn er hundert Jahre alt ist. In den zwanzig Jahren seiner Herrschaft hat sich Deutschlands Lage nach innen und außen verschlechtert. Die letzte journalistische Tat hat nur das Maß zum Ueberlaufen gebracht, voll war es längst. Und im Innern haben die herausfordernden Reden gegen die Sozialdemokratie erst recht das Uebel groß werden lassen. Den schrecklichen Gedanken, auf Vater und Mutter zu schießen, durfte man nicht einmal andeuten."

Damals, als das „schreckliche Wort" fiel, hat kein antisemitisches Blatt widersprochen.

Der „Hammer" (Nr. 155, Jahrg. 1908) des Herrn Fritsch erinnerte an die Anspruchslosigkeit Friedrichs des Großen, um dann fortzufahren: Der „Hammer".

„Die Zeiten haben sich geändert, heute reisen die Fürsten mit einem Kostenaufwande von 3½ Millionen Mark in die Sommerfrische nach dem Süden und brauchen dabei sechs Automobile und allabendlich 30 000 Glühlampen im Schloß, um ihre Herrscherwürde zum Ausdruck zu bringen. — O, es ist eine glorreiche Zeit, in der wir leben!"

Wie insbesondere die christlichsoziale Presse, die die Absägung Stöckers nicht vergessen kann, ihre loyale Gesinnung dem Monarchen gegenüber bekundet, zeigte folgende „Fürbitte" des „Volk" am letzten Geburtstag des Kaisers (27. 1. 1911): Das „Volk".

„. . . Notwendig ist es, daß wir an diesem Tage mit allen unsern Lieben einmal in brünstiger Fürbitte unsern Kaiser vor Gottes Thron bringen, daß Gott ihn segnen möge mit Mut und Demut, mit Herrscherkraft und Selbstzucht, immer mehr unserer traurigen Zeit der Aeußerlichkeit und des Luxus voranzuleuchten in deutscher Schlichtheit und Einfachheit."

Eine solche „Fürbitte" hätte nur einmal ein liberales oder gar ein sogenanntes „Judenblatt" wagen sollen, wie hätte sich da die gesamte reaktionäre Presse über „jüdische Anmaßung" entrüstet!

Doch wir wollen den Leser nicht ermüden und zum Schlusse nur noch an eine Aeußerung des sattsam bekannten antisemitischen Agitators Reuther, der noch bei der Reichstagsersatzwahl 1911 in Gießen im Vordertreffen der antisemitischen Kämpen gestanden hat, auf dem antisemitischen Parteitage des Jahres 1901 erinnern. Er erklärte nämlich, daß, wenn auf dem Parteitage so sehr der monarchische Geist betont werde, so müßte er doch sagen, daß Th. Reuther.

dieser Geist *bei uns in Hessen nicht vorhanden* sei. Das antisemitisch-agrarische „*Deutsche Volksblatt*“ sagte dazu:

„Deutsches Volksblatt“.

„Wir können solche Worte vollkommen begreifen und teilen die Stimmung, aus welcher sie hervorgegangen sind, nicht erst seit gestern. Wenn man sieht, wie die Fürsten und Staatsmänner grundsätzlich gegen diejenigen regieren, welche gewohnt waren, Thron und Altar gegen alle Gefahren zu verteidigen, so muß *man notwendig dahin gelangen, seine Gefühle einer Revision zu unterziehen*.“

Also Fürstentreue, solange wie die Fürsten reaktionär regieren. Wenn sie liberal werden, dann revidiert man seine Gefühle.[5]) So also bekundet sich die Loyalität der Antisemiten, die sich in der Agitation immer als die treuesten Stützen von Thron und Altar aufspielen, in der Praxis.

Der Antisemitismus im Lichte der eigenen Kritik.

Der politische Antisemitismus hat nie eine geschlossene „Weltanschauung“ besessen. Der Kitt, der seine Anhänger bald in einer größeren Fraktionseinheit, bald in einer Anzahl von Parteisplittern zusammenhielt, war der Haß und der Neid. Man haßte den „undeutschen Fremdkörper“, als ob die gesamte übrige deutsche Nation ihren Stammbaum direkt auf Hermann den Cherusker zurückführen könnte; und man neidete den Juden ihren größeren Wohlstand, der nur durch unlautere Geschäftspraktiken, Wucher und Betrug erworben sein könne. Der Neid ist ja ein altes Erbübel der Germanen. „Propter invidiam“ haben sich, wie der Kaiser vor einigen Jahren in Erinnerung brachte, die deutschen Stämme gegenseitig zerfleischt. Dem Neide, und zwar ganz gewöhnlichem *Geschäftsneide* sind meist auch die erbitterten Kämpfe innerhalb der antisemitischen Parteien entsprungen. Es war der Kampf um die *Futterkrippe*, der gegenseitig die leidenschaftlichsten Anklagen erheben ließ. Auch bei den harten Worten, mit denen die geschäftliche Ausbeutung des irrsinnigen Grafen Pückler durch die „Staatsb.-Ztg.“ während der Aera Bruhn von einigen antisemitischen Blättern verurteilt wurde, war das Motiv mehr der Futterneid als wirkliche aus dem Innern kommende moralische Entrüstung.

Deutscher Antisemitenbund.

Ein Mitglied des „Deutschen Antisemiten-Bundes“, Letz, hat in einer außerordentlichen Generalversammlung des Jahres 1908, die sich mit gewissen Schiebungen in den Kassenverhältnissen[1]) des Bundes be-

---

[5]) Siehe auch das Kapitel: Der „*Alldeutsche Verband*“; die alldeutsch-antisemitische „*Post*“ hat im Juli 1911 den Kaiser wegen seiner besonnenen Haltung in dem Marokkokonflikt mit Schmähungen gröblichster Art („le valeureux poltron“ usw.) geradezu überschüttet.

[1]) In dem vertraulichen Einladungsschreiben zu dieser Versammlung treudeutscher Männer hieß es u. a.:

„Der Deutsche Antisemiten-Bund ist in Gefahr, aufgerieben zu werden. Durch *schnöden Verrat* unseres bisherigen Geschäftsführers sind dem Verleger Wilh. Bruhn unsere Kasse, Bücher, Karten usw. in die Hände gespielt worden.“

schäftigte, diese typischen moralischen Defekte in der antisemitischen Gesamtbewegung nach dem Bericht der „Staatsb.-Ztg." also charakterisiert: Alle Vorsitzenden hätten bisher dem Deutschen Antisemiten-Bunde geschadet, „weil sie immer das Ich vor die Sache gestellt hätten". Schon im Dezember 1901 hatte der Abgeordnete Dr. Böckel in einer Versammlung des „Deutschen Volksbundes" die Zerrissenheit der antisemitischen Parteien beklagt: Keiner gönne dem anderen einen Brocken. Als die deutschsoziale Reformpartei im September 1900 auf dem Parteitage in Magdeburg auseinanderfiel, erklärte die antisemitische „Hallesche Reform": „Soviel stehe fest, daß in der antisemitischen Partei Feigheit, Eigennutz, Dünkel und Strebertum mit der Dummheit um die Siegespalme streiten." Herr Sedlatzek, der jetzt „Chefredakteur" des parteioffiziellen Organs der Reformpartei ist, führte in seinem „Antisemitischen Deutschen Generalanzeiger" als Hauptgrund für die Spaltung der Antisemiten an: den „geradezu blödsinnigen Eigensinn und Dünkel einzelner", den „Krakehl um ganz unwichtige Kleinigkeiten" und den „leider nicht ausgedehnten Horizont der Antisemiten". Auf dem Parteitage der Reformpartei in Leipzig im Herbst 1901 wurde eindringlich gewarnt vor dem antisemitischen „Deutschen Volksbunde". Die Mittel, die dieser Volksbund zur Anwendung bringe, seien höchst bedenklicher Natur. Hierbei erfolgte der Zuruf: „Für den Staatsanwalt reif!" — Heute ist Hans von Mosch, der ehemalige Geschäftsführer dieses „Deutschen Volksbundes", geschätztes Mitglied der Reformpartei; ja der (1909 eingegangene) „Deutsche Volksbund" war inzwischen — freilich nur für einige Monate — vor den Wahlen des Jahres 1907 zur Reformpartei übergetreten, alsbald aber schleunigst wieder an die Luft gesetzt worden, da er die Gegenkandidatur des Prof. Paul Förster gegen Bruhn in Arnswalde-Friedeberg gebilligt hatte.

Dr. Böckel.

„Hallesche Reform".

„Antisemitischer Deutscher Generalanzeiger".

In der fortgesetzten Rauferei zwischen der Reformpartei und den Deutschsozialen um die hessischen Wahlkreise flogen in Versammlungen und Flugblättern die Titulaturen: „verkrachte Existenzen", „Diätenjäger" usw. nur so umher. Das inzwischen eingegangene Organ der hessischen Reformpartei, „Der Reichsherold", dessen Redakteur Wallbach von dem Parteitage der Reformpartei im Jahre 1910 auf dem Altar der Einigkeit den Deutschsozialen geopfert wurde, entrüstete sich im Jahre 1907 über die deutschsoziale Doppelzüngigkeit dermaßen, daß er schrieb, die Deutschsozialen seien noch schlimmer als die Juden. Das ist bekanntlich die tödlichste Beleidigung, die ein Antisemit dem andern antun kann. Wörtlich hieß es in dem interessanten Artikel:

„Der Reichsherold".

„Leider gibt es unter den Reformern immer noch Leute, die von diesen Leuten als von einer verwandten Richtung faseln. Wir danken schon aus Reinlichkeitsgründen für eine solche Verwandtschaft. Der Jude muß noch

geboren werden, der es im Schwindeln mit der Truppe des Herrn von Liebermann aufnehmen kann."

Plack-Podgorski gegen Bruhn.

Herrn Bruhn war bei dem Krach um die Verteilung der von Frau Rudolph Hertzog aus Anlaß der Verurteilung der „Staatsb.-Ztg." im Konitz-Prozeß gespendeten Schmerzensgelder sogar, wie in einer Flugschrift Plack-Podgorskis behauptet wurde, eine „engere Bekanntschaft mit der Hundepeitsche in Aussicht gestellt" worden. Sein eigenes Blatt, das er jahrelang herausgegeben, das mit ihm alle Leiden und Freuden in der Pückler- und Konitzaffäre geteilt hatte, die „Staatsbürger-Zeitung", bezeichnete Herr Bruhn, als das Blatt in dem Dahselprozeß eine scharfe Frontstellung gegen ihn einnahm, in der „Wahrheit" als „hundsgemein" und fügte zu seiner Charakteristik hinzu:

Bruhn gegen „Staatsbg.-Zeitung".

„Bedeutung haben die Auslassungen dieses Blattes, das in kaum mehr als 1500 Exemplaren gedruckt wird, weiter nicht, da die ganze Redaktion aus einem Artikel-Schreiber und einem Sitz-Redakteur besteht und der Artikelfabrikant erst seit vier Monaten überhaupt sich mit politischen Dingen befaßt."

Auf die hier gestreifte Vorbildung der antisemitischen Redakteure kommen wir später noch zu sprechen, um vorher noch ein paar Worte der sog. „Berliner Richtung" zu widmen, auf die die Antisemiten im Reiche von jeher besonders giftig waren. Das Magdeburger Antisemitenblatt, die „Sachsenschau", machte es sich zum Spezialvergnügen, den „Berlinern" gehörig die Wahrheit zu sagen. Ihr Chefredakteur Faßhauer, der früher jahrelang Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe des „D. V." gewesen war, nachher aber seinen Austritt erklärt hatte, schrieb gegenüber den Bemühungen, eine neue Ortsgruppe zu gründen:

Die „Sachsenschau" über die Berliner „Sauwirtschaft".

„Wir Magdeburger haben mit den Berlinern nachgerade derartige Erfahrungen gemacht, daß sich jeder bekreuzigen sollte, wenn wieder Berliner auf der Bildfläche erscheinen."

Einen förmlichen Abscheu bekundete das Magdeburger Antisemitenblatt vor neuen antisemitischen Preßgründungen, deren sicheres Fiasko es in grellen Farben schilderte. Als im Jahre 1909 eine Verschmelzung der „Staatsb.-Ztg." und des „Reich" mit der „Kreuz-Zeitung" ventiliert wurde, geriet es ebenfalls ganz aus dem Häuschen:

„Die Berliner Sauwirtschaft hat dahin geführt, daß nun die „Staatsbürger-Zeitung" ihre Selbständigkeit völlig aufgibt. Wie jetzt erzählt wird, sollen die Schwesterblätter „Staatsbürger-Zeitung" und „Reich" vom Oktober ab in der Druckerei der „Kreuz-Zeitung" hergestellt werden. Daß es in Berlin soweit kommen konnte, dafür mögen sich die Antisemiten bei gewissen bekannten „Führern", in erster Linie aber bei sich selbst, bedanken. Was diese „Führer", welche ehedem von den Gesinnungsgenossen in den Himmel gehoben wurden, an Wirtschaft geleistet haben, das ist auf keine Bullenhaut zu schreiben. Schließlich mögen sich die Gesinnungsgenossen die Hauptschuld selbst zuschreiben. Wer fand am meisten Gehör und Unterstützung? Immer die großen Schwadoneure, die den Massen etwas vorblümeln konnten, aber nicht die ruhigen, ehrlichen und verständigen Männer. Deshalb war es den ehrlichen Leuten nicht möglich, jene

Schwadroneure auszumerzen und die Bewegung solide aufzubauen. Jetzt geht die Ernte dieser Sauwirtschaft herrlich auf."

Ein anderes Mal geißelte die „Sachsenschau" die Großmannssucht ihrer Parteigenossen nicht übel wie folgt:

„Es gibt zu viel Gernegroße in diesen Lagern, für welche das M. d. R. auf der Visitenkarte und die freie Fahrt erster Klasse die höchste aller Seligkeiten bedeuten. Und dann sind in diesen Lägern zu viele Schwärmer und zu wenig nüchterne Politiker. Sobald sich hier einige hundert Leute zusammengefunden haben, müssen sie ihren eigenen Abgeordneten und ihre eigene Zeitung haben. Mögen sie hundertmal damit ein klägliches Fiasko erleben, es wird zum 101. Male abermals versucht. Da ist nichts zu machen. Wo die Gernegroße und Schwärmer das große Wort führen, da ist nichts zu machen."

Ueber die „politischen Marodeure" schrieb die „Sachsenschau" (März 1904) aus Anlaß des Todes des „Kreuz-Ztg."-Redakteurs Freiherrn von Hammerstein ebenfalls ein kräftiges Wörtlein:

„Schaumschläger" und „Industrieritter".

„Auch im Lager der Reformer hat es nicht an solchen Gauklern und Schaumschlägern gefehlt. . . . Die Industrieritter verfügten gewöhnlich über ein gutes Mundwerk, über schauspielerische Begabung und eine eiserne Stirn. Sie kamen und gingen wie die Meteore. Sie blendeten mit ihrem glänzenden Pfauenschweif das Auge, bis man dahinter kam, daß all der glänzende Schein nur Nebel und Dunst war, den diese Leute mit dem Golde unserer Ideen zu vergolden wußten. Wir können unsern Gesinnungsgenossen nur empfehlen, überall dort, wo diese „Hammersteiner" auftreten, ihnen sofort das Handwerk zu legen und sie zum Teufel zu jagen."

Claudius bemängelt das „geistige Rüstzeug".

Desgleichen zog man in der Reformpartei eine Bilanz nach dem Tode ihres Führers Oswald Zimmermann im Jahre 1910. Ein alter Mitarbeiter der „Deutschen Hochwacht", Claudius, maß die Schuld an dem Zerfall der Partei ihrer „leichtfertigen Steuerbewilligung" und ihrem mangelnden Rückgrat gegenüber der Regierung bei. Auch an dem entsprechenden geistigen Rüstzeuge habe es der Partei seit langer Zeit gefehlt:

„Dieses Rüstzeug besteht in umfassenden Kenntnissen, welche in Form von Gesetzesvorschlägen der Regierung dargeboten werden müssen. Eine Volksvertretung erfüllt nur dann ihre Bestimmung, wenn sie das Salz des Staates ist und die von der Regierung dargebotene Speise zu würzen versteht, wenn sie im gegebenen Falle die Rezepte zu verschreiben vermag oder im äußersten Falle in der Lage ist, die ganze Wirtschaft selbst zu übernehmen und zu führen. Man kann für unsere Partei und ihre führenden Geister nicht das Lob in Anspruch nehmen, daß sie das politische Salz unseres Volkes gewesen seien, wenn man ihnen auch den besten Willen zutrauen darf."

Hier wurde der Reformpartei ihre gesetzgeberische Impotenz also aus den eigenen Reihen bescheinigt. Zu gleicher Zeit mußte das parteioffizielle Organ, die „Deutsche Reform" (8. 9. 1910) eine gepfefferte Kritik eines sich R. H. unterzeichnenden „alten Gesinnungsgenossen, der viele Jahre den Vorständen von Berliner Reformvereinen angehört hat", zur allgemeinen Kenntnis bringen, der es tadelte, daß die Reformpartei wie die Deutschsozialen „allzu sehr im Kielwasser des Bundes der Landwirte" steuerten.

und daß sie sich dadurch auch die Beamten- und Lehrerschaft entfremdeten.

Alle diese Aeußerlichkeiten haben sicherlich manches dazu beigetragen, dem Volke den politischen Antisemitismus gehörig zu verekeln. Der wahre Grund der rapiden Abnahme der Sympathien für die antisemitischen Parteien liegt aber doch wohl tiefer. Schon im Jahre 1901 hat der Schriftsteller Wilberg, der sich rühmte, seit 16 Jahren in der antisemitischen Bewegung zu stehen, öffentlich erklärt:

Wilberg.

„Keine einzige Partei hat so viele Gaukler und Schaumschläger in ihren Reihen gezählt, wie die unsrige, und keine Partei hat sich von Phrasenhelden und elenden Spekulanten nasführen lassen wie die antisemitische."

Prof. Paul Förster.

Als Prof. Paul Förster 1897 aus der Reichstagsfraktion der Deutschsozialen Reformpartei ausschied, schrieb er ihr dabei ins Stammbuch, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei wertlos sei, die sich „mit oberflächlichem Radau und verbrauchten Schlagworten" begnüge. „Mittelstand und Mittelstand — darauf sitzen wir fest, ohne daß recht ersichtlich wird, was wir wollen, und was wir nicht wollen." — Herr Prof. Förster hat zwar später auf dringendes Ersuchen antisemitischer Kreise, die in der Wahlagitation gegen dieses klassische Zeugnis eines langjährigen Führers machtlos waren, diese Kritik wesentlich eingeschränkt, wahr bleibt sie aber doch. Andere nicht minder autoritative Personen in der antisemitischen Bewegung haben über das klägliche geistige Rüstzeug des politischen Antisemitismus noch ein viel schärferes Verdammnisurteil gefällt. Der Altmeister der antisemitischen Publizistik, Th. Fritsch, hat in Nr. 46 Jahrgang 1904 seines „Hammer", angeekelt durch die geistige Oede antisemitischer Polemik in der Presse, folgendes vernichtende Urteil über die antisemitischen Redakteure ausgesprochen:

Th. Fritsch über „unreife Burschen".

„Heute hält sich jeder unreife Bursche berufen, den antisemitischen Redakteur und Schriftsteller zu spielen, denn nach seiner Meinung gehört ja weiter nichts dazu, als daß man tüchtig auf die Juden schimpft. Dadurch ist der antijüdischen Sache der allergrößte Schaden zugefügt worden.

Es haben zu viele Unberufene, denen noch dazu der nötige sittliche Ernst fehlte, in die antijüdische Sache hineingepfuscht. Wenn die Hebräer bezahlte Agenten in das antisemitische Lager geschickt hätten, damit sie sich dort als Antisemiten aufspielten und durch Verflachung und geistige Verödung die ganze Bewegung versumpften, sie hätten es nicht erfolgreicher tun können, als gewisse antisemitische Wortführer und Blättchen-Schreiber mit ihrer oberflächlichen Polterei."

In einem offenen Briefe an den Herausgeber der „Sachsenschau" (August 1904) hat Fritsch noch näher auseinandergesetzt, daß „der bloße Versammlungsrummel und wohlfeile Schlagworte in Reden und Zeitungen nicht ausreichen, um eine große Geistesbewegung durchzuführen", und sich dahin resümiert:

„Sie werden mir recht geben, daß der rohe Polterton mancher anti-

semitischer Blätter und Versammlungs-Redner nichts Erzieherisches und Belehrendes in sich hat, oft eher etwas Abstoßendes."

Noch erbarmungsloser als dieser Bannerträger des Antisemitismus hat der im Jahre 1894 verstorbene Wilhelm Marr, nächst Fritsch zweifellos der begabteste antisemitische Schriftsteller Deutschlands, dessen Name vor einem Menschenalter viel genannt wurde, sich in einer im Jahre 1892 erschienenen Broschüre von Hermann Lucko: „Ein Jahr im Zentrum der deutschsozialen Partei" über den „Geschäftsschwindel-Antisemitismus" ausgesprochen: **W. Marr über „Geschäftsschwindel-Antisemitismus".**

„Der moderne Antisemitismus — recte Fabrikgeschäftsschwindel-Antisemitismus ist für mich „gegenstandslos" geworden. Er belügt sich selbst, um andere zu belügen und zu beschwindeln. Er bläht sich auf, wie der Frosch in der Fabel und wird wie dieser platzen. Sei ihm die Erde so schwer als möglich, daß er so bald nicht wieder aufstehen kann.

Hamburg, im Juli 1891."

Mit rechtschaffenem, deutsch-antisemitischem Gruß
W. Marr.

In einem anderen Briefe an Sonne schreibt Marr:

„Ich bin ein alter Parteigänger, aber nie habe ich mehr Erzschelmenbande gefunden als unter den heutigen Geschäfts-Antisemiten. Das aber dürfen Sie privatim erklären, daß ich nach 30jährigem Judenkrieg **mich mit Ekel bis zum Erbrechen abwende von dem ganzen heutigen Geschäftschwindel-Antisemitismus.** Ich werde diese Behauptung **nicht widerrufen.**"

Wilhelm Marr sandte im April 1893 der „Freis. Ztg." folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„Auch ich — an Kampfjahren der älteste antisemitische Schriftsteller unserer Zeit! — sage mich los von der antisemitischen Bewegung. Faktisch und stillschweigend habe ich es schon seit Jahren getan. Die Motive zu diesem Schritt wird man in meinem „literarischen Nachlaß" nach meinem Tode ersehen."

Von antisemitischer Seite sind wahrscheinlich alle Hebel in Bewegung gesetzt worden, um die Veröffentlichung des literarischen Nachlasses Marrs zu verhindern; jedenfalls ist bisher — 7 Jahre nach seinem Tode — nichts mehr an die Oeffentlichkeit gelangt.

Marr und Fritsch sind zwei Veteranen des publizistischen Antisemitismus von so durchschlagender Beweiskraft, daß jeder Versuch, ihr Urteil abzuschwächen, an dem Granit dieser Argumente zerschellen muß.

Antisemiten und Konservative.

Wenn auch die antisemitischen Parteisplitter im allgemeinen und im besonderen bei den Wahlen mit den übrigen Parteien der Rechten in einer Front marschieren, so fallen doch gelegentlich, namentlich wenn sie sich um die Verteilung der zukünftigen Beute in den Haaren liegen, recht harte Worte gegeneinander. Die „demokratischen" Instinkte werden dann wachgerufen gegen die konservative Partei als Repräsentantin der herrschsüchtigen und egoistischen Aristokratie. An dieser heftigen Polemik gegen das Junkertum beteiligen sich nicht etwa nur die deutsch-

sozialen und reformparteilichen Organe, sondern gelegentlich auch die Blätter der von Stöcker gegründeten Partei, obwohl diese schon längst hätte liquidieren müssen, wenn ihr nicht reiche adlige Gönner[1]) über die finanziellen Nöte der Gründungsjahre hinweggeholfen hätten. Es sind auch keineswegs etwa nur die politischen Agitatoren des Antisemitismus, die es für nützlich halten, von Zeit zu Zeit diese Klassengegensätze mit aller Schärfe zu betonen. Auch die „wissenschaftlichen Autoritäten" des Antisemitismus haben schon manch kräftiges Wörtlein gegen die Ueberhebung des agrarischen Junkertums gesprochen; wir erinnern nur an Eugen

E. Dühring gegen das Junkertum.

Dühring und Ottomar Beta. Ersterer wendet sich in seinen Schriften gegen die „Ausbeutung von Volksmasse und Nation von seiten einer ländlichen Grundbesitzerkaste" und bemerkt im Anschluß daran:

„Wie soll ein Mensch, der sich gesunden politischen Sinn bewahrt hat, noch Kraft, Lust oder gar Begeisterung haben, den Kampf gegen das Judenübel aufzunehmen, wenn er sieht, daß die Flagge des Antisemitismus politisch überall zum Gegenteil benützt wird oder unter den verschrobenen Parteiverhältnissen tatsächlich dazu führt! Soll er etwa gegen Schädliches Front machen, um für die Mühle anderer ähnlicher Schädlichkeiten die Triebkraft abzugeben? Soll er für Leute tätig sein, die ihm das Brot verteuern und das Geld verschlechtern wollen, damit diese sich an Stelle der Juden breitmachen? Soll er für Junkerüberhebung sich mühen, damit die Frage entschieden werde, ob diese oder Judenfrechheit das freiere Spiel habe, sich an ihm zu vergreifen?"

O. Beta gegen Agrarier.

Ottomar Beta hat erst im „Hammer" vom 15. März 1910 ähnliche Töne angeschlagen; er knüpfte an den Appell, den Herr von Bethmann Hollweg bei seinem parlamentarischen Debüt als preußischer Ministerpräsident im Abgeordnetenhause an die Agrarier gerichtet hatte, an, daß sie „über die Liebe zur engeren Heimat niemals die Pflichten gegen die Allgemeinheit und das große Vaterland vergessen" möchten, und fuhr dann fort:

„Eine klarere Absage an den Hahn auf seinem Miste, der nach nichts lugt als nach dem fetten Regenwurme, kann es doch kaum geben. Der Mensch lebt nicht vom Brote allein, sondern es gibt höhere Ziele, denen die Landwirtschaft nachstreben soll, und welche sie auch allein erfüllen kann. Diese sind's, die es der Regierung auferlegen, sie besonders vor Schädigungen zu bewahren.

Was besagen denn jene mahnenden Worte des Kanzlers anderes als dies: Laßt ab von Eurer einseitigen Interessen-Vertretung. Fangt an einzusehen, daß die hohen Zölle nicht genügen, um die sichere Grundlage der Landwirtschaft zu erhalten. Man hat es in Hunderten von Fällen erfahren müssen, daß die höheren Renten, die der Staat der Landwirtschaft durch die Zölle sichert, sofort „eskomptiert" werden; oft schon im voraus, bei der bloßen Ankündigung, werden sie wettgemacht in den höheren Preisen für die Landgüter und in zweiter Linie in der höheren Hypotheken-Belastung der ländlichen Liegenschaften, und in dritter Linie durch die vermehrte Ueberschwemmung des Geldmarktes mit den demgemäß ausgegebenen Pfandbriefen.

Also wird man sich entschließen müssen, diesem System der „Eskomptierung, Kapitalisierung und Vorwegnahme" der Einkünfte und Renten

---

[1]) Stöcker hat selber einmal über einen aus diesen Kreisen gekommenen Beitrag von 150 000 Mark quittiert.

der Landwirtschaft ein Ende zu machen, wenn anders man nicht Gefahr laufen will, daß sich die Sympathie der Bevölkerung und der Staatsregierung wenigstens von den Trägern der landwirtschaftlichen Interessen, so wie sie sich zurzeit noch gebärden, immer mehr abwendet. Denn man wird dann einsehen lernen, daß man die Landwirtschaft vor ihren eigenen Interessenten zu schützen hat, wenn diese weder Ohren haben zu hören, noch Augen zu sehen, noch Herzen zu fühlen, noch einen genügenden Verstand, um ihre eigenen Interessen zu verstehen."

„Staatsb.-Zeitung" gegen Agrarier.

Selbst der „Staatsb.-Ztg." (Febr. 1909) graute bei der Reichsfinanzreform vor dem Steueregoismus der Agrarkonservativen; sie veröffentlichte eine ihr aus parlamentarischen Kreisen zugegangene Zuschrift, in der den Herren vom Bunde der Landwirte und ihren Affilierten wegen ihrer Steuerscheu gehörig die Leviten gelesen und folgendes düstere Bild der nächsten allgemeinen Reichstagswahlen gemalt wurde:

„Freilich hart und grausam wird ein solcher Wahlkampf; der Besitzlose wird stehen gegen die Besitzenden, der von seiner Hände Arbeit lebt gegen das Großkapital. Zum erstenmal wird der deutsche Osten, werden die Gegenden flachen Landes der altpreußischen Provinzen den Klassenkampf erleben. Nicht mehr die natürliche Interessensolidarität an der Rentabilität der Landwirtschaft wird den Rittergutsbesitzer mit seinem Instmann vereinigen wie beim Wahlkampf nach dem Zolltarif. Der kleine Mann, der nach schwerer Arbeit steuert von den Freuden seines Lebens, wird hart und unerbittlich fordern, daß auch diejenigen opfern, denen ein gutes Geschick die Glücksgüter verlieh, die er selbst entbehrt, und die Autorität der Regierung wird neben ihm stehen in seinem Kampfe. Das Vertrauen wird schwinden, das jahrzehntelang zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesen Gegenden des patriarchalischen Systems angesammelt ist. Es wird eine Saat gesät, die einst blutige Früchte trägt . . ."

Heute wird sich das Berliner Antisemitenblatt natürlich nur sehr ungern an die damalige herbe Kritik an ihren Freunden von rechts erinnern lassen, und noch weniger an die Aeußerung in Nr. 277 (1909), im Volke sei durch die zunehmenden Heiraten verschuldeter adliger Sprößlinge mit Töchtern reicher jüdischer Bankiers „die Achtung vor dem Adel längst auf ein Minimum gesunken". Soweit der Adel noch etwas gelte, sei es nur um der Mittel wegen, die meist dahinter vermutet werden.

Der Schlachtruf: „Wider Juden und Junker" ist übrigens auch früher schon in hessischen und pommerschen Wahlkreisen erschallt; die Konservativen sind sogar schon als „Cohnservative" verhöhnt worden. In einem bei der Reichstagswahl 1898 in Neumarkt (Schlesien) verbreiteten Flugblatt wurden die Konservativen als ein „Korps charakterloser politischer Eunuchen", eine „Gesellschaft willenloser Hoflakaien" bezeichnet. Als im Reichstage (29. Januar 1896) Graf Limburg-Stirum von „hergelaufenen" antisemitischen Agitatoren sprach, revanchierte sich Abg. Bindewald mit dem Hinweis auf die Vorfahren der Konservativen, welche als „Strauchritter die friedlichen Kaufleute ausraubten und die Bauern drangsalierten".

Graf Limburg-Stirum gegen Bindewald.

Das deutschsoziale Hamburger „Deutsche Blatt" veröffentlichte im Jahre 1905 eine gepfefferte Kritik des unsozialen Verhaltens

„Deutsches Blatt“ gegen „rückständige Konservative“.

der Konservativen beim Berggesetz, die als „Hinterwäldler“ und „Kohlenbarone“ bezeichnet wurden. Der Abg. Graf Reventlow erhob zwar gegen diese Angriffe Einspruch, und zwar um so mehr, da diese abfällige Kritik Aufnahme gefunden habe in einem Blatt, „für das die Verantwortung nicht nur von dem Einsender und der Schriftleitung, sondern auch von der Gesamtpartei und ihrer parlamentarischen Vertretung getragen werde“. Das Blatt erwiderte jedoch hierauf sehr trocken, daß es keine Veranlassung habe, die von der Parteileitung abweichende Meinung eines Gesinnungsgenossen zu unterdrücken, „da ein Parteiblatt u. E. nicht zum Totschweigen, sondern zum Meinungsaustausch für die Parteigenossen da ist“. Und quasi als Trumpf fügte es der Zuschrift des Grafen Reventlow gleich die Antwort des angegriffenen Artikelschreibers an, der nun noch deutlicher wurde und es als seine „feste Ueberzeugung“ erklärte, daß die „in sozialpolitischen Fragen rückständigen Konservativen“ auf die Dauer dem sozialdemokratischen Ansturm unterliegen würden. In den bisherigen Domänen der Konservativen liege das „deutschsoziale Arbeitsfeld der Zukunft“, das beizeiten in Angriff genommen werden müsse. Den Reichstag von diesen Parlamentariern zu säubern und deutschsoziale Abgeordnete an ihre Stelle zu setzen, das bedeute „Stärkung der Rechten“.

„Deutschsoz. Bl.“ über die Kreisblätter.

Gelegentlich fallen auch heute noch einige giftige Seitenbemerkungen gegen die Konservativen oder ihre Presse. So konnte man (Dez. 1909) in einer Briefkastennotiz der „Deutschsoz. Bl.“ folgende hübsche Charakteristik der Kreisblätter lesen:

> „Daß auch kleine konservative Blätter ihn (den Waschzettel) abdruckten, ist nicht weiter verwunderlich, politische Intelligenz in jenen Kreisen ist manchmal auch mit einem Vergrößerungsglas nicht zu entdecken.“

Bei den Wahlen aber lassen sich die Antisemiten die Hilfe dieser „minder intelligenten“ konservativen Kreisblätter selbstverständlich recht gern gefallen.

Dr. Böhme über B. d. L.

Großen Anstoß hat schon wiederholt die allzu intime Freundschaft der Antisemiten mit dem Bunde der Landwirte erregt. Der Abg. Dr. Böhme hat ja in seiner schriftlichen Austrittserklärung aus der deutschsozialen Partei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch die Liebedienerei des Herrn Liebermann v. Sonnenberg und eines Teiles seiner Freunde bei der Reichsfinanzreform „zugleich für alle Zeiten der Glaube an die Unabhängigkeit der deutschsozialen Partei vom Bunde der Landwirte zerstört“ worden ist. In der „Deutschen Hochwacht“, dem Organe des antisemitischen „Deutschen Volksbundes“ der Herren Hans von Mosch, Prof. Förster und Dr. Böckel, konnte man damals (Aug. 1909) ebenfalls lesen, daß die konservative Partei eine „innerlich unwahre und kraß selbstsüchtige Vertreterin der Sonderinteressen des Großgrundbesitzes und seiner Gefolgschaft“ sei. In den Städten habe der Hoch-Konservative daher völlig

„Deutsche Hochwacht“ über „krasse Selbstsucht“ der Konservativen.

ausgespielt, ja er werde dort „von den Massen einfach ausgelacht". Einige Monate vorher (22. 5. 1909) hatte dasselbe Blatt die Konservativen schon als eine „überlebte, mehr als faule Partei" bezeichnet und hinzugefügt:

„Ein bißchen Hurra-Patriotismus und einige „fromme" Salbadereien, dazu alle fünf Jahre eine „Wahl" mit Hilfe des Landrates, Amtsvorstehers und Gemeindedieners; — das war ihre politische Arbeit . . .
Die Konservativen haben eben, solange sie mächtig waren und der schlichte Mann ihnen gläubige Gefolgschaft leistete, immer nur für ihre eigenen ständischen Herren-Interessen gesorgt, der Mittelstand bekam ein paar gnädige Brocken ab und der Arbeiter noch weniger."

Merkwürdig nur, daß Herr Dr. Böckel es nicht unter seiner Würde gehalten hat, für eine solche verächtliche Partei noch in den letzten Jahren eine Reihe von Propagandavorträgen in der Mark Brandenburg zu halten.

Die „Arbeit" über „Unbeliebtheit" der Konservativen.

Die christlichsoziale Presse hat ebenfalls den Konservativen schon bittere Wahrheiten gesagt. „Die Arbeit", das Organ des Reichstagsabg. Behrens, des Präsidenten der christlichsozialen Partei, bemerkte am Schlusse einer Wahlbetrachtung (15. 4. 1911):

„Die Konservativen sind im Kleinbürgertum und in der Arbeiterschaft im höchsten Maße unbeliebt. Man mag diese Tatsache bedauern, ja auch bestreiten, aber wahr bleibt sie doch."

Dasselbe Blatt schrieb schon früher einmal (20. 8. 1910):

„Die konservative Partei ist der breiten Masse des Volkes entfremdet! . . . Und wie steht es in den Handwerker- und Mittelstandskreisen? Es muß offen ausgesprochen werden, daß man diesen Kreisen nicht immer das nötige Verständnis entgegengebracht hat. Weite Kreise des Handwerker- und Mittelstandes haben den Rechtsparteien den Rücken gekehrt. Auch in den Kreisen der kleinen Beamten hat man es verstanden, die konservative Politik unpopulär zu machen. Und daß man auf den Arbeiterstand, besonders auf den Industriearbeiterstand, vollständig verzichtet hat, ist eine sehr bedauerliche Tatsache, die sich noch bitter rächen wird."

Dieses abfällige Urteil müssen die Konservativen, die sich als die Anwälte des Mittelstandes, der kleinen Leute, aufzuspielen pflegen, von einer ihnen so nahestehenden Seite sich sagen lassen.

Die „Kreuzztg." über Krösell.

Umgekehrt haben es natürlich auch die Konservativen nicht an bitterbösen Aeußerungen gegen die Partei der „politischen Marodeure" fehlen lassen (siehe u. a. das Kapitel: „Die Wirtschaftliche Vereinigung"). Die christlichsoziale Partei hat die „Kreuzztg." schon wiederholt als „Vorfrucht der Sozialdemokratie" bezeichnet. Ueber die Agitation des Expastors und früheren antisemitischen Reichstagsabg. Krösell-Kloxin veröffentlichte die „Kreuzztg." eine längere Zuschrift aus dessen Wahlkreise, in der es zum Schluß hieß:

„Wie aber kann, so fragen alle treuen Konservativen, ein evangelischer Geistlicher sich auf solche wüste Agitation einlassen? Welche Schädigung erleidet dadurch die Kirche und der geistliche Stand? Möchten die traurigen Erfahrungen der letzten Reichstagswahl endlich die Reichsregierung veranlassen, Mittel und Wege zu finden, durch welche der gewissenlosen Agitation und scham-

losen Hetzerei, die unser Volk vergiften, ein Ziel gesetzt wird."

Der „Reichsbote" über Frölich.

Ueber die Agitation der Antisemiten in Ost- und West-Sternberg, wo 1898 der Volksbündler, spätere Reformparteiler Frölich gewählt worden war, schrieb seinerzeit ein konservativer Wähler an den „Reichsboten":

„Der Kaufmann Frölich aus Potsdam, sonst hier unbekannt, hat durch seine Wühlereien und starken Verdächtigungen gegen die Konservativen und deren Kandidaten leider auch viele Wähler auf dem Lande gefunden, so daß er gegen den konservativen Kandidaten, der hier angesessen, Land und Leute und ihre Bedürfnisse genau kennt und bisher den Kreis würdig und in treuer Arbeit vertreten hat, in die Stichwahl gekommen war und mit Hilfe der warm umschlungenen Krücken der sozialdemokratischen Stimmen gewählt worden ist."

Die dicke Freundschaft mit der Sozialdemokratie, mit der der Kloxiner Pfarrer, wie allgemein behauptet wurde, ein Wahlbündnis im Austausch gegen die antisemitische Unterstützung der Sozialdemokratie in Stettin abgeschlossen hatte, hatte die „Kreuzztg." auch Herrn Krösell zum Vorwurf gemacht: „Er hält Brandreden gegen die „hochkonservativen„ Großgrundbesitzer, liebäugelt mit den Maurern auf ihrem Bau, drückt den Sozialdemokraten freundschaftlich die Hand."

Die „Kreuzztg." über die Agitation der Antisemiten.

Ueber die Wahlagitation der Antisemiten bei der Nachwahl in Kolmar-Czarnikau-Filehne (1908), die von Herrn Wilhelm Bruhn geleitet wurde, veröffentlichte ein konservativer „Ostmärker" in der „Kreuzztg." eine Zuschrift, in der es u. a. hieß:

„In dem jetzigen Wahlkampfe zeigt die Reformpartei jedoch einige ganz neue Züge und in mancher Hinsicht eine richtige Chamäleonsnatur. Da behauptet der eine Agitator in der Stadt, die Landwirtschaft sei genügend vertreten, es müßten mehr Städter in den Reichstag. Der andere stellt sich als Mitbegründer des Bundes der Landwirte vor, als dessen Kandidat er gewählt sei. Als solcher müsse er zur Wahl des Antisemiten raten. Hier wird der Kandidat als Angehöriger des gewerblichen Mittelstandes geschildert, dort wird es so dargestellt, als sei dies nur Nebensache und die Bewirtschaftung von 120 Morgen Landbesitz die Hauptsache. Wieder wo anders wird der frühere Beruf als Fleischermeister ins Treffen geführt. Der eine Redner erklärt, der Bund der Landwirte stehe vollkommen unter dem Einfluß von Junkern und Großgrundbesitzern, die auf das Interesse der Bauern nicht die geringste Rücksicht nähmen, der andere meint, der Bund der Landwirte stehe zu seiner Partei in einem viel engeren Verhältnis als zur konservativen.

Der Name „Reformpartei" wird überwiegend verschwiegen und die antisemitische Kandidatur als eine solche des Mittelstandes schlechtweg hingestellt."

Konservative Blätter über die Agitation Bruhns.

Ueber die Agitationsweise des Herrn Bruhn selbst wurde in einer Zuschrift an verschiedene Berliner konservative Blätter im Juni 1911 bittere Klage geführt, und gleichzeitig schärfste Verwahrung eingelegt gegen „die Art und Weise, wie Herr Bruhn seinen Gegner persönlich herunterzusetzen versucht, wie er nach Art der Sozialdemokratie den Haß der weniger Besitzenden gegen die mehr Besitzenden zu schüren sucht, wie er besonders gegen den Großgrundbesitz zu hetzen sucht". Zum Schluß dieser Zuschrift hieß es:

„Wenn der politische Kampf in allen Wahlkreisen des Deutschen Reiches in einer derartigen Form, wie es Herr Bruhn zu tun beliebt, geführt würde, so würde unser politisches Leben auf den ödesten moralischen Tiefstand sinken, und gerade die besten Bürger würden sich vom politischen Leben zurückziehen."

In ähnlicher Weise hat sich der freikonservative Landtagsabgeordnete Viereck, der als Landgerichtspräsident in Schneidemühl die Agitationsmethode des Herrn Bruhn aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, schon vor geraumer Zeit im Abgeordnetenhause über das antisemitische Demagogentum der Gefolgschaft des Herrn Bruhn ausgesprochen. Die Personen wechseln wohl, die Agitationsformen aber bleiben dieselben. Schon im Jahre 1895 hat das „Vaterland", das Organ der sächsischen Konservativen, geschrieben, daß in der antisemitischen Partei „notorisch anrüchige Subjekte immer noch eine führende Rolle spielen", und ein Jahr später: „Leute, deren Lebensweise verhindert, daß ein auf Ehre haltender deutscher Mann ihnen die Hand reicht."

Abg. Viereck über Bruhn.

Das „Vaterland" über „anrüchige Subjekte".

Mag hinter diesen gegenseitigen Schimpfkanonaden auch ein großes Quantum wahlpolitischer Heuchelei stecken, so bleibt doch das Wort Mephistos bestehen: „Durch zweier Zeugen Mund, wird allerwegs die Wahrheit kund."

Antisemiten und Katholiken (Zentrum).

Wenn auch nach der Auflösung des Bülow-Blocks die antisemitischen Parteien aus Gründen der Taktik dem Zentrum sich wieder genähert haben, so wird doch durch diese zeitweilige wahlpolitische Entente die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß das Zentrum als politische Interessenvertretung der Katholiken gerade aus antisemitischen Kreisen schon auf das heftigste bekämpft worden ist, und zwar sowohl von den Wodansanbetern wie den frommen Christlichsozialen. Ja, es ist merkwürdig, daß gerade Stöcker, dessen Partei in den letzten Jahren eigentlich nur noch ein evangelisches Anhängsel des Zentrums geworden ist, vielleicht das schärffste Verdikt über den „Ultramontanismus" gefällt hat. Im Jahre 1891 erklärte er, wie in Dietrich von Oertzens Stöckerbiographie nachzulesen ist:

Stöcker gegen „Ultramontanismus".

„Sehen wir auf die Länder, wo Rom unbestritten herrscht, so finden wir weder Glaube noch Sitte, weder politische noch soziale Lebenskraft. Nein, Rom ist nicht stark, es hat nur einige rote, gesund erscheinende Flecke im Gesicht, aber dahinter steckt die Schwindsucht des ganzen Leibes."

Und im „Volk" (1904, Nr. 127) schrieb Stöcker, der es vor einem Jahrzehnt auch lebhaft bedauert hatte, daß die „Kreuz-Ztg." „zu sehr auf die katholische Seite gefallen" sei: „Ich verkenne die Gefahr des Ultramontanismus für Staat und Kirche nicht." Sein Parteifreund Dietrich von Oertzen hat ebenfalls gegen den Katholizismus und die Jesuiten schon die schärffsten An-

Dietrich von Oertzen gegen die Jesuiten.

griffe gerichtet. In einem Artikel der „Reformation“, der den heftigsten Unwillen der „Germania“ erregte, die von „Verleumdung“ und „naturalistischem Uebermenschentum“ sprach, äußerte er sich z. B. über die Jesuiten:

„Die Jesuiten aber sind in der Politik so biegsam gewesen, daß ihnen der Fürstenmord keine ethischen Schwierigkeiten machte.“

„Und wenn sie (die Jesuiten) auch den Satz vom Zweck, der die Mittel heiligt, nicht in dieser Form geprägt haben, so ist es zu allen Zeiten die Spezialität ihrer Arbeit auf dem Gebiete der persönlichen Ethik gewesen, daß sie das förderten, was man les arrangements avec le Bon dieu nannte, also gerade die Biegsamkeit aller ethischen Normen.“

Christlichsoz. Flugblatt gegen die Katholiken.

Gegen die Jesuiten und den Katholizismus überhaupt machte auch ein im Verlage des bekannten christlichsozialen Vorstandsmitgliedes Otto Rippel-Hagen erschienenes Flugblatt: „Die Wahlpflicht der Christen“ von S. Keller-Düsseldorf mobil, das bei den Wahlen des Jahres 1903 zur Wahl von Stöcker in Siegen und Dr. Burckhardt in Dillenburg aufforderte; es hieß darin u. a.:

„Wir müssen uns klar darüber werden, welche Stellung der wirkliche Christ in der Welt einzunehmen hat. Die katholische Auffassung, als müßte das Reich Gottes, worunter man die Kirche verstand, eben alle Weltreiche völlig beherrschen, ist weltgeschichtlich längst gerichtet; die Herrschaft des Papsttums im Kirchenstaat und die Jesuitenrepubliken in Südamerika haben es jedem unvoreingenommenen Beobachter deutlich gezeigt, daß Pfaffenherrschaft für die regierten Gebiete ein Unglück sei. Das war ein böser Traum.“

Weiter hieß es dann unter der Ueberschrift: „Eine ernste Notlage“:

„Katholiken, Judentum und Sozialdemokratie und ein wissenschaftlich sich blähender Liberalismus sind in der Oeffentlichkeit sogleich einig, wenn es gilt, den wirklichen Lebensinteressen des evangelischen Volkes die Pulsadern zu unterbinden. Wird's besser werden, wenn es bleibt, wie es ist? Wird's besser werden, wenn die Jesuiten ins Land kommen, oder die Atheisten, wie Bebel neulich im Reichstag offen seine Partei genannt hat, durch die Fehler der Feinde gestärkt, mit hundert Mann in das Parlament einziehen, oder wenn man das Alte Testament in babylonischer Verwirrung zusammenstreicht, oder aus dem Neuen Testament in liberalem Sinne die lebenschaffenden Tatsachen herausdestilliert?“

Hier wurden also die Katholiken von den Christlichsozialen mit den von ihnen als ihre geschworenen Gegner bezeichneten Juden und Sozialdemokraten auf die gleiche Stufe gestellt.

Ebenso wurde in einem Flugblatt der christlichsozialen Partei an die Essener Reichstagswähler, herausgegeben von dem christlichsozialen Parteisekretär Gutsche, dem römischen Katholizismus die schärfste Fehde angesagt:

„In dem Zentrum verkörpert sich politisch der Ultramontanismus, dessen Herrschaft in Deutschland eine Gefahr für das evangelische Bekenntnis, für die evangelische Freiheit ist. Das Zentrum ist eine konfessionelle katholische Partei, deren Herrschaft in dem überwiegend evangelischen Deutschland ein unerträglicher Gedanke ist. Das Zentrum benutzt seine Machtstellung, um für seine konfessionellen Interessen Vorteile zu erringen. Die Christlichsozialen wirken diesem Zustande entgegen.“

Im Organ des christlichsozialen Abg. Dr. Burckhardt, dem „Nassauer Volksfreund", konnte man lesen (1904, Nr. 63): **Dr. Burckhardt.**

„Die Katholiken innerhalb der christlichen Gewerkschaften, an deren Spitze der dickköpfige Erzbischof Kopp, der aalglatte Baron von Savigny und der streitbare Kaplan Dasbach stehen, wollen von dieser Zersplitterung nichts wissen."

In dem „Evangelischen Vereinsboten", dem Organ des Lic. Weber, des langjährigen Intimus Stöckers, wurde vor der Auflösung des Reichstags 1906 u. a. geschrieben, daß die Regierung dem Zentrum den Fehdehandschuh hingeworfen habe, weil man des „hinterlistigen, unehrenhaften und niederträchtigen Handelns der Zentrumsschliche müde" sei; und zum Schluß hieß es: **Lic. Weber.**

„Nieder mit dem Zentrum. Es vergiftet unser Volk und betrügt es um seine nationale Ehre. Uns Evangelische trennt von dem Zentrum eine Kluft, die so unüberbrückbar ist, wie irgend eine in der Welt."

Die Niederlage des Schwiegersohnes Stöckers, Lic. Mumm, bei der Siegener Reichstagsersatzwahl 1910, die zum Teil auf die Stimmabgabe vieler über das christlichsoziale Demagogentum empörter Zentrumswähler für den nationalliberalen Kandidaten zurückzuführen war, hatte die christlichsoziale Presse in eine solche Wutstimmung versetzt, daß sie auch den katholischen Wählern die christliche Gesinnung absprach und die blasphemische Wendung gebrauchte, daß die „Feindschaft gegen den Herrn im Himmel" alle Gegner der Christlichsozialen geeint habe.

Die Reformpartei hat — zumal in Sachsen — immer eine scharfe Klinge gegen den Katholizismus geführt. Ihr offizielles Organ, die „Deutsche Wacht", nannte (wie in dem Kapitel: „Die Juden und das Christentum" ausführlicher dargelegt ist) in einem Reformationsartikel die Jesuiten eine „sittliche Pest", und bei dem Tode Leos XIII. schrieb dasselbe Blatt, das damals noch von dem Parteivorsitzenden Oswald Zimmermann inspiriert wurde (12. 7. 1903): **„Deutsche Wacht" nennt Jesuiten „sittliche Pest".**

„Die Kastraten der päpstlichen Hauskapelle können ihr Requiem nicht herzbrechender singen, als der Chor der deutschen Publizisten ihre Totenklage, und wenn z. B. heute ein auf der Durchreise in Berlin weilender Amerikaner so ein paar Leoartikel glücklich verdaut hat, muß er unfehlbar zur Ueberzeugung kommen, daß das deutsche Volk kaum einen größeren Wohltäter gehabt hat als den welschen Bischof Joachim Pecci, der jetzt als einer der erfolgreichsten römischen Kirchenpolitiker endgültig in jenes Reich eingehen will, das wirklich nicht von dieser Welt ist."

Im folgenden Jahre (März 1904) brachte dieses offizielle Parteiorgan der Reformpartei ein gegen den Reichskanzler Grafen Bülow und den Papst gerichtetes Schmähgedicht: **Schmähgedicht gegen den Papst und Bülow.**

„Nun gehe hin zum Papst und hol' Dir Deinen Orden;
Im Herzen bist Du längst ja Römling schon geworden. —
Doch wird's mit Gott dereinst in Deutschland wieder tagen,
Und dann ein deutscher Mann des Reiches Banner tragen,

Ein Mann, stark, tapfer, treu und ohne welsche List,
Der weiß, was er dem Volke Luthers schuldig ist,
Der jagt die schwarze Sippe wieder aus dem Lande,
Wie Bismarck einst! Heil ihm! Dir aber — Fluch und Schande!"

Die deutschsoziale Gruppe des Herrn Liebermann v. Sonnenberg wagte es bisher nicht, ihre Gegnerschaft gegen das Zentrum und den Katholizismus so offen zu enthüllen wie die Reformpartei und früher die Christlichsozialen. Doch gibt es auch in ihr eine nicht geringe Anzahl von rabiaten Katholikenfressern, und das parteiamtliche Organ, die „Deutschsoz. Bl.", haben infolgedessen (wie in dem Kapitel: „Die Antisemiten und das Christentum" geschildert wird) ihren mit der „leisetreterischen" Haltung der Parteileitung gegenüber dem „Ultramontanismus" nicht einverstandenen Parteigenossen den Rat gegeben, bei der Revision des Programms entsprechende Anträge zu stellen. Im Oktober 1906, als die Kolonialdebatten, die dann zur Auflösung des Reichstags führten, die Gemüter schon heftig erregten, waren es gerade die „Deutschsoz. Bl.", die am heftigsten gegen den Zentrumsabgeordneten Erzberger polemisierten, dieses „Licht von Ochsenhausen" und „neuen Ahlwardt", wie sie ihn titulierten.

„Deutschsoz. Bl." über „Ultramontanismus".

Antisemiten und Sozialdemokraten.

Bei keiner der reaktionären Parteien sitzen die patriotischen Phrasen so locker wie bei den Antisemiten; der agitatorische Aufputz ihrer Hetzreden stammt zum größten Teil aus der Phraseologie des Byzantinismus und eines überspannten Nationalismus, der Kampf gegen den „Umsturz" ist eines ihrer beliebtesten Schlagworte. Und doch ist keine Gruppe der Rechten leichter geneigt, alle feierlichen Grundsätze abzuschwören und demselben „Umsturz" tatkräftig direkte oder indirekte Wahlunterstützung zu leihen, wenn es gilt, den noch weit mehr verhaßten Liberalismus zu Fall zu bringen. Zum Beweise nur einige wenige Beispiele:

„Deutschsoz. Bl."

Die Deutschsoz. Bl." gaben (22. 4. 1911) unter Beschimpfung der Freisinnigen mit Ausdrücken, wie „jämmerliches Gebilde", „muffiges Gerümpel", „Lügenzeug", die Parole aus, bei Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten für letztere einzutreten. Sie schrieben nämlich:

„Eine starke Sozialdemokratie ist ungefährlich, solange — ihr nur ein schwacher Liberalismus zur Seite steht. Die rote Gefahr muß durch einen indirekten Stoß getroffen und abgewehrt werden. Das erfordert weniger starke Männer als kluge Taktiker. Und die hat es auf der rechten Seite in schwierigen Fällen noch stets gegeben."

Andere antisemitische Blätter haben eine gleiche Stellungnahme empfohlen. Anläßlich der Reichstagsersatzwahl in Gießen erklärte der bekannte Agitator Thomas Reuther in einer Versammlung in Hausen, man solle, wenn man nicht antisemitisch wählen wolle, lieber

einem Sozialdemokraten die Stimme geben. Wenn diese Erbpächter der nationalen Gesinnung so tun, als ob ihnen diese Taktik gewissermaßen durch die damaligen Parteikonstellationen aufgedrängt worden wäre, so spekulieren sie offenbar auf das schlechte Gedächtnis ihrer politischen Gegner. In Wirklichkeit haben die Antisemiten auch in früheren Zeiten der Sozialdemokratie direkte und indirekte Unterstützung angedeihen lassen. Ein paar Beispiele mögen das beweisen:

In den „Deutschsoz. Bl." vom 30. November 1899 war in einem Epilog zu den badischen Landtagswahlen zu lesen:

„Ferner ist noch erwähnenswert, daß im Wahlkreise Karlsruhe-Land zwei Drittel der antisemitischen Wahlmänner unter Führung von Thomas Reuther für den Sozialdemokraten, die übrigen wie vorher verabredet für den Konservativen stimmten, trotzdem letzterer der antisemitischen Partei ziemlich nahe steht und auf diese Weise nur mit vier Stimmen Mehrheit gewählt wurde."

Bei der Landtagsersatzwahl in Karlsruhe-Land Ende 1901 wurde der bisherige Inhaber des Mandats, der Abg. v. Stockhorner, der durch seine Amtsbeförderung desselben verlustig gegangen war, mit nur einer Stimme Mehrheit wiedergewählt. Die Antisemiten, welche sich Hoffnung auf die Eroberung des Mandats gemacht hatten, gingen leer aus. Es waren drei Wahlgänge erforderlich. Die wenigen nationalliberalen Stimmen fielen dem konservativen Kandidaten zu. Die 37 antisemitischen Wahlmänner spalteten sich: 18 stimmten für den Sozialdemokraten, 13 für den Konservativen, 4 gaben weiße Zettel ab. Der Konservative wurde schließlich mit 76 gegen 71 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Bei der Landtagswahl in Karlsruhe-Land im November 1903 verhalfen die Antisemiten dem Sozialdemokraten zum Siege. Es wurden im ersten Wahlgange für den konservativen Kandidaten 60, für den antisemitischen 40 und für den sozialdemokratischen 70 Stimmen abgegeben. Im dritten Wahlgange erhielt der Sozialdemokrat 85, der Konservative 71 Stimmen. Die übrigen Stimmzettel waren ungültig bezw. unbeschrieben. Danach sind also von den 40 antisemitischen Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten 15 und dem konservativen 11 Stimmen zugute gekommen, während 14 ungültig waren oder nicht abgegeben wurden.

Dr. Böckel für Unterstützung der Sozialdemokraten

Der „Reichsherold" des Dr. Böckel vom 28. September 1894 enthielt folgende Notiz:

„Gmünden a. Wohra. Unter den Parteigenossen der hiesigen Gegend, welche bei den seitherigen zwei Reichstagswahlen Tausende von Stimmen für Dr. Böckel abgaben, ist infolge der seitens der Reformpartei gegen Dr. Böckel beliebten schnöden Handlungsweise die Erbitterung so groß, daß beschlossen wurde, im Fall einer Neuwahl im hiesigen Wahlkreise für den Sozialdemokraten zu stimmen."

Bei der Reichstagsersatzwahl in Bernburg-Köthen im Jahre 1894 hatten die Antisemiten einen eigenen Kandidaten nicht aufgestellt. Zu der in einem Flugblatte der sogenannten Mittelstands-

partei ausgesprochenen Mahnung, Mann für Mann für den Sozialdemokraten zu stimmen, schrieb Dr. Böckel in seinem „Reichsherold" vom 20. November:

„Das ist sehr vernünftig. Alle antikapitalistischen Parteien müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei Wahlen stramm zusammenhalten, um die Wahl eines Kapitalvertreters zu verhindern!"

Pfarrer Iskraut. Der Pfarrer Iskraut, der spätere Reichstagsabgeordnete, sagte im September 1894 in einer Versammlung zu Bitterfeld:

„Wenn Sie schon einmal bei einer Stichwahl vor der Entscheidung stehen, einen Freisinnigen oder einen Sozialdemokraten zu wählen, dann, meine verehrten Arbeiter, wählen Sie unter keinen Umständen einen Freisinnigen, sondern geben Sie Ihre Stimme den Sozialdemokraten."

Anläßlich der Reichstagsersatzwahl in Westhavelland im Jahre 1896 hieß es in der „Deutschen Volkswacht" der Abgg. Hirschel und Köhler (8. August):

„Die Wahl des Sozialdemokraten scheint gesichert, was weiter kein Schaden ist."

Wenn aber die Antisemiten selber in Stichwahl mit Sozialdemokraten stehen, verlangen sie ungeniert, daß die noch soeben von ihnen als „vaterlandslose Gesellen" beschimpften Liberalen natürlich Mann für Mann für die antisemitische „Ordnungsstütze" stimmen!

Zurücksetzungen der Juden.

Armeeverwaltung.

Die Zurücksetzung, die unsre jüdischen Mitbürger fortgesetzt im deutschen Heere erfahren, bildet ein sehr ernstes Kapitel und wirft ein betrübendes Schlaglicht auf die kulturellen Verhältnisse in Deutschland. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus hat über diesen Gegenstand eine besondere Abhandlung[1]) veröffentlicht, die auf 88 Seiten die Frage erschöpfend behandelt und das ganze einschlägige Material zusammenstellt. Es braucht daher an dieser Stelle nur kurz auf die Hauptgesichtspunkte eingegangen zu werden; wer sich über die geschichtlichen Verhältnisse, die Zeugnisse der amtlichen Stellen, die parlamentarischen Verhandlungen über die Zurücksetzung der Juden im Heere näher unterrichten will, wird sicher nicht verfehlen, sich dieses Quellenwerk zu beschaffen.

Mit der tendenziösen Behauptung, daß die Juden sich physisch und moralisch für den Militärdienst nicht eignen, soll die offensichtliche Verfassungswidrigkeit, die darin liegt, daß man die Juden in Preußen, Baden, Hessen, Württemberg grundsätzlich und auch in Bayern sehr häufig vom Offiziersstande ausschließt, gerechtfertigt werden. Diese antisemitische Argumentation ist aber grundfalsch. Es gibt gar keine Volksklasse, die nicht durch Zucht zum Militärdienst herangezogen werden kann. Die Tapferkeit und die Kriegstüchtigkeit sind keine von Gott mitgegebenen Gaben, sondern sie entstehen und entfalten sich überall da, wo die soziale Notwendigkeit sie hervorruft und fördert. Warum soll es also gerade den Juden an dieser Anlage fehlen? Daß die Juden in Palästina ein tapferes Völkchen waren und selbst den Römern, den kriegstüchtigsten und kriegslustigsten unter allen Völkern, viel zu schaffen machten, daß sie sogar später unter Bar-Kochba einen Heldenkrieg führten, das lehrt uns die Geschichte. Später im Ghetto wurde durch die künstliche Entziehung der freien Bewegung und durch die einseitige berufliche Tätigkeit, zu der man die Juden verdammte, die körperliche Ausbildung freilich erheblich beeinträchtigt.

In Deutschland haben die Juden, seit ihnen die Militärpflicht auferlegt ist, stets freudigen Herzens ihren Dienst geleistet, und sie sind keine schlechteren Soldaten als ihre christlichen Kameraden. Hierfür haben wir aus allen Feldzügen Beweise in Hülle und Fülle. So traten

---

[1]) Die Juden im Heere. Herausgegeben vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Berlin 1909. 40 Pf.

Freiheitskriege.

in den **Freiheitskriegen** nach den Ermittlungen des Kriegsministeriums („Militärwochenblatt" vom 4. November 1843) in den Jahren 1813 bis 1815 als **Freiwillige 561 Juden** ein — etwa 5½ pCt. der im wehrfähigen Alter befindlichen Juden, und 170 wurden ausgehoben (zusammen 731). Einer der ersten Soldaten, der mit dem Eisernen Kreuz geschmückt wurde, war ein Jude — Günzberg.

Amtliche Denkschrift.

Im Vereinigten **preußischen Landtage** von 1847 hat die preußische Regierung in einer auf Grund der Ermittlungen des Kriegsministeriums abgefaßten **amtlichen Denkschrift** ein sehr bemerkenswertes ausführliches Urteil über das Verhalten der Juden im Heere ausgesprochen. Die Denkschrift kam zu folgendem Schlußresultat:

„Faßt man den Inhalt dieser Ermittlungen zusammen, so darf man als erfahrungsmäßiges Urteil annehmen, daß die **Juden** des preußischen Heeres von den Soldaten der **christlichen** Bevölkerung im allgemeinen **nicht erkennbar unterschieden sind**, daß sie im **Kriege gleich den übrigen Preußen sich bewährt**, im Frieden den übrigen Truppen nicht nachgestanden haben, insbesondere die jüdischen Religionsverhältnisse nirgend als ein Hindernis beim Kriegsdienste hervorgetreten sind."

Und ein solches Urteil sprachen die Behörden über die Juden in einer Zeit aus, in welcher die Gesetzgebung sie immerhin zum Teil noch als Ausgestoßene und Unfreie behandelte, also den herrschenden Vorurteilen einen viel bequemeren Deckmantel bot als heute.

Major Burg.

Wie unmöglich es in der Regel trotz der amtlichen Anerkennung den Juden geworden ist, eine ihren Leistungen entsprechende Stellung in der Armee zu erringen, beweist das Beispiel des Berliner jüdischen Freiwilligen **Burg**, welcher, von Beruf Feldmesser, am 9. Februar 1813 bei der Artillerie eintrat und sehr bald durch seine Tüchtigkeit und wissenschaftlichen Leistungen zum Sekondelieutenant ernannt und als Lehrer an die neue Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin berufen wurde. Auch seine weiteren Leistungen waren solche, daß er sich die besondere Gunst des Generalinspekteurs der Artillerie Prinzen August erwarb. Gleichwohl wurde er seiner Religion wegen, als er im Jahre 1830 nach seiner Anciennität zum Hauptmann befördert werden sollte, übergangen. Prinz August teilte ihm dies (s. „Voss. Ztg.", September 1888) in einem besonderen, seine ausgezeichneten Dienste betonenden Schreiben mit und gab ihm zugleich zu erwägen, ob er nicht „durch förmlichen Uebertritt zur christlichen Religion zugleich jeden Anstoß gegen seine fernere Beförderung aus dem Wege räumen möchte". Burg lehnte es in seiner Antwort entschieden ab, durch Aufgeben seiner Religion seine Beförderung zu erwirken. Als in demselben Jahre ein neues wichtiges militärisches Werk von Burg erschien, das allgemeinen Beifall erntete, und Prinz August nochmals die Beförderung desselben zum Hauptmann anregte, lehnte dies König Friedrich Wilhelm III. wiederum ab. Aber der Generalinspekteur Prinz August beruhigte sich dabei in seinem Gerechtigkeitsgefühle nicht. Er wiederholte seine Anträge auf Beförderung, und endlich gab der König nach. Im November 1832 wurde der Jude Burg Hauptmann und unter König Friedrich

Wilhelm IV. Major. Bis zu seinem Lebensende — er starb im Jahre 1853 an der Cholera — hat er dem Könige und dem Vaterlande treu und mit Auszeichnung gedient.

Das Material über die Beteiligung der Juden am Feldzug von 1864 ist nicht allzu reich. Eine in den neunziger Jahren herausgegebene Schrift „Die Juden als Soldaten" wies hier naturgemäß große Lücken auf, da zwischen dem Kriege und der Zeit der Abfassung dieses Buches bereits 32 Jahre verflossen waren. Es ist daher begreiflich, daß die Liste für 1864 nur 194 Juden aufweist, die an diesem Kriege teilnahmen. Zweifellos war die Beteiligung von jüdischer Seite viel stärker, als sich später ermitteln ließ. **Krieg von 1864.**

Erheblich umfangreicher ist das Material über die Teilnahme jüdischer Soldaten im Kriege von 1866. Die Schrift „Die Juden als Soldaten" zählt aus 200 jüdischen Gemeinden 1025 jüdische Krieger auf. **Krieg von 1866.**

Den weitaus stärksten Teil des Werkes „Die Juden als Soldaten" füllen die Listen und Aufzeichnungen über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71. Zwar sind auch hier große Lücken vorhanden, allein das Material, das gegeben ist, redet eine sehr deutliche Sprache. **Krieg von 1870/71.**

Wenn nun schon in der ersten Liste der angefragten Gemeinden rund 4700 jüdische Krieger genannt werden konnten, so muß füglich diese Zahl weit höher gegriffen, vielleicht gar verdoppelt werden. Es folgte bald darauf eine Liste von 483 jüdischen Soldaten, die verwundet oder getötet wurden. Wie oft haben nicht antisemitische Agitatoren behauptet, daß die Juden den Gefahren des Feldzuges so viel wie möglich aus dem Wege gegangen sind! Die Zahlen beweisen das Gegenteil.

Die nächste große Aufstellung enthält eine Liste von 373 jüdischen Soldaten, welche das Eiserne Kreuz (327) oder die entsprechenden militärischen Auszeichnungen anderer deutscher Bundesstaaten erhalten haben. Die antisemitische Presse schrieb zwar, und Herr Raab betete das Sprüchlein noch im Jahre 1911 im Reichstage nach:

„Nach der Liste, die die Judenschutzmitteilungen veröffentlicht haben, handelt es sich fast nur um Aerzte. Von besonderer Kriegstüchtigkeit sind also diese Eisernen Kreuze kein Beweis."

Diese Behauptung ist jedoch unwahr. Diese Liste mit ihren in den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" veröffentlichten Nachträgen zählt 363 jüdische Ritter des Eisernen Kreuzes und der entsprechenden Orden anderer Bundesstaaten, darunter 139 Aerzte und 224 Soldaten.

Fassen wir noch die Ergebnisse des Werkes „Die Juden als Soldaten" zusammen, so muß die Haltlosigkeit aller antisemitischen Behauptungen klar werden:

Die Juden haben eine ziemlich ebenso große Anzahl von Kriegern gestellt wie die übrige Bevölkerung.

Die Juden haben durch Tapferkeit ein Aufrücken in die höheren Chargen erreicht und sind in hervorragendem Maße in die niederen führenden Stellungen als Unteroffiziere eingerückt.

Die Juden haben eine ebenso hohe Anzahl von Dekorationen aufzuweisen wie die übrigen Soldaten.

Die Juden haben sich ebenso mutig geschlagen, und sind wie die übrigen Soldaten verwundet oder niedergeschossen worden.

Die Juden haben als Aerzte einen bedeutsamen Anteil an den sanitären Hilfsleistungen gehabt.

Seit dem großen Kriege von 1870/71 war Deutschland eine lange Periode des Friedens vergönnt. Wir hatten nur wiederholt in unseren Kolonien gegen die Schwarzen zu kämpfen und waren an der Strafexpedition nach China beteiligt. Und auch bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, daß der Jude den andern Bürgern an Tapferkeit und Patriotismus nicht nachsteht. Man muß auch bedenken, daß hier nur Freiwillige gekämpft haben, da für die Soldaten keine Pflicht bestand, sich diesen Truppen anzuschließen. Im Herero-Feldzug fiel der jüdische Leutnant Bendix, im Chinakrieg Arthur Leiser aus Schubin.

Trotz alledem will es manchmal scheinen, daß die Militärverwaltung auch heute noch den Grundsatz der Gleichberechtigung, die Grundsäule der Verfassung, nicht kennt. In dem größten Teile von Deutschland, namentlich in Preußen und in all den anderen Ländern des preußischen Militärkontingents kann der Jude auch bei der glänzendsten Befähigung und besten Führung nicht einmal Reserveoffizier werden. Auch in Bayern sind die paar jüdischen aktiven Offiziere entweder ausgestorben oder mit sanfter Gewalt verabschiedet worden, und auch der jüdische Reserveoffizier ist hier nicht mehr so häufig, wie man anzunehmen pflegt. Wenn man von der Unfähigkeit der Juden für den Offiziersstand spricht, so wird dieser Vorwand schon dadurch hinfällig, daß man den jüdischen Aspiranten, sobald er die Taufe annimmt, glatt befördert. Es kann doch aber nicht die Aufgabe des Staates sein, die Leute zu einer Taufe ohne Ueberzeugung zu verleiten und eine Prämie auf die Charakterlosigkeit zu setzen. Der „Frankfurter Zeitung“ wurden im Mai 1909 von berufener Seite folgende, jeden Zweifel an der systematischen Zurücksetzung der jüdischen Soldaten ausschließenden Zahlen zur Verfügung gestellt:

Das „Wunder“ der Taufe.

Es dienten seit 1880 nach zuverlässiger privater Feststellung in Preußen:

25000 bis 30000 Einjährig-Freiwillige jüdischen Glaubens (davon wurde keiner zum Reserveoffizier befördert);

1200 bis 1500 Einjährig-Freiwillige rein jüdischer Abstammung (Vater und Mutter Juden oder Juden gewesen), aber zum christlichen Glauben übergetreten (davon wurden etwa 300 zu Reserveoffizieren befördert).

Nun wird man bei aller Achtung vor der christlichen Weltanschauung nicht ernstlich behaupten wollen, daß mit der Taufe plötzlich die militärische Fähigkeit kommt. Wenn der getaufte Jude sich für den Offiziersstand eignet, so ist nicht einzusehen, warum der nichtgetaufte

dieses Standes unwürdig sein solle. Am Anfange des vorigen Jahrhunderts war wenigstens der religiöse Grund ehrlich gemeint, heute ist er in den meisten Fällen nicht einmal das. In den Vorschriften für die Ernennung der Offiziere ist von der Religion überhaupt nicht die Rede, sondern nur von Tüchtigkeit, Bildung und bürgerlichem Ansehen. Im Jahre 1908 wurde sogar vom Kaiser eine Kabinettsorder erlassen, daß bei der Wahl der Offiziere keine Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis genommen werden dürfe. Anfangs, als das Gerücht auftauchte, wollte man nicht recht daran glauben. In einem späteren Prozeß aber sagte ein Offizier aus, daß diese Kabinettsorder tatsächlich ergangen ist. Der Kriegsminister von Einem hat die Existenz dieser Order in der Sitzung des Reichstags vom 19. März 1909 ausdrücklich bestätigt. Er sagte damals: **Kabinettsorder des Kaisers.**

„Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß es keine Bestimmung und kein Gesetz gibt, welche darauf hinwirkten, daß etwa aus konfessionellen Gründen vielleicht irgend jemand nicht zugelassen werden könnte als Reserveoffizier. Ich bin allerdings der Meinung, daß es in der Armee wohl vorgekommen ist und vorkommt, daß ein junger Mann israelitischen Glaubens einfach deshalb nicht Reserveoffizier wird, weil er Jude ist. Damit will ich durchaus nicht zurückhalten, daß dies in der Tat meine Ansicht ist. Aber wenn diese Religion auch als Grund angegeben ist, so ist das gegen die Allerhöchsten Bestimmungen. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Es ist ausdrücklich in einer Verfügung, die am 10. Juni 1908 vom Kriegsministerium ergangen ist, daran erinnert, daß es unstatthaft ist, Einjährig-Freiwillige und Reserveoffiziersaspiranten lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft, wegen des Standes ihres Vaters und dergleichen von der besonderen Ausbildung, von der erwähnten Prüfung und Beförderung usw. auszuschließen. Ich hoffe, daß dies eine gewisse Wirkung dahin hat, daß man tatsächlich alle Einjährig-Freiwilligen, alle Aspiranten durchaus nur auf ihre Tüchtigkeit ansieht und nach ihrer Tüchtigkeit befördert. Diese selben Grundsätze sollen auch bei der Wahl zum Reserveoffizier gelten. Es ist also nicht statthaft, daß ein Reserveoffizierkorps einen jungen Mann, der sonst die Befähigung hat, abweist, einfach, weil er Jude ist. (Hört, hört! und Zurufe.) Es ist darauf durchaus hingewirkt worden, namentlich in den letzten Jahren."

Kurze Zeit darauf hat Herr von Einem sein Amt mit dem eines kommandierenden Generals vertauscht, und es wurde behauptet, daß er durch sein offenes Eintreten für die Sache der Gerechtigkeit Anstoß erregt hat. Wieviel davon auf Wahrheit und wieviel auf bloßer Kombination beruht, läßt sich nicht feststellen. Bei den Konservativen und Antisemiten hat er sich sicherlich damit keine neuen Sympathien erworben. Jedenfalls hatte aber der Abg. Gothein durchaus den Nagel auf den Kopf getroffen, als er den Stoßseufzer des Kriegsministers, er werde wegen seiner Erklärung wahrscheinlich „schwer angegriffen" werden, dahin kommentierte, er fürchte, wenn Herr von Einem seine Intentionen energisch durchsetzen wolle, dann „werde er nicht mehr lange bleiben". **Kriegsminister von Einem.**

Eine sichtbare Wirkung hat die Kabinettsorder jedenfalls nicht gehabt; sprach doch auch Herr von Einem nur die resignierte Erwartung aus, daß sie eine „gewisse Wirkung" haben werde. Selbst

der Kaiser scheint gegen die reaktionären Mächte in Preußen vergebens anzukämpfen.

Kriegsminister von Heeringen.

Der Nachfolger des Herrn von Einem, der Kriegsminister Frhr. von Heeringen, bekundete dagegen in dieser Frage zunächst eine ganz eigene Auffassung. Denn als die Zurücksetzung der Juden im Heere am 10. Februar 1910 im Reichstage wieder zur Sprache gebracht wurde, da erwiderte er auf die Beschwerden des Abg. Gothein u. a. folgendes:

„Wenn dann auf die Gründe hingewiesen worden ist, weshalb unsere jüdischen Einjährig-Freiwilligen es tatsächlich nicht zum Reserveoffizier bringen, so muß ich zugeben, daß an einzelnen Stellen vielleicht hier und da auch eine — durchaus nicht gerechtfertigte — Abneigung vorhanden gewesen ist; aber zur Beförderung zum Vorgesetzten gehören doch noch verschiedene Umstände. Wir müssen nicht allein verlangen, daß der Betreffende Können und Wissen und, wie ich einmal an einer anderen Stelle sagte, auch Charakter hat, sondern wir müssen zum Vorgesetzten auch etwas anderes verlangen. Die ganze Persönlichkeit des Betreffenden, so wie er vor die Front, vor die Truppe tritt, muß achtunggebietend sein. (Sehr richtig! rechts.) Er muß von vornherein mit seiner ganzen Persönlichkeit die Autorität des Vorgesetzten sichern. Nun liegt es mir ganz fern, ohne weiteres grundsätzlich behaupten zu wollen, daß das bei unseren jüdischen Mitbürgern nicht der Fall wäre. Aber auf der anderen Seite können wir doch nicht in Abrede stellen, daß in unserem niederen Volk hier und da noch eine andere Auffassung herrscht. (Sehr richtig! rechts.) Der müssen wir insofern in gewisser Beziehung Rechnung tragen, als wir unseren jüdischen Einjährig-Freiwilligen vorsichtig gegenüberstehen und uns fragen, ob trotz aller vortrefflichen Leistungen, die — wie ich ohne weiteres anerkennen will — an einzelnen Stellen eintreten, auch ihre Persönlichkeit dazu geeignet ist, unter allen Umständen die Autorität vor der Front zu sichern. Das ist der Grund dabei."

Der Kriegsminister sprach also den jüdischen Einjährig-Freiwilligen nicht die Befähigung ab, aber es fehlt ihnen die „achtunggebietende Persönlichkeit vor der Front". Den Hinweis, daß seit 1880 20 000 bis 25 000 jüdische Einjährig-Freiwillige gedient haben, von denen kein einziger Reserveoffizier geworden ist, daß aber in dem Moment, wo einer sich hat taufen lassen, ihm die Abstammung nicht mehr schade, und daß es in der preußischen Armee Offiziere von rein jüdischer Abstammung gebe, die es bis zum General gebracht haben, ignorierte der Herr Minister einfach. Und haben denn nicht auch die jüdischen Offiziere und Unteroffiziere, die auf den böhmischen und französischen Schlachtfeldern für das Vaterland gekämpft haben, ihre Autorität vor der Front gewahrt? Der Kriegsminister ging aber leider noch weiter. Er folgte den Spuren des Justizministers Schönstedt, der einstmals im Abgeordnetenhause seine Verbeugung vor der antisemitischen Strömung gemacht hat, und berief sich auf den im niederen Volk herrschenden Judenhaß, dem man Rechnung tragen müsse. Sonst wird in der Armee streng darauf geachtet, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin jede individuelle Auffassung und Gesinnung unterdrückt werde. Hier scheute sich der Chef der Heeresverwaltung nicht, den häßlichen Instinkten der Menge

einen Einfluß auf die Entschließungen des Offizierkorps zuzugestehen, hierdurch hat er zweifellos den antisemitischen Neigungen bei Mannschaften und Offizieren den denkbar größten Vorschub geleistet.

Im folgenden Jahre, am 25. Februar 1911, wurde diese Frage im Reichstag wiederum angeschnitten, und da schränkte Herr von Heeringen seine vorjährige Auffassung allerdings erheblich ein. Er erklärte, daß auf Grund des Art. 12 der preußischen Verfassung und des Gesetzes vom 3. Juli 1869 eine Zurücksetzung des Glaubens wegen ausgeschlossen und daß auch in der Verfügung von 1908 ausdrücklich ausgesprochen sei, daß ein Unterschied betreffs der Religionszugehörigkeit nicht gemacht werden darf. Zugleich aber gab er zu — und zwar unumwundener, als es bisher von seiner Seite und von seiten seines Amtsvorgängers geschehen war —, daß der Grund für die Nichtbeförderung von Juden zu Offizieren seit länger als einem Vierteljahrhundert „hier und da auf bewußte oder unbewußte antisemitische Regungen zurückzuführen ist, die unverkennbar im Volk noch vorhanden sind, und auf die Armee, auf das Volksheer naturgemäß abfärben". Und er möchte es dick unterstreichen, daß er das mißbillige. Aber, so fragte der Minister, was soll in einer solchen Sache geschehen? Es bleibe nichts anderes übrig, als daß man in einem Spezialfalle eingreife und eventuell Remedur eintreten lasse. Der Minister erklärte schließlich, daß, wenn Kommandeure und Offizierkorps versagen sollten, ein Eingreifen der obersten Instanz nicht ausbleiben werde:

„Selbstverständlich würde der Allerhöchste Kriegsherr, wenn etwa ein Offizierkorps sich direkt mit verfassungsmäßigen oder gesetzlichen oder Allerhöchsten Ortes befohlenen Gesichtspunkten in Widerspruch setzen würde, nicht zaudern, nach dieser Richtung Remedur zu schaffen."

Es ist das eine Vertröstung auf die Zukunft, mit der sich unsere jüdischen Mitbürger einstweilen abfinden müssen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß die Versprechungen vom Ministertisch in Taten umgesetzt werden.

Die Klage über die ungleiche Behandlung der Juden im Heere wird aber nimmermehr verstummen, denn sie ist eine Frage der Verfassung und der staatlichen Gerechtigkeit. Jeder ehrliche Politiker muß dafür eintreten, daß diese Schmach, die dem Vaterlande auch im Auslande gewiß nicht zum Ruhme gereicht, beseitigt wird. Stärker als die Lüge ist die Macht der Wahrheit, und die neue Zeit muß auch mit diesem letzten Rest eines Erbes aus finsterer Zeit aufräumen. Gleiches Recht und gleiche Pflichten sind die Grundsäulen des modernen Staates.

In dem größten Teile des Auslandes liegen die Verhältnisse weitaus günstiger als in Deutschland. In Oesterreich-Ungarn scheinen auch noch in neuester Zeit trotz der antisemitischen Strömung jüdische Offiziere keine Seltenheiten zu sein. Am 13. Oktober 1909

Oesterreich-Ungarn.

veröffentlichte der Oberst a. D. Gädke im „Berliner Tageblatt“ eine ihm von einem österreichischen Schriftsteller zur Verfügung gestellte Liste jüdischer höherer und höchster Offiziere, die teils noch im österreichischen Heere Dienst tun, teils vor nicht langer Zeit durch Tod oder Verabschiedung ausgeschieden waren. Es waren dies:

1 Feldmarschalleutnant (Generalleutnant),
3 Generalmajore,
10 Obersten, einschließlich eines Linienschiffskapitäns,
11 Oberstleutnants,
17 Majore.

Es sei bemerkt, daß die Angaben auf amtlicher Auskunft beruhen, wobei das Reichskriegsministerium dem österreichischen Verfasser das größte Entgegenkommen bewiesen hat.

Italien. In der italienischen Armee dienen, soweit in jüngster Zeit bekannt ist, im ganzen mehr als 500 jüdische Offiziere, unter denen sich eine stattliche Reihe Generale, Oberste, Majore, Hauptleute usw. befinden. Im Generalstab sitzen ein Generalleutnant, 2 Obersten, zu verzeichnen sind ferner 8 Majore, 2 Hauptleute und eine große Reihe von Leutnants und Unterleutnants, außerdem Oberstabsärzte, Stabsärzte, Obersten im Intendanturkorps, im Korps der Constabili und im Veterinärkorps, ferner eine große Zahl Reserveoffiziere. In den letzten Jahren gab es sogar in Italien einen jüdischen kommandierenden General, ja auch einen Kriegsminister jüdischen Glaubens, Giuseppe Ottolenghi, der sogar von Kaiser Wilhelm II. zweimal eigenhändig dekoriert worden ist. Ottolenghi, der die militärische Erziehung des jetzigen Königs geleitet hat, war vorher kommandierender General in Turin.

Kriegsminister Ottolenghi.

England. England hat bekanntlich keine allgemeine Militärpflicht, gleichwohl tritt eine größere Zahl von Juden freiwillig ins Heer. Es gibt in England keine konfessionelle Militärstatistik, jedoch kann man aus verschiedenen Berichten im Kriege und Frieden nachweisen, daß im Inselreiche weit mehr jüdische Soldaten und Offiziere vorhanden sind, als es dem Verhältnis der Juden zur Gesamtbevölkerung entspricht. So teilte der „Manchester Guardian“ 1901 mit, daß sich die Zahl der Juden, die den Krieg gegen die Buren als Freiwillige in Südafrika mitgemacht haben, nach sorgfältiger Schätzung auf 2100 belief. Bedenkt man, daß die Zahl der Juden in England verhältnismäßig gering ist, und daß die größte Zahl aus von dem Osten Eingewanderten besteht, so wird man den Patriotismus und die großen Leistungen um so höher anschlagen dürfen. Am Anfang des Jahres 1909 wurden in der englischen Marine 14, im Landheere 58 jüdische Offiziere gezählt.

Frankreich. In Frankreich führen die Tabellen der letzten Jahre eine Anzahl Männer von jüdischer Abstammung auf, von denen mehrere über 35 Jahre gedient haben, viele andere mehr als 20 Jahre. Von diesen hat einer sogar 13 Feldzüge mitgemacht. Am Kongo (1888)

haben Juden gekämpft. Am Senegal und in Dahomey (1892) ist jüdisches Blut geflossen. Und der letzte Krieg in Madagaskar hat viele Juden ihrem Heimatlande entführt. In der Liste der Berufsoffiziere findet man viele Hunderte jüdischer Offiziere in allen Chargen. Als Ritter der Ehrenlegion sind viele ausgezeichnet. Der höchste militärische Orden, das große Offizierskreuz, schmückt die Generale Sée und Lambert seit 1889 und Alvares Lévy. Ende des Jahres 1909 befanden sich in der französischen Armee drei aktive jüdische Generale: Heymann, Valabrègue und Dennery.

Ueber die Leistungen der jüdischen Soldaten in Bulgarien äußerte sich der verstorbene Fürst Alexander nach der Schlacht von Pirot in einer Ansprache folgendermaßen: **Bulgarien.**

„Tapfere Juden. Ihr habt Euch heute durch Eure heldenhafte Haltung als wahre Nachkommen der Makkabäer gezeigt. Möge es Gott gefallen, Euch Gelegenheit zu geben zu gleicher Auszeichnung in all den Werken des Friedens, die zu dem Fortschritte Bulgariens beitragen können."

In Rußland verweigert die Regierung den Juden bekanntlich nicht nur die Bürger-, sondern sogar auch die Menschenrechte. Und doch tun im großen und ganzen auch in Rußland die jüdischen Soldaten im Kriege und Frieden ihre Pflicht und sind ebenso gute Soldaten wie die russischen Christen. Ein zuverlässiges Material fehlt natürlich in Rußland, man ist also auf Einzelmitteilungen angewiesen. Die allgemeine Militärpflicht ist in Rußland erst im Jahre 1874 durchgeführt worden. Bis dahin durften die Juden einen Vertreter stellen. Und doch gab es auch schon zu dieser Zeit gar viele jüdische Soldaten und auch solche, die sich durch Tapferkeit ausgezeichnet haben. Es steht fest, daß die jüdischen Soldaten im russisch-türkischen Kriege ihre volle Schuldigkeit getan haben. So finden wir z. B. auf dem Monument, das zum Andenken an die bei Plewna am 28. November 1877 gefallenen Grenadiere auf einem der Hauptplätze von Moskau errichtet wurde, unter den Namen der Helden auch die Namen der Juden Moschka Uwanski, Abraham Oelbaum und anderer. Auch im russisch-japanischen Kriege erfüllten die jüdischen Soldaten ihre Pflicht voll und ganz. Genaue Angaben über die Zahl der an diesem Kriege beteiligten jüdischen Soldaten fehlen leider noch. Die Presse in Rußland schätzte die jüdischen Soldaten im Felde auf über 40 000, dazu kommt noch die sehr große Zahl jüdischer Aerzte, die auf über 2000 geschätzt wird. Und es fehlt auch hier nicht an Beweisen jüdischer Tapferkeit. **Rußland.**

Wenn man einen Beweis dafür haben will, wie sehr die Juden für die ihnen gewährte Freiheit durch nützliche Dienste dem Staate zu danken bestrebt sind, so braucht man nur die Geschichte der Juden in den Vereinigten Staaten zu studieren. Schon sehr früh wanderten europäische Juden nach Amerika aus, und vom Anfang bis auf den heutigen Tag waren sie bemüht, gute Bürger zu sein und dem Staate und der Gesamtheit auf allen Gebieten zu dienen. Auch in allen Kriegen der Republik haben sie mit Begeisterung mitgefochten **Amerika.**

und sich oft ausgezeichnet. Den wesentlichsten Anteil nahmen die Juden an dem Sezessionskriege.

Wenn man unter den aufgeführten Namen 8 Generale, 17 Oberste, 8 Oberstleutnants, 52 Majore, 195 Kapitäne, 21 Adjutanten, 27 Quartiermeister, 23 Aerzte, 276 Sergeanten, 319 Korporale findet, so wird man die ehrliche Anerkennung verstehen, die ein Carl Schurz, ein General Howard den Juden spendete, welch letzterer sogar in einem Briefe das Urteil fällte:

General Howard.

„Ich kann Sie ernsthaft versichern, daß man keine besseren Patrioten in unserem Lande findet, als diejenigen, die sich hebräischer Abstammung rühmen und die zugleich mit mir oder auch unter meinem Befehle in der Armee dienten."

In der Marine der Vereinigten Staaten haben Juden es bis zum Admiral gebracht.

Auch im letzten Kriege gegen Spanien sind die Juden sehr stark beteiligt gewesen.

Justizverwaltung.

I. Richter.

Die antisemitischen Strömungen in der Justizverwaltung sind eines der beschämendsten Kapitel, da gerade dasjenige Ressort in Preußen, das seiner ganzen Natur nach die strengste Unparteilichkeit bekunden müßte, das als oberste Hüterin von Gesetz und Recht eingesetzt ist, leider den anderen Verwaltungen bei der Zurücksetzung der Juden mit wenig rühmlichem Beispiele vorangeht. In Preußen, dem Hort der Reaktion, trat bis vor wenigen Jahren das Uebel am schlimmsten auf. Der Justizminister Schönstedt hat alles getan, um die antisemitischen Tendenzen in den anderen Verwaltungen zu stärken, da er sich bei der Interpellation Peltasohn (31. 1. 1901) direkt darauf berief, daß die Justizverwaltung „ja noch die einzige ist in der ganzen Monarchie, bei der überhaupt jüdische Assessoren angestellt werden. Alle anderen Verwaltungen lehnen es ab, jüdische Herren zu übernehmen". Herr Schönstedt hat, nachdem er und seine Vorgänger mit dem in der Hauptsache doch gegen die jüdischen Justizanwärter gerichteten Assessorenparagraphen kein Glück damit gehabt haben, der Fernhaltung unbequemer Elemente von dem Justizdienst eine gesetzliche Basis zu geben, um so ungenierter auf dem Verwaltungswege seiner Abneigung gegen eine paritätische Behandlung der jüdischen und christlichen Justizbeamten Raum gegeben, und klipp und klar erklärt: „Die Anstellung der zahlreichen jüdischen Assessoren im Richteramt bietet der Justizverwaltung die allergrößten Schwierigkeiten." Herr Schönstedt hat, als am 8. und 9. Februar 1901 die Verhandlungen über diese Interpellation ihren Fortgang nahmen, freilich das Bedürfnis empfunden, die erste Bemerkung etwas abzuschwächen, im übrigen aber seinen grundsätzlichen Verwaltungsantisemitismus noch schärfer präzisiert. Er verschanzte sich hinter die Bedürfnisse und das „Interesse" der Bevölkerung,

Schönstedt.

die eine „mechanische Parität" nicht gestatteten. Etwas peinlich war für ihn als obersten Hüter des Rechts freilich die ganze Situation, daher empfahl er dringend die Beachtung des Grundsatzes: quieta non movere und suchte zum Schluß nicht gerade heldenhafte Deckung hinter der Krone. Die Artikel 4 und 12 der Verfassung, in denen die Gleichberechtigung der Konfessionen für die Erlangung und Befähigung zu allen Aemtern ausgesprochen sei, fänden ihre Ergänzung in dem Artikel 47, der da lautet: „Der König besetzt alle Stellen im Heer, sowie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz ein anderes verordnet." Ein formelles Anrecht auf Erlangung eines staatlichen Amtes gebe es nicht; in dieser Beziehung hätten diejenigen, die das verfassungsmäßige Recht der Anstellung auszuüben und dabei mitzuwirken haben, vollkommen freie Hand. Mit dieser Vorschiebung des Monarchen hatte Herr Schönstedt seine ministerielle Verantwortlichkeit glücklich abgewälzt auf den unverantwortlichen Träger der Krone. Leider fand eine diese Verhandlungen abschließende, von den Konservativen beantragte Resolution, welche dem Minister das Vertrauen aussprach, damals auch die Zustimmung der Nationalliberalen mit Ausnahme des Abg. Dr. Krause-Königsberg, des zweiten Vizepräsidenten. Eine mehr als zweideutige Rolle spielte hier, wie in süddeutschen Parlamenten, in denen diese Frage in demselben Jahre behandelt wurde, das Zentrum. Während noch im Jahre 1880 (22. Nov.) bei Beratung der Interpellation Hänel[1] der Zentrumsabgeordnete Peter Reichensperger, nachdem namens des Staatsministeriums der Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode die Erklärung abgegeben hatte, daß das Staatsministerium nicht beabsichtige, eine Aenderung des Rechtszustandes herbeizuführen, ausgeführt hatte:

Das Zentrum.

Abg. Reichensperger.

„Ich freue mich dessen, daß die Staatsregierung diese Erklärung abgegeben hat, daß sie bei dem Prinzip der vollen bürgerlichen Gleichberechtigung aller stehen bleiben will. Ich meinesteils hätte sogar gewünscht, daß die Staatsregierung noch hinzugefügt hätte, daß sie auch auf dem Verwaltungswege nicht gedenke, eine andere Behandlung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern eintreten zu lassen, vielmehr das Prinzip der Gleichberechtigung auch auf diesem Boden gewahrt bleiben werde"

pflichtete Herr Dr. Porsch als offizieller Fraktionsredner des Zentrums am 8. Februar 1901 dem Justizminister in den meisten Punkten bei und erklärte zum Schluß:

Abg. Dr. Porsch.

[1]) Selbst die Konservativen legten damals, wenigstens formell noch Wert auf die Respektierung der Verfassung. Der Abg. von Heydebrand und der Lasa erklärte, daß seine Partei früher zwar Bedenken getragen habe. „Aber," fuhr er fort, „nachdem die Emanzipation sich vollzogen hat, nachdem die Verhältnisse unserer jüdischen Mitbürger geregelt sind, hat sich die konservative Partei auf den Boden des gegebenen Rechts zu stellen und die verfassungsmäßigen Rechte unserer jüdischen Mitbürger ganz ebenso zu achten wie die jedes anderen Staatsbürgers."

Abg. von Heydebrand.

„Aber dies vorausgeschickt, möchte ich den Herren sagen: Sie irren sich, wenn Sie meinen, daß es nur Antisemitismus ist, der Ihren Forderungen nicht voll zustimmen lassen könnte. Die Herren mögen sich nicht darüber täuschen: die große Mehrzahl unserer Bevölkerung, vielleicht nicht in Berlin, aber sicher im ganzen Lande Preußen, die erdrückende Mehrheit hegt den dringenden Wunsch, in einem christlichen Staate zu leben und christlich verwaltet zu werden."

Die Politik der „vereinigten Christen" gegen den „Unglauben" und das Judentum wurde also damals schon, wenn auch noch etwas schüchtern, von dem Zentrum proklamiert. Im Jahre 1896 aber bei Beratung des Assessorenparagraphen — also nur fünf Jahre vorher — hatte eines der Hauptorgane des Zentrums, die „Köln. Volksztg.", in einer Polemik gegen die „Deutsche Tagesztg.", welche auf die antisemitische Tendenz der Regierungsvorlage hingewiesen und gegen die Ernennung von Juden zu Richtern geeifert hatte, noch dringend vor dem ersten Schritt gewarnt:

„Köln. Volks-Ztg."

„In die katholischen Westprovinzen hat man oft genug Richter entsandt, die — ganz anders denkend und empfindend — das „Verständnis der Regungen der Volksseele" manchmal vermissen ließen. Wenn wir aber dergleichen Klagen erheben, dann ist die „Deutsche Tagesztg." nicht zu haben. Nur wo sich der herrschende Protestantismus belästigt fühlt — in diesem Falle durch die Juden! soll Abhilfe geschaffen werden. Wir aber widerstreben derartiger Ausnahmegesetzgebung überhaupt, denn il n'ya que le premier pas qui coute. Erst werden die Juden auf die Schlachtbank geführt und nachher wird man finden, daß die Guillotine des § 8 auch sehr gut für katholische Hälse paßt."

In eine charakteristische Beleuchtung wurde diese Stellung des preußischen Zentrums noch in demselben Jahre durch einen gleichartigen Vorstoß des bayerischen Zentrums gerückt. Herr Dr. Heim stellte dort den Antrag, „in der Justizverwaltung Israeliten nur in einer Zahl anzustellen, die dem Verhältnis der Israeliten zur Gesamtbevölkerung entspricht". Im Finanzausschuß wurde der Antrag mit Stimmengleichheit am 14. November abgelehnt, im Plenum jedoch mit 77 gegen 51 Stimmen angenommen. Hervorragende Zentrumsabgeordnete, wie Dr. Schädler, der damalige stellvertretende Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Lerno, Geiger und andere stimmten jedoch dagegen. Der Präsident der Kammer, Dr. von Daller, fiel zwischen Ausschuß- und Plenarberatung um auf die Seite der Antragsteller. Schädler warnte dringend vor Annahme des Antrags, aus dem Gefahren auch für die Katholiken erwachsen könnten, und die „Köln. Volksztg." schrieb in einem Epilog zu der Verhandlung:

Bayern.

Antrag des Abg. Dr. Heim.

„Köln. Volks-Ztg."

„Mit der „Stimmung der Bevölkerung" (einem Argument, mit dem der Justizminister v. Leonard dem Beispiele seines preußischen Minister-Kollegen folgend, operiert hatte. D. R. d. A.-Sp.) in solchen Fragen ist es eine mißliche Sache. In weiten protestantischen Kreisen des Deutschen Reiches ist zweifellos „Stimmung" dafür vorhanden, daß katholische Beamte möglichst wenig angestellt werden; als berechtigt werden die deutschen Katholiken diese Stimmung niemals anerkennen, sondern verlangen, daß die

verfassungsmäßige Gleichberechtigung auch ihnen gegenüber zur Wahrheit werde. Allerdings würden die deutschen Katholiken sehr froh sein, wenn in allen Zweigen der staatlichen Verwaltungen katholische Beamte auch nur annähernd im Verhältnis der katholischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung aufgenommen würden. Wir sagen „annähernd", denn wir verlangen keine sogen. mechanische Parität. Auch bei strikter Durchführung des Antrages Heim, woran nach der Erklärung des Justizministers nicht zu denken ist, würden in der Justizverwaltung die Israeliten immer noch besser stehen als die Katholiken. Anderseits darf aber auch nicht vergessen werden, daß den Israeliten manche Verwaltungszweige tatsächlich so gut wie verschlossen sind, daß sie sich daher naturgemäß in stärkerer Anzahl der ihnen tatsächlich nicht verschlossenen Justizverwaltung zuwenden. Grundsätzlich schief ist der Antrag Heim unter allen Umständen."

Mit der Ablehnung der „mechanischen" Parität hatte auch Herr Dr. Porsch sich im preußischen Abgeordnetenhause gebrüstet, aber wohl kaum daran gedacht, daß Fürst Bismarck einst (Abgeordnetenhausverhandlung vom 30. 1. 1872) dieses Argument in einer ganz anderen Richtung geltend gemacht hat als später Herr Schönstedt, der es gleichwohl fertig brachte, mit Bismarckschen Zitaten zu operieren, wie „den Imponderabilien, die kein Staatsmann außer Acht lassen" dürfe; die damalige Aeußerung des Altreichskanzlers lautete:

Fürst Bismarck gegen konfessionelle Auszählung.

„Ich lehne jede Verpflichtung einer konfessionellen Volkszählung von der Regierung ab .... Konfessionell kann eine Regierung als solche nur dann auftreten, wenn sie eine Staatsreligion hat, wie wir sie nicht haben. ... Ich kann für die Regierung nur den Standpunkt wahren, daß man von der Regierung eines paritätischen Staates nicht verlange, sie solle konfessionell auftreten nach irgend einer Richtung hin..... Ich huldige von Hause aus dem Grundsatze, daß diese (soll wohl heißen: jede) Konfession bei uns die volle Freiheit ihrer Bewegung, die volle Glaubensfreiheit haben muß. Ich habe daraus bisher noch nicht die Konsequenz gezogen, daß jede Konfession gezählt werden müsse, und daß jede eine ihrer Volkszahl ziffernmäßig entsprechende Beteiligung an der Beamtenschaft haben müsse. ... Sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke schneiden, an welchen jede Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrheit sich ja durch besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet."

Justizminister von Leonard.

Der bayerische Justizminister von Leonard war übrigens, wenn er auch kleine Anleihen aus dem Tresor der staatsrechtlichen Argumentationen des Herrn Schönstedt machte, weit entfernt, den Antrag Heim zu billigen. Er zählte im Finanzausschuß die augenblickliche Zahl der jüdischen Justizbeamten in Bayern auf (worunter sich auch zehn Staatsanwälte befanden, ein Amt, das in Preußen noch niemals von einem Juden bekleidet worden ist), und erklärte weiter: Er weise auf die Bestimmung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 hin, worin die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung ausgesprochen sei. Er könne sich daher nicht darauf einlassen, nach einem bestimmten Prozentsatz vorzugehen. Uebrigens würden jüdische Beamte in solchen Bezirken

nicht angestellt, wo die Volksstimmung entgegenstehe. In der Regel seien die jüdischen Richter sehr befähigte und bescheidene Herren, die der Justizverwaltung niemals Schwierigkeiten machten.[2]) Gebe man dem Antrage statt, so werde man künftig vielleicht auch bei den Protestanten das prozentuale Verhältnis fordern.

Im bayerischen Reichsrat wiederholte der Justizminister diese Erklärung und fügte hinzu, es sei nicht richtig, wenn gesagt würde, daß jüdische Richter nur in größeren Städten angestellt würden; seit längerer Zeit würden sie auch auf dem Lande untergebracht, und man habe bisher, wo es geschehen sei, keine Klage gehört. Die jüdischen Staatsdienstaspiranten seien in der Regel sehr tüchtig und fast ausnahmslos mit sehr guten Zeugnissen und Noten versehen.[3]) Unter diesen Umständen glaube er, daß es sich vielleicht empfehle, über den Antrag Dr. Heim im Hinblick auf die Erklärung der k. Staatsregierung in der Kammer der Abgeordneten vom 29. November 1901 zur Tagesordnung überzugehen. — Der Ausschuß hatte zunächst mit 6 gegen 1 Stimme beschlossen, über den Antrag Heim zur Tagesordnung überzugehen, da die Anstellung von Richtern ein Recht der Krone sei. Das Plenum des Reichsrats folgte jedoch am 13. Januar 1902 einem Antrage der Reichsräte Freiherrn von Würzburg und Freiherrn von Soden, der in der Behauptung gipfelte, daß die in weiten Kreisen bestehenden Bedenken gegen die übergroße Zahl jüdischer Richter berechtigt seien; es sei daher die Erklärung der Regierung, daß bei Anstellung der Richter auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht genommen werden sollte, zu begrüßen. Die anwesenden Prinzen, darunter die Prinzen Ludwig, Leopold, Arnulf, Alfons usw. (Prinz Ruprecht war verhindert, hätte aber sicher auch dagegen gestimmt) stimmten gegen den Antrag.

Lob der jüdischen Justizaspiranten.

In der Plenarberatung des Abgeordnetenhauses schwächte freilich der Justizminister seine Gegnerschaft gegen die Argumente der Antragsteller noch weiter ab, indem er erklärte:

„Im Hinblick auf das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 kann ich nicht die Verpflichtung übernehmen, den vom Abg. Dr. Heim gewollten Prozentsatz einzuhalten, aber ich erkenne an, daß in manchen Bezirken die Amtstätigkeit eines Richters mosaischen Bekenntnisses durch die Stimmung der Bevölkerung beeinträchtigt werden kann. Deshalb war es schon bisher mein Bestreben, zu vermeiden, daß jüdische Beamte in solchen Bezirken verwendet werden. Aus meiner Erklärung geht hervor, daß ich zwar dem Antrage, so wie er lautet, weil er ungesetzlich ist, eine Folge nicht geben kann, daß ich aber innerhalb des Rahmens des Gesetzes bestrebt war und be-

---

[2]) Während Herrn Schönstedt wie erwähnt die Anstellung der jüdischen Assessoren „die allergrößten Schwierigkeiten“ macht.

[3]) Die gleiche Anerkennung haben hervorragende juristische Fachleute den jüdischen Referendaren und Richtern gezollt. Wir erinnern nur an Ausführungen des Kammergerichtsrat und hervorragenden Schriftstellers Ernst Wichert in seinen „Lebenserinnerungen“ und an das überaus günstige Urteil, das ein „alter (christlicher) Richter“, Justus Clemens, in seiner Broschüre: „Strafrecht und Politik“ über die jüdischen Richter fällte.

strebt sein werde, der Tendenz des Antrages, der von der Stimmung der Bevölkerung ausgeht, Rechnung zu tragen."

Der Justizminister hatte somit im Plenum die Entschiedenheit, die er im Ausschusse gezeigt, leider vermissen lassen, indem er zwar ablehnte, die verfassungswidrige Verpflichtung des Antrages Heim zu übernehmen, aber doch versprach, der Stimmung der Bevölkerung, der er schon bisher stets Folge gegeben habe, im Rahmen des Gesetzes auch in Zukunft Rechnung zu tragen. Das konnte natürlich nur so aufgefaßt werden, daß man auch in Bayern die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden in der Theorie anerkennt, in der Praxis der Verwaltung jedoch einige Konzessionen an die antisemitischen Instinkte gewisser Kreise machen will.

Noch ein dritter Bundesstaat hatte im Jahre 1901 eine parlamentarische Debatte über die jüdischen Justizbeamten: Hessen, und zwar infolge einer schon 1½ Jahre vorher eingereichten Eingabe hessischer Israeliten über die Zurücksetzung jüdischer Justizaspiranten. Der Justizminister Dittmar hatte, als vorher schon in der Oeffentlichkeit Klagen laut wurden, erklärt, daß „die zunächst Berufenen sich nicht beklagt" hätten, eine Antwort, die insofern zutraf, als gerade zu der Zeit jüdische Bewerber für den Justizdienst nicht in Frage kamen. Gleichwohl war die Beschwerde sehr berechtigt, denn von antisemitischer Seite wurde mit Stolz darauf hingewiesen, daß das Großherzogtum Hessen „wegen seines judenfreien Richterstandes von anderen Staaten beneidet" werde. In der Tat hatte Hessen bis dahin seit dem Jahre 1848 — abgesehen von zahlreichen Handelsrichtern — niemals einen jüdischen Richter besessen. Erst im vorigen Jahre (1910) ist zum ersten Male ein Jude in Hessen Richter geworden. **Hessen.**

Der Justizminister Dittmar erstattete auf Ersuchen des vierten Ausschusses der hessischen II. Kammer auf Grund dieser Beschwerden ein ziemlich nichtssagendes Gutachten, das vor allem darauf Bezug nahm, daß im April 1894 der damalige Staatsminister, ohne den Widerspruch der Kammer zu finden, die Auffassung vertreten habe: „Auf dem Lande würden wir, wie meine feste Ueberzeugung ist, wie ich das Land kenne, großen Anstoß erregen, wenn wir jüdische Richter dorthin setzten." Im übrigen behauptete das Gutachten, daß sich „auch heute Juden im Staatsdienst, allerdings nur in der Justizverwaltung (nämlich als Handelsrichter) und im Schuldienst befinden". Der Ausschuß der Kammer beantragte folgende Resolution: „Hohe zweite Kammer spricht die Erwartung aus, daß bei Anstellung der Beamten prinzipiell der Standpunkt der religiösen Gleichberechtigung gewahrt bleibt", die am 20. November 1901 zur Beratung im Plenum gelangte. Der nationalliberale Abg. Reinhart wandte sich ebenso wie der Zentrumsführer Schmitt-Mainz und der sozialdemokratische Abg. Ulrich lebhaft gegen die antisemitische Hetze. Der nationalliberale Abg. Köhler-Darmstadt und der freisinnige Abg. Gutfleisch schlugen eine schärfere Fassung der Resolution dahin- **Justizminister Dittmar.**

gehend vor, daß das Wort „prinzipiell" gestrichen und das Wort „bleibt" durch das bestimmtere „wird" ersetzt würde. Darin war zugleich ein Mißtrauensvotum gegen das seitherige Verfahren des Justizministeriums enthalten. Der Abänderungsvorschlag wurde gegen eine erhebliche Minorität (28), darunter sämtliche städtische Abgeordnete, abgelehnt. Der Ausschußantrag fand dagegen einstimmige Annahme.

Sachsen.

In Sachsen hat es bis vor einiger Zeit überhaupt keine jüdischen Richter gegeben, wir sind auch nicht sicher, ob es heute welche gibt. Im Landtage hat man den Beschwerden der Linken gegenüber sich auf den antediluvianischen Standpunkt gestellt, es vertrüge sich nicht mit den Staatseinrichtungen, wenn ein jüdischer Richter über Christen aburteilen solle. Als im Reichstage bei der Beratung des sogenannten Toleranzantrages (5. 6. 1902) der sächsische sozialdemokratische Abgeordnete Stolle die Reichsregierung hierüber interpellierte, erklärte der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Graf Hohenthal sehr kühl, er sei nicht in der Lage, Auskunft darüber zu geben:

Graf Hohenthal.

„Ich kenne nicht die sämtlichen sächsischen Richter und weiß nicht, ob sich nicht der eine oder der andere Jude darunter befindet. Jedenfalls möchte ich den Herrn Abgeordneten Stolle ersuchen, mir irgend eine gesetzliche Bestimmung nachzuweisen, aus der zu folgern wäre, daß in Sachsen kein Jude Richter werden könnte. Ich glaube, dieses Bemühen würde ein vollständig vergebliches sein."

Es ist in Sachsen also dasselbe Versteckenspiel wie in Preußen. Man wagt zwar nicht direkt die Verfassung zu verleugnen, aber man macht von ihr keinen Gebrauch. Tatsache ist jedenfalls, wie erst im Jahre 1909 ein offenbar sehr genauer Kenner der sächsischen Verwaltungspraxis, J. Iff, in dem Frankfurter „Freien Wort" festgestellt hat, daß man den jüdischen Referendaren seit jeher das weitere Fortkommen in der Richterlaufbahn versperrt, indem man ihnen widerrechtlich jegliche Vergütung vorenthält, daß man keine jüdischen Juristen zum Notariat zuläßt usw. Der sächsische Richterstand entspricht also dem Ideal der Antisemiten. Daher auch die gar nicht selten vorkommenden Urteilssprüche sächsischer Gerichtshöfe, die von einem unverkennbaren Vorurteil gegen die Juden diktiert sind. Wir erinnern nur an den Landgerichtsrat Menz in Dresden, der in einem Urteil vom 23. Februar 1909 die Juden ganz allgemein wucherischer Neigungen bezichtigte. Der sächsische Justizminister Otto hat allerdings auf eine Beschwerde des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens dem etwas übereifrigen antisemitischen Richter eine sanfte Rüge erteilt; in der Antwort hieß es nämlich:

Landgerichtsrat Menz.

„Es (das Justizministerium) kann auch nicht zurückhalten mit dem Ausdrucke des Bedauerns darüber, daß sich dieser die Allgemeinheit verletzende Entscheidungsgrund in dem Urteile findet."

Herr Menz ist offenbar ein politischer Gesinnungsgenosse jenes preußischen Landgerichtsrats G......, den der Referendar Otto Erich Hartleben in seinem Tagebuch mit der folgenden Aufzeichnung verewigt hat:

„Ich habe da ein Urteil zu machen in einer Sache, in welcher der Angeklagte des Betruges für nicht schuldig befunden ist, weil die belastenden Zeugen . . . Juden waren —! „Ich glaube keinem Juden gegen einen Christen!“ erklärte der Herr Landgerichtsrat G . . . . . ., als sich der Gerichtshof zur Beratung zurückgezogen hatte —!“

Preußen.

In Preußen scheint seit dem Ausscheiden Schönstedts eine kleine Besserung eingetreten zu sein, vielleicht auch als Folge der von den Parteien der Linken bei jeder Etatsberatung beharrlich vorgebrachten Beschwerden. Im Jahre 1904 ist sogar ein leibhaftiger ungetaufter Jude, der Landgerichtsrat Dr. Sommer in Frankfurt a. M., Oberlandesgerichtsrat geworden, aber Dr. Sommer war nicht nur ein tüchtiger Jurist, sondern auch — Schulfreund des Prinzen Wilhelm auf dem Kasseler Gymnasium. Und das geschah in dem früheren Bereich des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten Hagens-Frankfurt a. M., der hartnäckig jüdische Bewerber abwies, so daß die Präsidenten der benachbarten Bezirke, in denen die Zurückgewiesenen um Aufnahme ersuchten, schließlich ärgerlich erklärten, „daß sie doch keinen Salon der von Herrn Hagens Zurückgewiesenen eröffnen könnten“. Allerdings das „Aergernis“, daß jüdische Landgerichtsräte die Schwurgerichtsverhandlungen gegen „christliche“ Verbrecher leiten, hat man vor wenigen Jahren durch einen besonderen Trick ein für allemal aus der Welt geschafft. Ein ministerielles Rundschreiben ordnete an, daß nur Landgerichtsdirektoren künftighin mit der Leitung der Schwurgerichte betraut werden sollen. Nun ernannte man keinen Juden zum Direktor — das ersehnte Ziel war damit erreicht.

Wie der Abg. Gyßling im Jahre 1905 bei der Beratung des Justizetats (30. 1.) im Abgeordnetenhause zur Sprache brachte, sind seit den Jahren 1879 bis 1890 nur drei Richter jüdischer Konfession zu Oberlandesgerichtsräten befördert worden. Unter dem Ministerium Schelling wurden zwei jüdische Richter zu Oberlandesgerichtsräten befördert, von denen einer im Jahre 1903 pensioniert worden ist. Am 5. Januar 1904 ist dann der obenerwähnte Dr. Sommer zum Oberlandesgerichtsrat ernannt worden, wie man annahm, auf Initiative von höchster Stelle.

Statistik des Justizrats Breslauer.

Justizrat B. Breslauer-Berlin hat im Auftrage des Verbandes deutscher Juden im Jahre 1907 sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, die systematische Zurücksetzung der Juden auf dem Gebiete der Justiz im gesamten Deutschen Reiche ziffernmäßig zu belegen. Wir können infolge Raummangels hier nur auf diese fleißige und instruktive Arbeit verweisen, die über die Zahl der richterlichen jüdischen Beamten und ihre Avancementsverhältnisse in jedem einzelnen Bundesstaat nach dem Stande von 1907 Aufschluß gibt, und wollen als Kern dieser Untersuchung nur feststellen, daß in dem Zeitraum von 1875 bis 1895 in Preußen nur vier jüdische Richter zu Oberlandesgerichtsräten ernannt und nicht ein einziger zum Direktor oder Präsidenten bestellt worden ist. Neuerdings ist, wie gesagt, in Preußen eine

kleine Besserung eingetreten. Herr Dr. Beseler schließt jüdische Richter nicht mehr grundsätzlich von dem Avancement zu Oberlandesgerichtsräten aus, und er hat einen der angesehensten Anwälte am Kammergericht, Justizrat Dr. Eugen Fuchs, zum Mitglied der Justizprüfungskommission ernannt.

Reichsgericht.

Am Reichsgericht, dessen erster Präsident einst Simson war, gab es früher drei jüdische Räte; Behrend und Dr. Levin Goldschmidt; im Jahre 1907 wurde Dr. Stern an das Reichsgericht berufen; jetzt (1911) gibt es am Reichsgericht keine mehr, dagegen einen getauften Senatspräsidenten und zwei getaufte Räte. Auch ein kürzlich zum Reichsgerichtsrat beförderter Oberlandesgerichtsrat aus Breslau ist getauft. Dagegen war der frühere Reichsgerichtsrat Daubenspeck, der Verfasser des weitverbreiteten Werkes: „Referat, Votum und Urteil", ein prononzierter Antisemit, der den zur Erläuterung beigegebenen Beispielen mit Vorliebe jüdisch klingende Namen unterlegte. (Vergl. „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.", Jahrg. 1902, S. 412/3.)

Gesellschaftlicher Boykott.

Auch der gesellschaftliche Boykott jüdischer Juristen durch ihre antisemitischen Kollegen darf in dem Komplex der systematischen Zurücksetzungen der Juden nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Besteht doch z. B. in Breslau seit nahezu drei Dezennien ein Verein christlicher Referendare, der zu seinem 25 jährigen Stiftungsfest ein eigens hierzu angefertigtes ordinäres Schmähgedicht gegen die Juden als Kommerslied sang. In Beuthen, O.-Schl., wurden im Jahre 1910 10 jüdische und 2 polnische Anwälte von dem alljährlichen Juristenballe ausgeschlossen. Diese absichtliche gesellschaftliche Aechtung der jüdischen Juristen konnte selbst die „Kreuz-Ztg." nicht gutheißen, die zu dem Breslauer Fall bemerkte:

„Ueberall, wo jüdische richterliche Beamte mit christlichen Amtsgenossen in amtlicher Eigenschaft verkehren, also auch in dem halbdienstlichen gesellschaftlichen Verkehr bei den Vorgesetzten, haben sie allen Anspruch auf die ihrem Amte gebührende Achtung und Höflichkeit."

Der Justizminister Beseler, der als früherer langjähriger Breslauer Oberlandesgerichtspräsident die Dinge aus eigener Anschauung kennen mußte, gab, als er am 17. Februar 1906 im Abgeordnetenhause über dieses Vorkommnis interpelliert wurde, dem Bedauern über den Vorfall Ausdruck mit dem Hinzufügen, daß er nicht dulden könne, „daß irgendwelche verletzenden Aeußerungen und kränkendes Verhalten innerhalb der Kreise der Justizbeamten geduldet werden". Das war, da es sich hier nicht nur um einen gesellschaftlichen Boykott, sondern um einen groben Verstoß gegen die guten Sitten handelte, nur ein sehr gelinder Tadel. Herr von Schelling, der Vorgänger des Herrn Schönstedt, hat, als der Fall der Ausschließung des jüdischen Referendars Meyer-Benfey von der Tischgesellschaft der christlichen Referendare in Hildesheim im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht wurde, das Verhalten der antisemitischen Referendare ungleich schärfer verurteilt, indem er erklärte, „daß unter allen

Umständen auf außeramtliche Kollegialität gesehen werden müsse".

Diese „außeramtliche Kollegialität" zwischen christlichen und jüdischen Juristen läßt aber leider auch heute noch sehr viel zu wünschen übrig.

II. Anwälte und Notare.

Das System der trockenen Guillotine, mit dem den jüdischen Justizaspiranten der Lebensfaden abgeschnitten wurde, hatte zur naturgemäßen Folge, daß die jüdischen Assessoren, die nach jahrelangem Warten noch immer keine Anstellung winken sahen, nun eine allgemeine Flucht in die freie Advokatur unternahmen, was natürlich sofort wieder Klagen über Ueberflutung besonders der Großstädte mit jüdischen Anwälten zur Folge hatte. Herr Schönstedt, der preußische Minister des praktischen Antisemitismus, fand aber auch hier schnell einen Ausweg, indem er einen ganz neuen Stand unter den Anwälten schuf: den jüdischen Justizrat, dem das Notariat fehlt. Die bekannte Doppelliste für christliche und für jüdische Anwälte und Notariatskandidaten wurde eingeführt, die die schwarzen und die weißen Schafe sorgfältig voneinander absonderte. Christliche Rechtsanwälte wurden, wie es vorgekommen ist, schon nach einem Jahre unter Uebergehung aller älteren jüdischen Anwälte zusammen mit jüdischen Anwälten, die auf eine Anwaltspraxis von einem Vierteljahrhundert zurücksehen konnten, zu Notaren ernannt. Als die Rechtsanwälte Justizrat Salz und Dr. Hartwig in Posen zu Notaren ernannt wurden, zirkulierte dort das bittere Scherzwort: „Nach fünfundzwanzigjähriger Anwaltszeit sind jetzt zwei Rechtsanwälte zu Notaren ernannt worden." Uebten doch der jüdische Justizrat fast 24 Jahre und der christliche Dr. jur. etwas über 1 Jahr die Anwaltspraxis aus, was zusammen ein Vierteljahrhundert Rechtsanwaltstätigkeit ergibt! Die Konfession, nur die Konfession allein entschied damals und entscheidet zum großen Teile jetzt noch. Für Herrn von Schönstedt war es ein entsetzlicher Gedanke, daß die Mehrheit der Notare in einer Stadt jüdischer Konfession sein könnte. Zwar die jüdischen Rechtsanwälte und Notare erfreuen sich in den Kreisen aller Konfessionen nicht minderen Vertrauens wie ihre christlichen Kollegen, und das Publikum, das Rechtsanwälte aufsucht, macht keine Unterschiede zwischen christlichen und jüdischen Anwälten. Selbst hohe und höchste Personen schenken jüdischen Notaren ihr Vertrauen, trotzdem christliche in Hülle und Fülle ihnen zur Verfügung stehen. In einem der größten Prozesse, der je in Bayern geführt wurde, hat der verstorbene jüdische Advokat Dr. von Henle den regierenden König vertreten. Zu der Klientel des verstorbenen Justizrats und Notars Ferd. Cohn in Glogau — um nur einige wenige Beispiele anzuführen — gehörten u. a. der Oberpräsident von Schlesien, der Herzog Christian von Schleswig-Holstein,

Schwager unseres Kaisers, und andere hochgestellte Persönlichkeiten. Auch notorische Antisemiten holen sich bei jüdischen Anwälten und Notaren juristischen Rat. Einer der größten Judenfresser aller Zeiten, Dr. Sigl, der Herausgeber des „Bayer. Vaterl.", der jeden Tag die schmählichsten Angriffe gegen Juden brachte, ließ sich, wenn er bei Gericht auf Alimentengebung verklagt wurde, mit Vorliebe von israelitischen Anwälten vertreten, während der bayerische Vertrauensmann des Bundes der Landwirte, der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Lutz von Heidenheim, als er in einen großen Prozeß verwickelt wurde, ebenfalls die Hilfe eines jüdischen Anwalts in Anspruch nahm.

Ja, sogar Herr von Ploetz, der frühere Vorsitzende des Bundes der Landwirte, kam in ernsten Familienangelegenheiten zu einem Notar, der ihn darauf aufmerksam machte, daß er sich wohl in der Person geirrt habe. „Nein," erwiderte Herr von Ploetz, „ich weiß, daß Sie Jude sind; ich wende mich an den, zu dem ich das größte Vertrauen habe." Wenn die Bevölkerung wirklich zu den israelitischen Rechtskundigen kein Vertrauen hätte, woher kommt es denn, daß in Städten mit zahlreicher israelitischer Bevölkerung der israelitische Anwalt ganz überwiegend von Christen beschäftigt wird, und zwar, wenn man der Sache nachgeht, vielfach nicht von lauen Christen, sondern sogar von strenggläubigen. Herr Schönstedt war daher in einer sehr groben Selbsttäuschung — um das mildeste Wort zu wählen — befangen, als er im Jahre 1901 (31. Januar) bei Beratung der Interpellation Peltasohn das Verfahren der Justizverwaltung bei der Ernennung der Notare zu rechtfertigen suchte mit der Behauptung:

Minister Schönstedt.

„Es würde in den weitesten Kreisen der christlichen Bevölkerung ganz entschieden Anstoß erregen, wenn sie durch die mir obliegende Ausübung des Ernennungsrechtes der Notare mehr und mehr dahin gedrängt würde, in denjenigen Geschäften, für die sie des Rates eines Vertrauensmannes bedürfen mehr oder weniger auf jüdische Notare angewiesen zu sein. . . . Es handelt sich vielfach um die intimsten Familienangelegenheiten, um die allerdiskretesten Vermögensangelegenheiten, und da glaube ich, wie die Verhältnisse einmal liegen, damit rechnen zu müssen, daß ein sehr großer Teil der christlichen Bevölkerung Bedenken tragen würde, alle diese Verhältnisse auch jüdischen Notaren anzuvertrauen."

Eine große Anzahl der Sensationsprozesse der letzten Jahre, in denen es sich um sehr diskrete und peinliche Familienangelegenheiten sehr aristokratischer Kreise gehandelt hat, hat im Gegenteil gezeigt, daß diese Prozeßparteien sich mit Vorliebe jüdischen Anwälten und Notaren, wofern sie nur einen wohlbegründeten Ruf als tüchtige Männer ihres Faches besaßen, anvertrauten. Und welche ungeheuerliche Uebertreibung lag in der Behautung des Herrn Schönstedt, daß die christliche Bevölkerung im Falle einer paritätischen Ernennung der jüdischen Anwälte zu Notaren „mehr oder weniger auf jüdische Notare angewiesen" sei. Die Zahl der christlichen Anwälte und Notare überwiegt doch auch heute noch die Zahl der jüdischen Kollegen um ein vielfaches.

Es ist ein unsagbar beschämendes Bild konfessioneller Intoleranz, das sich hier entrollt. Noch widerwärtiger wirkt diese disparitätische Behandlung jedoch im Lichte der zwangsweisen Bekehrungsversuche zum Christentum. Hierfür nur wenige Beispiele, die seinerzeit mit Recht das größte Aufsehen und die größte Erregung in den beteiligten Kreisen hervorriefen:

Der Taufzwang.

Der in November 1904 verstorbene Landgerichtsrat Dr. Bär war vor mehreren Jahren als Hilfsrichter an das Kammergericht berufen. Damals war Präsident des Kammergerichts v. Drenckmann, ein Urreaktionär vom Scheitel bis zur Sohle, aber ein Richter, der auch vordem als Vorsitzender des zweiten Straffenats des Reichsgerichts und der vereinigten Straffenate des Reichsgerichts eine außerordentlich hohe juristische Befähigung dokumentierte, die mit der starken Eigenliebe und Biegsamkeit seiner Nachfolger und so mancher seiner Kollegen beim Reichsgericht in wohlgefälligem Gegensatz stand. v. Drenckmann stand im Rufe, stark antisemitische Neigungen zu hegen. Trotzdem empfahl er in außerordentlich warmer Weise den Verstorbenen, der Jude war, zur Ernennung zum Kammergerichtsrat. Bär wurde darauf in das Justizministerium gebeten. Dort wurde ihm dringend nahegelegt, seine jüdische Religion in eine christliche umzuwechseln. Bei dieser Unterhaltung äußerte Bär, daß er seine Beförderung nicht einem Gesinnungswechsel verdanken wolle. Als ihm eindringlich nahegelegt wurde, daß der Konfessionswechsel doch nur etwas Aeußerliches sei, lehnte er die eindringlichen Mahnungen für eine Wandlung zum Christentum auch mit dem Hinweis darauf ab, daß, solange seine Schwiegermutter lebe, an eine Taufe nicht zu denken sei. Bär wurde nicht befördert.

v. Drenckmann machte nochmals unter abermaliger Hervorhebung, wie dringend not unseren Gerichten tüchtige Juristen tun, und unter Schilderung der glänzenden Begabung und der hervorragenden Gewissenhaftigkeit Bärs eine Eingabe um Ernennung Bärs zum Kammergerichtsrat. Diese Eingabe wurde — nicht im Kammergericht — mit der Randnote: „Was werden unsere Antisemiten dazu sagen?" versehen. Abermals wurde Bär in das justizministerielle Taufzimmer gebeten. Die Begrüßung durch den Personalienrat erfolgte mit der vertraulichen Frage: „Lebt Ihre Schwiegermutter immer noch?" Bär bejahte die vertrauliche Nachfrage und kommentierte seine Ansicht über diese Art der Vorprüfung über die Bedingungen eines tüchtigen höheren Richters in einer Weise, die an das kernige Deutsch mancher altdeutscher Rechtssprüche erinnert. Er blieb Jude und — wurde nicht befördert.

Ein anderer Vorgang, der sich vor einigen Jahren abspielte:

Ein Berliner Justizrat, der auf tragische Weise ums Leben kam, hinterließ zwei Söhne, die beide Juristen sind und die Richterlaufbahn eingeschlagen haben. Aber während der ältere etwa 10½ Jahre auf seine Anstellung warten mußte, ist der jüngere nach 1½ Jahren oder — unter Hinzurechnung seiner Militärdienstzeit — nach 2½ Jahren als Richter angestellt worden. Und welches war der Grund dieser so verschiedenartigen Behandlung zweier übrigens gleichbegabter Brüder? Der ältere Bruder ist noch Jude, während der jüngere getauft ist. Dies ist die berühmte Gleichheit vor dem Gesetz, die den Juden angeblich gewährleistet ist.

III. Schöffen und Geschworene.

In vielen Gegenden des Deutschen Reichs scheint ein ungeschriebenes Gesetz zu bestehen, daß Juden überhaupt kein Recht auf die Berufung zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen besitzen. Wenigstens

sind seit Jahrzehnten dort Juden, obwohl sie in anderen kommunalen Ehrenämtern und in der Stadtverwaltung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, niemals berufen werden. Ein heißspörniger antisemitischer

von Kunowsky.

Oberlandesgerichtspräsident in Breslau, von Kunowsky, hatte sogar im Jahre 1890 eine Verfügung an die Landgerichtspräsidenten erlassen, worin es hieß:

Die Erfahrung habe gelehrt, daß in wiederholten Fällen Geschworene israelitischen Bekenntnisses nicht dieselbe Entschlossenheit und Festigkeit bei Ausübung des Geschworenenamts gezeigt hätten, wie das im Interesse der Jurisdiktion zu verlangen wäre. Es sei deshalb im Interesse der Rechtspflege darauf Bedacht zu nehmen, daß, selbstverständlich ohne grundsätzliche Ausschließung der Israeliten, dahin gestrebt werde, ungeeignete jüdische Elemente von dem Hineingelangen in die Geschworenenvorschlagsliste auszuschließen.

Die freisinnigen Abgeordneten Zelle und Rickert verlangten im Abgeordnetenhaus Auskunft darüber. Ersterem ant-

Justizminister Schelling.

wortete (3. 3. 1890) Justizminister Dr. von Schelling, er wisse von einer solchen Verfügung nichts. Die Auswahl der Geschworenen liege nach den Gesetzen in den Händen eines Ausschusses. Sollte eine derartige Verfügung wirklich erlassen sein, was er einstweilen bezweifeln müsse, so würde er sie nicht billigen. Dem Abg. Rickert erwiderte (30. 4. 1891) Regierungskommissar Geh. Justizrat Dr. Lukas, daß allerdings diese Verfügung ergangen sei, aber gleichwohl sei sie in der Form fehlgegriffen, und deshalb habe der Justizminister die Verfügung nicht gebilligt. Er müsse hiernach annehmen, daß der Oberlandesgerichtspräsident die Verfügung zurückgenommen habe.

Seitdem haben sich die Klagen über ganz unmotivierte Uebergehung der Juden bei der Auswahl zu Schöffen und Geschworenen von Jahr

Eingabe des Verbandes deutscher Juden.

zu Jahr in geradezu erschreckendem Umfange gehäuft, so daß der Verband deutscher Juden schon im Jahre 1907 sich zu einer Eingabe an die gesetzgeberischen Körperschaften veranlaßt sah. Der damalige

Dr. Nieberding.

Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, erwiderte in seinem Schreiben vom 15. März 1907 u. a.:

„Wenngleich Ihre Anführungen mich nicht davon überzeugt haben, daß in der Tat eine grundsätzliche Zurücksetzung von Juden bei der Auswahl der Schöffen und der Geschworenen stattfindet, so nehme ich doch keinen Anstand, zu sagen, daß nach meiner Meinung ein solches Verfahren mit dem Geiste der bestehenden Gesetze nicht im Einklang sein würde."

Im übrigen verwies er den Verband an die Landesjustizverwaltungen, die in erster Linie dazu berufen seien, die für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen eingerichteten Ausschüsse mit entsprechenden Direktiven zu versehen. Wie alsbald bekannt wurde, hatte der preußische Justizminister daraufhin angeordnet, daß der tatsächliche Inhalt der Beschwerde zur Kenntnis der Vorsitzenden der bei den in Betracht kommenden Amtsgerichten zusammentretenden Ausschüsse gebracht wurde.

Der sächsische Justizminister von Otto teilte dem Verbande mit, daß am 21. Januar 1907 an die Königl. Sächs. Amts- und Landgerichte ein Erlaß ergangen sei, in dem es zum Schluß hieß: Justizminister von Otto.

„. . . Trifft weiter die Behauptung zu, daß in einigen Bezirken ausnahmslos oder doch in der Regel keine Juden zum Schöffen- und Geschworenendienst berufen oder Juden zwar zu Geschworenen, niemals aber zu Schöffen erwählt worden seien, obwohl dort in größerer Zahl Juden vorhanden seien, die sich nach ihrem Bildungsgrad und sonst zu Schöffen und Geschworenen eigneten, so würde auch dies dem Gesetze zuwiderlaufen.

Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen steht zwar im freien Ermessen des Ausschusses und des Landgerichtes (GVG. Paragraphen 42, 98). Das Justizministerium glaubt jedoch, die Gerichte auf die mehrfach ausgesprochenen Wünsche beteiligter Kreise aufmerksam machen zu sollen."

Es ist immer und in allen deutschen Landen dieselbe Geschichte. Es wird von der höchsten verantwortlichen Stelle erklärt, die unterschiedliche Behandlung der Juden sei in dem Gesetze nicht begründet. Wie oft hat man dieses Argument nicht aus dem Munde preußischer Kriegsminister bei Interpellationen über die Zurücksetzung der Juden im Heere gehört? Aber besser ist es darum nicht geworden. Die Gesetze sind da, es wird aber von ihnen kein Gebrauch gemacht, es wird ihnen im Gegenteil ein Schnippchen geschlagen. Nun behaupten die Antisemiten freilich, wie das u. a. auch der „Hammer" (1. 10. 1907) in einer Polemik gegen den Bescheid des sächsischen Justizministers getan hat: Der „Hammer".

„Tatsache ist, daß der Israelit in weiten Schichten unseres Volkes — und wahrlich nicht in den schlechtesten — nicht das Zutrauen genießt, um in Rechtsfragen als ein unparteiischer Richter und Mitrichter angesehen zu werden."

Das mag für gewisse antisemitische Kreise, die freilich sicher nicht die besten und gewiß auch nicht die intelligentesten sind, zutreffen. Aber ebenso ist es Tatsache, daß in ausgesprochen katholischen Gegenden ein noch größeres Mißtrauen gegen Protestanten herrscht. Sollen die Regierungen auch dieser Tatsache Rechnung tragen und in solchen Gegenden keine Protestanten zu Schöffen und Geschworenen ernennen? Nein, die Aufgabe der Behörden ist es, Vorurteile zu bekämpfen und nicht ihnen zu schmeicheln, denn nur so können sie geistig und ethisch erziehlich auf die Bevölkerung einwirken.

Unterrichtsverwaltung.

Im „Ministerium des Geistes" in Preußen hatten, solange Herr v. Studt an der Spitze der Unterrichtsverwaltung stand, nicht nur die Simultanschulen einen schweren Stand — insbesondere seit dem Rücktritte des um die preußische Volksschule hochverdienten Ministerialdirektors Kügler —, auch die jüdischen Schulen und die jüdischen Lehrkräfte, soweit Herr v. Studt an statlichen Schulen solche überhaupt zuließ, waren nicht auf Rosen gebettet. Wesentlich besser sind die Verhältnisse unter seinen Nachfolgern auch nicht geworden, da der

Ministerildirektor v. Schwartzkopf, der Vertrauensmann der Konservativen und des Zentrums, der eigentliche Leiter der Unterrichtsabteilung bis zu seiner im Jahre 1911 erfolgten Ernennung zum Oberpräsidenten von Posen geblieben war. Es wird zweckentsprechend sein, die Verhältnisse an den Volksschulen und die Misere der jüdischen Oberlehrer getrennt zu behandelt.

Volksschule.

Nach der Aera Falk hat der Geist der konfessionellen Absonderung in der preußischen Unterrichtsverwaltung rapide Fortschritte gemacht. Zwar an der Simultanschule haben die vereinigten Reaktionäre noch nicht zu rütteln gewagt, da sie in den gemischtsprachigen Provinzen unentbehrlich ist. Der christlich-konfessionelle Stempel wird aber selbst den paritätischen Anstalten aufzudrucken versucht, indem die jüdische Minderheit in den kleineren Städten einfach ignoriert wird. Jüdische Lehrkräfte an den simultanen Volksschulen werden immer seltener angestellt. Hat doch Herr von Schwartzkopf 1906 bei Beratung des Schulgesetzes im Herrenhause dem konservativen Herrn von Durant, der den dringenden Wunsch aussprach, daß die Verwendung jüdischer Lehrer noch weiter eingeschränkt werde, die freundliche Zusage gemacht, die Anstellung solcher Lehrer solle „wie bisher nur in Fällen dringendster Notwendigkeit erfolgen". Es ist richtig, daß schon seit 2 Jahrzehnten die preußische Unterrichtsverwaltung nach diesem Rezept möglichster Einschränkung in der Verwendung jüdischer Lehrkräfte verfährt. Während sich das Lehrpersonal an den öffentlichen Volksschulen Preußens in der Zeit von 1891 bis 1901 von 64 750 auf 89 163 vermehrt hat, befanden sich die jüdischen Lehrkräfte numerisch auf dem Standpunkt von 1891. Erst jede 226. Lehrkraft auf preußischen Volkschulkathedern war damals jüdischen Glaubens. In dem verflossenen Jahrzehnt sind die Verhältnisse für die jüdischen Lehrer nicht etwa besser, sondern noch schlechter geworden. Einmal ist die preußische Unterrichtsbehörde dabei, Paritätsschulen, an denen jüdische Lehrkräfte Verwendung finden könnten, aufzuheben, zum mindesten aber keine neuen zu gründen. Andererseits hat im Verlaufe des letzten Jahrzehnts die Stadt Berlin mehrere Konflikte mit der Schulaufsichtsbehörde wegen der Anstellung jüdischer Lehrerinnen ausfechten müssen, die allen Kommunen die Augen darüber öffnen mußten, daß die preußische Unterrichtsverwaltung bestrebt ist, die Anstellung jüdischer Lehrkräfte im Volksschuldienst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu erschweren. Wenn wirklich einmal größere Kommunen, wie 1911 der Breslauer Magistrat, beabsichtigen, in städtischen Volksschulen, die von einer größeren Anzahl jüdischer Schüler besucht werden, eine minimale Zahl jüdischer Lehrer anzustellen, die nicht nur Religionsunterricht erteilen, sondern auch in anderen vollständig neutralen Fächern beschäftigt werden sollen, so gerät sofort die gesamte antisemitische Presse protestantischer und

Ministerialdirektor von Schwartzkopf.

klerikaler Observanz in Aufregung; in Breslau war die klerikale „Schles. Volks-Ztg." die Hauptruferin im Streit, und auf evangelischer Seite gibt es gerade auf dem Schulgebiet kein intransigenteres Blatt als das Organ des Bundes der Landwirte, das sich an dem Gedanken der Gründung besonderer Judenschulen (wie auch Judenregimenter) geradezu berauscht. Mehr wie einmal schon hat die „D. T.-Z." peremtorisch die „reinliche Scheidung" gefordert:

„Deutsche Tages-Ztg."

„An der deutschen christlichen Schule sollen nur deutsche christliche Lehrer ihres Amtes walten. Ueberall da, wo jüdische Kinder in genügender Zahl vorhanden sind, möge eine besondere jüdische Schule gegründet und unterhalten werden. An dieser können und sollen ausschließlich jüdische Lehrer voll beschäftigt werden. Ja, wir gehen noch weiter. Wir haben nichts dagegen, wenn für solche jüdische Schulen eine reichliche Staatsunterstützung gewährt wird, vorausgesetzt, daß sie notwendig ist."

Wie gütig. Doch die Juden werden sich für dieses Danaergeschenk schönstens bedanken. Der damalige Kultusminister von Goßler hat, als am 9. Mai 1890 das Herrenhausmitglied Graf Pfeil, unterstützt von 24 Mitgliedern der preußischen Magnatenkammer, einen Vorstoß nach dieser Richtung unternahm, energisch abgewinkt. Er erklärte, daß die Organisation eigener Anstalten für die Juden, abgesehen von der Frage, ob es politisch richtig sei, eine solche Trennung herbeizuführen, ihre Bedenken habe. Dann brauche man für die jüdischen Kinder auch jüdische Lehrer. „Wenn wir", sagte er, „für 15 000 jüdische Schüler durch 500 jüdische Lehrer besonderen Unterricht erteilen lassen, so ist ein großer Teil unserer Bevölkerung in eine Entwicklung hineingedrängt, die zu einem Auseinanderfall, nicht zum Zusammenschluß führt."

Kultusminister von Goßler.

Damit war das den Antragstellern vorschwebende Endziel, das jetzt noch weit ungenierter enthüllt wird als vor 20 Jahren, klar gekennzeichnet. Dabei gab es im Jahre 1901 — neuere Zahlen sind uns zur Vergleichung nicht präsent — in Preußen insgesamt unter 5 670 870 Volksschülern ganze 24 022 jüdische, das sind 0,42 Prozent. Und unter den 89 613 Lehrkräften waren 394 jüdische = 0,44 Prozent. So sieht die gefährliche Ueberschwemmung der „christlichen" Schulen mit jüdischen Schülern im Lichte der Statistik aus. Man muß sich ferner, um die agrarkonservativ-antisemitische Anmaßung voll würdigen zu können, vergegenwärtigen: Wenn deutsche christliche Eltern ihre Kinder ausschließlich von christlichen Lehrern unterrichten lassen wollen, bleibt ihnen die Möglichkeit eigener konfessioneller Anstalten, ebenso wenn jüdische Eltern nur jüdische Lehrer für ihre Kinder haben wollen. Für allgemeine öffentliche Schulen aber, die aus allgemeinen Mitteln unterhalten werden, ist eine solche Forderung nicht angängig.[1])

[1]) Um wie viel freiheitlicher man schon vor 100 Jahren im deutschen Süden dachte, zeigt folgende Reminiszenz aus Bayern:

Bayerns erster König ist der Schöpfer der bayerischen Volks-

Bayerns erster König für paritätische Schulen.

Stöcker hatte früher auch noch ein anderes Argument gegen die jüdischen Lehrer vorgebracht; die Juden seien ein „aufhaltendes Element“, denen „eine ganze Menge von Begriffen und Kenntnissen fehlen, welche nötig sind, um die christliche Geschichte, um die nationale Literatur zu verstehen.“

Ergebnis der Lehrerprüfungen.

Einer solchen Auffassung widerspricht auf das Schärfste das Ergebnis der Lehrerprüfungen. Die „Preußische Lehrer-Zeitung“ berichtete vor einigen Jahren über das Israelitische Lehrerseminar in Kassel:

„Bekanntlich verläuft die zweite Lehrerprüfung, welche von jüdischen Seminaren nur die älteste derartige Anstalt zu Kassel abhält, nicht gerade besonders günstig. Nach einer Statistik, welche die Kehrschen „Pädagogischen Blätter“ aufstellen (Jahrgang 1902, Heft 10), bestanden von 955 Lehrern, die an 29 Seminaren geprüft wurden, 749, also etwa 78 Prozent, in einzelnen Seminaren sogar nur die Hälfte der Prüflinge. Wenn demgegenüber am israelitischen Seminar in Kassel nun bereits zweimal hintereinander im Vorjahr und bei der jetzt beendeten Prüfung, sämtliche Kandidaten, meist ehemalige Schüler der Anstalt, das Examen bestanden haben, so darf diese Tatsache immerhin erwähnt werden.“

Diesterweg.

Man vergleiche auch, was der hervorragende Pädagoge Adolf Diesterweg in seinem „Jahrbuch für Lehrer“ (1851) und insbesondere in den „Rheinischen Blättern“ (1863) in einem Artikel: „Konfessionsschule, Simultanschule, Humanitätsschule“ ausgeführt hat:

„Wer da meinen sollte, die Antipathie gegen die Juden sei aus der Welt verschwunden, irrt gewaltig. Man trifft sie sogar in den gebildeten Ständen noch am meisten, selbst unter den Literaten und Lehrern. Wie bändigt und beseitigt man dieses grausame Vorurteil? Ich kenne für unseren Zweck kein geeigneteres Mittel als dieses: Man setze einen Lehrer jüdischer Religion als ordentlichen Lehrer in die Lehrerkorporation hinein. Mag das „christliche“ Lehrerkollegium den jüdischen Kollegen anfangs mit einigem Mißtrauen ansehen, der Tüchtige erzwingt sich Achtung und dann steht das in Analogie und Konformität mit dem Staate gebildete, in Geist und Haltung einige Lehrerkollegium der gemischten Schülerschar als wirkliches Vorbild und Muster vor Augen. Solche Anstalt ist etwas anderes, als die nach Konfessionen getrennten Schulen, und sie übt für die Ausrottung von Vorurteilen, für Gemeinsinn, menschliches Zusammensein, Achtung der Nebenmenschen, folglich für die wichtigsten Lebenstugenden ganz andere Wirkungen aus als konfessionell geschiedene, einander exkludierende Schulen, zum Heil des städtischen und staatlichen Gemeindewesens und zum Glück der Bewohner desselben Staates, desselben Vaterlandes.“

Pestalozzi.

Verklungen und vergessen ist auch die Mahnung, die der größte Pädagoge aller Zeiten, Pestalozzi, einst in einem Schreiben an den

---

schule. Im Jahre 1804 wurden unter seiner Regierung die Grundlinien eines Lehrplanes für die Volksschulen entworfen. Darin spricht sich als des Fürsten Wille die Forderung aus, „daß die Volksschule eine allgemeine, nicht nach Konfessionen getrennte zu sein habe, daß die Volksschule eine Erziehungsstätte für christlich fromme Menschen, nicht aber für kirchlich fanatische Eiferer werden solle, daß die bürgerlichen Schulen nicht als eine kirchliche, sondern als eine wichtige staatliche Anstalt zu betrachten seien.“

strenggläubigen Eiferer Zschokke, der an ihn das Ansinnen stellte, die ihm anvertrauten jüdischen Waisen dem Christentum zuzuführen, an seine Mitmenschen richtete:

„Ich will der kleinen Zahl jüdischer Kinder, kleine und liebe Waisen, Liebe für den Glauben ihrer Väter einflößen. Weiter suche ich durch Befriedigung ihrer alltäglichen Bedürfnisse und durch Gewöhnung an Mildtätigkeit ihr Herz dem Mitgefühl und der Sittlichkeit zu eröffnen. Ist das nicht der Inhalt der Religion? Kürzlich erst warf sich ein kleiner jüdischer Junge, aus Krakau stammend, der seine Eltern verloren hatte, mit dem Rufe „Lieber Vater" mir um den Hals. Nun gut, mein Freund, wenn Du nicht feinfühlend genug bist, von mir zu fordern, ich sollte arme Waisen zwingen, das Christentum zu bekennen (à embrasser le christianisme), so erklärt sich dies daraus, daß Du für Fragen dieser Art nicht das genügende Verständnis besitzest. In Glaubenssachen soll man weder zum Zwang, noch zur Grausamkeit seine Zuflucht nehmen. Seit Jahrhunderten verbreitet man die Lehren des Christentums. Aber zu welchen Widersprüchen gelangt man doch, sobald es sich um Juden handelt! Man erniedrigt sich, verliert seine Sittenreinheit und Sittenvollkommenheit, büßt seine Nächstenliebe ein: der religiöse Haß macht die Menschen unmoralisch und vertiert."

Höhere Lehranstalten.

Den stärksten Trumpf gegen die interkonfessionelle Schule glauben die Antisemiten ausspielen zu können durch den Hinweis auf die „Ueberschwemmung" der höheren Schulen mit jüdischen Schülern und Schülerinnen, die in einigen Großstädten sich zu einer direkten Kalamität ausgewachsen habe. Die „Deutschsoz. Bl." hatten im Jahre 1909 eine Berechnung aufgemacht, wonach im Schuljahre 1905/06 die Juden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung an den höheren Schulen (Mittelschulen) in Preußen siebenmal, in Bayern viermal und in Württemberg dreimal so stark vertreten waren. Zugegeben, daß diese Zahlen richtig sind — in der Zwischenzeit mag diese Entwicklung vielleicht hier und da noch schärfer in die Erscheinung getreten sein — so hat eine solche Statistik doch nur dann einen Wert, wenn sie auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die einschlägigen Faktoren berücksichtigt. Die Juden sind in der Hauptsache Großstädter und haben daher eher die Möglichkeit, ihre Kinder in die Mittelschule zu schicken als die Dorfbewohner. Dazu kommt die bekannte Opferfreudigkeit der jüdischen Eltern, und der Wunsch, den Kindern durch eine gute Bildung die Lebensbahn zu erleichtern. Solche Erwägungen liegen unseren Antisemiten natürlich fern, und sie betrachten auch den Bildungsdrang als mammonistische Eigenschaft.

„Ueberschwemmung" mit jüdischen Schülern.

Am schlimmsten zeigt sich die konfessionelle Abneigung des Staates gegen die Anstellung jüdischer Oberlehrer, wie sie alljährlich durch die Zahlen des bekannten Kunzeschen Kalenders aufs neue bestätigt wird. Der Staat beschäftigte im Jahre 1908 in seinen Anstalten 825 katholische, 2130 evangelische und 10 jüdische, im ganzen also 2965 Professoren und Oberlehrer, während die Städte, einschließlich Berlin, deren 5412 angestellt haben, und zwar darunter

Die jüdischen Oberlehrer.

1055 Katholiken, 4300 Evangelische und 87 Juden. Von den letzteren waren 51, d. h. mehr als die Hälfte, allein in Berlin, 16 an spezifisch-jüdischen, 10 an königlichen, und die übrigen an städtischen Anstalten angestellt. Charakteristisch ist hierbei, daß in der Rheinprovinz und Westfalen, in Pommern und Schleswig-Holstein überhaupt kein jüdischer Oberlehrer angestellt wird. Diese Provinzen hält die preußische Unterrichtverwaltung sozusagen „judenrein". Hier nutzt auch die Taufe nichts. Wie Justizrat Breslauer nachgewiesen hat, avancieren auch getaufte jüdische Oberlehrer nicht. Es gab im Jahre 1902 nur einen einzigen getauften Schuldirektor; dieser ist an einer städtischen Schule angestellt und hat schon in ganz früher Jugend den Glaubenswechsel vollzogen. Abgesehen von dieser einzigen Ausnahme, die die Regel bestätigt, gibt es in Preußen nur Direktoren, die als Christen geboren sind.

„Deutsche Welt."

Gleichwohl versteigt sich die konfessionelle Intransigenz soweit, daß die „Deutsche Welt", die literarische Beilage der „Deutsch. Ztg." des Herrn Dr. Friedrich Lange, in einem Aufsatze von Otto Hülsenbeck (Nr. 34/35, 1909) ganz ungeniert die Forderung aufstellte: Es könne und müsse verlangt werden, „daß kein Mann zu einem Lehramt zugelassen wird, der nicht selber von der nationalen Aufgabe voll durchdrungen ist, die er zu erfüllen hat. Damit wäre Sozialdemokraten und Israeliten schon von vornherein der Weg zum Katheder an christlich-deutschen Schulen verschlossen, auch wenn sie beteuern, von ihren Grundsätzen nichts durchsickern lassen zu wollen." Dabei muß man sich vergegenwärtigen, mit welcher Fülle von Widerwärtigkeiten jeder jüdische Kandidat zu kämpfen hat, der sich dem höheren Lehramt zuwendet. Eine durchaus unsichere Zukunft liegt vor ihm, die höchstens nach einer langen Wartezeit sich noch günstig gestalten kann. Zurücksetzungen aller Art bleiben ihm nicht erspart, mit Vorurteilen hat er auf Schritt und Tritt zu kämpfen. Wenn sich trotz alledem noch immer Juden finden, die diese Karriere ergreifen, so müssen sie einen hohen Fonds von Idealismus in diesen dornenvollen Beruf hinübergerettet haben. Die Unterrichtsverwaltung kann sich auch nicht etwa herausreden mit einer „Minderwertigkeit" der jüdischen Oberlehrer. Der Staat hat bisher auch nicht die geringste Veranlassung, mit den jüdischen Oberlehrern unzufrieden zu sein, da diese in bezug auf wissenschaftliche Befähigung und pädagogische Tüchtigkeit jeden Vergleich mit ihren christlichen Kollegen getrost aufnehmen können. Der Verfassungsstaat Preußen handelt eben nach dem Grund-

Staatsrat von Schätz.

satz, den der bayerische Staatsrat von Schätz im Jahre 1910 so hübsch formuliert hat: „Das Recht ist eine Theorie . . . Nach der Verfassung haben ja auch die Juden gleiches Recht. Aber wir stellen sie eben nicht an."[2])

---

[2]) Auch in Bayern herrschen analoge Verhältnisse. Als am 24./25. Mai 1910 der Kultusminister von Wehner in der II. Kammer von dem liberalen Abgeordneten Buttmann, einem evangelischen Gymnasialoberlehrer,

Auch das Kapitel der Zurücksetzung jüdischer Schüler durch antisemitische Lehrer, das u. a. durch die Vorgänge auf dem Neustettiner Gymnasium, wo christliche und jüdische Schüler jeden geselligen Verkehr miteinander meiden, in charakteristische Beleuchtung gerückt worden ist, verdiente hier eine besondere Betrachtung, die wir uns jedoch aus Mangel an Raum versagen müssen.

Universitäten.

Kein Geringerer als Alexander von Humboldt hat schon die Aufrichtung konfessioneller Schranken auf dem Gebiete der Wissenschaft mit bitteren Worten beklagt. Dem Ministerium Eichhorn in Preußen, das 1847 das Judenedikt erlassen hatte, gab er in einem Briefe an Karl Josias von Bunsen (28. 7. 1847) eine bittere Pille zu schlucken: **Alex. von Humboldt.**

„In dem Judengesetze hat uns das Kultusministerium eben gelehrt, daß Juden nicht einmal extraordinäre Professoren der Geschichte, der heidnischen und griechischen Mythologie und orientalischen Sprachen sein können. Es ist ein trauriger Zustand, wenn ein ganzes Volk in seiner geistigen Bildung hoch über der des Ministeriums steht."

Rudolf Virchow hat einmal in einer Rektoratsrede das so schlichte und doch so treffende Wort gesprochen: „In der Wissenschaft ist es gleichgültig, welcher Religion man angehört, ebensowenig bedarf es einer solchen, um Gutes zu tun." Und der ihm kongeniale und auch politisch befreundete große Historiker Th. Mommsen hat das nicht minder geistvolle Wort geprägt: „Abgesehen von dem Theologischen ist der Konfessionalismus der Todfeind des Universitätswesens." **Rudolf Virchow.** **Theodor Mommsen.**

Auch lange vor diesen beiden letztgenannten Zierden der Wissenschaft hat ein freiheitlicher Politiker, Georg von Vincke, im Vereinigten

---

darüber interpelliert wurde, wie er sich zu der unbestreitbaren Tatsache stelle, daß kein jüdischer Oberlehrer bisher an einem humanistischen bayerischen Gymnasium Anstellung gefunden hat, gab er die Tatsache unumwunden zu. **Minister von Wehner über jüdische Oberlehrer in Bayern.**

Es existierten zurzeit (1910) in ganz Bayern nur 23 israelitische Oberlehrer, die ausschließlich an den realen Lehranstalten beschäftigt sind. Zur Aufnahme an einer humanistischen Lehranstalt hätte sich überhaupt noch kein jüdischer Bewerber gemeldet. Herr von Wehner erging sich auch in allerhand spitzfindigen moralphilosophischen und scholastischen Betrachtungen über die religiös-sittliche Grundlage der Schulen, die in unlösbarem Zusammenhange mit der Konfession stehe; für diese Erziehungsaufgabe sei „die Konfession des Lehrers von Belang". Er könne daher, wie er ganz offen heraus erklärte, eine Zusicherung, die Konfession in Zukunft als bedeutungslos für die Anstellung zu betrachten, nicht geben. Dadurch hatte er mit einem geschickten Schachzuge aus einer Frage von eminent verfassungsrechtlicher Bedeutung eine konfessionelle Zweckmäßigkeitsfrage gemacht. Der bayerische Kultusminister hat offenbar von seinen Ministerkollegen in Preußen gelernt, wie man unbequemen Bestimmungen der Verfassung auf dem Verwaltungswege ein Bein stellen kann, was auch schon sein Hinweis auf die „Verhältnisse und Bedürfnisse der einschlägigen Anstalten", auf die Rücksicht genommen werden müsse, bewies.

Georg von Vincke.

Landtage von 1847 (siehe auch das Kapitel: „Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden") die Torheit der Konfessionsschnüffelei in der Wissenschaft mit prächtigen Worten gegeißelt. Er hob die Tüchtigkeit der Juden auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschungen[1]) hervor und forderte deshalb, sie konsequenterweise auch des Vorzugs teilhaftig zu machen, „eine ordentliche Professur zu bekleiden". — Denn an dem Grundsatz wollte er festgehalten wissen, „von den höheren Bildungsanstalten, die sich als Sitz der Humanität in Preußen stets ausgezeichnet haben, die engen konfessionellen Rücksichten auszuschließen". Die Universitäten seien von den Landesherren selbst zum allgemeinen Besten des ganzen Landes gestiftet worden, „gestiftet als Pflanzschulen für die Aufklärung und Humanität", und die Stifter seien daher auch wohl befugt, „ihre Privilegien im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts zu modifizieren".

Lang, lang ist's her. Heute hat die von den staatlichen Behörden geübte konfessionelle Intoleranz leider auch schon diese „Pflanzschulen für Aufklärung und Humanität" ergriffen und findet bei dem derzeitigen Universitätsreferenten und allmächtigen Personalreferenten im preußischen Kultusministerium, Herrn Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. Elster, liebevolle Unterstützung. Der Staatsrechtslehrer Prof. Walter Schücking-Marburg hat im Jahre 1908 (siehe „Mitt. a. d. V. z. A. d. A." 1908 Seite 348) recht interessante Erfahrungen aus seinem persönlichen Verkehr mit diesem Herrn veröffentlicht. Staatliche Aufsichtsbehörden und Fakultäten ziehen leider sehr oft an einem Strang. Prof. Schwalbe, der auf dem Gebiete der Berufung der Universitätslehrer in der medizinischen Fakultät sicherlich sehr genau Bescheid weiß, hat einmal (1908) im „Tag" geschrieben:

Prof. Schwalbe.

„Nur so viel möchte ich bemerken, daß die von mancher liberalen Zeitung mit Vorliebe für die Schwächen des Staatslebens verantwortlich gemachte Regierung nicht einmal in Preußen, geschweige denn in Ländern wie Baden bei dieser Frage die Führung gehabt hat. Ich kann Beispiele angeben, wo das so arg angefeindete „System Althoff" bei dem Versuche, hochbedeutende jüdische Gelehrte als Ordinarien zu berufen, das konfessionelle Widerstreben der betroffenen Fakultäten nicht zu überwinden vermochte."

Die konfessionelle Engherzigkeit der einzelnen Fakultäten, der Kastengeist, ist es, der jüdische Gelehrte, mögen sie als Fachwissenschaftler noch so große Verdienste sich erworben haben, so häufig von dem Ordinariat ausschließt. Die wenigen Ordinarien jüdischer Konfession, die es in Preußen gegeben hat oder noch gibt, sind an den Fingern herzuzählen. In der medizinischen Fakultät, die in erster Linie hierbei in Betracht kommt, wurden im Jahre 1909 nur noch 4 jüdische Ordinarien gezählt: die Physiologen Bernstein in Halle und Rosenthal-Erlangen, beide 1872 berufen, der Pharma-

Jüdische Ordinarien.

[1]) Vergl. auch die Broschüre: „Der Juden Anteil am Fortschritt der Kultur" (Verlag d. V. z. A. d. A., Preis 40 Pfg.).

kologe Jaffé-Königsberg (seit 1873) und der Physiologe Hermann-Königsberg (seit 1884), dem die Fakultät zu seinem 50jährigen Doktorjubiläum eine Glückwunschadresse sandte, in der es u. a. hieß: „Daß Sie Ihre Ideen lange Jahre auf die Schüler unserer Albertina unmittelbar ausgesät haben, ist ein Glück für unsere Hochschule gewesen, die Ihren Namen mit Stolz denen der größten Naturforscher anreiht, die an ihr gewirkt haben.“ Traube, der hervorragende Kliniker, erlangte erst 4 Jahre vor seinem Tode das Ordinariat. In den beiden letzten Jahrzehnten hat die Berufung von jüdischen Gelehrten zu Ordinarien fast gänzlich aufgehört. Aus der älteren toleranteren Periode sind als jüdische Ordinarien noch zu erwähnen die berühmten Kliniker Herz in Erlangen und Ebstein in Göttingen, der Gynäkologe Freund und der Ophthalmologe Laqueur, beide in Straßburg, die Mathematiker Minkowski und Landau und der Astronom Schwarzschild in Göttingen. Wir wollen es mit dieser kurzen Auslese bewenden lassen, in den anderen Fakultäten sind zwar vereinzelt auch noch gelegentlich einige jüdische Professoren zu Ordinarien ernannt worden, wir unterlassen es jedoch, einzelne Namen zu nennen, zumal auch hier der Taufzwang eine nicht geringe Rolle gespielt hat. Um so notwendiger ist es, an einigen charakteristischen Fällen zu zeigen, wie sehr sich manche Fakultäten durch diese konfessionelle Unduldsamkeit selbst vor der gesamten zivilisierten Welt bloßgestellt haben. Nur wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum sind u. a. folgende Männer von epochaler Bedeutung für die Wissenschaft nicht zu ordentlichen Professoren ernannt worden: der berühmte Sprachforscher Steinthal, der Schüler und Freund Wilhelm von Humboldts, Moritz Lazarus, der Berliner Kliniker Albert Fränkel, gleich ausgezeichnet als Praktiker und Lehrer, der seine Stellung als Privatdozent niederlegte, weil man ihn in 28 (!) Jahren nicht über die Anfangsstufe hinaus hatte gelangen lassen; Hermann Oppenheim, einer der bedeutendsten deutschen Neurologen, dessen wissenschaftliche, diagnostische und therapeutische Leistungen einen Weltruf besitzen, sah auch nach 17jähriger Lehrtätigkeit als Privatdozent an der Berliner Universität noch keinerlei Aussicht auf Beförderung und verzichtete daher ebenfalls auf weitere Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität. Mit Hermann Munck, der als Nachfolger für den verstorbenen großen Physiologen Dubois-Reymond ausersehen war, hat die Regierung nicht einmal verhandelt. Henoch, der Schöpfer der modernen Kinderheilkunde, wurde ebenfalls brüsk übergangen. Der Kieler Nationalökonom Adler geriet durch die gegen ihn geübte systematische Zurücksetzung bei der Beförderung in eine solche seelische Erregung, daß er sich das Leben nahm. Als der bekannte Breslauer Anatom und Antisemit Prof. Hasse gegen die Wahl des zum Ordinarius der Physiologie vorgeschlagenen jüdischen Professors Zuntz „wegen seines jüdischen Aussehens“ protestierte, bemerkte der verstorbene Internist Prof. Kast sarkastisch: „Ich denke, wir wollen die Professur für Physio-

Koryphäen der Wissenschaft ohne Ordinariat.

logie besetzen und nicht eine Solosängerstelle an der Oper." Nicht nur das „jüdische Aussehen", auch schon ein verdächtig klingender Name kann unter Umständen auch einem christlichen Bewerber das Genick brechen. Die Marburger Fakultät wollte — so erzählt man sich in eingeweihten Kreisen — den Lehrstuhl für Pharmakologie neu besetzen und hatte einen in Wien lebenden bekannten Naturforscher M. in Aussicht genommen. Vorsichtigerweise erkundigte sie sich aber unter der Hand bei einem mit M. bekannten Professor, ob dieser Jude sei, da sie davon die Berufung abhängig machen wolle. M., der von dieser Religionsschnüffelei Wind bekommen hatte, besaß Humor genug, der Fakultät zu schreiben:

„Ich bin zwar nicht Jude, aber wenn die Fakultät besonderen Wert darauf legt, kann ich es ja werden."

Wir erinnern weiter daran, daß Emanuel Mendel, einer der berühmtesten Nervenärzte, keine ordentliche Professur erlangen konnte. Und wie ist man mit dem hervorragenden Pathologen und Bakteriologen Karl Weigert, der als Nachfolger Cohnheims von der Leipziger Fakultät einstimmig vorgeschlagen war, umgesprungen! Seine Zugehörigkeit zum Judentum war die unüberbrückbare Schranke, die ihn vom Ordinariat fernhielt, so daß er, als ihm die Nachricht von der Wahl überbracht wurde, bitter bemerkte: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Ein Kliniker von dem Weltruf eines Senator ist 1911 ins Grab gesunken, ohne von der Berliner medizinischen Fakultät der Ehre des Ordinariats für würdig erachtet zu sein.

Zwanzig Jahre lang mußte Prof. Jastrow, der bekannte Nationalökonom, der sich namentlich durch seine Forschungen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes große Verdienste erworben hatte, warten, bis er auch nur zum außerordentlichen Professor ernannt wurde. Als bei der Gründung des „Reichsarbeitsblattes" ein älteres, von Jastrow auf eigene Gefahr ins Leben gerufenes Institut mattgesetzt wurde, beklagte man mit Recht, daß damit die Interessen eines ohnehin oft genug benachteiligten Mannes aufs neue geschädigt würden. Damals sprach Staatssekretär Graf Posadowsky das vielbeachtete Wort: „Das Reichsamt ist leider nicht die Stelle, um wissenschaftliche Dienste zu belohnen."

Nur mit einem Gefühl tiefer Beschämung kann die Berliner Universität an die Ablehnung eines Jacques Loeb zurückdenken, der heute, mit dem Nobelpreis gekrönt, einer der ersten Männer der Wissenschaft in Amerika ist, eines Paul Ehrlich, des Erfinders des Ehrlich-Hata, den die Berliner Universität im Jahre 1900 leichten Herzens scheiden ließ, und der dann in einem vornehmlich aus jüdischen Mitteln gegründeten und erhaltenen wissenschaftlichen Institut in Frankfurt a. M. seine epochalen Entdeckungen machte. Wie hat man im Auslande — leider mit Recht — über diese konfessionelle Borniertheit der zünftlerischen Wissenschaft und ihrer staatlichen Helfershelfer in Deutschland zum Teil

gehöhnt, zum Teil sie aufrichtig bedauert. Der berühmte Turiner Historiker und Schwiegersohn Lombrosos, Prof. Carrara, schrieb z. B. in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift (24. 8. 1905): Prof. G. Carrara.

„Einen großen Vorzug der italienischen Universitäten bildet ihre Toleranz in religiöser Beziehung. Bei uns bestehen keine konfessionellen Vorurteile; der Antisemitismus ist unbekannt. Zahlreiche der bewährtesten Professoren, Fakultätspräsiden und zuweilen auch Rektoren sind Juden, ohne daß dies jemals zu Unzuträglichkeiten Anlaß gegeben hätte. Diese Toleranz bringt es mit sich, daß den Studenten schon beim Eintritt in die Universität Aufklärung und Gedankenfreiheit in praktischer Gestalt entgegentritt, wodurch zweifellos ein gesunder Einfluß auf ihre Entwicklung ausgeübt wird."

Dieser erzieherische Einfluß ist zweifellos von großer Bedeutung. Denn ist es unter den jetzigen Umständen in Deutschland verwunderlich, wenn die antisemitische Gesinnung der Fakultäten abfärbt auf die Hochschüler? Als vor einigen Jahren der bekannte Rechtslehrer Professor Kohler den von den ausgezeichneten Fachmännern Wilmowski und Levy herausgegebenen Kommentar zum Reichszivilprozeß empfahl, da gaben die jungen Rechtsbeflissenen, wie das Berliner Wochenorgan „Der Beobachter" schrieb, bei dem Anhören des Namens Levy ihrem Mißfallen durch allgemeines Scharren Ausdruck. Und als Professor Kohler dann hervorhob, daß dieser Justizrat Levy vor nicht langer Zeit ermordet worden sei, gaben diese idealistischen Musensöhne, Deutschlands Zukunftsstolz und Zukunftshoffnung, durch ohrenbetäubendes Trampeln ihren lebhaften Beifall für Mord und Mörder zu erkennen.

Das sind dieselben Elemente, welche stolz darauf waren, sich an der Ehrung eines Virchow nicht beteiligt zu haben, da er der Hofgunst entbehrte.[2]) Das sind dieselben Leute, die dereinst berufen sind, im Gerichtssaale das Verbrechen zu brandmarken und zu ahnden und die voraussicht-

---

[2]) Das sind auch dieselben Elemente, die das Studium mehr als eine lästige Unterbrechung der studentischen Freiheit und des studentischen Kommerslebens betrachten. Als im Jahre 1902 ein jüdisches Organ mit Genugtuung verzeichnete, daß von den in diesem Jahre der Berliner Universität verliehenen sieben Preisen für wissenschaftliche Arbeiten sechs von jüdischen Studierenden erworben worden waren, schrieb die antisemitische „Deutsche Ztg." des Herrn Dr. Friedr. Lange: „Deutsche Ztg." verhöhnt den Fleiß der jüdischen Studenten.

„In dieser Tatsache läge allerdings für die übrige Studentenschaft an sich etwas Beschämendes, um so mehr, als ja nur etwa der zwölfte Teil der Studentenschaft jüdisch ist. Aber nachdem wir gesehen haben, wie in so innerlichen Dingen, wie es Eheschließung und Religionswechsel sind, bei den Juden geschäftliche Erwägungen mitwirken, wird man zur Entschuldigung des deutschen Teils der Studentenschaft wohl das Moment geltend machen dürfen, daß der Geldpreis auf ihn nicht die gleiche anstachelnde Wirkung ausgeübt hat, wie auf die jüdischen Kommilitonen. Jedenfalls möchten wir das auffallende Ergebnis weder der höheren wissenschaftlichen Befähigung der Juden, noch auch lediglich ihrer größeren Arbeitsamkeit zugute schreiben."

Vor dieser wahrhaft vornehmen Auffassung muß allerdings jeder kritische Zweifel verstummen.

lich alsdann überfließen werden von brünstigen Bekenntnissen für Religion, Sitte und Ordnung. In des Herzens geheimster Falte aber mag bei manchem dabei das Gefühl leben, daß ein an einem Juden verübtes Verbrechen im Grunde eine verdienstliche Tat[3]) sei.

Einen kleinen Lichtblick darf man vielleicht darin erblicken, daß gegen dieses heuchlerische Versteckenspielen einzelner Fakultäten auf den Universitäten selbst sich schon eine gesunde Reaktion regt. Der Deutsche Hochschullehrertag in Jena hat schon dagegen Stellung genommen, und Prof. Alfred Weber-Heidelberg ist da mit seinen intoleranten Amtsgenossen nicht gerade glimpflich umgesprungen, indem er u. a. erklärte:

Prof. Alfred Weber.

„Eine Menge von Lehrkräften wird aus bestimmten sozialen und, wie ich mit aller Schärfe unterstreichen muß, aus gewissen Rassenvorurteilen nicht in die Stellen befördert, die ihnen eigentlich gebühren würden. (Lebhafte Zustimmung der Versammlung.) Bei einer umfangreichen Neubesetzung der Lehrfächer in einer Fakultät ist kein einziger Jude berücksichtigt worden, obgleich diese die geeignetsten Bewerber waren. Sollen diese Akademiker der Guillotine verfallen und hinausgeworfen werden?"

Nur in einem Falle können die jüdischen Gelehrten — genau so wie die jüdischen Offiziersaspiranten — auf Beförderung rechnen, wenn sie — sich taufen lassen. Prof. Weber hat andererseits in einem Artikel der „Frankf. Ztg." festgestellt, daß ein Historiker und Nationalökonom seine Habilitation an einer preußischen Universität u. a. deshalb nicht erreichen konnte, weil er seine Kinder nicht taufen ließ. Mit Recht bemerkte hierzu Pfarrer Rade-Marburg in der „Christlichen Welt":

Pfarrer Rade über die Unmoral des Taufzwangs.

„Nun ist zur Entschuldigung der „Kirchen" zu sagen, daß ihnen solche Fälle in der Regel nicht zur Kenntnis kommen, daß die Beziehungen der „Kirchen" zum Staat überaus verwickelte sind, und daß „der Staat" an derlei Nötigungen der Gewissen schuldiger ist als die „Kirchen". Wir unsererseits brauchen kaum zu versichern, daß wir es in unserm religiös-kirchlichen Sinn als einen unerträglichen Zustand empfinden, wenn der Staat die Erfüllung kirchlicher Pflichten zur Bedingung bürgerlichen Fortkommens macht. Will man hier Schranken aufrichten, um eine Auslese zu erzielen, so soll man wenigstens die Religion nicht dazu mißbrauchen!"

Wie herrlich weit wir es im neuen Deutschen Reich mit dieser staatlichen Proselytenmacherei gebracht haben, zeigt auch eine Episode aus der altliberalen Aera des vorigen Jahrhunderts. Der Minister von Bonin forderte gelegentlich einen jungen Juden auf, sein Haus zu besuchen, das stets offen für ihn sein werde. Der junge, obendrein ostelbische Jude glaubte, der Minister wisse nicht, daß er Jude sei, und mit der Unbescheidenheit, die nun einmal den Juden eigen

Minister von Bonin.

---

[3]) Liebermann von Sonnenberg hat ja einmal im Reichstage die zynische Aeußerung getan und sich dabei auf ein angeblich im Volk gebräuchliches Sprichwort berufen: Wer (nach einem „ungeschriebenen Gesetz") einen Juden totschlägt, beerbt ihn.

sein soll, hielt er es für seine Pflicht, den Minister darauf aufmerksam zu machen, daß er ja Jude sei. „Aber, lieber junger Freund," entgegnete der Minister, „*Sie sollen doch bei mir nicht Religionsunterricht erteilen.*"

Durch die geflissentliche Fernhaltung geeigneter Bewerber, die nur den einen „Fehler" haben, daß sie Juden sind, wird aber sowohl dem akademischen Unterricht wie der Wissenschaft Abbruch getan: denn dem Ordinarius ist in der Regel der größte Einfluß auf die Heranbildung der akademischen Jugend ermöglicht, ihm stehen die besten Mittel zur wissenschaftlichen Arbeit zu Gebote, und manches Lehrtalent, mancher schöpferische Geist hat, wie Geheimrat Prof. Schwalbe in dem bereits erwähnten Artikel mit Recht hervorhob, seine Kräfte nicht zugunsten der Wissenschaft und des Unterrichts verwerten können, da ihm die rechte Arbeitsstätte verwehrt war.

Eine Regeneration mancher Fakultäten, die noch in der verstaubten Theorie des „christlichen" Staats leben, täte bitter not, und ebensosehr eine Umkehr der Wissenschaft, aber in anderem Sinne, als sie der jüdische Theoretiker des christlichen Staats gelehrt hat. Der Aufschwung der Berliner Universität datiert erst seit dem Jahre 1858, seit der nachmalige Kaiser Wilhelm die Regentschaft übernahm und sich in dem bekannten Schreiben vom 8. November *von jener Orthodoxie* lossagte, die „mit der Grundanschauung der evangelischen Kirche im Widerspruche ist und nur *Heuchler* im Gefolge hat".

Wilhelm I. gegen die heuchlerische Orthodoxie.

Trotz dieser offenkundigen Zurücksetzungen der Juden auch auf den akademischen Lehrstühlen *fabeln* die *Antisemiten* von einer „*Verjudung*" der deutschen Universitäten. Ein in vielen Zehntausenden von Exemplaren verbreitetes „*Hammer*"-*Flugblatt*: „*Die geistige Unterjochung Deutschlands*" hat ausgerechnet, daß sich unter den 3140 deutschen Hochschullehrern im Jahre 1909/10 529 „Hebräer" (302 Professoren und 227 Privatdozenten[4]) befanden. Wir wollen nicht nachprüfen, ob diese Zahlen richtig sind, obwohl von vornherein anzunehmen ist, daß die sattsam bekannte „Judenriecherei" (siehe auch die Kapitel: „Adolf Bartels" und „Die Verjudung von Kunst und Literatur") dem Verfasser manchen schlimmen Streich gespielt haben wird. Gesetzt also, diese Zahlen seien richtig, was wäre damit bewiesen? Die „Prozentnorm" nach berüchtigtem russischem Muster wäre dann — wenn man diesen mechanischen und geistlosen Maßstab im Reiche der Wissenschaft überhaupt gelten lassen wollte — von den jüdischen Hochschullehrern freilich überschritten. Aber warum? Weil man die sozial und geistig höher strebenden Elemente des Judentums in gewisse akademische Berufe wie in geistige Rayons

Der „Hammer" über „die geistige Unterjochung Deutschlands".

[4]) Die Privatdozenten, deren Vorlesungen zu hören kein Akademiker im Interesse seines Studiums gezwungen ist, die allein durch ihre wissenschaftlichen Leistungen sich einen geachteten Namen in ihrer Disziplin erwerben können, mit zu den „geistigen Unterjochern" Deutschlands zu zählen, ist der Gipfel unfreiwilliger Komik.

seit Jahren hineingepferchi hat. Weil man ihnen den Zugang zu der staatlichen und Verwaltungskarriere, in Heer, Marine, Justiz, höherem Lehrfach usw. entweder ganz versperrt oder ihnen jedes Avancement abschneidet. Daß dies der Verfasser des „Hammer"-Flugblattes nicht weiß, ist ausgeschlossen; man hat hier eben wieder ein Schulbeispiel antisemitischer Perfidie, wie man sie von dem Verfasser dieses Flugblattes freilich gewöhnt ist.

Geh. Rat Schweninger.

Geh. Medizinalrat Schweninger, der langjährige Leibarzt Bismarcks, hat im Dezember 1907 („Neue Freie Presse") gerade im Hinblick auf das Geschrei über die „Verjudung der Universitäten" eine hübsche Bemerkung gemacht, mit der wir dieses Kapitel schließen wollen:

„Angenommen, der Plan der „christlichsozialen Rassenpolitik", wie er so schön gedacht ist, könnte gelingen, die Universitäten würden „verchristlicht", „rekatholisiert" oder gar vollständig unter die Herrschaft der christlichen Oberhoheit gestellt — hat die christlichsoziale Rassenpolitik sich schon überlegt, was dann geschehen würde? Hält sie die Juden wirklich für so untüchtig und ungeschickt, daß diesem Druck nicht eine gewaltige Anspannung aller Kräfte zu entschiedenem Gegendruck folgen würde? Statt simultanen — konfessionelle Hochschulen oder Universitäten, oder neben christlichen eine jüdische Universität? Vielleicht könnten wir dann erleben, daß Christen die jüdische Universität aufsuchen, — nur um die verlorene Freiheit wiederzufinden."

Die Ausländerfrage an den deutschen Universitäten.

Es gibt kaum ein besseres Kriterium für die ethische Kultur eines Volkes, als die Art, wie dieses Volk die Fremden behandelt. Denn wo die gesetzliche Pflicht aufhört und die freiwillige Menschlichkeit anfängt, da zeigt es sich erst, auf welchem geistigen und sittlichen Niveau eine Bevölkerung steht. Bei allen kulturell hochstehenden Völkern stand denn auch seit altersher die Gastfreundschaft in hoher Blüte, der Gastfreund war ihnen heilig, sie fühlten sich verpflichtet, über ihn zu wachen, nach Möglichkeit für sein Wohl zu sorgen.

Für unsere Antisemiten ist nun die fortwährende Hetze gegen die Fremden charakteristisch, daher auch die innige Wesensverwandtschaft zwischen Alldeutschen und Antisemiten. Insbesondere werden die fremden Juden als die höchste Potenz des Uebels geschildert. Was ein letzter Rest von Schamgefühl noch verhindert, von den deutschen Juden zu behaupten, das wird den ausländischen nachgesagt. Namentlich sind die ausländischen Studenten, die an unseren Universitäten und technischen Hochschulen studieren, den Chauvinisten verhaßt, da sich unter ihnen eine beträchtliche Anzahl Juden, namentlich russischer Staatsangehörigkeit, befinden, die aus der Barbarei ihres Heimatlandes sich geflüchtet haben, um, oft unter den größten Entbehrungen, an den deutschen Hochschulen sich eine akademische Bildung zu erwerben.

Seitdem aber gar zwei russische Studenten in Leipzig die Ungehörigkeit begingen, sozialdemokratische Zettel bei den Reichstagswahlen von 1907 zu verteilen — ein Verfahren, das übrigens auch von allen jüdischen Organen ohne Ausnahme aufs schärfste verurteilt wurde — werden die Antisemiten nicht müde, die Erschwerung des Studiums an den deutschen Hochschulen für Ausländer kategorisch zu verlangen. Ja, einige von ihnen sind ehrlich genug, gleich den Wunsch auszusprechen, daß die Stätten deutscher Wissenschaft ihnen überhaupt verschlossen bleiben sollen. Sie haben anscheinend keine Empfindung dafür, wie erniedrigend diese ganze Auffassung für die Wissenschaft ist. Es zeigt sich darin die ganze Höhe der sittlichen Kultur unserer Antisemiten. Komischer noch wirken diese Bestrebungen, wenn man bedenkt, daß wir darauf angewiesen sind, unsern Export immer mehr auszudehnen und den deutschen Erzeugnissen neue Gebiete zu eröffnen. Begreift man denn nicht, daß dieses Ziel nur auf der Bahn der kulturellen Annäherung der Völker und des gegenseitigen Entgegenkommens erreicht werden kann? Noch mehr: Es gibt kaum ein zweites Volk, das so viele seiner Söhne im Auslande hat, wie das deutsche. Mit welchem Rechte wollen wir dann eine Achtung vor dem Deutschen und ein freundliches Entgegenkommen für seine kommerziellen und kulturellen Bestrebungen verlangen, wenn wir uns gegen die Söhne anderer Völker als Barbaren zeigen?

Zahl der ausländischen Studenten.

Die antisemitische Presse und die antisemitischen Abgeordneten in den Parlamenten pflegen es auch immer so darzustellen, als ob eine förmliche Ueberschwemmung von Ausländern an den deutschen Hochschulen stattfände, als ob die ausländischen Studenten den deutschen den Platz und Luft und Licht wegnähmen. Nun betrug aber nach einer Aufstellung, die die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ vor einiger Zeit machte, die Zahl der ausländischen Studierenden im Sommersemester 1909 nur 3921 bei einer Gesamtzahl von 51 700 Studierenden der Universitäten des Deutschen Reiches. Im März 1910 belief sich die Zahl der Ausländer an den deutschen Universitäten auf 4409:

Von diesen studierten in Berlin 1349, in München 749, in Leipzig 618, in Halle 278, in Heidelberg 211, in Königsberg 166, in Göttingen 151, in Jena 118, in Freiburg 116, in Breslau 112, in Straßburg 106, in Bonn 104, in Marburg 76, in Gießen 69, in Würzburg 49, in Erlangen 48, in Greifswald 30, in Tübingen 24, in Rostock 17, in Münster 12 und in Kiel 7.

Von diesen studierenden Ausländern kamen 1858 aus Rußland, 792 aus Oesterreich-Ungarn, 332 aus Amerika, 302 aus der Schweiz, 186 aus Bulgarien, 184 aus Asien, 73 aus Griechenland, 58 aus Luxemburg, 48 aus der Türkei, 47 aus den Niederlanden, 46 aus Frankreich usw. usw.

Und darum Räuber und Mörder!

Man spricht viel vom nationalen Egoismus, aber auch wirtschaftlich liegt hier keine Gefahr vor. Die Wissenschaft kennt keine Geheimnisse, ihre Errungenschaften sind Gemeingut der ganzen Kulturmenschheit. Die Bedeutung der deutschen Industrie beruht nicht nur auf der Tüchtigkeit seiner Ingenieure — daran mangelt es auch in Rußland

nicht —, sondern in erster Reihe auch auf der Intelligenz und Ausdauer seiner Arbeiter. Das kann uns Rußland nicht nachmachen, und daher brauchen wir die Konkurrenz Rußlands nicht zu fürchten. An Stelle des nationalen Egoismus sollte man lieber die nationale Vornehmheit setzen. Es scheint uns kein erstrebenswerteres nobile officium für Deutschland zu geben, als eine Freistatt des Wissens für die strebsamen Jünglinge aller Völker zu sein.

Erfreulicherweise ist dies bisher auch die Auffassung der maßgebenden Kreise in Deutschland, selbst der preußischen Regierung und der Universitäten gewesen. Denn bisher sind fremdenfeindliche Bestrebungen von den autoritativen Stellen stets entschieden zurückgewiesen worden.

So ging auf eine gegen das Ausländertum an der Leipziger Universität und anderen Hochschulen gerichtete Eingabe des Leipziger „Deutschsozialen Vereins", die kurz nach den Reichstagswahlen von 1907 an die Kreishauptmannschaft Leipzig gerichtet wurde, eine Antwort ein, daß die genannte Behörde in Erwägung gezogen habe, ob das Verhalten der ausländischen Studenten eine Aenderung ihrer Behandlung gebiete.

„Zu diesem Behufe, hieß es dann weiter, sind in den Orten, die ausländischen Studierenden zum Aufenthalt dienen — Leipzig und Mittweida — und nicht minder überall dort Erörterungen angestellt worden, wo dergleichen junge Leute nach Zeitungsberichten sich während der letzten Reichstagswahlkampagne unliebsam bemerklich gemacht haben sollen. Das Ergebnis der gedachten Erörterung ist äußerst gering, so gering, daß zur Ergreifung irgendwelcher Maßnahmen kein Anlaß vorliegt."

Eine ähnliche amtliche Abweisung erfuhren die Vereine Deutscher Studenten, die sich gern in Angelegenheiten mischen, die sie nichts angehen, und die auch die Ausländer mit grimmigem Hasse verfolgen. 1909 hatte der Berliner Verein Deutscher Studenten mit einer Reihe von anderen Korporationen, die im gleichen antisemitischen Fahrwasser segeln, bezüglich der Immatrikulation von Ausländern einen Antrag an die Universitätsbehörde gerichtet, es möchten Ausländer erst sechs Wochen nach Beginn des Semesters zum Belegen von Vorlesungen zugelassen werden, weil besonders in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Kollegien die Ausländer beim Eintreffen der deutschen Studierenden schon vielfach die besten Plätze belegt hätten.

Die Universitätsverwaltung lehnte den Antrag ab mit der Begründung, daß eine so späte Zulassung zur Immatrikulation einem Ausschluß der Ausländer gleichkäme. Maßregeln, die aber eine Beschränkung oder einen Ausschluß von Ausländern zur Folge hätten, würden unzweifelhaft zu Gegenmaßregeln an den Universitäten fremder Staaten führen.

Damit gaben sich die nationalistischen Heißsporne aber nicht zufrieden, sie forderten Semesterprüfungen für ausländische

Studenten. Darauf ließ die Universitätsleitung erklären, daß die Fakultäten weder zur Einführung eines solchen Examens anzuregen, noch sonst in irgendeiner Weise die akademische Lernfreiheit der ausländischen Studierenden einzuschränken beabsichtigen.

In den Parlamenten hatten die Antisemiten mit ihren kulturfeindlichen Forderungen noch weniger Glück. Als am 10. April 1907 im preußischen Abgeordnetenhause die Frage der Ausländer an den preußischen Hochschulen von dem konservativen Abg. von Arnim-Züsedom angeschniten wurde, da erwiderte ihm der philosemitischer Neigungen gewiß unverdächtige Kultusminister von Studt in einer längeren Rede, in der er zunächst hervorhob, daß diese Frage nicht allein vom besonderen Standpunkt eines einzelnen Staates, sondern auch von internationalen Gesichtspunkten aus behandelt werden müsse. Eine politische Betätigung russischer Studenten, wie in Leipzig, habe in Preußen nicht stattgefunden: **Minister von Studt.**

„. . . es muß vielmehr, fuhr er fort, anerkannt werden, daß bei uns die russischen Studenten und namentlich hier in Berlin, wo sie in größerer Zahl vorhanden sind, in neuerer Zeit politisch nicht hervorgetreten sind und sonst auch gegen die akademische Ordnung und Disziplin sich nicht vergangen haben. Deshalb ist bei uns die Frage nicht aktuell geworden."

Der Minister äußerte sich dann zu der kleinlichen Beschwerde, daß die ausländischen Studenten den einheimischen die Plätze wegnähmen, und konstatierte, daß in dieser Beziehung noch niemals eine Klage an die Zentralinstanz gekommen sei. Ueber die geforderte besondere Besteuerung der ausländischen Studenten führte er aus:

„Bis zu einem gewissen Grade erscheint diese Besteuerung nicht unbegründet, und es liegen auch schon Vorgänge in dieser Richtung vor. So kostet der Hospitantenschein in Berlin und Bonn für Ausländer doppelt so viel wie für Inländer, und die Technischen Hochschulen erheben von jedem Ausländer eine besondere Gebühr von 50 Mark pro Semester, die neben den allgemeinen Gebühren und Honoraren zu entrichten ist. Auch die übrigen deutschen Technischen Hochschulen haben solche Ausländergebühren eingeführt.

Bei den Universitäten sind Ausländerbeiträge bisher nicht eingeführt worden, und die preußischen Universitäten, welche vor kurzem über die Einführung solcher Besteuerung gehört worden sind, haben sich einstimmig dagegen ausgesprochen; man wünscht, daß die bisherige weitherzige Behandlung der Ausländerfrage nicht aufgegeben wird. Denn die Gastlichkeit dem Ausländer gegenüber ist eine alte Tradition der Universitäten der Kulturländer, und sie ist von Deutschland namentlich in der Vergangenheit in weitestgehendem Maße in Anspruch genommen worden. Der dadurch bewirkte Austausch ist der deutschen Wissenschaft in hohem Grade förderlich gewesen. Es ist auch zu beachten, daß die Beziehungen, welche die bei uns studierenden Ausländer hier anknüpfen, für uns sehr wertvoll sein können. Ich kann da aus eigener persönlicher Erfahrung sprechen. Ich habe im Laufe der Zeit viele Ausländer kennen gelernt, die es als einen Glanzpunkt ihrer Jugenderinnerungen bezeichnen, an hervorragenden Stätten deutscher Wissenschaft studiert zu haben und als unsere zuverlässigsten Freunde in allen Phasen der internationalen Entwicklung zu betrachten sind. Das Ansehen der deutschen Wissenschaft und des deutschen Namens im Auslande wird

durch das Ausländerstudium gehoben, wie dasselbe auch materielle Vorteile für Handel und Industrie bieten kann, indem deutsche Bezugsquellen und Absatzgebiete eröffnet werden. Diese Gesichtspunkte werden in andern Ländern in ihrer Bedeutung erkannt und gewürdigt.

Diesen Erwägungen gegenüber erscheint die befürwortete Einführung einer Ausländergebühr als eine etwas kleinliche Maßregel, zumal sie auch finanziell nicht sehr ins Gewicht fallen würde."

Handelshochschule in Leipzig.

In der zweiten sächsischen Kammer wurden Ende 1907 von konservativ-antisemitischer Seite heftige Angriffe gegen die Handelshochschule in Leipzig und die dort studierenden Ausländer gerichtet. Diese Angriffe wies am 3. Dezember 1907 der Leipziger Handelskammerpräsident Geh. Kommerzienrat Zweininger bei der Etatsberatung in der ersten Kammer sehr energisch zurück. Die Ausländer, die in Leipzig studierten, brächten die Kosten, die sie der Handelshochschule verursachten, selbst auf, ja, sie trügen noch dazu bei, viele Inländer auf der Hochschule erhalten zu können. Technische Geheimnisse würden nicht gelehrt, und die Befürchtung, daß die in Leipzig ausgebildeten Ausländer unserem Handel und unserer Industrie gefährlich werden könnten, sei durchaus unbegründet. Wohl aber könnte die in gewissen Kreisen vorherrschende Abneigung gegen die ausländischen Studierenden nur dazu beitragen, unsere Handelsbeziehungen zum Ausland zu beeinträchtigen und das Ansehen der Handelshochschule zu diskreditieren. Die Leipziger Stadtverordneten erhöhten einen Tag später den städtischen Beitrag für die Handelshochschule von 6000 auf 10 000 M. Ein Antrag der Antisemiten, diese Erhöhung nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß der Senat der Handelshochschule sich verpflichte, so lange keine Ausländer mehr aufzunehmen, bis deren Zahl auf 25 v. H. der Gesamtzahl der Studierenden zurückgegangen sei, wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Bürgermeister Dr. Dittrich und mehrere Vertreter des Handelsstandes hatten vorher, namentlich auch unter Hinweis auf die intimen Handelsbeziehungen Deutschlands zu Rußland, betont, daß ein so engherziger Standpunkt der internationalen Handelsstadt Leipzig nicht würdig sei.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im Jahre 1909 wurde auch im Reichstage die Erschwerung des Studiums von Ausländern an deutschen Universitäten angeregt, und zwar von dem Zentrumsabgeordneten Schiffer, einem Führer der christlichen Arbeiterbewegung, ohne daß allerdings der Staatssekretär des Innern, Herr von Bethmann Hollweg, trotz mehrfacher Provokation, hierauf eingegangen wäre. Die Antisemiten beteiligten sich diesmal an der Debatte nicht. Unterstützung fand Herr Schiffer nur bei dem freikonservativen Herrn von Gamp, der von einer Ausnützung der auf deutschen Hochschulen erworbenen Kenntnisse ausländischer Techniker eine empfindliche Schädigung der chemischen Industrie Deutschlands, an der er persönlich nicht ganz uninteressiert ist, befürchtete. Diesen teils reaktionären, teils egoistischen Anschauungen traten mit schlagenden

Argumenten insbesondere die freisinnigen Abgeordneten Gothein, Dove, Stengel und der Sozialdemokrat Dr. Frank entgegen. Aus der Rede des Abg. Gothein dürften die Schlußsätze besonders interessieren: **Abg. Gothein.**

„Vor drei Jahren war ich mit dem verstorbenen Ministerialdirektor Dr. Althoff zusammen, und der hat mich damals ausdrücklich gebeten, ich möchte doch einmal mit aller Entschiedenheit Front machen gegen diese Engherzigkeit, die den Ausländern den Besuch der technischen Institute und der Universitätsinstitute im Deutschen Reich verkümmern wollte, es sei unbedingt notwendig, auch für das gegenseitige Lernen, daß hier die volle Freizügigkeit herrsche.

Der deutsche Ingenieur braucht sich nicht vor dem ausländischen zu fürchten; seine gute Vorbildung hat ihm auch im Auslande überall die Stellen geöffnet, aber wenn wir hier kleinlich vorgehen und die ausländischen Hörer fernhalten wollten, würde der deutsche Ingenieur auf der anderen Seite auch im Auslande vielleicht nicht mehr so aufgenommen werden, und schließlich können unsere deutschen Hörer auf ausländischen Universitäten und technischen Hochschulen auch sehr viel lernen und ihren Gesichtskreis erweitern und auch Sprachkenntnisse erwerben, was sehr erwünscht ist.

Es kommt aber noch ein Gesichtspunkt dazu: dadurch, daß viele Ausländer auf unseren deutschen technischen Anstalten studieren, die späterhin in der Industrie ihres Mutterlandes eine leitende Stellung einnehmen, haben sie die deutsche Technik kennen gelernt (sehr richtig), haben sie die Beziehungen zu den deutschen Fabriken angeknüpft, und sie sind dann auch geneigt, ihre Bezüge für ihre Fabriken aus Deutschland zu machen. Insofern führt das Studium der Ausländer auf den deutschen technischen Hochschulen dazu, unseren Export zu stärken und nicht zu schwächen, wie das seitens des Herrn Abgeordneten Schiffer dargestellt worden ist."

Ein hervorragender Universitätslehrer, der freisinnige Abgeordnete Prof. Dr. von Liszt, äußerte sich über die Ausländerfrage bei der letzten Beratung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhause im gleichen Sinne.

Die Handelshochschule Berlin konstatiert übrigens ausdrücklich, daß sie bisher mit ihren ausländischen Schülern nur gute Erfahrungen gemacht hat. Ausführlich spricht sich darüber der von Professor Jastrow erstattete Bericht über die erste Rektoratsperiode (Berlin, Verlag von Georg Reimer) aus. Der Bericht resümiert sich dahin: **Handelshochschule Berlin.**

„So kommt es, daß die Handelshochschule Berlin über die Erfahrungen, die sie mit ausländischen Studierenden gemacht hat, sich nur günstig aussprechen kann. Es waren zum größten Teil vorzüglich qualifizierte junge Leute, deren Vorbildung vielfach über das vorgeschriebene Maß hinausging, und die in keiner Beziehung Anlaß zu der Klage gaben, daß durch sie etwa das Niveau des Unterrichts herabgedrückt würde. Durch besonders weitreichende Vorbildung zeichneten sich die Studierenden aus den skandinavischen Ländern (hauptsächlich Schweden und Finnland) aus."

Hervorzuheben wäre zum Schluß noch eins, was bei der ganzen Ausländerfrage so oft übersehen wird, daß nämlich die „Ausländer" keineswegs durchweg als Fremde zu betrachten sind. Für die beiden Länder aber, an die in erster Linie gedacht wird, wenn von der Ueberschwemmung mit Ausländern die Rede ist, für Oesterreich-Ungarn und Rußland, gibt der eben erwähnte Rektoratsbericht gewisse Anhalts-

punkte. In den sechs Semestern, die der Bericht umfaßt, stammten von den unter Oesterreich-Ungarn gezählten Studierenden aus den deutschen Kronländern und Siebenbürgen: 2, 3, 6, 4, 8 und 5 Studierende, ebenso von den Russen aus den Ostseeprovinzen: 3, 2, 4, 3, 5 und 4. Dazu kommen einzelne Studierende von den deutschen Kolonien im Donau-Theiß-Zwickel, von den Wolgakolonien, vereinzelt auch ein Deutschrusse mit dem Wohnsitze in Deutschland u. a. m. Für die angemessene Berücksichtigung dieser versprengten Hüter deutscher Kultur, die wohl einen gewissen, moralischen Anspruch auf gastfreundliches Entgegenkommen haben, hat die Handelshochschule Berlin mit dem Verein zur Förderung des Deutschtums im Auslande (Deutscher Schulverein) ein Abkommen getroffen, das sich in jeder Beziehung bewährt hat.

Angriffe gegen die Juden.

Die Kriminalität der Juden.

Ueber den Anteil der Juden an Verbrechen und Vergehen hat sich eine umfangreiche Literatur angesammelt, die anscheinend immer noch weiter anschwillt, obwohl über die Grundlinien einer besonderen Kriminalität der Juden — wenn man von einer solchen überhaupt sprechen darf — jetzt wohl genügende Klarheit herrscht. Die Kriminalität der Juden ist im allgemeinen dieselbe wie die der sozialen Schichten, denen sie angehören. Eine spezifisch jüdische Kriminalität gibt es für die Kriminalstatistik nicht; diese muß vielmehr, wie Prof. Franz v. Liszt sich in einem über diesen Gegenstand gehaltenen Vortrage auf der Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus (1906) resümiert hat, sagen, es handelt sich im wesentlichen um eine Berufskriminalität. Andere Umstände mögen vielleicht hier und da der Kriminalität der Juden eine gewisse Nuance verleihen, richtunggebend ist aber nur das soziale und berufliche Milieu. Religion und Rasse haben mit dem sozialen Leben und den Formen des geschäftlichen Kampfes nichts zu schaffen, ganz abgesehen davon, daß in den Kulturstaaten von reinen, unvermischten Rassen überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Man kann von dem Grade der Kriminalität einzelner sozialer Schichten oder Berufskreise auch keineswegs schlüssige Folgerungen in bezug auf ihre Moralität ziehen; denn die Bestrafungen des Gesetzes treffen nur einen kleinen Teil der strafbaren Handlungen, nur die zur Anzeige gebrachten, berühren aber die strafbaren Empfindungen überhaupt nicht.

Die statistischen Untersuchungen, die über die Kriminalität der Juden von Liszt, Wassermann, Ruppin, Blau, von Lindenau, Aschaffenburg — um nur die bedeutendsten Fachwissenschaftler zu nennen — in den letzten Jahren veröffentlicht worden sind, haben ein so reichhaltiges und klärendes Material zutage gefördert, daß wir es für angezeigt hielten, diesem Kapitel im Verein mit den statistischen Untersuchungen über die soziale und berufliche Gliederung der Juden eine besondere Abhandlung (siehe das Vorwort) zu widmen. Wir können uns daher auf einige resümierende Feststellungen beschränken, zumal ja selbst die „Staatsb.-Ztg." (Nr. 275, Jahrg. 1907) anerkannt hat, daß „im Durchschnitt aller Straftaten die Juden keine stärkere Neigung zu Verbrechen aufweisen als der Deutsche", und sogar das bemerkenswerte Eingeständnis gemacht hat, daß auch aus der Kriminalstatistik nicht her- „Staatsb.-Ztg."

vorgehe, „daß unser deutsches Volk besser ist als das jüdische", sondern nur, „daß es anders ist."[1])

Die Gesamtkriminalität der Juden wird in der Statistik ganz wesentlich — und zwar zu ihren Ungunsten in der allgemeinen Beurteilung — beeinflußt durch ihre hohe Ziffer in der Kategorie „Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion". Sieht man sich diese „Staatsverbrechen" jedoch näher an, so findet man, daß die relativ hohe Ziffer verursacht wird durch Bestrafungen wegen Vergehens gegen das Gesetz über die Sonntagsruhe und den Ladenschluß. Diese Bagatellsachen schrauben die Gesamtkriminalität der Juden ganz über Gebühr in die Höhe und erwecken dadurch ganz falsche Vorstellungen über den Gesamtcharakter der jüdischen Kriminalität. Es ist übrigens in den letzten Jahren, nachdem sich die Geschäftswelt mit dem erst seit 15 Jahren bestehenden Gesetz mehr und mehr eingelebt hat, eine Abnahme der Verurteilungen jüdischer Gewerbetreibender eingetreten, während die Zahl der Verurteilungen von Christen konstant geblieben ist.

Vergehen gegen Sonntagsruhe.

Vergehen gegen die Person.

Bei der Gruppe „Verbrechen und Vergehen gegen die Person", die die schwersten Delikte umfaßt, bleibt — immer nach den Vergleichsziffern des letzten statistisch erfaßbaren Zeitraums von 1899 bis 1907 — die Kriminalitätsziffer der Juden weit hinter jener der Christen zurück. Bei einer großen Anzahl von Delikten, in denen die Juden früher prozentual stärker beteiligt waren als die Christen, hat sich dieses Verhältnis in das gerade Gegenteil umgewandelt. Bei den schweren Sittlichkeitsverbrechen (Notzucht, Unzucht mit Kindern, widernatürliche Unzucht, Blutschande) wie auch bei den leichteren Sittlichkeitsvergehen (Ehebruch und Verführung) ist die Kriminalität der Juden eine erheblich günstigere als die der Christen; das einzige Delikt, welche die Gesamtziffer dieser Kategorie für die Juden ungünstig beeinflußt, ist die Beleidigung.

Geschäftsvergehen.

In der dritten Kategorie: „Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen" sind die eigentlichen Geschäftsvergehen enthalten. Hier ist auch ein Vergleich mit früheren Perioden äußerst lehrreich, zumal der antisemitische Abg. Raab im Jahre 1907 im Reichstage aus der Schrift Dr. Paul Nathans: „Die Kriminalität der Juden in Deutschland" besonders ungünstige Schlüsse in bezug auf die Beteiligung der Juden am Bankrott ziehen zu dürfen

---

[1]) Das Blatt hob als Hauptvergleichsmale hervor den christlichen Raubmord und den jüdischen Wucher. Es bemerkte hierzu:

„Ob aber ein Raubmörder wirklich viel schlechter ist als ein Wucherer, der vielleicht jahrelang sein Opfer mit freundlichem Lächeln umschleicht, um es im gegebenen Augenblicke ruhig zum Selbstmord zu treiben, ist wohl noch nicht ausgemacht. Doch wollen wir zugeben, daß leider unser deutsches Volk an den sogenannten „schweren Verbrechen", beim Morde usw. stärker beteiligt ist, als das jüdische. Viel Schuld daran trägt sicher unsere Stammesart, wie andererseits die Stammesart der Juden diese zu den besonders von ihnen verübten Verbrechen anleitet."

glaubte. Es war dort in voller, einwandsfreier und vor allem objektiver Weise dargelegt, daß die hohe Zahl der Bestrafungen von Juden mit deren starker Beteiligung am Handel zusammenhängt. Herr Raab hat sich aber weislich gehütet, die neuere Statistik zum Beweise für seine Behauptungen anzuführen; er hätte dann freilich auch feststellen müssen, daß sich die Verurteilungen von Juden wegen betrügerischen Bankerotts von dem Jahrzehnt 1882—1891 bis zu dem Jahrzehnt 1892—1901 um 25 pCt. verringert haben und daß von 1902—1905 die absoluten Zahlen von 8 bis auf 0 gefallen sind, und daß auch die Fälle des einfachen Bankerotts viel seltener geworden sind, nämlich von 1902—1905 um 43 pCt., also beinahe um die Hälfte sich vermindert haben, wobei nicht einmal die Zunahme der Bevölkerung berücksichtigt ist. **Abg. Raab.** **Bankerott.**

Am Wucher sind die Juden zwar prozentual noch stärker als die Christen beteiligt, aber auch hier ist ein erheblicher Rückgang, sofern man bei der minimalen Zahl von Verurteilungen überhaupt von einer Erheblichkeit sprechen kann, zu verzeichnen. Es sind durchschnittlich in den letzten beiden Jahren im ganzen drei Juden wegen Wuchers verurteilt worden. Bei dem Delikt Betrug ist dieselbe Erscheinung zu verzeichnen. Der Prozentsatz der jüdischen Verurteilungen ist zwar wesentlich höher als der der christlichen, aber auch hier ist ein Rückgang eingetreten. Die größere Kriminalität der Juden in diesem Delikt hängt übrigens zweifellos mit ihrem stärkeren Anteil an der städtischen Bevölkerung zusammen; denn der Betrug wird wegen der stärkeren Konzentrierung des Handels in den Städten auch hier weit häufiger verübt als in den ländlichen Bezirken. **Wucher.** **Betrug.**

Diese letzteren Delikte sind also bis zu einem gewissen Grade Delikte des Kaufmannstandes. Man sollte also ehrlicherweise immer nur Angehörige eines Berufes, also jüdische Händler mit christlichen Händlern, jüdische Handwerker mit christlichen Handwerkern miteinander vergleichen, aber nicht einfach wahllos Juden und Christen, und es ist daher von erfahrenen Statistikern aus der Kriminalstatistik der Schluß gezogen worden, daß die Kriminalität der Juden in dem Maße, wie Deutschland immer mehr Handels- und Industriestaat wird, der Kriminalität der Gesamtheit immer ähnlicher wird.

Die Zunahme der Kriminalität der Juden, die sich in den Jahren 1903/06 in absoluten Ziffern auf 5047, 1899/02 auf 4628 Verurteilungen belief und somit ein Mehr von 419 Verurteilungen aufwies, wird, wie Rudolf Wassermann mit Recht hervorhebt, durch die Zunahme der Verurteilungen

wegen Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz über die Sonntagsruhe und den Ladenschluß	245
wegen Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz der Gewerbeordnung	215
und anderen Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung	40
	500

bereits mehr als erklärt. Bei allen ernsthaften Delikten hat die Kriminalität der Juden nur unwesentliche Veränderungen erfahren, die im großen und ganzen mit der Intensitätsentfaltung der christlichen Kriminalität parallel gehen.

Die „Verjudung" der deutschen Literatur und Kunst.

Die Heerrufer im Streite gegen die „verjudete" Presse und die „verjudete" Kunst sind Adolf Bartels und Th. Fritsch, die in ihren Organen („Deutsches Schrifttum" und „Hammer") diesen lendenlahmen Gaul ihrem leichtgläubigen Leserkreise immer wieder von neuem vorführen. Wir wollen nun an der Hand der Statistik diese tendenziösen Behauptungen etwas näher beleuchten.

I. Lehrstühle für deutsche Literatur.

Adolf Bartels.

Die Lehrstühle für deutsche Literatur an unseren Hochschulen hat die Uebermacht des Judentums — jedenfalls mit geheimer Unterstützung der „Alliance israélite universelle" — allmählich okkupiert, um sich der akademischen Jugend zu versichern! So hat es u. a. Herr Adolf Bartels mehrfach öffentlich festgestellt, und damit hat auch diese Torheit in der antisemitischen Presse Kurswert erlangt. Die einfache Nachprüfung der Tatsachen widerlegt diese Lüge glatt. Wir lassen hier die Liste der im Jahre 1910 an deutschen Hochschulen tätig gewesenen Professoren und Privatdozenten für deutsche Literatur folgen:

Basel: Geßler.
Berlin: Erich Schmidt, Roethe, Roediger, Heusler, Ludwig Geiger, Rich. M. Meyer, Max Herrmann, Lippstreu.
Bern: Mayne, Fränkel.
Bonn: Wilmanns, Litzmann, Schultz, Enders.
Breslau: Koch, Siebs, Drescher.
Danzig: Löbner.
Darmstadt: Alt.
Dresden: Walzel, Reuschel.
Freiburg: Woerner, Witkop.
Gießen: Behaghel, Collin.
Göttingen: Weißenfels, Brecht.
Graz: Seuffert, Schönbach.
Greifswald: Ehrismann, Stosch.
Halle: Strauch, Schultze, Jahn.
Hannover: Deetjen, Krüger.
Heidelberg: Braun, v. Waldberg, Petsch.
Jena: Leitzmann, Michels, Schlösser.
Innsbruck: Wackernell.
Karlsruhe: Böhtlingk, Waag.
Kiel: Kauffmann, Wolff.
Königsberg: Baumgart.
Leipzig: Köster, Sievers, Witkowski.
Marburg: Elster, Vogt.
München: Muncker, Borinski, Sulzer-Gebing, Weltrich, Unger, Kutscherr, Petersen.
Münster: Schwering.
Prag: Sauer, Hauffen, Wukadinovic, Schneider.
Rostock: Golther.
Straßburg: Martin, Henning.
Stuttgart: Harnack.
Tübingen: H. von Fischer, Zinkernagel.
Wien: Minor, A. von Weilen, Hock, Robert F. Arnold, Wolkan.
Würzburg: Rötteken.
Zürich: Frey.

Von diesen 78 Dozenten, die das Fach der deutschen Literatur vertreten, sind die gesperrt gedruckten jüdischer Abstammung, nämlich 9 außerordentliche oder Titularprofessoren (jüdische Ordinarien mit

amtlichem Lehrauftrag gibt es in diesem Fach überhaupt nicht!) und ein Privatdozent, insgesamt also zehn, sonach just der achte Teil. Und angesichts solcher Zahlen wagt es ein Mann von der Wahrheitsliebe des Herrn Bartels, von einer Ueberschwemmung der deutschen Hochschulen mit jüdischen Literarhistorikern zu reden und zu behaupten, das Judentum habe sich in die deutsche Literaturwissenschaft „in unverfrorenster Weise eingenistet“! Auf wessen Seite hier die Unverfrorenheit liegt, braucht nicht erst gesagt zu werden.

II. Verlagsbuchhandel und Presse.

Wo sind denn die vielen „großen“ jüdischen Firmen des deutschen Verlagsbuchhandels, die befürchten lassen, daß „in absehbarer Zeit der ganze Buchhandel verjudet“ sein wird, wie Herr Adolf Bartels einst jammerte? Da Bartels keine Namen nannte, werden wir es tun müssen. Zählen wir also in alphabetischer Reihe die größeren deutschen Verlagsinstitute auf, die heute den belletristischen Büchermarkt repräsentieren (die wissenschaftlichen Verlage kommen dabei nicht in Frage):

Albert Ahn (Köln), C. F. Amelang (Leipzig), Ed. Avenarius (Leipzig), Richard Bong (Berlin), Bonz & Co. (Stuttgart), J. C. C. Bruns (Minden), G. D. W. Callwey (München), Concordia Deutsche Verlagsanstalt (Berlin), Hermann Costenoble (Jena), Cottasche Buchhandlung Nachf. (Stuttgart), Eugen Diederichs (Leipzig), Richard Eckstein Nachf. [H. Krüger] (Berlin), J. Engelhorn (Stuttgart), S. **Fischer** (Berlin), Egon **Fleischel & Co.** (Berlin), F. Fontane & Co. (Berlin), Greiner u. Pfeiffer (Stuttgart), Grotesche Verlagsbuchhandlung (Berlin), Fr. W. Grunow (Leipzig), Hermann Hillger (Berlin), Huber & Co. (Frauenfeld), Otto Janke (Berlin), Alfred Janssen (Hamburg), Insel-Verlag (Leipzig), Axel Juncker (Stuttgart), Albert Langen (München), F. A. Lattmann (Goslar), Paul List (Leipzig), Robert Lutz (Stuttgart), Heinrich Minden (Dresden), Georg Müller (München), Gebrüder Paetel (Berlin), E. Pierson (Dresden), R. Piper & Co. (München), Phil. Reclam (Leipzig), Carl Reißner (Dresden), Richard Sattler (Braunschweig), Alfred Schall (Berlin), Schlesische Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Breslau), Schulzesche Hofbuchhandlung (Oldenburg), Schuster und Loeffler (Berlin), L. Staackmann (Leipzig), Richard Taendler (Berlin), Union Deutsche Verlagsgesellschaft (Stuttgart), Velhagen u. Klasing (Bielefeld), „**Vita**“, Deutsches Verlagshaus (Berlin), W. Vobach & Co. (Leipzig), George Westermann (Braunschweig), **Wiener Verlag** (Wien).

In diesem runden halben Hundert Verlagsfirmen dürften alle mit inbegriffen sein, die unsere reichhaltige belletristische Produktion im letzten Jahrzehnt auf den Markt gebracht haben. Diejenigen darunter, die von jüdischen Inhabern geleitet werden, haben wir durch Sperrdruck hervorgehoben: es sind gerade vier, also noch nicht ein Zehntel. So sieht die „gänzliche Verjudung“ des deutschen Verlagsbuchhandels aus, wie sie sich im Kopf des Herrn Bartels und seiner Nachbeter darstellt!

Ganz ähnliches gilt von den deutschen Zeitungsverlegern, die nach der üblichen antisemitischen Darstellung von Juden in bedrohlichstem Maße durchsetzt sein sollen. Der „Hammer“ hat sogar ein **Der „Hammer“.**

Flugblatt[1]) herausgegeben, das die „Verjudung" der Presse mit Ziffern belegen soll, aber doch nur die grenzenlose Unehrlichkeit des Verfassers beweist. Jeder, der den Dingen und Personen nähersteht — und das ist doch auch bei dem antisemitischen Dioskurenpaare Bartels-Fritsch der Fall — weiß oder müßte jedenfalls wissen, daß, von Berlin abgesehen, wo verschiedene große Blätter in jüdischem Besitze[2]) sich befinden, und etwa noch von der „Frankfurter Zeitung" abgesehen, nur sehr wenige Blätter von irgendwelcher Bedeutung und nicht ein einziger der zahlreichen parteilosen „General-Anzeiger", die ihren Lesern neben Inseraten vorzugsweise Sensation und Unterhaltung zu bieten bestrebt sind, einen jüdischen Verleger oder einen jüdischen Chefredakteur haben! Wir nennen von größeren Blättern nur die „Köln. Ztg.", „Hamb. Nachr.", „Hamb. Corresp.", „Hamb. Fremdenblatt", „Neue Hamb. Ztg.", „Weser-Ztg.", „Danziger Ztg.", „Ostsee-Ztg.", „Kieler Ztg.", „Posener Ztg.", „Der Gesellige", „Hannov. Courier", „Magdeb. Ztg.", „Leipz. Tageblatt", „Leipz. Neueste Nachr.", „Dresdener Nachr.", „Dresdener Anzeiger", „Königsb. Allgem. Ztg.", „Rhein.-Westfäl. Ztg.", „Münch. N. Nachr.", „Allgem. Ztg." (München), „Neues Tagblatt" (Stuttgart), „Schwäb. Merkur", „Straßb. Post", „Fränk. Kurier" usw. usw. Als einzige Ausnahme haben in dieser Reihe die „Bresl. Ztg.", die „Bresl. Morgen-Ztg.", die „Königsberger Hart. Ztg." und die „Neue Badische Landeszeitung" in Mannheim zu gelten. Desgleichen befinden sich z. B. die „General-Anzeiger" in Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Breslau, die ähnlich parteilosen „Neuesten Nachrichten" in Dresden, Danzig, Straßburg, andere Massenblätter wie der „Hannov. Anzeiger", die „Badische Presse" (Karlsruhe), die „Münchener Zeitung" usw. durchweg sowohl dem Verlage als der redaktionellen Leitung nach in nichtjüdischen Händen, d. h. die ganz erdrückende Mehrheit der reichsdeutschen Zeitungen. Trotzdem figuriert „die Judenpresse" als angebliche gemeinschädliche Großmacht jahraus jahrein im Vokabularium der antisemitischen Publizistik und wird fortgesetzt als Popanz zur Schreckung des friedlichen deutschen Staatsbürgers benutzt.

Zeitungen.

Redakteure.

Ebenso steht es mit den Chefredakteuren der großen Tageszeitungen: man wird ihrer in ganz Deutschland kaum ein halbes Dutzend zusammenzählen, die Juden sind. — Wir fügen hier noch der Dokumentierung halber an, daß die größte lokale deutsche Presseorganisation, „Verein Berliner Presse", im Jahre 1909 unter ihren 9 Vorstandsmitgliedern 3 jüdische, und unter insgesamt 322 Mitgliedern, die auch zahlreiche Nichtjournalisten, Fachschriftsteller, Aerzte, Rechtsanwälte und dergleichen umschließen, 81 jüdische zählte,

[1]) „Wer schreibt unsere Zeitungen?"

[2]) „Berl. Tagebl." mit „Volks-Ztg." und „Berl. Morg.-Ztg.", „Berliner Morgenpost" mit „B. Z. a. M." und „Berl. Börsen-Courier"; alle anderen politischen Zeitungen befinden sich im Besitz von Christen bezw. Aktiengesellschaften, deren Hauptaktionäre zum großen Teil Antisemiten sind.

somit den vierten Teil, was das Schlagwort von der speziell in Berlin „gänzlich verjudeten" Presse beleuchten mag. Daß auch dieser Prozentsatz noch relativ hoch erscheint, hat seine natürliche Erklärung in dem schon erwähnten Umstande, daß sich zahlreiche akademisch gebildete Juden mangels aller Aussichten in den staatlichen Berufen dem Journalismus zuwenden müssen, um ihren Unterhalt zu finden.

Belletristische Literatur.

Auch die gangbaren Zeitschriften literarischer und unterhaltender Natur sollen zumeist in jüdischen Händen sein und auf diese Weise dem ahnungslosen deutschen Publikum das Gift jüdischen Geistes einimpfen. Zur Illustrierung dieses Punktes diene eine kleine Zusammenstellung aller hierher gehörigen Wochen-, Monats- und Halbmonatsschriften, wobei diejenigen, deren gegenwärtige Herausgeber oder leitende Redakteure jüdischer Abstammung sind, auf der rechten Spalte stehen:

„Allgemeine Zeitung",
„Bühne und Welt",
„Daheim",
„Deutsche Monatshefte",
„Eckart",
„Grenzboten",
„Hochland",
„Illustrierte Zeitung",
„Jugend",
„Kunstwart",
„Konservative Monatsschrift",
„März",
„Moderne Kunst",
„Nord und Süd",
„Süddeutsche Monatshefte",
„Türmer",
„Ueber Land und Meer",
„Universum",
„Velhagen & Klasings Monatshefte",
„Welt und Haus",
„Westermanns Monatshefte",
„Woche",
„Zur guten Stunde",

„Deutsche Revue",
„Deutsche Rundschau",
„Gartenlaube",
„Gegenwart",
„Literarisches Echo",
„Neue Deutsche Rundschau",
„Schaubühne",
„Zukunft".

Man sieht auch hieraus, wie ungeheuer schwer es der bedauernswerte Schriftsteller arischen Geblüts heute hat, eine nicht von Juden geleitete Zeitschrift zu finden, wo er die Früchte seines Schaffens absetzen kann.

„Deutsche Tages-Ztg." gegen Legende von der „Verjudung der Presse".

Uebrigens hat selbst ein so extrem antisemitisches Blatt wie die agrarische „Deutsche Tages-Ztg." in einem Augenblick ruhiger Ueberlegung der Legende, als hätte das Judentum die gesamte deutsche und außerdeutsche Presse — mit Ausnahme natürlich der paar „unbestechlichen" echt völkischen antisemitischen Blätter — in der Tasche, den Lebensfaden abgeschnitten, indem sie in einem Artikel über Friedrich Nietzsche (Januar 1909) schrieb:

„. . . So kurz heute doch noch die Epoche des jüdischen Einflusses auf die Presse und die literarische öffentliche Meinung erscheinen muß — sie kann doch

erst vom Jahre 1830 datiert werden —, so läßt sich doch heute bereits sagen, daß jene Meinung von dem bestimmenden Einflusse der Juden auf Ruhm und Nachruhm eher einer Einbildung entspringt, als daß sie der Wirklichkeit entspräche."

III. Bühnenliteratur und Bühnendirektoren.

Der große unstillbare Schmerz der jungdeutschen Dichterschule ist, daß die „Meisterwerke" ihrer großen Führer auf den deutschen Bühnen keine bleibende Stätte finden können. Herr Adolf Bartels ist doch selbst ein Dichter und — wenn man den wiederholten Selbstbeteuerungen des bescheidenen Mannes Glauben schenken darf — sogar einer der Großen und Größesten auf dem deutschen Parnaß. Und trotzdem wollen die Bühnenleiter nichts von ihm wissen. Obwohl die literarische Clique um Herrn Bartels seit Jahr und Tag in den ihr nahestehenden Blättern — und das ist die gesamte konservativ-antisemitisch-nationalistische Presse bis weit in die Reihen der Rechtsnationalliberalen hinein — sich gegenseitig krampfhaft in die Höhe lobt[3]), weigern sich auch die Hoftheater, deren Leiter nicht nur rassenreine Germanen, sondern meist auch Angehörige eines hohen, von Vaterlandsliebe durchglühten Adels sind, und die auch die Mittel und die künstlerische Freiheit besitzen, ihren Spielplan unabhängig von Kassenrücksichten zu gestalten, hartnäckig, diese echt deutschen Meisterwerke der Erler, Lienhard, Bartels und Genossen aufzuführen. Es müssen also doch wohl andere und zwar schwerwiegende künstlerische Gründe für die Ablehnung vorliegen, und der jüdische Boykott und der jüdische Neid existieren nur in der erhitzten Phantasie dieser nationalistischen Ueberpatrioten. Doch nun zum Kern des antisemitischen Schlagworts von der „Verjudung" der deutschen Bühnen.

Gekränkte Eitelkeit der Bartels und Genossen.

Zunächst sei eine Bemerkung vorausgeschickt: Im Februar 1909 stellte im deutschen Reichstag der konservative Abgeordnete von Brockhausen die Forderung, daß bei den amtlichen Erhebungen über die Theaterverhältnisse auch eine solche über die Konfession der Theaterdirektoren veranstaltet werde. „Ich glaube," meinte Herr von Brockhausen, „daß gerade beim Theater die meisten Direktoren jüdischen Glaubens sind." Womit in diesem Zusammenhange natürlich gesagt sein sollte, daß an den wirtschaftlichen Mißverhältnissen des deutschen Schauspielerstandes Juden die Hauptschuld tragen. Nun ist aber die Organisation der deutschen Bühnenleiter der „Deutsche

Abg. von Brockhausen fordert konfessionelle Enquete.

---

[3]) Adolf Bartels schimpfte im vorigen Jahre (1910) wie ein Rohrspatz, daß „das wahrscheinlich stärkste Stück" des letzten Jahres, Erlers „Zar Peter", von der Schillerpreis-Kommission einfach beiseite geschoben sei — und als Echo ertönte à tempo in den „Zeitfragen" ein schmerzliches Klagelied des beiden gemeinsamen Freundes Dr. L. Lorenz-Erfurt, daß das Erlersche Werk und Adolf Bartels' Luther-Triologie nicht den Schillerpreis erhalten haben. Und diese Herrschaften haben dann noch die Stirn, sich über den „jüdischen Ring" zu entrüsten, der angeblich alle Werke „nationaler" Autoren totschweigt.

Bühnenverein", auf dessen Indifferenz oder mangelnden guten Willen die Schauspieler — organisiert in der „Deutschen Bühnengenossenschaft" — ihre berechtigten Klagen größtenteils zurückführen, und eben dieser Bühnenverein ist keine jüdische Schöpfung, sondern ursprünglich von einigen deutschen Hoftheater-Intendanten ins Leben gerufen[4]), und auch heute noch von zwei aristokratischen Generalintendanten — von Hülsen, Berlin, und von Perfall, München — geleitet! Die jüdischen Theaterdirektoren haben in der zur Beseitigung der Mißstände in erster Reihe in Betracht kommenden Vereinigung der Theaterdirektoren keineswegs den ausschlaggebenden Einfluß, sondern diesen Einfluß besitzen vorzugsweise die Leiter der Hoftheater, also die nichtjüdischen Direktoren.

Die Behauptung von dem Uebergewicht des Judentums unter den Theaterdirektoren könnte höchstens mit einem Schein von Recht für Berlin aufgestellt werden. Falsch aber — und zwar böswillig falsch — sind die Folgerungen, die daraus gezogen werden, vor allem die, daß dabei die Kunst zu Schaden gekommen, daß den schlechten Instinkten des Publikums entgegengekommen sei. Das gerade Gegenteil ist der Fall:

Otto Brahms

Das Lessingtheater unter Otto Brahms Leitung ist bekannt dafür, daß es mit einer vom Tageserfolg völlig unabhängigen Beharrlichkeit und Treue für die beiden „germanischsten" Bühnendichter unserer Tage, für Ibsen und Hauptmann eingetreten ist. Er hat auch Schönherrs „Glaube und Heimat" in Berlin zum Siege geführt. Sein Repertoire litt dadurch vielleicht unter einer gewissen Einseitigkeit, aber auch die schroffsten Gegner Brahms haben ihm niemals vorgeworfen, daß er sein Theater nach anderen als streng künstlerischen Gesichtspunkten geleitet habe.

Max Reinhardt.

Max Reinhardt, der Leiter des Deutschen Theaters, hat das große Verdienst, eine ganz neue Aera für die Inszenierung großer klassischer Dramen geschaffen und vor allem die bildenden Künste in einem vorher ungekannten Grade zur Mitwirkung herangezogen zu haben. Seine größten Erfolge dankt er ganz allein der langen Reihe seiner tiefdurchdachten Klassikeraufführungen (die Hauptwerke Shakespeares, ferner Schillers „Kabale und Liebe", „Räuber", „Fiesco", „Don Carlos"; Goethes „Faust"; Hebbels „Gyges" und „Judith"; Kleists „Käthchen" und „Prinz von Homburg"; Grillparzers „Medea" usw.).

Daneben haben sowohl Reinhardt wie Brahm einer ganzen Reihe jüngerer Dramatiker den Weg zur Bühne bei sich eröffnet, und zwar Brahm beispielsweise den Werken eines Herbert Eulenberg, Otto Hinnerk, E. von Keyserling, Ernst Hardt usw., Reinhardt denen eines Emil Strauß, Wilhelm Schmidtbonn, Adolf Pauli, Friedrich Freksa, Josef Ruederer, Eduard Stucken, ebenfalls Eulenberg usw., sämtlich nichtjüdischen Autoren. Von jüdischen Bühnendichtern haben überhaupt nur Schnitzler bei Brahm, Hofmannsthal bei Reinhardt sich eines gewissen Erfolges zu erfreuen; Fulda und Hirschfeld sind an beiden Bühnen kaum mehr hervorgetreten, wohl aber von älteren Bahr, Hartleben, Dreyer, Sudermann, Shaw, Wilde, die allesamt nichtjüdischer Herkunft sind.

Steht es so bei den vornehmsten Privatbühnen der Reichshauptstadt, so nicht anders bei den Theatern, die für das mittlere und kleinere Bürgertum in

---

[4]) Die Anregung gab der Münchener Intendant Frhr. von Poißl, an der Ausführung waren in erster Linie beteiligt Baron von Goll in Oldenburg, der Dresdener Intendant Herr von Lüttichau und der Berliner Theodor von Küstner, die 1845 den Bühnenverein begründeten.

Frage kommen. Das Neue Schauspielhaus wird von Alfred Halm im Sinne eines besseren Stadttheaters geleitet, ohne große künstlerische Erfolge vielleicht, zumal das Theater von Anfang an mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, aber sicherlich auch mit dem ehrlichen Bestreben, durch ein zwischen klassischen und neuen Autoren wechselndes Repertoire ein gutes Mittelmaß zu bieten.

R. Löwenfeld. Rückhaltlose Anerkennung dagegen verdient der verstorbene langjährige Leiter der beiden Schillertheater, Dr. Raphael Löwenfeld, der im großen und ganzen ein kräftig-volkstümliches Repertoire an seinen beiden Volksbühnen gepflegt und zugleich durch die Schaffung niedriger Eintrittspreise und eine ganze Anzahl musterhafter sozialer Institutionen (Gewinnbeteiligung des Personals, bezahlter Urlaub für die Theaterarbeiter usw.) vorbildlich gewirkt hat. Weder von seinen Bühnen, noch von dem einige Jahre lang durch Oskar Wagner geleiteten Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhause wird man auch beim bösesten Willen behaupten können, daß sie dem Frivolen oder Sensationellen jemals Konzession gemacht und so mittelbar oder unmittelbar zu dem Niedergang des Theaters beigetragen hätten.

Auch das Kleine Theater unter Viktor Barnowskis Direktion, das durch seine kleinen Raumverhältnisse auf die moderne Dramatik allein angewiesen ist, darf es für sich in Anspruch nehmen, sein Repertoire stets nach literarischen Gesichtspunkten gestaltet zu haben. Daß es seine stärksten Erfolge mit zwei satirischen Komödien (Gustav Wieds „2×2=5" und Ludwig Thoma's „Moral") erzielt hat, kann man, da beide Autoren gut arischer Abkunft sind, zum mindesten nicht als Beweis für die „Verjudung" des Theaters ins Feld führen.

Auch das vom Unglück verfolgte Hebbeltheather, das unter der Direktion Robert in eine wirtschaftliche Krisis geriet, hatte dies seiner ungünstigen Lage und einer Anzahl äußerer Umstände zu danken, kann aber die Anerkennung verlangen, daß es stets bemüht war, sich mit seinen Stücken auf literarischer Höhe zu halten: im übrigen kommt dies jüngste und schlechtestbesuchte Theater für die Entwicklung und den Stand des Theaterwesens so gut wie gar nicht in Betracht.

Das Berliner Theater endlich, das die Herren Meinhard und Bernauer zu einer Zeit übernahmen, als es von Ferdinand Bonn in Grund und Boden gewirtschaftet und für das gebildetere Publikum ein Gegenstand des Schreckens geworden war, hat in den seither verstrichenen Spielzeiten noch nicht die Zeit gehabt, ein festes Programm zu finden: Freytag, Hebbel, Shakespeare wechselten hier mit Kalisch, Laufs und ein paar jüngeren Dramatikern, wie Karl v. Levetzow, Robert Overweg usw., bis man in einem ungarischen Effektstück den zugkräftigen Schlager fand. Hier ist in Betracht zu ziehen, daß die beiden jungen Direktoren ein total verrottetes Institut übernahmen und demgemäß bisher noch damit zu tun hatten, das Publikum überhaupt erst wieder an und in ihr Theater zu gewöhnen.

Kann man jedenfalls schon nach dieser Uebersicht über die literarisch ernsthaften Theater der Reichshauptstadt die Behauptung von den bösen Folgen einer „Verjudung" als widerlegt betrachten, so sehe man doch einmal zu, ob die von Nichtjuden geleiteten Bühnen denn Besseres oder „Nationaleres" leisten:

Da sei etwa an das Theater des Westens erinnert, wo unter dem mittlerweile verstorbenen Aloys Prasch jahrelang eine finanzielle und künstlerische Mißwirtschaft schlimmsten Grades herrschen konnte. Da ist das Residenztheater, das unter Richard Alexanders Aegide allen französischen Cochonnerien gastfreundschaftliche Aufnahme gewährt hat, desgleichen das Trianontheater unter der Direktion Beese. Da ist das Metropoltheater, die Schöpfung des Herrn Richard Schultz, der von der Lebewelt beiderlei Geschlechts bevorzugte Prachttempel für Trikotparaden und Aus-

stattungsstücke. Da ist das Neue Theater des inzwischen ebenfalls von der direktorialen Leitung zurückgetretenen Leutnants d. R. und Dr. phil. Alfred Schmieden, das uns nach einer endlosen Reihe literarischer Wertlosigkeiten die bösesten französischen Sensationsstücke und englische Schmarren beschert hat. Das ist endlich die Perle aller Bühnenherrscher; der glücklich entthronte Herr Ferdinand Bonn, der Schrecken aller Schrecken, der seine Direktionsära mit einem ungeheuerlichen Machwerk der eigenen Feder begann und mit 300 Aufführungen des ganz auf Nervenkitzel berechneten „Sherlock Holmes“ ruhmreich beschloß.

Und wer ist der Erfinder des Ueberbrettls? Nicht ein Jude, sondern der Freiherr von Wolzogen! Die erfolgreichen jüdischen Autoren, wie Lubliner, Fulda, L'Arronge, Philippi, Schnitzler, Blumenthal mag man hoch oder wenig hoch einschätzen als Poeten und Dramatiker. Die rohe „Moderne“ haben sie nicht kultiviert.

Oder will man etwa mit dem Königlichen Schauspielhause Staat machen? Ist es nicht Tatsache, daß dort erst, seitdem Paul Lindau den ersten Dramaturgenposten innehat, derselbe Lindau, dem man beharrlich dem Judentum zurechnet, obwohl er einem Pfarrhause entstammt, ein frischer Zug zu höheren literarischen Zielen Einkehr gehalten hat? — Und wie steht es mit der berühmtesten Bühne des deutschen Sprachgebiets, dem Hofburgtheater in Wien? Es war zehn Jahre lang der Leitung Paul Schlenthers unterstellt, der seine Unfähigkeit in dieser Zeit so glänzend bewies, daß bei seinem endlichen Abgang auch nicht eine schützende Stimme für ihn eintrat. Selbstverständlich liegt es jedem Vernünftigen vollständig fern, an die Leistungen all dieser Theaterleiter einen konfessionellen Maßstab zu legen; aber wenn schon immer von antisemitischer Seite die jüdischen Direktoren für den Verfall und den Tiefstand unseres Theaterlebens verantwortlich gemacht werden, so sind solche Gegenüberstellungen gar nicht zu vermeiden.

Bühnenspielplan.

Sodann soll auch der deutsche Bühnenspielplan unter jüdischem Regime stehen — natürlicherweise, wenn Direktoren, Kritiker, Schauspieler usw. vorwiegend Juden sind! — und dadurch den ehrlich strebenden deutschen Dramatikern der Weg zur Oeffentlichkeit und zum Erfolg verkümmert werden:

Welche Bewandtnis es damit hat, wurde schon oben bei der Erwähnung von Brahms und Reinhardts Bühnenleitung berührt. Sieht man sich aber die alljährlich erscheinende Aufführungsstatistik der deutschen Theater an, so versteht man vollends nicht, woher die Behauptung von der Ueberwucherung der Bühnen mit Werken jüdischer Autoren ihre Stützen nimmt. Die Statistik des Jahres 1907 beispielsweise ergab als meistgespielte Dramatiker (Schwänke, Operetten und dergl. abgerechnet) für Sudermann 1169, Ibsen 932, Oskar Wilde 551, Moser 537, Hauptmann 512, L'Arronge 450, Anzengruber 398, Ohorn 398, Meyer-Förster 309, Fulda 262, Philippi 239, Sardou 239, Hartleben 230, Dreyer 222, Halbe 182, Schnitzler 171, Max Bernstein 169, Wedekind 162, Wildenbruch 153, Rudolf Herzog 145, Otto Ernst 132, Georg Hirschfeld 62. In dieser Reihe kommt erst an 6. Stelle der brave L'Arronge mit seinen biederherzigen Lustspielen und Volksstücken, an 10. Stelle Ludwig Fulda und weiterhin im ganzen noch vier jüdische Autoren. Alle sechs zusammen sind an 1353 Aufführungen beteiligt, die übrigen an 6271, was ein Verhältnis von etwa 1 : 5 ergibt.

IV. Die Bühnenkritik.

Nächst den Theatern selbst soll sodann auch die Kritik „verjudet“ sein, und zwar derart, daß dies wichtigste Organ der öffentlichen Meinung ganz und gar in jüdischem Geiste gehandhabt werde, wodurch es den

nichtjüdischen Autoren unmöglich gemacht sein soll, durchzudringen. Wollte man zunächst von Berlin absehen und nur die übrigen größeren Theaterstädte mustern, so würde sich z. B. ergeben, daß die Kritikerposten aller maßgebenden Zeitungen in Hamburg, Köln, Frankfurt, Stuttgart, Hannover, München, Dresden, Leipzig zurzeit mit nichtjüdischen Literaten besetzt sind. In Berlin selbst liegen die Dinge etwas anders, und wenn hier ein größerer Prozentsatz der Theaterkritiker jüdischer Abstammung ist, so hängt das vorweg damit zusammen, daß der Beruf des Redakteurs und freien Schriftstellers von Juden eben um deswillen verhältnismäßig stärker aufgesucht wird, weil ihnen die staatlichen Berufe so gut wie verschlossen sind. Tatsächlich hat also die Berliner Presse eine Anzahl jüdischer Theaterkritiker. So schreiben für den „Börsen-Courier", die „Morgenpost", die „Voss. Ztg", je zwei; bei einigen anderen sind je ein jüdischer und ein nichtjüdischer Kritiker tätig, so am „Berl. Tageblatt" und am „Tag", wieder andere haben keinen jüdischen Kritiker, so der „Lokal-Anzeiger" (Julius Keller, Dr. Franz Hirsch), so die „Tägliche Rundschau" (Karl Strecker, Willy Rath), so die „Welt am Montag" (Dr. Arthur Westphal, Albert Weidner), so die „Berliner Volkszeitung" (Arthur Vollrath), die „Berl. Neuesten Nachrichten" (Joseph Buchhorn), von den weiter rechts stehenden und all den kleineren Blättern zu schweigen. Während also zweifellos die Mehrheit der Berliner Theaterkritiker keine Juden sind — außer den eben namentlich angeführten sind noch Julius Hart vom „Tag", Paul Schlenther vom „Berl. Tageblatt", Rudolf Herzog, Paul Mahn, Leopold Schönhoff, Richard Nordhausen, Erich Schlaikjer, Rudolf Presber zu nennen — dürfte die Zahl der in Betracht kommenden jüdischen Rezensenten ein Dutzend noch nicht erreichen. Allenfalls sind noch einige Berliner Berichterstatter auswärtiger Blätter hierher zu zählen, aber auch ihnen hält eine entsprechende Zahl von Nichtjuden das Gegengewicht, wie jeder Kenner der Verhältnisse bestätigen wird.

V. Schauspieler.

Noch windiger sieht es mit der Behauptung aus, daß auch die Schauspielerschaft hauptsächlich aus Juden bestehe. Gewiß hat das Judentum der deutschen Bühne seit Jahrzehnten eine ganze Anzahl hervorragender Bühnenkünstler geschenkt, wie Ludwig Dessoir, Ludwig Barnay, Adolf Sonnenthal, Joseph Lewinsky, Emanuel Reicher, Rudolf Schildkraut, Irene Triesch, aber außer den drei zuletztgenannten steht in Berlin heute kein jüdischer Darsteller im Vordergrunde, und Künstler wie Bassermann, Sauer, Kayßler, Wegener, Albert Heine, die Sorma, die Lehmann, die Durieux, Bertens, Höflich usw. erfreuen sich einer gut arischen Abstammung. — Wenn im übrigen von einem Vorherrschen des Judentums im deutschen Schauspielerstande gesprochen wird, so sei auf die letzte amtliche Feststellung in der „Statistik des Deutschen Reiches" (Bd. 103) verwiesen, die in der Rubrik „Theater,

Musik und Schaustellungen aller Art" die Gesamtzahl der in diesen Gewerben tätigen jüdischen Personen auf 896 angibt. Erwägt man, daß von dieser Zahl nur ein Bruchteil auf die Schauspieler und Schauspielerinnen entfällt, und mißt man diese Angabe an der Gesamtzahl der deutschen Bühnenangehörigen, die viele Tausende umfaßt, so hat man ein Bild von der „dominierenden" Stellung der Juden innerhalb der Bühnenkünstlerschaft.

VI. Romanschriftsteller und Novellisten.

Es bleibt noch ein Wort über die Belletristik, den modernen Roman zu sagen, auf dem sich ebenfalls jüdische Talente oder Halbtalente zum Schaden einer nationalen Kunstpflege „ungebührlich" breit machen sollen. Nun, es genügt, die Namen der deutschen Erzähler und Erzählerinnen anzuführen, die in neuerer Zeit von der Gunst des Publikums auf den Schild gehoben worden sind, um das Gegenteil zu beweisen. Ausgesprochene Günstlinge des Lesepublikums in den letzten Jahren waren: Gustav Frenssen, Clara Viebig, Georg von Ompteda, Rudolf Herzog, J. C. Heer, Ludwig Ganghofer, Otto Ernst, Ernst Zahn, Hermann Hesse, Thomas Mann, Rudolf Hans Bartsch, Ludwig Thoma, dazu etwa noch Gabriele Reuter, Otto Julius Bierbaum und einige andere. Unter all diesen ist auch nicht ein jüdischer Autor. Die beiden einzigen Juden, die auf dem Gebiete des Romans einen großen buchhändlerischen Erfolg gehabt haben, waren Georg Hermann mit seinem Doppelroman „Jettchen Gebert" und Arthur Schnitzler mit „Der Weg ins Freie", die bezeichnenderweise beide aus dem jüdischen Leben geschöpft sind, also jedenfalls dem deutschen Volke keinen nationalen Schaden zugefügt haben können. Dabei sind die großen Massenerfolge eines Stilgebauer („Götz Kraft") oder einer Margarethe Böhme („Tagebuch einer Verlorenen") noch nicht einmal in Rechnung gezogen, obwohl diese Bücher weder von Juden geschrieben noch verlegt sind.

Es wäre nun vielleicht noch ein Wort zu sagen über den tatsächlichen Einfluß des Judentums auf die Förderung der deutschen Literatur wie der musikalischen Künste; wir wollen uns jedoch damit begnügen, auf die anerkennenden Worte hinzuweisen, mit denen Herr von Perfall (siehe den Artikel: Adolf Bartels) das lebhafte literarische Interesse des Judentums gewürdigt hat. Aehnlich haben sich Männer wie Th. Fontane, Frhr. v. Zobeltitz, Karl Busse, Prof. Breysig geäußert (siehe „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.", Jahrgang 1910, S. 255/56). Selbst ein dem Judentum so wenig freundlich gesinnter Schriftsteller wie Karl Bleibtreu hat in einem Artikel der „Gegenwart" (1908: „Briefe an einen literarischen Anfänger") den Juden gerecht zu werden versucht, indem er schrieb:

Karl Bleibtreu rühmt Literaturinteresse der Juden.

„Daß nur durch die Berliner Clique das Verdienst in die Ecke gedrängt und die Blague auf den Schild gehoben werde, heißt einseitig urteilen. Es wäre vornehm denkenden Juden gewiß unsäglich unangenehm, wenn die Zustände der

Literaten=Canaille einzig vom findigen Hebräertum herrührten. Aber ein Vernünftiger wird auch nie behaupten, daß die Juden als solche hier die allein Schuldigen sind. Allerdings haben sie den alten Geisteslastern der Deutschen neue eingeimpft, doch es muß stets betont werden, daß die deutsche Literatur verloren wäre, an materieller und akademischer Auszehrung stürbe, wenn nicht die Juden mit ihren starken geistigen Bedürfnissen und ihrer Emotionsfähigkeit, die auf künstlerische Reize reagiert, das Stagnieren hinderten. Und bei einer Nation, wo tüchtige Volksschriftsteller, wie Rosegger, Ganghofer u. dgl., oder tiefer hinab gar ein Tanera oder May zu den allergelesensten Autoren zählen, kann man im Verhältnis hierzu die vom Judentum inszenierten Modegrößen noch als wenigstens „literarisch" begrüßen."

Adolf Bartels.

Seit einem Jahrzehnt etwa hat der Antisemitismus seinen spezifisch literarischen Vertreter und Vorkämpfer in dem Schriftsteller Adolf Bartels, der, 1862 in Wesselburen (Holstein) geboren, seit längeren Jahren in Weimar lebt, wo er vor einiger Zeit vom Großherzog den Professortitel erhalten hat. Mitte der neunziger Jahre entdeckte Bartels, der bis dahin in kleinen journalistischen Stellungen tätig gewesen war — als Redakteur des Lahrer „Hinkenden Boten", später als der des todgeweihten „Frankfurter Journals" —, seinen Beruf zum Literarhistoriker. Er selbst hatte bereits eine Anzahl Gedichtbände, Erzählungen, Dramen veröffentlicht, ohne Beachtung gefunden zu haben; nun begann er in den konservativen „Grenzboten" eine Serie von Studien über die deutsche Literatur der Gegenwart unter dem Titel „Die Alten und die Jungen" erscheinen zu lassen, und gab diese Aufsätze dann 1897 gesammelt als Buch heraus. Dank der scharf polemischen Tonart und einer gewissen vierschrötigen Bissigkeit, mit der darin über viele der jüngeren Modernen abgeurteilt wurde, fand das Buch die Beachtung sowohl der Gegner wie der Gesinnungsgenossen; bald hatte der Name Bartels seine programmatische Bedeutung, und sein Träger galt bei Freund und Feind als Prototyp des antisemitischen Literarhistorikers. Nicht lange nachher ging er zu größeren Taten über und brachte eine Geschichte der gesamten deutschen Literatur in zwei Bänden heraus, die rasch mehrere Auflagen erlebte. Bartels zeigt sich in diesem seinen Hauptwerke als ein zweifellos fleißiger, vielbelesener und auf neutralem Gebiete auch bis zu einer gewissen Grenze urteilsfähiger Vertreter seines Faches, dessen Blick sich aber sofort verdunkelt und trübt, sowie er Spuren oder Einflüsse des Judentums zu bemerken glaubt, und wo glaubt er diese namentlich in der jüngsten Literaturentwicklung nicht zu wittern! Mit der dicken Binde eines mittelalterlichen Vorurteils vor den Augen hackt und haut er alsdann blindlings auf alles los, was im deutschen Schrifttum jüdischen Ursprungs ist, oder was er dafür hält. Den ursprünglich von Hermann Bahr für eine gewisse Geschmacks= und Gefühlsrichtung der modernen Kunst geprägten Ausdruck der „Dekadenz" hat Bartels mit Maulwurfs=

eifer zu einer Art von literarischem Sammelbecken für alles das erweitert, was seinem teutonischen Philister-Ideal nicht entspricht, oder was sein kritischer Horizont nicht umfassen kann. Als Urheber dieser Dekadenz aber will er in erster Linie das Judentum in der deutschen Literatur verantwortlich machen, und wo dies aus Gründen des Taufscheins nicht angeht, müssen es wenigstens „Halbjuden" sein, die von irgendeiner Seite her jüdisches Blut in den Adern haben, und wo auch solches sich nicht feststellen läßt, wird entweder die arische Abkunft solcher Autoren angezweifelt oder doch der jüdische Einfluß als verderbendes Moment angeschuldigt Von diesem verhetzenden Geiste sind nicht nur die literarhistorischen Werke von Bartels durchsetzt, sondern auch alles, was er als Mitarbeiter einzelner Zeitungen und Zeitschriften in die Oeffentlichkeit gelangen läßt. Es erscheint kaum je irgendwo ein Artikel aus seiner Feder, worin nicht wenigstens an irgendeiner Stelle ein gehässiges Anathema gegen das Judentum im ganzen oder einzelne seiner Angehörigen geschleudert würde.

Was nun diese publizistische Tätigkeit des Weimarer Intoleranzapostels gefährlich macht, ist nicht die antisemitische Tendenz an und für sich, sondern die T a k t i k , mit der er seinen menschenfreundlichen Gedanken Eingang zu verschaffen sucht. Man wird bei ihm niemals den furor teutonicus etwa eines Treitschke finden, den man bei aller offenen Gegnerschaft als ein starkes und vornehmes Temperament zu schätzen vermochte. Dieser Agitator in Zwirnshandschuhen ist durchaus nur für den u n b l u t i g e n Pogrom, nur für den geräuschlosen Kampf mit sogenannten geistigen, d. h. gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Waffen. Sein Ahnherr und Vorbild ist jener aus Lessings „Nathan" bekannte Patriarch von Jerusalem, der sanft lächelnd und händereibend der Sicherheit halber für a l l e Fälle den Juden verbrannt zu wissen wünscht, nur mit dem Unterschiede, daß der Patriarch Bartels seine jüdischen Mitbürger beileibe nicht auf einem wirklichen lodernden Holzstoß brennen sehen will, sondern — da dieser edle Brauch leider im Laufe der Jahrhunderte aus falscher Sentimentalität abgeschafft worden ist — sie hübsch langsam auf dem Scheiterhaufen des Hasses und der Verachtung zu Tode rösten und schmoren lassen möchte.

Bartels' Programm zur Lösung der Judenfrage.

Wie sich Bartels in Wirklichkeit die Lösung der „Judenfrage" ausmalt, hat er gelegentlich in einem dieser Frage gewidmeten Sammelwerke von Dr. Julius Moses mit zynischer Offenheit bekannt, und man kann zur Charakteristik des ganzen Mannes nichts Besseres tun, als ihn mit dem Scheinwerfer dieses seines eigenen Geisteslichtes zu beleuchten. Es heißt hier:

„Da ich den deutschen Juden, die nun so lange Gäste bei uns sind, ein gewisses Recht auf das Wohnen unter uns zugestehe, dies Wohnen unter uns auch an und für sich für kein Unglück halte, da das deutsche Volk nur durch das fortwährende Empfinden eines scharfen Rassegegensatzes zu dem für seine weitere Entwickelung notwendigen Rassegefühl und Rassenstolz gelangen kann, so würde für mich zur Lösung der Judenfrage nur die staatliche Fixierung des Charakters der Juden als eines fremdrassigen Volkes in Betracht kommen.

Die Juden müssen im allgemeinen die staatlichen Rechte ihrer deutschen Mitbürger behalten, nur:

1. geschlossene Gesellschaften innerhalb der politischen Gemeinden bilden, die bis zu einem gewissen Grade für die Schädigungen, die von einzelnen ihrer Mitglieder dem wirtschaftlichen Leben der Gesamtheit zugefügt werden (betrügerische Bankrotte, Bankkrache, die den Charakter einer öffentlichen Kalamität annähmen usw.) haftbar wären;
2. sie müßten bestimmte, ihnen zugewiesene Namen führen und dürfen geistige Tätigkeit nicht unter dem Schleier der Anonymität üben; Uebertritt zum Christentum berechtigen weder zur Namensänderung, noch zum Austritt aus der Judenschaft;
3. zu Zeiten allgemeiner Notkriegszeiten usw. hätten die Juden dem Staate bestimmte, durch loyale (!) Verhandlungen in ihrer Höhe festzustellende Beisteuern oder Anleihen zu gewähren."

Also abgesehen von diesen drei Kleinigkeiten — Wiedereinführung des Ghettos, des gelben Judenflecks (in Gestalt besonders „zugewiesener" Eigennamen) und der alten Juden-Kopfsteuer des Mittelalters — dürfen nach dem Rezepte dieses Doktor Eisenbart „die Juden im allgemeinen die staatlichen Rechte ihrer deutschen Mitbürger behalten", das wären nämlich: 1. das Recht auf Erfüllung der Militärpflicht; 2. das Recht auf unumschränkte Steuerzahlung; 3. das Recht auf Auswanderung ins Ausland; 4. das Recht, jederzeit eines natürlichen Todes zu sterben, und vielleicht noch einiges ähnliche ... Sollte ein Mann, der sich im 20. Jahrhundert mit solchen sozialpolitischen Wahnsinnsvorstellungen öffentlich bloßzustellen den Mut hat, nicht den Anspruch darauf, ernst genommen zu werden, ein für allemal verwirkt haben?

Trotzdem genießt die Literaturgeschichte von Bartels eine erhebliche Verbreitung, weil sie durch eine geschickte äußere Einteilung den Nützlichkeitstypus eines Handbuchs und Nachschlagewerks repräsentiert und durch die Art und Weise der Betrachtung und Urteilsfällung dem Durchschnittsgeschmack des deutschen Philisters ein weites Stück Wegs entgegenkommt. Sein trockener, jedes eigenen schöpferischen Ausdruckes unfähiger Stil stellt an das Fassungsvermögen seiner Leser nur geringe Ansprüche, und seine Vorliebe für sanft gekräuselte, einschränkende und unbestimmte Wendungen, wie „allerdings", „immerhin", „freilich", „bei alledem", „indessen", gibt seiner Darstellungsweise jenen Schein von Objektivität und Biederkeit, die ihren Eindruck auf die halbgebildeten Spießbürger nicht verfehlt. Zugleich wird mit Hilfe eines eifrigen Chauvinismus gegenüber der Auslandsliteratur das „nationale" Moment kräftig betont, denn alles Nichtgermanische ist für diesen Rassenfanatiker mehr oder weniger verdammenswert, zum wenigsten minderwertig oder gefährlich, und wo immer fremde Einflüsse im deutschen Literaturleben zutage treten, sind naturgemäß jüdische Autoren oder Kritiker die Vermittler und Vergifter gewesen. Das heilsame Gegengewicht gegen alles Fremde sieht Bartels in der Pflege einer „Heimatkunst", d. h. einer Landschafts- und Provinzialkunst, in

der sich ostpreußische, holsteinische, thüringische, schlesische, elsässische usw. Eigenart spiegeln soll. Im direkten Gegensatz zu Goethe, der das völkerverbindende Wort „Weltliteratur" dereinst zuerst prägte und die Kunst der ganzen Menschheit zugeteilt wissen wollte, schwärmt Bartels für das partikularistische Ideal einer enghorizontigen Bezirks- und Kreisliteratur. Der brave Schweizer Gotthelf etwa ist für ihn ein Klassiker, während er beispielsweise einem Grillparzer diese Qualität verweigert, weil er für ihn kein Verständnis hat.

Und an Verständnis fehlt es diesem so selbstgerecht seine Zensuren und Noten verteilenden literarischen Radamanth auch sonst noch für recht vieles, was an bewegenden Kräften in unserem Geistesleben am Werke ist oder war. Vielfach blendet ausgesprochener Haß sein Urteil, das in nur allzu vielen Fällen bloß Vorurteil ist. Er haßt den Liberalismus, er haßt das Oesterreichertum, er haßt die ganze literarhistorische Schule, die in Männern wie Wilhelm Scherer oder Erich Schmidt ihre Vorbilder sieht, er haßt „Jugend" und „Simplicissimus", er haßt Berlin, er haßt merkwürdigerweise auch seinen engeren Landsmann Frenssen, der seine großen Erfolge ohne seine Zustimmung errungen hat, aber er haßt vor allem, wie gesagt, und mit der ganzen obstinaten Zähigkeit eines Mannes, der von seiner Unfehlbarkeit durchdrungen und von keinem Irrtum zu überzeugen ist, die Juden in jeglicher Form ihrer Existenz, ihres Auftretens, ihres Wirkens. In ihnen sieht er den Krebsschaden wie unseres Volkstums überhaupt, so unserer Literatur im besonderen, so daß selbst ein sonst der Sympathie mit dekadenter oder hypermoderner Großstadtliteratur unverdächtiges Blatt, wie die „Kölnische Ztg." (Karl Freiherr v. Perfall), in ihrer sonst vieles anerkennenden Besprechung von Bartels Literaturgeschichte zu der folgenden Abwehr gelangen mußte: **von Perfall über Bartels.**

„. . . Wie er schon mit einer nicht zu billigenden Schärfe sich gegen die Berliner jüdischen Salons im Zeitalter des jungen Deutschlands stellt und gegen dieses selbst, so sollen auch die Juden, und nur diese, die Sündenböcke sein für alle die Schattenseiten in der modernen Literatur, für den dekadenten Geist und die Reklamewirtschaft mit falschen Genies. Andere besondere Zeitumstände, wie die Weltstadtentwickelung Berlins, die sozialen Bewegungen, die Bewegungen der Frauenfrage, die modernen naturwissenschaftlichen Theorien, zieht er kaum in Rechnung. Sieht man aber nun genauer zu, wer denn unter den schöpferischen Persönlichkeiten der modernen deutschen Literatur eine führende Rolle spielt oder wenigstens zeitweise Aufsehen erregt, so ist die Zahl der Juden, die dabei in Frage kommen, außerordentlich gering. Die Brüder Hart, Carl Bleibtreu, Conradi, die Führer der Gärung der achtziger Jahre, sind ebenso wenig Juden, wie die vielbesprochenen Persönlichkeiten Sudermanns und Gerhart Hauptmanns. Ein Typus des Dekadententums wie Otto Erich Hartleben war so wenig Jude wie es Otto Julius Bierbaum, der Schöpfer des „Prinzen Kuckuck" ist, und auch der ausgeprägteste Dekadent Deutschlands, Frank Wedekind, ist Christ, ebenso wie die als dekadent anzusehenden Damen Marie-Madeleine, Dolorosa, Margarete Beutler, Gabriele Reuter. . . . München zeigt in seinem ganzen künstlerischen Leben eine ausgeprägte Neigung zur Dekadenz, zum Radikalismus nach allen Richtungen und zur Bohèmewirtschaft, aber gerade im Münchner geistigen Leben spielt das Judentum eine höchst unbedeutende, eigentlich völlig verschwindende

Rolle. Bartels macht sich seinen Standpunkt doch zu leicht, wenn er den „Simplicissimus“ kurzweg als Träger jüdischen Geistes bezeichnet. Die Leitung des „Simplicissimus“ im Verlag und Redaktion und die wichtigsten Mitarbeiter sind keine Juden, wenn sich auch einige jüdische Mitarbeiter gelegentlich geltend machen mögen. Auch hat der „Simplicissimus“ tatsächlich in seiner Haltung, wie radikal er auch ist, doch ganz und gar nichts von dem besonderen Gepräge des jüdischen Witzes und der jüdischen Kritik . . .

Allein noch etwas ganz Anderes, Entscheidenderes ist gegen den Standpunkt von Bartels einzuwenden. Das ist die außerordentliche Bedeutung des jüdischen Publikums für die deutsche Literatur christlicher Herkunft so gut wie jüdischer. Es wäre eine große Täuschung, wenn man glauben wollte, das rege literarische Leben Berlins sei eine allgemeine, durch die ganze Gesellschaft gehende Erscheinung. Es gibt dort eine ganze Menge hochstehender, hochbetitelter Persönlichkeiten, denen Theaterpremieren oder ein Aufsehen erregender neuer Roman höchst gleichgültig sind und die davon trotz alles Zeitungslärms kaum Kunde bekommen. In den Provinzstädten macht sich diese Erscheinung noch viel deutlicher geltend. Wenn nun trotzdem sich seit einer Reihe von Jahren überall das Interesse für das ernste Schauspiel erheblich gesteigert hat, wenn das früher dem Deutschen ganz fremd gewesene Kaufen belletristischer Werke immer mehr zugenommen hat und die Werke beliebter Autoren zahlreiche Auflagen erleben, so ist das unbestreitbar nach Beobachtungen jedes im literarischen Leben stehenden Menschen zunächst dem regen Interesse der jüdischen Kreise zu danken, die auch bei allen Gelegenheiten, wie Vorträgen literarischer Art das Hauptkontingent stellen, und die intelligente jüdische Jugend ist es gewesen, die im Laufe der Jahre auch die christliche mit fortgerissen hat, so daß wir allerdings, was eine künftige Generation angeht, erwarten dürfen, daß das Interesse an der Literatur sich gesellschaftlich immer mehr ausbreiten wird. Die Pionierdienste hat die jüdische Gesellschaft geleistet.

Wenn nun Bartels es als eine unmittelbare Aufgabe der deutschen Intelligenz betrachtet, das Judentum von der Literatur zurückzudrängen, so werden sich alle deutschen Dichter und Schriftsteller eifrig dagegen wehren müssen, daß ihnen der Ast abgesägt wird, auf dem sie sitzen. Gewiß entstehen dadurch mancherlei Einseitigkeiten, es leidet die nationale Tiefe unserer Literatur, und die Großstadt gibt zu einseitig den Ton an, aber dieses Uebel ist jedenfalls geringer als dasjenige, an dem die deutsche Literatur früher gelitten hat, daß der Deutsche es überhaupt als eine frevelhafte Verschwendung betrachtete, ein Buch um einen Preis zu kaufen, für den man sich eine gute Flasche Wein leisten kann.“

Daß Bartels in seinem Bestreben, die Juden zu Urhebern und Trägern aller literarischen Verfallserscheinungen zu stempeln, bisweilen die drastischsten Versehen zustoßen, braucht nicht zu verwundern. So erklärt er etwa den österreichischen Dichter und Feuilletonisten Ferdinand Kürnberger, der als der Sohn eines städtischen Laternenanzünders und einer Obstfrau geboren wurde, schlankweg für einen Juden, ebenso Hermann Bahr, trotzdem dieser nachweislich keinen Tropfen jüdischen Blutes in den Adern hat, oder den verstorbenen „Simplicissimus“-Verleger Albert Langen, den Abkömmling eines alten protestantischen rheinischen Bürgerhauses, Schwiegersohn Björnsons und Schwager des Gouverneurs v. Wißmann. In einem Artikel seines „Deutschen Schrifttums“: „Die Juden“ erwähnt Bartels einen Aufsatz des Geh. Rats Prof. Dr. Josef Kohler, worin die Vermischung

der Juden mit der deutschen Nation als nötig und wohltätig bezeichnet wird, und fügt statt allen Kommentars lakonisch die Worte hinzu: „Kohler leugnet, Jude zu sein." In dem Artikel hatte sich Prof. Kohler selbst als Schwarzwälder Bauernstämmling bezeichnet und über seine Abstammung alle nötigen Aufschlüsse gegeben. Wie verhält sich Herr Bartels dazu? Nur um die ihm unbequemen Ausführungen des bekannten Rechtslehrers abzuschwächen oder in verdächtigem Lichte erscheinen zu lassen, hängt er seiner Mitteilung ein kleines Denunziatiönchen an. „Kohler leugnet, Jude zu sein." Leugnen heißt nach deutschem Sprachgebrauch — wie schon die gemeinsame Abstammung des Zeitwortes mit „lügen" erweist — etwas Wahres wider besseres Wissen bestreiten. Dem Leser wird hier also augenzwinkernd angedeutet: Der Mann sagt so, aber Eingeweihte wissen es besser . . . Methode Bartels.

Angriffe gegen Prof. Kohler.

In der Hauptsache ist es das ihm nächstliegende Feld der Literatur und Literaturwissenschaft, des Theaters und der Presse, an dem Bartels seine rassenpolitischen Weltuntergangsprophezeiungen demonstriert. Mit arithmetischer Kniffflichkeit rechnet er heraus, daß sich unter 282 modernen deutschen Autoren, die in den letzten Kapiteln seiner Literaturgeschichte behandelt würden, 36 Juden und 29 „Halbjuden und Zweifelhafte" befänden, „also" 23 pCt., denn „Halbjuden" oder auch nur jüdischer Abstammung Verdächtige müssen natürlich den Prozentsatz verstärken helfen. Da die deutschen Juden aber nur 1 pCt. der Gesamtbevölkerung ausmachen, so sind also — nach dieser statistischen Logik — die Juden in 23 facher Ueberzahl am deutschen Schrifttum beteiligt. Das Kindische solcher Rechenexempel liegt für jeden Besonnenen auf der Hand. Nach diesem geistreichen Prinzip müßten vom Kommerzienrat bis zum Hausierer, vom Ingenieur bis zum Grubenräumer immer auf je 23 Berufsgenossen ein jüdischer kommen. Aber darüber geht der erzgescheite Statistiker stillschweigend hinweg, daß z. B. unter den Hunderttausenden von Beamten, die der Staat ernährt, das Judentum so gut wie gar nicht vertreten, daß es aus dem Offizierkorps usw. ausgeschlossen ist, daß infolgedessen der Zufluß zu den freien Berufen ein ganz selbstverständlich stärkerer sein muß. Was würde wohl Herr Bartels dazu sagen, wenn man aus seiner Feststellung die logische Konsequenz ziehen und die Forderung stellen wollte, daß auf jedes Hunderttausend Staatsbeamte tausend Juden, und auf je zehntausend Offiziere hundert Juden kommen müßten? Da er das nicht will, wie kann er dagegen eifern und geifern, daß der jüdische Quotient in den unabhängigen Berufen notwendig entsprechend größer ist! Und die Sache selbst: man stelle sich vor, daß unter 282 modernen Autoren, die Herr Bartels kritisch behandelt hat, 36 jüdische sind (wir sind so frei, die „Zweifelhaften" und „Halbjuden" nicht mitzurechnen), daß also das Verhältnis der beiden Gruppen 246 zu 36 ist. Schaudervoll, höchst schaudervoll! Also 36 jüdische Schriftsteller reichen hin, andere 246 derart in den Schatten zu stellen, daß

Judenriecherei in der Literatur.

die ganze Literatur „verjudet“ erscheint. Um dieses Mirakel notdürftig zu erklären, greift Herr Bartels zu seinem beliebten Schlagwort für alles (denn eben, wo Begriffe fehlen usw.) und erklärt den größeren Teil der nichtjüdischen Autoren für „Judengenossen“.

Bartels behauptet in zahlreichen seiner Publikationen, das Judentum habe sich in der deutschen Literaturwissenschaft in „unverfrorenster“ Weise eingenistet und zahlreiche „maßgebende“ deutsche Literaturprofessoren seien Juden. Wie es in Wirklichkeit damit steht, ist in dem Artikel: „Die „Verjudung“ der deutschen Literatur und Kunst“ ausführlich dargelegt.

Ein anderes Mal zerrte Bartels zum Beweise für die „Verjudung der literarhistorischen Wissenschaft“ die neuen Klassikerausgaben des „Tempel-Verlags“ auf die Anklagebank, über die er sich aufregte, weil von 15 in einem Prospekt genannten Herausgebern „gerade die Hälfte“ (wieviel ist die Hälfte von 15 Herausgebern?) Juden seien. Genannt wurden die Herren Hans Daffis, Franz Deibel, Arthur Eloesser, Rudolf Fürst, Moritz Heimann, Kurt Jahn, Friedrich von der Leyen, Georg Misch, Ludwig Nohl, Robert Riemann, Christoph Schrempf, Rudolf Unger, Georg Witkowski, Julius Zeitler, Paul Zaunert. Von diesen trifft genau auf fünf die Behauptung des Herrn Bartels zu, auf zehn nicht — wobei die Gesamtzahl der sonst noch beteiligten Herausgeber das Verhältnis noch weiter verschöbe.

Solche objektiven Unwahrheiten müssen dem idealen Zwecke dienen, alles nach Bartels Ansicht Schlechte und Faule in der deutschen Kultur auf „Judentum“ und jüdische Einflüsse zurückzuführen.

Hier auf alle Schiefheiten, Entstellungen und Einseitigkeiten der Bartelsschen Literarhistorie einzugehen, würde über den Rahmen dieses Buches weit hinausgehen. Es sei nur unter den vielen scharfen Absagen und Zurechtweisungen, die sich Bartels aus nichtjüdischen Kreisen gefallen lassen mußte, diejenige der „Christlichen Welt“ (1909, Nr. 42) zitiert, die von Prof. Gerhard Heine herrührt, und in der es nach eingehender Zerpflückung des Werkes resp. seiner Tendenz wörtlich heißt:

Die „Christliche Welt“ gegen Bartels.

„Es ist nicht erfreulich zu sehen, wie sich der Fanatismus des nationalen Wollens und das Urteil beschränkt. Es ist doch wohl nicht der vollständige und reine Sinn des Nationalen, dessen sich Bartels bemächtigt hat. Aus dem Parteitreiben unserer Tage kennen wir ja den Mißbrauch zur Genüge, der mit dem Worte getrieben wird. Sollte schließlich unser Schriftsteller unter national überhaupt etwas anderes verstehen, als das, was uns Deutschen verschiedenen Glaubens heilig ist? Nicht durchaus will ich diesen Vorwurf erheben; nur hier und da scheinen mir auch hier die Götter um Bartels Stirne das eherne Band geschmiedet zu haben, das die Menschen Beschränktheit nennen . . . Man sagt der katholischen Theologie nach, daß sie das Kunstwerk nicht als Kunstwerk würdige, sondern insofern es dem Christentum diene; daß sie aber unter Christentum eigentlich nicht das Christentum verstehe, sondern die katholische Kirche. Solcher Theologie entspricht eine nationale Literaturgeschichte, welche die Dichtung nicht als Dichtung würdigt, sondern insofern sie der Nation dient; welche aber unter Nation eigentlich nicht die Nation

versteht, sondern die eigene Partei. Als Vertreter solcher Methode bezeichne ich Adolf Bartels nicht . . . aber er zahlt dieser Methode seinen Tribut und wird damit trotz wohlgemeinten Eifers weder der Dichtung noch der Nation nützen."

„Verjudung" des Adels.

Herr Bartels ist auch ein großer Verkünder der allein seligmachenden Rassenphilosophie und infolgedessen über die „Verjudung des deutschen Adels" zu Tode betrübt. In einer zumeist in der „Deutschen Welt" erschienenen Sammlung früherer Beiträge „zur nationalen Weltanschauung", die unter dem Gesamttitel „Rasse" in dem bekannten antisemitischen Verlage der Hanseatischen Druck- und Verlagsanstalt in Hamburg erschienen ist, fordert er kategorisch ein Gesetz, daß die Heirat mit einer Jüdin den Verlust des Adels und auch des Offizierranges, den ja die meisten Adligen im Heere bekleiden, nach sich zöge, und fügt hinzu:

„So wie jetzt kann es nicht fortgehen; daß selbst Hohenzollernprinzen Jüdinnen heiraten oder doch heiraten wollen, ist nicht viel besser als Wahnsinn. Um die vorgeschlagene Maßregel durchzuführen, müßte selbstverständlich zunächst eine Vereinigung des noch blutsreinen Adels geschaffen werden, die sie verträte; dann hätte auch erst die gesetzliche Festlegung des Judentums als eines fremdrassigen Bevölkerungsbestandteils in den Verfassungen der deutschen Staaten, die auch aus anderen Gründen notwendig ist, zu erfolgen; darauf könnte man wohl daran gehen, die Bestimmung mit den Landesherren und sonstigen entscheidenden Instanzen zu vereinbaren. Die bereits verjudeten adligen Familien könnten als Adel zweiter Klasse noch weitergeführt werden; im Laufe der Zeit aber müßten sie so oder so verschwinden . . ."

In der Tat: Die Verschandelung des deutschen Vollblutadels mit jüdischem Blut schreit geradezu zum Himmel. Wenn diese Rassen-„Mantscherei" weiter geduldet wird, so werden schließlich nur noch Herr Adolf Bartels und sein Freund Max Bewer als „rassenreine" Germanen übrigbleiben. Liebermann von Sonnenberg hatte sich durch seinen intimen Verkehr mit dem getauften Juden Dr. Arendt schon längst höchst verdächtig gemacht.

Denselben Geist finsterer Unduldsamkeit, wie seine Literaturgeschichte atmet alles, was Bartels da und dort an einzelnen polemischen Aufsätzen niederzulegen pflegt, ob er nun über die angebliche „Verjudung" des Theaters oder der Presse oder der Universitäten loszieht oder das Licht seiner an Chamberlains Geiste genährten Rassentheorie leuchten läßt. Im übrigen hat Herr Bartels seinen Beruf als antisemitischer praeceptor germaniae erst ziemlich spät entdeckt: noch 1893 hat er sich freiwillig an dem damals erschienenen großen Sammelwerk „Freiheit, Liebe, Menschenlichkeit", das den Kampf wider den Antisemitismus auf seine Fahne geschrieben hatte, mit einem längeren Gedicht beteiligt, das nichts anderes ist als ein schwungvoller Hymnus auf — den Juden Spinoza! Das war zu einer Zeit, wo er schon ein gereifter Mann in den Dreißigern, also bereits Herr seiner Ueberzeugungen war. Damals sah auch er —

das beweist seine Beteiligung an dem erwähnten Manifest — in dem Antisemitismus einen Schandfleck, ein Attentat auf „Freiheit, Liebe, Menschlichkeit". Heute ist er selbst der klassische Repräsentant jener Bewegung, ein Renegat seiner damaligen Ueberzeugung. Warum? Was hat aus dem Paulus einen Saulus gemacht? Niemand weiß es.

Nun noch eine andere Ironie des Schicksals darf nicht unerwähnt bleiben: es ist Bartels bisher nicht gelungen, Schule zu machen, aber die wenigen Literaturkritiker, die man als seine Schüler und Verehrer anzusehen hat und die sich selbst als solche betrachten dürften, sind zufällig — getaufte Juden, wie die Herren Dr. Heinrich Spiero in Hamburg und der im Juni d. J. in einem Anfall von Schwermut durch Selbstmord geendete Robert Jaffé in Berlin. Allzu viel „geharnischte Männer" sind sonach aus der Drachensaat dieses antisemitischen Kadmos bisher nicht aufgeschossen . . .

„Verjudung" der Frauenbewegung.

Auch die Frauenbewegung ist dem Schicksal nicht entgangen, von den Antisemiten mit dem jüdischen Fabrikstempel belegt zu werden. Die moderne Frauenbewegung, gleichviel, ob sie in den Reihen der Sozialdemokratie oder in den bürgerlichen Parteien für ihre Rechte kämpft, kennt freilich keinen Glaubens- und Rassenhaß. Daher wird die ganze Bewegung als „verjudet" der allgemeinen Verachtung aller Jünger Teuts preisgegeben. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen die antisemitischen Blätter immer eine lange Liste von Vorkämpferinnen der Frauenbewegung, die Jüdinnen sein sollen. Aber gerade bei der Mehrzahl dieser Frauen sind die antisemitischen Rassenspäher auf falscher Fährte. Anita Augspurg — um nur einige der bekanntesten Führerinnen zu nennen — ist echt christlicher Abstammung. Minna Cauer, früher von den Antisemiten immer Krakauer genannt, die aus Bescheidenheit ihren Namen verschweige, ist die Tochter eines Pfarrers. Lydia Heymann, Marie Lischnewska (angeblich polnische Jüdin, ist die Tochter eines pensionierten Majors), Käte Schirmacher, Toni Breitscheid sind Christinnen. Die von Adolf Bartels als rabiate jüdische Frauenrechtlerin bezeichnete Ilse Frapan war hugenottischer Abkunft. Auch Helene Lange und Gertrud Bäumer und selbstverständlich Frl. Dr. Stöcker werden gelegentlich zu Jüdinnen gestempelt, wie denn ein antisemitischer Gegner der Frauenbewegung sich in einem Feuilleton der Hildburghausener „Dorfztg." (19. 11. 1909) kurz dahin resolviert hat, daß die ganze Frauenbewegung „von Anfang an leider viele jüdische Charakterzüge zeigt". Die an die politischen Parteien der Rechten Anlehnung suchenden Frauenvereine, die viele Angehörige des preußischen Adels zu ihren Mitgliedern zählen, also auch! Der politische Antisemitismus will den Frauen überhaupt keine politischen Rechte, auch

nicht einmal in der Kommune, einräumen. Der Dresdener Verein der Reformpartei hat demzufolge auch ausdrücklich die nach dem neuen Vereinsgesetz zulässige Aufnahme von Frauen glatt abgelehnt.

Der jüdische Reichtum.

Das antisemitische Schlagwort von dem jüdischen Reichtum, der sich die ganze Welt untertan machen kann, hat stark an Kurswert eingebüßt, seitdem durch den enormen Aufschwung von Handel und Industrie, durch die Konzentrierung des Kapitals in den Großbanken, die Trustbewegung in der Industrie und nicht zuletzt auch durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, der Einfluß einzelner Personen auf die treibenden Faktoren des Wirtschaftslebens immer mehr zurückgegangen ist und an seine Stelle das anonyme Großkapital, vertreten durch die Großbanken, in deren Verwaltung der christliche Adel und das höhere Beamtentum immer stärkeren Eingang gefunden haben, und das Industriemagnatentum getreten sind, das ebenfalls mit dem adligen Großgrundbesitz häufig in engen verwandtschaftlichen Beziehungen steht. Der Mammonismus ist heute jedenfalls in ganz anderen als den jüdischen Schichten der Gesellschaft zu suchen. Von den amerikanischen Millionären, und zwar den großen Milliardären, nicht den gewöhnlichen Markmillionären, den Rockefeller, Vanderbilt, Carnegie, Morgan, Mackay, Astor, Gould usw., ist keiner Jude. Unter den mehr als 4000 Dollarmillionären, die im Jahre 1902 in Amerika gezählt wurden, waren nur 115 jüdische Millionäre; ihre Zahl entsprach nicht einmal dem Verhältnis der jüdischen zur städtischen Gesamtbevölkerung, die hier allein zum Maßstab genommen werden kann.

Amerikanische Millionäre.

In Deutschland haben Rothschild und Bleichröder, die bisher immer nach allgemeiner, von antisemitischer Seite genährter Auffassung als die Besitzer der größten Vermögen galten, diesen „Vorzug" längst an die großen christlichen Industriemagnaten, insbesondere in Schlesien, abgeben müssen. Es gibt in ganz Deutschland überhaupt nur noch ein Vermögen, das größer ist als das der schlesischen Grafen; ihre Besitzerin ist eine Frau: die Tochter Krupps, Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach, bis auf den heutigen Tag die reichste Person in Deutschland. Auf sie folgen zwei schlesische Adelsgeschlechter, dann erst kommt der Hauptvertreter der deutschen Rothschild-Linie, dann wieder schlesische Magnaten, und erst an der Seite der „Minderbegüterten" von ihnen erscheinen die „reichen Berliner", mit deren Kapital die antisemitische Presse ihre Mätzchen treibt. Regierungsrat Martin hat in seinem neuesten Buche (1911) „Unter dem Scheinwerfer" die größten Vermögen nach amtlichen Quellen zusammengestellt und dabei folgende Krösusse im Deutschen Reiche ermittelt. Es besitzen:

Broschüre des Reg.-Rats Martin.

Frau Bertha Krupp von Bohlen	187	Mill. Mark
Fürst Henckel von Donnersmarck	177	„ „
Herzog von Ujest	151	„ „
Freiherr von Rothschild (Goldschmidt)	107	„ „
Fürst Pleß auf Fürstenstein	84	„ „
Graf Tiele-Winkler	74	„ „
Kommerzienrat Henschel (Lokomotivfabrik Cassel)	46	„ „
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	40	„ „
Graf Schaffgotsch	20	„ „
Graf Ballestrem	18	„ „

Bis vor einem Jahre rangierte zwischen diesen noch der inzwischen verstorbene Geheime Kommerzienrat Mendelssohn-Bartholdy in Berlin mit 43 Millionen Mark und der Chef des Hauses Bleichröder, Gerson v. Bleichröder, mit 36 Millionen Mark. Ihre Vermögen sind nach dem Todesfall in mehrere Hände gefallen und dadurch etwas zersplittert. Abgesehen von Frau von Krupp, stellen diese schlesischen Magnaten, neben Donnersmarck der Herzog von Ujest, der Fürst von Pleß, Graf Hohenlohe-Ingelfingen, Tiele-Winkler, Schaffgotsch und Ballestrem, die Repräsentanten des deutschen Millionenreichtums dar. Erst in zweiter Linie rangieren die Berliner und Frankfurter jüdischen Finanziers.

Das Haus Rothschild.

Ueber das Vermögen der Wiener Rothschilds wurden noch bis in die letzte Zeit hinein von den Antisemiten ganz wahnwitzige Angaben verbreitet. Ein Wahlflugblatt des Antisemiten Hans von Mosch aus den Reichstagswahlen von 1903, das das Vermögen des Wiener Hauses Rothschild im Jahre 1903 auf Grund einer angeblichen Bilanz auf Heller und Pfennig mit 11 Milliarden 116 Millionen Kronen berechnete, wurde von süddeutschen Zentrumsblättern und vom Stöckerschen „Volk“ (27. 11. 1903) mit Behagen gegen den „jüdischen Mammonismus“ ausgebeutet, der diese Riesenvermögen nur durch Gaunereien und Schwindel erbeutet habe. Die frommen katholischen und protestantischen Blätter, die diese Tartarennachricht gläubig übernahmen, sahen in ihrer Herzenseinfalt nicht, daß sie selber einem groben antisemitischen Schwindel zum Opfer gefallen waren. Man schätzte damals in Wiener Finanzkreisen das Vermögen des Wiener Hauses Rothschild, nämlich das der Firma und das Privatvermögen der Brüder Albert und Nathanael zusammen auf ungefähr 850 Millionen Mark; nach dem Tode der beiden Hauptrepräsentanten des Wiener Hauses ist das Vermögen durch Erbteil wieder stark zersplittert. Der politische Einfluß des Wiener Hauses auf die österreichische Regierung war schon seit Jahren immer mehr zurückgegangen. Die österreichische Reichskasse war durch die Einrichtung des Postsparkassenkontos und durch andere Maßnahmen in der Zwischenzeit so erstarkt, daß sie die letzte größere Anleihe zum ersten Male ohne die Mitwirkung des Hauses Rothschild begeben konnte. Das Wiener Haus Rothschild hatte schon seit dem letzten Jahrzehnt nur noch die Bedeutung eines größeren Privatbankhauses. Das Gesamtvermögen des Pariser und Londoner

Hauses Rothschild[1]) hat sich ebenfalls durch Vermischung mit der internationalen Aristokratie stark zersplittert und ist zum nicht unerheblichen Teile in der Landwirtschaft investiert.

Seltsamerweise hat die Fabel von dem „jüdischen Reichtum" in katholischen Kreisen und im politischen Zentrum Nachbeter gefunden. Die „Germania" behauptete in einem Artikel „Kapitalismus und Christentum" (Dezember 1908): „Der Geldreichtum findet sich zumeist bei Protestanten und Juden," und ignorierte dabei vollkommen den Besitz der „toten Hand", der, zumal in romanischen Ländern, die im Besitz von Protestanten und Juden befindlichen Werte sicherlich bei weitem übersteigt. Ein besonders grimmer Gegner des „jüdischen Mammonismus" ist Herr Gröber, der Führer des württembergischen Zentrums. Auf der Generalversammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland" im Jahre 1901 witzelte er: **Abg. Gröber über den „jüdischen Mammonismus".**

„Wenn man die Güte der Religion nach dem Reichtum der Religionsangehörigen bemessen wolle, dann können die Christen allesamt nichts Besseres tun, als sofort ihren Glauben zu wechseln und Mitglieder des Oberamts Jerusalem zu werden."

Und auf dem Katholikentage 1907 leistete sich Herr Gröber die sehr anfechtbare These:

„Die Einkommensteuer- und Vermögensstatistik weist mit grausamer Rücksichtslosigkeit nach, daß die größten Einkommen und Vermögen überhaupt nicht auf christlicher Seite sind."

Wie sehr Herr Gröber mit dieser billigen Agitationsphrase danebengehauen hat, zeigt die obenerwähnte Statistik des Reg.-Rat Martin. Waren die Herren Krupp und Stumm etwa keine Christen? Gehören die Fürsten von Pleß, von Fürstenberg und Henckel von Donnersmarck, Graf Ballestrem und der Herzog von Ratibor nicht etwa zum Christentum? Wer sind denn die Fürsten der Industrie und die Kohlenbarone in Rheinland und Westfalen? Sind das lauter Juden? Die ganze Theorie Gröbers harmoniert übrigens sehr wenig mit den Lehren Jesu. Denn Christus verdammt den Reichtum überhaupt, weil es tatsächlich gleichgültig ist, ob er in christlichen, jüdischen oder heidnischen Händen ruht.[2])

---

[1]) Im Juli 1911 veröffentlichte ein Herr J. F. Marrosson im „Munsey Magazine" einen Artikel über Kapitalanhäufungen einzelner Familien, der zwar über die Höhe des Gesamtvermögens des Hauses Rothschild ebenfalls ganz unsinnige Angaben machte, jedoch zutreffend hervorhob, daß es ein Irrtum sei, die Rothschilds immer nur als Bankiers zu bezeichnen; in Wirklichkeit arbeite ihr Kapital viel stärker in der Industrie und im Großhandel. Auf geschäftliche Spekulation haben sich übrigens auch gekrönte Häupter, wie der verstorbene König von Belgien, recht gut verstanden. Der größte Häuserspekulant Kairos, dem viele hunderte von Mietshäusern gehören, ist — der Khedive.

[2]) Der antisemitische Barde Max Bewer hat freilich in seinem Buch „Der deutsche Christus" (1907) folgende feine Unterscheidung zwischen „jüdischem" und „deutschen" Reichtum gemacht: **Max Bewer über „deutschen" und „jüdischen" Reichtum.**

„Der jüdische Reichtum beruht auf Schacherei und Wucherei, wie damals; der deutsche Reichtum beruht auf Werktätigkeit. Hier

Dr. Rost. Auch der in der Zentrumspresse am meisten hervortretende katholische volkswirtschaftliche Schriftsteller Dr. Rost ist von der Vorstellung einer Uebermacht des jüdischen Kapitalismus ganz hypnotisiert; er sagt in seinem Werk: „Gedanken und Wahrheiten zur Judenfrage" (Trier 1907, Paulinusdruckerei) z. B.:

„Aber als ein großes Unglück für die ganze Nation muß es bezeichnet werden, daß die großen Vermögen und Reichtümer sich so intensiv in den Händen der Juden konzentrieren. Die Zuspitzung der Gegensätze von arm und reich in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß ohnedies als ein Nationalschaden betrachtet werden."

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen arm und reich hat mit der Konfession gar nichts zu schaffen, sondern ist eine logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. Wäre die Sache ohne die Juden auch nur um ein Haar anders? Geht denn dieser Prozeß der Konzentration in Amerika, wo die jüdischen Kapitalien gar nicht in Betracht kommen, nicht noch schneller und rücksichtsloser vor sich? Die Antisemiten sehen eben immer nur die verhältnismäßig größere Zahl der im Handel tätigen reichen Juden in den Städten[3]) und übersehen dabei, daß der Handel der Träger des Kapitals ist, der selbstverständlich auch das größere steuerpflichtige Einkommen haben muß. Auch der germanische Vertreter des Handelsstandes nimmt an dieser Erscheinung teil. Bei Durchschnittsberechnungen selbstverständlich verflüchtigt sich sein Kapitalwert, da er mit einer weit größeren Masse Unbemittelter in die Rechnung steigt.

Nun haben die Juden freilich das Unglück, im Erwerbsleben verhältnismäßig schneller vorwärtszukommen als die Christen. Auch hier wird vollkommen außer acht gelassen, daß dieser sog. „jüdische Erwerbssinn" ja von den christlichen Staaten systematisch seit Jahrhunderten gezüchtet worden ist und noch heute gezüchtet wird dadurch, daß man den Juden die mehr Ehren und Würden eintragenden Berufe und Laufbahnen

---

liegt die Landmarke für die Satire Christi, die ein deutscher Pastor nicht wie ein verzückter Moralderwisch übertänzeln sollte. Es wäre das größte Landesunglück, wenn sich die sittliche Energie, mit der sich Christus gegen Erscheinungen im spezifisch-jüdischen Erwerbsleben entrüstete, nun in Deutschland auch gegen landesübliche Gebilde erheben sollte, die in ihrem äußeren Reichtum dem jüdischen zwar ähnlich, nach ihrem innerlichen Entstehen und Wirken aber von ihm grundverschieden sind."

Die katholische „Köln. Volks-Ztg." fertigte Herrn Bewer sehr hübsch ab mit der damals gerade zeitgemäßen Bemerkung: „Hiernach können Pod und Tippelskirch aufatmen, ihren auf „landesübliche Weise" entstandenen Millionen geschieht nichts."

[3]) Man bedenke, daß von den 600 000 in Deutschland lebenden Juden allein in den zehn Großstädten Berlin, Hamburg-Altona, Breslau, Frankfurt a. M., Cöln, München, Nürnberg, Dresden, Leipzig, Mannheim zirka 200 000 wohnen, also ein Drittel der Gesamtzahl! Und auch von diesen 200 000 Juden leben wieder Tausende, wie die Berufsstatistik der Juden zur Evidenz nachweist, zum Teil in recht dürftigen Verhältnissen oder gehören in ihrer Mehrheit zum Mittelstande.

vorenthält und sie in großen Geldgewinn abwerfende hineindrängt. In schwachen Stunden gesteht man sich auch in antisemitischen Kreisen ein, daß die geschäftliche Ueberlegenheit der Juden ihre wohlbegründeten Ursachen hat. Die Magdeburger „Sachsenschau" schrieb zum Beispiel (6. 5. 1911):

Die „Sachsenschau" über die geschäftliche Ueberlegenheit der Juden.

„Man nimmt gewöhnlich an, daß die Juden nur durch Betrug zu Vermögen gelangen. Es gibt zahlreiche jüdische Geschäftsleute, welche ihre Geschäfte genau so reell wie reelle Christen betreiben, weil sie sich dadurch einen treuen Stamm von Kunden erhalten. Die christlichen Geschäftsleute, welche ihr Geschäft ebenso eifrig und rationell und in moderner Weise wie die Juden betreiben, bringen ihr Geschäft auch vorwärts.

Deshalb haben wir unseren christlichen Lesern wiederholt ans Herz gelegt, daß sie ihre Kinder vernünftig und praktisch erziehen und ihnen den modernen Klimbim gehörig verekeln, der sie gewöhnlich zu den unsinnigsten Tollheiten, zu geisttötendem Zeittotschlagen und zu der dümmsten Vergeudung ihrer wirtschaftlichen Kraft führt."

Aber ist denn das Trachten nach Gelderwerb eine spezifisch jüdische Eigenschaft? Der römische Dichter, der das Wort „auri sacra fames" geprägt, hat vielleicht nie einen Juden gesehen, kaum von der Existenz von Juden gewußt. Die römischen Patrizier haben wahrlich nicht wenig im Geldzusammenscharren geleistet. Philipp von Mazedonien, der von dem Festungen öffnenden goldenen Schlüssel sprach, wußte auch ohne Juden, daß Menschen nach Geld trachten. Und, noch weiter zurück, lehren die Sagen von Midas und von dem Goldregen der schönen Danae, daß andere als Juden und unabhängig von Juden großen Wert auf Geldbesitz legten. Und hatte etwa Goethe bei seinem „Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles" an Juden gedacht? In Stadt und Land bei uns hat es zu jeder Zeit über und über genug Leute gegeben und gibt es noch, die den geldbegierigsten Juden im Jagen nach Gold mindestens ebenbürtig waren bezw. sind. Ihr Erwerbssinn sollte darum die Juden nicht unwürdig des Deutschtums machen, wohl aber hat er sich oft ungemein verdient gemacht um die Hebung des deutschen Wohlstandes.

Dem Märchen von dem Ueberwuchern des jüdischen Kapitalismus ist sogar ein so verbissener Antisemit wie Th. Fritsch schon entgegengetreten, der in einem Artikel seines „Hammer" (15. 3. 1910): „Die geistige Unterjochung Deutschlands" u. a. schrieb:

Th. Fritsch gegen das Märchen von dem jüdischen Kapitalismus.

„So wird denn in zwölffter Stunde das Schicksal sich wenden — um so sicherer, als immer mehr erkannt werden wird, daß die jüdische Ueberlegenheit auf hohlen Füßen steht, im Grunde nichts als ein Blendwerk ist. Es ist nicht wahr, daß die Juden bereits alle Kapitalien an sich gebracht hätten und wir wirtschaftlich unbedingt von ihnen abhängig wären. Die deutschen Sparkassen allein verwalten ein Volksvermögen, das ungleich größer ist, als das Kapital aller jüdischen Großbanken zusammen, und es bedarf nur einer anderen Organisation des Geldmarktes, um Staat und Volk von der jüdischen Großfinanz unabhängig zu machen."

Damit ist hoffentlich diesem hohlen Schlagwort antisemitischer Demagogen ein für allemal der Garaus gemacht.

Herr Stöcker hat im Jahre 1880 die Rufer nach Gold und Schätzen von der Geistlichkeit abgewiesen und an Bleichröder adressiert, der persönlich als der Inhaber der gesuchten Schätze bezeichnet wurde. Mehrere Jahre darauf mußte Stöcker es sich freilich gefallen lassen, von Ahlwardt als Millionär angegriffen zu werden. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ in München, dessen Herausgeber, Wenng, Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für Bayern ist, hat gar einmal (1. 3. 1908) die Antisemiten im Reichstage dringend aufgefordert, zu beantragen, „das Vermögen unserer jüdischen Banken, Millionäre und Milliardäre zu expropriieren“.

Der jüdische Reichtum ist eine fable convenue. Man vergißt über die tausend reichen und selbst sehr reichen Juden die Hunderttausende, die von der Hand in den Mund leben, insbesondere das jüdische Proletariat in Galizien, Rußland, in England und New York, das für Hungerlöhne arbeitet. Die russischen Juden machen allein ⅔ aller Juden der Welt aus, die galizischen etwa $^1/_{10}$. Die armen russischen und galizischen Einwanderer bilden ferner in England und Amerika zum mindesten ⅔ der dortigen Judenschaft.

Die Börse und die Reichsbank.

Nun sagen die Antisemiten freilich: Nicht der einzelne kapitalistische Jude ist der Schädling, sondern die Gesamtheit des jüdischen Großkapitals, die jüdischen Großbanken, die „verjudete“ Börse. Man hat ja mit dem Börsengesetz vom 22. Juli 1906 den Versuch gemacht, der Börse Fesseln anzulegen. Der Hauptzweck des Gesetzes, das große Publikum vom Börsenspiel abzuhalten, wurde jedoch nicht erreicht. Wer an der Börse spielen wollte, konnte es nach wie vor tun. Dagegen wurden zahllose, durchaus legitime Geschäfte, die sonst in Deutschland gemacht worden wären, infolge des Verbots des Terminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten und gewissen Effekten, im Auslande abgeschlossen, wodurch allein an Steuern dem Deutschen Reiche Millionen verloren gingen. Ganz abgesehen davon, daß das Gesetz ferner die Konzentration des Großkapitals begünstigte, d. h. die Großen noch größer, die Schwachen aber noch schwächer machte, lähmte es auch die ganze Bewegungsfreiheit der Börsen und des heimischen Geldmarktes.

Wirkungen des Börsengesetzes von 1906.

Das Resultat war also eine so schmerzhafte Lähmung des gesamten volkswirtschaftlichen Organismus, daß der Reichstag schleunigst diesem Gesetz die schlimmsten Giftzähne wieder ausbrach und — der Humor dabei war —, daß die grimmigsten Gegner des „Giftbaums“ Börse, die Antisemiten, ebenfalls in ihrer großen Mehrheit, die deutschsozialen Antisemiten geschlossen, dafür stimmten. Bei der Reichsfinanzreform des Jahres 1909, als man wiederum mit der Kotierungssteuer dem Börsengeschäft neue Lasten aufbürdete, charakterisierte der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Sydow in der Reichstagssitzung

vom 16. Juni 1909 die der ganzen agrarischen Steuergesetzgebung zugrunde liegende Tendenz treffend folgendermaßen:

Reichsschatzsekretär Dr. Sydow.

„Ich glaube, daß der ganzen Tendenz dieser Vorschrift eine gewisse instinktive Abneigung gegen das, was man Börse nennt, gegen die Kreise, die den Geldvermittlungsverkehr an der Börse und im Zusammenhang mit ihr vollziehen, zum Teil sogar bewußt, das leitende Motiv ist. Aber berechtigt ist es darum nicht. Man trifft damit nicht nur die Börse, nein, man trifft vielmehr Gewerbe und Handel, das heißt diejenigen erwerbstätigen Kreise, die, und zwar in Deutschland, ganz besonders bei der verhältnismäßigen Kapitalschwachheit, zur Betätigung der Unternehmungslust auf die Geldvermittlung durch die Börse angewiesen werden."

Und welche Folgen daraus für die finanzielle Kriegsbereitschaft Deutschlands entstehen können, hat wiederum der preußische Finanzminister Herr von Rheinbaben in dürren Worten bei den damaligen Verhandlungen wie folgt geschildert:

Finanzminister von Rheinbaben.

„Das, was wir im Juliusturm liegen haben, ist ein Tropfen auf den heißen Stein; und wenn Sie jetzt unsere Börse nicht aktionsfähig machen, könnte der Tag kommen, wo sie im Ernstfall versagt."

Nach jeder Börsenpanik kann man in der antisemitischen Presse Wutartikel lesen über die „Raubzüge der jüdischen Börsenjobber", „deren Riechorgane", wie ein solches Blatt einmal in dem ihm eigenen geschmackvollen Stile schrieb, „genügend stark entwickelt sind, um die Dinge vorher zu ahnen und beizeiten in Baisse zu spekulieren". Es gehört wirklich eine auch nicht durch die geringste Sachkenntnis getrübte Unbefangenheit dazu, um solchen Unsinn zu behaupten. Einer Baissepartei steht selbstverständlich immer eine Haussepartei gegenüber. Es gibt Juden, die à la hausse, und Juden, die à la baisse spekulieren; noch ist die Hausse nicht judenrein und die Baissepartei nicht ganz aus Juden zusammengesetzt, und noch kommt es vor, daß die entwickeltsten Riechorgane auf falscher Fährte sind und ihre Träger zu Verlusten führen. Das Spekulationsfieber aber verschont weder Juden noch Christen; Herr von Ploetz, der verstorbene Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hat ja ebenfalls am Giftbaum Ultimohandel naschen wollen und dabei sich den Mund verbrannt. Das war aber nicht Schuld der Börse, nicht Schuld der Baisse, der Juden, der Alliance Israélite und gar eines Oberrabbiners, sondern Schuld des Schusters, der nicht bei seinem Leisten geblieben ist, des Bäuerleins, das goldene Blätter statt der simplen Nadeln gewollt hat.

Aber auch die angeblich total „verjudeten" Großbanken verdienen die Vorwürfe der Antisemiten nicht. Auch hier liegt ein klassisches Zeugnis aus ihren eigenen Reihen vor. Im Februar 1909 war in einem Artikel der „Staatsb.-Ztg.", von ihrem politischen Redakteur Dr. Oesterreich gezeichnet, u. a. zu lesen:

Die „Staatsbürger-Ztg." lobt die Großbanken und Bamberger.

„Die deutsche Wirtschaftsentwickelung verdankt ihren Aufschwung nicht zum geringen Teil den umsichtsvollen Leitern der Bankorganisationen. Es steckt viel Intelligenz und Tatkraft in diesen Männern, und manch' ruhelose Nacht läßt sie die Qualen des freiwillig übernommenen Risikos verspüren."

Und weiter:

„Die gewohnheitsrechtliche Bonität der Geschäftspraxis ist eine erste Garantie. Aber mit guten Grundsätzen und schlechter Organisation hätte die deutsche Volkswirtschaft keine Erfolge errungen. Was den deutschen Geld- und Kapitalmarkt sichert, ist seine straffe Organisation. Das soll nicht besagen, daß alles in bester Ordnung ist; manches muß noch umgebaut, die Erfahrungen vergangener Jahre müssen umgemünzt werden. Aber die Ordnung ist gesichert. Die Gesetzgebung brachte anfangs der siebziger Jahre in das Chaos Licht. Bamberger darf den größten Ruhmestitel für sich beanspruchen."

Wer hätte das gedacht, daß der Jude Ludwig Bamberger, der zu seinen Lebzeiten von den Antisemiten wohl mit dem giftigsten Hasse verfolgte deutsche Wirtschaftspolitiker, nach seinem Tode von dem Hauptorgan der deutschen Antisemiten so gefeiert werden würde?

Die Kriegsanleihe von 1870.

Ein alter antisemitischer Ladenhüter ist auch die Behauptung, daß die deutsche Börse bei der Kriegsanleihe im Jahre 1870 vollständig versagt hätte. Die „Kreuzztg." schrieb sogar einmal (Sept. 1902):

„Als im Hochsommer 1870 die deutsche Kriegsanleihe von 100 Millionen Taler aufgelegt wurde, brachte die „patriotische Börse" etwa 80 Millionen zusammen. Um so eifriger interessierte sie sich für die Kriegsanleihe der Franzosen."

Es ist richtig, daß auf die damals von der Preußischen Bank und allen ihren Geschäftsstellen, sowie den Regierungs- und Steuerkassen aufgelegten 100 Millionen Taler nicht 80, wie die „Kreuzztg." annahm, sondern sogar nur 68,8 Millionen Taler gezeichnet wurden. Wir meinen jedoch, wenn angesichts einer Panik aller europäischen Börsen, wodurch die Flüssigmachung von Geldmitteln erschwert war, 200 Millionen Mark gezeichnet wurden, so war dies unter den bescheidenen deutschen Wohlstandsverhältnissen jener Zeit aller Ehren wert, und es ist damals auch so beurteilt worden. Wenn aus dem Umstande, daß nicht die gesamten 100 Millionen Taler sofort aufgebracht wurden, irgend etwas zu folgern ist, so ist es gerade die (ja auch bei der Reichsfinanzreform von 1909 von dem Reichsschatzsekretär scharf betonte) Notwendigkeit einer starken Börse, die in einem solchen kritischen Augenblicke leistungsfähig bleibt.

Daß die Börse damals „um so eifriger für die „Kriegsanleihe der Franzosen sich interessierte", ist eine Wiederholung einer alten Entstellung. Ein paar ganz vereinzelte Spekulanten dachten niedrig genug, auf die französische Kriegsanleihe zu zeichnen — wie es ultramontane Politiker gab, die in der Münchener Kammer gegen die Teilnahme Bayerns am Kriege stimmten, wie es welfische Ritter gab, die an der Seite Frankreichs kämpfen wollten, und mecklenburg-strelitzische Junker, denen Bismarck mit der Absendung eines norddeutschen Bundeskommissars zur Uebernahme der Regierung des Landes drohte usw. Jene zwei oder drei Geldleute sind sofort der verdienten Verachtung anheimgefallen.

Die Angriffe gegen die „verjudete" Reichsbank, die insbesondere in der Ahlwardt-Periode zum ständigen Repertoire der antisemitischen

Hetzer gehörten, haben seit einigen Jahren merklich nachgelassen. Nur die „Ant.-Korr." murrte noch einmal im Jahre 1901, als der Kaiser der Reichsbankverwaltung seine „besondere Anerkennung" und seinen „königlichen Dank für ihre ersprießliche Tätigkeit" aussprach. Von einer „Verjudung" dieses Finanzinstitutes zu sprechen, ist um so absurder, als in dem unter Aufsicht des Reichskanzlers stehenden Direktorium, das allein für die Geschäftsführung — also auch für die von den Antisemiten behauptete geflissentliche Hochhaltung des Diskonts — verantwortlich ist, niemals ein Jude gewesen ist. Auch die Behauptung, daß die Hauptanteileigner der Reichsbank in- und ausländische Juden seien, ist schon im Jahre 1890 im Reichstage von amtlicher Stelle als falsch zurückgewiesen worden. Die früheren Angriffe der Antisemiten gegen die Reichsbank, die in der Behauptung gipfelten, daß die Reichsbank vorwiegend den Bank- und Handelshäusern Kredit gewähre, den gewerblichen Mittelstand und die Landwirtschaft aber ausschließe, sind ebenfalls verstummt. Erstens entbehrten sie jeglicher Grundlage, zweitens sind aber gerade der Landwirtschaft und dem gewerblichen Mittelstande durch die Preußenkasse und viele andere neugeschaffene Kreditinstitute soviel finanzielle Hilfsquellen eröffnet worden, daß sie an billigem Kredit wahrlich keinen Mangel leiden. **Das Märchen von der „Verjudung" der Reichsbank.**

Konfession und Bankkrache.

Zum eisernen Inventar antisemitischer Verleumdungen gehört die Behauptung, daß die jüdischen Kaufleute und Bankiers Treue und Redlichkeit im geschäftlichen Leben mit Füßen treten. Es erscheint daher nützlich, einige christliche Bankiers, die in sensationellen Bankkrachen eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, — die als Säulen von Thron und Altar galten und durch eine ostentative äußerliche Frömmigkeit sich weitreichenden Einfluß zu verschaffen verstanden hatten, etwas näher zu beleuchten.

Terlinden. Da ist zunächst der fromme Gerhard Terlinden, der in seinem Privatbureau ein Emailleschild mit der Aufschrift:

„Ehrlich im Handel!
Christlich im Wandel!"

angebracht hatte, in demselben Bureau, in dem er unzählige Berufsgenossen, Kaufleute und Industrielle zu täuschen verstanden hat.

Sanden. Ihm reiht sich würdig an Kommerzienrat Sanden, der seine prächtige Villa in Potsdam mit dem Zellengefängnis in Moabit vertauschen mußte. Auch er stand im Geruche besonderer Frömmigkeit, und, da er fürchtete, im öffentlichen Gottesdienste zu seinem Gebet nicht die rechte Sammlung zu finden, hatte er sich von den erschwindelten Geldern in seinem Garten eine Privatkapelle bauen lassen, in die er sich nach erledigten Geschäften zu Stunden stiller Andacht zurückzog.

„Treber-Schmidt". Der Dritte im Bunde ist der berühmte „Treber-Schmidt", der Direktor der großen Trebertrocknungsgesellschaft, der im Vestibül seiner Kasseler Geschäftshäuser die schöne Widmung angebracht hatte:

„Im Kopfe die Klarheit,
Im Munde die Wahrheit,
Im Herzen die Treue,
Und nimmermehr Reue."

Aber weiter, dasjenige Bankunternehmen, das zur Verschärfung der Krisis im Anfange dieses Jahrhunderts am meisten beigetragen hat, die Leipziger Bank, war ein antisemitisches Institut in dem Grade, daß ihr Direktor Exner, ein großer Alldeutscher, sich gelegentlich weigerte, mit einem der ersten deutschen Bankinstitute Geschäfte zu machen, da es ihm zu „jüdisch" sei.

Leipziger Bank.

Mit welchen Summen Schmidt operiert haben muß, kann man daraus ermessen, daß die Zinsen eines Jahres von den Beträgen, welche die Leipziger Bank bei der Trebertrocknungsgesellschaft verlor, einen größeren Betrag ausmachten, als die Gläubiger im Konkurse von Hirschfeld & Wolff verloren haben, und etwa dreimal soviel, als das Manko im Konkurse Friedländer & Sommerfeldt betrug. Das gibt einen ungefähren Begriff von dem immensen Schwindlertalent dieser christlichen Bankiers.

Gegen die Börse als Institut des „verjudeten" Handels ließ sich aus diesen Bankbrüchen Kapital nicht schmieden, im Gegenteil hatten gerade die Börsen die Zulassung der jungen Treberaktien zur Kursnotiz verweigert und dadurch eine heilsame Warnung ergehen lassen. Auch hatte gerade das hauptsächlichste Börsenorgan Deutschlands, die als „Judenzeitung" besonders verschrieene „Frankfurter Zeitung", auf die Zustände der Trebergesellschaft, der Spielhagenbanken und der Mecklenburg-Strelitzer Hypothekenbank in wiederholten Artikeln aufmerksam gemacht. An all diesen Betrügereien war kein Jude beteiligt.

Ueber die Oedenburger Bau- und Bodenkreditbank wurde Ende 1901 der Konkurs verhängt. Weder in der Direktion, noch im Beamtenkörper war ein Jude.

Hannoversche Landesbank.

Die im Jahre 1902 verkrachte „Hannoversche Landesbank" war sogar eine antisemitische Gründung, die unter dem Feldgeschrei: „Los von der jüdischen Korruption!" ins Leben gerufen wurde.

Einer der Gründer dieser Bank und zuletzt auch der Vorsitzende des Aufsichtsrats war der Handwerkskammer-Sekretär Dr. Lindström, der berufen erschien, die in den achtziger Jahren starke kompromittierte Sache der Antisemiten in Hannover wieder auf den Damm zu bringen. Einer der Direktoren der verkrachten Bank ferner war der frühere Prokurist der „Vereinsbank" in Hannover, Herr Schumann, welcher anfangs der neunziger Jahre in der nunmehr gleichfalls schon seit geraumer Zeit eingeschlafenen antisemitischen „Hannoverschen Post" sein Licht in vielen Artikeln leuchten ließ, in welchen er die Juden in allen erdenklichen Tonarten bekämpfte und namentlich die jüdischen Börsenmanöver und jüdischen Spekulationen, durch welche so viele kleine Leute um ihr Hab und Gut gekommen wären, aufs schärfste geißelte. Alles dies hinderte ihn aber nicht, selbst zu spekulieren.

Statt sich auf einfache, redliche Bankgeschäfte zu beschränken, bekundete sich nämlich die Haupttätigkeit der Hannoverschen Landesbank in den wildesten

Spekulationen. Trotzdem die Bank von vornherein schon mit Unterbilanz arbeitete, wurden die glänzendsten Geschäftsberichte veröffentlicht und hohe Dividenden gezahlt, was natürlich nur durch gefälschte Bilanzen möglich war. Das Urteil lautete gegen den Direktor Schumann auf 2 Jahre Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe und gegen die Aufsichtsratsmitglieder Giesecke, Oehlmann und Weber 6 Wochen, bezw. 1 Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Das Aufsichtsratsmitglied Dr. Lindström, der als Zeuge auftrat, wurde abends nach Schluß des Prozesses in seinem Hotel tot aufgefunden. Er soll am Gehirnschlage gestorben sein; nach Ansicht der vier im Prozeß tätigen Verteidiger wäre er am nächsten Tage wahrscheinlich wegen Meineides verhaftet worden.

Die „Antisem. Korr." bezeichnete den Zusammenbruch gerade dieser Bank als „sehr traurig", weil es sich in diesem Falle um ein Unternehmen handele, das aus antisemitischen Kreisen hervorgegangen sei.

Die Spar- und Vorschußbank in Dresden brach im Anfang des Jahres 1902 zusammen. Viele kleine Leute, auch viele Handwerker und Angehörige des Mittelstandes, verloren ihr Geld. Unter den Leitern dieser Bank befand sich nicht ein einziger Jude, dagegen eine Anzahl bekannter Antisemiten.

In demselben Jahre geriet die Bayerische Beamten-Kreditbank in München in Konkurs. Das Charakteristische an diesem Fallissement war, daß der Begründer und Direktor der Gesellschaft, Wachter, dem die ganze Schuld beigemessen wurde, einer der eifrigsten Antisemiten war.

Die St. Wenzelskasse in Prag machte Ende 1903 durch die Schuld des antisemitischen Paters Drozd in schmählicher Weise Bankerott. Als man den Pater Drozd in dem Strafverfahren fragte, warum er nicht dem allgemeinen Sparkassenverband beigetreten sei, erwiderte er: „Wir sind ein katholisches Institut und haben es nicht nötig, daß jeder Jude uns in die Bücher schaut." — Ganz im Stile der Sanden, Terlinden und anderer frommer Bankrotteure.

Pyritzer Ein- und Verkaufsverein.

Der Pyritzer landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsverein, der infolge der politischen Streitigkeiten zwischen den konservativen Vorstandsmitgliedern und den in der Mehrzahl zu den Anhängern des ehemaligen antisemitischen Reichstagsabgeordneten Expastors Krösell gehörenden Mitgliedern des Vereins in eine immer größere Mißwirtschaft hineingeriet und schließlich 1905 Konkurs anmelden mußte, machte die verzweifeltsten Anstrengungen, um den Konkurs wieder aufzuheben. Der Verein schien auch dem Ziele ganz nahe zu sein, da für sämtliche zurzeit fälligen Forderungen im Gesamtbetrage von 190 000 M. durch Mitgliedervorschüsse Deckung erfolgt war, als im letzten Augenblick die Pommersche Landesgenossenschaftskasse den Rest ihrer Forderung im Betrage von 450 000 M. zur Konkursmasse anmeldete. Herr Krösell schrieb hierüber in seinem Blatt ganz empört:

Krösell. „Wir enthalten uns zunächst jeglichen Urteils über diese Handlungsweise der Landesgenossenschaftskasse und überlassen die Beurteilung ruhig den Genossen selbst. Die Absicht ist ja nach allem Vorangegangenen auch so klar durchsichtig, daß jedes Wort zur Beleuchtung überflüssig ist. Das eine ist uns nur vollständig sicher, daß niemals irgendeine jüdische Bank einem Gläubiger gegenüber so gehandelt hätte, wie hier eine Genossenschaftskasse einer Genossenschaft gegenüber gehandelt hat."

Lehleitner. Die Dresdener Allgemeine Versicherungsanstalt wurde viele Jahrzehnte gut verwaltet, bis beim Auftauchen des Zimmermannschen antisemitischen Agitationsrummels ein Hauptheld aus der Reformpartei, Lehleitner, an die Spitze gestellt wurde, der seinen Neffen gleich mit in die Verwaltung brachte:

Lehleitner benutzte „die Sozialpolitik der Dummen", den Antisemitismus, in ausgiebigstem Maße, um im Geschäftsleben eine Rolle zu spielen und dabei auf unreellster Basis zu operieren. Nur als Antisemitenhäuptling, umgeben von einem aus Antisemiten bestehenden Aufsichtsrat, der dem Führer gegenüber auf jede geschäftliche Kontrolle verzichtete und sich gründlich nasführen ließ, war es Lehleitner möglich, sich eine Reihe von Jahren hindurch zu behaupten und seine zahlreichen Schwindeleien zu verschleiern. Er wohnte in Königsbrück, wo er eine prächtige Villa mit großem Waldpark besaß. Das Geld hierzu hat er zum Teil aus der ihm anvertrauten Genossenschaftskasse entnommen und dadurch eine ganze Anzahl von kleinen Leuten geschädigt. Seine Veruntreuungen betrugen über 170 000 Mark. Er wurde schließlich im Herbst 1905 zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Kilz. Der Berliner Bankier Bernhard Kilz, der 1907 Depots in Höhe von ½ Million Mark unterschlagen und damit das Vertrauen seiner zumeist sich aus kleinen Leuten rekrutierenden Kundschaft aufs gröblichste getäuscht hat, war nicht Jude. Die doch gewiß unverdächtige „Staatsbürger-Zeitung" schrieb damals über ihn:

„Seine Klientel hatte er hauptsächlich in katholischen Kreisen. Er wurde deswegen der „päpstliche Hofbankier" genannt. Unter dem Vater des jetzigen Chefs hatte die Firma Kilz, die etwa 50 Jahre in Berlin besteht, als altes Kassekommissionsgeschäft einen recht guten Klang. Der alte Kilz spielte auch als Vertrauensmann Windthorst's eine große Rolle. Der Sohn scheint leider die soliden Grundsätze des Vaters nicht mitgeerbt zu haben."

Die Direktoren der verkrachten Pommerschen Hypothekenbank, Romeick und Schulz, waren Christen.

Unter den Bankkassierern, die im Sommer 1908 so große Unterschlagungen verübten, befand sich kein Jude. Sowohl der Direktor Becker von der Solinger Bank, wie der Prokurist Eckert von der Dresdener Bank, der ca. ¼ Million veruntreute, wie auch der Kuponkassierer Goltermann von der Mitteldeutschen Kreditbank, Filiale Frankfurt a. M., der eine halbe Million unterschlug, waren rassenreine Germanen und Christen.

Bonner Bank. Auch der Zusammenbruch der Bonner Bank für Handel und Gewerbe in demselben Jahre war ein recht sinnfälliges Beispiel dafür, daß Konzession und Fallissements gar nichts miteinander zu tun haben. „Jüdische" wie „christliche" Banken können

das gleiche Schicksal erleiden, von dem gleichen Mißgeschick heimgesucht werden. Die Bonner Bank galt speziell als ein katholisches Finanzunternehmen:

„Von Partei und Kirche wurde," schrieb damals die „Rhein.-Westf.-Ztg., „das Vertrauen zur Bonner Bank für Handel und Gewerbe genährt. Die war treu katholisch, also gut, und an ihrer Spitze standen die Führer der städtischen Zentrumspartei, also war sie solide. Darum wurden alle Rechtgläubigen gern Gläubiger „ihrer" Bank. Bei 3 Millionen Aktienkapital schleppte man ihr über 5½ Millionen Mark Depositen, darunter 1½ Millionen Mark in Einzelkonten unter 1500 M., d. h. Spargroschen kleiner Leute, zu. Der Charakter als katholische und Zentrumsbank war das Aushängeschild, wirksamer als jede Reklame und persönliche Tüchtigkeit und Fähigkeit der leitenden Männer."

Katholische Bankiers in Hildesheim.

In Hildesheim haben im Dezember 1908 nicht weniger als drei Bankfirmen ihre Zahlungen eingestellt. Bei allen drei Fallissements sind leider viele kleine Kapitalisten beteiligt gewesen, die ihre Ersparnisse verloren haben. Von den Inhabern der betreffenden Firmen gehörte einer der lutherischen Konfession an, während die Inhaber der andern beiden Firmen gläubige Katholiken waren. Alle drei jedoch haben es stets versucht, Nutzen aus ihrer Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession für ihr Geschäft zu ziehen:

Der protestantische Bankier, der Führer der Antisemiten und Vorstandsmitglied der Hildesheimer konservativen Partei war, pries seinen Kunden gegenüber stets seine Firma als reell im Gegensatz zu dem unlauteren Geschäftsgebaren der jüdischen Bankiers. Die katholischen Bankiers machten ihre katholischen Kunden darauf aufmerksam, daß es ihre Pflicht sei, nur mit katholischen Bankiers zu arbeiten. Dasselbe sollen auch katholische Geistliche der Umgebung ihren Pfarrkindern eingeschärft haben. Doch haben die katholischen Bankiers das Vertrauen, das ihnen ihre Glaubensgenossen entgegenbrachten, in schmählicher Weise gemißbraucht. Bei der einen Firma wurden Forderungen von rund einer Million Mark angemeldet, während eine Aktivmasse überhaupt nicht vorhanden war. Bei der andern entfielen auf 2 Millionen Forderungen ca. 10—20 Prozent.

Landbank in Breslau.

In Breslau verkrachte 1909 eine agrarische Landbank, die drei Jahre vorher mit großem Tamtam gegründet worden war. Die Bank hatte sich die Aufgabe gestellt, die Profite bei Immobilienverkäufen, beim Verkauf ländlicher Güter und beim Vermitteln von Darlehen an „arme" Agrarier, den „jüdischen Agenten" aus den Klauen zu reißen und selbst in die Tasche zu stecken:

Aber gleich beim ersten größeren Geschäft, der Parzellierung des Rittergutes Probotschütz, fiel die Bank böse herein und verlor über 50 000 Mark. Dann folgten eine Masse Prozesse von Leuten, die sich über Scheinkäufe beklagten und durchweg obsiegende Urteile erfochten. Das brach der Bank das Genick, zumal die Genossen, wie in der Gläubigerversammlung mitgeteilt wurde, sich weigerten, der Bank hilfreich beizuspringen. Ja, nachdem der Konkurs bereits erklärt war, war es den Liquidatoren auch noch nicht möglich, die Haftbeträge der statutarisch verpflichteten Genossen einzuziehen. Wo sie zahlen sollen, sträuben sich eben die Agrarier mit Händen und Füßen. Die Ueberschuldung betrug ca. 13 000 Mark und hatte zur Folge, daß der Betrieb eingestellt werden mußte.

Daß selbst der Besitz eines parlamentarischen Mandats und das berufsmäßige Schimpfen auf die Börse und die jüdischen Banken keine absolute Sicherheit gegen betrügerische Manipulationen gewähren, hat im Jahre 1908 der Fall Hirschel-Hessen gezeigt:

Der Fall Hirschel.

Der Genossenschaftsdirektor Hirschel, der bekannte antisemitische hessische Landtagsabgeordnete und ehemalige Reichstagsabgeordnete, war beschuldigt, Gelder für die Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft zu Friedberg i. H. widerrechtlich vereinnahmt und verspätet abgeliefert zu haben. Zwei Jahre hindurch verstand er es, durch allerhand Winkelzüge und Vorschiebung seiner parlamentarischen Immunität die Gerichtsverhandlung zu verschleppen, bis er sich endlich dem Gießener Gericht stellen mußte, das ihn am 10. April 1908 wegen Unterschlagung in Höhe von 1200 Mark, begangen in 6 Fällen, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilte. Seine Revision gegen dieses Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen. Doch wurde ihm infolge seines an den Großherzog gerichteten Gnadengesuches die Gefängnisstrafe erlassen bezw. in eine Geldstrafe von 600 Mark verwandelt. Trotz seiner Verurteilung wurde er in der Generalversammlung der Hauptgenossenschaft unter Vorsitz des Geheimrat Haas-Darmstadt einstimmig auf weitere drei Jahre zum Direktor der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Friedberg gewählt, legte jedoch sein Amt zum 1. Januar 1909 freiwillig nieder.

Bayerische Zentral-Hopfenverkaufsgenossenschaft

Im Anfange des Jahres 1910 war wiederum eine agrarische Gründung, die Bayerische Zentral-Hopfenverkaufsgenossenschaft, die in ihren Prospekten die „unlauteren Geschäftspraktiken" der Händler und der „Hopfenjuden" nicht genug verdammen konnte, infolge der Unfähigkeit ihrer Leiter elend zugrunde gegangen. Eine Generalversammlung der Genossenschaft, deren Kapital 366 000 M. betrug, sah sich gezwungen, eine Liquidationsbilanz zu genehmigen, die mit einem Verlust von 301 368 M. rechnete. Tatsächlich war aber der Verlust viel größer, denn ein Teil der in der Liquidationsbilanz als Aktiven angeführten Posten war sehr faul. Die Passiven setzten sich in der Hauptsache aus 729 198 M. zusammen, welche die Hopfenzentrale an die „Bayerische Landeskasse" in Nürnberg, deren Gesamthaftsumme 1 951 000 M. betrug, schuldete. Es war also das ganze Genossenschaftskapital der Raiffeisenkasse verloren.

Niederdeutsche Bank in Dortmund.

Auch die im Jahre 1910 niedergebrochene Niederdeutsche Bank in Dortmund war eine gut katholische Bank, allerdings nur, insoweit es sich um die Anwerbung von Depositengläubigern handelte. Weniger fromm und vertrauenswürdig war sie, sobald die Verwendung dieser Gelder in Betracht kam:

Es wurden seinerzeit viele Details berichtet über den Betsaal des Direktors Ohm, über seine Kirchenbesuche, über die Akquisition von Kunden unter der Landbevölkerung; man erzählte sich, daß die Bauern und Kleinhandwerker anderen Bankinstituten abspenstig gemacht wurden durch den Hinweis darauf, daß es für sie nicht zweckmäßig sei, ihr Geld den protestantischen oder jüdischen Banken anzuvertrauen.

Daß gerade die katholische Geistlichkeit Westfalens mit sehr erheblichen Mitteln am Bankkrach beteiligt war, war weiter nicht zu verwundern, galt doch Ohm als einer der besten Freunde des verstorbenen Bischofs von Paderborn. Am Begräbnistage des Bischofs konnte man in allen katholischen Zeitungen lesen, daß unter den Kränzen für den hohen Toten besonders der des Herrn Bankdirektors Ohm durch seine groß-

artige Ausstattung Aufsehen erregt hätte. Außerdem annoncierte die Niederdeutsche Bank fast in jeder Nummer des Diözesanblattes der katholischen Geistlichen des Bistums Paderborn.

Trotz alledem kann man immer wieder in der katholischen Presse gelegentlich die Aufforderung zur Gründung „katholischer Banken" lesen. „Wer nicht mit der Geschichte des Bankwesens vertraut ist," schrieb einst (17. 10. 1910) die bauernbündlerisch-antisemitische „N. B. L. Z.", „der weiß, daß alle sogenannten katholischen Banken, so z. B. die von Brüssel in den sechziger Jahren, die Union générale von Bontoux in den siebziger Jahren, dann die Wenzelbank in Prag, die Kärnthner Zentralkasse ländlicher Darlehnskassen u. a. schmachvoll verkracht sind, wobei die Gründer und Direktoren — meist Grafen und Geistliche — unter die Räder der Justiz gekommen sind, mit Ausnahme jener, welche den Staub rechtzeitig abgeschüttelt haben."

Zu den „frommen Bankrotteuren" gehörte auch der Direktor Brüggemann von der Siegener Volksbank, der in enger Beziehung zu weiland Stöcker stand und dem frommen Gottesmann bei seinem Aufenthalt im Siegener Wahlkreise gern und manchesmal Gastfreundschaft gewährt hat.

Alle diese Fälle zeigen zur Evidenz, daß Zusammenbrüche oder betrügerische Fallissements keineswegs nur ein Spezifikum der in jüdischen Händen befindlichen Institute bilden, sondern ein interkonfessionelles Uebel darstellen, vor dem selbst die Höhe der Ethik und der germanischen Treue, die die Antisemiten für sich in Anspruch nehmen, keinen genügenden Schutz gewährt.

Die Juden und die Sittlichkeit.

In der antisemitischen Agitation spielt das demagogische Schlagwort von den „jüdischen Lüstlingen" eine nicht unwesentliche Rolle; auch hier darf der „Vater des Antisemitismus", Herr Stöcker, das traurige „Verdienst" für sich in Anspruch nehmen, der Lehrmeister für die kleinen Volksverhetzer gewesen zu sein.

Nebenher wird dann häufig noch ein großes Lamento angeschlagen über die angebliche Sittenverderbnis der großen Städte, namentlich Berlins, in denen die Juden eine dominierende Rolle spielen sollten. So eiferte in frommer Entrüstung die orthodoxe „Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung" anläßlich des Prozesses Sternberg über die „Judenpresse", die auch die lex Heinze zum Scheitern gebracht habe: **Allg. ev.-luth. Kirchen-Ztg.**

„Die Probe auf das Exempel liefern die schmutzigen Stücke, die noch vor einem Menschenalter auf keiner Berliner Bühne Zugang gefunden hätten, jetzt aber dermaßen unentbehrlich sind, daß viele Theaterdirektoren ohne sie die Bude zuschließen müßten. Die Wechselwirkung liegt also klar am Tage und daraus erklärt es sich, daß das „Geschäft" auf den Skandalprozeß und die dabei waltende Oeffentlichkeit den größten Wert legt und im vorkommenden Falle alles aufbietet, um jede Erschwerung des unsittlichen Treibens zu hinter-

treiben. Was wir mit der lex Heinze erlebt, muß da „zum ewigen Gedächtnis" dienen, der Reichshauptstadt vornehmlich zur ewigen Schmach. Denn nichts ist sicherer, als daß der Widerstreit Berlins und seiner vereinigten Künstler und Kunstbeflissenen aller Art hier ins Gewicht gefallen ist. Berlin ist auf diesem Gebiete längst ausschlaggebend geworden; alle Versuche, diese Vormachtstellung, die im Grunde die des Judentums ist, zu brechen, sind bisher kläglich gescheitert und haben nichts übrig gelassen als geleerte Beutel. Jeder erneute Versuch dieser Art, wie ihn hin und wieder einige lebensunerfahrene Schwärmer noch unternehmen, wird von der jüdischen Presse deshalb nur mit mitleidig verächtlichem Lächeln behandelt. Zorn und Besorgnis erregt das schon längst nicht mehr. Selbst im Auslande wird diese Berliner Judendiktatur schon auf das schärfste empfunden."

„Köln. Volks-Ztg."

Hierzu bemerkte die katholische „Kölnische Volks-Ztg.", die im allgemeinen mit der Berliner „Gesellschaft", wie ihre ständigen Gehässigkeiten gegen Berlin W.W. beweisen, nicht gerade glimpflich umzuspringen pflegt:

„Wir sind der Ansicht, daß diese Ausführungen viel zu antisemitisch zugespitzt sind, denn es läßt sich nicht leugnen, daß zahlreichen Christen in dieser Beziehung kein besseres Zeugnis ausgestellt werden kann als gewissen jüdischen Kreisen. Als Dramatiker und Literaten arbeiten sie völlig in dem hier gekennzeichneten Geiste, und zudem besteht doch das Berliner Theater- und Lesepublikum zum weitaus größten Teile aus protestantischen Christen, denen diese literarische Produktion doch gefallen muß. Durch Klagen wird das nicht besser."

Der eingangs erwähnte Bankier Sternberg, der 1900 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er mit jungen Mädchen Unzucht getrieben hatte, war übrigens kein Jude. Er war als Christ geboren und hatte auch eine christliche Erziehung genossen. Seine Frau war die Tochter eines hohen Offiziers, sein Verkehr rekrutierte sich im wesentlichen aus christlichen Kreisen.

Schon die nackten Zahlen der Statistik des Deutschen Reiches (vergl. auch das Kapitel „Die Kriminalstatistik der Juden") beweisen, daß die Juden nicht über das Verhältnis an Sittlichkeitsverbrechen beteiligt sind, bei den meisten dieser Verbrechen etwa zur Hälfte unter dem Durchschnitt, nur bei zweien (Kuppelei und Verbreitung unzüchtiger Schriften) über dem Durchschnitt.

Abgesehen davon, daß hier die stärkere Beteiligung sich durch besondere Umstände erklärt — bei der Kuppelei durch den Aufenthalt der Juden in der großen Stadt, bei Verbreitung unzüchtiger Schriften durch stärkere Beteiligung am Buchhandel —, sind dies im Verhältnis die leichteren Sittlichkeitsvergehen. Bei diesen wird nämlich im Durchschnitt erst in jedem sechsten Falle auf Aberkennung der Ehrenrechte erkannt, bei den anderen schon in jedem dritten Fall.

Bei den schwersten Sittlichkeitsverbrechen aber, wie Blutschande, Verbrechen an Kindern, widernatürliche Unzucht, sind die Juden nicht nur absolut in geringerem Maße beteiligt, sondern es scheinen selbst, auf die gleiche Zahl jüdischer und christlicher Einwohner berechnet, die Juden zu diesen Verbrechen weniger hinzuneigen. Aber

die Statistik ist ja den meisten nicht bekannt, und Zahlen wirken in der öffentlichen Meinung nicht so stark wie sensationelle Gerichtsverhandlungen über einzelne Fälle, aus denen dann verallgemeinernde Schlüsse gezogen werden, die einer ganzen Religionsgemeinschaft schweres Unrecht tun.

Die Bekämpfung der Unsittlichkeit ist längst eine gemeinsame Forderung der anständigen Elemente aller Konfessionen. Seit Jahren schon stehen auch hier die Juden mit in erster Reihe.

Auf dem Internationalen Kongreß gegen die unsittliche Literatur in Köln wies der Rabbiner Dr. Frank u. a. auf die schweren Strafen hin, die schon das Alte Testament über Vergehen gegen die Sittlichkeit verhänge: **Rabbiner Dr. Frank.**

„. . . Von allen orientalischen Völkern werden wir noch heute die Nation der Schrift genannt, und wir wissen es zu schätzen, welchen Nutzen die Schrift, das geschriebene Wort hervorzurufen imstande ist. Die heilige Schrift bringt uns unzählige Gesetze gegen die Unsittlichkeit. Wenn eine Tochter eines Priesters sich vergangen hatte, wurde sie vor der Tür des elterlichen Hauses gesteinigt."

Auf der am 12. Oktober 1908 in Frankfurt a. M. abgehaltenen 19. Konferenz deutscher Sittlichkeitsvereine nahm der Referent Lic. Weber, der Herrn Stöcker politisch und kirchlich sehr nahesteht, ausdrücklich Veranlassung, in seinem Aufruf zur Bekämpfung der sogenannten Nacktkulturbewegung[1]) sich nicht nur an die Bekenner der christlichen Religion zu wenden: **Lic. Weber.**

„Wir hoffen, daß auch unsere israelitischen Mitbürger, die an den Gott Abrahams glauben, mit uns zusammenstehen werden in dieser Sache. (Lebhafte Zustimmung.)"

Insbesondere aber hob Lic. Weber rühmend hervor die tatkräftige Unterstützung, die der Verein im Kampfe gegen die Bordelle durch einen dem Abgeordnetenhause leider nicht mehr angehörenden (jüdischen) Parlamentarier erfahren hat. Er sagte:

„Besonderen Dank spreche ich noch dem Abg. Münsterberg aus. Ich bedauere, daß er nicht hier ist. Er hat die ernste Frage im Parlament mit Nachdruck vertreten." **Abg. Münsterberg.**

Zu welchen Konsequenzen es führt, bestimmten Kategorien von Staatsbürgern oder den Angehörigen einer bestimmten Konfession eine besondere Disposition für Sittlichkeitsverbrechen nachzusagen, zeigt ein Fall aus Württemberg. Dort hat 1908 in der zweiten Kammer der Zentrumsabgeordnete Rembold schon zum zweiten Male in leicht

---

[1]) Der Nacktkulturbewegung ist übrigens gerade aus antisemitischen Kreisen ein beredter Fürsprecher erwachsen. Prof. Paul Förster, der frühere Reichstagsabgeordnete, schrieb hierüber (Dezember 1908) im „Tag": **Prof. Paul Förster.**

„Sind dergleichen Darstellungen unsittlich? Ich verneine die Frage. Das Nackte an sich ist nicht unsittlich; sonst müßte es auch in den Kunstwerken, sonderlich in denen auf den Straßen der an die Verhüllung gewöhnten Nordländer (in den von den Berlinern sogenannten „Puppen") vermieden werden; sonst wären auch die Aktstudien der Künstler unsittlich, und das Baden im Freien usw. Es kommt offenbar alles auf den Zweck und auf die zuschauenden Personen an usw."

Statistik über die Sittlichkeitsvergehen der Lehrer u. Geistlichen.

zu durchschauender Absicht die Anregung gegeben, es möge dem Hause eine Statistik über die Sittlichkeitsvergehen der Lehrer vorgelegt werden. Der volksparteiliche „Beobachter“ in Stuttgart bemerkte hierzu:

„Wenn Herrn Remboldt soviel an dieser Statistik gelegen ist, so können wir ja demselben verraten, daß wir eine solche bereits in Händen haben, und zwar von katholischen Lehrern, und daß die Zahl und die Schwere dieser Verbrechen nicht größer ist als diejenigen Delikte der katholischen Geistlichkeit in Württemberg. Fast alle diese Verbrechen der Lehrer wurden vor dem irdischen Richter gesühnt, mit Ausnahme nur ganz vereinzelter Fälle, die, wie es scheint, in den Augen des vorgesetzten Ortsschulinspektors nicht groß genug waren, oder auf sein Anraten durch eine Wallfahrt nach Rom und Uebertritt in einen bestimmten Verein sich sühnen ließen.

Weit größer ist die Zahl der Sittlichkeitsvergehen unter der katholischen Geistlichkeit, die ungesühnt geblieben sind, wobei sich die Delinquenten durch Selbstmord, Flucht ins Ausland, plötzliche Quittierung des Dienstes bezw. Pensionierung dem irdischen Richter zu entziehen wußten. Ist doch Herr Gröber selbst in einem solchen Falle der heil. Justitia in die Arme gefallen und hat die Auslieferung eines geistlichen Päderasten zu verhindern gewußt. Bei diesen unseren Nachforschungen haben wir durchaus alle jene Fälle ausgeschlossen, welche nach der Moraltheologie eines hl. Alfons v. Liguori sich entschuldigen lassen.“

Die „Schles. Volks-Ztg.“ gegen Hervorhebung der Konfession.

Die parteipolitische und konfessionelle Ausschlachtung des schändlichen Treibens des Berliner katholischen Gemeindeschulrektors Bock gab der katholischen „Schles. Volks-Ztg.“ Anlaß zu folgender Beschwerde:

„Gegen die Verzeichnung der Konfession des Verbrechers und des katholischen Charakters der Schule ist an sich nichts einzuwenden. Aber man bekommt doch manchmal den Eindruck, daß geflissentlich das Eigenschaftswort „katholisch“ hervorgehoben wird, wenn es sich um einen häßlichen Vorgang handelt. Man kann oft bemerken, daß bei Berichten über Verfehlungen von weltlichen oder geistlichen Amtspersonen es einfach hieß, der und der Lehrer oder der und der Pfarrer sei beschuldigt, verhaftet oder verurteilt, es handelte sich dann um einen evangelischen Lehrer oder Geistlichen, und dessen Konfession wurde nicht erwähnt. Sobald aber ein katholischer Lehrer oder Geistlicher etwas verbrochen hat, wird die Konfession genau angegeben, oft sogar in recht auffälliger Weise. Auf diese Erscheinung muß hingewiesen werden, damit die Leser nicht etwa sich dem Eindruck hingeben, es kämen derartige Verfehlungen gerade auf katholischer Seite häufiger vor. Dem ist nicht so. Es gibt hüben und drüben räudige Elemente.“

Ganz unsere Meinung, das katholische Blatt übersieht dabei nur, daß diese unehrliche Kampfesweise, die von einem Teil der evangelischen Presse den Katholiken gegenüber geübt wird, seit Jahr und Tag den Juden gegenüber nicht nur von der parteipolitischen antisemitischen Presse, sondern auch von der gesamten agrarkonservativen Presse und leider auch von vielen Zentrumsorganen ganz systematisch zur Anwendung gebracht wird.

Töricht und verwerflich ist es natürlich auch, wenn man, wie die antisemitische und agrarkonservative Presse es liebt, die Großstädte als die eigentliche Brutstätte der Unsittlichkeit hinstellt. Denn sicherlich dürfte das platte Land — allwo doch christliche Tugend und Sittsamkeit nach den Behauptungen einer gewissen Parteipresse allein

noch eine Zukunftsstätte gefunden haben, und wo es doch nur vereinzelte Juden gibt — eine ebenso große, wenn nicht größere Anzahl von Sittlichkeitsverbrechen aufweisen als die großen Städte. Wie es mit der vielgerühmten Sittlichkeit auf dem Lande in Wirklichkeit bestellt ist, darüber gibt die Zuschrift eines über Leutenot klagenden Bauern im stramm antisemitischen „Bayrischen Vaterland" Anfang des Jahres 1909 Auskunft, in der es u. a. hieß: **Unsittlichkeit auf dem Lande.**

„Wenn ich auch ein Bauernbündler bin, so halte ich doch gerade so gut auf Zucht und Ordnung im Hause wie meine „christlichen" Kameraden. Bei mir kann kein Bursche ans Kammerfenster gehen, weil die Kammer so gelegen ist, daß sich das Kammerfensterln von selber aufhört. Das ist noch eine Erfindung von meiner Mutter selig. Dann halte ich schon wegen der Kinder strenge auf christliche Zucht und Ordnung im Hause. Auf Tanzmusiken, die hier einfach sexuelle Skandale sind, lasse ich prinzipiell keine Magd."

Wenn die ländlichen Tanzmusiken im Bayernlande „einfach sexuelle Skandale" sind, ein wie schlechtes Beispiel muß da im allgemeinen den Dienstboten von den Stützen der christlichen Ordnung auf dem Lande gegeben werden! Es darf in diesem Zusammenhange auch erinnert werden an die vor etwa 1½ Jahrzehnten veröffentlichte Enquete des Pastors Wagner über die sittlichen Zustände auf dem Lande, die mit der Fabel von der Sittenreinheit des platten Landes gründlich aufgeräumt hat. Hier möge nur angeführt sein, was Pastor Wagner in seinem Werk „Die Sittlichkeit auf dem Lande" über Oberhessen sagt: **Enquete des Pastors Wagner.**

„Oberhessen gilt unter den drei Provinzen des Großherzogtums als die kirchlichste, und mit Recht. Und wie ungemein traurig steht es dort trotzdem unter der heranwachsenden Jugend sowohl in Vogelsberg unter den Kleinbauern und Arbeitern, wie in der Wetterau unter den reichen „Manschettenbauern" und in andern Distrikten. Von einem Verfall der Sittlichkeit kann in Vogelsberg nicht geredet werden, da dieselbe seit lange, vielleicht seit Jahrhunderten, auf dem gleich niederen Niveau geblieben ist. . . . An vielen Orten Oberhessens — namentlich in der Wetterau — florieren die Spinnstuben und sind mit eine Quelle der Verführung. „Kein Mädchen tritt vor den Altar, die nicht schon schwanger wäre," schreibt ein Pfarrer über einen solchen Ort, der durch guten Kirchgang und große Missionsgaben sich auszeichnet."

„Die Sittlichkeit ist tief, tief gesunken. Sie sind wie das liebe Vieh" — so schreibt der eben erwähnte Pfarrer dem Pastor Wagner an einer andern Stelle. Ueber die Spinnstuben-Wirtschaft im besonderen, heißt es in dem Buche noch:

„Die Eltern bleiben meist aus eigenem Antrieb weg oder werden weggeschickt, die Lichter brennen von vornherein sehr dunkel, bald werden sie ganz ausgeblasen, und dann beginnt ein schamloses Treiben. „Aus meiner Gefängnispraxis (schreibt mir ein oberhessischer Pfarrer) kann ich Ihnen mitteilen, daß nicht selten Körperverletzungen und Totschläge im Anschluß an die Spinnstuben-Gesellschaften vorkommen, und daß ich schon aus unseren besten „kirchlichen" Dörfern junge Leutchen von 16 und 17 Jahren in Haft hatte, die wegen Sittlichkeitsvergehen, in den Spinnstuben begangen, angeklagt waren und die eingestanden, daß Zoten, unzüchtige Redensarten und Berührungen die Hauptunterhaltung in den Spinnstuben bilden." Das gleiche haben mir andere Pfarrer in Hessen oft geklagt."

Wer nur einigermaßen die Zustände auf dem Lande kennt, der weiß, daß diese Schilderungen von der Unsittlichkeit auf dem Lande im allgemeinen, wie von dem Spinnstubenunfug im besonderen, der lauteren Wahrheit entsprechen. Wer das Land kennt, und dann noch von einer höheren Sittlichkeit der Landbewohner oder allenfalls von einer weniger unsittlichen — Unsittlichkeit derselben sprechen kann, der hat keine Veranlassung, von seiner „deutschen" Wahrhaftigkeit so viel Wesens zu machen. Die Stadt ist nicht besser wie das Land. Aber auch umgekehrt das Land nicht besser wie die Stadt. Nur ein verhängnisvoller Pharisäismus kann das bestreiten.

Auf keinem Gebiete bewahrheitet sich eben der Spruch aus dem Römerbrief (3, 23): „Denn es ist hier kein Unterschied, sie sind allzumal Sünder", mehr als auf dem der Unsittlichkeit. Unsittliche Gelüste und Betätigungen bilden keineswegs eine besondere unmoralische Veranlagung einer bestimmten Konfession oder einer einzelnen Gesellschaftsklasse. In allen Konfessionen, in allen Kreisen der Bevölkerung, von den niedrigsten bis zu den höchsten, hat es hier schon Sünder gegeben, selbst unter den antisemitischen Reichstagsabgeordneten, obwohl bei diesen doch wohl kaum von irgendeiner geheimnisvollen jüdischen Infektion die Rede sein kann.

Die Liebesabenteuer des Pastors Krösell.

Man braucht nur an Frhrn. v. Hammerstein, diesen Busenfreund Stöckers und Vorkämpfer für christlich-germanische Sittenreinheit und Tugend, zu erinnern, an den ehemaligen antisemitischen Reichstagsabgeordneten Expastor Krösell, der von dem Schöffengericht in Greifenhagen in Pommern am 27. September 1901 wegen eines in einer sehr verfänglichen Situation begangenen Hausfriedensbruchs — er war des Nachts in das Schlafzimmer der bereits im Bett befindlichen Wirtschafterin eines befreundeten Gutsbesitzers eingedrungen und hatte trotz wiederholter Aufforderung der geängstigten Dame das Zimmer nicht verlassen — zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Herr Krösell revanchierte sich damals, als seine konservativen Gegner diese und ähnliche Vorkommnisse gegen ihn parteipolitisch ausbeuteten, durch einen Artikel seines Pyritzer „Mittelstand" (21. 10. 1905): „Wer im Glashause sitzt", in welchem er ziemlich durchsichtige Andeutungen über pikante Liebesabenteuer und brutale Ausnutzung des jus primae noctis seitens pommerscher Granden, die auch als Parlamentarier eine politische Rolle spielten, machte. Herr Krösell schloß seine Philippika mit der Drohung:

„Wir haben uns, trotzdem unter unseren gehässigsten Gegnern Leute genug sind, die keine reine Wäsche am Leibe haben, bisher auf die Defensive beschränkt. Man scheint aber sehr irrigerweise für Schwäche das zu halten, was nur der Ausfluß unserer größeren Anständigkeit ist. Deshalb haben wir im vorigen einmal ein Pröbchen davon gegeben, wie wir, wenn man fortfährt, uns zu reizen, antworten könnten. Die Batterien sind auf unserer Seite aufgefahren, die Geschütze sind gerichtet, das gröbste Geschoß liegt bereit. Wenn die Herren ein Tänzchen wagen wollen — nur heran! Aber eines sollten sie nicht vergessen: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen!"

Die Konservativen zogen es infolgedessen vor, Herrn Kröſell nicht weiter zu reizen.

Triolen-Affäre Schack.

Kurz erwähnt werden muß hier auch die Triolen-Affäre des Herrn Schack, des früheren Führers des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Dieser deutschnationale und deutschsoziale Held, der persönlich wie auch in seinem Verbandsorgan die weiblichen Handlungsgehilfen nicht oft und dringend genug vor den „sittlichen Gefahren", die ihnen von jüdischen Prinzipalen drohten, warnen konnte, wurde schließlich als Mädchenjäger schlimmster Sorte entlarvt und mußte sein Reichstagsmandat niederlegen. (Näheres darüber in dem Kapitel: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband.)

Dr. Böckel.

Ein Gesinnungsgenosse des Herrn Schack war der frühere Reichstagsabgeordnete Otto Böckel, der „ungekrönte Bauernkönig", der in seinem längst entschlafenen „Reichsherold" in beiden Oberhessen die von den Juden gefährdete Sittlichkeit retten wollte. Die „Sittlichkeit" der Bauernmädchen wollte er sicherstellen — vor den jüdischen Umtrieben, und er warnte in seinen Reden die ländlichen Schönen selbst vor dem Tanzen mit jüdischen jungen Leuten. Herr Böckel blieb seiner Rolle treu, auch als er längst im Glashause saß. Er hatte nämlich eine Köchin namens Eva. Nun ist schon der erste Adam mit seiner Eva nicht gut gefahren, und Herr Böckel erlebte mit seiner Eva denn auch „Verschiedenes". Man weiß nicht, ob sie als Eva ihn umstrickte, oder ob er als fortgeschrittener Adam sie umgarnte; die Tatsache steht aber fest, daß sie ihn mit einer Reihe außerehelicher Sprossen — beschenkte. Er war für diese Liebesgaben gar nicht dankbar, sagte sich von ihrer Spenderin los — und es gab einen ärgererregenden Alimentationsprozeß.

Aber selbst wenn man noch höher hinaufsteigt in die Kreise, in denen die „Edelsten der Nation" ihr vielbeneidetes Leben führen, stößt man auf Elemente, deren sittlicher Lebenswandel nichts weniger als vorbildlich ist.

Die Grafen Lynar und Hohenau.

Hat doch der Moltke-Harden-Prozeß, der die traurigen Verirrungen der Grafen Lynar und Hohenau enthüllte, gezeigt, daß auch unter den Offizieren und den Vertretern des höchsten Adels, in denen kein Tropfen jüdischen Blutes fließt, Perversitäten schlimmster Art stark verbreitet sind.[2]) Bei den Leibregimentern, in denen ein Jude nicht mal

---

Die „Deutschsoz. Bl." über „kanaanitisches Laster".

[2]) Die „Deutschsoz. Bl." haben, obwohl die Homosexualität leider gerade im Heere besonders stark grassiert, wiederholt die Dreistigkeit besessen, diese geschlechtliche Verirrung als „kanaanitisches Laster" zu bezeichnen, weil dieses Laster bei den Juden schon ein Jahrtausend früher als bei den Griechen und Römern bestraft wurde. Eine sonderbare Logik. Wenn in einem Lande etwas verboten ist, so beweist das nicht, daß das Verbrechen da besonders blüht, sondern daß die Gesetzgebung dieses Landes auf einer hohen sittlichen Stufe steht. In Italien ist bekanntlich die Homosexualität überhaupt nicht verboten; sollen wir daraus schließen, daß Italien dieses Laster nicht kennt und daß es sittlich höher als Deutschland steht?

Einjährig-Freiwilliger wird, kann sicher von einer „jüdischen Verseuchung" nicht gesprochen werden. Der noch in aller Erinnerung stehende Prozeß gegen den Grafen Pfeil ist vom ersten bis zum letzten Tage eine beißende Satire gewesen auf das Wort des Kriegsministers von Heeringen, daß das preußische Offizierkorps nur „achtunggebietende Persönlichkeiten" gebrauchen könne.

Graf Pfeil.

Graf Gersdorff.

Auch der frühere Rittmeister Graf Gersdorff, der durch fortgesetzte antisemitische Beleidigungen den jüdischen Einjährigen Bloch in Mülhausen indirekt in den Tod getrieben hat, der die Unverfrorenheit besessen hat, vor versammeltem Kriegsvolk zu sagen, der Einjährige solle „sich auf das Geld nichts einbilden, das sein Vater zusammengeschachert habe, um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen" — spielte in diesem Prozeß eine allerdings nur passive Rolle. Er hatte eine Schwester der Gräfin Pfeil zur Gattin, die sich in Monte Carlo erschoß, weil sie, wie die Gräfin in dem Prozeß erklärte, „eben einen solchen Lumpen zum Manne gehabt hat wie ich".

Generalmajor von Gagern.

Noch skandalöser fast war der Prozeß gegen den früheren Generalmajor von Gagern. Herr von Gagern, der Held unzähliger Liebesabenteuer, hatte mit der Frau eines untergebenen Offiziers jahrelang ein Verhältnis unterhalten, dem zwei Kinder entsprossen waren, und zu dessen Duldung er den Ehemann unter Hinweis auf dessen weitere Karriere gezwungen haben soll. Die Frau ist dann von ihrem Gatten, der unter Mitnahme ihres Vermögens das Weite suchte, verlassen worden. Sie wandte sich in ihrer Not an den Vater ihrer Kinder, der es für ehrenhaft hielt, unter juristischen Ausflüchten der Frau, die er ins Unglück gestürzt, jede Unterstützung zu versagen. Ungemein charakteristisch für die Anschauungen, die in gewissen Kreisen herrschen, war ferner der Umstand, daß alle seine illegitimen Liebschaften Herrn von Gagern nicht das mindeste geschadet haben. Er konnte Mädchen und Frauen verführen, soviel er wollte, darunter litt weder seine Ehre, noch die des Offizierkorps. Als er aber die Dummheit beging, seine Haushälterin zu heiraten, also wieder in die Bahnen des legitimen Geschlechtsverkehrs einlenkte, da mußte er seinen Abschied nehmen, denn die Heirat eines preußischen Offiziers mit seiner Haushälterin ist nicht standesgemäß.

Fürst Eulenburg.

Und wie war es mit dem Fürsten Eulenburg, dessen Prozeß wegen der schweren Erkrankung des Angeklagten noch immer nicht zu Ende geführt werden konnte? Wenn auch aus diesem Grunde eine Verurteilung nicht erfolgt ist, so hat der Prozeß doch recht bedenkliche Erscheinungen moralischen Verfalls enthüllt.

Am schlimmsten steht es freilich mit der Sittlichkeit in studentischen Kreisen, und selbst der enragierteste Antisemit wird sich hüten, etwa den jüdischen Studenten die moralische Verwilderung eines großen Teiles unseres akademischen Nachwuchses in die Schuhe zu schieben. Anfang des Jahres 1911 ging eine von keiner Seite angezweifelte Statistik über die Zahl der Syphiliskranken in der

Studentenschaft durch die Blätter, die einen geradezu trostlosen Ausblick auf die gesundheitlichen Verhältnisse der zukünftigen Generationen eröffnet. Der konservative „Reichsbote" (16. 5. 1911) veröffentlichte im Anschluß hieran die Zuschrift eines Mannes, der einen intimen Einblick in das Liebesleben der Berliner akademischen Jugend getan hat. Der Verfasser war ganz verzweifelt: „die Zustände sind schaurig; sittliche Ehrbegriffe existieren bei einer großen Zahl von Studierenden nicht mehr." Er schilderte — sichtlich mit innerem Grauen —, wie sich das Zusammenleben der Studenten mit ihren „Verhältnissen" vielfach zum Konkubinat ausgewachsen habe, wie Väter, die ihre Musensöhne mit unerwartetem Besuch überraschen wollten, oft am späten Morgen ihre Sprößlinge zusammen mit ihren „Verhältnissen" aus dem Bett aufschreckten, und gibt die Erfahrungen zweier anderer Herren wieder:

Die Sittlichkeit in der Studentenschaft.

Der „Reichsbote".

„Bisweilen, so erklärten beide Herren, folge solchem Verhältnis die Ehe nach. Der erste Herr kennt eine Professorsfrau, die Kellnerin gewesen. Derartige Verhältnisse kämen bei Studierenden aller Fakultäten vor. Der erste Herr fragte nun den Studenten: „Sie stehen doch mitten im studentischen Leben. Ist diese Sache so oder nicht?" — „Ja, das ist ganz allgemein so," war die Antwort; „und ist es denn nicht auch besser so, als daß jeder jeden Sonntag ein ander Mägdlein hat?" Er kennt einen Studenten der Theologie, der an einer nichtpreußischen Universität studiert, der habe mit einer 28jährigen Kellnerin einen Sohn."

Der Gewährsmann des „Reichsboten" war über diese Sittenlosigkeit der studentischen christlichen Jugend ganz entsetzt und brach in die bittere Klage aus:

„Wer kann noch Steine werfen auf irgendwelche Volkskreise, in denen im Punkte des sechsten Gebotes viel gesündigt wird, wenn in den akademischen derartiges möglich ist? Wer will die Unteren tadeln, wenn diejenigen, die zu Führern des Volks berufen sind, Sonntags unter dem Geläut der Kirchenglocken in solchem Schmutz der Sünde waten?"

Kein gerecht und vornehm denkender Mensch wird es über sich bringen, auf dem heiklen Gebiete der sexuellen Verirrungen zu generalisieren und etwa den Offizierstand oder den Adel oder die Studentenschaft in ihrer großen Mehrzahl als pervers zu bezeichnen. Wir haben diese unerfreulichen Dinge auch nur kurz erwähnt, um zu zeigen, daß unsittliche Neigungen in allen Kreisen der Bevölkerung, auch in den höchsten, und in allen Konfessionen zu finden sind.

„Jüdische" und antisemitische Witzblätter.

Es mag wohl mit der Zunahme der Nervosität, dieser modernen Modekrankheit, zusammenhängen, daß die heutige Generation an einer gewissen Ueberempfindlichkeit leidet. Man hört Witze sehr gern, die Zahl der professionellen Witzefabrikanten auf der Bühne, im Kabarett, am Biertisch, im Salon steigt ins Ungemessene, leider hält die Qualität auch nicht entfernt mit der Quantität Schritt. Jedes Genre, auch das gewagteste, ist erlaubt und wird belacht, nur

die höchsteigene Person muß dabei unter allen Umständen aus dem scherzhaften Spiele bleiben. Die Fähigkeit, einen guten Witz zu ertragen, auch wenn er auf Kosten der eigenen werten Person gemacht wird, hat die moderne Gesellschaft verlernt; das trifft gleichermaßen auf christliche wie jüdische Kreise zu. Das Wort des lachenden Philosophen von Weimar: „Wer sich nicht selbst zum besten haben kann, der ist nun keiner von den Besten“ hat heute leider erheblich an Kurswert eingebüßt.

Allerdings hat sich im Laufe der letzten Jahre die Situation etwas verschoben. Früher kannte man nur Witze, die über die Juden gemacht werden, jenes meist harmlose Genre, das insbesondere von den „Fliegenden Blättern“, den „Meggendorfern“, den „Humoristischen Blättern“ usw. gepflegt wurde. In neuester Zeit liest man insbesondere in der Zentrumspresse heftige Philippiken gegen die „jüdischen Witzblätter“, die angeblich die katholische Religion oder Einrichtungen der Kirche verspotten.[1]) Auf dem Index stehen in erster Linie der „Ulk“, und die „Lustigen Blätter“, die „Jugend“ und der „Simplicissimus“. Mit dem „jüdischen“ Charakter dieser politischen Witzblätter hat es nun eine eigene Bewandtnis. Von den beiden ersteren könnte höchstens behauptet werden, daß sie von Juden z. T. redigiert bezw. verlegt werden. Die beiden letzteren aber, die in München in einem urarischen Verlage erscheinen, stehen mit Juden in keinerlei Verbindung. Sie sind auch weit entfernt, philosemitisch zu sein; der „Simplicissimus“ kultiviert ebenso gern das antisemitische Genre, und die antisemitische Presse übernimmt recht häufig mit grinsendem Behagen die antisemitischen Witze aus dem angeblich verjudeten Witzblatt. Da diese Behauptung trotz besseren Wissens aber immer wieder aufgestellt wird, so seien nach der antisemitischen österreichischen „Reichspost“ die Namen der Anteilseigner des „Simplicissimus“, wie sie in das Gesellschaftsregister des Münchener Amtsgerichts I am 4. April 1906 eingetragen worden sind, hier wiedergegeben:

Der „Simplicissimus“.

1. Geheeb, Dr. Reinhold, Redakteur, 2. Gulbransson, Olaf, Kunstmaler, 3. Heine, Thomas Theodor, 4. Langen, Albert, Verleger, 5. Paul, Bruno, Kunstmaler, 6. Resniczek, Ferdinand, Kunstmaler, 7. Scholz, Wilhelm, Kunstmaler, 8. Thöny, Eduard, Kunstmaler, 9. Thoma, Dr. Ludwig, Schriftsteller, 10. Wilke, Rudolf, Kunstmaler (sämtlich in München).

Albert Langen und Ferdinand Resniczek sind inzwischen verstorben; auf wen deren Geschäftsanteile übergegangen sind, ist nicht bekanntgeworden; beide waren aber ebensowenig wie die anderen noch tätigen acht Mitglieder der Gesellschaft Juden; von einigen dieser Herren ist es im Gegenteil bekannt, daß sie starke antisemitische

---

[1]) Soweit tatsächliche Religionsbeleidigungen nach Ansicht des Strafrichters vorlagen, ist übrigens gerichtliche Sühne nicht ausgeblieben, und zwar sind Organe beider Richtungen („Ulk“ und „Grobian“) auf Grund des § 166, über dessen Nützlichkeit und Notwendigkeit man natürlich verschiedener Meinung sein kann, bestraft worden.

Neigungen besitzen. Ludwig Thoma, der bekannte „Peter Schlemihl“ des „Simplicissimus“, der oft seinen Witz an den Juden ausläßt, stammt aus einer katholischen Familie Oberbayerns. Uebrigens ist in der gesamten Literatur über die Verrohung des Tones der Witzblätter die zweifellos schärfste Kritik an dem „Simplicissimus“ von einem bekannten jüdischen Autor, Rudolf Borchardt, in den „Südd. Monatsheften“ (München) geübt worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ fand Borchardts Aufsatz so vortrefflich, daß sie schon zweimal Auszüge daraus brachte. Aber weder ihr, noch den andern antisemitischen Blättern, die gleichfalls Borchardts Ausführungen mit zustimmenden Glossen abdruckten, fiel es auch nur im geringsten ein, davon Notiz zu nehmen, daß es ein jüdischer Autor war, den sie hier als Eideshelfer zitierten.

Der „Ulk“. Der „Ulk“, gegen den insbesondere fortgesetzt die Zentrumspresse scharf macht, indem sie ihn als ein „jüdisches“ Witzblatt bezeichnet und am liebsten das gesamte Judentum beider Hemisphären für jede Zeile verantwortlich machen möchte, hat natürlich ebenfalls nicht das geringste spezifisch jüdische Interesse. Vom linksliberalen Standpunkt kämpft er mit der scharfgeschliffenen Waffe der satirischen Glosse, mit dem blitzenden Floret des funkelnden Wortwitzes gegen Pietismus und Dunkelmännerei gleichviel welcher Konfession und macht dabei dem Judentum nicht die geringsten Konzessionen. Er führt denselben Kampf, den die politische Tagespresse tagtäglich in ihren Spalten auskämpft, den Kampf gegen die Tartüffs, den schon Molière mit Hohn und Spott geführt hat. An den frommen Glauben jedweder Art tastet niemand mit rauher Hand, aber den Scheinheiligen wird die Larve vom Gesicht gezogen.

Die „Lustigen Blätter“. Und nun gar die Berliner „Lustigen Blätter“ als „jüdisches“ Witzblatt hinzustellen, ist der Gipfel parteipolitischer Borniertheit. Es gibt Tausende von Juden, welche gerade in den „Lustigen Blättern“ einen der schlimmsten Erreger antisemitischer Instinkte erblicken. In der Tat enthält kein politisches Witzblatt soviel spezifisch „jüdische Witze“, die nicht nur im höchsten Grade geschmacklos sind, sondern auch oft schwer verletzen. Ein Beispiel für Hunderte. Das Blatt brachte einst folgenden „Scherz“: Bankdirektor zu seinem Sohn, der Düten klebt: „Recht so, mein Sohn, das wirst du als Bankdirektor einmal brauchen können.“ — Vater und Sohn entsprachen dem Bild, welches in antisemitischen Witzblättern von Juden gezeichnet wird. Und das in einer Zeit, wo die ins Gefängnis gewanderten Bankdirektoren sämtlich Arier, meist fromm und antisemitisch gesinnt waren. Und für ein Blatt, das den antisemitischen Agitatoren derart in die Hände arbeitet, macht man dann noch sämtliche 600 000 Juden in Deutschland politisch und moralisch verantwortlich.

Die sog. „jüdischen Witzblätter“, die alles, was den Christen heilig ist, herunterreißen und das Judentum pietätvoll schonen, existieren nur in der Phantasie gewisser konfessioneller Intransigenten. In den Witz-

blattredaktionen sind Juden, Christen und Dissidenten vertreten. Dasselbe gilt von den Malern und Zeichnern und den anderen Mitarbeitern. Im übrigen wird niemand nach seinem Glauben gefragt, sondern nach dem, was er leistet.

„Jüdische Witze“.

Der spezifisch „jüdische Witz“, der in diesen und ähnlichen Blättern gepflegt wird, ist übrigens nur eine Karikatur des wirklich guten Witzes früherer jüdischer Generationen. Aber auch die antisemitischen Witze der politisch farblosen Witzblätter sind zum großen Teil nach einer Schablone fabriziert und oft an den Haaren herbeigezogen. Sie können das jüdische Leben nicht charakterisieren, weil sie gesucht und unecht sind. Es steckt ebensowenig wirkliches Leben darin, wie in den Witzen von der bösen Schwiegermutter, vom bornierten Leutnant, vom verliebten Backfisch und vom klugen Dackel. So tritt alles Protzige im jüdischen Gewande auf und trägt den Namen Cohn, Levy oder gar Veilchenblüth. Ist das nicht Uebertreibung und Unsinn? Gewiß gibt es auch jüdische Parvenus mit unfeinen Manieren, das wird niemand leugnen. Und dann die Sprache, in der diese Witze abgefaßt sind! Jeder Jude, der darin vorkommt, mauschelt, nicht bloß der Schnorrer, sondern auch der Kommerzienrat, ja noch der hochstehende Sohn oder Enkel des getauften Juden mauschelt. Ist das nicht kindisch? Keines unserer unpolitischen Witzblätter ist von dieser Geschmacklosigkeit freizusprechen. Fast jede Nummer der „Fliegenden“, der „Meggendorfer“, der „Humoristischen Blätter“, und wie sie sonst heißen mögen, bringt erfahrungsgemäß zwei, drei solcher Witze, in denen die Figur des dickleibigen, krummbeinigen Emporkömmlings mit den brillantenbesäten, gestikulierenden Händen oder die des hakennäsigen, langgelockten Hausierers im Kaftan als Typus des Juden dargestellt ist, obwohl der Autor im Leben eine derartige Figur vielleicht nie gesehen hat.

Die Juden verlangen selbstverständlich nicht, daß sie von den Witzblättern als „Kräutlein Rührmichnichtan“ behandelt werden. Es wäre auch wirklich nicht einzusehen, warum nicht auch über allerlei wirkliche oder vermeintliche Fehler und Schwächen der Juden die Lauge des Spottes ausgegossen werden sollte, gerade so wie über den feudalen Leutnant, den zerstreuten Professor, den verbummelten Studenten usw. Es fällt den Juden auch gar nicht ein, eine Immunität zu beanspruchen. Aber auch hier ist es der Ton, der die Musik macht. Tausende von Juden haben über das Lied vom „Kleinen Cohn“ herzlich gelacht — einige Hyperempfindliche mögen sich freilich auch darüber geärgert haben —, aber die gemeine Bezichtigung des Ritualmordes, die das gewissen klerikal-antisemitischen Kreisen nahestehende Münchener sog. Witzblatt „Der Grobian“ [2]) gegen sie schleuderte,

---

[2]) Es existiert außerdem noch ein rein antisemitisches, von der offiziellen Parteipresse gelegentlich empfohlenes Witzblatt: „Der Knote“ in Dresden, das ungefähr auf demselben literarischen und moralischen Niveau steht.

hat sie mit Recht empört, ebenso wie die gesamte anständige deutsche Presse mit Recht empört war, als dasselbe Münchener Witz- und Skandalblatt anläßlich der geplanten Aufstellung der Bismarckhalle in der Walhalla ein unsäglich geistloses und schmutziges Gedicht brachte, das auf die Frage, warum ein „Preuß' jetzt in die Walhalla kommt", antwortet:

„Der Ruhm, der Ruhm ist's, liebes Kind!
Und Bismarck hat, ich sag' es offen,
Von allen, die darinnen sind,
Ja doch den meisten — Rum gesoffen!"

Um einige Grade ernster zu nehmen sind die Klagen über die Förderung der Unsittlichkeit durch gewisse Zotenwitzblätter. Mag sein, daß an Blättern, wie der „Sekt", „Das kleine Witzblatt" und dem „Satyr" Juden als Redakteure oder Verleger starken Anteil haben. Bahnbrechend ist auf diesem Gebiete aber die antisemitische Wiener Witzpresse gewesen vom Schlage des „Kikeriki", des „Pschütt", der „Bombe", des „Floh" usw.; die Juden sind also hier höchstens gelehrige Schüler der meist von mehr oder minder guten Katholiken redigierten Wiener pornographischen Witzblätter. Die Sinnlichkeit und die Art ihrer publizistischen Befriedigung hat mit der Religion und der Abstammung nichts zu schaffen. Man höre also — schon aus Klugheit — auf, mit Waffen zu kämpfen, die sich gegen die eigene Person richten.

Die jüdischen „Geheimbücher".

Nachdem eine Zeitlang die Angriffe gegen die „jüdische Geheimlehre", die sich freilich sehr bald als plumpe Fälschungen der Herren Professor Rohling, Briman[1]) und Genossen erwiesen hatten, verstummt waren, hat Herr Th. Fritsch, der Herausgeber des „Hammer", im Jahre 1911 die Hetzkampagne gegen diese „unsittlichen Gesetzbücher" der Juden von neuem eröffnet. Die „Staats-

[1]) Aron Briman, der unter dem Namen Dr. Justus den „Judenspiegel" geschrieben hat, ist in Oesterreich wegen Urkundenfälschung zu Kerkerhaft und Landesausweisung verurteilt worden. Er war hintereinander Jude, Protestant und Katholik und hat unter seinem eigenen Namen mit Approbation des Bischofs Eder von Salzburg ein Buch über die Kabbala herausgegeben, in dem er von der ganzen antisemitischen Talmudgelehrsamkeit von Eisenmenger bis zum „Judenspiegel" (seinem eigenen Werk!) erklärte, daß sie auf Dummheit und Unwissenheit beruhe. Trotzdem ist dieser getaufte Jude eine Autorität für Rassenantisemiten. **Briman.**

Der Wiener Kanonikus Prof. Rohling, der Verfasser der berüchtigten Hetzbroschüre „Der Talmudjude", ist von allen deutschen Gelehrten, die sich mit dem Talmud beschäftigt haben — Prof. Delitzsch, Prof. Marx, Wünsche, Noeldeke, Wellhausen —, als Fälscher beurteilt und von Dr. Bloch, dem Herausgeber der „Oesterreichischen Wochenschrift", in einem Prozeß („Akten des Prozesses Rohling kontra Bloch", Wien 1890) auch als solcher entlarvt worden. **Rohling.**

„Staatsbg.-Ztg.“.

bürgerzeitung“ leistete ihm natürlich sofort Gefolgschaft. In beiden Fällen stellte der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ Strafantrag wegen Beschimpfung der jüdischen Religion, und es sind denn auch die verantwortlichen Redakteure beider Blätter mit Gefängnis bestraft worden. Gleichwohl entblödete sich der Herausgeber des „Hammer“ nicht, in einem Nachwort zu dem Prozeß (Nr. 218) seine Beschimpfungen zu wiederholen, indem er die „rabbinischen Lehren“ als „Spitzbubenmoral“ bezeichnete.

In dem unter Anklage gestellten Artikel, betitelt: „Eine sonderbare Religion“, hatte Fritsch u. a. behauptet, die Religionsbücher der Juden enthielten Vorschriften, die unmoralisch und verbrecherisch seien, und die Vorschriften hätten für die Juden auch noch heute ihre volle Gültigkeit. Der Staat habe die Juden als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft anerkannt, ohne diese Gesetze zu kennen, er habe in seiner Ahnungslosigkeit irrtümlicherweise angenommen, daß das Judentum sich auf denselben sittlichen Grundlagen aufbaue wie das Christentum, das sei aber nicht der Fall. Die talmudischen Geheimgesetze seien entsittlichend und staatsfeindlich, und jeder Jude sei streng gehalten, ihre Existenz und Gültigkeit abzuleugnen. Die Juden seien eine Geheimgesellschaft innerhalb eines jeden Staatswesens, ihre Tendenzen gingen dahin, die Staaten moralisch und wirtschaftlich auszurauben und zu vernichten. Er bestreite, daß das Judentum eine anerkannte Religionsgemeinschaft sei und daß sie Korporationsrechte haben dürfe.

Verurteilung des „Hammer“.

In der Begründung des Urteils, das auf 10 Tage Gefängnisstrafe lautete, hieß es u. a.:

„. . . Das Gericht meint ferner, daß der Angeklagte des guten Glaubens gewesen ist, daß die Zitate des Angeklagten nach seiner Ueberzeugung völlig richtig sind und sie infolgedessen als Grundlage für die Bewertung der jüdischen Moral genommen werden können. Der Angeklagte hat gesagt und seiner Ueberzeugung damit Ausdruck gegeben, daß die Sätze, die er selbst als gegen die christliche Moral verstoßend angeführt und charakterisiert hat, noch jetzt vom Judentum gelehrt werden in den Synagogen. Damit hat er ausgedrückt, daß diejenigen Sätze, die sich in der Hauptsache auf das Verhalten im rechtlichen und im Geschäftsverkehr mit Andersgläubigen erstrecken, von den Vertretern der jüdischen Religion mit in den Kreis ihrer religiösen Auffassungen gebracht werden, und wenn er nunmehr auf Grund dieser Feststellungen fortfährt: Es sind infolgedessen die Synagogen anzusehen als eine Brutstätte der Nichtswürdigkeit; wenn er infolgedessen darstellt, die Lehren, die in den Synagogen gelehrt würden, enthielten das Gift schlechter und ehrloser Gesinnung; wenn er davon ausgeht, daß die Lehren, die dort gelehrt werden, von Lug und Trug begleitet, aber im Mantel der Tugend einhergehen, und daß die, die diesen Lehren angehören, zu einer Falschspielergesellschaft zu rechnen sind und die Lehren den Statuten einer Falschspielergesellschaft gleichstehen, so ist das Gericht der Ansicht, daß dies über eine maßvolle Kritik hinausgeht und eine Beschimpfung enthält. Der Angeklagte ist ein sehr starker Parteigänger, und es ergibt sich, daß er mit großer Schärfe vorgeht und bisweilen sich in der Wahl seiner Ausdrücke nicht in den richtigen Grenzen hält. . . . Das Gericht hat in der Erwägung, daß der Angeklagte an die Lauterkeit seines Zieles glaubt, und daß er mit einer gewissen rechtlichen Aufgabe an sein Ziel geht, dem Angeklagten eine Strafe zuerkannt, die nur um weniges die frühere Strafe übersteigt. Das Gericht hat gemeint, die Handlung des

Angeklagten gerecht zu charakterisieren, wenn es auf 10 Tage Gefängnis urteilt. . . ."

Wir haben die wesentlichsten Stellen des Urteils hier wiedergegeben, da die gesamte antisemitische Presse daraus — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — eine gewisse Hochachtung[2]) der Richter vor den Motiven des Angeklagten herleitete, wie sie auch früher schon eine Aeußerung des Staatsanwaltschaftsrats Ehrecke am Berliner Landgericht II weidlich für ihre agitatorischen Zwecke ausbeutete, der im Jahre 1910 — wir zitieren den Wortlaut nach dem „Ant.-Deutschen General-Anz." — in einem Prozesse erklärt haben soll: „Wir haben uns nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob der Talmud gut oder schlecht ist; das hätten die tun müssen, die den Juden die Gleichberechtigung verliehen haben." In den „Zeitfragen", der feuilletonistischen Beilage der „Deutschen Tageszeitung", ist denn auch in zwei Artikeln (aus der Feder des Herausgebers Fritz Bley und des bekannten „Hammer"-Mitarbeiters Ph. Stauff, (29. 5. und 31. 6. 1911) sofort versucht worden, aus dieser Begründung Kapital zu schlagen. Es handele sich hier um keinen Sachentscheid, sondern nur um einen Formalentscheid; wenn das Gericht der festen Ueberzeugung gewesen wäre, daß Fritsch's Behauptungen auch tatsächlich unrichtig seien, würde es diesen Umstand ohne Zweifel als strafverschärfend in Ansatz gebracht haben. Demgemäß spitze sich jetzt der Streit auf die konkrete Frage zu: Sind die Bestimmungen des Talmud und des Schulchan Aruch ein Teil der jüdischen Religionslehre oder nicht? Herr Fritsch (Nr. 218 des „Hammer") glaubt die Frage noch präziser formulieren zu sollen: Staatsanwaltschaftsrat Ehrecke.

„Solange nicht von maßgeblicher jüdischer Seite offen ausgesprochen wird, daß diese Lehren ungültig sind und das Judentum ausdrücklich sich von ihnen lossagt, solange muß der Verdacht bestehen bleiben, daß die Gesetze insgeheim anerkannt und befolgt werden. Es ist also jetzt die Reihe an den Juden, zu bekennen, wie sie sich zu den rabbinischen Lehren stellen."

Dieses „Bekenntnis" der Juden ist längst erfolgt und niedergelegt in einer im Jahre 1885 von 220 Rabbinern Deutschlands, Vertretern verschiedener Richtungen, unter feierlicher Anrufung des Namens Gottes abgegebenen Erklärung über das, was für die Sittenlehre des Judentums (gegenwärtig) bindend sei, abgedruckt in der Schrift Prof. Stracks: Sind die Juden Verbrecher von Religions wegen? (Leipzig 1910); die Antisemiten aber ignorieren einfach diese offizielle Erklärung, weil sie ihnen den Boden für ihre perfiden Verdächtigungen entzieht. Es wird daher doch wohl nötig sein, mit einigen Rabbiner-Erklärung.

---

[2]) Nach dem Bericht der „Zeitfragen" (25. 5. 1911) soll das Urteil schon in der Einleitung betonen, es sei „nicht zu der Annahme gelangt, daß es dem Angeklagten fortgesetzt darauf angekommen wäre, die jüdische Religionsgemeinschaft zu beschimpfen, mit der er nun seit Jahren aus bester Ueberzeugung einen Kampf führt und hofft, daß er schließlich einmal den erwünschten Erfolg haben werde. Anzunehmen ist, daß er seine Bemühungen fortsetzen wird."

Worten auf die Entstehung und die heutige Bedeutung dieser „Geheimbücher“ für die jüdische Religion näher einzugehen.

a) Der Talmud.

Als die Juden zur Zeit des ersten Tempels einen eigenen Staat bildeten, war vom Talmud noch keine Spur. Die Staatsverfassung und zugleich das allein gültige Gesetzbuch war die Bibel, d. h. die fünf Bücher Mosis. Die Richter richteten nach diesem Buche, allerdings nicht nach dem Wortlaut, sondern nach dem Sinne. Die Bestimmung, daß nur durch zwei Zeugen der Tatbestand festgestellt werden konnte, die peinliche Prüfung der sittlichen und geistigen Qualitäten und der etwaigen Motive der Zeugen, die Notwendigkeit der genauesten Beobachtung aller Einzelheiten des Vorganges erschwerten ungemein die Verurteilung. So entwickelten sich in der Zeit Regeln und Traditionen über die Auslegung des Gesetzes Mosis. Daraus entstanden später die Anfänge des Talmud, der „mündlichen Lehre“ im Gegensatz zur „schriftlichen Lehre“. Diese mündliche Lehre durfte nicht niedergeschrieben werden, um nicht zum Gesetz zu werden. Ja, man bezeichnete sie ausdrücklich als Lehre der mündlichen Tradition, um ihre geringe Bedeutung gegenüber dem geltenden Gesetz, der Lehre Mosis, für alle Zeiten zu kennzeichnen. Man schritt nur zaghaft zur schriftlichen Fixierung des Talmud, man sah sich aber dazu gezwungen, weil man fürchtete, daß all die historischen Dokumente, all die Gesetzesauslegungen und ethischen Abhandlungen mit der Zeit verlorengehen könnten. Damit schloß man aber auch das Werk für alle Zeiten und verbot jede weitere Hinzufügung, um sich vor unberufenen Lehren zu schützen.

Betrachten wir den Charakter des Talmud, dann leuchtet es uns sofort ein, daß er nie als Gesetzbuch hat gelten können. Der Talmud ist wohl geordnet nach Materien, aber nicht wissenschaftlich methodisch. Die beiden Hauptbestandteile, Halacha (Gesetzesauslegung) und Agada (historisch-belletristische Momente), laufen fast immer nebeneinander und sind nicht scharf voneinander getrennt, so daß wir in einem Traktat, der vom Immobilienrecht handelt, wunderbare Märchen finden, und in einem anderen Traktate, der sich mit dem Eherecht befaßt, Schilderungen der Tempelzerstörung entdecken. Dazu kommt, daß sich über jede einzelne Frage weit ausgedehnte Diskussionen entwickeln, und daß stets mindestens zwei, oft aber auch vier bis fünf verschiedene Meinungen einander schroff gegenüberstehen. Nun gab es wohl in einzelnen Fällen Bestimmungen darüber, wessen Meinung maßgebender war, aber diese Regeln existieren eben nur für einzelne Fälle, und auch diese Regeln sind oft strittig. Der Talmud ist weder sittlich gefährlich, noch war er jemals geheim gehalten worden.

Es gibt kaum eine große öffentliche Bibliothek, die nicht den Talmud besitzt, er ist also allen zugänglich; er ist sogar in Ruß-

land mit Erlaubnis der kaiserlichen Zensur gedruckt. Man kann sich also denken, wie geheim und gefährlich sein Inhalt sein muß, wenn sogar die judenfeindliche russische Regierung den Druck gestattet, nachdem jedes Wort des Werkes von dem christlichen Zensor auf das peinlichste kontrolliert worden ist.

Der Talmud enthält — gerade so wie die Bibel — vieles, was sich mit unseren heutigen Anschauungen nicht verträgt, er ist wie jedes Werk des Altertums nur aus der Zeit und aus den Verhältnissen, in denen er entstanden ist, zu erklären. Nie hat er als bindendes Gesetzbuch gegolten, wohl aber war er Gesetzesquelle in religiöser Beziehung, und was darin gesetzlichen Charakter trägt, ist im Schulchan Aruch kodifiziert.

Hervorragende christliche Gelehrte, wie Franz Delitzsch, Nöldeke, Strack, Wünsche, haben längst wissenschaftlich zur Evidenz bewiesen, daß der Talmud nie ein Gesetzbuch gewesen ist und sein konnte, und daß er wohl veraltete, nicht mehr zeitgemäße, aber keine unsittlichen Lehren[3]) enthält.

Prof. Strack.

Prof. Hermann Strack hat der letzten Auflage (1908) seines Standardwerkes: „Einführung in den Talmud" ein Geleitwort beigegeben, in dem er u. a. sagt:

„Der Talmud (ich wiederhole, was ich seit vielen Jahren mehrfach feierlich erklärt habe) enthält keine Nachricht oder Aeußerung, welche, selbstverständlich wenn sie wirklich darin steht, der sprach- und sachkundige christliche Gelehrte zu finden nicht vermöchte. Was speziell die Zensurlücken betrifft, so sind in Deutschland schwerlich zehn Rabbiner, welche alle vier S. 81 genannten, in meiner Bibliothek befindlichen Schriften besitzen. Ueberhaupt gibt es innerhalb des gesamten Judentums weder eine Schrift, noch eine mündliche Tradition, welche kundigen Christen unzugänglich wäre: Die Juden sind nicht bemüht vor den Christen etwas zu verbergen, und sie können auch nicht etwas vor ihnen verbergen. Der Talmud, der Schulchan Aruch und andere jüdische Schriftwerke sind Geheimbücher nur für diejenigen — Juden nicht minder als Christen —, welche weder die zum Lesen der Grundtexte erforderlichen Kenntnisse sich erworben haben, noch von den vorhandenen Uebersetzungen usw. wissen. Für solche ist auch Cäsars Bellum Gallicum ein Geheimbuch.

Wir können hier im einzelnen auf die von den Antisemiten immer zum Beweise der angeblichen Unsittlichkeit des Talmud angeführten Stellen nicht näher eingehen; wer Einzelheiten wissen will, findet das Material in dem Buch: „Akten und Gutachten im Prozeß Rohling gegen Bloch" (Wien 1890), sowie in der Separatabhandlung: „Einige

---

[3]) Hat doch selbst ein stramm antisemitisches Blatt, die „Neue Bayer. Landes-Ztg." (1909) in einer Besprechung des Buches von Max Weinberg: „Ewige Weisheit", die eine Anthologie des Talmuds darstellt, anerkannt: „Das Buch ist eine wahre Fundgrube von guten Sentenzen für alle Menschen, alle Stände und alle Lagen, ein Buch, zu dessen Inhalt die Erlebnisse und Erfahrungen von mehr als tausend Jahren und tausend Weisen ihre Beiträge geliefert haben. Jüdische Bücher, Lehren, Taten und Bestrebungen haben schon viel Böses in die Welt gebracht, aber das darf nicht hindern, daß man, um mit dem Apostel Paulus zu reden, das Gute überall prüft und das Beste behält."

Talmudfälscher" (Verlag d. V. z. A. d. A.). Das Gesamturteil über den Talmud darf man wohl dahin zusammenfassen: Der Talmud war und ist ein Studium für Gelehrte, eine Quellensammlung für den Forscher und in seinem ethischen Teile ein Erbauungsbuch für Fromme. Nicht mehr und nicht weniger. Ein gültiges Gesetzbuch war er nie und hat er nie sein können. Auf dem Gebiete des Zivil- und des Kriminalrechts gilt und galt stets der talmudische Grundsatz: „Dina demalchuta dina — das Gesetz des Staates, unter dem die Juden leben, hat bindende Kraft." Sämtliche Kommentaristen des Talmud wiederholen bei jeder Gelegenheit die Wichtigkeit dieses Grundsatzes.

b) Schulchan Aruch.

Wie im vorstehenden nachgewiesen, konnten die Vorschriften des Talmud einen praktischen Wert nur haben, insofern sie sich auf das religiöse Leben und auf den Kultus beziehen, rein theologischer Natur waren, also ganz analog den christlichen Kirchenlehren. Aber auch sie waren nur in beschränktem Maße kanonisch, und sie gestatteten oft viele Abweichungen, je nach den örtlichen und zeitlichen Bedürfnissen. Sie wurden erst konstant, seitdem der Schulchan Aruch existiert. Dieser Schulchan Aruch ist ein Auszug des halachischen Teiles des Talmud. Soweit dieses Werk sich mit rein religiösen und Kultusangelegenheiten befaßt, hat es auch heute noch für den religiösen Juden Gültigkeit. Nur mit dieser Einschränkung sind also die Aeußerungen jüdischer „Kronzeugen" zu verstehen, auf die sich Th. Fritsch 1908 berief, der die Herren Prof. Cohen-Marburg und die Rabbiner Dr. Fink-Aurich und Dr. Gronemann-Hannover als Eideshelfer für seine tendenziösen Behauptungen zitieren zu dürfen glaubte. Der Rabbiner entscheidet über die Ordnung der Gebete, die Form des Kultus, über die Pflicht des Fastens, über das, was koscher ist usw. nach dem Schulchan Aruch. Aber auch darin gibt es Abweichungen zwischen den Juden verschiedener Länder. Die ganze Responsenliteratur beweist, daß auch hier eine freie Entwicklung nach den dringendsten Bedürfnissen vor sich ging. Diejenigen Teile des Schulchan Aruch, die sich mit Kriminal- und Zivilrecht befassen, haben längst jede praktische Bedeutung verloren, weil die Juden in allen Ländern den staatlichen Gesetzen unterworfen sind und religionsgesetzlich verpflichtet sind, sich diesen Gesetzen zu unterordnen.

Das Reichsgericht soll sogar nach Fritsch die Gültigkeit des Talmud und des Schulchan Aruch anerkannt haben. Ja worin? Etwa in Handelsangelegenheiten zwischen Juden und Christen, oder gar in Strafsachen? Nein, in einer Eheangelegenheit, wo die beiden Streitteile Israeliten waren und wo — wahrscheinlich handelt es sich um die religionsgesetzliche Scheidung — das mosaisch-talmudische Eherecht, wie es im Schulchan Aruch kodifiziert ist, zu-

grunde gelegt werden müsse. Bis zum Jahre 1900 existierte in Eheangelegenheiten in verschiedenen deutschen Staaten ein gemeines protestantisches Recht und ebenso ein jüdisches, das mit dem terminus technicus „mosaisch-talmudisches Recht“ bezeichnet wurde, sich aber nur auf den Schulchan Aruch stützte.

Unser deutsches Recht hat vieles vom Corpus juris, darum wird aber kein Mensch behaupten dürfen, daß der Corpus juris für Deutschland ein gültiges Gesetzbuch ist. Wer aber die Verhältnisse der heutigen Juden kennt, weiß, daß nur ein geringer Teil der deutschen Judenheit den Schulchan Aruch überhaupt kennt und nach ihm lebt. Mindestens 99 Prozent aller deutschen Juden haben nie den Schulchan Aruch gesehen und sind nicht fähig, ihn zu lesen. In gesetzlicher Beziehung gelten, wie wir nochmals wiederholen, für die deutschen Juden wie für alle anderen Bürger einzig und allein das Bürgerliche Gesetzbuch und das deutsche Strafgesetzbuch. Der Schulchan Aruch wie der Talmud haben nur für die Ritualgesetze der Juden, aber nicht für ihre bürgerlichen Verhältnisse praktische Bedeutung.

c) Uebersetzung der „jüdischen Geheimschriften“.

Im Anschluß an die in der Einleitung dieses Kapitels erwähnten Prozesse gegen zwei antisemitische Zeitungen erschallt jetzt allenthalben aus dem antisemitischen Blätterwalde wieder — und zwar in verstärktem Tone — der Ruf nach einer wissenschaftlichen unparteiischen Uebersetzung des Talmud und des Schulchan Aruch; gleichzeitig stellt man es so dar, als ob die Juden eine solche Uebersetzung mit allen Mitteln zu verhindern suchten.

Wann hätten sich die Juden jemals gegen eine wissenschaftliche Uebersetzung des Talmud gesträubt? Jüdische Gelehrte haben ja bereits viele Traktate ins Französische und Deutsche übertragen. Wenn sich christliche Gelehrte zusammentäten, um den ganzen Talmud zu übersetzen, was allerdings eine Aufgabe für Jahrzehnte hinaus wäre, so wären die Juden die ersten, die dieses Werk freudig fördern würden.

In Wirklichkeit ist der Talmud schon vielfach, wenn auch nur bruchstückweise, übersetzt, so von Dr. Erich Bischoff, der eine besondere „Kritische Geschichte der Talmudübersetzungen“ herausgegeben hat. Mit einer bloßen Uebersetzung ist's auch nicht getan, sie muß auch verstanden werden. Und gerade bei der Auslegung schwieriger Stellen entstehen die größten Meinungsverschiedenheiten. Die Antisemiten selber haben sich übrigens früher dagegen ausgesprochen. Dem Parteitage der Reformpartei 1906 lag ein Antrag auf staatliche Uebersetzung der jüdischen Religionsschriften vor; aber der damalige Abg. Böckler riet dringend davon ab. Man solle sich lieber auf Uebersetzungen von Männern verlassen, die man selbst für gewissenhaft und wahrheitsliebend halte. Eine staatliche Uebersetzung biete uns nicht die Gewähr (!) der Zuverlässigkeit, da die staatlich auf diesem Gebiet als Fachmänner geltenden Juden und Judenfreunde Abg. Böckler.

böswillig oder nicht böswillig die fraglichen Stellen ganz harmlos deuten würden. Diese staatliche Uebersetzung, die dann nach unserer Ansicht Fälschungen enthalte, werde alsdann als Waffe gegen uns mißbraucht werden. Die eigentümliche Beschaffenheit der hebräischen Schrift gestatte eine anderen Sprachen unbekannte Vieldeutigkeit. Er habe es im Gerichtssaal erlebt, daß eine Einigung über Textstellen gar nicht möglich gewesen sei. Der Parteitag verzichtete infolgedessen auf die Forderung der staatlichen Uebersetzung.

Mit anderen Worten: Die Antisemiten wollen keine staatliche Uebersetzung, weil sie befürchten müssen, daß ihre unsinnigen Behauptungen über den angeblichen staats- und gesellschaftsgefährlichen Inhalt der jüdischen Religionsbücher von der Wissenschaft unzweideutig widerlegt werden; deswegen soll nur geaichten Antisemiten die Uebersetzung übertragen werden, auf die man sich verlassen kann, daß sie ihre Arbeit im Sinne ihrer Mandanten „gewissenhaft" verrichten.

Auch in den Parlamenten sind schon wiederholt ähnliche Anträge gestellt worden, aber sowohl in Preußen, wie in Sachsen, Baden und Württemberg abgelehnt worden. Als die „Kreuz-Ztg." (1. Oktober 1892) die Regierung aufforderte, die Religionsschulbücher im staatlichen Interesse zu prüfen und festzustellen, ob es wahr sei,

„Kreuz-Ztg."

„daß die heute in den staatlich geduldeten jüdischen Religionsschulen gebrauchten Katechismen Lehren enthalten, welche nicht nur die christliche Glaubensgemeinschaft in nicht wiederzugebender Weise beschimpfen, sowie das christliche Ehe- und Familienleben als tierisches Zusammenleben bezeichnen, sondern auch die geschäftliche Uebervorteilung der Nichtjuden, den Wucher und die Steuerhinterziehung gegenüber christlichen Staatsangehörigen bedingungsweise als zulässig bezeichnen, ferner das gesamte christliche Gerichtswesen verächtlich machen, den christlichen Zeugeneid anzutasten wagen, und endlich gar die Ablegung des Falscheides oder Meineides vor christlichen Richtern für Juden unter gewissen Umständen als erlaubt darstellen;"

interpellierten der freisinnige Abg. Rickert und der konservative Abg. von Wackerbarth in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 13. Februar 1893 den Kultusminister Dr. Bosse über die Beaufsichtigung des jüdischen Religionsunterrichts. Der Kultusminister erklärte, daß eine Prüfung der jüdischen Religionsbücher eingeleitet sei, und der „Reichsanz." veröffentlichte denn auch am 28. September 1893 das Ergebnis dieser Prüfung, das für die Antisemiten wahrhaft niederschmetternd war. Wir geben daraus das Folgende wieder:

„Reichsanzeiger".

„. . . Der Unterrichtsminister hat daraus Veranlassung genommen, die sämtlichen zurzeit im Unterrichtsgebrauche befindlichen oder sonst etwa noch in Betracht kommenden jüdischen Religionsbücher einzufordern. Die bezügliche Sammlung umfaßt 551 Bücher."

„Sämtliche Bücher sind einem theologisch und pädagogisch hervorragend gebildeten Schulaufsichtsbeamten zur Begutachtung zugegangen. Derselbe faßt das Ergebnis seiner sehr eingehenden Prüfung dahin zusammen, daß keine der in der Presse gegen die jüdischen Religions-

bücher erhobenen Anklagen durch den Inhalt der vorgelegten Bücher begründet ist.

Dieses Gutachten ist sodann einem evangelischen Geistlichen, welcher längere Zeit im Dienste der Judenmission gestanden hat und mit der talmudischen Literatur innig vertraut ist, zur Aeußerung zugestellt worden. Derselbe hat seine volle Zustimmung zu dem Gutachten ausgesprochen.

Die vielbesprochene Schrift „Schulchan-Aruch" (gedeckter Tisch) ist in keiner öffentlichen oder privaten Volksschule im preußischen Staat im Unterrichtsgebrauch."

Seit dieser Blamage haben sich die antisemitischen Parteien auch weislich gehütet, durch Initiativanträge die Frage aufs neue zur parlamentarischen Diskussion zu stellen.

Das Kol Nidre.

Von Zeit zu Zeit taucht eine plumpe Fälschung des Kol Nidre in der antisemitischen Presse des In- und Auslandes auf. Im Jahre 1909 besaß die „Staatsb.-Ztg." die Stirn, unter Berufung auf die „wissenschaftlichen Gutachten" zweier obskurer Mitglieder der griechisch-orthodox-theologischen Fakultät der Universität Czernowitz, Dr. Basil Tarnowski und Dr. Isopescul, das Kol Nidre als eine Quelle jüdischer Meineide zu verunglimpfen: „Staatsb.-Ztg."

„Wie der Talmud, so ist auch das Kol Nidre-Gebet eine Schmach der Zivilisation, es ist eine sträfliche Täuschung der Arier durch Juden. Der Jude kann vor Gericht einen Meineid schwören; seine religiöse Ueberzeugung erlaubt es ihm. Er darf die Wahrheit zur Lüge stempeln und seine Mitmenschen ins Unglück stürzen — seine religiöse Ueberzeugung erstickt das in seinem Innern sich etwa regende moralische Gewissen! . . . Diese unmoralischen Anschauungen des Judentums sind . . . verbrecherische Attentate auf Menschentum und Kultur."

Die „sensationelle Feststellung" der zwei Czernowitzer Professoren war nun zwar, wie sie auch selbst zugeben mußten, kein wissenschaftliches „Gutachten", sondern nur eine Bestätigung der Richtigkeit der Prof. Strackschen Uebersetzung der Gebetsformel. Die Herren hatten aber über die Erläuterung, die der hervorragende protestantische Theologe hierzu gegeben hatte, kein Wort gesagt, also wohl stillschweigend ihr Einverständnis damit bekundet.

Wie lautet aber die Erläuterung des Herrn Prof. Strack? Sowohl in „Herzogs Real-Encyklopädie für protestantische Theologie" (Leipzig 1881), Band VIII, S. 127 f., als auch in der Erklärung, die er veröffentlichte, als Stöcker 1885 das Kol Nidre zu Angriffen gegen Juden und Judentum ausnutzte, bekundet er: **Erläuterung Prof. Stracks.**

„In der Formel Kol Nidre ist, wie eine Vergleichung von 4. M. 30, 3 (s. auch V. 14) ergibt, nicht die Rede von Eiden, die anderen geleistet werden, sondern nur von Gelübden, Verpflichtungen, die man sich selbst auferlegt. Gelübde und Eide, welche einem andern geleistet sind, sind unlösbar, außer wenn die beteiligte Person anwesend und einverstanden ist. Das ist die einstimmige Ansicht der maßgebenden jüdischen Autoritäten. Dazu kommt noch, daß in den meisten neueren Ausgaben der Festgebete in einer Anmerkung nachdrücklich erklärt wird, daß durch dieses

liturgische Stück die Interessen anderer nicht berührt werden. Aus der Formel Kol Nidre kann daher kein Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des von einem Juden geleisteten Eides hergenommen werden."

Prof. Delitzsch. Ein anderer hochangesehener evangelischer Theologe, der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Franz Delitzsch, sagt in „Rohlings Talmudjude", VII. Auflage (Leipzig 1881), Seite 52:

„Was aber das Ungeschehenmachen geleisteter Eide betrifft, welche der Jude in dem Kol Nidre am Vorabend des Versöhnungsfestes erfleht, so wird dieses Ungeschehenmachen durch den Zusatz daasarna al nafschatana (d. h., durch welche wir uns auf unsere eigene Person verschworen haben) ausdrücklich auf solche Eide beschränkt, welche man aus freiem Willen vor sich selbst abgelegt hat, also auf eidlich übernommene und hinterdrein als sündlich oder unausführbar anerkannte Selbstverpflichtungen, mit Ausschluß gerichtlicher Eide und mit Wissen des Nächsten eidlich übernommener Verpflichtungen gegen diesen."

In gleichem Sinne äußern sich andere christliche Gelehrte, wie Prof. Nöldeke und sogar Eisenmenger, einer der grimmigsten Judenfeinde.

Die „Staatsbürger-Ztg." hatte schon in den Jahren 1885 und 1892 dieselben Beschuldigungen gegen das Kol Nidre erhoben. Es handelt sich also nicht um eine „sensationelle Feststellung", sondern, da die oben angeführten Urteile kompetenter Sachverständiger seinerzeit in den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" und in Flugblättern eine weitere Verbreitung gefunden haben, um eine von dem Antisemitenblatte wider besseres Wissen vorgenommene Auffrischung der alten Verleumdungen. Der verantwortliche Redakteur des Blattes wurde denn auch, nachdem der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Strafantrag wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft gestellt hatte, im Jahre 1909 zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt und die hiergegen eingelegte Revision vom Reichsgericht verworfen. Die Frage, ob das Kol Nidre als eine Einrichtung der jüdischen Religionsgesellschaft anzusehen sei, ließ das Gericht auf sich beruhen, da die Meinungen der von den beiden Parteien angerufenen Sachverständigen, Prof. Strack und Dr. Erich Bischoff-Leipzig, widersprachen.[1]) **Entstehungsgeschichte.** Ueber die Entstehungsgeschichte des Kol Nidre ist folgendes zu sagen:

Nach Angaben mehrerer Schriftsteller entstand das Kol Nidre-Gebet zur Zeit der Annussim, die man später Marannen genannt hat. Das waren die „Gezwungenen", jene Juden, die gewaltsam in den Schoß der christlichen Kirche getrieben wurden. Sie mußten öffentlich den Glauben der Väter abschwören, da ihnen und ihren oft kranken und transportunfähigen Verwandten im widrigen Falle der qual- und schmerzvollste Tod sicher war. Diese Annussim, die im Herzen dem angestammten Glauben treu geblieben waren, stahlen sich regelmäßig am Vorabende des Versöhnungstages

---

[1]) Prof. Strack hob u. a. hervor, daß man auch von jüdischer Seite vielfach zugebe, daß die Formel durch Verständlicheres und direkter zu Herzen Sprechendes ersetzt werden könne, aber gerade die von den Rassenantisemiten kommenden unwahren Beschuldigungen seien, wie z. B. im Jahre 1880 in England, Grund zur Beibehaltung gewesen, weil eine Aenderung oder Ersetzung durch anderes als Schuldbekenntnis hätte gedeutet werden können.

zu den geheimen Betstuben ihrer früheren Glaubensbrüder, um dort den Jom Kippur zu feiern. Aber diese wehrten den Abtrünnigen den Zutritt ins Gotteshaus.

Die Inquisition hatte die Scheinchristen gezwungen, zweimal jährlich in der Kirche den neuen Glauben zu beschwören, zu geloben, keine jüdischen Bräuche zu üben, und zwar gerade vor Jom Kippur und vor Erew Pessach — gleichzeitig zu beichten und das Abendmahl zu empfangen. Das waren unmoralische Zwangseide, welche aber das Gewissen der Gemeinde schwer belasteten. Wenn diese Zwangschristen inmitten der betenden Juden erschienen, weigerte man sich anfänglich, ihnen die Teilnahme am Gottesdienst zu gestatten. Die armen Annussim warfen sich zu Boden, weinten und jammerten, daß es einen Stein gerührt hätte. Nunmehr erbarmten sich die Juden der Unglücklichen, gestatteten ihnen die Teilnahme an der Feier, doch nur unter der Bedingung, daß sie vor Beginn des Gottesdienstes die Erklärung abgaben, sie seien zum Uebertritt mit Gewalt gezwungen worden, ihre Gelübde seien daher keine Gelübde, ihre Schwüre keine Schwüre. Die Annussim taten dies und ihre Erklärung klang in den Worten aus: Schuvosenu lo schewuos!

Diese Prozedur hatte für die „Gezwungenen" soviel Erniedrigendes an sich, daß die dem alten Glauben treu gebliebenen Juden von aufrichtigem Mitgefühl für die Unglücklichen erfüllt wurden, und sie beschlossen deshalb, das Gebet, das im Laufe der Jahre eine konkrete und unverrückbare Form angenommen hatte, in Gesellschaft der Annussim zu verrichten, d. h. mit ihnen mitzubeten.

Keiner war sicher, daß nicht auch er im Laufe des kommenden Jahres von dem gleichen Unglück heimgesucht werde. Die ganze Gemeinde sagte nun regelmäßig vor Beginn des Gottesdienstes das Kol Nidre. Da das Kol Nidre weiter auf die menschliche Schwäche Rücksicht nimmt, die im Affekt sich leicht zu einem Gelübde hinreißen läßt, so war es eben wie geschaffen zu einer feierlichen Erklärung am Beginn des Versöhnungstages.

Uebrigens hat im Verfolg dieser Preßhetze auch das Dekanat der theologischen Universität Czernowitz eine Kundgebung veröffentlicht, in der es mit Nachdruck feststellte, daß es sich bei der Aeußerung der beiden Czernowitzer theologischen Dozenten um gar kein Gutachten, sondern nur um eine Bestätigung der Richtigkeit der Strackschen Uebersetzung handelte, und ferner der Behauptung entgegentrat, daß die „griechisch-orthodoxe theologische Fakultät ein solches Gutachten erstattet" hätte. Offenbar wollte die Fakultät mit dieser Zuschrift den üblen Eindruck verwischen, der allenthalben in ernsten wissenschaftlichen Kreisen dadurch hervorgerufen worden war, daß die beiden Fachdozenten den für die Beurteilung grundlegenden Teil der Uebersetzung — nämlich die Erläuterung Stracks — einfach unterschlagen hatten, wie sie auch mit keiner Silbe auf die die gleiche Auffassung vertretenden wissenschaftlichen Gutachten der christlichen Theologieprofessoren Nöldeke und Wünsche in ihrer für das antisemitische Blatt angefertigten „authentischen Uebersetzung" näher eingegangen waren. Das „Bukowinaer Volksbl." aber, das den beiden Herren als Ablagerungsstätte für ihre Pseudowissenschaft gedient hatte, mußte de- und wehmütige Abbitte leisten, nachdem es sich, wie es in einer öffentlichen Erklärung feststellte, „von der Unrichtigkeit seiner Anwürfe auf das Kol Nidre überzeugt" hatte.

Der Mädchenhandel.

Jeder Menschenfreund wird die schärfsten Maßnahmen gegen dieses teuflische Gewerbe gutheißen, jede Verurteilung eines Mädchenhändlers mit Dank begrüßen. Aber die antisemitische Presse ist von dieser ruhigen Betrachtungsweise weit entfernt. Für sie sind alle Mädchenhändler jüdischen Glaubens, und unehrlicherweise verheimlicht sie ihren Lesern, daß es auch christliche Mädchenhändler gibt, und solche auch schon ergriffen und verurteilt worden sind.

Es ist allerdings richtig, wie auch wiederholt schon von jüdischer Seite mit tiefstem Schmerze selbst konstatiert worden ist, daß leider auch viele Juden an diesem scheußlichen Menschenhandel — anders kann man ja das kaum nennen, — beteiligt sind. Aber nicht nur aktiv, sondern in noch viel höherem Maße passiv. Zu den nach Buenos Aires, dem Orient und auch nach Nordamerika zu Zwecken der Prostitution verschleppten jungen Mädchen stellen leider die Massenquartiere des jüdischen Elends in Rußland und Galizien ein großes Kontingent. Es sind vielfach Jüdinnen, die von jüdischen Mädchenhändlern verschachert werden, und schon dies ist bezeichnend dafür, daß diese Scheusale in Menschengestalt „konfessionelle Vorurteile“ nicht besitzen und ihre Opfer nehmen — ohne Unterschied der Konfession. Fast alle großen jüdischen Organisationen in den Kulturstaaten und selbst in Rußland wie teilweise im Orient sind dem jüdischen Komitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels fördernd zur Seite getreten, so daß wohl mit Recht behauptet werden kann: die entschiedensten Bekämpfer des jüdischen Mädchenhandels sind — die Juden selbst. Sie handeln damit vielfach ja nur im eigenen Interesse.

Kriminalkommissar von Treskow.

Wie raffiniert die Mädchenhändler vorgehen, davon erzählte in einem Artikel des „Tag“ über: „Internationalen Mädchenhandel und seine Bekämpfung“ der Kriminalkommissar von Treskow I, Vorsteher der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels, das folgende:

„Als ich vor ein paar Jahren unsere Ostgrenze bereiste, um mich davon zu überzeugen, ob viele Mädchen aus Rußland und Oesterreich über unsere Grenze gebracht würden, erzählte mir ein Polizeibeamter in Kattowitz, daß es sehr häufig vorkomme, daß die Bordellagenten aus Südamerika folgenden Trick ausführten: Sie gehen über die Grenze und machen sich mit den dort zahlreich wohnenden jüdischen Familien bekannt, die über einen großen Reichtum an Kindern verfügen, aber sonst in großer Notlage leben. Dort erzählen sie, daß sie in Geschäften aus Südamerika kamen und nebenbei noch von einem dort lebenden Geschäftsfreund einen Gefälligkeitsauftrag übernommen hätten. Der Freund lebe in sehr guten Verhältnissen, sei unverheiratet und sehne sich sehr nach einer lieben Frau, aus Geschäftsrücksichten könne er aber die weite Reise nach Europa nicht machen und habe daher seinen Freund beauftragt, ihm eine Ehefrau unter den Stammesgenossen auszusuchen und diese auf der Rückreise mithinüberzubringen. Zu diesem Zweck führt der angebliche Geschäftsfreund gedruckte, in hebräischer Schrift abgefaßte Verlöbnisformulare mit sich, wie sie bei den russischen und polnischen Juden üblich sind. In diesen ist der Name des Mannes bereits aufgeführt, und der Name des Mädchens

braucht nur hinzugefügt zu werden, um diesem Dokument eine bindende Kraft zu verleihen. Manch armer Familienvater ist froh, auf diese Weise eine seiner Töchter versorgt zu wissen, besonders da keine Mitgift gefordert wird, und er läßt das junge, unerfahrene Mädchen mit dem fremden Manne ziehen, ohne zu ahnen, welchem Schicksal das arme, oft kaum den Kinderschuhen entwachsene Geschöpf entgegengeht."

Wie ernst es die Juden mit der Ausrottung dieses scheußlichen Gewerbes des Mädchenhandels meinen, und wie die Juden über diese moralische Verworfenheit, die sich im Mädchenhandel bekundet, denken, das hätte die antisemitische Presse aus jenem ihr gewiß nicht unbekannten Schreiben ersehen können, das bereits im Jahre 1898 die geistigen Koryphäen des Judentums und der hervorragendsten Organisationen der Judenheit an die Rabbiner Galiziens richteten.

Diesen Brief haben die ersten Autoritäten der Juden unterzeichnet, die Großloge und die ersten Rabbiner Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs, Englands, Amerikas und viele jüdische Institutionen. Und das galizische Komitee hat das Schreiben an 500 Rabbiner Galiziens versandt mit einem Anschreiben, in welchem es unter anderem heißt: **Rabbiner-Erklärung.**

„Wir Unterzeichneten ersuchen Euch, beifolgenden Aufruf in allen Euren Gemeinden zu verbreiten. Zu unserem tiefen Schmerze beruht der Notschrei auf Wahrheit. Die geschilderten Greuel begingen und begehen tatsächlich Glaubensbrüder, und das ist eine Entweihung des göttlichen Namens, die dazu angetan ist, unseren Feinden eine Handhabe gegen uns zu geben, um über uns herzufallen. Brüder, Israeliten! In erster Linie liegt die Pflicht Euch, den Rabbinern ob, den Hirten der Gemeinden und Euch, den Gemeindevorstehern, voranzugehen. Eure Stimme laut zu erheben, jeden einzelnen zu warnen, ihn mit den schärfsten religiösen Strafen zu bedrohen, ja sogar denjenigen, der so niederträchtig ist, den beregten Handel weiter zu betreiben, den Gerichten auszuliefern."

Diese Briefe bezeugen, wie wenig der Mädchenhandel mit dem Judentum und seinen Bekennern zu tun hat, und daß gerade von jüdischer Seite alles geschieht, um diesen Schandfleck mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Der Rabbiner-Verband in Deutschland hat ferner am 7. Juli 1902 auf seiner Versammlung in Frankfurt a. M. sich scharf gegen den Mädchenhandel gewandt und die galizischen Rabbiner und Gemeindemitglieder dringend aufgefordert, diese Mißstände zu beseitigen.

Aber die Juden haben sich nicht damit begnügt, Resolutionen anzunehmen und Aufrufe zu erlassen, sie haben auch die Abwehr tatkräftig in die Hand genommen und alle Maßregeln ergriffen, die nötig waren, um wirklich einen Erfolg zu erzielen. Es bestehen seit langem schon jüdische Komitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels, wie The Jewish Association for the protektion of girls and women in London, und zweitens das jüdische Zweigkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels in Hamburg. Das Londoner Komitee besteht schon seit ca. 20 Jahren, es unterhält eigene Hafenagenten, deren Aufgabe im wesentlichen darin besteht, die Mädchen von den Schiffen abzuholen,

sie auf die Gefahren aufmerksam zu machen, sie in ihre Häuser zu begleiten, wo sie dem Schutze der Verwandten, wenn deren Respektabilität außer Zweifel steht, anvertraut werden. Die Tätigkeit der Jewish Association erstreckt sich auch auf Rußland, Frankreich, Aegypten, Südafrika, Südamerika und Indien.

Das Hamburger Zweigkomitee wurde 1897 gegründet, es ist nach dem Muster der Londoner Association gebildet. Ein besonderes Verdienst des Herrn Tuch, der lange an der Spitze des Hamburger Komitees stand, ist die Uebersetzung des Lupanar, eines aus brasilianischen Polizeiquellen geschöpften Werkes, durch das die Namen vieler berüchtigter Mädchenhändler bekannt wurden. In den letzten Jahren sind auch in den eigentlichen Ausfuhrländern des Mädchenhandels von jüdischer Seite Komitees gebildet worden, so in Lemberg, Czernowitz und kleineren Orten Galiziens, die sich an Ort und Stelle mit der Bekämpfung des Mädchenhandels befassen.

Ferner hat sich noch ein jüdischer Frauenbund gebildet, der auch auf der im Herbst 1908 stattgehabten 6. Deutschen Nationalkonferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels vertreten war und dort eigene Anträge stellte, die einstimmige Annahme fanden.

Der Vorstand dieses deutschen jüdischen Frauenbundes zur Bekämpfung des Mädchenhandels hat im März 1909 durch eine Deputation, die von Fräulein Bertha Pappenheim-Frankfurt a. M. geführt war, der Königin von Rumänien eine Petition überreicht, worin der Bund um die Unterstützung der Königin bei der Unterdrückung des noch immer fortgesetzten schmählichen Mädchenhandels in Rumänien ersuchte.

Sodann bestrebt sich der jüdische Frauenbund, einen jüdischen Bahnhofsschutz zur Bekämpfung des Mädchenhandels ins Leben zu rufen. Auf seine Veranlassung sind in vielen Eisenbahnzügen Plakate in den Wagenabteilungen angebracht worden.

Auch der frühere amerikanische Staatssekretär und mehrmalige Botschafter in Konstantinopel, Straus, ein Jude, hat in seiner amtlichen Stellung alles getan, was er konnte, um dem Mädchenhandel entgegenzuarbeiten, was auch die „Kreuz-Ztg." seinerzeit anerkannt hat.

Im Frühjahr 1910 fand in London eine jüdische internationale Konferenz zur Unterdrückung des Mädchenhandels statt. Auf dieser wurde wiederum die Eingeweihten schon längst bekannte Tatsache konstatiert, daß der Mädchenhandel, wenigstens soweit Juden oder Jüdinnen aktiv oder passiv daran beteiligt sind, nur eine Folgeerscheinung, ein Symptom des sozialen Elends ist, unter dem diese namentlich in den osteuropäischen Ländern besonders seufzen. Es wurde festgestellt, daß der Mädchenhandel keineswegs nur ein speziell jüdisches Laster sei, sondern daß er nur eine durch besondere Faktoren auch unter den Juden hervorgerufene Teilerscheinung eines allgemeinen, interkonfessionellen, sozialen Uebels ist. Bezeichnend war in dieser Hinsicht die Mitteilung, welche Baron Ginsburg

machte, nämlich, daß sich in Rußland viele jüdische Mädchen und Frauen als Gefallene zur polizeilichen Kontrolle anmelden, weil sie als Jüdinnen nur auf diesem Wege die Aufenthaltserlaubnis in vielen russischen Orten erlangen können. Hier liegen die eigentlichen Quellen des jüdischen Mädchenhandels. Verfolgung, Bedrückung und daraus entstehendes soziales Elend bringen die Aermsten zu Falle. Sobald erst diese Ursachen beseitigt sein werden, wird auch die Folgeerscheinung des „weißen Sklavenhandels" aufhören.

Durch die segensreiche Tätigkeit der verschiedenen Vereine, nicht zuletzt der jüdischen, wurden auch die Regierungen auf diese wichtige Frage aufmerksam gemacht. Wie der Kriminalkommissar von Trescow in seinem schon erwähnten Artikel mitteilt, wurde am 18. Mai 1904 in Paris von den verschiedenen Regierungen der europäischen Länder ein Abkommen unterzeichnet, das wichtige Bestimmungen für die internationale Bekämpfung des Mädchenhandels enthielt.

Herr von Trescow teilte dann noch mit, daß bereits Schritte getan seien, um den Begriff des „Mädchenhandels" auch in das neue Strafgesetzbuch aufzunehmen. Bisher seien Bestrafungen nur auf Grund des Kuppeleiparagraphen möglich gewesen. „Bis zum Erlaß des neuen Strafgesetzbuchs aber," so schließt er seinen Artikel, „müssen wir versuchen, mit den bestehenden Gesetzesparagraphen in dem Kampf gegen den Mädchenhandel auszukommen. Dieser Kampf ist aber nicht allein mit Gesetzesparagraphen zu führen, wirksamer noch wird der Kampf geführt durch unermüdliche Aufklärungsarbeit und soziale Fürsorge für die schlechtergestellten Schichten der Bevölkerung."

Anläßlich eines im Sommer 1910 in Berlin stattgehabten Prozesses gegen jüdische Mädchenhändler, der auch mit der Verurteilung der zwei Hauptbeschuldigten zu schweren Zuchthausstrafen führte, hat die antisemitische Presse natürlich sofort wieder von einer organisierten Verschacherung deutscher Mädchen gefabelt. Dabei ist es bereits einmal amtlich und zwar auf Grund des Aktenmaterials des Auswärtigen Amtes in einer Denkschrift (Nr. 678, 62. Bericht der Kommission für Petitionen 1897) festgestellt, daß deutsche Mädchen überhaupt nicht, oder in verschwindend geringem Umfange Opfer des Mädchenhandels sind, sondern vorwiegend russische und galizische Mädchen jüdischen Glaubens.

Das Schächten.

Gegen die jüdische Schlachtmethode haben sich die Antisemiten mählich in eine sinnlose Wut hineingeredet, die die Stimme der Vernunft vollständig erstickt. Es ist unmöglich, ernsthaft gegen Behauptungen anzukämpfen, die nur noch pathologisch zu werten sind; ein Beispiel für viele. Die „Deutschsoz. Bl." schrieben (18. 1. 1911): „Deutschsoz. Bl."

„. . . Wenn man weiß, daß der Talmud den Juden erlauben soll (!), einen ganzen Tag an einem lebenden Tier herumzu-

schächten, dann fühlt man, daß der mosaische Kultus uns Deutschen so fern steht, wie der Abgrund der Hölle dem strahlenden Himmel ist."

Der Schreiber dieses widerlichen Hetzartikels hat von dem Inhalt des Talmud sicherlich keine blasse Ahnung, trotzdem stellt er mit eiserner Stirn eine Behauptung auf, die man gelinde nur als verbrecherischen Wahnwitz bezeichnen kann. Die Tierquälerei findet in keiner Religion eine schärfere Verurteilung als in der jüdischen. Der berühmte Aesthetiker

Friedr. Vischer. Friedrich Vischer machte dem Christentum geradezu zum Vorwurf, daß es in seiner Religionsvorschrift hierüber hinweggeht, während „die Gesetzgebung Mosis hierin höher stand und herrliche Bestimmungen enthält, worin sie Erbarmen mit dem Vieh zur Religionspflicht mache". In der Tat bedarf eine Religion, die dem Tiere in jeder Woche einen Ruhetag garantierte, die das Kastrieren des Tieres, die Hetzjagd verbot, auch in tierschützlerischer Beziehung keiner Fortbildung und keiner Verteidigung. In keinem Religionsbekenntnis befinden sich bessere Tierfreunde als bei den Juden.

Gleichwohl wird seit Jahren von antisemitischen Heißspornen in den Tierschutzvereinen eine widerliche Hetze gegen das Schächten betrieben, obwohl die allerersten wissenschaftlichen Autoritäten die Schächtmethode als die vergleichsweise humanste Tötungsart der Schlachttiere be-

Die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen. zeichnet haben. Die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen, der die Koryphäen der medizinischen Wissenschaft — von Bardeleben, von Bergmann, von Leyden, Gerhardt, Förster, Rubener, Virchow u. a. — angehörten, hat im Jahre 1894 ein die Frage, insbesondere auch von der humanitären Seite würdigendes Gutachten abgegeben, das zu dem Ergebnis gelangte, daß das Schächten unter jedem Gesichtswinkel den Vorzug verdiene, schnell und sicher töte und das Fleisch so haltbar und schmackhaft mache, daß es von keiner anderen Schlachtart übertroffen werde. Aus diesen Gründen ist auch in sämtlichen Militärkonservenfabriken eine dem Schächten ähnliche Schlachtmethode eingeführt worden und trotz der fortgesetzten Angriffe der Antisemiten und Tierschutzvereine auch bisher beibehalten

Abg. von Tiedemann. worden.[1]) Freiherr von Tiedemann, der verstorbene Führer der Reichspartei, hat in seiner amtlichen Eigenschaft als Regierungspräsident von Bromberg die Frage in Erwägung gezogen, ob das Schächten zu verbieten sei oder nicht, und hat aus dieser Veranlassung unzählige Gutachten von Kreistierärzten, Departementstierärzten ein-

---

[1]) Generalmajor und Direktor des Militärökonomiedepartements im Kriegsministerium von Gemmingen erklärte in der Reichstagssitzung vom 13. Februar 1897 ausdrücklich, daß bei der Wahl dieser Schlachtmethode die Rücksicht auf rituelle Vorschrift einer Religionsgemeinde nicht die geringste Rolle gespielt habe, einzig und allein das Gutachten der höchsten Medizinalinstanz in Preußen sei für sie maßgebend gewesen. Und der Generalmajor Bronsart von Schellendorf, ein Bruder des Kriegsministers, erklärte am 8. Dez. 1899 im Mecklenburgischen Landtage: „In allen Militärkonservenfabriken ist das Schächten seit Jahren eingeführt und hat sich vorzüglich bewährt."

gezogen. „Allerseits," so erklärte er in der Sitzung des Reichstages vom 25. April 1899, „ist mir die Ueberzeugung entgegengetreten: das Schächten ist die zweckmäßigste, die am wenigsten grausame Tötungsart."

Es liegt eine stattliche Zahl von Gutachten von Männern der Wissenschaft und beamteten Fachleuten vor, welche sich ohne jede Einschränkung für die Schächtmethode ausgesprochen haben. Im Jahre 1894 erschien ein solches Sammelwerk, das nicht weniger als 254 Gutachten umfaßte. Hiervon stammten 50 von Universitätsprofessoren der Physiologie, Pathologie, 14 von Großschlächtern bezw. Metzgerinnungen und nicht weniger als 190 von Veterinären (14 Direktoren, 24 Professoren von Tierarzneischulen, 14 Landes-, Staats- und städtischen Obertierärzten, 18 Departements-, 50 Kreis-, 13 anderen beamteten Tierärzten und 56 Schlachthofdirektoren), die doch wohl sämtliche Schlachtarten gekannt haben dürften. Diese Sammlung ist dann 1902 noch durch 103 weitere Gutachten verstärkt worden. Nun behaupten die Schächtgegner allerdings, diese Gutachten seien „veraltet", „wertlos", „verbrauchte Waffen", weil inzwischen die Schußapparate vervollkommnet worden sind. Es hat aber gerade die Schußbetäubung in den Kreisen der Metzger den schärfsten Widerspruch gefunden. Auf eine Umfrage sind weit über 50 Antworten von Fleischerinnungen, ausnahmslos aus Großstädten, eingegangen, die sich über diese Tötungsmethode sehr ungünstig aussprachen, so daß der 28. Bezirkstag des Provinzialvereins Brandenburg des Deutschen Fleischerverbandes, an dem 150 Innungen teilnahmen, einstimmig „das Töten der Schlachttiere durch Schußapparat mißbilligte" und es als „eine allen Erfahrungen hohnsprechende Tötungsart" bezeichnete.

Nun steht aber fest, daß 16 Gutachten im Jahre 1901/02 erstattet sind von Männern der Wissenschaft und der Praxis, die die neuen Bolzenschußapparate sehr wohl kannten, gleichwohl der Schächtmethode den Vorzug gaben. Entscheidend für die Bewertung und Zulässigkeit einer Schlachtart ist selbstverständlich die Frage, wie schnell sich Bewußt- und damit Empfindungslosigkeit einstellt, denn was nachher mit dem Tiere vorgeht, ist nebensächlich, weil es nichts davon spürt. Wenn nun Physiologen und Veterinäre von anerkannter Kapazität erklären, daß beim Schächten diese Bewußtlosigkeit infolge des starken Blutergusses sofort, innerhalb weniger Sekunden eintritt, auf Grund der Fundamentalgesetze der Physiologie eintreten muß, dann verschlägt es doch wahrlich nicht das geringste, daß der gleiche Effekt auch durch andere Schlachtmethoden herbeigeführt werden kann. Ja, die Gegner des Schächtens bestreiten, daß dasselbe so schnelle Schmerzlosigkeit bewirkt; aber damit behaupten sie zugleich, daß die erlauchtesten Meister der Physiologie und Tiermedizin, daß ein Du Bois-Reymond, Virchow, Goltz, Grützner, Hoppe-Seyler, Pettenkofer, Lister, Schiff, Chauveau, Dammann, Ercolani, Gerlach usw. nicht nur in einer ihnen derart geläufigen Grundfrage ihrer Wissenschaft ge-

irrt, sondern unabhängig voneinander in demselben elementaren Irrtum sich zusammengefunden haben. Das wäre gewiß eine so auffallende, zumindest wenig wahrscheinliche Feststellung, daß dafür überragende Autoritäten oder absolut stichhaltige Argumente beigebracht werden müßten, was bisher aber nicht gelungen ist.

Dr. von Schwartz.

Nun behauptet freilich einer der literarischen Hauptgegner des Schächtens, Dr. von Schwartz, in seinem 259 Seiten starken Buche „Das betäubungslose Schächten der Tiere": „Dieses Gutachtenmaterial (der Schächtgegner) ist nicht nur weit umfangreicher, sondern auch wesentlich wissenschaftlicher." Merkwürdig nur, daß sowohl dieses Werk, wie überhaupt die gesamte schächtgegnerische Literatur das Votum gerade der „Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen", vielleicht der angesehensten und bedeutendsten medizinischen Körperschaft der Welt, hartnäckig totschweigt. Die Schächtgegner selber sind aber in der Auswahl ihrer „Autoritäten" nicht weniger als engherzig. Eine von den Herren Geh. Rat. Prof Kehrer und Med.-Rat Dr. Mittermaier-Heidelberg veranstaltete Rundfrage, deren 463 Antworten in einem 28 Seiten umfassenden Schriftchen: „Das Schlachten" (Heidelberg 1902) zusammengefaßt sind, sollte, wie behauptet wurde, nur Veterinären und Physiologen zugegangen sein. Es befinden sich aber unter den „Gutachtern" auch Frauenärzte, 18 Bürgermeister und ähnliche „Fachmänner". Der Verbandsvorstand der Tierschutzvereine hat dann selber eine Umfrage veranstaltet und das Material in seiner Zeitschrift, „Deutscher Tierfreund", durch Dr. von Schwartz bearbeiten lassen.[2]) Da wird nun triumphierend mitgeteilt, daß den 378 schächtgünstigen 574 schächtungünstige Gutachten gegenüberstehen; aber keine einzige Aeußerung wird vollinhaltlich wiedergegeben, einige kurze Sätze aus „Urteilen von 175 Schlachthofdirektoren" — das ist alles, was Schwartz präsentiert; auch Namen und Stand der Gutachter werden nicht angegeben; der Verfasser hat „auf Wunsch einiger Herren" hiervon abgesehen. Die wissenschaftliche Autorität obenerwähnter medizinischer Gutachter von Weltruf soll also einfach vernichtet werden durch völlig beweislose Behauptungen anonymer Gewährsmänner. Die Koryphäen der Wissenschaft haben zu schweigen gegenüber dem Bequemlichkeitsbedürfnis mancher Schlachthofbeamten. Merkwürdig ist auch, daß nur 175 dieser „Urteile", die sich in der Regel auf einen Satz oder auch nur auf einige Worte wie: „Schächten ist zu verwerfen" oder „Ich halte das Schächten für ein Unding" beschränken, wiedergegeben werden, während doch 574 Gutachten gegen das Schächten vorliegen sollen. Wie mögen wohl die fehlenden 399 — wenn sie überhaupt vorliegen — lauten?

Dr. Hildesheimer.

Der leider zu früh verstorbene Herausgeber der „Jüdischen Presse", Dr. Hirsch Hildesheimer, hat sich, unterstützt durch den Verband

---

2) Ergebnisse der Erhebungen über das Betäubungs- und Schächtverfahren in 585 Schlachthöfen Deutschlands.

Deutscher Juden, ein großes Verdienst erworben durch die systematische Aufklärung über die unehrliche Kampfesweise der Schächtgegner, deren treibende Kräfte auch nicht in den Kreisen der Tierschützler, sondern in gewissen politischen Kreisen zu suchen sind, die die konfessionelle Hetze gewerbsmäßig betreiben. Er hat in seiner letzten Schrift den Vorwurf, daß „es schwer fallen dürfte, ein zweites Buch zu finden, das in gleicher Weise von Unwahrheiten, Entstellungen, ja handgreiflichen Fälschungen strotzt, wie dasjenige des Dr. von Schwartz", nicht nur erhoben, sondern an einer Reihe von Beispielen drastischer Art erwiesen. Auf diese in einem Flugblatt noch einmal mit aller Schärfe wiederholte schwere Anschuldigung hat Dr. von Schwartz in keiner Weise reagiert, obwohl er zu einer gerichtlichen Klage geradezu herausgefordert wurde und formell dazu ausreichende Handhabe gehabt hätte. Damit hat er über die Glaub- und Vertrauenswürdigkeit seines Materials selbst das Urteil gesprochen.

Ueber die Schächtanträge der Antisemiten im Reichstage finden die Leser das wesentlichste in dem Kapitel: „Die parlamentarische Tätigkeit der Antisemiten."

Ritualmord. (Blutbeschuldigung.)

„Ein wahrer Christ wird diese Lehre immer bekämpfen."
Renan.

Die Judenfeinde des Mittelalters und die Antisemiten der Gegenwart behaupten, die Juden gebrauchten für ihren Ritus Christenblut. Sie sollen es zur Zubereitung ihres Osterbrotes (Mazzes) brauchen, zur Heilung abscheulicher Krankheiten, an denen die Juden leiden, zur Verbesserung des eigenen Blutes usw.

Die von den Antisemiten für ihre Behauptungen zitierten Autoritäten sind sämtlich mit Unrecht zitiert worden, außer Rohling, der aber als Fälscher gebrandmarkt ist.

Betrachten wir nun einmal die angeblich bewiesenen oder vermeintlich stattgefundenen Ritualmorde.

Schon ein Gutachten der Universität Leipzig vom 8. Mai 1714 gegen die Blutbeschuldigung konnte mit Recht darauf aufmerksam machen, daß man vor dem 13. Jahrhundert (richtiger wohl 12.) von der Blutbeschuldigung gegen die Juden nichts gehört habe. Dasselbe Gutachten weiß schon, daß die Fabel vom Ritualmord in dem Aberglauben der christlichen Bevölkerung wurzelt.

Der erste historische Ritualmord, auf den die Antisemiten sich berufen, soll an dem Knaben Simon in Trient begangen worden sein, der später heilig gesprochen worden ist, und darum könnte der Fall eine besondere Beweiskraft beanspruchen: **Simon von Trient.**

In Trient wurde, nachdem der Mönch Bernardin von Feltree 1475 kurz vor Ostern darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Juden ein Kind zu Ostern töten würden, in der Tat ein totes Kind im Wasser gefunden. Die Juden wurden angeklagt, das Kind aus Haß gegen Christus, also nicht zu einem

rituellen Zwecke, ermordet zu haben. Unter der Folter, das hat der Bischof Hinderbach von Trient selbst in seinen Briefen an den Papst eingeräumt, waren sie geständig, und demgemäß wurden sie verurteilt. Bei der Wiederholung des Prozesses im Jahre 1476 wurden sie aber freigesprochen. In dem in Rom im Jahre 1477/78 verhandelten dritten Prozesse handelte es sich nur um die Frage, ob der erste Prozeß formell regelrecht geführt worden sei. In einer Urkunde befahl der Papst dem Bischof, dafür zu sorgen, daß kein Christ sich anmaße, wegen des Trienter Vorfalls oder aus einem anderen Anlaß ohne Urteil der Landesobrigkeit irgendeinen Juden zu töten, zu verstümmeln, zu verwunden, von ihnen unberechtigt Geld zu erpressen, oder sie daran zu hindern, daß sie ihre vom Rechte erlaubten Riten weiter ausüben.

Bezeichnend ist es, daß die Antisemiten behaupten, der Papst und der päpstliche Legat in Trient seien von den Juden bestochen worden.

Andreas von Ryn.

Der zweite mittelalterliche Ritualmord ist ebensowenig erwiesen. Im Jahre 1462 sollen Juden den Knaben Andreas von Ryn ermordet haben:

Erst 157 Jahre später schreibt ein Arzt die Erzählung nieder. Er hat in einer Kirche eine Inschrift gefunden, die die Juden des Mordes, nicht aber der Blutabzapfung beschuldigt. Für die Beweiskraft dieser Inschrift spricht nicht gerade, daß sie erzählt, das Geld, das die Juden für den Knaben seinem Paten gegeben haben, habe sich in Laub verwandelt. Eine gerichtliche Untersuchung des Tatbestandes hat überhaupt nicht stattgefunden.

Thomas von Damaskus.

Im Jahre 1840 verschwand Pater Thomas von Damaskus mit seinem Diener, und es hieß, der Pater sei ermordet worden, und zwar von den Juden. Mit Hilfe der Folter brachte man einige Juden zum „Geständnis“. Der von der großen Londoner Gesellschaft zur Bekehrung der Juden nach Damaskus entsandte Missionar G. W. Pieritz berichtet über diesen Fall:

„Ich sah ein, daß die ganze Anklage gegen die Juden ein bloßes Machwerk war, und man ihnen jedes rechtliche Verteidigungsmittel verweigerte, während man die grausamsten Qualen anwendete, um ihnen falsche Geständnisse der Schuld zu erpressen, welche denn auch einige von ihnen feige genug waren, zu tun . . .“

Das wären die drei berühmtesten Fälle älteren Datums. Aber auch in der neueren Zeit fehlt es nicht an einigen Fällen, die sorgfältiger verfolgt, aber dennoch blutwenig oder richtiger gar nicht für die unsinnige Blutbeschuldigung sprechen.

Tisza-Eßlar.

Da ist zunächst der Fall von Tisza-Eßlar:

Am 1. April 1882 verschwand in dem ungarischen Dorfe Tisza-Eßlar die junge Esther Solymossy. Man beschuldigte die Juden, sie ermordet zu haben, um ihr Blut zu Osterbroten zu verwenden. Die Behörden wiesen die Verdächtigungen zurück. Aber der antisemitische Abg. Onody nahm sich der Sache an, und man verstand es, alles so zu schieben, daß ein den gesetzlichen Bedingungen nicht entsprechender Untersuchungsrichter Namens Bary mit der Untersuchung des Falles betraut wurde. Als später die Leiche des Mädchens, die in der Theiß bereits halb in Verwesung übergegangen war, gefunden wurde, stellte sich heraus, daß keinerlei Verletzungen an ihr zu finden waren. Das paßte dem Untersuchungsrichter ganz und gar nicht; er ließ die Zeugen so lange foltern, bis sie bekannten, die Leiche sei nicht die der Esther Solymossy. Zugleich wurde der Sohn des verdächtigen Juden Scharf so lange bearbeitet, bis er selbst seinen Vater des Mordes beschuldigte. Doch ergaben Augenschein und ärztliches Gutachten die Lügenhaftigkeit der von dem jungen Scharf gemachten Angaben, der übrigens nach Beendigung des Prozesses ihre Unwahrheit reuevoll

zugestand. Scharf und die anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Es dürfte feststehen, daß die von der Theiß gelandete Leiche die der Esther Solymossy war.

Der Fall erhielt später in der antisemitischen Presse noch einen besonderen sensationellen Aufputz durch eine „Enthüllung" des Führers der österreichischen Christlichsozialen, des Prinzen Alois Liechtenstein über den Fall Tiszar-Eszlar, die beweisen sollte, daß die Behörden nur aus Rücksicht auf einen zu gewärtigenden elementaren Ausbruch der Volksleidenschaft gegen die Gesamtheit der Juden diese gegen die Anschuldigung des Ritualmordes in Schutz nahmen. Graf Andrassy solle privatim im adligen Kasino erklärt haben, wenn die Untersuchung eine Schuld der Juden ergäbe, so würden am nächsten Tage 100000 Juden mit ihrem Leben dafür büßen müssen. Prinz Alois Liechtenstein.

Warum ist Fürst Liechtenstein mit seiner Mitteilung erst nach dem Tode des Grafen Andrassy an die Oeffentlichkeit getreten?

Es ist ferner nicht anzunehmen, daß Graf Andrassy, der doch kein Kretin war, einem politischen Gegner erzählt haben soll, er habe eine Untersuchung in falsche Bahnen geleitet, und zwar im Gegensatz zu den Bestrebungen und Agitationen eben der Partei des Fürsten Liechtenstein Die Behauptung des Prinzen Liechtenstein hat seinerzeit auch in Ungarn keinen Glauben gefunden. Die ehemaligen politischen Freunde und Anhänger Andrassys wendeten sich an seine beiden Söhne und forderten sie auf, hierüber eine Erklärung zu veröffentlichen. Die beiden Grafen Theodor und Julius Andrassy wollten aber damals sich nicht in eine Affäre mischen, deren Schauplatz der österreichische Reichsrat gewesen, und zwar aus politischen Gründen, aber mündlich erklärten sie, zu ihnen und im Kreise der Familie habe der Vater nie eine derartige Aeußerung getan und dieselbe würde gar nicht mit seinen sonstigen Anschauungen übereinstimmen. Diese Erklärung ist dann auch in mehreren Budapester Blättern veröffentlicht worden. Die „Neue Freie Presse" hat sofort (die Aeußerung des Prinzen fiel in der Sitzung des Oesterreichischen Reichsrats vom 10. November 1899) ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben, daß Prinz Alois Liechtenstein über die Aeußerung des Grafen Andrassy bis nach dessem Tode gewartet hat, und darauf verwiesen, daß das Erinnerungsvermögen des Prinzen Liechtenstein zu „Mißverständnissen" auch sonst beanlagt scheint. Als in der „Neuen Freien Presse" aus einer Flugschrift des Prinzen ein wörtliches Zitat angeführt worden, leugnete der Autor, eine solche Flugschrift je verfaßt zu haben, bis ihm ein Exemplar in natura vorgelegt worden.

Am 22. Januar 1884 wurde in Skurcz bei Pr.-Stargard in einem Sack die zerstückelte Leiche des Knaben Cybulla gefunden: Skurcz.

Ein gewisser Mankowski bekundete, den jüdischen Schlächtermeister Josephsohn nachts mit einem Sack gesehen zu haben. Er wurde verhaftet, aber der christliche Schlächter Behrent machte sich durch seine Hetzereien gegen die Juden beim Kriminalkommissar derart verdächtig, daß er verhaftet wurde, zumal er über seinen Aufenthalt während der Tat falsche Angaben gemacht und Mankowski erklärt hatte, daß der Träger des Sackes Behrent gewesen sei. Behrent wurde von den Geschworenen freigesprochen und wanderte kurz darauf nach Amerika aus.

Einige Tage vor dem Osterfest des Jahres 1891 verschwand in Korfu die achtjährige Tochter des jüdischen Schneiders Sarda: Korfu.

Am folgenden Tage wurde die Leiche des Mädchens mit schweren Verletzungen an Kopf, Hals und Armen neben der Synagoge gefunden. Trotzdem

es sich um die Tochter einer Jüdin handelte, wurde der Ritualmordlärm erhoben. Man sprengte nämlich aus, das Mädchen sei gar nicht die wirkliche Tochter des jüdischen Schneiders, sondern dessen Pflegekind, und er habe es eigens zu dem Zweck in Pflege genommen, um es später als österliches Opfer zu verwenden. Dieses Märchen hatte den Erfolg, daß die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen aufgereizt wurde, und die Juden wurden schließlich in ihrem Ghetto wie in einer Festung belagert.

Wegen der damals gegen die Juden begangenen Exzesse fanden im Januar 1892 mehrere Gerichtsverhandlungen vor dem Schwurgericht von Patras statt, in denen die Angeklagten zu zwölf bis fünfzehn Jahren Kerker verurteilt wurden. In diesen Verhandlungen wurde vom korfiotischen Untersuchungsrichter Farsi, dem Staatsanwalt Apostolides und dem korfiotischen Polizei-Inspektor Maritza festgestellt, daß die Ermordete in der Tat Jüdin gewesen ist.

Xanten. Am 29. Juni 1891 entdeckte eine Dienstmagd die Leiche des fünfjährigen Knaben Johann Hegemann in der Scheune des Kaufmanns Küppers in Xanten:

Es wurde festgestellt, daß der Hals des Knaben bis zum Rückenwirbel durchschnitten war, und der herbeigerufene Arzt schloß aus dem Umstande, daß nur wenig Blut zu sehen war, daß der Fundort nicht auch der Tatort sei. Bald lenkte sich der Verdacht auf den jüdischen Schlächtermeister Buschhoff, weil ein paar Kinder und auch Erwachsene gesehen haben wollten, daß der kleine Hegemann von der Frau und der Tochter des jüdischen Schlächtermeisters Buschhoff in die Scheune gezogen worden sei. Andere behaupteten, dieser habe den Knaben am Vormittage des 29. Juni in seinem Schlachthaus gezüchtigt, weil er ihm mehrere Grabsteine beschädigt hätte. Die Erregung der Bevölkerung machte sich in Exzessen Luft, so daß Buschhoff, um sich vor Verfolgungen zu sichern, den Bürgermeister um seine Verhaftung bat. Die jüdische Gemeinde in Xanten bat den Minister des Innern, auf ihre Kosten einen tüchtigen Kriminalbeamten behufs Entdeckung des Täters zu entsenden. Dem Ersuchen wurde stattgegeben, und nach einwöchiger Untersuchung ließ der Kommissar Buschhoff nebst Frau und Tochter als verdächtig verhaften. Das geschah am 14. Oktober 1891, aber nach genauerer Untersuchung wurde die Familie am 24. Dezember aus der Haft entlassen. Trotzdem erklärten die Antisemiten im ganzen Reich, Buschhoff sei der Mörder, der Knabe sei zu rituellen Zwecken ermordet worden, und sie verlangten in Versammlungen neues Einschreiten. Buschhoff wurde am 8. Februar 1892 zum zweitenmal verhaftet. Die zehntägigen Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Cleve endeten mit der Freisprechung Buschhoffs.

Polna. Am 1. April 1899 wurde in einem Walde bei Polna (Böhmen) die Leiche der seit dem 29. März vermißten 19jährigen Näherin Hruza gefunden:

Der Verdacht, den Mord verübt zu haben, fiel auf den 23 Jahre alten Israeliten Hilsner, einen arbeitsscheuen Menschen, der sich oft im Walde umhergetrieben hatte. In ganz Böhmen fanden wüste Ausschreitungen gegen die Juden statt. Nach fünftägigen Verhandlungen erklärte das Kreisgericht Kuttenberg einstimmig Hilsner für mitschuldig am Morde, der darauf zum Tode verurteilt wurde. Prof. Masaryk und die Wiener „Juristischen Blätter" verlangten eine Revision des Prozesses. Der Oberste Gerichtshof beschloß, die Sache behufs wiederholter Prüfung des Untersuchungsergebnisses durch neue Geschworenen an das Kreisgericht zu Pisek zu verweisen. Die Geschworenen in Pisek, auf die die Antisemiten ebenfalls mit allen Mitteln einwirkten, erklärten einstimmig Hilsner für mitschuldig, nahmen also einen Ritualmord an. Hilsner wurde später zu lebenslänglichem schweren Kerker begnadigt, da dies das einzige Mittel war, das Aeußerste des Justizmordes zu verhindern.

Der jüdische Rabbinatskandidat Max Bernstein in Breslau war am 21. Februar 1889 wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilt worden, weil er einem christlichen Knaben, Severin Hacke, eine leichte Ritzung an der Haut des Gliedes zugefügt hatte, wobei einige Tropfen Blut hervorgekommen waren: **Der Fall Bernstein.**

Dieser Fall wurde und wird noch von den Antisemiten weidlich ausgenutzt. Aber schon deshalb mit Unrecht, weil nach dem eigenen Geständnis B.'s er auch an zwei jüdischen Knaben dieselbe Verletzung vorgenommen hat und weil er die wenigen Tropfen Blut durch Löschpapier hat aufsaugen lassen. Zudem war B. nach dem Gutachten der Königl. Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen geisteskrank.

Seit dem 11. März 1900 war der 18 jährige Obertertianer Ernst Winter in Konitz verschwunden. Man glaubte, er sei im Mönchsee ertrunken. Nach einigen Tagen wurden Teile seines Leichnams gefunden. Der Umstand, daß die Synagoge in der Nähe des Sees liegt, genügte den Antisemiten, einen Ritualmord zu vermuten: **Konitz.**

Die Bevölkerung war aufs höchste aufgeregt, und die Antisemiten, vor allem der Herausgeber der „Staatsbürger-Ztg.", Wilhelm Bruhn, steigerten die Aufregung ins ungeheuerliche. Es kam in Konitz und zahlreichen Nachbarorten, wie Tuchel, Bütow, Stolp, Baldenburg zu offener Empörung, die Strafen von 4 Monaten Gefängnis bis zu 3 Jahren Zuchthaus zur Folge hatte. Ein Mitglied des Herrenhauses, v. Hertzberg-Lottin, kündigte eine Interpellation an, in welcher von der Regierung der Nachweis verlangt wurde, daß „die in den letzten Jahren vorgekommenen unaufgeklärten Morde an christlichen Jünglingen und Jungfrauen nicht von den Juden begangene sogenannte „Ritualmorde" sind". Der edle Herr fand nicht die erforderlichen 20 Unterschriften. — Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Juden Israelski, einen notorischen Trunkenbold, und gegen den christlichen Schlächtermeister Hoffmann. Man vermutete nämlich, daß, da Winter ein ausschweifendes Leben geführt hatte, er vielleicht einem beleidigten Gatten oder Vater in die Hände gefallen und von diesem getötet worden sei. Verschiedene Umstände ließen die Vermutung zu, daß Hoffmann im Zorn oder aus Rache Winter getötet hatte. Beide wurden verhaftet. Die Verhaftung Hoffmanns hatte, da die Bevölkerung durchaus an Ritualmörder glaubte, Ausschreitungen zur Folge. Die Synagoge wurde demoliert, und Militär mußte einrücken. Auf die Entdeckung des Mörders wurde ein hoher Preis ausgesetzt. Wegen mangelnden Beweises wurde Hoffmann außer Verfolgung gesetzt, Israelskis Freilassung erfolgte später. — Trotz der angespanntesten Tätigkeit der Behörden beschuldigten die Antisemiten die Regierung, daß sie die Untersuchung zugunsten der Juden führen ließe. Die Regierung wies in einem offiziösen Exposé den Vorwurf zurück, daß „die beteiligten Beamten voreingenommen und von dem Wunsche geleitet gewesen seien, gewisse Bevölkerungsklassen zu schonen. Vielmehr ist jedem Verdacht, gleichviel auf welchen Täter und auf welches Motiv der Tat er hindeutete, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln nachgegangen worden. Statt aber die Behörden zu unterstützen, welche objektiv und nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit zu ermitteln und den Schuldigen zur Strafe zu ziehen bestrebt waren, hat ein erheblicher Teil der Bevölkerung sich durch parteipolitische Agitation und durch eine skrupellose Tätigkeit gewisser Preßorgane in den Bann bestimmter Vorstellungen zwingen lassen. Infolge dieser Beeinflussung, die durch Verbreitung zahlreicher unwahrer Behauptungen über die Ergebnisse der Untersuchung gefördert wurde, hat sich in weiten Kreisen die Ueberzeugung festgesetzt, daß es sich bei diesem Verbrechen um einen jüdischen Ritualmord handele, obwohl die bisherigen, auch nach dieser

von Hertzberg-Lottin.

Erklärung der Regierung.

Richtung mit allem Ernst angestellten Ermittelungen nichts ergeben haben, was eine solche Annahme — selbst bei Voraussetzung der Möglichkeit von Ritualmorden — rechtfertigen könnte."

Interpellation in den Parlamenten.

Im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause wurde der Konitzer Mord zur Sprache gebracht und immer wieder den Behörden vorgeworfen, sie führten die Untersuchung zugunsten der Juden. Die Antisemiten setzten ein eigenes Untersuchungskomitee ein. Im Abgeordnetenhause erklärte Minister Schönstedt, daß „die Justizverwaltung von Anfang an mit der größten Aufmerksamkeit, dem größten Eifer dieser Untersuchung gefolgt ist und ihrerseits alles getan hat, um zur Entdeckung dieses schweren Verbrechens zu gelangen".

Der Schlächtergeselle Moritz Lewy wurde anläßlich eines Zwischenfalles bezw. Meineides zu Zuchthaus verurteilt, im übrigen aber hat sich die Familie Lewy von dem Verdachte der Beteiligung an dem Morde vollkommen gereinigt, was auch gegenüber den antisemitischen Verleumdungen der Justizminister Schönstedt im Abgeordnetenhause erklärte. — Genug, bis auf den heutigen Tag ist der Mörder Winters nicht entdeckt und noch heute das Motiv zur Tat unbekannt. Nur daß es sich um keinen Ritualmord[1]) gehandelt hat, weil es einen jüdischen Ritualmord überhaupt nicht gibt, das steht fest. — Verhängnisvoller wurde die Konitzer Mordaffäre u. a. für Wilhelm Bruhn, der am 11. Oktober 1902 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er aus Anlaß des Konitzer Mordes Behörden und Beamte der Parteilichkeit zugunsten der Juden und verschiedene Juden direkt der Beteiligung an der Ermordung Winters beschuldigt hatte.[2]) Ein Redakteur der „Staatsbürger-Ztg.", Dr. Böttcher, erhielt wegen des gleichen Delikts 1 Jahr Gefängnis. — Es versteht sich von selbst, daß die Antisemiten noch immer den „Konitzer Ritualmord" ausschlachten. Den Gedenktag des Mordes feiert ihre Presse fast alljährlich durch wüste Beschimpfungen der Juden.

„Berliner Blatt".

[1]) In Anschluß an den „Staatsbürgerzeitungs"-Prozeß äußerte sich das vom Bund der Landwirte herausgegebene stramm antisemitische „Berliner Blatt" mit bemerkenswerter Unbefangenheit über den Konitzer Mord:

„Wir wiederholen, was wir schon so oft sagten: Solange uns nicht klipp und klar das Gegenteil bewiesen worden ist, glauben wir nicht an einen Ritualmord. Die Konitzer Jugend hatte seltsame Gepflogenheiten. Wem die Jugend bereits mit 16 Jahren keine holde Jugendeselei, kein verlegenes Anschmachten eines roten Seidenbändchens im schwarzen Zopf mehr ist, sondern eine verdammt ernsthafte Sache, wer die Liebe so auffaßt, wie es die Freundesschar um Ernst Winter tat, dem kann es leichtlich passieren, daß er nicht nur gehörig durchgeprügelt, sondern unter Umständen auch totgeschlagen wird."

Bruhn im Konitzprozeß.

[2]) In der Begründung des Urteils hieß es ausdrücklich:

„In beiden Beziehungen hat die Hauptverhandlung gezeigt, daß keine Spur von Beweis den Angeklagten gelungen ist, und zwar weder der Beweis der Tat, noch der Beweis dafür, daß sie sich zur Erhebung der betreffenden Vorwürfe für berechtigt erachten konnten."

„Es ist klar, daß derartige Ausstreuungen und Verbreitungen weit über das Maß des Erlaubten, weit über das Maß dessen, was jede anständige Presse sich gestatten darf, hinausgehen, und wenn jemand in dieser Weise verfährt, so heißt das, mit der Ehre der Mitmenschen ein grausames Spiel treiben."

Bezeichnend war auch, daß Kriminalkommissar Wehn im Laufe des Prozesses aussagte, er sei als Antisemit nach Konitz gekommen, habe aber dort aufgehört es zu sein.

Nach dem Konitzer Morde hat kein angeblicher Ritualmord mehr größeres Aufsehen gemacht. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß nicht häufig genug noch Ritualmordmärchen aufgetaucht wären, die sich freilich alsbald herausstellten als Erfindungen zu agitatorischen Zwecken, aus Bosheit, Rache oder auch um den Verdacht auf eine andere Spur zu leiten, und zu — Plünderungszwecken. Aus Posen, Bromberg, Jutroschin, Schroda, Rosenberg und Beuthen in Oberschlesien, Ulm und anderen deutschen Städten sind solche Märchen gemeldet worden. Daß im österreichischen Abgeordnetenhause der Ministerpräsident Körber die Beschuldigung, daß einer gewissen Marie Hanel in Jägerndorf Blut abgezapft worden sei, als jeder Begründung entbehrend, der Kiewer Prof. Sikorski nach eingehender Untersuchung des Falles in Dubossari die Blutbeschuldigung gleichfalls zurückwies, hinderte nicht, daß die antisemitischen Hetzer immer neue Ritualmorde sich aus den Fingern sogen und blöde Menschen daran glaubten. Ist es, wenn in dem aufgeklärten Deutschland, in der Metropole der Intelligenz, Berlin, Antisemitenblätter bald versteckt, bald offen Ritualmorde zu melden wußten, zu verwundern, daß die ungebildeten Massen in Rußland (in Kiew ist noch im Sommer 1911 ein Ritualmord als Schwindel aufgedeckt worden), Galizien, Böhmen, Rumänien usw. solche wirklich glaubten und jedenfalls diese „Ritualmorde" oder Mordversuche zu Plünderungszwecken benutzten? — Hat doch selbst der frühere antisemitische Reichstagsabgeordnete Pastor Kröséll-Kloxin (siehe auch das Kapitel: „Die Juden und die Sittlichkeit") in Pommern „wissenschaftliche" Vorträge über den Ritualmord gehalten, bis ihm die Kirchenbehörde das Handwerk legte.

Die Abwälzung der Schuld auf die Juden wird den Mördern von einer durch antisemitische Hetzliteratur aufgeregten Bevölkerung förmlich entgegengetragen. Es ist natürlich möglich, daß solche Morde auch von Juden begangen sind. Der bekannte evangelische Theologe Prof. Strack, der in der jüdischen Literatur sehr belesen ist, kennt nur die Benutzung eigenen Blutes als abergläubischen Gebrauch bei Juden. Sollte trotzdem einer oder der andere Fall dieser Art von einem Juden begangen sein, was bisher nicht erwiesen zu sein scheint, so ist er hierbei nicht einem jüdischen Aberglauben gefolgt, sondern einem allgemeinen. **Prof. Strack.**

Die Antisemiten können keine wissenschaftliche Autorität für die Existenz eines Ritualmordes anführen, keinen historisch sicheren Fall nennen, der einen Juden als Ritualmörder feststellt. Wohl aber stehen sie einem erdrückenden Beweismaterial gegen die Blutbeschuldigung gegenüber.

Vielleicht der stärkste Beweis gegen die Blutbeschuldigung ist die Tatsache, daß sie über tausend Jahre gegen die christliche Kirche und christliche Sekten erhoben wurde, bevor sie gegen die Juden am Ende des zwölften Jahrhunderts zuerst auftauchte.

Die Christen des zweiten und dritten Jahrhunderts hatten unter der Blutbeschuldigung schwer zu leiden. Die Verteidigung der Kirchenväter könnte heute wörtlich von den Juden wiederholt werden.

Die Päpste gegen die Blutbeschuldigung.

Im Mittelalter sind mehrere Päpste in Bullen und Erlassen mit allem Nachdruck gegen die Blutbeschuldigung der Juden eingetreten und zwar Innocenz IV., Gregor X., Martin V. und Paul III.

Wir lassen eine Aeußerung Luthers folgen. Er sagt (Tom. 5 Witt. Fol. 443):

„Darumb war meine Bitte, daß man sauberlich mit inen (den Juden) umgienge, und auß der h. Schrift sie underrichtete, so möchte irer etliche herbey kommen, aber nun sie mit Gewalt treiben, und gehen mit Lügenteydung umb, geben ihnen Schuldt, sie müssen Christenblut haben, daß sie nicht stinken und weiß nicht was deß Narrenwerks mehr ist, daß man sie gleich für Hunde hält, was sollen wir guts an ihnen schaffen?"

Von hervorragenden geborenen Christen, die gegen die Blutbeschuldigung Stellung genommen haben, seien genannt: Fürstbischof Kopp, Bischof Reinkens, die Professoren Franz Delitzsch, Nöldeke, Strack, Wünsche, Adolf Camphausen, Gustav Freytag, Victor Hugo, Renan, Eduard von Hartmann, die Universitäten zu Amsterdam, Leyden, Utrecht usw. Ja, selbst der bekannte Antisemit Paul de Lagarde erbot sich (Göttingen, 7. Oktober 1882) in irgendeiner gerichtlichen Verhandlung als Zeuge dafür aufzutreten, daß nach seiner festen Ueberzeugung das Judentum, wie es in der Bibel, Halacha und Haggada, amtlich anerkannt vorliegt, und wie es in einer umfänglichen Literatur zum Ausdruck gebracht ist, niemals Menschenblut für religiöse Zwecke zu verwenden verlangt habe.

Lagarde.

Diesem Urteil schloß sich Oktober 1899 der Orientalistenkongreß zu Rom einstimmig mit folgender, vom Kirchenrat Prof. Dr. Kautzsch-Halle eingebrachten Resolution an:

„Die zum XII. internationalen Kongreß in Rom versammelten Orientalisten erachten es angesichts erneuter Vorgänge für ihre Pflicht, auszusprechen: Die Beschuldigung, daß jemals durch irgendwelche für Anhänger der jüdischen Religion geltende Vorschriften die Benutzung von Christenblut für rituelle Zwecke gefordert oder auch nur angedeutet worden wäre, ist eine schlechthin unsinnige und des ausgehenden 19. Jahrhunderts unwürdig."

Wer sich über die einzelnen von den Antisemiten parteipolitisch ausgeschlachteten „Ritualmorde" und über die Gutachten der wissenschaftlichen und theologischen Autoritäten, die das Vorkommen solcher Morde entschieden bestreiten, näher unterrichten will, findet in der 2. Auflage des Ant.-Spiegels (1900) das einschlägige Material.

Wucher.

Der „jüdische Wucher" ist dank der jahrelangen antisemitischen Hetze nahezu ein feststehender Begriff — wenigstens in den Augen der urteilslosen Menge — geworden, und doch ist diese Zusammenstellung nichts weiter als ein schillerndes Schlagwort. Wir wissen uns frei von jeder

Schwäche oder Beschönigungssucht gegenüber finanzieller Ausbeutung und Betrügerei und sind uns darüber klar, daß man der Judenschaft in den früheren Jahrhunderten den Geldwucher mit einer gewissen Berechtigung als ein spezifisch jüdisches Vergehen hat nachsagen können. Welche wirtschaftlichen und ethischen Gründe zu diesen Mißständen geführt haben und führen mußten, ist bekannt und bleibe hier unerörtert. Wie aber kann man diesen ehedem objektiv berechtigten Vorwurf noch heute nicht etwa nur als eine, sondern als die hauptsächlichste Waffe im Kampfe gegen das Judentum benutzen, wo die Juden als Gesamtheit längst das Ghetto verlassen und sich zahlreichen anderen Berufen zugewandt haben, die ihnen ehedem verschlossen waren? Wie kann man angesichts der Statistik (siehe auch das Kapitel: „Die Kriminalstatistik der Juden"), die seit Jahrzehnten im Durchschnitt nur ganz minimale Verurteilungen jüdischer Wucherer (gegenüber der 4—5 fachen Zahl nichtjüdischer) zu melden weiß, einem Bevölkerungsteil von rund 600 000 Köpfen den Wucher noch im 20. Jahrhundert als Erb- und Nationallaster zur Last legen! Selbst gesetzt den Fall, daß nur ein kleiner Teil jüdischer Wuchervergehen gerichtliche Sühne findet, gesetzt sogar, daß nicht nur 10 oder 12, sondern 100, 200 oder 500 jüdische Wucherer bei uns alljährlich Strafe verdienten, und straflos bleiben, was wollen diese paar hundert unreeller Schädlinge und Geldverleiher den zahllosen ehrlich arbeitenden jüdischen Geschäftsleuten gegenüber bedeuten, was den nahezu 60 000 jüdischen Arbeitern gegenüber, die die letzte Berufsstatistik festgestellt hat, was gegenüber den zahlreichen Vertretern wissenschaftlicher, künstlerischer, industrieller Berufe usw.?

Wir können den ganzen Komplex der gegen die Juden gerichteten Beschuldigungen des Wuchers hier nicht in der gleichen Ausführlichkeit wie in der letzten Auflage des „Ant.-Spiegels" (1900) behandeln und greifen daher nur einige antisemitische Klischee-„Schlagworte" heraus:

I. Gestattet die jüdische Religion den Wucher?

Die Frage ist mit einem glatten Nein zu beantworten. Die ganze Theorie des kanonischen Rechts über das Verbot des Zinsnehmens stammt gerade aus dem mosaischen Recht; die gegenteilige antisemitische Behauptung hat leider in einer irrtümlichen Uebersetzung Luthers eine gewisse Stütze gefunden, der im 5. Buch Mose, Kap. 23, V. 19 und 20 sagt: „An den Fremden magst du wuchern, aber nicht deinem Bruder."

Luther über Wucher.

Indessen hat sowohl in der hebräischen Sprache das Wort nesdech, wie in der Sprache Luthers das an dieser Stelle vorkommende Wort „Wuchern" nicht die Bedeutung des „Wuchers" in unserem Sinne, das heißt des übermäßigen Zinsnehmens, sondern lediglich des Zinsnehmens überhaupt. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt die erwähnte Stelle eine ganz andere Bedeutung. Innerhalb des eigenen Volkes ist das „Zinsnehmen" demnach überhaupt ver-

boten, dem Ausländer gegenüber wird das Zinsnehmen gestattet, keineswegs aber der „Wucher" in unserem Sinne, wie überhaupt die Uebervorteilung des Fremden streng verboten war.

Die Rabbiner empfehlen übrigens, wie im Schulchan Aruch nachzulesen ist, auch den Heiden Geld ohne Zinsen zu leihen.

II. Die Erziehung der Juden zum Wucher.

Es ist unwahr, daß die Juden von jeher den Wucher betrieben haben. Bis zur Zeit der Kreuzzüge hören wir in dieser Beziehung keine Anklage gegen sie.

Allerdings behauptete der Abg. Liebermann von Sonnenberg in der Reichstagssitzung vom 17. November 1891, „daß die Juden schon im alten römischen Reich, wo sie in der Zerstreuung lebten, vorzugsweise Wucher betrieben." Diese Behauptung

Dr. Herrlich.

hat Herr Gymnasial-Oberlehrer Dr. S. Herrlich (November 1891) in der „Nat.-Ztg." für „tatsächlich unbegründet und unwahr" erklärt. Er weist gleichfalls darauf hin, daß keine einzige der vielen Stellen, die gegen die Juden gerichtet sind, etwas über den Wucher enthält. „Und doch," betont Dr. Herrlich, „ist ja jedem Geschichtskundigen bekannt, in wie entsetzlicher Weise im Römerreiche der Wucher betrieben wurde, und zwar von Mitgliedern der beiden vornehmsten Stände, den Senatoren und den Rittern." Aus den Briefen Ciceros erfahren wir z. B., daß der junge Brutus auf Cypern Geld zu 48 pCt. auslieh.

Erst als das spätere Mittelalter die Juden vom Grundbesitz, vom ehrbaren Handel und allen anständigen Gewerben ausschloß, wendeten sie sich dem Wucher und Schacher zu, um ihr Leben zu fristen. Der

Prof. Stobbe.

deutsche Rechtshistoriker, Prof. Stobbe, beweist in seinem Buche: „Die Juden in Deutschland während des Mittelalters", S. 105:

„Die ganze Ausbildung des gewerblichen Lebens und das Innungswesen schloß den Juden von jeder Teilnahme am Handwerk und Handel aus, und es blieb ihm keine andere Wahl, als vom Schacher und Wucher zu leben, denn der mittelalterliche Staat ließ ihm keine anderen Erwerbsquellen."

Die hohen Wucherzinsen, die die Juden nahmen, erklären sich auch aus der beständigen Gefahr, ihr Kapital zu verlieren; wiederholt wurden durch einfache Gewaltakte die bei Juden gemachten Anleihen für erloschen erklärt; es existieren diesbezügliche Edikte von Kaiser Wenzel, Philipp II. und Ludwig X. von Frankreich. Andere Fürsten verpfändeten die Juden als geeignete Ausbeutungsobjekte, wie Kaiser Karl IV. die Frankfurter Juden. So ist es zu erklären, daß vielfach Fürsten sich von den Kaisern das Privileg erteilen ließen, Juden halten zu dürfen, um diesen durch gelegentliche Brandschatzungen den Wuchermammon wieder abnehmen zu können. Charakteristisch ist in dieser Beziehung das Privileg Friedrichs III. vom Jahre 1470 und ein Edikt Wladislaus' von Böhmen, der 1487 anordnete:

„Wo der Christ 10 Schock nimmt, soll der Jude 20 im Jahre nehmen dürfen, weil, wenn er so wenig nehmen würde wie der Christ, er nicht leben könnte, da er zuerst uns gegenüber seinen Pflichten nachkommen muß, zweitens dem Herrn, dessen Schutz er sich empfohlen hat, zahlen muß, drittens selbst die Interessen zu berichtigen hat, viertens selten ein Amt, dessen Dienst er nötig hat, ihn umsonst entläßt, und er endlich selbst etwas haben muß, um davon mit Weib und Kindern leben zu können" (vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen, Bd. V, Abt. I, S. 445).

Sehr bemerkenswert und instruktiv ist, was Karl Lamprecht in seiner „Deutschen Wirtschaftslehre im Mittelalter" über den Einfluß der vermögenden Juden im Mosellande, über ihr Verhältnis zu den Großen und ihren Einfluß mitteilt: Er sagt Bd. I, S. 1455 f.: **Prof. Lamprecht.**

„Der Jude gehörte mit Leib und Gut dem Landesherrn; dieser konnte ihm de jure alles und jedes nehmen, nicht einmal ein gesichertes Erbfolgerecht war vorhanden. Dieser klaffende Riß zwischen materieller und rechtlicher Lage mußte zu höchst abnormen Erscheinungen führen. Auf der einen Seite lag die Versuchung für den Landesherrn unüberwindlich nahe, die reichen oder reich werdenden Juden vermittelst jährlicher Prekareien oder Pächte legal zu brandschatzen und diese Brandschatzung wohl gar zum integrierenden Bestandteil seiner Finanzpolitik zu machen. Auf der anderen Seite mußte sich der Jude daran gewöhnen, va banque zu spielen, fürs Leben herauszuschlagen, was herauszuschlagen war. In dieser Empfindung wurzelt wohl nicht zum geringsten Teil der Wuchersinn der Juden des späteren Mittelalters."

III. Christlicher Wucher.

Uebrigens wurde trotz des kanonischen Zinsverbots im Mittelalter auch von den Christen in großem Umfange Wucher getrieben. Ja, der christliche Wucher wurde noch oft unerträglicher als der „Judenwucher", und die Härte jenes wird oft genug betont und beklagt. Man irrt nun freilich, wenn man glaubt, der Wucher der Juden hätte den der Christen hervorgerufen. Nein, die Germanen des Früh-Mittelalters kannten ihn sehr gut. König Alfred der Angelsachse (Aelfr.-Ges. 35), Alfred der Bekenner und der angelsächsische Bischof David setzten Strafen wegen Wuchers fest.

Wie es in katholischen Gebieten mit der „wucherlichen Umgehung und Mißachtung der kirchlichen Gesetze und Gebote" aussah, zeigt u. a. die Aeußerung des Jesuiten Georg Scherer. Durch strenge Reichsgesetze sei den Juden das Wuchern verboten worden,

„aber die Christen tun es der Zeit mit Finanzen und Wuchern den Juden weit bevor und rennen oftmals mit dem Judenspieß viel stärker als die Juden selber, welche gelbe Ringe vor Jahren tragen mußten."

Und Philipp der Großmütige von Hessen schrieb an seine Ratgeber:

„Er habe in Erfahrung gebracht, daß etliche Juden seinen Untertanen mehr Liebes und Gutes mit Leihen und Vorstrecken getan und weniger Wucher genommen hätten als die Christen."

Als Bernhard v. Clairvaux im Jahre 1146 während des zweiten Kreuzzuges von der Verfolgung der Juden abmahnte, machte er als Grund geltend, daß, wenn die Juden nicht da wären, die christlichen Wucherer es noch übler wie die Juden machen würden. Geiler

von Kaisersberg nennt (nach Hanssen) die großen christlichen Handelshäuser der Welser und Hochstätter in Augsburg u. a. „größere und schlimmere Ueberlister und Schinder des Volkes als die Juden".

Die Statuten der Hildesheimischen Diözesan-Synode aus dem 15. Jahrhundert wenden sich, bemerkt Domkapitular Dr. Adolf Bertram in seiner „Geschichte des Bistums Hildesheim", I., S. 429 (Hildesheim, Lax, 1899), „mit merklicher Schärfe" gegen das Laster des Wuchers:

„In unseren Gegenden ist, künden die Synodalstatuten, die Sünde des Wuchers so sehr eingerissen, daß manche Christen in Stadt und Stift in ihren Zinsgeschäften schlimmer als Juden sind, andere Geschäfte und Arbeit scheuen, um verbotenem Gewinne nachzugehen."

Die Grafen Philipp und Heinrich von Isenburg-Büdingen sehen sich im Jahre 1581 — erst 70 Jahre später wird der erste Schutzjude in ihrer Grafschaft aufgenommen — genötigt, ihre christlichen Untertanen vor dem „ungöttlichen, schändlichen Wucher, der in unserer Gemeinschaft zu Büdingen täglicher und je länger je mehr einreißt und überhand nimmt", zu warnen.

IV. Umfang des Wuchers.

Enquete. Eine brauchbare Enquete über den Umfang, in welchem der Wucher in den einzelnen Landesteilen betrieben wird, ist nicht vorhanden. Der Verein für Sozialpolitik, welcher sich um Erforschung sozialer Verhältnisse vielfache Verdienste erworben, hat zwar eine solche veranstaltet[1]), diese Erhebung war jedoch verfehlt, teils weil der Fragebogen schlecht verfaßt war, teils weil den Referenten zu große Bezirke zugewiesen wurden. Statt Tatsachen festzustellen, begnügten sich viele Berichterstatter als richtig vorauszusetzen, was erst nachgewiesen werden sollte. Andere gaben Daten, welche mangels genauerer Angaben über Ort und Zeit nicht überprüft werden konnten. Der Herausgeber, Herr Geh. Ober-Reg.-Rat Thiel, der in der Vorrede selbst von „Stimmungsbildern" spricht, gab in der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik am 28. September 1888 zu, daß der wissenschaftliche Wert der meisten Berichte allerdings ein fraglicher sei.

Obschon in der Mehrzahl jener oben charakterisierten Berichte „die Stimmung" sich kundgibt, daß die Juden ganz besonders am Wucher beteiligt sind, so fehlt es darin doch nicht an Aeußerungen, welche ausdrücklich hervorheben, daß auch Christen, und zwar keineswegs in geringer Zahl, Wucher treiben. So heißt es in dem Referate über Brandenburg von J. Schneider in dem Kapitel „Geld und Creditwucher" S. 291:

„Was die Personen betrifft, welche den Wucher hauptsächlich betreiben, so sind dies Leute aus sehr verschiedenen Berufsklassen und Lebensstellungen. In manchen Gegenden sind es allerdings hauptsächlich jüdische Handelsleute,

---

[1]) Der Wucher auf dem Lande, Leipzig 1887.

außerdem aber, wenn auch weniger zahlreich, christliche Geschäftsleute; in anderen Gegenden aber, wie z. B. in einzelnen Teilen der Priegnitz, sind es seltener Juden, als vielmehr gerade Christen, und zwar besonders ehemalige Landwirte und Gastwirte, ferner Kaufleute und andere Persönlichkeiten, welche die wucherische Ausbeutung der benachbarten Landwirte betreiben. In mehreren Bezirken, wie z. B. in der Niederlausitz, sind es übrigens auch wohlhabende Bauern, welche dieses Geschäft ihren weniger glücklich situierten Nachbarn gegenüber in Anwendung bringen."

Der bekannte konservative Abg. v. Below-Saleske erklärte in der Verhandlung des Landes-Oekonomiekollegiums vom 9. und 11. November 1886: von Below-Saleske.

„Nach meiner Meinung gibt es auch bei uns (in Pommern) ebensoviel israelitische wie christliche Wucherer, wenngleich in den kleinen Städten die Zahl der ersteren wohl überwiegt."

In der Schrift des Landgerichtsdirektors E. Barre „Der ländliche Wucher", Berlin 1890, heißt es S. 32 f.:

„Es muß betont werden, daß der Wucher in diesen Gegenden nicht ausschließlich den vielgeschmähten Israeliten zur Last fällt. Es ist viel christliches Kapital durch Wucherzinsen verdient, und es schadet den an sich so löblichen Bestrebungen mancher gegen den Wucher gerichteten Vereine, daß sie stets nur von jüdischem Wucher reden, während der christliche Wucher sich gerade so breit macht."

Im Jahre 1909 klagte eine Zuschrift an die freikonservative „Schles. Ztg." über den Wucher einer der größten polnischen Parzellierungsbanken, die es fertiggebracht hatte, einem kleinen polnischen Manne für die Gewährung eines Darlehns von 900 M., welche er zum Ankauf eines Grundstücks bedurfte, 220 M., d. h. 24½ pCt., Provision abzupressen. Die polnische Presse, welche diesen Fall unter Benennung der Bank, sowie der Bezeichnung des Namens und Wohnorts des Ausgebeuteten in schärfster Weise kritisierte, deutete dabei an, daß die Akten des betreffenden Instituts aus den letzten Jahren zeigen könnten, „wie viele unglückliche Opfer die unersättliche Habgier des Vorstandes (an dessen Spitze ein Geistlicher stand. D. R. d. „A.-Sp.") und der Aufsichtsratsmitglieder bereits verschlungen hat".

Selbst der Sohn und Nachfolger des Stifters der Raiffeisenkassen hat in einer Versammlung in Bebra dagegen Verwahrung eingelegt, daß man die Darlehnskassen als Vereine gegen den Wucher und die Kassenverbände als antisemitische Vereinigungen betrachte. „Man möchte" — sagte er — „den Wucher vorzugsweise den Semiten zuschreiben. Dies ist durchaus nicht den Tatsachen entsprechend." Er fügte hinzu, daß er 8 Jahre in Spanien gelebt habe, wo der Wucher in üppiger Blüte stehe, obwohl es dort fast gar keine Juden gebe. Dort seien es vielmehr die christlichen Landbewohner, welche den Wucher betreiben. Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf das Kapitel: „Der Antisemitismus im Auslande", wo nachgewiesen wird, daß der Wucher in Rußland und Raiffeisen.

Rumänien ebenfalls sehr stark von Christen, Landwirten und Geistlichen, betrieben wird.

V. Abhilfemittel gegen den Wucher.

Die Wucherprozesse enthüllen häufig eine große Unkenntnis der einfachsten geschäftlichen Dinge und einen hohen Grad von Unbeholfenheit und wirtschaftlichem Leichtsinn. Das hat recht drastisch in neuester Zeit (April 1911) der Wucherprozeß Strauß in Marburg gezeigt. Zwei Jahrzehnte hindurch haben die Antisemiten in Hessen eine geradezu abscheuliche Hetze gegen die Juden, insbesondere gegen die jüdischen Wucherer entfesselt, für die systematische Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung, für die Hebung ihres geistigen Niveaus haben sie jedoch nicht das mindeste getan. Die hessische Landbevölkerung steht, was Rückständigkeit in geschäftlichen Dingen anlangt, noch genau da, wo sie vor 20 Jahren stand, als Herr Dr. Böckel gegen den „jüdischen Wucher" in Hessen[2]) mobil machte. Solange immer nur nach Staatshilfe geschrieen, jede Erziehung zur Selbsthilfe aber vernachlässigt wird, bleibt es auch so. Der Staat kann unmöglich hinter jeden Bauer einen Polizisten stellen, damit dieser aufpaßt, daß der Bauer nicht betrogen wird. Die ländliche Bevölkerung wird sich selber durch die Mittel der Selbsthilfe eine größere geschäftliche Klugheit und Tüchtigkeit aneignen und durch entsprechende Maßnahmen — Ausbau des Genossenschaftswesens usw. — von Betrügern und Wucherern befreien müssen.

Man kläre den Landmann über die Formen des wirtschaftlichen Verkehrs und des Kreditwesens auf, man zeige ihm die Vorteile einer geregelten Wirtschaftsrechnung, man warne ihn vor den Gefahren, welche ihm von dem Wucher drohen, man gewähre ihm unentgeltlichen Rat und Rechtsschutz gegen den Wucherer, und man helfe bei der Organisation von Darlehnskassen, welche dem kleinen Grundbesitzer den seinen Verhältnissen entsprechenden Kredit gewähren. In dieser Beziehung kann von freien Vereinigungen, nach dem Muster des im Jahre 1890

Viehwucher. [2]) Der Kampf der Antisemiten richtete sich damals insbesondere gegen den Viehwucher der Juden; man übersah dabei aber vollständig, daß die Juden in Hessen förmlich auf den Viehhandel dressiert worden sind. Ihre Erwerbstätigkeit war auf allen Gebieten beschränkt und ihnen kaum die Möglichkeit gelassen, die Mittel zum Leben und zur Zahlung der Abgaben zu erschwingen. Jegliches Handwerk, der Handel mit irgendeinem Zunftartikel, mit Metallen, mit Tuchstoffen, mit Lumpen, Spezereiwaren, mit Brot, mit Früchten, jegliches Hausieren mit Waren, außer auf den Jahrmärkten und Messen, war ihnen verboten; Garn und Leder, das sie verkaufen wollten, mußten sie erst dem Zunftmeister anbieten, der 24 Stunden das Vorkaufsrecht hatte, alle Kontrakte zwischen Juden und Christen bedurften der obrigkeitlichen Genehmigung. Der einzige ohne Einschränkung ihnen gestattete Erwerbszweig war der Viehhandel. Dies alles galt noch am Anfang dieses Jahrhunderts; erst im Jahre 1818 wurde das Schutzgeld aufgehoben. Daß darum auch heute noch der größte Teil der hessischen Landjuden dem Viehhandel obliegt, ist angesichts dieser Tatsachen nichts weniger als wunderbar.

in Baden gegründeten „Schutzvereins gegen wucherische Ausbeutung des Volks“, viel nützliche erzieherische Arbeit geleistet werden[3]).

Freilich ganz wird der Wucher, der, wie wir gezeigt haben, zu allen Zeiten und bei allen Völkern existiert hat, nie aus der Welt zu schaffen sein. Wir besitzen bereits scharfe Gesetze gegen den Wucher, und wenn wir sie noch strenger gestalten, so wird dieses Uebel im geheimen doch weiterwuchern, solange es Leute gibt, die in Not geraten und auf andere Weise kein Geld bekommen können, z. B. wie die durch Spielschulden in finanzielle Bedrängnis geratenen Offiziere. Mit diesen „Kavalieren“ braucht man freilich auch kein Mitleid zu haben, denn sie züchten durch ihren leichtsinnigen Lebenswandel geradezu den Wucher. Eine gesunde kaufmännische Aufklärung, die Erziehung zur Mäßigung in seinen persönlichen Bedürfnissen und seinen Leidenschaften sind das beste Mittel zur Eindämmung des Wuchers.

Güterschlächterei.

Die gewerbsmäßige Aufteilung größerer Güter oder Bauernhöfe galt noch vor 20 Jahren als ein mit einem gewissen Makel behaftetes Gewerbe — vornehmlich wohl deswegen, weil Juden sich vielfach dieser Tätigkeit widmeten. Heute ist diese Auffassung längst überwunden. Der preußische Staat selber hat in den Ostmarken eine Güteraufteilung großen Stiles ins Werk gesetzt, um deutsche Kolonisten anzusiedeln, und seinem Beispiele sind private Ansiedlungsgesellschaften, die die Zerschlagung größerer Güter gewerbsmäßig betreiben, in großer Anzahl gefolgt. Man hat eben — zumal die Tendenz des Großgrundbesitzes in Ostelbien und Bayern, sich weiter auf Kosten des kleinen Landbesitzes auszudehnen, sich keineswegs abgeschwächt hat — erkannt, daß eine rationelle Aufteilung landwirtschaftlichen Besitzes für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Gesamtheit nur nützlich und förderlich sein kann. Die Güterschlächterei ist längst kein privilegium odiosum mehr für die Juden, die sich im Gegenteil mehr und mehr davon abgewandt haben, sondern wird jetzt gerade von christlichen agrarischen Kreisen mit Vorliebe betrieben. In Württemberg und Bayern sind es fromme Katholiken — ja sogar Zentrumsabgeordnete —, welche einen schwunghaften Güterhandel betreiben, und als im Jahre 1910 ein Gesetz gegen die Güterschlächterei dem bayerischen Landtage vorgelegt wurde, da waren es Bauern und Großgrundbesitzer, die sich auf das heftigste gegen dieses Danaergeschenk wehrten. Der Zentrumsabgeord-

---

[3]) Archivrat Dr. Winter hat in seiner Artikelserie: „Der Antisemitismus in Kurhessen und seine Bekämpfung“ (Mitt. a. d. V. z. A. d. A., 1891) auch den Wucher in Hessen behandelt und ausdrücklich festgestellt, daß die Juden in Hessen sich mit großem Eifer an der Bekämpfung dieses Uebels beteiligen. Er hatte authentisches Material darüber in Händen, daß in mehreren Fällen jüdischer unsauberer Geschäfte die Juden die ersten waren, die den Täter in Acht und Bann taten. Dr. Winter.

Abg. Dr. Heim. nete Dr. Heim veröffentlichte im „Bayr. Kur." einen geharnischten Artikel gegen diese Art Gesetzesmacherei, die den gewerbsmäßigen Güterhandel systematisch ausschließe. Es sei schwerlich anzunehmen, daß ein Güterhändler bei solchen Vorschriften sein Geschäft noch weiter betreibe. Daß es in dem Güterhandel Auswüchse gegeben habe, darüber sei kein Wort zu verlieren, aber bevor man aus einer Maschinerie ein schlecht laufendes Rad herausnehme, müsse man für den Ersatz sorgen. Das Zertrümmern von größerem Besitz sei nicht immer und unter allen Umständen, aber sehr oft wirtschaftlich durchaus nützlich und begrüßenswert, und es seien schon in Dutzenden von Fällen durch die Zertrümmerung Existenzen, und zwar bäuerliche Existenzen, gerettet worden.

In der bayerischen Reichsratskammer warnten Graf Moy, Graf Preysing, Graf Törring ebenfalls vor den verderblichen Folgen dieses Gesetzes; es sei überhaupt nicht einzusehen, warum ein legitimes Gewerbe, wie es das der Güterhändler doch auch sei, in einemfort beschränkt werden solle, um so mehr, als alle die Beschränkungen ja doch nicht die Güterhändler, sondern den Bauern träfen. Graf Törring. Graf Törring erklärte u. a. in seinem Referat an die I. Kammer („N. B. L.-Z.", 30. 12. 1910):

„Der Zwischenhandel im allgemeinen und insbesondere im Grundstücksverkehr ist — selbstverständlich mit Ausnahmen — durchaus berechtigt, ja sogar unentbehrlich. Er vermittelt den raschen Uebergang vom schlechten zum besseren Wirt, wie er auch dazu beiträgt, wirtschaftliche Formen zu beseitigen bezw. durch andere zu ersetzen, die aus irgendwelchen Gründen unhaltbar sind. (Uebergang zum Kleinbesitz.) Wo der gewerbsmäßige Güterhandel auftritt, ist er in den meisten Fällen notwendig; wo er nicht notwendig ist, wird er nur in geringem Maße in Erscheinung treten. Es ist kein Zufall, daß gerade in Niederbayern die Fälle der Parzellierung von Gütern sich häufen, während in anderen Kreisen solche weniger beobachtet werden. Die Ursache hierfür liegt nicht in dem zufälligen Vorhandensein einer größeren Anzahl von Güterhändlern, sondern darin, daß die dortigen Verhältnisse (große Bauerngüter, nicht zu verleugnende wirtschaftliche Rückständigkeit der Anwesensbesitzer) zu Zuständen geführt haben, die eine Aufgabe bezw. Aenderung der Betriebsform erheischen. Wenn man diesen Prozeß aufhalten will, so kann man das nicht dadurch, daß man den gewerbsmäßigen Güterhandel bekämpft bezw. zu verhindern sucht, sondern dadurch, daß man die dortigen Grundeigentümer auf ein höheres Kulturniveau zu heben sucht, um sie dadurch fähig zu machen, das in ihrem Besitz befindliche Gut so zu bewirtschaften, wie es eben heute bewirtschaftet werden muß, um lebensfähig zu bleiben. Mit Maßnahmen wie den vorgeschlagenen wird man kaum eine Gutszertrümmerung verhindern, man trifft damit auch nicht den gewerbsmäßigen Güterhandel, sondern belastet nur denjenigen, der das Gut verkaufen will, oder diejenigen, die Teile desselben an sich zu nehmen beabsichtigen; man schädigt also gerade diejenigen, denen man helfen will."

Die bauernbündlerische, antisemitische „Neue Bayrische Landes-Ztg." lehnte mit Entschiedenheit die Hetze gegen die „jüdischen Güterschlächter" ab; als dem Zentrumsabg. Lang vorgeworfen wurde, daß er sein großes Anwesen an zwei „jüdische Güterzertrümmerer" verkauft habe, erklärte das Blatt:

„Zweifellos hat er (Lang) eine schwerwiegende und dringende Veranlassung gehabt, sonst gibt ein alteingesessener, ahnenstolzer Bauer seinen schönen Hof nicht so leichten Herzens ab. Lang ist auch nicht der erste, der das getan hat. Dutzende, ja Hunderte von großen und mittleren Bauern haben es vorgemacht. Schulden, Unglück, Alter, Kinderaussteuerung, Krankheit, Todesfälle, Familienzwist, Widerwärtigkeiten, Dienstbotennot und andere Ursachen haben schon manchen Bauern fortgetrieben. Warum soll nicht auch Herr Lang aus diesem oder jenem Grunde zur Veräußerung seines Gutes gezwungen worden sein? Und wenn er einmal dies vor hatte und vielleicht tun mußte und keinen rechten Käufer fand, so nahm er eben zahlungsfähige jüdische Händler an. In Altbayern ist es leider ebenso wie in Franken, daß, wenn ein Bauer etwas verkaufen will, die anderen Bauern zugeknöpft und ablehnend sich verhalten. Wenn aber der Jude dazwischen kommt, dann geht in der Regel der Handel, die Bauern beißen lieber an, sie steigern und kaufen." „Neue Bayr. Landes=Ztg".

Am meisten wurde aber den antisemitischen Hetzern das Konzept verdorben durch die Bauern selber, die sich mit Händen und Füßen gegen die „Wohltaten" dieses Gesetzes sträubten. Wie in Bayern Zentrumsabgeordnete, so waren in Württemberg anerkannte Führer des Bundes der Landwirte, in Hessen sogar Vertrauensmänner der deutschsozialen Partei am Güterhandel beteiligt. Der „Hammer" des Herrn Fritsch war über das rapide Eindringen des „Händlergeistes" in die Bauernschaft ganz entsetzt und erging sich (15. 5. 1910) in folgenden düsteren Betrachtungen: Der „Hammer".

„. . . Nie war das Unwesen der Güterschlächterei so stark wie im Augenblick, seit der Gesetzentwurf bekannt geworden ist. Es scheint, als wollten rasch alle Bauern noch ihren Besitz losschlagen . . . Es sieht aus, als wollte rasch jeder Bauer den Unterschied zwischen Ertragswert und Verkaufspreis seines Gutes als Raub in seine Tasche stecken, weil der ungesund hochgetriebene Verkaufspreis vielleicht später unter der Wirkung des Gesetzes auf ein vernünftiges Maß herabgedrückt werden könnte. Blutjunge Leute geben der Scholle den Abschied, um von diesem Raub in irgendeinem Städtchen das Leben eines Pfennigrentners zu führen. Das väterliche Erbgut erfreut sich keiner Wertschätzung mehr. Selbst Leute, die sich sonst nicht genug tun können im Schimpfen auf das spekulative Judentum im allgemeinen und auf die Güterschlächter im besonderen, ja, selbst Mitglieder des Bundes der Landwirte schämen sich nicht, jetzt ihren Besitz an den Güterschlächter zu verschleudern. Es ist unglaublich, wie tiefe Einblicke uns diese Vorgänge gewähren in die Gesinnung unseres heutigen Bauertums. Da ist es aus mit der Liebe zur Scholle, zum Vaterboden, sobald der Geldbeutel in Frage kommt. Dies Volk will nicht von seinen Blutsaugern befreit sein; es ist selbst spekulativ geworden in einer Weise, daß es dem Güterschlächter kaum noch etwas vorzuwerfen braucht . . ."

Man hat in dieser leidenschaftlichen Anklage des Begründers des deutschsozialen Parteiorgans gegen die Bauern, die seine Parteifreunde Liebermann von Sonnenberg und Herr Dr. Böckel vor 20 Jahren vor der Aussaugung durch die „jüdischen Vampyre" durch eine systematische „Aufklärung" über den Umfang der jüdischen Güterschlächterei retten wollten, zugleich den Schlüssel für das verlegene Schweigen der gesamten übrigen antisemitischen Presse und der parlamentarischen Vertretung der Antisemiten. Mit dem Schlagwort von Liebermann von Sonnenberg.

dem „jüdischen Güterschlächter“ ist eben, nachdem den seinerzeit von den Antisemiten veröffentlichten Listen über die jüdische Güterschlächterei in Hessen und in dem ehemaligen Ahlwardtschen Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde sofort grobe Fälschungen nachgewiesen worden waren[1]) und nachdem vor allen Dingen die christlichen und oft sogar stramm antisemitischen Güterhändler die jüdische Konkurrenz immer mehr aus dem Felde geschlagen haben, kein parteipolitisches Geschäft mehr zu machen. In welchem erstaunlichen und wirklich beklagenswerten Umfange der deutsche Bauer auch im Auslande das Geschäft des Güterhandels betreibt, ist in dem Kapitel: „Der Antisemitismus im Auslande“ (Rußland) näher nachzulesen.

Die erdichtete Großrabbiner-Rede.

Als wirksame Vorbereitung für Pogrome ist 1906 in Rußland die berüchtigte Großrabbiner-Rede in „ungezählten Millionen Exemplaren“, wie die auf das traurige Schwindelmachwerk noch stolzen „Deutschsoz. Bl.“ hervorhoben, verbreitet worden und hat dort ihre blutigen Früchte gezeitigt. Das erstemal wurde die Mitwelt mit diesem Phantasieprodukt eines kranken Hirns bekanntgemacht durch einen

„Deutschsoz.-Bl.“. Artikel der „Deutschsoz. Bl.“ vom 8. Februar 1891, der „den Mitgliedern des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ als Angebinde“ gebracht wurde. Die Einleitung dieses Artikels lautete:

„Wir lenken die Aufmerksamkeit aller der Herren, die „wirklich vorkommende Ausschreitungen und Mißstände weder verhehlen, noch entschuldigen wollen“, auf eine Rede, die ein Großrabbiner in einer geheimen Versammlung gehalten hat. Diese Rede wurde einem englischen Werke entnommen, das von John Retcliff unter dem Titel „Rechenschaftsbericht über die politisch-historischen Ereignisse der letzten zehn Jahre“ herausgegeben wurde. Dieselbe ist von solcher Bedeutung, daß sie nicht oft genug gelesen werden kann. Sie ist eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen und gibt uns einen Maßstab für die endgültigen Absichten der Judenschaft.“ (!!)

Es folgte nach dieser Einleitung ein Abdruck dieser angeblichen Rede eines Großrabbiners. Allerdings sind darin die ungeheuerlichsten und abscheulichsten Dinge über die Absichten der Juden enthalten. Das Programm dieser angeblichen Rabbinerrede ist: Vernichtungs-

---

[1]) In zweien dieser Flugblätter wird von einem der wenigen mit Namen genannten jüdischen Güterschlächter (Aron Nußbaum in Rothenburg) z. B. hartnäckig behauptet, „er habe nicht weniger als zwölf Bauern nachweislich aus-

Prof. Stengel. geschlachtet“. Prof. Stengel-Marburg hat jedoch amtliche Bescheinigungen darüber vorgelegt, daß von den zwölf Bauern, die Nußbaum „aus dem Erbe ihrer Väter vertrieben“ haben sollte, nicht weniger als acht noch ganz wohlgemut im Besitze ihrer ungeteilten Grundstücke waren usw. Die einzige für jedermann kontrollierbare Angabe des zweiten Flugblattes war also nichts als eine einfache Wiederholung der unverschämtesten Verleumdung in jenem ersten. In der älteren Auflage des „Ant.-Sp.“ sind die beiden „authentischen Güterschlächterlisten“ ausführlich behandelt und die Irrtümer und Fälschungen im einzelnen nachgewiesen; die Listen interessieren heute jedoch nicht mehr, da die Antisemiten sich aus den oben angeführten Gründen hüten, dieses heiße Eisen nochmals anzufassen.

krieg gegen die Christen. Durch die Macht des Geldes sollen die Fürsten und Regierungen beherrscht, der Grundbesitz, die einflußreichsten Stellen in die Hände der Juden gebracht werden. Als Aerzte müßten sie in die intimsten Verhältnisse der Familie eindringen und als solche die Gesundheit und das Leben der Todfeinde, der Christen, in Händen haben. „Sind wir einmal“ — so heißt es u. a. in dieser angeblichen Rabbinerrede — „die absoluten Herren der Presse, so können wir leicht die bestehenden Begriffe über Ehre, Tugend und Offenheit des Charakters ändern und den ersten Stoß gegen die geheiligte Institution der Familie führen und deren Vernichtung vollenden.“ Die Juden müßten sich enthalten, Frauen ihrer heiligen Religion zu Maitressen zu nehmen, für diese Rolle können sie unter den christlichen Jungfrauen wählen usw.

„Das Proletariat“ — so schließt die ungeheuerliche, freche und widerwärtige „Rede“ — „werden wir für die Juden in Stimmung erhalten und es jenen unterwerfen, in deren Händen sich Geldmittel befinden. Wir werden dasselbe zu Umwälzungen, zu Revolutionen treiben, und jede solcher Katastrophen bringt uns in unserem Streben um einen Schritt vorwärts und nähert uns unserem einzigen Ziele, auf der Erde zu herrschen, wie solches unserem Vater Abraham versprochen worden.“

Das Bureau des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ forschte sofort nach: Wer ist denn dieser Großrabbiner? Wie heißt er? Wo hat er gelebt? Wo und wann hat er diese niederträchtige Rede gehalten? Ist er wirklich ein lebendiger Mensch von Fleisch und Blut gewesen?

Nichts von alledem! Diese Rede, die nach Nr. 130 der „Antisem. Korresp.“ ein Großrabbiner in einer geheimen Versammlung „gehalten hat“ (!!), ist nichts als eine widerliche, aus der Luft gegriffene Erfindung, aus einem Roman niedriger Gattung, der unter dem Titel: „Gaëta, Warschau, Düppel“ in Berlin im Jahre 1868 erschienen ist.

Der Verfasser dieses Romans ist der aus dem Prozeß Waldeck wohlbekannte Zeuge Rechnungsrat Hermann Goedsche, der spätere Redakteur der „Kreuz-Ztg.“, welcher als Romanschriftsteller den Namen John Retcliff führte. H. Goedsche.

Im ersten Bande dieses Romans befindet sich ein Kapitel „Auf dem Judenkirchhof in Prag“. Es wird dort der Verlauf eines erdichteten Sanhedrin geschildert, welches alle hundert Jahre einmal an dem Grabe des Rabbi Simeon Ben Jehuda in der Nacht stattfinden „soll“. Nach dem Goedscheschen Roman hatten sich dort 13 Vertreter eingefunden, als — so heißt es in dem Roman — „der letzte Schlag der Mitternachtsstunde vom Turm her durch die Nacht zitterte und ein gespenstiger blauer Lichtschein aufflackerte, gleichsam aus dem Steinhaufen, dem Grabe des alten Kabalisten, dringend, und die 13 weißen verhüllten Gestalten umdämmerte, die um das Grab her kauerten.“

Die ganze Schilderung der geisterhaften Szene auf dem Prager Judenkirchhofe trägt den Stempel einer phantastischen Erfindung eines erhitzten, fanatischen Antisemiten an sich. Was in der „Antisemitischen Korrespondenz" als „Rede des Großrabbiners" mitgeteilt wurde, war nichts als ein ganz unvollständiger, willkürlicher Auszug der Gespräche der erdichteten 13 Geistergestalten.

Belauscht wurde diese Kirchhofsverhandlung, so erzählt der Roman, von einem jüdischen Italiener Lasali und einem deutschen Gelehrten. Der erstere faßt, nachdem er das Gespräch gehört, den Entschluß, seine Stammesgenossen zu bekämpfen. Ihren Götzen, das goldene Kalb, will er in Trümmer schlagen mit der Armut und der Arbeit. Gegenüberstellen will er dem Gelde die soziale Demokratie. Hierin lag die Hauptbeziehung dieses sogenannten „historisch-politischen" Romans zu der damaligen von Lassalle geführten sozialdemokratischen Bewegung.

Das war die Unterlage für das „Angebinde", das den Mitgliedern des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gemacht worden war.

In der Nr. 134 vom 15. Februar 1891 erklärte die Redaktion der „Antisemitischen Korrespondenz" auf die Reklamation eines Lesers, daß diese angebliche Rede dem Goedscheschen Werk entnommen sei. Anstatt nun diese unerhörte Verunglimpfung der Juden zurückzunehmen, lag der „Antisemitischen Korrespondenz" in der Nr. 132 vom 22. Februar 1891 ein zur Massenverbreitung bestimmtes Flugblatt unter dem Titel: „Die geheimen Ziele des Judentums" (Nr. 47) bei, durch welches diese erdichtete Rede flott weiterverbreitet wurde. Um allem die Krone aufzusetzen, wurde die angebliche Rede wie folgt eingeleitet:

„Der Verfasser (John Retcliff) verknüpft historische Tatsachen durch romanhafte Einflechtungen und es ist nicht zu ersehen, inwieweit das Mitgeteilte streng historisch ist (!), soviel ist aber sicher (!), daß der Verfasser das Wesen und Treiben des Judentums im innersten Kerne kannte und im nachstehenden treffend gezeichnet hat. Wenn man auch an der Richtigkeit der Worte zweifeln wollte (!), so würde man durch die Tatsachen, die um uns her geschehen, belehrt werden." —

Am Schluß dieses zur Massenverbreitung bestimmten Flugblattes wurde die ungeheuerliche Wendung wiederholt: Wenn man auch annehmen wollte, „daß die Rede in dieser Form nicht gehalten worden, daß sie eine Fiktion (!), so wird doch niemand, der das Treiben des modernen Judentums beobachtete, bestreiten, daß das Judentum auf allen Gebieten in der angegebenen Weise arbeitet."

Nr. 135 der „Antisemitischen Korrespondenz" vom 15. März 1891 ging nochmals auf die Rabbinerrede, „die den hellen Zorn Israels entflammt habe", ein. Anstatt sein Verhalten zu bedauern, was sagte das Blatt, nachdem es noch einige Stellen aus dem Roman abgedruckt hat?

„Nun, es ist ein Roman! Aber ist es nicht merkwürdig, wie jemand schon vor 25 Jahren die Wirksamkeit der Judenschaft, die sich heute erst stückweise vor uns enthüllt, so tief durchschauen — ja voraussagen (!) konnte? Propheten-Gabe trauen wir dem seligen „Sir Retcliff" (d. h. Goedsche) nicht zu; er muß also auf irgendwelchem Wege etwas über die geheimen Pläne

der Judenschaft erfahren haben. Sollte der ehrgeizige Lassalle vielleicht in diese Pläne eingeweiht sein und sie in seiner Eitelkeit und Herrschsucht an Vertraute verraten haben? (!) Die phantastische Form, in der uns diese Enthüllungen vorgeführt werden, kann an ihrer inneren Wahrheit nichts ändern. (!) Es handelt sich schließlich nicht darum, ob diese Reden auf dem Prager Judenkirchhof oder anderswo gehalten wurden, ob sie überhaupt als Reden mit diesen Worten zum Ausdruck kamen (!!): die Ideen und Bestrebungen, die darin offenbart sind, haben bestanden und bestehen noch heute — das lehren tausend Tatsachen. Denn daß wir die Juden heute überall an der Verwirklichung dieser Pläne arbeiten sehen, wird niemand ernstlich bestreiten wollen."

Diese beispiellose Roheit der Gesinnung wurde nur noch übertroffen durch das zynische Behagen, mit dem das Blatt 1906 erklärte:

„Den Ruhm nehmen wir allerdings mit Befriedigung entgegen, daß mit den Waffen aus unserem Aufklärungsarsenal das russische Volk sich von seinen Todfeinden befreien kann, wenn es den Willen dazu hat."

Die Alliance Israélite.

Mit dem Popanz einer von der „Alliance Israélite" geleiteten geheimen Verschwörung der Juden gegen die Christen und die christlichen Staaten suchen die Antisemiten auch jetzt noch gelegentlich Leichtgläubige zu erschrecken. Was ist und treibt nun diese gefährliche Institution in Wirklichkeit? Der im Jahre 1860 in Paris gegründete Verein hat laut Artikel I seiner Statuten folgenden Zweck:

1. Ueberall für die Gleichstellung und den moralischen Fortschritt der Juden zu wirken; 2. denjenigen, welche in ihrer Eigenschaft als Juden leiden, eine wirksame Hilfe angedeihen zu lassen; 3. jeder Schrift ihre Unterstützung zu gewähren, welche geeignet ist, diese Resultate herbeizuführen.

Alles, was sonst über die Tätigkeit des Vereins, der im wesentlichen also ein Erziehungsinstitut ist und in halbzivilisierten Ländern durch Errichtung von gutgeleiteten Schulen die Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft kulturell zu heben und ihnen westeuropäische Bildung zu vermitteln sucht, von antisemitischen Phantasten zusammengeredet und geschrieben wird, ist weiter nichts als Fabel oder böswillige Verleumdung. Den politischen, sozialen und nationalen Kämpfen steht die Alliance satzungsgemäß vollkommen fern. Zu den hartnäckig immer wieder auftauchenden antisemitischen Lügen gehört ein angeblicher Aufruf Crémieux', des „Begründers" der Alliance, der als Ziel festsetzt, daß „die jüdische Lehre eines Tages die ganze Welt erfülle", und die Zuversicht ausdrückt, daß „der Tag nicht fern sei, wo die Reichtümer der Erde ausschließlich den Juden gehören werden." Dieser angebliche Aufruf ist erdichtet und erlogen, wie schon im Jahre 1883 von dem Berliner Mitgliede des Zentralkomitees Sanitätsrat Dr. S. Neumann in einer Schrift („Die neueste Lüge über die israelitische Allianz, ein Probestück aus der antisemitischen Moral") nachgewiesen worden ist. Dies alles hinderte die Antisemiten nicht, noch 1891 den erdichteten Aufruf, der die Juden lediglich als vaterlandslose, geldgierige, unmoralische Menschen hinstellt und in der schmählichsten

„Aufruf" Crémieux'.

Weise verleumdet, als „unwiderlegbare Tatsache“ angeblich zur Aufklärung des Volkes zu verbreiten. Die ersten fünf Absätze des angeblichen Aufrufs in dem antisemitischen Katechismus sind vollständig aus der Luft gegriffen. Darunter befinden sich folgende Sätze, die besonders geeignet sind, Haß gegen die jüdischen Mitbürger zu erregen:

„Die anderen Völker sind in Nationen gespalten; wir allein haben keine Mitbürger, sondern nur Religionsgenossen. Nicht eher wird der Jude der Freund des Christen und des Muselmannes werden, als bis das Licht des jüdischen Glaubens, der „einzigen Vernunftreligion“, überall leuchten wird.“

„Zerstreut inmitten von Völkern, welche unseren Rechten und Interessen feindlich sind, werden wir vor allem Juden bleiben. Unsere Nationalität ist die Religion unserer Väter, wir erkennen keine andere an.“

„Wir wohnen in fremden Ländern und wir können uns für die wechselnden Interessen dieser Länder nicht interessieren, solange unsere moralischen und materiellen Interessen in Gefahr sind.“

„Die jüdische Lehre muß eines Tages die ganze Welt erfüllen.“

Es folgen dann noch mehrere gefälschte oder zum Teil gröblich entstellte Sätze; der Schluß dieses angeblichen Aufrufs, der sich gegen den Katholizismus wendet, ist ebenfalls wieder eine grobe Fälschung. Als die „Deutschsoz. Bl.“, nachdem auch in Frankreich die Existenz eines solchen, angeblich bei den Ministerialakten befindlichen Schriftstücks von dem Minister Waldeck-Rousseau in das Reich der Fabel verwiesen worden war, immer mehr in die Enge getrieben wurden, erklärte das Blatt einfach:

„Deutschsoz. Bl.“

„Ist der Aufruf nicht echt (wir werden darüber noch in Frankreich Erkundigungen einziehen lassen), so ist er doch wenigstens vortrefflich erfunden.“

Zu den gegen die Alliance verübten antisemitischen Fälschungen gehörte ferner das besonders in Galizien, Rußland und den Balkanstaaten gelegentlich immer wieder auftauchende angebliche Flugblatt des Zentralkomitees der Alliance, worin die Juden aufgefordert werden, „die christlichen Eigentümer aus ihrem Besitz zu verdrängen, dem jungen Adel möglichst das Schuldenmachen zu erleichtern, sich der Presse und des mobilen Kapitals zu bemächtigen usw. usw.“

In der deutschen antisemitischen Presse kehrt auch häufig die lügnerische Ausstreuung wieder, daß der jüdische Franzose Crémieux, der übrigens an der Gründung der Alliance in keiner Weise beteiligt war, wenn er auch später an ihre Spitze trat, im Jahre 1871 eine Million Francs auf den Kopf Kaiser Wilhelms I. gesetzt habe.

Die Tochter Crémieux’ hat vergebens in einer öffentlichen Erklärung gegen diese Verunglimpfung des Andenkens ihres Vaters, für die auch nicht der Schatten eines Beweises vorgebracht werden konnte, Front gemacht; wahrscheinlich liegt eine Verwechslung vor mit dem Beschluß einer Gesellschaft fanatischer französischer Freimaurer und der sogenannten Internationalen, die 1871 in Lyon gegen Bismarck, Moltke und Kaiser Wilhelm I. eine blutrünstige Resolution faßten.

Der internationale Charakter der „Alliance Israélite“ ist übrigens durch nationale Organisationen, die inzwischen — und zwar ausschließ-

lich zur materiellen Unterstützung der in Not befindlichen Glaubensgenossen und ihrer kulturellen Förderung in den meisten größeren Staaten gegründet worden sind, stark verblaßt. In Deutschland hat der „Hilfsverein deutscher Juden“ durch die Unterstützung der russischen Pogromopfer und durch eine rationelle Regelung der Auswandererfrage sich große allgemeine Verdienste erworben, die, wie wir zu wissen glauben, auch von der deutschen Reichsregierung in vollem Umfange gewürdigt werden.

Hilfsverein deutscher Juden.

Die Deborah-Lüge.

Viele Jahre hindurch ist von den Antisemiten vor Weihnachten die Lüge aufgewärmt worden, die in Cincinatti (Amerika) erscheinende jüdische Zeitung „Deborah“ habe einen Artikel des Rabbi Wise gebracht, der gemeine Schmähungen gegen die Gestalt des Heilands enthalte. Dieser Artikel fange wie folgt an:

„Es ist ein Glück (Masel), daß der Gekreuzigte in die Welt gekommen sei, der Jude mache ein Geschäft dabei. Und wenn sich nun die Jungfrau verstanden hätte, uns noch einen Buben im Sommer zu schenken, dann hätten die Juden doch doppelten Profit.“

Diese angebliche Notiz aus der „Deborah“ ist eine Fälschung. Sie hat nie in der „Deborah“ gestanden. Ein gewisser Isaak M. Wise schrieb in der „Hannov. Post“ am 5. Juni 1894:

„Da ich der einzige schriftstellerisch bekannte Rabbi Wise bin, müßte ich als Schreiber dieses Passus gemeint sein. Ich fühle mich also veranlaßt, auf Manneswort zu erklären, daß ich nie diesen oder einen ähnlichen Passus geschrieben habe. Die neununddreißig Jahrgänge der „Deborah“ enthalten weder diesen noch einen ähnlichen Passus.“

Schließlich fanden ein paar antisemitische Zeitungen einen Ausweg. Sie unterdrückten die „Deborah“ und stutzten sich folgende Einleitung zurecht: „Wie die „Staatsb.-Ztg.“ vor Jahren berichtet, pflegen die Berliner Juden zu sagen . . .“ Und nun folgt die angebliche Deborah-Stelle.

Deutsche Dichter und Denker.

Luther.

Im „Handbuch der Judenfrage“ (S. 36 f.) stehen unter den „Urteilen“ auch sechs Stellen aus den Tischreden und der Schrift: „Von den Juden und ihren Lügen“ von Martin Luther.

Luther hat oftmals in seinen Schriften und Reden Gelegenheit genommen, sich über die Juden auszusprechen. Als Kind seiner Zeit war er auch voll von ihren Vorurteilen, und so darf es nicht wundernehmen, daß sich manches kräftige Wort gegen die Juden vorfindet, daß er sogar, wie seine Zeitgenossen mit ihm, glaubt, die Juden trieben Zauberei und andere magische Künste. Das daf um so weniger auffallen, als Luther auch ernsthaft an die leibhaftige Existenz von Hexen und Teufeln glaubte. Es ist auch richtig, daß er gegen die Juden die Vorwürfe erhob, sie trieben Wucher, sie fluchten den Christen und bewiesen ihnen alle Tücke und anderes mehr. Ja, noch schärfere Urteile sprach er über die Juden aus. Aber diese entstammen seinem Greisenalter, wo er durch viele Umstände verbittert war, während er als reifer Mann von vierzig Jahren nur achtungsvoll von den Juden sprach.

Er war jedenfalls kein Antisemit im heutigen Sinne! Das konnte er nicht sein, er, dessen ganzes Leben und dessen ganze Lehre vom Alten und Neuen Testament ausging. Mit Hilfe jüdischer Gelehrten, mit denen er sich unterhielt, lernte er das Hebräische so gut, daß er die schwersten Stellen der Bibel lesen konnte. Gerade die genaue Kenntnis des Alten Testaments diktierte ihm goldene Aussprüche über die Juden, die jede andere Gesinnung atmen, nur nicht Judenhaß und Judenfeindschaft!

So sagt Luther einmal:

„Die Juden sind die Kinder der Verheißung und ihre Erben, wir sind die Gäste und Fremdlinge, die zu der Kinder Tisch aus Gnaden kommen sind, ohn alle Verheißung.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Es sind aber die Juden des Geblüts halber die Edelsten auf Erden, und so man eine edle Geburt malen wollte, so müßte man die Juden nehmen, um ihres Berufs und Erwählung willen.“

Beziehen sich diese überschwänglichen Worte auch nur auf die Juden des Alten Testaments, so beweisen seine Werke und Tischreden, daß er auch für die Juden seiner Zeit ein warmes Herz und für ihre Fehler ein geschichtliches Verständnis hatte. „Wir haben das Volk (die Juden) lieb,“ sagt er in seinen „Tischreden“. „Es hat fürtreffliche Männer gehabt.“

Er sah, wie elend es den Juden ging, und wie sie unterdrückt und gequält wurden. Deshalb riet er: „Wir sollten die Juden nicht so unfreundlich behandeln."

Er wußte, je schlechter sie behandelt wurden, desto mehr vergruben sie sich in ihre Ghettos, desto unzugänglicher wurden sie für alle Versuche milder Bekehrung:

„Sie werden nur weiter abgeschreckt werden, wenn man ihnen Dinge vorwirft, und sogar nichts will sein lassen, und handelt nur mit Hochmut und Verachtung gegen sie. Wenn die Apostel, die auch Juden waren, also hätten mit uns Heiden gehandelt, wie wir Heiden mit den Juden, es wäre nie ein Christ unter den Heiden worden. Haben sie denn mit uns Heiden so brüderlich gehandelt, so sollen wir wiederum brüderlich mit den Juden handeln."

Wenn Luther den Juden vorwirft, daß sie Wucher treiben, so beklagt er es andererseits, daß sie von jedem ehrlichen Handwerk und Gewerbe ausgeschlossen seien. In seinen „Tischreden" predigt er:

„Juden sind die ärmsten Leute unter allen Völkern auf Erden, werden hier und da geplagt, sind hin und her in Landen zerstreut, haben keinen gewissen Ort, da sie gewiß könnten bleiben, sitzen gleichwie auf einer Schaukel, müssen immer besorgen, man treibe sie aus, haben weder Land noch Leute, kein Regiment usw. . . . Den Juden wird nicht gestattet, daß sie Handwerk treiben oder andere Arbeit tun, noch Vieh halten, sondern wuchern nur, nähren sich mit Pferd-Täuscherei und Kleider-Gremplerei, und werden von ihren Herren und Obrigkeiten, unter denen sie sitzen und wohnen, weidlich zerzaust und berauft . . . Juden sind die allerelendesten Leute auf Erden, werden schier an allen Enden vertrieben . . . An wenig Orten und Städten leidet man sie; sie müssen ineinander stecken. Ich wollte ihrer fünfzig in diese Stube nehmen, daß sie sich drin behülfen. Zu Frankfurt am Main sind ihrer sehr viele, haben eine Gasse inne, da stecken alle Häuser voll, müssen gelbe Ringlein an Mänteln und Kleidern vorn tragen, damit man sie kennt; haben weder Häuser noch Aecker, die ihr eigen sind, allein bewegliche oder fahrende Güter; keiner darf auf Häuser oder Aecker leihen, allein auf Fahrniß" (= bewegl. Eigentum).

Gerade der Dr. Martin Luther, der 1517 seine Thesen an die Schloßkirche von Wittenberg schlug, dachte günstig über die Juden. Im Jahre 1523 — damals war Luther 40 Jahre alt! — ließ er in Wittenberg ein Buch erscheinen, in dem er sich gegen die Judenhasser in den kräftigsten Ausdrücken wendete. Der Titel des Buches lautet: „Daß Jesus Christus eyn geborener Jude sey." In diesem Buch heißt es u. a. (29, 47):

„Unsere Narren, die Papisten, Bischöfe, Sophisten und Mönche, — die groben Esels — haben bisher also mit den Juden verfahren, daß, wer ein guter Christ gewesen, hätte wohl mögen ein Jude werden. Und wenn ich ein Jude gewesen wäre und hätte solche Tölpel und Knebel den Christenglauben regieren und lehren gesehen, so wäre ich eher eine Sau geworden, als ein Christ. Denn sie haben mit den Juden gehandelt, als wären es Hunde und nicht Menschen. . . . Darum wäre mein Bitt und mein Rat, daß man säuberlich mit ihnen umgehe und aus der Schrift sie unterrichtet. Will man ihnen helfen, so muß man christlicher Liebe Gesetz an ihnen üben, sie freundlich annehmen, mit lassen werben und arbeiten, damit sie Ursache und Raum gewinnen, bei uns und um uns zu sein."

In älteren Jahren freilich hat, wie gesagt, Luther seine Ansichten geändert und nicht so verfahren, wie er es 1523 empfohlen hat. Mit Recht aber sagt Prediger Dr. Schwalb in Bremen:

„Der Luther der Jahre 1517, 1519, 1521 — der ist der Protestanten Liebe. Ihn sehen wir am Tore der Schloßkirche zu Wittenberg, vor dem Elstertor, am brennenden Scheiterhaufen, in Leipzig bei der großen Disputation, auf dem Weg nach Worms, vor dem Reichstag, auf der Wartburg."

Herder.

Es ist den Antisemiten gelungen, in dem 1784 erschienenen Werke des großen Apostels der Humanität: „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" (im III. T. S. 97 u. f.) eine Stelle herauszufinden, auf die sie sich berufen können. Herder sagt darin, „daß die Juden von jeher lieber unter anderen Nationen lebten", „daß es (das jüdische Volk) nie zur Reife einer politischen Kultur auf eigenem Boden, mithin auch nicht zum wahren Gefühl der Ehre und Freiheit gelangt". „Das Volk Gottes ist eine parasitische Pflanze auf den Stämmen anderer Nationen, ein Geschlecht schlauer Unterhändler beinahe auf der ganzen Erde, das trotz aller Unterdrückung nirgend sich nach eigener Ehre und Wohnung, nirgend nach einem Vaterlande sehnet."

In denselben „Ideen zur Geschichte der Philosophie der Menschheit" bespricht Herder nun die Licht- und Schattenseiten des Judentums. Jene oben erwähnte, von den Antisemiten zitierte Stelle schildert die Schattenseiten nach den damaligen Zuständen, aber die Zukunft, die ihm vorschwebte und von der die Antisemiten schweigen, — natürlich! denn in dieser Zukunft Herderscher Prophetie hat der Antisemitismus keinen Raum — ist sie geschildert in folgenden Worten (Bd. 2, Bch. 16 V. 3):

„Es wird eine Zeit kommen, da man in Europa nicht mehr fragen wird, wer Jude oder Christ sei, denn auch der Jude wird nach europäischen Gesetzen leben und zum Besten des Staates beitragen. Nur eine barbarische Verfassung hat ihn daran hindern oder seine Fähigkeit schädlich machen können."

Herder erkannte sehr gut, daß jener von ihm oben gerügte Fehler der Juden auf Konto ihrer Behandlung seitens der Christen zu setzen sei (s. Adrastea, Ueber die Bekehrung der Juden):

„Alle Gesetze, die den Juden ärger als Vieh achten, ihm nicht über den Weg trauen und ihn damit täglich, ja stündlich ehrlos schelten: sie zeugen von der fortwährenden Barbarei des Staates, der aus barbarischen Zeiten solche Gesetze duldet. Montesquieu hat recht, daß die ehemalige Barbarei in Europa das Verderbnis des jüdischen Stammes und Charakters durch ein gewalttätiges und häßliches Benehmen gegen das jüdische Volk mit beigetragen, welches wir ihm, der Geschichte zufolge, nicht ableugnen können; daher ist es der Europäer Pflicht, die Schulden ihrer Vorfahren zu vergüten, und die durch sie ehrlos wurden, der Ehre wiederum fähig und wert zu machen."

Auch sonst findet Herders Humanität unbefangene Urteile über die Juden:

„Israel war und ist das ausgezeichnetste Volk der Erde; in seinem Ursprung und Fortleben bis auf den heutigen Tag, in seinem Glück

und Unglück, in Fehlern und Vorzügen, in seiner Niedrigkeit und Hoheit so einzig, so sonderbar, daß ich die Geschichte, die Art, die Existenz dieses Volkes für den ausgemachtesten Beweis der Wunder und Schriften halte, die wir von ihm haben und wissen. So etwas läßt sich nicht erdichten, solche Geschichten, mit allem, was daran hängt, und was davon abhängt, kurz, ein solches Volk läßt sich nicht erlügen. Seine noch unvollendete Führung ist das größte Poem der Zeiten und geht wahrscheinlich noch bis zur Entwickelung des letzten, noch unberührten Knotens aller Erdnationen hindurch." (Briefe, das Studium der Theologie betreffend. I. Teil 12. Brief und „Ideen z. Philos. . . ." 3. Teil 12. Buch.)

Welche Verehrung Herder für seinen großen jüdischen Zeitgenossen Moses Mendelssohn empfand, ist bekannt. Schon als Jüngling begeisterte er sich für dessen „Phädon" und trat 1769 mit ihm in direkten brieflichen Verkehr, der viele Jahre dauerte und einen durchaus herzlichen Charakter trug.

Kant.

Den Königsberger Philosophen haben die Antisemiten auch zu ihrem Gesinnungsgenossen stempeln wollen, weil seine 1798 erschienene „Anthropologie" gegen den Wucher und den Kaufmannsgeist der Juden eifert (Handbuch S 53). Und doch scheidet gerade die Kantsche Philosophie jedes religiöse und staatliche Vorurteil im Namen des Rechts aus. Kant sagt („Zum ewigen Frieden"):

„Die Nächstenliebe und die Achtung fürs Recht der Menschen ist Pflicht; jene aber nur bedingte, diese dagegen unbedingte, schlechthin gebietende Pflicht, welche nicht übertreten zu haben derjenige zuerst völlig versichert sein muß, der sich dem süßen Gefühl des Wohltuns überlassen will."

Er weiß, daß der Kern aller Religionen die Moral ist, daß sie alle eine Moral besitzen („Zum ewigen Frieden"):

„Verschiedenheit der Religionen: ein wunderlicher Ausdruck! Gerade als ob man auch von verschiedenen Moralen spräche. Es kann wohl verschiedene Glaubensarten historischer, nicht in die Religion, sondern in die Geschichte der zu ihrer Beförderung gebrauchten ins Feld der Gelehrsamkeit einschlagender Mittel und ebenso verschiedene Religionsbücher (Zendavesta, Vedam, Koran usw.) geben, aber nur eine einzige, für alle Menschen und in allen Zeiten gültige Religion. Jene also können wohl nichts anderes als nur das Vehikel der Religion, was zufällig ist, und nach Verschiedenheiten der Zeiten und Sekten verschieden sein kann, enthalten."

Die Gleichberechtigung aller Untertanen ist für ihn ein Gebot:

„Aus der Idee der Gleichheit der Menschen im gemeinen Wesen als Untertanen geht die Formel hervor: Jedes Glied desselben muß zu jeder Stufe eines Standes in demselben gelangen dürfen, wozu ihn sein Talent, sein Fleiß und sein Glück hinbringen können, und es dürfen ihm seine Mituntertanen durch ein erbliches Vorrecht, als Privilegiaten für einen gewissen Stand, nicht im Wege stehen, um ihn und seine Nachkommen ewig niederzuhalten." (Werke Bd. VII, S. 197.)

Daß Kant dem Judentum als solchem fremd gegenüberstand, weil er fast nichts näheres davon wußte, ist durch die Kantforschung erwiesen. Seine Kenntnisse in dieser Hinsicht beschränkten sich auf Spinozas

„Tractatus theologico-politicus“ und Mendelssohns „Jerusalem“. Seine pietistische Jugenderziehung mußte ihn überdies dem Judentum gegenüber ungünstig prädisponieren. Diese Abneigung ging aber niemals so weit, ihn am persönlich-freundschaftlichen Verkehr mit hervorragenden jüdischen Zeitgenossen zu hindern. Namentlich für Moses Mendelssohn hegte auch Kant wie Herder eine aufrichtige Hochschätzung, und hat mit ihm eine Reihe von Briefen gewechselt, in denen sich sehr unumwundene und für die Beurteilung seines Charakters sehr wichtige Selbstbekenntnisse finden. In einem dieser Briefe heißt es: „Es ist nur ein Mendelssohn.“ Und über dessen „Jerusalem“ schrieb er ihm:

„Ich halte dieses Buch für die Verkündigung einer großen, obzwar langsam bevorstehenden und fortrückenden Reform, die nicht allein Ihre Nation, sondern auch andere treffen wird. Wir haben Ihre Religion mit einem solchen Grad von Gewissensfreiheit zu vereinigen gewußt, die man ihr gar nicht zugetraut hätte und dergleichen sich keine andere rühmen kann.“

Nicht minder zeugen die Briefe an seinen Freund und Schüler, den Berliner Arzt Marcus Herz — den Kant trotz dem Widerspruch der Fakultät allein für würdig gehalten hatte, ihm bei Antritt seiner Professur (1770) in öffentlicher Disputation zu opponieren — von einer fast liebevollen Anhänglichkeit. Herz hielt in Berlin Privatvorlesungen über die Kantsche Philosophie, die u. a. vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm (III.) und dem Staatsminister v. Zedlitz besucht wurden.

Goethe.

Die Antisemiten führen gern ein paar Stellen an, die als Beweis dafür dienen sollen, daß Goethe ein Judenfeind gewesen ist. Immer wieder zitieren Antisemitenblätter z. B. eine Stelle aus dem „Jahrmarktsfest zu Plunderweilern“, worin Goethe den Haman u. a. sagen läßt:

„Der Jude liebt das Geld und fürchtet die Gefahr.
Er weiß mit leichter Müh und ohne viel zu wagen
Durch Handel und durch Zins Geld aus dem Land zu tragen.“

Nun war Haman, der Minister bei König Ahasverus, aus persönlichem Haß gegen den Juden Mardochai Antisemit, und er wollte den König dazu bestimmen, alle Juden im persischen Reiche zu vernichten. Aber das, was König Ahasverus dem Haman antwortet, verschweigt die Antisemitenpresse. Goethe läßt nämlich König Ahasverus unmittelbar darauf erwidern:

„Ich weiß das nur zu gut, mein Freund; ich bin nicht blind.
Doch das tun andere mehr, die unbeschnitten sind.“

In dem „Handbuch der Judenfrage“ (S. 58 ff.) ist Goethe auch unter den Autoritäten aufgeführt, und zwar mit drei abgerissenen Sätzen aus „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ (2. Buch, 2. Kap. und 3. Buch, 9. und 11. Kap.). Die erste Stelle lautet in dem „Handbuch“:

„Das israelitische Volk hat niemals viel getaugt, wie es ihm seine Anführer, Richter, Vorsteher, Propheten tausendmal vorgeworfen haben; es besitzt wenig Tugenden und die meisten Fehler anderer Völker . . .“

Das steht richtig im 2. Kapitel des zweiten Buches der Wanderjahre, Goethe läßt es den Aeltesten der Erziehungsanstalt in der pädagogischen Provinz sagen, in die Wilhelm Meister seinen Sohn bringen will, und zwar um zu begründen, weshalb die Darstellung der israelitischen Geschichte vor den anderen ausgewählt ist. Aber bezeichnend ist es, daß das „Handbuch“ mitten im Satz abbricht und das, was dazu gehört, einfach wegläßt. Vollenden wir den Satz des Aeltesten:

„aber an Selbständigkeit, Festigkeit, Tapferkeit und wenn alles das nicht mehr gilt, an Zähheit sucht es seines gleichen. Es ist das beharrlichste Volk der Erde, es ist, es war, es wird sein, um den Namen Jehovah durch alle Zeiten zu verherrlichen. Wir haben es daher als Musterbild aufgestellt, als Hauptbild, dem die andern nur zum Rahmen dienen.“

Wie Goethe selbst über Toleranz in Glaubenssachen dachte, geht aus anderen Stellen, in denen er selbst sich äußert, hervor. Hier sei an folgenden Ausspruch Goethes über Lessings „Nathan“ erinnert (Ausgabe Hempel, Bd. 28, S. 719):

„Möge doch die bekannte Erzählung, glücklich dargestellt, das deutsche Publikum auf ewige Zeiten erinnern, daß es nicht nur berufen wird, um zu schauen, sondern auch um zu hören und zu vernehmen! Möge zugleich das darin ausgesprochene göttliche Duldungs- und Schonungsgefühl der Nation heilig und wert bleiben!“

In den „Sprüchen in Prosa“ heißt es ferner:

„Jüdisches Wesen. Energie der Grund von allem. Unmittelbarer Zweck. Keiner, auch nur der kleinste, geringste Jude, der nicht entschiedenes Bestreben verriete, und zwar ein irdisches, zeitliches, augenblickliches. Judensprache hat etwas Pathetisches.“

Wie Goethe als gereifter Mann in Wahrheit über die Juden sprach, erfahren wir aus dem 1899 von Dr. W. Bode herausgegebenen Werkchen: „Meine Religion. Mein politischer Glaube. Zwei vertrauliche Reden von J. W. von Goethe.“[1]) Dort sagt Goethe (S. 69):

„Ich war gegen unser neues Judengesetz, das die Heirat zwischen beiden Glaubensverwandten gestattet; ich meine, der Generalsuperintendent müsse eher sein Amt niederlegen, als daß er die Trauung einer Jüdin im Namen der heiligen Dreifaltigkeit dulde; jede Verachtung der religiösen Gefühle im Volke bringt Unheil. Aber ich hasse die Juden nicht. Was sich in meiner früheren Jugend als Abscheu gegen die Juden in mir regte, war mehr Scheu vor dem Rätselhaften, vor dem Unschönen. Meine Verachtung, die sich wohl zu regen pflegte, war mehr der Reflex der mich umgebenden christlichen Männer und Frauen. Erst später, als ich viele geistbegabte, feinfühlige Männer dieses Stammes kennen lernte, gesellte sich Achtung zu der Bewunderung, die ich für das bibelschöpferische Volk hege und für den Dichter, der das hohe Liebeslied gesungen.“

Der vertraute Genosse seiner letzten Jahre F. W. Riemer versäumt in seinem Werke „Mitteilungen über Goethe“ (Berlin 1841)

---

[1]) Berlin. 1899. Verlag von Mittler & Sohn. Nach Goethes Aussprüchen zusammengestellt!

nicht, Goethes Stellung zum Judentum klarzulegen. Er sagt (Bd. I, S. 428 f.):

„Goethe hatte die Geschichte der jüdischen Nation, von ihrem ersten Auftreten an, zu einem besonderen und genauen Studium gemacht, das Charakteristische derselben richtig aufgefaßt, auch die merkwürdigen Eigenschaften, welche ihnen Natur, Verfassung und Schicksale verliehen, in das gebührende Licht gestellt. Schon dies beweist, daß er kein seiner als Natur- und Geschichtsforscher unwürdiges Vorurteil gegen sie haben konnte (XXIV, 236, 237); wie sie denn durch den reinen Deismus, dessen die Aufgeklärten unter ihnen sich rühmen dürfen, seinen eigenen Glaubenssätzen bereits nahe genug standen, und er der Ethik eines Spinoza so viel zu verdanken hatte. Auch waren die Gebildeten meist zuvorkommender und nachhaltiger in der Verehrung sowohl seiner Person wie seiner Schriften, als viele seiner Glaubensgenossen . . . . . Frauen besitzen jene Gabe öfter in noch liebenswürdigerer Gestalt, und so kam es, daß Goethe seine neuesten dichterischen Erzeugnisse ihnen, einzeln oder in Gesellschaft, z. B. in Karlsbad (1807, 1808, 1810), gern vortrug, da er immer einigen Anklang zu finden gewiß sein konnte, wie ich dieses aus eigener Miterfahrung an einer Frau von Eybenberg, von Grotthus, von Eskeles und Fließ u. a. bestätigen kann.

Mit mehreren Männern stand er gleichfalls in gutem Vernehmen und Verkehr, sowohl durch die Poesie als durch die bildende Kunst. Der Dichter des Paria, Michel Beer, erfreute sich seines ungeheuchelten Beifalls, und sein Drama ward in Weimar vortrefflich aufgeführt. Den Maler Oppenheim förderte er durch belehrenden Rat und kunstgeeignete Aufgaben; vor allem aber wandte er eine väterliche Liebe und Vorsorge dem jungen Felix Mendelssohn zu, worüber die Briefe an Zelter die rührendsten Belege geben."

Die hier genannten Frauen v. Eybenberg und v. Grotthus waren Schwestern, die mit ihrem Mädchennamen Marianne und Sara Meyer hießen. Erstere wurde die Gattin eines Fürsten v. Reuß und erhielt als solche den Namen v. Eybenberg. Beide Frauen, ebenso wie die von ihm so hochgeschätzte Rahel Levin, spätere Varnhagen, lernte Goethe in Karlsbad kennen, und es ist bekannt, daß ihn für die schöne Marianne zeitweilig ein mehr als nur freundschaftliches Gefühl bewegte. Diese Frauen und ihre Kreise sind es auch, die in erster Linie durch ihren Enthusiasmus für Goethe das Verständnis für dessen Größe in dem rationalistischen Berlin geweckt und verbreitet haben.

Ueber den Verkehr des jungen Mendelssohn in Goethes Hause berichtet als Augenzeugin die Baronin Jenny von Gustedt, geborene v. Pappenhein, in ihren Erinnerungen:

„Er war wirklich Goethes David, denn er verscheuchte jede Wolke von der Jupiterstirn unseres verehrten Dichters . . . Es fiel niemandem ein, wie dies vielleicht heute in anderen Städten der Fall sein würde, ihn seiner Abstammung wegen mißtrauisch zu betrachten. Der Gedanke wäre im damaligen Weimar unmöglich gewesen und wird es sein, so lange die großen Traditionen nicht zur Fabel geworden sind. (Heute residiert bekanntlich der literarische Antisemiten-Apostel Adolf Bartels in demselben Weimar! D. Herausg.) Goethe schätzte die Menschen nach ihrem Wert, Karl August hatte es stets getan . . ., und wir alle hätten uns geschämt, nicht diesen großen Vorbildern nachzueifern. So gehörte Rachel, so gehörte Mendelssohn zu unserer anerkannten Aristokratie. — Auch ein junger Berliner Student der Medizin, David Veit, der mit Empfehlungen nach Weimar zu Goethe kam, hatte sich freundlichster Aufnahme zu erfreuen. Goethe fand an dem gebildeten und intelligenten jungen Manne, der in Jena

studierte und ab und zu nach Weimar kam, Gefallen und zog ihn gelegentlich sogar im Theater vor allem Publikum in ein längeres Gespräch."

Goethe selbst hat gelegentlich Spinoza neben Shakespeare und Linné als den Geist bezeichnet, der den seinen am stärksten beeinflußt habe. Welche tiefgehende Einwirkung aber Spinozas Weltanschauung ihrerseits durch sein Judentum erfahren hat, dafür hat Lazarus in seinem Buch „Die Ethik des Judentums" den Beweis erbracht. Manche Empfindung oder Vorstellung bei Goethe ist nur aus der Ideenwelt des jüdischen Weltweisen Spinoza heraus zu verstehen.

Erst in neuester Zeit (1910) wurde im Schlußband der großen Weimarer Sophien-Ausgabe von Goethes Werken ein ungedrucktes Distichon veröffentlicht, das lautet:

„Juden und Heiden hinaus!" so duldet der christliche Schwärmer.
„Christ und Heide verflucht!" murmelt ein jüdischer Bart.
„Mit den Christen an'n Spieß und mit den Juden ins Feuer!"
Singt ein türkisches Kind, Christen und Juden zum Spott.
Welcher ist der Klügste, entscheide! Aber sind diese
Narren in deinem Palast, Gottheit, so geh' ich vorbei.

Goethe ist also für den Judenhaß nicht zu verwerten; kein Wunder, daß ein Eugen Dühring Goethe in Grund und Boden verurteilt. E. Dühring.
Schreibt er doch in seinem „Mod. Völkergeist" (Juni 1899, Nr. 11, S. 85) anläßlich der Kontroverse, das Straßburger Goethe-Denkmal betreffend:

„Da hat neulich einer im Daitschen Reichstag in den Etat 50 000 Mark bugsieren wollen, um Herrn von Goethe in Straßburg zu Ehren aller Daitschheit ein Denkmal zu errichten. O die Steuerzahlen, o die armen Leute! Die Sozialdemokratie und die Frechsinnigen und überhaupt die Liberaille, das weiß, warum es das Volk mit diesem dienerhaften pornophilen Frankfurtsprößling und Weimarer Hofdichter irreführt. Sonst sollen die Steuergroschen immer geschont werden, und die Herren entsetzen sich gar zu oft, wenn damit einmal etwas wirklich Anständiges befördert werden soll. Allein im Kultus des Herrn vom Kothe, des Beschönigers von allem und nebenbei auch Teufelsbeschönigers, da riechen sie die Wahlverwandtschaft und wissen, wie sie die Groschen anderer und der armen Steuerzahler für die Dienervornehmheit und glattgeverselte Frivolität zu vertun haben. Ein gewisser Grad von formellem Talent für Sprachgestaltung und einige Phantasie zu öfter doch sehr haltungslosem Fabulieren — das ist alles, was sich dem komischen Olympier Weimars und der Berkaer Hügel, wenn man Gewissen hat, nachrühmen läßt."

Und in seinen „Freien Worten" (Juli 1901) leistet sich derselbe Dühring den Ausspruch: „Goethes sinnliche Frankennatur hat viel Verwandtes mit entsprechenden hebräischen Regungen."

Eine ähnliche schlechte Zensur muß sich Goethe auf anderem Gebiet von dem Alldeutschen Schönerer gefallen lassen, der in seinen G. von Schönerer.
„Unverfälschten deutschen Worten" behauptet:

„Goethe war ein großer Denker (Philosoph), er hat das deutsche Schrifttum auf die Höhe der Weltliteratur erheben helfen, er steht als Dichter am (sic) Gipfel des deutschen Parnasses, aber ein deutsch-völkisches Vorbild, an dem sich deutsches Bewußtsein, Nackensteifheit und heiße Liebe zum Stammesvolke bilden und erheben könnten, war er nicht."

Die Alldeutschen haben überhaupt an dem „Kosmopoliten“ Goethe schweres Aergernis genommen, da er sich wiederholt als schärfster Gegner des Nationalitätenhasses geäußert hat; er verteidigte sich z. B. im Jahre 1825 gegen den Tadel seines Verhaltens Napoleon und den Franzosen gegenüber:

„Wie hätte ich hassen können ohne Jugend! Ueberhaupt ist es mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet, und wo man gewissermaßen über dem Nationalen steht und man ein Glück oder Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß, und ich hatte mich darin längst befestigt, ehe ich mein sechzigstes Jahr erreicht hatte.“

Fast wie eine tragische Ironie muß es angesichts solcher antisemitischer Goethe-Klitterung berühren, daß die weitaus geschätzteste und verbreitetste deutsche Goethe-Biographie unserer Tage einen Juden, den verstorbenen Berliner Gymnasialprofessor Albert Bielschowsky (1847—1902), zum Verfasser hat. Dieses zweibändige Werk hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit den Rang eines wirklichen Volksbuches erworben, und es trotz seines Umfangs bereits auf mehr als 60 Auflagen gebracht.

Schiller.

Daß sich in Schillers Werken, Schriften und Briefen nichts findet, was sich im antisemitischen Sinne ausmünzen ließe, ist den berufsmäßigen Trägern und Wortführern dieser Richtung unbequem und um so mehr geeignet, ihnen dieses Dichters „reines“ Deutschtum verdächtig zu machen, als er der größte und stärkste Bahnbrecher jener Anschauungen war, deren allmählichem Erstarken die deutschen Juden späterhin die Befreiung aus dem Ghetto dankten. So darf es nicht weiter wundernehmen, wenn ein Adolf Bartels in seiner Literaturgeschichte über Schiller orakelt:

A. Bartels.

„Er ist der einzige bedeutende Dramatiker seines Stammes, und wenn ich auch an ein Gesetz des Kontrastes glaube, das zum Typus den Gegentypus, also zum lyrischen Gefühlsmenschen den dramatischen Willensmenschen gebieterisch verlangt, so finde ich doch die Dramatik Schillers der schwäbischen Lyrik nicht entsprechend, finde hier in Uebereinstimmung mit zahlreichen anderen Beurteilern etwas Undeutsches, ja Ungermanisches in ihr. Das hat denn auch die Annahme eines keltischen Blutzusatzes bei Schiller veranlaßt . . .“

Die immer wieder auftauchende Behauptung, daß Schiller in dem Intriganten Spiegelberg einen Juden habe zeichnen wollen, ist durch nichts erwiesen (obwohl dieser Zug bei dem jugendlichen Karlsschüler für die spätere Weltanschauung des Dichters nicht die mindeste Bedeutung hätte). Ausführlich hat noch neuerdings Prof. Ludwig Geiger in seiner Studie „Schiller und die Juden“ (in dem Bande „Die deutsche Literatur und die Juden,“ Berlin 1910) mit ebenso stichhaltigen wie objektiven Argumenten diese — auch von einigen

ernsthaften Schillerforschern ungeprüft übernommene — Legende entkräftet. Abgesehen davon, daß Spiegelberg in seinen ganzen Reden kaum etwas aufweist, was als jüdisch gedeutet werden könnte, sprechen einzelne seiner Aeußerungen — so die Stelle (I, 2): „Wie wär's, wenn wir Juden würden und das Königreich wieder auf das Tapet brächten!" — direkt *gegen* eine solche Absicht des Dichters.

Auch was wir über Schillers persönliche Beziehungen zu einzelnen Juden wissen, deutet auf alles eher wie auf antisemitische Neigungen hin. Aus seiner Frühzeit ist bekannt, daß der Dichter, als er auf dem Wolzogenschen Gute Bauerbach ein Asyl gefunden hatte, mit einem Bauerbacher armen Juden viel verkehrte und aus dessen — trotz mangelnder Bildung — kluger Unterhaltung gerne Anregungen schöpfte. Der Jude hieß *Mardochai*, und es leben noch Urenkel von ihm in jener thüringischen Gegend, die auf den Umgang ihres Vorfahren mit Schiller stolz sind.

In seiner Leipziger Zeit sah sich Schiller genötigt, von einem jüdischen *Geldverleiher Veit* 300 Laubtaler auf Borg zu nehmen. Er konnte das Geld nur sehr langsam von Weimar aus zurückbezahlen, und mußte die Schuld mehrmals prolongieren lassen, aber nichts in seiner Korrespondenz mit dem Leipziger Freunde Körner deutet darauf hin, daß er von Veit bewuchert oder in unfreundlicher Weise gedrängt worden ist.

Auch einen *jüdischen Verleger* hat Schiller eine Zeitlang gehabt: den Hofbuchhändler *Michaelis* in Neu-Strelitz, mit dem er in Geschäftsverbindung stand, ehe das dauernde Band mit Cotta geknüpft wurde. Michaelis übernahm 1794 den Verlag des „Musen-Almanachs" zu sehr günstigen Bedingungen:

„Du mußt Dich nicht daran stoßen," schreibt Schiller seinem Jugendfreunde Hoven, „wenn ich Dir vielleicht einen *Juden* (einen solchen nämlich, der wirklich beschnitten ist) zum Verleger aussuche. Es ist wirklich in Strelitz ein solcher als Buchhändler aufgestanden, und er hat von mir einen Musen-Almanach im Verlag. Die sächsischen Juden *haben viel Kultur* und bedeuten etwas. Dieser, der sich Michaelis nennt, ist ein junger, unternehmender Mann, der Kenntnisse besitzt, in guten Verbindungen steht und bei dem Herzog von Mecklenburg viel Kredit hat."

In der Folge hatte Schiller mehrfach Aerger und Differenzen mit Michaelis, aber seine Briefe zeigen, daß er diesem in beiden Fällen Unrecht getan hatte, und dies auch freimütig zugestand.

Zu den *Mitarbeitern* der von Schiller herausgegebenen Zeitschrift „Die Horen" zählten auch zwei Juden, *Bendavid* und Salomon *Meimon*: Die Tatsache allein läßt darauf schließen, daß Schiller grundsätzliche Antipathien gegen das Judentum so fern lagen wie Goethe, mit dem er die Hochschätzung Mendelssohns teilte.

Schiller war es auch, durch dessen Bühnenbearbeitung von Lessings „*Nathan*" dieses Hohelied der Duldsamkeit erst für die deutsche Bühne gewonnen wurde, denn in dieser Gestalt ging das Werk zwanzig Jahre nach Lessings Tode über die Weimarische Hofbühne (nachdem

zwei frühere vereinzelte Versuche in Berlin und Magdeburg sich wirkungslos erwiesen hatten), und gehört seitdem zum eisernen Bestande unseres Klassikerrepertoires, so daß es allein am Berliner Kgl. Schauspielhause bis zum Schluß des Jahrhunderts 250 Aufführungen erlebte. Zu denen, die das Stück in Schillers Bearbeitung erwarben, gehörte auch der jüdische Schauspieler und Theaterleiter Jakob Herzfeld in Hamburg (1763—1826), den auch sonst mit Schiller berufliche Beziehungen verbanden. „Ich schätze mich glücklich," schrieb Schiller an diesen nach der „Nathan"-Aufführung, „etwas dazu beigetragen zu haben, daß den Manen des großen Mannes bei dieser Gelegenheit neu gehuldigt wurde."

Fichte.

Der Philosoph Fichte hat sich in einer Studie „Beiträge zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution" (1793, S. 188 ff., s. „Handbuch" d. J., S. 63 f.) in der heftigsten Weise gegen die Juden ausgesprochen. Sie bildeten einen Staat im Staate, der „auf den Haß des ganzen menschlichen Geschlechts aufgebaut ist", und Fichte versteigt sich zu der Aeußerung: „In einem Staate, wo der unumschränkte König mir meine väterliche Hütte nicht nehmen darf und wo ich gegen den allmächtigen Minister mein Recht erhalte, plündert mich der erste Jude, dem es gefällt, ungestraft aus." Man wird aus jener Zeit (1793) schwerlich auch nur die Spur eines Beweises für diesen Satz finden können. Aber die Antisemiten haben wieder einmal unehrlich operiert. Mitten in diesem Ausfall gegen die Juden finden sich folgende Sätze (a. a. O. 190 f.), die das „Handbuch" ausgelassen hat:

„Fern sei von diesen Blättern der Gifthauch der Intoleranz, wie er es von meinem Herzen ist! Derjenige Jude, der über die festen, man möchte sagen, unübersteiglichen Verschanzungen, die vor ihm liegen, zur allgemeinen Gerechtigkeits-, Menschen- und Wahrheitsliebe hindurchdringt, ist ein Held und ein Heiliger . . ."

„. . . Zwinge keinen Juden wider seinen Willen, und leide nicht, daß es geschehe, wenn du der nächste bist, der es hindern kann; das bist du ihm schlechterdings schuldig. Wenn du gestern gegessen hast, und hungerst wieder, und hast nur auf heute Brot, so gib's dem Juden, der neben dir hungert, wenn er gestern nicht gegessen hat, und du tust sehr wohl daran."

Um jenen Ausfall gegen die Juden richtig zu verstehen, muß man in Erwägung ziehen, daß Fichte in seiner Schrift die Frage aufwirft, ob ein Staat berechtigt sei, die Bildung eines Staates im Staate zu verhindern. Als Beweis für solche Staaten im Staat führt er drei an: Die Juden, das Militär („ein beinah ebenso fürchterlicher Staat", a. a. O. S. 191 ff.), den Adel. Gegen den letzten führt Fichte die Hauptstreiche: „Der Besitzer der Produkte, der Landeigentümer, verteuert unabläßig die Dinge, die wir haben müssen . . . Der Landbauer hat nichts, und wird nie etwas haben, als den kümmerlichen Lebensunterhalt auf den heutigen Tag." (A. a. O. S. 246.) Die

heftigen Ausfälle Fichtes gegen Militär und Adel hat der „Antis.-Katech.“ wohlweislich ignoriert. Wenn sich die Antisemiten ferner darauf berufen, daß Fichte den Juden gern Menschenrechte, aber keine Bürgerrechte zugestehen wollte, so können wir uns auf denselben Fichte vom Jahre 1793 berufen, der in demselben Buche schreibt (S. 346): „Ich behaupte, daß jedes Amt im Staate nach überwiegenden Verdiensten besetzt werden müsse.“ Ferner auf den Fichte, der 12 Jahre später (s. die Grundlagen des gegenwärtigen Zeitalters 1804 bis 1805. Werke Th. 7, S. 188 f., s. Wilhelm Busse, J. G. Fichte. Halle 1849. II., 331) schrieb:

„Der Staat muß allen den gleichen Zugang zu den vorhandenen Quellen der Bildung für dieselbe gestatten und, als Verweser der Zwecke der menschlichen Gattung, verschaffen. Dies ist nur möglich durch Errichtung absoluter Gleichheit, der persönlichen, sowie der bürgerlichen Freiheit aller in Ansehung des Rechtes und der Rechte. Dasselbe daher, was schon als bloßer Staat sein Zweck sein muß, wird ihm durch die Religion von neuem zum Zwecke gemacht; und dieses ist der positive Einfluß der Religion auf den Staat; nicht, daß sie ihm einen neuen Zweck gebe, welches der soeben behaupteten Absonderung beider voneinander widerspräche, sondern daß sie seinen eigenen Zweck ihm näher ans Herz legt, und ihn treibt, die Erreichung desselben zu beschleunigen.“

Hier verlangt also im Namen der christlichen Religion Fichte die bürgerliche Gleichberechtigung für alle.

Ernst Moritz Arndt.

Auch den Dichter der Freiheitskriege möchten die Antisemiten gern als Gesinnungsgenossen reklamieren. Arndt hat in seinem im Jahre 1814 erschienenen Werk: „Ein Blick aus der Zeit auf die Zeit“ unter der Nachwirkung seines revolutionären Freiheitsdrangs einige harte, sehr harte Worte gegen die Juden gebraucht. Man sollte „die Einfuhr der Juden aus der Fremde in Deutschland schlechterdings verbieten und hindern . . .“ Die Juden als Juden „paßten nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein“. Die Aufnahme fremder Juden, die nach unserm Lande gelüstet, sei „ein Unheil und eine Pest unseres Volkes“.

Mit der Zitierung solcher, vielleicht einer Augenblicksstimmung entsprossenen ungerechten Urteile aus einer überhitzten nationalistischen Periode tut man aber dem Dichter bitter Unrecht. Dreißig Jahre später, im Jahre 1844, hat Arndt in seiner Abhandlung „Versuch einer vergleichenden Völkergeschichte“ (S. 19 ff.) erheblich objektiver über die Juden geurteilt. Er sagt darin u. a.:

„Vom Mittelmeer her sind die Samen aller Bildung, Freiheit und Menschlichkeit bis in den äußersten Westen Europas und bis in den Osten der Neuen Welt hinübergeweht. Hier beginnt Leben, Freiheit, Sittlichkeit, Wissenschaft, Kunst im höheren Stil. Hier finden wir zuerst und vor allen anderen die Hebräer oder die Kinder Israel, einst der Haß des Menschengeschlechts und noch jetzt der Spott der Völker und in manchen Ländern als der Auswurf und Abscheu der Sterblichen betrachtet, und doch welche

Wohltäter unser aller, gleichsam ein großes, blutiges, historisches Opfer, welches Gott in seiner unerforschlichen Weisheit als solches aufbewahret und zum Heile des Geschlechts hingegeben hat. Wenn in Asien in den Sagen und Urgeschichten der Chinesen, Inder und Perser einzelne Personen erscheinen, so erscheinen sie fast immer nur als Gesamtheit des Gedankens, als mythische, mit Uebermenschlichkeit und mit übermenschlichen Kräften und Eigenschaften begabte und gerüstete Wesen; sie erscheinen und verschwinden uns endlich gleichwie leere und glänzende Götterträume der Phantasie. Wie gar anders alles bei dem Hebräer! Sein Adam und Adams Söhne und Urenkel, sein Seth und sein Noah, seine Patriarchen Abraham, Isaak, Jakob, Melchidek, Moses, sind wahre Menschen, mit menschlichen Trieben und Begierden gerüstete, mit menschlichen Gebrechen und Mängeln behaftete Menschen, sie sind von unserem Blut und Gebein. So geht es fort durch die Reihe der Richter, Helden, Könige und Propheten bis zum Schluß des unglücklichen Volkes, wo der Heiland und Weltverjünger kommt, welchen sie verworfen haben. Wir erblicken hier das Urleben und das schöne Urbild, wo der sterbliche Mensch noch unmittelbar mit Gott und Gottes Engeln verkehrt, aber die begabtesten, die begnadigsten Menschen, ein Abraham, ein Moses, ein David, ein Jesahah, bleiben mit festen und sichern Füßen auf der Erde stehen, nicht als schwimmende Nebelgestalten der Phantasie, sondern in voller leiblicher Wirklichkeit auf dem festen Boden der Erde. Hier haben wir in der Geschichte zuerst (denn weiter hin nach Osten, selbst nach Aegypten hin, ist alles in jenen Zeiten für uns kaum Dämmerung) die Persönlichkeit dem Himmel und Gott gegenüber in ihre heiligen Rechte eingesetzt, eine volle Menschengestalt, voll und echte Triebe im Guten und Bösen; es tut sich die erste Erscheinung der Majestät der sittlichen Welt auf. — — Es werden hier also die alten Juden, die Kinder Israel, gelobt, und müssen gelobt und glücklich gepriesen werden, weil sie Gott in seiner Persönlichkeit, nicht in buntschimmernden und zerfließenden Nebelgestalten eines mannigfaltig gebrochenen Daseins geschaut haben, weil sie ihm gegenüber als geistige, zur Freiheit und sittlichen Würdigkeit geschaffene Wesen sich selbständig empfunden haben. Ich spreche hier von den Büchern des Alten Bundes. Diese Bücher des Alten Testaments, was für ein Weltbuch sind sie, man möchte sagen, ein ewiges Lebensbuch für alle Zeiten und Geschlechter. — — Hier, in diesem Alten Testament und in seinen Geschichten, lebt der Protestantismus vor dem Protestanten, das Luthertum vor dem Dr. Martin. Da ich die Protestanten nenne, so könnte man mit einer Vergleichung, welche gewiß in manchen Punkten zutrifft, das Judentum den Protestantismus der alten Welt, das Hellenentum seinen Katholizismus nennen. — —"

Bei Arndt zeigt sich, wie man sieht, genau dieselbe Entwickelung in seiner Stellung zur Judenfrage wie bei Bismarck. In der Jugend ein ungestümer und fanatischer Eiferer gegen die Juden, sieht er sich im späteren Alter auf Grund einer gereifteren Lebenserfahrung genötigt, sein Urteil ganz erheblich zu modifizieren.

Wolfgang Menzel.

Wenn das „Handbuch der Judenfrage" sich (S. 114 f.) auf einen Ausspruch W. Menzels, des berühmten Kritikers, beruft, so kann man diesem Urteil aus dem Jahre 1857 andere aus dem Jahre 1833 entgegenstellen. Durch seine erbitterte Fehde mit dem jungen Deutschland, mit Heine und Börne, ist er zum Antisemiten geworden. Als 35 jähriger Mann hat er die Judenfrage unbefangen angesehen und Börne und Heine nicht ohne Liebe beurteilt. Als die badische Kammer gegen die

Judenemanzipation stimmte, verhöhnte Menzel die Liberalen dieses Parlaments („Literatur-Blatt", 1833, Nr. 120 und 121):

„Es hätte diesen berühmten Liberalen nicht passieren sollen, gegen die Juden-Emanzipation zu stimmen; sie, die aus dreizehn Ehrenbechern sich in Popularität berauschen, sollten daran denken, daß eine einzige Judenträne all den Ehrenwein vergiften kann. Es gibt nur ein Recht, hat ein großer Vernunfsrechtslehrer in der badischen Kammer oft genug gesagt — warum mißt er nun selbst den Christen mit einem Recht und den Juden mit einem anderen?"

An derselben Stelle beurteilt Menzel eine antisemitische Schrift des Heidelberger Geh. Kirchenrats Paulus und eine Antwort G. Rießers gegen diese. Und Menzel schreibt:

„. . . es ist über allen Zweifel erhaben, daß erst die Emanzipation das Uebel beseitigen wird, um derentwillen man keine Emanzipation erteilen will, daß die Juden erst dann aufhören werden, uns um ihrer Einseitigkeit, Abgeschlossenheit und um ihres Schacherns willen zu mißfallen, wenn sie nicht mehr von uns ausgeschlossen sind, wenn sie uns so gleich stehen werden, wie dies längst in Frankreich der Fall ist . . ."

„. . . Ein schlechter Jude wird gewiß allemal ein Christ, wenn er mit seiner Schlechtigkeit unter dieser Firma mehr profitieren kann. Man verhindert den Juden nicht, seine Schlechtigkeit als Christ fortzusetzen, aber man will ihn verhindern, ein ehrliches Gewerbe zu treiben, ehe er ein Christ ist. Das heißt eine Prämie auf die Schlechtigkeit setzen, statt ihr entgegenzuwirken, und verrät eine Gesetzgebung, die nur im Mittelalter gegeben und nur in unserem lügenhaften Zeitalter verteidigt werden konnte."

„. . . Ist es nicht Barbarei, daß man in der Marienkirche zu Lübeck die Namen der Juden liest, die, im hanseatischen Korps gegen Napoleon dienend, ihr Leben rühmlich auf dem Schlachtfelde ließen, während die Brüder und Verwandten dieser Juden unmittelbar nach dem Kriege aus Lübeck ausgetrieben wurden, weil diese freie Stadt hauptsächlich eine judenfreie sein wollte?"

Und Menzel schließt seine ausführliche Darlegung mit den Worten:

„Doch wie soll Weisheit und Menschenliebe ins Volk dringen, wo solche Demagogen der Pöbelweisheit, wo Vernunftpfaffen den natürlichen Sinn für das Edle und für die Gerechtigkeit verwirren. Ihnen entgegenzutreten halte ich als Deutscher, als Mensch des 19. Jahrhunderts für heilige Pflicht. Wenn wir den Juden nicht endlich ihr Menschenrecht ungekränkt wiedergeben, verdienen wir das unsere auf ewig zu verlieren."

Wilhelm von Humboldt.

Die vorurteilsfreie Stellung des großen preußischen Gelehrten und Staatsmannes zu der nach den Befreiungskriegen wieder in den Vordergrund tretenden Judenfrage ist aus zahlreichen dokumentarischen Aeußerungen zur Genüge bekannt. Auch der in jüngster Zeit zur Veröffentlichung gelangte Briefwechsel Humboldts mit seiner Gattin Karoline (Berlin, E. S. Mittler & Sohn) liefert dafür Beweise. Humboldt tritt nämlich, als nach den Freiheitskämpfen die konstitutionelle Auseinandersetzung zwischen Krone und Volk allenthalben in deutschen Landen aktuell wird, in seinen brieflichen Aeußerungen für die volle Gleichberechtigung aller jüdischen Staatsbürger ein. Er vertrat diesen Standpunkt auch auf dem Wiener

Kongreß, schon aus der praktischen Erwägung: da im Preußischen den Juden fast alle Rechte zugestanden seien, würde ohne eine Verallgemeinerung des Ediktes ein allzu starkes Einströmen aus anderen Ländern die Folge sein.

Schopenhauer.

Wer Schopenhauer wirklich aus seinen Werken und aus seinem Leben, nicht aber aus einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Stellen kennt, durch deren Aufstellung ihn die Antisemiten zu sich herabziehen möchten, der weiß, daß er kein gewöhnlicher Antisemit ist. Wahr ist, daß er in seinem Haß gegen alles, was ihm optimistisch erschien, auch gegen die mosaische Religion eine tiefe Abneigung empfand. Den in der Schöpfungsgeschichte siebenmal sich wiederholenden Ausspruch: „Gott sah, daß es gut war", konnte er ihr nicht verzeihen, denn nach seiner Ansicht war es eben nicht gut. Dieser Abneigung gegen das „optimistische Judentum" (Werke Bd. II, S. 521, herausgegeben von Grisebach), gegen das ganze Alte Testament gab er nach seiner Art in den stärksten Worten Ausdruck. Das Christentum war nach seiner Ansicht weltverachtend, pessimistisch und ihm daher weit sympathischer. Trotzdem schrieb er gegen die monotheistischen Religionen, z. B. über den Protestantismus: „Das mag eine gute Religion für komfortable, verheiratete und aufgeklärte protestantische Pastoren sein. Aber das ist kein Christentum." Einige wilde Ausbrüche, in denen die cholerische Natur dieses Denkers sich Luft machte, genügen daher nicht, ihn zum Antisemiten zu stempeln. Wenn er das gewesen wäre, würde er gewiß nicht David Asher und Julius Frauenstädt (letzter war allerdings zum Christentum übergetreten) zu seinen Testamentsvollstreckern ernannt haben. Auch würde er nicht die Abfassung seines Testaments einem Juden übertragen haben, dem Dr. Martin Emden, mit dem er täglich freundschaftlich verkehrte und den er mit Andenken bedachte. Schon in seiner Jugend war ein Jude namens Gans sein Arbeitsgefährte gewesen, und er ließ sich in seiner Freundschaft für ihn von Mutter und Schwester nicht beirren. Man vergesse auch nicht, daß Schopenhauer in seiner Verbitterung nichts schonte. So ist sein Haß gegen seine deutsche Nation bekannt. Er nannte es mit Wieland ein Unglück, als ein Deutscher geboren zu sein (Werke IV, 118); das sei eine Nation, „welche in politischen und finanziellen Angelegenheiten Mangel an wahrer Ehrenhaftigkeit bewiesen hat" (Werke IV, 427 f.). Niemand wird diese extremen Urteile ernst nehmen. Warum nimmt man aber die paar antisemitischen Urteile ernst?

Nicolaus Lenau.

Ueber Lenaus Beziehungen zum Judentum berichtet sein langjähriger Freund Ludwig August Frankl:

„Lenau pflegte gern mit literarisch gebildeten Juden Umgang, so mit dem Professor der Geschichte Romeo Seligmann, mit dem geistvollen Bankier

Adolf von Hofs, mit dem phantastischen Jokel . . . Und der Gatte der von ihm angebeteten Sophie war der Sohn des jüdischen Bankiers Löwenthal. Mir selbst wurde die Lebensgunst zuteil, mit Lenau ein Vierteljahrhundert lang zu verkehren. Der intime Umgang mit ihm führte endlich zu treuer Duzbrüderschaft. Nie kam ein mißliebiges oder auch nur scherzhaftes Wort über Juden aus Lenaus Munde."

Frankl hätte unter Lenaus jüdischen Freunden auch noch Leopold Kompert, Berthold Auerbach u. a. nennen können. Wie warmherzig Lenau für die Not des vormärzlichen Judentums in Oesterreich fühlte, mag sein Gedicht „Der arme Jude" dartun:

Armer Jude, der du wandeln
Mußt, von Dorf zu Dorf hausierend,
Schlecht genährt und bitter frierend,
Allwärts rufend: „Nichts zu handeln?"

Auf dem Baume krächzt der Rabe,
Hunde zerren dich am Rocke,
Schneegestöber, Flock an Flocke,
Fleißig wanderst du am Stabe . . .

Karl Gutzkow.

Nur wenig bekannt ist es heute noch, daß Gutzkow, der Dichter des „Uriel Acosta", sich Jahre lang kaum eine Gelegenheit entgehen ließ, in der Judenfrage Partei zu ergreifen, denn er wohnte in den dreißiger und vierziger Jahren in den beiden Städten, wo der Streit am heftigsten entbrannte, in Frankfurt und Hamburg, und daß viele von den Vorkämpfern der Judenemanzipation, wie Gabriel Rießer, zu Gutzkows intimen Freunden zählten. Die meisten seiner damals entstandenen Artikel finden sich in dem von ihm in den Jahren 1837—43 geleiteten „Telegraph für Deutschland", und sind längst verschollen, obwohl sie der kritischen Glanzperiode Gutzkows angehören. Eine umfassendere Erörterung widmete Gutzkow der Judenfrage in seinem Buche „Die Zeitgenossen" (1837), das später unter dem Titel „Säkularbilder" in seinen gesammelten Schriften aufgenommen wurde. Als Resultat seiner gründlichen und sehr objektiven Untersuchung bezeichnete er zum Schlusse seine volle Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Emanzipation in jeder Beziehung, in theoretischer wie praktischer. Er selbst war ein unbedingter Anhänger des Assimilationsgedanken — „Judentat will ich sehen, nicht Judenschmerz", war eines seiner bezeichnenden Worte —, was sich besonders in einem aufsehenerregenden Essai über Julius Mosers „Ahasver" kundgab, der ihm eine Reihe polemischer Erwiderungen zuzog. Die Vorrede zu seiner Biographie Börnes findet ebenso mannhafte als besonnene Worte für die krasse Ungerechtigkeit des Vorurteils, unter denen die gebildeten Juden vielfach — am stärksten in Börnes Vaterstadt Frankfurt — noch gedemütigt zu leiden hatten. Daß er Forderungen, die uns heute selbstverständlich erscheinen, wie die Zulassung der Juden zu Staatsämtern, noch für zu weitgehend hielt, erklärt sich aus den

noch bedenklich rückständigen gesellschaftlichen Verhältnissen seiner Zeit. Auch in Gutzkows dichterische Werke spielt die Judenfrage häufig hinein. Die eigentliche Frucht aber seines Kampfes für die Emanzipation war das Drama „Uriel Acosta", dem eine schon zwölf Jahre früher erschienene Novelle „Der Sadduzäer von Amsterdam" zugrunde lag.

Ludwig Feuerbach.

In seinem Werke „Das Wesen des Christentums" (3. Aufl., Leipzig 1849, S. 163 ff.) hat der Philosoph L. Feuerbach ausführlich dargelegt, daß die jüdische Religion eine utilistische ist. „Der Gott der Juden ist der Egoismus in der Form der Religion." Die Antisemiten haben kein Recht, diesen Philosophen für sich in Anspruch zu nehmen, denn er nennt sich selbst einen „Atheisten", der sich zur „Naturreligion" bekenne (s. Vorlesungen über das Wesen der Religion, Leipzig 1851, S. 44). So gesellen sich zu jenen Aeußerungen über das Judentum wirklich scharfe Angriffe gegen das Christentum. „Das heilige Mysterium der Trinität löst sich auf in Täuschungen, Phantasmen, Widersprüche und Sophismen" (s. Das Wesen des Christentums, 3. Aufl., Leipzig 1849, S. 317). „Die Abendmahlslehre ist Sophistik" (ebenda S. 331). „Alle Greuel der christlichen Religionsgeschichte sind, weil aus dem Glauben, aus dem Christentum entsprungen" (ebenda S. 345).

Feuerbach ist ein Bewunderer Spinozas gewesen, über den er schreibt (Vorlesungen über das Wesen der Religion, a. a. O. S. 9):

„Er ist der einzige unter den neueren Philosophen, der die ersten Elemente zu einer Kritik und Erkenntnis der Religion und Theologie gegeben hat; der erste, der in positiven Gegensatz mit der Theologie trat; der erste, der es auf eine klassische Weise ausgesprochen, daß die Welt nicht als eine Wirkung oder ein Werk eines persönlichen nach Absichten und Zwecken wirkenden Wesens angesehen werden könne; der erste, der die Natur in ihrer universellen, religionsphilosophischen Bedeutung geltend machte. Ihm habe ich daher meine Bewunderung und Verehrung mit Freuden dargebracht."

Richard Wagner.

Daß der Autor einer Schrift des Titels „Das Judentum in der Musik" von den Antisemiten als Kronzeuge und Eideshelfer in Anspruch genommen wird, versteht sich eigentlich von selbst. Diese Schrift aber, die 1869 in Leipzig erschien und namentlich Mendelssohns und Meyerbeers Musik als „jüdisch" bekämpfte, ist nichts weniger als der Gesamtausdruck von Wagners zeitlebens gehegten Anschauungen. Stand er doch selbst mit seiner ersten großen Oper „Rienzi" noch als Dreißigjähriger ganz und gar unter Meyerbeers Einfluß. Diesen nennt er denn auch in seiner Schrift geflissentlich nicht beim Namen — er nennt ihn nur einen „weit und breit berühmten jüdischen Tonsetzer unserer Tage" — vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß er dem von ihm künstlerisch bekämpften Manne menschlich großen Dank schuldete. Als er,

noch ein unbekannter junger Musiker, Ende der dreißiger Jahre in Paris lebte, da war es Meyerbeer, der den notleidenden Landsmann vom drohenden Hungertode errettete. In seinen Briefen an Meyerbeer finden sich die Beweise für die Verehrung, die er ihm früher entgegenbrachte. Schon vor seiner Uebersiedelung aus Paris schrieb er ihm von Königsberg aus, wo er kurze Zeit als Kapellmeister wirkte:

„. . . Seit ich in das eigentliche Leben und die Praxis trat, haben sich meine Ansichten über den gegenwärtigen Standpunkt der Musik, und zumal der dramatischen, bedeutend geändert, und soll ich es leugnen, daß gerade Ihre Werke es waren, die mir diese neue Richtung anzeigten? Es wäre hier jedenfalls sehr am unpassenden Orte, mich in ungeschickte Lobeserhebungen Ihres Genius auszulassen, nur so viel, daß ich in Ihnen die Aufgabe des Deutschen vollkommen gelöst sah, der sich die Vorzüge der italienischen und französischen Schule zum Muster machte, um die Schöpfungen seines Genius universell zu machen."

Als er seine Oper, die „Novize von Palermo", beendet hatte, hoffte er lange Zeit, daß sie in Paris aufgeführt würde. Aber da er nur abschlägige Antworten erhielt, ist Meyerbeer wiederum seine letzte Hilfe. Er schreibt:

„Terrorismus ist das einzige Mittel, und Sie, mein verehrter Selbstherrscher aller Töne, können ihn allein anwenden. Ich hoffe in dieser Welt auf kein Heil als von Ihnen." „Mit allen Sünden und Schwächen, mit allem Jammer und in Not" empfiehlt er sich dem werten Meister, die Erlösung von allem durch Gott und ihn erflehend. „Wenn ihm Meyerbeer hold bleibt, so ist ihm Gott eben auch nahe, und deshalb bittet er den berühmten Meister, ein wenig an seinen dankglühenden Verehrer zu denken."

Nachdem er den „Fliegenden Holländer" vollendet, spricht er aufs Neue das Fürwort Meyerbeers an. Er schreibt ihm:

„Ich werde in alle Ewigkeiten nichts anderes gegen Sie aussprechen dürfen als Dank! Dank!"

„. . . Gebe nur der Himmel, Ihre Langmut und Engelsgemüt möge noch so weit reichen, daß Sie diese Hand nicht zurückziehen . . ., so habe ich für nichts weiter zu sorgen, keinen andern Schritt mehr zu tun, und in Erfüllung müßte es gehen, was ich seit zwei Jahren als vollstes Bewußtsein in mich aufgenommen habe, daß, wenn ich es erreichen sollte, von der Welt als ein nicht ganz unwürdiger Schüler meines verehrten Meisters erkannt zu werden, dies nur durch Sie, mein Herr und Meister, erreicht werden könnte. Gott mache Ihnen jeden Tag Ihres schönen Lebens zur Freude, und trübe Ihr Auge nie mit Kummer! Dies das aufrichtige Gebet Ihres allergetreuesten Schülers und Dieners."

Die Antwort und die Hilfe Meyerbeers liegt in den sechs Worten, welche sich in Wagners autobiographischer Skizze finden: „Mit ziemlicher Schnelle wurde diese Annahme (des „Fliegenden Holländers") bewirkt."

Man weiß, daß R. Wagner in seinen Sympathien und Antipathien gleich heftig war. Daß die Deutschen eine „niederträchtige Nation" seien, konnte man oft von ihm hören. (Vgl. „Deutsche Rundschau", 1894, Januar, S. 56 f.) Wenn er auch mehr aus christlich-

germanischer Weltanschauung Antisemit war, die Antisemiten als Partei dürfen ihn nicht zu ihren Gesinnungsgenossen zählen. Dafür spricht ein Brief Wagners selbst. Als 1881 der „Ring der Nibelungen" in Berlin zum ersten Male am Viktoria-Theater unter Angelo Neumanns Leitung aufgeführt werden sollte, kamen an Neumann Briefe des Inhalts, daß Richard Wagner der antisemitischen Bewegung nahestehe. Eine Anfrage des (jüdischen) Direktors rief folgende Antwort Wagners am 23. Februar 1881 hervor (s. „Neue freie Presse", Mai 1897):

„Geehrter Freund und Gönner!

Der gegenwärtigen antisemitischen Bewegung stehe ich vollständig fern: ein nächstens in den „Bayreuther Blättern" erscheinender Aufsatz von mir wird dies in jeder Weise bekunden, daß es ganz unmöglich werden dürfte, mich mit jener Bewegung in Beziehung zu bringen."

Es ist nicht ohne Reiz zu sehen, wie die Waffen, die Wagner gegen Meyerbeer erhoben, gegen ihn selbst gerichtet worden sind. So hat Gustav Freytag einmal (s. Ges. Werke, Bd. XVI, S. 325) Wagners „Judentum in der Musik" wie folgt beurteilt:

Gustav Freytag.

„Im Sinne seiner Broschüre erscheint Wagner selbst als der größte — Jude. Die Effekthascherei, das anspruchsvolle und kalt überlegte Streben nach Wirkungen, welche nicht durch sicheren Kunstgeschmack hervorgebracht werden, der Mangel an Fähigkeit, musikalischer Empfindung ihren melodischen und harmonischen Ausdruck rein und voll zu geben, die übergroße nervöse Unruhe, Freude am Seltsamen und Gesuchten, das Bestreben, durch witzigen Einfall und äußerliche Kunstmittel die gelegentliche Schwäche seiner musikalischen Erfindung zu decken, dazu selbst das große Talent für raffinierte Regie der Effekte . . . Diese Beschaffenheit seiner merkwürdigen und für unsere Musik verhängnisvollen Begabung scheint uns gerade eine solche zu sein, welche in seinem Sinne als eine dem Judentum eigentümliche aufgefaßt werden müßte."

Und im Jahre 1892 (Frühjahr) brachte die deutschnationale antisemitische Monatsschrift „Das zwanzigste Jahrhundert" eine Studie über „Deutsche Musik" von Dr. H. Pudor, in der es heißt:

Dr. H. Pudor.

„Wagners Musik ist im allgemeinen durchaus nicht deutsch. Der keltische Volkscharakter scheint es zu sein, der in ihm erklingt. Und wenn man mit dem Wort „keltisch" nichts anzufangen weiß, so sage ich: diese erwähnten Eigenschaften scheinen mir mehr französisch als deutsch, mehr semitisch als germanisch zu sein; — das Spiel des Zufalls wollte es, daß Wagner auf der Judenstraße „Brühl" in Leipzig geboren wurde, mit Hilfe des Juden Meyerbeer das erste Fortkommen fand, für die Pariser Juden den „Tannhäuser" bearbeitete, und in der Nähe des Judenviertels in Venedig seine Augen schloß. Auch die Raffiniertheit kann man der Wagnerschen Kunst nicht durchaus absprechen. . . . Diese Raffiniertheit aber ist deutschem Wesen völlig fremd, wohl aber semitisch-phönicischem Geschäftsgeiste zu eigen. Auch äußerlich hat er nichts Deutsches, sondern etwas Fremdes an sich."

Uebrigens hat Friedrich Nietzsche in Wagner sogar „semitische Eigenschaften" erkennen wollen, und Adolf Bartels sieht in ihm, wie in so vielem, was über seinen Horizont geht, einen ausgesprochenen „Dekadenten". Nimmt man noch hinzu, daß Wagner etwa die Musik des deutschesten aller musikalischen Romantiker, Robert Schumanns, genau so antipathisch war, wie die von Mendelssohn und Meyerbeer, und umgekehrt, daß ein Meister so urdeutscher Art wie Johannes

Brahms der Wagnerschen Musik seinerseits ungefähr mit denselben Gefühlen gegenüberstand, wie Wagner der Meyerbeerschen und Mendelssohnschen, so hat man einen gewissen Maßstab dafür, mit wie wenig Berechtigung der Antisemitismus aus jener Kampfschrift Wagners Kapital schlagen darf, die lediglich künstlerisch-ästhetischen Impulsen, keinerlei politisch-sozialer Parteinahme entsprang. Zum Beweise dessen sei daran erinnert, daß der erste und einzige Dirigent, dem Wagner selbst die Leitung des „Rings der Nibelungen" und des „Parsifals" anvertraute, der Münchener Hofkapellmeister Hermann Levi war, und daß zu den Intimen des Hauses Wahnfried im letzten Jahrzehnt vor Wagners Tode Josef Rubinstein, ein Bruder Antons, gehörte, und daß dem verstorbenen Heinrich Porges Siegfried Wagner die Grabrede hielt. Auch ist es bekannt, daß Wagner eine Vorliebe für den Klassiker der Wiener Tanzmusik, für Johann Strauß, besaß, dessen Großvater noch Jude gewesen war.

Daß das Judentum, nebenbei bemerkt, auch außer Meyerbeer und Mendelssohn Komponisten von hervorragendem Range hervorgebracht hat, mögen Namen wie Max Bruch, Friedrich Gernsheim, Eduard Lassen, Karl Goldmarck, Gustav Mahler, Oskar Fried, von Ausländern Halévy, Georges Bizet, Camille Saint-Saëns, Arthur Sullivan u. a. beweisen, von den zahllosen ausübenden Künstlern wie Josef Joachim und vielen anderen zu schweigen.[1])

Julian Schmidt.

Der einst einflußreiche, heute freilich gründlich vergessene Literaturhistoriker Julian Schmidt (s. „Handbuch", S. 121) hat in der Tat in seiner „Geschichte der deutschen Literatur im 19. Jahrhundert" (1856, Bd. III, S. 26) einen allgemein gehaltenen Angriff gegen jüdische Journalisten gerichtet, aber was auf derselben Seite für die Juden steht, hat das antisemitische Handbuch wiederum unterschlagen. Julian Schmidt schreibt nämlich (S. 26 f.):

„Die politische Emanzipation der Juden, d. h. ihre rechtliche Gleichstellung mit den christlichen Staatsbürgern und die Aufhebungen der Beschränkungen, die sie vom Eintritt in eine beliebige Laufbahn abhielten, ist zwar noch nicht völlig durchgesetzt, aber es sind doch überall Schritte dafür getan, und wir werden voraussichtlich darin immer weiter kommen. Es bleibt nur noch das sehr begreifliche gesellschaftliche Vorurteil. Die Klasse, mit der man im bürgerlichen Leben am vielfältigsten verkehrt, die Trödler, die Hausierer, die Schacherjuden, prägt der Phantasie ein bestimmtes Bild vom Judentum ein, so daß jeder Jude sich gleichsam erst persönlich die Anerkennung erkämpfen muß. Ebenso hat man z. B. gegen die Deutschen das Vorurteil, sie seien phantastisch, unpraktisch, unentschlossen usw., und jeder einzelne Deutsche muß sich die Anerkennung, daß er nicht phantastisch, nicht unpraktisch, nicht unentschlossen ist, erst mühsam erkämpfen. Es ist angenehm, wenn man, wie die Edelleute, einen

---

[1]) Näheres hierüber ist in dem Separatabdruck der „Mitt. a. d. V. z. A. d. A." „Der Juden Anteil am Fortschritt der Kultur" enthalten.

Empfehlungsbrief für die „gute Gesellschaft" bereits in seinem Namen mit sich trägt, und es ist unangenehm, wenn sich an die Abstammung im Gegenteil ein Vorurteil anknüpft: aber das Eine wie das Andere reicht doch nur für die erste Bekanntschaft aus. Es haben sich in dem gegenwärtigen Jahrhundert so viele Juden in allen Zweigen der Kunst und Literatur ausgezeichnet, daß in jedem bestimmten Falle jenes Vorurteil sich auf einen einzigen zweifelhaften Blick beschränkt: nie wird die wirkliche Tüchtigkeit eines Juden, ihr Ziel, die allgemeine Anerkennung verfehlen; aber es wäre für sie selbst zweckmäßiger, wenn sie nicht in ängstlicher, fieberhafter Unruhe, sondern in ausdauernder gelassener Tätigkeit diesem Ziele nachstrebten."

Moltke.

Auch den Namen Moltkes haben die Antisemiten für ihre Zwecke auszubeuten versucht. Graf Moltke hat als 32 jähriger Leutnant ein Buch „Darstellung der inneren Verhältnisse und des gesellschaftlichen Zustandes in Polen" geschrieben (Berlin 1832), in welchem er die damaligen polnischen Juden sehr ungünstig beurteilte. Im Jahre 1884 brachte die Zeitschrift „Vom Fels zum Meer" einen Abdruck dieser Schrift, jedoch blieben darin die scharfen Urteile über die Juden weg.

Das entdeckten die Antisemiten, und es war ihnen natürlich eine besondere Freude, die von dem 32 jährigen Leutnant von Moltke angeführten scharfen Urteile gegen die Juden wieder in Erinnerung zu bringen. Ein massenhaft verbreitetes Flugblatt (Nr. 43) mit dem Bilde des Feldmarschalls enthielt die gestrichenenen Stellen des Buches und diente als Kampfmittel gegen die Juden. Das antisemitische „Volk" brachte (13. Mai 1891) eine Notiz, in der es hieß, daß die Streichung der scharfen Stellen gegen die Juden ohne Vorwissen Moltkes von dem jüdischen Professor Joseph Kürschner, dem Herausgeber der Zeitschrift „Vom Fels zum Meer", vorgenommen worden sei. Aber schon nach einigen Tagen mußte das antisemitische Blatt eine Berichtigung abdrucken, in der Professor Joseph Kürschner, der weder Jude noch jüdischer Abstammung war, erklärte:

„daß Feldmarschall Graf v. Moltke, als er um die Erlaubnis gebeten worden sei, daß seine Jugendarbeit abgedruckt würde, er diese Erlaubnis unter der Bedingung erteilt habe, daß „die auf einem besonderen Blatt beiliegenden Aenderungen vorgenommen werden müßten."

Diese Aenderungen bestanden aber gerade in den den Antisemiten so fatalen Streichungen. Graf Moltke hatte sie eigenhändig gemacht.

Graf Moltke hat in einem Briefe an Dr. Gustav Karpeles im Jahre 1884 selbst die Erklärung für die in seiner Schrift früher enthaltenen Angriffe gegen die Juden gegeben. Er habe — so schrieb er — (s. „Voss. Ztg.", Sonntagsbeilage vom 3. Mai 1890) „allerdings als junger Offizier die kleine Schrift über die Zustände Polens verfaßt" oder vielmehr nur „vor fünfzig Jahren aus schon damals erschienenen größeren Werken zusammengetragen", aber er „erinnere sich dieser Jugendarbeit nicht weiter und lege gar keinen Wert auf dieselbe".

Wie wenig aber auch sonst die Antisemiten Grund haben, Moltke als ihren Gesinnungsgenossen zu betrachten, beweisen folgende Tatsachen: Bereits im Jahre 1867 zeigte Moltke, wie sehr er allem Glaubenshasse abhold war. Rabbiner Dr. Aron Cassel, damals in Schrimm a. d. W., hatte die Predigt, welche er zur Feier des Friedensfestes in der Synagoge zu Schrimm gehalten, zum Besten des „Nationaldanks für Invaliden" herausgegeben und einzelne Exemplare an die Heerführer der preußischen Armee geschickt. Die Antwort Moltkes lautete:

„Geehrter Herr Doktor!

Die Zusendung Ihrer am 11. November 1866 gehaltenen Rede hat mich sehr erfreut, indem ich darin ein Zeichen erblicke des einträchtigen Zusammenwirkens aller Stände und Konfessionen, zum Wohle und zur Größe des Vaterlandes. Mit verbindlichstem Danke verbleibe ich Ihr ergebenster (gez.) v. Moltke, General der Infanterie."

Moltke stimmte auch 1890 im Herrenhause gegen den Antrag Pfeil, der die Beseitigung der angeblichen Uebelstände verlangte, welche aus dem gemeinschaftlichen Unterricht von jüdischen und christlichen Schülern entstehen sollten.

In den „Trostgedanken", die im ersten Bande seiner gesammelten Schriften abgedruckt sind, beklagt er es tief, daß man um religiöse Dinge, an welche das menschliche Begriffsvermögen nicht heranreicht, „achtzehn Jahrhunderte hindurch sich gestritten, die Welt verheert hat, von der Vertilgung der Arianer an durch dreißigjährige Kriege bis zu den Scheiterhaufen der Inquisition. Und was ist das Ende aller dieser Kämpfe, — derselbe Zwiespalt der Meinungen wie zuvor!":

„Aber . . . ein sicherer Ratgeber ist uns beigeordnet. Von uns selbst unabhängig hat er seine Vollmacht selbst. Das Gewissen ist der unbestechliche und unfehlbare Richter, welcher sein Urteil in jedem Augenblicke spricht, wo wir ihn hören wollen, und dessen Stimme endlich auch den erreicht, der sich ihr verschließt, wie sehr er sich dagegen sträubt. Es sagt uns, daß jeder Tag dem Herrn geweiht sein sollte, daß selbst der erlaubte Zins, vom Bedrängten erhoben, unrecht sei, mit einem Wort, es predigt die Moral in der Brust von Christen und Juden, von Heiden und Wilden."

Am 30. Oktober 1890 richtete Moltke folgendes Schreiben an den Rabbiner der Coblenzer Synagogengemeinde Dr. Singer:

„Sehr geehrter Herr Rabbiner!

Nehmen Sie meinen verbindlichsten Dank für die freundlichen Worte, mit denen Sie mir die Glückwünsche der Coblenzer Synagogen-Gemeinde zu meinem Geburtstag ausgesprochen haben. Es freut mich aufrichtig, aus Ihrem Schreiben zu ersehen, daß auch unter den Mitgliedern Ihrer Gemeinde die Erinnerung an jene große Zeit lebendig geblieben ist, in der alle Unterschiede der Konfession und der Landesangehörigkeit zurücktraten vor dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zum großen deutschen Vaterlande, das mit Einsetzung seines Lebens zu verteidigen, jedes Staatsbürgers schönste Ehrenpflicht ist. Hochachtungsvoll ergebenst

Berlin, den 30. Oktober 1890. Gr. Moltke, Feldmarschall."

Der Verfasser der „Trostgedanken", der einem Rabbiner diese Worte schrieb, war sicherlich kein Antisemit.

Fritz Reuter.

Auch Fritz Reuter möchten die Antisemiten als Autorität verwerten. Zwei Beispiele aus Reuters „Franzosentid“ wollen sie für ihre Zwecke in Anspruch nehmen. Das erste Beispiel handelt von einem jüdischen Wucherer, das zweite enthält den launigen Vorschlag eines Ratsherrn, das Geld zur Weiterführung des Krieges gegen die Franzosen dadurch zu beschaffen, daß man die Juden zur Hergabe der Hälfte ihres Vermögens zwinge. Und diese beiden Beispiele sollen zur Ueberschrift eines Artikels „Fritz Reuter als Antisemit“ berechtigen?

In „Ut mine Stromtid“ ist es ein Jude, der alte Moses, der als guter Geist über dem ganzen schwebt und jedem ehrlich Ringenden mit Geld beispringt, auch wenn ihm keine absolute Sicherheit geboten wird. Ein vorsichtiger Geschäftsmann ist er, aber ein ehrlicher. Als Pendant zu dem jüdischen Wucherer, den die „Deutschsozialen Blätter“ zitierten, figurieren hier zwei christliche Wucherer, der Gutsbesitzer Pomuchelskopp und der Notar Sluſ'uhr, die an Raffiniertheit jenen weit übertreffen. Aber auch volle Gerechtigkeit läßt Reuter den Juden widerfahren, und erkennt rückhaltlos gute Eigenschaften von ihnen an. So lobt er z. B. David, den Sohn des alten Moses: „Dat möt ick tau Daviden sine Ehr (Ehre) seggen, hei makte keine Utnam' von sine Globensgenossen, hei plegte sinen ollen Vatter in sinen Oeller (Alter), un an dese Judenmoden kann sick männig Christenminsch en Exempel nemen.“ Dem alten Moses, dessen Figur Reuter mit großer Liebe behandelt, setzt der Dichter folgenden Nachruf (letztes Kapitel):

„Nah em (Jochen) sturw Moses; de oll Mann was recht un gerecht dörch't Lewen gahn, un recht un gerecht gung hei ut dat Lewen. Hei sturw fast in sinen Globen, un as hei storben was, gewen sei em de Bred', de dem Stamm Juda taukamen, denn hei was ut den Stamm Juda; un as hei begrawen würd, satt David in de Asch mit en terretenen Rock, un vele Christenminschen folgten em nah den Kirchhof, üm den hei de eikene Bewährung stift hadd, un ick glöw', hei is in Abrahams Schot kamen, wenn ok Christen folgt sünd. — Un den Dag nah sinen Gräfniß stunnen an sin Graww drei Lüd', dat was Hawermann un de beiden jungen Fruges von Rambow —, un Hawermann drögte sick de ollen Ogen, un de beiden jungen Frugens läden en po frische Kräns' up dat Graww von den ollen Juden, un as sei in ehre Gedanken still awer de Rahnstädter Wischen hengungen, säd Hawermann: „Er war ein Jude dem Glauben und ein Christ den Thaten nach.“

Uebrigens braucht man nur den Brief Reuters an seinen Freund, den Arzt Dr. Michel Liebmann in Stavenhagen, zu lesen (s. K. Th. Gaedertz, Aus Fr. Reuters jungen und alten Tagen), um zu erkennen, daß Reuter den Verdacht, Antisemit zu sein, abgewiesen hätte. Am 24. März 1864 schickte Reuter an den jüdischen Arzt einen Geldbeitrag für das Stavenhagener Krankenhaus mit den Worten:

Mein lieber theurer Bruder!

Wie ich aus den mecklenburgischen Zeitungen ersehen habe, habt ihr Stemhäger einen langersehnten Wunsch meines verstorbenen Vaters, die Errichtung eines Krankenhauses, der Erfüllung nahe gebracht, und da wollte ich doch auch mein Scherflein beisteuern. Nicht weil Dein und Deines Schwieger-

sohnes Name in dem betreffenden Zeitungsartikel genannt wurde, sondern weil ich seit langen, langen Jahren Dein treues, ehrenvolles Wirken in Deinem Berufe und Deine Liebe und Freundschaft für mich kenne, sende ich diese Gabe an Dich. Dir, dem Juden, der in trübster Zeit, in Not und Tod treu zu mir gestanden hat, verdanke ich viel mehr, als manchem durch seinen Glauben aufgeputzten Christenmenschen . . . Nun kommen sie, viele, ach sehr viele! Es sind die bravsten Leute und aufrichtigsten Freunde darunter; aber damals, als es Noth that, da hatte ich wirklich keinen, der mir so treu zur Seite stand, wie Du . . .

Dieser Dr. Liebmann ist auch das Urbild des „Doktor Soundso" in der „Stromtid" und „De lütt Akzessor", das hübsche Mädchen, das mit Luise Hawermann so herzliche Freundschaft schließt, ist niemand anders (vgl. Kap. 34 der „Stromtid") als Anna Liebmann, die Tochter Michel Liebmanns, von dem es hier heißt: „De Vader von de lütte Anna was en Dokter, un en Titel hadd hei gor nich; awer hei hadd wat beteres, hei hadd en Hart för de Armauth."

In dem zeitweilig von Reuter herausgegebenen „Unterhaltungsblatt für beide Mecklenburg" erschienen Briefe des bis dahin unbekannten vormaligen („immeritierten") Inspektor Bräsig an den Herausgeber und dessen Antworten; sie sind im 14. Bande der sämtlichen Werke Reuters (Wismar, Hinstorffsche Buchhandlung, 1874) und im ersten Teile der von Adolf Wilbrandt herausgegebenen nachgelassenen Schriften wieder abgedruckt. Darin findet sich in „messingscher" Mundart eine köstliche Abfertigung eines christlichen Superintendenten, der ganz entsetzt dagegen Einspruch erhoben hatte, daß christliche Arme aus einer Judenküche gespeist wurden. (Vgl. „Mitt. a. d. V. z. A. d. A.", Jahrgang 1910, S. 343/44.)

Gustav Freytag.

Gustav Freytag hat Zeit seines Lebens in energischster Weise den Antisemitismus bekämpft. Im Jahre 1869 wies er Wagners Libell über das „Judentum in der Musik" zurück (Gesamm. Aufsätze, Bd. II, S. 321):

„Wir halten gegenwärtig einen ernsten Angriff auf das jüdische Wesen unter uns nach keiner Richtung für zeitgemäß, nicht in Politik, nicht in Gesellschaft, nicht in Wissenschaft und Kunst; denn auf allen diesen Gebieten sind unsere Mitglieder israelitischen Glaubens werte Bundesgenossen nach guten Zielen, auf keinem Gebiete sind sie vorzugsweise Vertreter einer Richtung, welche wir für gemeinschädlich halten müssen. Wer mit erhebendem Gefühl die Fortschritte unserer Nation in den letzten hundert Jahren betrachten will, der möge vor allem auf die Wandlungen blicken, welche unsere jüdischen Mitbürger unter der befreienden Einwirkung moderner Bildung gemacht haben. Sie selbst haben jedes Recht, sich ihrer energischen Lebenskraft und Bildungsfähigkeit zu freuen; auch wir dürfen mit einiger Befriedigung sagen, daß nur noch die letzten Ueberreste alter Ueberlieferung und Unduldsamkeit zu überwinden sind, um die Herzen und Geister der deutschen Juden völlig in unser Volkstum einzuschließen. Es ist natürlich, daß während dieser Uebergangszeit in ihrem Wesen hier und da noch Auffallendes oder Nicht-Löbliches zutage kommt, und sie müssen es sich gefallen lassen, wenn solche Schwächen und Verkehrtheiten aus der Zeit der Unfreiheit gelegentlich einmal mit und ohne Laune als jüdische Eigentümlichkeiten besprochen werden. Wir

werden freilich auch natürlich finden, wenn sie gegen solche Besprechungen besonders empfindlich sind, denn sie ringen immer noch nach Sicherheit ihrer gesellschaftlichen Stellung und fühlen noch immer die Nachwehen des harten Druckes, welcher zur Zeit unserer Großväter auf ihnen lag."

Keine Gelegenheit ließ er vorübergehen, um die gleichen Anschauungen und Ermahnungen ins deutsche Land hinausgehen zu lassen. Als der Ahlwardt-Radauantisemitismus seinen Höhepunkt erreichte, trat er gegen diese Verirrung des deutschen Geistes in einer vielbeachteten Pfingstepistel („N. Fr. Presse" vom 21. Mai 1893) auf. (Vergl. II. Aufl. des „A.-Sp.", S. 370.)

Theodor Mommsen.

Aus Mommsens „Römischer Geschichte" (Bd. III, S. 549) zitieren die Antisemiten mit Vorliebe jene Stelle,, in der die Juden ein „wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition" genannt werden" (s. „Handbuch der Judenfrage", S. 130 ff). Als ob dieses Urteil über die Juden vor 2000 Jahren für die heutigen Gültigkeit hätte. Und doch hat Mommsen oft genug seinen Abscheu vor dem Antisemitismus Ausdruck gegeben. Er war bis zu seinem Tode Mitglied des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" und hat 1894 in einem Interview (s. Hermann Bahr, Der Antisemitismus, Berlin 1894, S. 26 ff.) u. a. folgendes erklärt:

„Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß ich da was ausrichten kann. Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß man da überhaupt mit Vernunft etwas machen kann. Ich habe das früher auch gemeint und immer und immer wieder gegen die ungeheure Schmach protestiert, welche Antisemitismus heißt. Aber es nützt nichts. Es ist alles umsonst. Was ich Ihnen sagen könnte, was man überhaupt in dieser Sache sagen kann, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit. Die hören nur auf den eigenen Haß und den eigenen Neid, auf die schändlichsten Instinkte. Alles andere ist ihnen gleich. Gegen Vernunft, Recht und Sitte sind sie taub. Man kann nicht auf sie wirken. Was soll man auch einem sagen, der dem „Rektor aller Deutschen" folgt? Der ist nicht mehr zu retten. Gegen den Pöbel gibt es keinen Schutz — ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist, das macht keinen Unterschied: Canaille bleibt Canaille, und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Canaille. Er ist wie eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera — man kann ihn weder erklären noch heilen. Man muß geduldig warten, bis sich das Gift von selber austobt und seine Kraft verliert. Und das kann doch jetzt nicht mehr so fern sein. Endlich muß sich die Pest ja doch einmal erschöpfen, und über Ahlwardt hinaus, noch weiter, kann sie doch nicht mehr steigen. Vielleicht kommt jetzt langsam die Wendung zur allmählichen Besserung, Befreiung und Gesundung. Vielleicht verschwindet der Wahn, der so viele Gemüter betört und unsere ganze Kultur um hundert Jahre zurückgeworfen hat. Aber alle Gründe und die besten Argumente helfen da nichts. Wer Gründen und Argumenten zugänglich ist, der kann ja überhaupt gar nicht Antisemit sein. Wer aber nur seinem wilden Hasse gegen Bildung, Freiheit und Menschlichkeit folgt, den werden Beweise nicht bekehren. Der Antisemitismus ist nicht zu widerlegen, wie keine Krankheit zu widerlegen ist. Man muß geduldig warten, bis die im Grunde doch gesunde Natur des Volkes sich von selber aufrafft und den faulen Stoff aus sich wirft . . ."

Heinrich von Treitschke.

Eine Hauptautorität, auf welche sich die Antisemiten mit Vorliebe berufen, ist Prof. Heinrich von Treitschke. Seine Aussprüche gegen die Juden, insbesondere ein Artikel aus den „Preuß. Jahrbüchern“ (Nov. 1879) haben Platz gefunden in den von Th. Fritsch herausgegebenen antisemitischen Flugblättern (Nr. 42) und in dem „Handbuch zur Judenfrage“. Da steht auch der vielbesprochene Treitschkesche Satz von „der über die Ostgrenze hereindringenden Schar strebsamer, hosenverkaufender Jünglinge, deren Kinder und Kindeskinder dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen“. Dieser an sich bedeutungslose Vorwurf, daß aus dem Hausierer niedersten Grades ein reicher Mann werden kann, ist vor ein paar Jahrhunderten gegen die — deutschen Hausierer, vor ein paar Jahren gegen die — Protestanten in Frankreich erhoben worden.

Die Entwicklung vom Hausierer zum Großkaufmann konstatiert Geiler von Kaisersberg (1445—1510), der berühmte Kanzelredner des 15. Jahrhunderts, bei den Deutschen. (Vergl. G. Steinhausen, Der Kaufmann in der deutschen Vergangenheit. Leipzig 1899, S. 37 f.)

Die gleiche Stufenleiter machten die Protestanten in Frankreich durch. Am 25. Mai 1895 hielt der sozialistische Abg. Rouanet in der französischen Kammer eine Rede, in der folgende interessante Stelle vorkommt:

„Es gibt in Frankreich eine Bevölkerungsklasse, die große Aehnlichkeit mit den Juden hat, weil sie das gleiche politische Schicksal zu erdulden hatte. Ich spreche von den Protestanten. Es genügten die Ausschließungsmaßregeln, denen man die Protestanten unterwarf, um sie dem Geldhandel zuzuführen, und dadurch haben sie auch einen besonderen Charakter erhalten.“

In demselben Aufsatz der „Preuß. Jahrbücher“ steht auch die andere ungeheuerliche Behauptung Treitschkes, daß „bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, es heute wie aus einem Munde ertöne: die Juden sind unser Unglück.“

Im Jahre 1880 hat er ferner über die Judenfrage Betrachtungen veröffentlicht, gegen sie wandte sich die Notabeln-Erklärung vom 12. November 1880 (an anderer Stelle erwähnt), in der auch ein offenbar gegen Treitschkes akademische Lehrtätigkeit gerichteter Satz vorkam.

In dem 1896 erschienenen Bande „Deutsche Kämpfe“ verteidigt er seine antisemitische Agitation, aber er findet doch abmahnende Wendungen, wie:

„Wenn ich in meinem Kolleg über Politik auf die Judenemanzipation komme, so werde ich nach meiner Lehrpflicht meine Ansicht entwickeln, daß sie allerdings begründet war in der Natur des modernen Staates, daß aber mit der formellen Gleichberechtigung der schwierige Prozeß noch nicht beendigt ist, sondern daß es namentlich darauf ankommt, daß die Juden auch innerlich Deutsche werden . . .

Und doch dürften die Antisemiten keine reine Freude an dem Judenhaß Treitschkescher Färbung haben. Zu seinen Freunden gehörte der

Naturforscher Alphons Oppenheim, ein Jude, aber von Treitschke tief ins Herz geschlossen. Als er starb (16. September 1877) schrieb Treitschke einem Freunde: „Ein liebevolleres Herz habe ich unter Männern nie gefunden, mir geht mit ihm ein Stück Leben verloren"; und als er viele Jahre später seine Schrift über die Judenfrage erscheinen ließ, stand Oppenheims Bild ihm vor Augen.

„Als ich jenen Aufsatz schrieb, mußte ich unwillkürlich an einen verstorbenen Jugendfreund denken, einen guten Deutschen jüdischer Abstammung, einen der treuesten, liebevollsten und uneigennützigsten Menschen, die ich je gekannt; ich richtete meine Worte so ein, als ob ich mit ihm spräche, und hoffte auf die Zustimmung jener Juden, die sich ohne Vorbehalt als Deutsche fühlen."

Demselben Manne widmete er ein Denkmal in einem Nachruf (s. Histor. u. politische Aufsätze, Bd. IV, Lpz. 1897, S. 357), worin es heißt: „Selten ist mir ein Mann begegnet, der so ganz frei von Selbstsucht, so ganz Hingebung an andere war."

Derselbe Treitschke, den die Antisemiten preisen und als Autorität anführen, hat Zeiten gesehen, wo er ganz anders dachte und empfand. In seinen „Histor. u. polit. Aufsätzen" schreibt er (I, S. 648) mit Bezug auf Lessings „Nathan" und mit Bezug auf die Verhältnisse, aus denen diese Dichtung herausgewachsen ist:

„Auch die Dichtung, welche diesen Kämpfen entsproß, ragt hinaus über das Verständnis seiner, und, soll ich nicht auch sagen — unserer Zeit. Denn wohl in tausend Herzen lebt jenes Evangelium der Duldung Nathan des Weisen. Aber von diesem Werke am schmerzlichsten empfinden wir, daß die besten Männer unseres Volkes Helden des Geistes waren; hier gerade tut sich vor uns auf eine unselige Kluft zwischen den Gedanken unseres Volkes und seinem politischen Zustand. Erst wenn die Ideen des „Nathan" in unserer Gesetzgebung sich vollständig verkörpert haben, dann erst dürfen wir uns rühmen, in einer gesitteten Zeit zu leben."

Von diesem Ausspruch Treitschkes findet man in den antisemitischen Schriften und Blättern ebensowenig, wie von dem andern:

„Von einer Zurücknahme oder auch nur Schmälerung der vollzogenen Emanzipation kann unter Verständigen keine Rede sein: sie wäre ein offenbares Unrecht, ein Abfall von den guten Traditionen unseres Staates und würde den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern."

Und in einer Reichstagsrede, die er am 21. April 1877 gehalten hat, führte er folgendes aus (s. Reden von H. v. Tr., Leipzig 1896, S. 129):

„Prüfen Sie ruhig, meine Herren, so werden Sie sich sagen, eine vollkommene Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten ist im internationalen Verkehr überhaupt nicht möglich, ja sie ist nicht einmal zu wünschen; sie ist darum nicht zu wünschen, weil es ein wesentliches Vorrecht, ein nobile officium des freieren und höher gesitteten Staates ist, freiere Gesetze zu haben, als sein Nachbar und nicht jede Engherzigkeit des Nachbars Schlag auf Schlag zu erwidern."

Als im Jahre 1894 der rheinische (katholische) Schriftsteller Joseph Schrattenholz eine Anthologie über Juden und Judentum aus der Weltliteratur unter dem Titel „Antisemiten-Hammer" (Düsseldorf)

herausgab, erbat er sich auch von Heinrich v. Treitschke ein Urteil über die Juden. Und dieser sandte ihm die folgenden Exzerpte aus seinen Schriften:

„Es wäre sündlich, zu vergessen, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Felix Mendelssohn, Veit, Rießer u. a. — um der Lebenden zu geschweigen — deutsche Männer waren im besten Sinne des Wortes. — Unser Zeitungswesen verdankt jüdischen Talenten sehr viel. — Heines unsterbliche Werke sind wahrhaftig nicht jene internationalen Witze, um derentwillen er le seul poète vraiment parisien genannt wurde, sondern die schlichtweg deutsch empfundenen Gedichte: so die Loreley, dies echte Kind deutscher Romantik, so jene herrlichen Verse: „Schon tausend Jahr in Graecia", die noch immer alles zusammenfassen, was die Deutschen seit Winckelmanns Tagen über die Schönheit der hellenischen Welt gesungen und gesagt hatten. Heine ist sogar in seiner Sprache wie alle unsere großen Schriftsteller nicht ohne landschaftlichen Anklang. Wie Goethe den Franken, Schiller den Schwaben nicht verleugnen kann, wie Lessing und Fichte, so grundverschieden unter sich, doch beide unverkennbar Obersachsen sind, so zeigt sich Heine, wo seine Kraft rein zutage tritt, als der Sohn des Rheinlandes. — Heute haben die wirklich bedeutenden und gesunden Talente unter unseren jüdischen Künstlern und Gelehrten längst eingesehen, daß sie nur auf den Bahnen deutschen Geistes Großes erreichen können. Und sie handeln danach. — Unsere Sorglosigkeit und Schwerfälligkeit könnte von den wirtschaftlichen Tugenden des jüdischen Stammes manches lernen."

Urteil über Heine.

Im IV. Bande seiner „Histor. und politischen Aufsätze" (Leipzig 1897) wird Heine öfters besprochen. Treitschke nennt Börne ein unfertiges „Talent", Heine dagegen einen „Genius" (S. 582).

Bei der Beurteilung der judenfeindlichen Aussprüche Treitschkes hat man nicht zu vergessen, daß er als leidenschaftliche Natur stets radikale Urteile liebte und formte. Sein Temperament verstand grimmig zu reden. Dann kamen Urteile heraus, die Kopfschütteln erregen:

„Die Süddeutschen sind die dünkelhaftesten unseres Volkes, sie halten sich Mann für Mann für die eigentlichen Deutschen und den Norden für ein halb barbarisches Land" (s. „Deutsche Rundschau, Okt. 1896, S. 67 f.). — „Scharfe, besonnene Prüfung der Tatsachen führt zu dem Ergebnis. Jene 3 Dynastien (von Sachsen, Hannover, Kurhessen) sind reif, überreif für die verdiente Vernichtung; ihre Wiedereinsetzung wäre eine Gefahr für die Sicherheit des neuen deutschen Bundes, eine Versündigung an der Sittlichkeit der Nation" (s. H. v. Treitschke, „Die Zukunft der deutschen Mittelstaaten", 1866, S. 8). — „Nächst dem Hause Habsburg hat kein anderes Fürstengeschlecht die Jahrhunderte hindurch sich schwerer versündigt an der deutschen Nation als das Haus der Albertiner ... So zukunftsreich stand Obersachsen da vor 300 Jahren, und wie tief ist es gesunken durch die erbliche Unfähigkeit, den trockenen Stumpfsinn seiner Beherrscher" (ebenda, S. 15 f.).

Als Ende 1899 Treitschkes Briefwechsel mit Gustav Freytag erschien, in dem es von unglaublichen und irrigen Ansichten wimmelt, beurteilte die „Kreuzzeitung" (23. Dezember 1899) dieses Werk wie folgt:

Gerade herausgesagt, möchte man fast wünschen, der ganze Briefwechsel wäre lieber ungedruckt geblieben. Denn so sehr er in dem Adel seiner Gesinnungen uns ideell und moralisch zu heben vermag, so bedenklich und fast betrübend wird er dem nüchternen Politiker erscheinen. Ja, wer

die beiden Freunde in ihren von der Tagesstimmung hilflos und unbewacht beeinflußten Gesprächen belauscht, den wird fast ein Gefühl des Mitleids erfassen, wie völlig vergriffen und verkehrt vor 30 und 40 Jahren jede einzelne Erscheinung der Tagespolitik von den geistreichsten und bedeutendsten Schriftstellern beurteilt werden konnte ... Daß auch Treitschke sich so wenig in dem alltäglichen Gange politischer Fragen zeitlich zurecht zu finden wußte und stets und immer wieder in dem vollsten Gegensatze zu dem, was — man möchte sagen — schon am nächsten Tage eintrat, bewegte, vermag man beim besten Willen nicht ohne ein gewisses Mißbehagen zu lesen."

Die Antisemiten spielen sich heute gern als Hüter des „nationalen Gedankens" auf. Für den Nationalismus hatte aber Treitschke herzlich wenig übrig. In seinem Werk „Politik" (I, S. 279) sagt er:

„Die Geschichte kann nie eine rein nationale sein, vielmehr ruht auf Geben und Empfangen, auf weltbürgerlichen Kräften der größte Teil des nationalen Lebens, und es ist klar, daß man mit der kahlen Rede vom Rest der Nationalität nicht durchkommt."

Auch für den größten Mann ist ein Irrtum nicht entehrend. Und so würden wir die zahlreichen Irrtümer Treitschkes über die politischen Ereignisse seiner Zeit mit Ruhe hinnehmen, wenn nicht gerade in der antisemitischen Presse die antisemitischen Aeußerungen Treitschkes immer wieder auftauchten und als Orakelsprüche behandelt würden. Sein Judenhaß mit der Phrase: „Die Juden sind unser Unglück", womit er dem Philistertum die Pflicht, nachzudenken und abzuhelfen, abnahm, hat schwere Folgen gehabt. Es ist Zeit, daß man sich klar macht, daß Treitschke fast nie ein Prophet gewesen ist, sondern ein vielen Irrtümern unterworfener temperamentvoller Publizist.

Theodor Fontane.

Auch Fontane ist dem Schicksal nicht entgangen — nach seinem Tode natürlich erst — von den Antisemiten als Gesinnungsgenosse in Beschlag genommen zu werden. Die Tatsache, daß der Dichter in den sechziger Jahren dem Redaktionsstabe der „Kreuzzeitung" angehört hat, sollte dafür wohl eine Art Stütze geben. Nun war Fontane aber einmal nur Auslandsredakteur des Junkerblattes (für den englischen Teil), sodann aber geht aus seinen Briefen hervor, mit welchem Widerwillen ihn schließlich die politische Haltung der Zeitung erfüllte, derart, daß er schließlich Knall und Fall sein Amt niederlegte.

„Es ist gemein", heißt es in dem Briefe, worin er seiner Gattin diesen Schritt näher begründet, „beständig große Redensarten zu machen, beständig große Bibelsprüche im Munde zu führen und nie eine gebotene Rücksicht zu üben, die allerdings von Juden und Industriellen, von allen denen, die in unseren biederen Spalten beständig bekämpft werden, oftmals und reichlich geübt wird. Dieser Punkt war für mich der entscheidende usw."

Zu der Zeit, als die von Stöcker inszenierte Bewegung in Berlin ihren Höhepunkt erreicht hatte, schrieb Fontane seiner Frau (1885):

„Was Du über die Juden schreibst, ist richtig; man muß aber doch sehr aufpassen und vieles, was nicht sehr nett ist, mit in den Kauf nehmen. Aber

freilich, wo müßte man das nicht? Und in bezug auf einen selbst wird es wohl ebenso liegen."

Eine ganze Reihe anderer Briefstellen aus den verschiedensten Zeiten läßt ebenso erkennen, daß Fontane bei aller aufrichtig konservativen Gesinnung, die ihn gelegentlich auch ein verdrießliches Wort über eine ihm nicht zusagende politische oder gesellschaftliche Einzelerscheinung finden ließ, dem eigentlichen Wesen des Judentums und vor allem dessen kulturfördernder Bedeutung volles Verständnis und Sympathie entgegenbrachte; zu seinem Familienverkehr und zu seinen nächsten literarischen Freunden zählten eine ganze Reihe von Juden. Auch in seinen Romanen sind die jüdischen Nebenpersonen („Die Poggenpuhls", „Der Stechlin") mit wohltuender Objektivität und Freundlichkeit behandelt. Vor allem aber wußte Fontane genau genug, bei wem er zuerst und im weitesten Maße als Schriftsteller Verständnis und Liebe gefunden hatte, und hat es nach seinem 75. Geburtstag in einem damals vielbesprochenen Gedichte drastisch genug ausgedrückt („An meinem Fünfundsiebzigsten"). Darin schildert er mit ironischem Befremden, daß an seinem Ehrentage von dem gesamten preußischen Adel, um dessen historische und dichterische Verherrlichung gerade er sich so weitgehende Verdienste erworben hatte, sich buchstäblich „keine Katze" seiner erinnerte. „Aber," heißt es dann weiter —

„— Die zum Jubeltag da kamen,
Das waren doch sehr andere Namen,
Auch „sans peur et reproche", ohne Furcht und Tadel,
Aber fast schon von prähistorischem Adel:
Die auf „berg" und „heim" sind gar nicht zu fassen,
Sie stürmen ein in ganzen Massen,
Meyers kommen in Bataillonen,
Auch Pollacks, und die noch östlicher wohnen;
Abram, Isaak, Israel,
Alle Patriarchen sind zur Stell',
Stellen mich freundlich an ihre Spitze,
Was sollen mir da noch die Itzenplitze!
Jedem bin ich was gewesen,
Alle haben sie mich gelesen,
Alle kannten mich lange schon,
Und das ist die Hauptsache . . . „Kommen Sie, Cohn!"

Erst in neuester Zeit ist auch über das Freundschaftsverhältnis Fontanes zu seinem einstigen Tunnelgenossen Wilhelm Wolfsohn durch dessen Sohn, den Dresdener Schriftsteller Wilhelm Wolters, etwas Näheres in die Oeffentlichkeit gelangt. Daraus geht hervor, daß der Dichter mit diesem jüdischen Freunde fast zwanzig Jahre (1842—61) in regem Briefwechsel gestanden hat. Was davon bekanntgeworden ist, zeigt, mit welchem selbstlosen Eifer Wolfsohn um Fontanes schriftstellerischen Erfolg bemüht war, wie er ihm wichtige Verbindungen mit Dresdener Redaktionen und seinen Erstlingsgedichten einen zahlenden Verleger — es war zufällig ein jüdischer Verleger, Katz in Dessau — verschaffte.

Max Müller.

Der lange Jahre in Oxford tätige berühmte Orientalist Professor Max Müller, ein Sohn des Griechenlieder-Dichters, schrieb in einem Briefe vom 7. August 1892:

Ich habe schon zu wiederholten Malen mein Mißfallen gegen das Treiben der Antisemiten ausgesprochen. Ich bin in allen Dingen gegen seichtes Generalisieren. Ich habe viele Juden gekannt, bin ja in Dessau geboren. Viele meiner besten Freunde waren Juden. Nun gibt es ja auch schwarze Schafe unter den Juden, aber nach ihnen das ganze Volk zu beurteilen, das geht doch gegen alle Regeln der induktiven Logik ... Ich bin Anti-Antisemit und werde es bleiben."

Theodor Storm.

Theodor Storm hat in einer seiner Idyllen (s. Ges. Schriften, Braunschweig 1891, Bd. VIII, S. 36 ff.) Stellung zur Judenfrage genommen. Er erzählt aus seiner Jugendzeit, wie der jüdische Tuchhändler seiner Heimat mit seinem Vater Geschäfte gemacht, und wie er einmal im Scherz zu dem Primaner Theodor Storm gesagt: „Komm nun! woll'n wir gehen, und wollen noch betrügen ein bißchen den Alten!" Und Storm fügt hinzu:

„Aber das war nur ein Scherz, mein alter Freund, ich kann nicht anders, als es Dir in Dein Grab nachsagen, worin Du nun seit lange auf dem kleinen Judenkirchhof der Nachbarstadt ruhst, daß Du meinem Vater gewiß gutes niederländisches Tuch zu den christlichen Preisen verkauft hast. — Wer weiß, ob nicht die Freundlichkeit, die Du dem Knaben einst erwiesest, den Keim jener Zuneigung gelegt hat, die ich Deinem Volke stets bewahrte, und die mir auch der schmutzigste Schacherjude nicht hat stören können. Habe ich doch aus jener Sympathie heraus noch vor wenigen Jahren die nachstehenden Verse gedichtet, welche freilich von meinem Freunde Alexander, da ich sie ihm noch warm aus dem Herzen vortrug, mit der kurzen Kritik: „Auch eine Auffassung!" ganz und für immer abgefertigt sind:

Crucifixus.

Am Kreuz hing sein gequält' Gebeine,
Mit Blut besudelt und geschmäht;
Dann hat die stets jungfräulich reine
Natur das Schreckensbild verweht.

Doch, die sich seine Jünger nannten,
Die formten es in Erz und Stein,
Und stellten's in des Tempels Düster
Und in die lichte Flur hinein.

So, jedem reinen Aug' ein Schauder,
Ragt es herein in unsere Zeit;
Verewigend den alten Frevel,
Ein Bild der Unversöhnlichkeit.

Auch in Storms „Briefe in die Heimat" (Berlin 1909) findet sich manches, was seine liberale und freundliche Gesinnung dem Judentum gegenüber bezeugt. So berichtet er den Eltern aus Heiligenstadt im September 1863, daß sein Sohn Hans sich nunmehr entschlossen habe, Techniker zu werden, und fährt fort:

Urteil über Ludwig Löwe.

„Dies definitive und rasche Angreifen der Sache verdanken wir einem neuerworbenen jungen Freunde, Herrn Ludwig Löwe in Berlin, Inhaber einer Maschinenfabrik, einem Juden, Sohn des hiesigen jüdischen Lehrers, eines armen, kinderreichen, aber sehr braven Mannes. Dieser

Sohn — er ist erst 25 Jahre alt — ist in geistiger wie in sittlicher Hinsicht eine Art Seltenheit . . . Er ist von einer Noblesse des Wesens und der Erscheinung, daß selbst die mit starker Judenantipathie ausgerüstete Frau von W. (die Gattin des Landrats) sich gänzlich überwunden erklärte, als sie einen Abend mit ihm bei uns zusammen war. (Folgt die Schilderung alles dessen, was der junge Löwe bereits geleistet und erreicht habe.) . . . Ich habe diese Dinge nicht von ihm, denn er tritt mit der Bescheidenheit eines Jünglings auf und spricht in dieser Weise nie von sich selbst."

Der junge Mann, den Storm hier so ausführlich rühmt, und der seiner Familie befreundet blieb, war der Begründer der bekannten Berliner Maschinen- und Gewehrfabrik Ludwig Löwe und spätere langjährige liberale Parlamentarier.

Gottfried Keller.

Gottfried Keller macht sich einmal über die Judenriecherei sehr lustig. In seinen „Leuten von Seldwyla" (14. Aufl., Berlin 1894, Bd. II S. 100 f.) erzählt er von einer Clique unreifer junger Literaten:

„Alle Männer, die es zu irgendeinem Erfolge gebracht und in diesem Augenblick Hunderte von Meilen entfernt vielleicht schon den Schlaf der Gerechten schliefen, wurden auf das gründlichste demoliert; jeder wollte die genauesten Nachrichten von ihrem Tun und Lassen haben, keine Schandtat gab es, die ihnen nicht zugeschrieben wurde, und der Refrain bei jedem war schließlich ein trocken sein sollendes: Er ist übrigens Jude! Worauf es im Chor ebenso trocken hieß: Ja, er soll ein Jude sein!"

In einem Briefe an Theodor Storm (16. August 1881) spricht sich Keller vom literarischen Standpunkt aus abfällig über eine Aeußerung aus, die Georg Ebers über den Wert der Novelle als Kunstform gemacht hatte, und bemerkt dazu:

„Uebrigens hat sein Judentum, was mir unbekannt ist, mit der Sache nichts zu schaffen. Herr von Gottschall, ein urgermanischer Christ, hat schon ein dutzendmal verkündigt, Romane und Novellen seien untergeordnete, unpoetische Formen . . . Auch Gustav Freytag tut um die Zeit, wo er seine „Ahnen" im Schilde führte, den Ausspruch, die Zeit der kleinen Erzählung dürfte für immer vorbei sein, nach der schlechten Manier, die Gattung, die man nicht selber pflegt, vor der Welt herunterzusetzen und sich selbst als den einzigen wahren Jakob hinzustellen. Hierzu braucht es keine Juden, sowie überhaupt meine Erfahrungen dahin gehen, daß ich auf jeden vorlauten und schreienden Juden zwei dergleichen Christen, seien es Franzosen oder Deutsche, Schweizer inbegriffen, rechnen kann."

Konrad Ferdinand Meyer.

Daß der Dichter von „Huttens letzten Tagen", dem man öfters seine deutschnationale Gesinnung hat absprechen wollen, vom Antisemitismus nichts wissen wollte, illustriert eine kleine Anekdote, die Karl Emil Franzos gelegentlich nach dem Berichte von Ohrenzeugen in der „Voss. Ztg." veröffentlicht hat. Im August 1888 weilte Meyer auf dem Rigi und machte dort die Bekanntschaft eines reichsdeutschen Gymnasiallehrers, der sich als glühender Verehrer des Dichters bekannte und die Ehre erbat, bei Tisch den Platz neben ihm zu erhalten. Nun ergab sich aber gleich bei der ersten Mahlzeit, daß jener Oberlehrer eine anti-

semitische Aeußerung tat. Meyer, der in seinem Humanitätsgefühl die antisemitische Bewegung aufs äußerste verwarf, bat in seiner vornehmen Art sehr höflich, ihm gegenüber keine derartige Aeußerung zu machen. Er habe, sagte Meyer, vermutlich im Leben mehr Juden kennen gelernt, als jener Oberlehrer, und sei nicht seiner Meinung. Der Lehrer erwiderte verblüfft, da komme es ja gar nicht auf die persönlichen Erfahrungen an; das sei eine Frage, über die alle nationalen Deutschen so dächten wie er. Worauf Meyer wörtlich erwiderte: „Dann bin ich kein nationaler Deutscher und will es nicht sein."

Robert Hamerling.

Wie Hamerling über den Antisemitismus dachte, hat der ihm engbefreundete Rosegger gelegentlich in seinem „Heimgarten" (1905) erzählt. Es hatte sich Mitte der achtziger Jahre gegen Rosegger eine Art Koalition gebildet, die mit großem Aufwand an Druckerschwärze nachwies, daß der Dichter ein Judenknecht und Volksverräter sei. Durch derartige dumme und hämische Angriffe gereizt, schrieb Rosegger einen geharnischten Abwehrartikel nieder und eilte damit an Hamerlings Krankenbett. Der verwunderte sich nur:

„Ist es soweit mit Ihrem Gemütszustand? Damit tun Sie Ihren Gegnern zu viel Ehre an . . . Ueber einen solchen Erfolg würden die Herren nur triumphieren. Sehen Sie denn nicht, daß das Ganze nur auf eine Reklame für den tölpisch verfahrenen Antisemitismus hinausläuft? Sie sollen Ihre Landsleute verraten haben, sollen von Juden bestochen sein? Sollen Ihre Ueberzeugung um 30 Silberlinge verkauft haben? . . . Ich war empört über diese Niedertracht, mit der diese tollen Streithähne gerade an Ihnen, dem Leidenden, Sensitiven, ihr Mütchen kühlen. Wenn das deutsche Kampfesweise sein soll, dann kaufe ich morgen eine tschechische Grammatik, will kein Deutscher mehr sein."

Felix Dahn.

Die „Antis. Corresp." hatte in Nr. 355 vom 6. Juni 1895 ein Gedicht Felix Dahns veröffentlicht, mit der Ueberschrift „Gruß an Deutschösterreich. Zu den antisemitischen Wahlsiegen", als ob Dahn ein Gesinnungsgenosse der Antisemiten wäre. In Wirklichkeit handelt es sich um ein älteres aus dem Jahre 1882 stammendes Gedicht Dahns, das er zu einer Feier des „Deutschen Schulvereins" gedichtet hatte. Der Zusatz „Zu den antisemitischen Wahlsiegen" ist, wie Dahn sich ausdrückte, „eine freche Lüge" (s. Brief vom 11. Juni 1895 im „Berliner Tageblatt").

Im Jahre 1892 hatte Herr von Diest-Daber die Behauptung verbreitet, daß Felix Dahn in einem öffentlichen Vortrage sich als Judenfeind bekannt habe. Der Dichter widerlegte diese Behauptung in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung". „Mich hat diese Andichtung" — so schrieb er auch damals (7. Nov. 1892) an den Redakteur der „Allg. Ztg. d. Jud." Dr. G. Karpeles — „in lebhafteste Entrüstung versetzt; unter meinen nächsten Freunden sind Juden, die ich zu den trefflichsten Menschen zähle, die ich kenne. Wie sollte ich die Lebensgemeinschaft mit ihnen aufgeben? Ich habe

sofort meine nachdrücklichste Verwahrung an mehrere Zeitungen geschickt und werde Ihnen sehr dankbar sein, wollen Sie diesen meinen Zeilen weiteste Verbreitung geben".

Peter Rosegger.

In Roseggers „Bergpredigten" liest man unter der Ueberschrift: „Von der Hohlheit unserer Vaterlandsliebe" u. a.: „Wenn ich mit diesen Zuständen (auf dem Lande) nun das städtische Leben vergleichen wollte, das Leben jener, die unablässig das Wort „deutsch" im Munde führen, die nur mit schönen Worten deutsche Ehre und Größe machen wollen, die da wähnen, in der deutschen Sprache allein liege das ganze Deutschtum, oder höchstens dasselbe noch betätigen wollen im Absingen von Kampf- und Schlachtliedern, als wären fremde Nationen nur dafür da, um von den Deutschen bevormundet oder totgeschlagen zu werden — es wäre dieser Vergleich fast boshaft."

Dem österreichischen Vereine zur Abwehr des Antisemitismus schrieb Rosegger (April 1893) u. a.:

„. . . Im übrigen aber verbieten es mir Geschichte, Philosophie und Christentum, zwischen Menschen und Menschen einen Unterschied grundsätzlich zu machen, und glühend hasse ich die heute besonders in großen Städten so gewissenlos und abscheulich betriebene Judenhetze."

An den Hamburger Kritiker Dr. Arnold Weisse, der in einer Besprechung von Roseggers Drama „Am Tage des Gerichts" eine Seitenbemerkung über die Novelle „Die Christvesper" gemacht hatte, schrieb der Dichter (Dezember 1890):

„Das macht mir das Herz warm, wie Sie über meinen dramatischen Versuch geschrieben! Aber erschrocken bin ich darüber, wie Sie meine „Christvesper" mißverstanden haben. Ich behandelte in derselben eine steirische Sage (vom Städtchen Judenburg) und wollte die Bestialität der Judenverfolgung zeigen. Bin dieser Novelle wegen auch von den Antisemiten angefeindet worden . . . Das wäre auch ein schlechter Dichter, der Vorurteile gegen einzelne Völker und Stämme schürte! Ich mache zwischen Menschen und Menschen keinen Unterschied als den, ob sie gut oder schlecht sind! Täglich bete ich zu Gott, daß es mir gelinge, der Menschenliebe und der Gerechtigkeit ein würdiger Apostel zu sein."

Ludwig Anzengruber.

Anfang der achtziger Jahre gedachte Anzengruber, den Antisemitismus für ein bürgerliches Schauspiel zu verwerten. Als er das Stück fertig bekommen, wanderte es in den Ofen. Hierüber befragt, erklärte er: „Es schaut nix dabei 'raus; der Antisemitismus ist zu dumm." (Prof. W. Bolin, im „Magazin f. Liter.", Nr. 28 vom 15. Juli 1899.)

Friedrich Nietzsche.

Die Stellung des größten deutschen Denkers, der im letzten Vierteljahrhundert Deutschland und Europa beeinflußte, zum Antisemitismus möge ein Brief illustrieren, den er im Dezember 1887 an seine Schwester

Elisabeth Förster-Nietzsche, die Gattin des früher als Führer der antisemitischen Bewegung wirkenden Dr. Bernhard Förster, nach Paraguay gerichtet hat, wo Förster damals eine verunglückte deutsche Koloniengründung betrieb. Es heißt da:

„Eine der größten Dummheiten hast Du, mein armes Lama[1]) gemacht, für Dich und für mich! Deine Verbindung mit einem antisemitischen Chef drückt eine Fremdheit gegen meine ganze Art zu sein aus, die mich immer von neuem mit Melancholie und Groll erfüllt. Du sagst zwar, Du habest den Kolonisator Förster und nicht den Antisemiten geheiratet, und dies ist auch richtig; aber in den Augen der Welt wird Förster bis an sein Lebensende der Antisemitenchef bleiben ... Weißt Du, mein gutes Lama, es ist eine Ehrenschuld für mich, nach Seiten des Antisemitismus hin absolut reinlich und unzweideutig zu sein, nämlich ablehnend, wie ich es in meinen Schriften tue. Man hat mich in den letzten Jahren mit Briefen und antisemitischen Korrespondenzblättern heimgesucht; mein Widerwille vor dieser Partei (die gar zu gern ihren Vorteil von meinem Namen haben möchte!) ist so ausgesprochen wie möglich, aber die Verwandtschaft mit Förster, ebenso wie die Nachwirkung meines ehemaligen antisemitischen Verlegers Schmeitzner, bringen immer wieder die Anhänger dieser unangenehmen Partei auf die Vorstellung, ich müsse wohl zu ihnen gehören ... und daß ich nichts dagegen zu tun vermag, daß in jedem antisemitischen Korrespondenzblatt der Name „Zarathustra" gebraucht wird, hat mich schon mehrere Male beinahe krank gemacht ..."

Detlev von Liliencron.

Daß der prächtige Mensch und Poggfred-Dichter von antisemitischer Gelbsucht nicht angekränkelt war, bedarf bei dem ganzen Charakter seines Lebens und Dichtens kaum einer besonderen Feststellung. Immerhin sei eine Aeußerung von ihm nach den Erinnerungen eines seiner Freunde zitiert, dem gegenüber er einmal mitten in einem vollbesetzten Berliner Straßenbahnwagen mit seiner schallenden Kommandostimme erklärte: „Was heißt das: Christ, Jude, Christ, Jude? Menschen will ich! Menschen! Menschen!"

In seinem autobiographischen Roman „Leben und Lüge" schildert Liliencron u. a. auch das tapfere Verhalten eines jüdischen Soldaten im Kriege:

„Mitten in der Stadt schloß sich der Gefreite Lewin von der 12. Kompagnie unserem Halbbataillon an. Er hatte eine Patrouille geführt und war seiner Kompagnie abhanden gekommen. Eine Stunde später lag er, mitten durchs Herz getroffen, im Gras ... Der kleine Jude war auch in meinem Zuge ... Er zeigte sich als tapferer, umsichtiger Soldat."

Ludwig Ganghofer.

In seinen Lebenserinnerungen widmet Ganghofer ein Kapitel dem Thema „Aufklärung und Kindererziehung", in dem es heißt:

„Man rühmt den Familiensinn der Juden, ihre treue, jede Not des Lebens und auch das Grab überdauernde Kinderliebe. Dieser kostbare Be-

[1]) Der Scherz- und Kosename, den Nietzsche seiner Schwester ständig zu geben pflegte.

sitz der jüdischen Familie quillt aus keiner Eigenart der Rasse. Nein! Ich war zehn Jahre Journalist in Wien. Da lernt man Juden kennen. Sehr viele. Und ich habe gefunden, daß in jüdischen Familien alle Wichtigkeiten der Menschwerdung von den Kindern viel natürlicher und verständiger genommen und besprochen werden, als die verkrüppelte Sittlichkeit unserer „christlich-arischen Kultur" das zuläßt. Die jüdischen Väter und Mütter genießen in der tieferen Liebe ihrer Kinder die Frucht des Vernünftigen."

Otto Ernst.

Aus einem umfangreichen Aufsatze „Zur Charakteristik der Judenhasser", den Otto Ernst in einer Sammlung Essais über Pädagogik und öffentliches Leben vor einem Jahrzehnt herausgab (Hamburg, Konrad Kloß), und in dem er scharfe Abrechnung mit dem gesamten Antisemitismus und seiner Taktik hält, sei nur der folgende bezeichnende Abschnitt herausgegriffen, worin Ernst erzählt, wie er durch eigene Beobachtungen der Wirklichkeit von seiner jugendlichen Judenverachtung kuriert worden sei:

„. . . Ich sah, daß ringsherum die Gastwirte, Restaurateure und Hoteliers in den seltensten Fällen sich mit 100 pCt. Gewinn begnügten, meistens aber 3—400 pCt. nahmen, ich sah, daß diese Leute, wenn ihr Unternehmen nicht ganz töricht angelegt war, in kurzer Zeit reich oder doch wohlhabend wurden, und ich sah, daß Juden unter ihnen so gut wie gar nicht vorkamen. Ich nahm wahr, daß eine große Gruppe von Händlern, wie Bäcker, Schlächter, Gemüse- und Steinkohlenhändler in relativ kurzer Zeit so gut wie regelmäßig zu beträchtlichem Wohlstand und zu Reichtum gelangte, weil diese Leute sehr hohen Gewinn nahmen und in Teuerungszeiten zwar schnell die Preise steigerten, in billigen Zeiten aber, „in Kraft allein des Ringes", den sie bildeten, es beharrlich unterließen, die Preise wieder herabzusetzen, und ich nahm wahr, daß diese Leute keine, oder daß sie nur in verschwindenden Fällen Juden waren. Ich sah, daß die große Mehrzahl der Hauseigentümer in für sie günstigen Zeitläuften den Mietzins mit großer Kontinuität steigerte, mit der Instandhaltung und der Renovierung der Häuser aber in gleichem Maße schwieriger wurde, daß sie das grausame Recht, auch den ärmsten Mieter rattenkahl pfänden zu dürfen, nicht aufgeben und für die Sanierung verseuchter Wohnungen und Stadtviertel nicht das geringste Opfer bringen wollte, und ich sah, daß unter diesen „Hausagrariern" die Juden nicht unverhältnismäßig stark vertreten und daß sie ebenfalls nicht die führenden und intransigenten Elemente waren. Ich sah, hörte, fühlte, daß jene Gastwirte, Hauswirte und Händler, entsprechend der menschlichen Schwäche und dem Umstande, daß Merkur der Gott der Kaufleute und der Diebe ist, in bedauerlich zahlreichen Fällen unreell waren, für die besten Preise die elendesten und knappstgewogenen Waren verkauften und, sobald ihre Position gesichert war, das Publikum als Beute und mit großer Verachtung und Unverschämtheit behandelten, obwohl sie keine Juden waren. Wer noch Ruhe der Beobachtung besitzt und sich einmal herablassen will, dergleichen alltägliche Beobachtungen zu sammeln und zu sichten, der wird, glaube ich, zu höchst überraschenden Resultaten kommen. Und wo es sich um eine Lebensfrage für Juden und Christen handelt, da darf man schon das Opfer bringen, sich einmal sorgfältig mit dem Banalen zu befassen, das sogar, wenn man es richtig anfängt, nichts weniger als banal ist."

Gerhard von Amyntor.

Gerhard von Amyntor, der berühmte Romanschriftsteller, hat in einer großen Anzahl seiner Werke, so in seinem ausgezeichneten kultur-

geschichtlichen Roman „Frauenlob", in einem Aufsatz „Tannhäuser" und insbesondere in dem 1876 erschienenen Werke „Randglossen zum Buche des Lebens", tapfer wider den Geist der Unduldsamkeit gestritten. Schon auf dem Gymnasium lernte der junge Generalssohn die Vorurteile gegen die Juden ablegen, denn er hatte in der Sekunda und Prima einen jüdischen Mitschüler namens Dembitz als Nachfolger, dessen Schilderung zu den glänzendsten Stellen in den Erinnerungen des preußischen Majors von Gerhard gehört. Aus dem letzterwähnten Werke sei folgendes schöne Toleranzbekenntnis hier wiedergegeben:

„Vergessen wir nicht, daß das Judentum schon eine Kultur mit höchster und sinnigster Kunstpflege besaß, als unsere rötlich gelockten Vorfahren noch auf der Bärenhaut um ihre Weiber würfelten, so daß der volle Kranz des Wissens und der wahren Bildung unserer Tage durch reichste Blüten aus dem Judentum untermischt ist. Kein Volk wie das jüdische hat seine Gesittung und geistige Spannkraft so zähe bewahrt, und doch ist das eiserne Joch der persischen, mazedonischen, ptolomäischen, syrischen, römischen, mohamedanischen und christlichen Herrschaften abwechselnd mit erbarmungsloser Feindseligkeit ihm auf den Nacken gelegt worden. Zur Zeit, als in unserem deutschen Lande der finstere Aberglaube und die roheste Unwissenheit ihre nächtlichen Schwingen über die Geister breiteten, blühte die jüdische Literatur in tropenhafter Schöne und Fruchtbarkeit, und als der Vorfahr des „Hep! Hep!" rufenden Junkers — des Schreibens unkundig — seinen Namenszug noch mit dem Schwertknauf abdrückte und beglaubigte, haben schon Namen wie Jehuda Halevi, Abraham ben Chija, Mose ben Esra und Maimonides einen guten Klang gehabt und die Glanzepoche jüdischer Leistungen in der Nationalliteratur, Gesetzeskunde, Mathematik, Medizin, Astronomie und Philosophie bezeichnet. Wer die Tatsache übersieht, daß das Judentum heute im geistigen und öfentlichen Leben Europas den entscheidendsten Anteil nimmt und durch den Umschwung seiner Kultur ohne Gleichen sich den Bestrebungen der modernen Staaten assimiliert hat, der mag freilich den einfältigen oder heuchlerischen Schmerzensschrei über Zudringlichkeit ausstoßen, wenn der Jude auch im Privatleben sich ihm als gleichberechtigt gegenüberstellt — das, was er Zudringlichkeit nennt, ist wohl meistens nur die Phantasmagorie seiner eigenen Kurzsichtigkeit und Sittenroheit.

Täuschen wir uns darüber nicht: die theoretische Emanzipation der Juden, der Genuß gleichen Rechts, genügt nicht, um unsere alten Schulden an dieses Volk zu zahlen, es muß die praktische Gleichstellung auch im Privatleben, die freiwillig und gern gewährte Achtung und Liebe hinzutreten, um diese Schmach der Judenfrage, die wie ein fressender Rost noch in großen Gesellschaftsschichten sitzt, ein- für allemal aus der Welt zu schaffen."

Verschiedenes.

Den Dichter unserer deutschen Nationalhymne, **Hoffmann von Fallersleben,** zählen die Antisemiten fälschlich zu ihrer Gefolgschaft. Der Schriftsteller Heinrich Lee hat nun in Corvey mit dem bekannten Landschaftsmaler Professor Hoffmann, einem Sohne des Dichters Hoffmann vor Fallersleben eine Unterredung gehabt, worin dieser ihm mitteilte, welchen Aerger er mit dem Liede: „Deutschland, Deutschland über alles" gehabt habe, nämlich dadurch, daß es von den Antisemiten zu ihrem Schlachtruf erkoren wurde. Wenn es irgendeinen

Menschen gegeben habe, dem Brutalität und Rassenhaß zuwider waren, so sei es sein Vater gewesen. Gerade unter den Juden habe er seine hilfreichsten und treuesten Freunde gehabt, und nun werde über seinem Grab ein Lied, das er zu Deutschlands Ehre gesungen, zu Zwecken verwendet, die der Dichter sicherlich für eine Schande Deutschlands gehalten hätte.

Professor Hoffmann hat besonderen Wert darauf gelegt, daß über die Gesinnungen seines Vaters in der Oeffentlichkeit keine falschen Auffassungen verbreitet würden.

*

Ellen **Key**, die tapfere schwedische Wahrheitsstreiterin, deren Schriften in der ganzen Kulturwelt verbreitet sind, hat der Jüdin Rahel Varnhagen v. Ense, geb. Levin, einen großen biographischen Essai gewidmet, in dessen Einleitung sie von dieser — u. a. bekanntlich auch von Goethe hochgeschätzten — Frau bemerkt: „Meine Absicht war, ein charakteristisches Bild der größten Frau zu geben, die das Judentum hervorgebracht hat, für mich zugleich die größte Frau, die Deutschland seine Tochter nennen kann."

*

Björnstjerne **Björnson** nennt den Antisemitismus „einen unheimlichen Barbarismus, einen Appell an schlechte Leidenschaften". Bekannt ist sein leidenschaftliches Eintreten für den unschuldig verurteilten Hauptmann Dreyfus.

*

Ueber den Antisemitismus in Rußland äußerte sich Iwan **Turgenjew** einem Freunde gegenüber: „Was kann die vereinzelte Stimme irgendeines beliebigen „gebildeten" Mannes hier gelten? . . . Es bleibt uns nur noch übrig, zu erröten für uns selbst, unser Vaterland, unser Volk — und zu schweigen."

*

George **Eliot**, die für England literarisch ähnliches bedeutet, wie für Frankreich Frau von Staël oder George Sand, hat ihren Tendenzroman „Daniel Deronda" mit der erklärten Absicht geschrieben, darin energisch die gegen die Juden herrschenden Vorurteile zu bekämpfen, die nach ihr „auf reinster Dummheit und Unkenntnis der Geschichte" beruhten, da die christliche Welt mehr als die Hälfte der Zivilisation den Juden verdanke.

*

Das Laster des Masochismus leitet seinen Namen bekanntlich von dem österreichischen Schriftsteller Leopold **von Sacher-Masoch**

her, dessen zahlreiche Schriften vielfach auf Lüsternheit oder perverses Geschlechtsempfinden spekulieren. Diesen Autor zum Juden zu stempeln, war die antisemitische Freundlichkeit von jeher besonders beflissen. Sacher-Masoch war aber weder selbst Jude, noch jüdischer Abstammung, sondern der Sohn katholischer Eltern. Sein Vater war ein höherer österreichischer Polizeibeamter. Durch seine galizische Abkunft war er mit den Zuständen Halbasiens naturgemäß besonders vertraut, und der Umstand, daß manche seiner Erzählungen — die besten übrigens — in jüdischen Volkskreisen spielen, hat die Fabel von seiner semitischen Abstammung begünstigt.

Der Antisemitismus im Auslande.

Die antisemitische Welle, die vor 20 Jahren ganz Zentraleuropa zu überfluten drohte, ist, abgesehen von Rußland, überall stark zurückgeebbt. Der Fall Dreyfus, von dem die Antisemiten eine mächtige Erstarkung des Judenhasses in Frankreich erhofften, ist von der Republik ohne schwere innere Erschütterung überwunden worden; er liegt heute im Bewußtsein der Nation, die der Welt das kostbare Gut der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geschenkt hat, weit zurück wie ein böser Traum.

Gleichwohl dürften einige orientierenden Angaben über den Stand der antisemitischen Bewegung in den Hauptländern, insbesondere Oesterreich, Rußland, Rumänien und Frankreich, für den Leser von Interesse sein.

Oesterreich.

Der Antisemitismus in dem befreundeten Dreibundstaate ist ein merkwürdiges Gewächs. Am auffälligsten und ungebärdigsten tritt er im Parlament, insbesondere im Reichsrat, in die Erscheinung, während die Wählerschaft selbst den Juden gegenüber gar nicht so feindlich gesinnt ist, und der behördliche Antisemitismus nicht entfernt die Schärfe des reichsdeutschen erlangt. Ueber Zurücksetzung im Heere oder in der staatlichen Verwaltungskarriere werden nur selten Klagen laut. Während in der Bevölkerung die antisemitische Phrase an Klang verliert, während selbst die Christlichsozialen ihren Antisemitismus zeitweilig „zurückstellen", weil sie mit dem Judenhaß keinen freudigen Widerhall auslösen, während es also in den Volksmassen langsam lichter wird, gestaltet sich das Bild des Abgeordnetenhauses unerquicklich genug. Die Abgeordneten lösen sich als Individuen vom politischen Antisemitismus fast schwerer los, als die Wählermassen dies am Tage der Entscheidung tun.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses in der Legislaturperiode 1909—1911, Dr. Robert Pattai, kann mit Fug als der Vater der antisemitischen Bewegung in Oesterreich bezeichnet werden. Er betrieb die Judenhetze schon zu einer Zeit, da Dr. Lueger noch in den Reihen der Demokraten stand, und die Erfolge Pattais waren hauptsächlich schuld daran, daß der verstorbene Bürgermeister von Wien seine alten Freunde verließ und mit Pattai im Bunde an die Begründung der christlichsozialen Partei, an die Eroberung Wiens schritt. Die stärkere Individualität,

die den Massen sympathischere Persönlichkeit war allerdings Dr. Lueger, und so konnte es nicht fehlen, daß er seinen Lehrmeister bald an Volkstümlichkeit überstrahlte.

Der österreichische Antisemitismus hat das Charakteristische mit dem reichsdeutschen gemeinsam, daß er in verschiedene Parteien gespalten ist. Früher waren es nur die Alldeutschen und Freialldeutschen, dann traten die Deutsche Volkspartei und die von Lueger zur Reichspartei erhobene christlichsoziale Partei, die ursprünglich eine mehr klerikale Partei war, hinzu. Neuerdings ist auch die Mehrzahl der Mitglieder der allmählich bedeutungslos gewordenen Deutschen Fortschrittspartei, die eine ruhmvolle Vergangenheit mit Füßen getreten hat, antisemitisch geworden, wie ihre Abstimmung bei dem Antrag auf Einführung eines numerus clausus für jüdische Mittelschüler und ihr Verhalten bei der Aufnahme des wirklich freiheitlich gesinnten Häufleins der Wiener fortschrittlichen Abgeordneten in den sogenannten Deutschen Nationalverband zur Genüge gezeigt haben.

Die Alldeutschen und Deutschradikalen, wie sie sich auch nannten, wirtschafteten bald ab. Politisch war die Umwandlung des Kurienwahlrechts in ein wirklich volkstümliches, allgemeines Wahlrecht der Nagel zu ihrem Sarge, der beste Beweis dafür, daß die alldeutsche Bewegung trotz mancher aufflackernden Augenblickserfolge doch nie recht ins Volk gedrungen ist. Es fehlte aber auch nicht an empfindlichen moralischen Bloßstellungen der alldeutschen Partei, die bis zum 16. Januar

K. H. Wolf. 1902 von Georg von Schönerer und K. H. Wolf geleitet wurde, bis eine schmutzige Ehebruchsaffäre Wolfs das traute Verhältnis löste und in grimmige Feindschaft umwandelte:

Wolf hatte mit der Tochter eines seiner nächsten Freunde ein intimes Verhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Wolf hatte dem Mädchen, um es zu gewinnen, die Ehe versprochen, sobald die Scheidung mit seiner damaligen Gattin ausgesprochen war.

Die Scheidung machte jedoch Schwierigkeiten, und Wolf überredete nun das Mädchen, das sich in anderen Umständen befand, sich rasch anderweitig zu verheiraten. Wolfs eigener persönlicher Freund, Professor Seidl, verlobte sich darauf, ohne eine Ahnung von dem Sachverhalt zu haben, mit dem Mädchen und heiratete es, wobei Wolf Trauzeuge war und sich auch erbot, Taufpate des ersten Sohnes zu werden. Die Frau vermochte indes nicht die Komödie durchzuführen und gestand bald nach der Hochzeit ihrem Gatten und ihren Eltern ihren Fehltritt. Professor Seidl, der sich in seiner Ehre gekränkt fühlte, schrieb an Wolf einen beleidigenden Brief und forderte Genugtuung.

Die alldeutschen Abgeordneten Schalk und Schönerer fuhren in der Presse[1]) das schwerste Geschütz gegen Wolf auf, verlangten seine

---

[1]) Die „Unverfälschten Worte“ Schönerers nannten Wolf „ein im Sumpfe moderner Korruption emporgeschossenes Gewächs“; seine Korruptionen haben den „Gipfelpunkt des Gaurisankar erklommen“. Er zittere nun „vor dem politischen und anderweitigen Krepieren“. Es gebe „kein widerlicheres Bild, als wenn Frauen und Mädchen einen

Mandatsniederlegung und schlossen ihn aus der Partei aus. Seine Freunde ließen ihn jedoch nicht fallen. Wie ein deutschnationales Blatt so hübsch schrieb: „An den Träger sittlicher Werte — das ist nämlich der Herr Wolf — lassen wir die moralinsaure Entrüstung der Sittlichkeitsphilister nicht herankommen.“ Herr Wolf versprach Schalk, ihm seinen „Katzenschädel einzuhauen“. Darauf tobten wieder die „Unverfälschten deutschen Worte“ Schönerers:

„Wolf hat die ethischen Hochziele des deutschen Volkes mißachtet, die wirtschaftlichen Grundsätze des alldeutschen Programms mit Füßen getreten; seine Person ist auf das innigste mit der jüdischen Korruption verknüpft. Als Demagog vom Scheitel bis zur Sohle versteht er es aber ausgezeichnet, die Massen zu betören, indem er seine schlechten Handlungen mit frecher Stirne in der ihm leider zur Verfügung stehenden Presse vor der Oeffentlichkeit ableugnet.“

Auch die akademische Burschenschaft „Germania“ in Innsbruck bezeichnete das Verhalten Wolfs in seiner Ehrenangelegenheit mit Schalk als ein „durchaus schimpfliches“, und erklärte es für „eine Unverfrorenheit sondergleichen, falls Wolf auch künftig den Ehrennamen eines deutschen Burschenschafters zur Deckung seiner bemakelten Persönlichkeit mißbrauchen sollte“. In dem Prozeß mit Schalk kam Wolf mit einem blauen Auge davon. Freilich, für die geschlechtlichen Verfehlungen, die seine Gegner Wolf vorwarfen, durften die Angeklagten keinen Wahrheitsbeweis führen. Den Geschworenen lag da nur die Behauptung vor, daß Wolf, als er die nachmalige Frau seines Parteigenossen Dr. Seidl verführte, das Gastrecht verletzt hat, und die Gegenbehauptung Wolfs, daß das nicht wahr sei.

Noch einmal machte Wolf in der Chronik der Skandalprozesse von sich reden, als seine Frau die Ehescheidung wegen grober „sittlicher Verfehlungen“ und „Verirrungen“ ihres Mannes verlangte und auch durchsetzte mit dem Erfolg, daß Wolf als der allein schuldige Teil erklärt wurde. In einem früheren Prozeß Wolf-Schneider war schon enthüllt worden, daß Wolf eine nahe minderjährige Verwandte seiner Frau, die in seinem Hause zu Gaste war, zu schwerer Unsittlichkeit verleiten wollte, ein Vergehen, das Abg. Wolf mit Volltrunkenheit zu entschuldigen und zu bemänteln suchte. Nur die Furcht vor Gewalttätigkeiten hatte die unglückliche Frau bisher von diesem letzten Schritte abgehalten. Damit ist das Charakterbild Wolfs, dieser „Perle des deutschen Volkes“, vollständig geworden. Dieselbe Frau, die er mißhandelte, benützte er in seinem Wahlfeldzug als Staffage, sie mußte, ob sie wollte oder nicht, die Rolle des „braven deutschen Kameraden“ spielen, der ihm seinen Fehl-

---

demoralisierten Lüstling und Wüstling mit Heilrufen und Tücherschwenken begrüßen“ u. dgl. gepfefferte Bosheiten mehr. Die reichsdeutsche antisemitische Presse aber verhüllte trauernd ihr Haupt. Die „beste Sache“ müsse, so klagte das Magdeburger Antisemitenblatt, profaniert und zum Popanz herabgewürdigt werden, wenn man sie unwürdigen Händen überläßt.

tritt verziehen habe. Während Wolf aber noch heute — begünstigt durch die Wahlerfolge des Deutschnationalen Verbandes bei den Wahlen des Frühjahrs 1911 — im Parlament an der Spitze einer engeren Gefolgschaft von einem halben Dutzend Abgeordneten eine politische Rolle, spielt, ist sein grimmer Gegner und alldeutscher Konkurrent, der angeblich mit einer Jüdin verheiratete Georg von Schönerer, vereinsamt und politisch ganz in den Hintergrund getreten. Sein Unfehlbarkeitsdünkel gestattet neben sich keine andere freie Meinung. Er duldet keine selbständigen, unabhängigen Männer, die ihm gegenüber auch ihre Ueberzeugung vertreten. Er hat, wie ein deutschnationales Blatt schrieb, „durch sein hirnverbranntes, jedes wahren Volksempfindens bares Treiben dem deutschen Volke, den deutschen Parteien Wunden geschlagen, deren Folgen es so bald nicht überwinden wird". Während Wolf trotz aller Gegnerschaft gegen den Klerikalismus doch auch, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, gelegentlich Wahlgeschäfte mit den Christlichsozialen macht, ist Schönerer ein unversöhnlicher Gegner nicht nur Roms, sondern überhaupt des Christentums; im Jahre 1901 schrieb er:

Georg von Schönerer.

„Als „Los von Rom"=Tat werden die „Unverfälschten Deutschen Worte" es mit Freuden begrüßen, wenn sämtliche deutsche Ostmärker der protestantischen oder altkatholischen Kirche angehören würden, was sie aber nicht hindern wird, das Bibeltum auch weiterhin als undeutsch zu kennzeichnen und es für freie, nach allen Richtungen hin unabhängige Deutsche nicht unziemlich zu finden, wenn sie sich für eine auf germanistischer Welt- und Gottesanschauung aufgebaute Konfessionslosigkeit entscheiden."

Ehe wir uns mit der Hauptgruppe des politischen Antisemitismus in Oesterreich, der christlichsozialen Partei, beschäftigen, wollen wir noch mit ein paar Strichen die „Deutsche Volkspartei" kennzeichnen, die sich seinerzeit als Mittelpartei zwischen der Fortschrittspartei und den Deutschnationalen bez. den Christlichsozialen eingeschoben hatte, inzwischen aber ihre Selbständigkeit ebenfalls aufgegeben hat und im Deutschen Nationalverbande die Hauptrolle spielt. Die Abg. Dr. Sylvester-Prade und Dr. von Steinwender sind ihre Führer. Auch diese Gruppe hat ein entschieden antisemitisches Programm, das den Kampf gegen die Juden offen proklamiert. In Wahlzeiten wird zwar da und dort das Gegenteil behauptet, ohne daß dadurch an der Tatsache etwas geändert würde. Dr. Otto Steinwender, der frühere Vizepräsident der Volksvertretung ist der Begründer jener sonderbaren freiheitlichen Parteipolitik geworden, die in ihrem Freisinn vor den Juden Halt macht. Dr. Otto Steinwender hat dahin gewirkt, daß die verschiedenen Spaltungen, die sich in der liberalen Partei vollzogen, antisemitische Motive erhielten. Erst stand er als Antisemit im liberalen deutschen Klub, den er sprengte, weil die Mehrheit nicht dafür zu haben war, daß die Stellung zur Judenfrage als private Angelegenheit jedes einzelnen Abgeordneten behandelt werde. Noch heute rechnet es sich die liberale Presse leider zur Ehre an, die Artikel des schreiblustigen Dr. Stein-

wender zu veröffentlichen; man hat eben in Oesterreich den richtigen politischen Maßstab verloren.

Den besten Prüfstein für die Zugehörigkeit zum Antisemitismus lieferte die Stellungnahme zu dem schon erwähnten Antrage des Mitgliedes der Deutschen Volkspartei Schmidt im Jahre 1908, durch den die Regierung aufgefordert wurde, Erhebungen anzustellen, wie das Ziffernverhältnis der jüdischen zu den christlichen Mittelschülern mit den Bevölkerungsziffern in Einklang zu bringen sei. Als nach langwierigen Kommissions- und Plenarverhandlungen die Resolution am 26. Juni zur Abstimmung kam, wurde sie mit 215 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Den Kern der Minoritätsparteien bildeten die zirka 90 christlichsozialen Stimmen, die übrigen 72 Stimmen stammten von den sogenannten freiheitlichen Parteien, das heißt der antisemitischen „Deutschen Volkspartei", den Deutschradikalen, Schönerianern usw. Auch die Mehrzahl der 17 Mann starken Fortschrittspartei stimmte dafür, ein Teil hatte sich, um nicht Farbe bekennen zu müssen, von der Abstimmung gedrückt. Die alte Fortschrittspartei ist durch die jüngsten Wahlen (1911) noch mehr dezimiert worden, da die deutschnationalen Gruppen sie bei der Kandidatenaufstellung selbst aus einigen ihrer ältesten Sitze mit brutaler Gewalt verdrängten. Abgelehnt wurde der Antrag nur, weil mit den 72 Sozialdemokraten, die Polen, Czechen und andere fremde Nationalitäten für die Sache der konfessionellen Gleichberechtigung eintraten.

Verjudung der Universitäten.

Bei dieser Gelegenheit sei auch gleich das antisemitische Schlagwort von der „Verjudung der Universitäten", das natürlich auch in Oesterreich eine Rolle spielt, mit ein paar Worten beleuchtet. Wir entnehmen einer Reichsratsrede des Abg. Prof. Redlich aus dem Jahre 1907 — und seit der Zeit dürfte eher eine Verringerung als eine Vermehrung der Zahl der jüdischen Dozenten eingetreten sein — folgende Daten:

„Es waren damals an der juristischen Fakultät der Wiener Universität 15 Ordinarii, von denen 11 im Sinne der Rassentheorie makellos dastehen; 2 sind getaufte Juden, 2 Juden. Von den 6 Extraordinarii sind 5 nichtgetaufte Juden, einer ist ein getaufter Jude. Von den 31 Privatdozenten sind 17 Arier. Daß die Juden an dieser Fakultät nicht vorrücken, bewies der Redner mit einem schlagenden Beispiele. Die philosophische Fakultät beherbergt 48 Professoren, von denen nur 3 Nichtarier sind; von den dreien sind zwei getauft. Von den außerordentlichen Professoren an dieser Fakultät sind 17 Arier, vier Nichtarier. An der medizinischen Fakultät wirken 23 Ordinarii, darunter zwei Juden. Von den 40 Extraordinarien sind 13 Nichtarier. Allerdings zählen von 156 Privatdozenten bloß 66 zu den Ariern; allein die jüdischen Dozenten werden nur dann Professoren, wenn, wie Prof. Redlich meinte, „keine arischen Privatdozenten auf Lager sind". „Wenn Sie eine Eroberung der Universität zu dem Zwecke wünschen, um die Verjudung hintanzuhalten" — rief er den Christlichsozialen zu — „so brauchen Sie sich nicht mehr zu bemühen; das geschieht Schritt für Schritt seit einer Reihe von Jahren."

Nun zur christlichsozialen Partei, die der Wiener Oberbürgermeister Lueger auf den höchsten Gipfel des Erfolges geführt hat und

die seit seinem 1910 erfolgten Ableben sich in voller Auflösung befindet; sie hat bei den letzten Wahlen zwar nur etwa 20 Mandate verloren, ist aber in Wien, wo sie von 20 Mandaten nur 4—5 retten konnte, und in allen Städten unterlegen, so daß sie zurzeit nur noch eine agrarische Partei unter klerikaler Führung darstellt. Ihre sämtlichen Führer, Prinz Alois Liechtenstein, Exzellenz Geßmann, den Lueger im vertrauten Kreise nur spöttisch „Dr. Spuckerl" nannte, Minister Weißkirchner, der Exminister Wittek, die Bürgermeister Neumayr und Hierhammer, Pattai und andere sind auf der Wahlstatt geblieben. Was sich in Wien vollzog, war ein förmliches Strafgericht der mit Recht über den christlichsozialen Sumpf empörten Wählerschaft, die in einer Schlachtreihe — Antisemiten deutschnationaler Richtung im Bunde mit Fortschrittlern und Sozialdemokraten — die Christlichsozialen zu Paaren trieb und damit die besten Aussichten für eine alsbaldige Beseitigung der christlichsozialen Herrschaft auch im niederösterreichischen Landtage und im Wiener Gemeinderate eröffnete. Wie groß die Empörung der christlichsozialen Wählerschaft über die Mißwirtschaft der Rathauspartei im Laufe der Jahre geworden war, hatte schon die zähe Preßkampagne des von Vergani herausgegebenen christlichsozialen „Deutschen Volksblattes" und das Ergebnis mehrfacher Beleidigungsklagen gezeigt. Am besten freilich hat die Führer der christlichsozialen Partei der Schneidermeister Kafka in einer Versammlung der Wiener Mittelstandsvereinigung charakterisiert:

„Seit 25 Jahren bin ich Christlichsozialer. Da erlebt man seine blauen Wunder. Aus dem „Hepp! Hepp! Hepp!" der 90er Jahre wurde immer deutlicher ein „Schnapp! Schnapp! Schnapp!" Gott Nimm hat ein Janusgesicht, hinten ein anderes wie vorn. Sein Tempel wird nur im Krieg, das heißt zur Wahlzeit geöffnet. Wenn der Janus mit seinen Priestern allein ist, teilt er die Gaben aus, da heißt es „Nimm! Nimm! Nimm!" — ein Nimmersatt mit seiner ganzen Priesterschar — und wenn man endlich die Tempelpforten öffnet und uns einläßt, thront Gott Gib auf dem Altar! Jetzt heißt es: „Gib! Gib! Gib! alles, was du hast." (Stürmischer Beifall.) Aber einmal muß auch die Dummheit der Wähler ein Ende haben. Mein Programm besteht nur mehr aus den Worten: Pfui Christlichsozial."

Selbst reichsdeutsche antisemitische Organe waren ganz entsetzt über die christlichsoziale Korruption. Die agrarische „Deutsche Tages-Ztg." schrieb z. B. (25. 5. 1911), Lueger habe „in der letzten Zeit mehr als einmal beide Augen zudrücken" müssen. Nun er tot ist, seien die „Eiterbeulen am Körper der Partei" aufgebrochen. Schon Lueger habe in Geßmann den „bösen Dämon der Partei" erkannt, der „als vermögensloser Mann seine politische Laufbahn begann und jetzt Millionär ist". Alsdann wurde auf seine Beteiligung an der „Wiener Baukreditbank" näher eingegangen, die „ein Finanzinstitut für Bodenwucher und Bauschwindel" sei, und zum Schluß der Wunsch ausgesprochen, „Geßmann und seinen kleinen Klüngel, der fast ausschließlich aus Leuten der ehemaligen katholischen Volkspartei, wie Ebenhoch und Morsey, besteht, die gleichfalls in dem Fette einflußreicher Verwaltungsstellen sitzen, beizeiten auszuscheiden".

Der Gründer dieser selbst von Antisemiten so abfällig beurteilten christlichsozialen Partei, Dr. Lueger, dessen Vater Hausknecht an der Wiener Technik war, hatte sich als strammer Demokrat seine ersten Lorbeeren geholt. Er, der für alle Orden und höfischen Auszeichnungen nur Hohn und Spott hatte, gefiel damals den Wiener Kleinbürgern recht gut; noch größer war freilich der Zulauf, als er mit den antisemitischen Schimpfereien begann und ganz Wien mit Haß und Zwietracht erfüllte. Lueger hat das Argument der Straße in der Politik geltend gemacht, in Straßenschlachten wurde der „schöne Karl" zum Manne des Volkes. Dr. Lueger.

Später, als er nach einmaliger Versagung der Bestätigung seiner Wahl zum Oberbürgermeister doch die kaiserliche Sanktion erhielt, Exzellenz wurde, die christlichsoziale Partei zur Reichspartei machte und seine Kreaturen, die Geßmann, Weißkirchner und Prinz Liechtenstein, an die Spitze der Partei stellte, während er ohne Reichsratsmandat als Generalstabschef sich klug im Hintergrund hielt, hat er allerdings reichlich Wasser in den antisemitischen Wein getan, und im vertrauten Kreise seinen „lieben Juden" alle nur erdenklichen Schmeicheleien (die nichts kosteten und zu nichts verpflichteten) gesagt; er hat sogar beim Tode des jüdischen Gemeinderatsmitgliedes Baurat von Goldschmidt Krokodilstränen vergossen:

„Wenn Veteranen sterben, fragt man nicht, ob sie der einen oder der anderen Partei angehört haben, man kommt und salutiert! So bin auch ich erschienen, um dem verstorbenen Gemeinderat Goldschmidt hier zu danken für seine Wirksamkeit, die er im Gemeinderate der Stadt Wien entfaltet hat. Er hat der Opposition angehört; er betrieb aber die Opposition stets nur sachlich, und man kann wohl sagen, daß er bei allen großen Schöpfungen der Gemeinde Wien redlich mitgewirkt hat. Wir alle danken ihm dafür und sagen: Theodor Ritter v. Goldschmidt, uns trennt nichts mehr! Wir sind und bleiben dir dankbar für alles, was du geleistet hast, und dein Andenken wird gesegnet bleiben! Ich schließe mit dem Wunsche: Ruhe in Frieden!"

Es war nicht das erstemal, daß der grimme Antisemit Herr Dr. Lueger vor einem toten Juden „salutierte". Wahrscheinlich glaubte er daraus die Berechtigung herleiten zu dürfen, die lebenden Juden um so mehr zu drangsalieren.

Gleichwohl ist er niemals den schmählichen Beschimpfungen der Juden, die sich seine Gesinnungsgenossen Kanonikus Rohling, Pater Wiesinger, Pfarrer Deckert, Mechaniker Schneider erlaubten, von denen letzterer ein „Schußgeld für die Juden" verlangte, diese überhaupt meistens nur „Winkeljuden" titulierte und den menschenfreundlichen Wunsch äußerte, daß bei einem Warenhausbrande einmal eine ganze Serie von Warenhausfreunden aller Stände, besonders aber aus dem Stande der Gewerbegesetzgeber, verbrannt würde, entgegengetreten. Er hat nie auch nur den leisesten Tadel ausgesprochen, daß dieser selbe Schneider, der Ritualmordfabrikant en gros, der auch die Verurteilung Hilsners auf seinem Schuldkonto hat, den Justizminister einen von Juden bestochenen Lumpen nannte, daß sein Schneider.

Parteigenosse, der Abg. Wohlmeyer, die Cholera auch für nützlich hielt, aber nur dann, „wenn sie alle Juden hinwegraffe“, daß Ehren-Bielolahwek Tolstoi einen „alten Tepp“ und daß der christlichsoziale Wäschefabrikant den Prof. Philippovich einen „Bildungsprotz“ titulierte. Die Wissenschaft erfreute sich überhaupt der wärmsten Unterstützung durch die Christlichsozialen. Bielolahwek hat einmal feierlich erklärt, daß er die „Bücher gefressen habe“ (nicht ausstehen könne) und er führte die vielen Erscheinungen der wissenschaftlichen Literatur nur darauf zurück, daß „ein Jud' von anderen abschreibe“.

Das einzige, was Lueger getan hat, ist, daß er für seine Person zuletzt nicht mehr den Antisemitismus in seiner rohesten Form kultivierte, sondern die bezähmte, salonfähige Tonart. Die Unfähigkeit seiner Parteigenossen im Gemeinderat hat ihm einst folgende bittere Kritik entlockt: „Das ist halt eine eigene G'schicht'. Der Porzer red't nichts, der Neumayer kann nichts, der Hierhammer tut nichts, und ich seh' nichts.“ Die drei Vizebürgermeister waren damit jedenfalls sehr richtig gekennzeichnet.

Wie traurig schließt nach seinem Ableben die Bilanz des christlichsozialen Regimes in Wien ab! Die Sitten der Bevölkerung wurden verwildert, und die gemütlichsten Leute der Welt zeitweilig in grimmige Hasser verwandelt. Die Verwaltungsorgane des Staates hatten unter dem christlichsozialen Einflusse schwer zu leiden, denn sie mußten sich gegenüber der Willkürherrschaft gefügig zeigen. Wien wurde durch ungeheure Schuldenlasten arg geschädigt, ohne daß jeder christliche Bürger das Huhn im Topfe hätte, das ihm versprochen worden war. Gewiß, Hunderte glänzende und gute Existenzen wurden den bevorzugten Parteigängern zugeschanzt, aber die Masse der Wähler ging leer aus. Willkür und Erhöhung des Steuerdrucks, eine Herrschaft der Unfähigsten im Staate, Verleumdungssucht und Gesinnungslosigkeit: das sind die beschämenden Wahrzeichen des christlichsozialen Segens. Das christliche Volk von Wien und Niederösterreich wurde nicht gerettet; alles, was geschah, bestand darin, daß man die Juden aus den Aemtern hinausdrängte und nach Möglichkeit bei der Vergebung öffentlicher Lieferungen ausschloß. Waren früher die persönlichen Fähigkeiten maßgebend, so entschied jetzt der Taufschein.

Bei den letzten Wahlen (1911) wurde auch — nicht von liberaler oder jüdischer Seite — ein Liebesbriefwechsel des verstorbenen Oberbürgermeisters mit einer Malerin Marianne Beskiba veröffentlicht, der auf die Frömmigkeit und Tugendhaftigkeit dieses christlichsozialen Ehrenmannes ein scharfes Schlaglicht wirft. Einer dieser leidenschaftlichen Liebesergüsse, die Lueger noch als reifer Mann an sie richtete, schließt:

„Mein liebstes Weiberl, wenn Du den Brief lesen wirst, bin ich schon auf der Fahrt und denke Dein in süßer Erinnerung. Viele Küße bedecken Dein

Antlitz, Deinen Busen, Deinen ganzen süßen Leib. Leb wohl, mein Engel. Auf fröhliches Wiedersehen. Dein Krampussi."

Die Briefe, die im Anfang der Bekanntschaft „Sehr geehrtes Fräulein", späterhin „Mein Engel", „Mein liebes süßes Weibi" als Anrede tragen, enthalten auch gepfefferte Anspielungen, zuletzt ist jedoch mehr von den Eiweiß- und Zuckerprozenten als von erotischen Angelegenheiten die Rede, und ganz am Ende schreibt nur mehr der Kanzleidirektor Franz Joseph Mayer im Auftrage des Herrn Bürgermeisters „mit vollster Hochachtung und Handküssen".

Wie sehr die Religion auch für Lueger nur Geschäft war, zeigte seine zynische Aeußerung über die christlichsozialen Frauen, die ihn von Versammlung zu Versammlung begleiteten: „Mein Harem," nannte er sie spöttisch. Auch über seine engeren Parteifreunde sprach er nur im Tone der Verachtung. Den Abgeordneten Schneider, einen alten, scharf antisemitischen Duzbruder, nannte er nur „Der B'suff" (abzuleiten von besoffen), seinen „Erben" Geßmann, der bei jeder Diskussion springgiftig wird und ungeheure Speichelmengen an die Nächststehenden verschwendet, wie bereits erwähnt, „Doktor Spuckerl", und dergleichen freundschaftliche Charakteristiken mehr.

In dem 1911 gewählten neuen Reichsrat sind die drei großen deutschen Parteien in folgender Stärke vertreten: Deutscher Nationalverband 99, Christlichsoziale 76, zusammen also etwa unter Abrechnung einiger „neutraler" Fortschrittler 170 antisemitische Abgeordnete; Sozialdemokraten ca. 80 Abgeordnete. In runden Ziffern hat der Deutsche Nationalverband einen Gewinn von 20, die christlichsoziale Partei einen Verlust von 20 und die Sozialdemokratie einen Verlust von 6—8 Mandaten zu verzeichnen.

Kaiser Franz Joseph.

Daß die Juden der österreichischen Monarchie ein staatserhaltendes und kulturell nützliches Element bilden, hat auch der greise Monarch wiederholt anerkannt. Anläßlich der Huldigungsfeier der Bevölkerung zu seiner 60jährigen Regentenschaft im Jahre 1908 sagte er zu einer Deputation der Wiener israelitischen Gemeinde:

„Für die Huldigung sage ich Ihnen meinen wärmsten Dank. Die israelitische Bevölkerung hat immer eine staats- und gesetzestreue Gesinnung, Ergebenheit für mein Haus und Anhänglichkeit an meine Person bekundet; ich schätze auch ihren Familiensinn und ihre Freude am Wohltun. Seien Sie versichert, daß Ihre Glückwünsche meinem Herzen wohlgetan haben und daß Sie und Ihre Glaubensgenossen meines kaiserlichen Schutzes gewiß sein können."

Von dem präsumtiven Nachfolger, dem Erzherzog Franz Ferdinand, raunen sich zwar die Antisemiten heimlich zu, daß er ihr Mann sei; er soll sich u. a. einst scharf mißbilligend darüber ausgesprochen haben, daß die Juden auch mit katholischen Devotionalien Handel treiben. Diese Aeußerungen waren aber so allgemein gehalten, und es stehen ihnen auch eine große Anzahl von Sympathiekundgebungen

des Thronfolgers für die Juden gegenüber, daß sich die Hoffnungen der Antisemiten wohl schwerlich erfüllen werden.

Ungarn. Die in Ungarn im Jahre 1910 ebenfalls auf antisemitischer Grundlage von klerikalen Führern gebildete katholische Volkspartei hat keinerlei politische Bedeutung erlangt, wenn auch judenfeindliche Bestrebungen gelegentlich im Parlament und in der Presse zum Ausdruck gelangen; von 25 Kandidaten dieser Partei wurde bei den Wahlen des Jahres 1910 ein einziger gewählt, dagegen betrug die Zahl der den verschiedensten politischen Lagern angehörenden gewählten jüdischen Abgeordneten nahezu 40. Der ungarische Ministerpräsident Khuen Hedervary hat andererseits in der Parlamentssitzung vom 16. August 1911 jede Gemeinschaft mit konfessionellen Hetzern entschieden abgelehnt. Er mißbillige es auf das entschiedenste, wenn Arbeiter ihrer Konfession wegen Belästigungen seitens der Behörden ausgesetzt seien. Der Antisemitismus, den er aus vollstem Herzen verabscheue, müsse entschieden bekämpft werden, und man dürfe es nicht dulden, daß Leute wegen ihrer religiösen Ueberzeugung verfolgt würden. Es war dem Ministerpräsidenten, wie die „Oesterreichische Wochenschrift“ hervorhob, offenbar ein inneres Bedürfnis, die Kulturschande der Judenhetze weit von sich abzulehnen und zurückzuweisen. Er tat dies in der denkbar schärfsten Weise und mit Ausdrücken, welche ganz abseits liegen von der sonstigen Reserve leitender Staatsmänner in verantwortungsvollen Stellungen. Wenn er das zugleich für die ganze Regierung tat, so muß er seiner Sache ganz sicher gewesen sein, denn er kann in seiner hohen Stellung ein Dementi oder den Widerspruch eines Ministerkollegen nicht riskieren. Graf Khuen Hedervary hat auch über die Leitha hinübergesprochen, wo nicht alle Staatsmänner den Antisemitismus verabscheuen trotz aller Staatsgrundgesetze.

Rußland.

Zunächst muß die Tatsache mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß alle die schmählichen Gewalttätigkeiten des durch demagogische Schlagworte verblendeten russischen Volkes gegen die Juden nicht aus der russischen Volksseele kamen, sondern künstlich in sie hineingetragen sind. Das „zugespitzte Verhältnis zwischen den Christen und Juden“, dem der russische Minister des Innern das Blutbad von Kischinew zuschrieb, ist weiter nichts als eine Folge der systematisch betriebenen amtlichen Hetze gegen die Juden. Daher werden auch alle Juden-„Reform“gesetze wirkungslos bleiben, weil sich die russische Regierung niemals zu einer ernstlichen „Reform“ aufraffen, sondern immer nur Steine statt Brot geben wird. Daher ließ auch die Wittesche Juden-Reformgesetzgebung des Jahres 1904 tatsächlich alles beim alten, bis auf einige unbedeutsame Vergünstigungen, die gerade dem kleinsten Teile der Juden, nämlich den begüterten, den

Kaufleuten erster Gilde usw., zugute kamen, während die Lage der großen Masse des jüdischen Proletariats unverändert blieb. Vor allen Dingen war kein Gesetz geschaffen, das die bestehenden unhaltbaren Lebensbedingungen von 4,5 Millionen russischer Untertanen von Grund aus änderte. Die „Kreuz-Ztg." hatte daher durchaus recht, wenn sie damals diese Quacksalberei folgendermaßen beurteilte:

„Kreuz-Ztg." verurteilt Judengesetze.

„Wer die russischen Verhältnisse einigermaßen kennt, muß in der Tat lächeln, wenn er sieht, daß im Erlasse fast nur von den wohlhabenden und gebildeten Schichten der jüdischen Bevölkerung die Rede ist, die arme, ungebildete Masse aber kaum flüchtig gestreift wird. Was sonst will das sagen, als daß es sich darum handelt, die Zitrone so lange zu quetschen, wie sie noch einen Tropfen Saft enthält. Reichtum und Bildung fällt bei den russischen Juden fast immer zusammen; es lohnt sich also, diese Elemente von den andern zu sondern, die nichts haben und deshalb auch nichts hergeben können. Um die letzteren bekümmert man sich nicht, nur der zahlungsfähigen Minderheit sind allerhand neue, nicht zu verachtende Rechte erteilt worden, die sie aber mit der größten Vorsicht und Zurückhaltung gebrauchen muß, wenn sich ihre Lage nicht sachlich verschlimmern soll."

Ein letzter Grund der Judendrangsalierungen, der von manchen als der wichtigste betrachtet wird, ist nämlich, wie Hugo Ganz in seinen Reisestudien über Rußland sehr richtig hervorhob, die sichere Rente, die für jeden gewissenlosen Beamten die Judengesetzgebung bedeutet. Auszahlen muß er können, der Jude, dann geht es ihm nicht schlecht in Rußland, wo, wie gesagt, ein Volksantisemitismus gar nicht existiert und die natürliche Gutmütigkeit der Menschen das Leben sehr erleichtert! Aber wehe dem Armen, der nicht auf Schritt und Tritt zahlen kann! Wehe dem Strebsamen, der sein Los verbessern will und den Tschinownik nicht gehörig spickt. Mit den reichen und gebildeten Juden hat sich auch der gebildete Russe längst ausgesöhnt. Schon i. J. 1860 schrieb Prof. Georgiewski, der Vorsitzende des Gelehrtenkomitees im Ministerium für Volksaufklärung:

„Die gebildetsten unter den Juden nehmen unzweifelhaft bereits an dem allgemeinen Volksleben Anteil: als Beweis kann die Beteiligung vieler Juden an der zeitgenössischen russischen Literatur dienen, die mehr als je zuvor einen nationalen und patriotischen Charakter hat. Andere, die selbst nicht imstande sind, an der russischen Literatur tätigen Anteil zu nehmen, folgen mit regstem Interesse und größter Sympathie ihren Erfolgen wie überhaupt der neuen Entwicklung der russischen Verhältnisse. Hunderte von jüdischen Jünglingen suchen auf den russischen Gymnasien und Universitäten eine allgemeine und wissenschaftliche Bildung. . . . Ueberhaupt ist an den russischen Juden, wie auch an den deutschen, ein bemerkenswertes Streben nach Bildung zu beobachten . . . Die Erfolge der russischen Juden in der allgemeinen Bildung, zumal in der letzten Zeit, unterliegen keinem Zweifel. Auch jetzt schon hat die allgemeine Bildung einen wohltätigen Einfluß auf die Lebensführung und die Sitten derjenigen Juden gehabt, die eine solche Bildung erhalten haben, so daß sie viel mehr Gemeinsames mit den gebildeten Christen als ihren übrigen Stammesgenossen haben."

Gleichwohl ist im letzten Jahrzehnt die russische Regierung auf Schritt und Tritt bemüht, den Juden den Zutritt zu den

höheren Schulen zu versperren. Um den Juden den Zutritt zu den Schulen zu verwehren, wurde angeordnet, daß die Zulassung jüdischer Schüler in Mittelschulen 10 pCt. nicht übersteigen darf. Die Zulassung zu den Hochschulen wurde derartig beschränkt, daß nur wenige Juden nach Beendigung des Gymnasialstudiums das Glück haben, Aufnahme in einer Universität zu finden, und nur wenige aus dem Universitätsstudium sehr geringe Vorteile für ihre zukünftige Existenz ziehen konnten. Dem Juden wird es verwehrt, in staatlichen und Kommunalanstalten, sowie in den Institutionen der Semstwos irgendein Amt zu bekleiden; ja selbst in den Stand der Rechtsanwälte können sie nur durch besondere Genehmigung des Justizministers aufgenommen werden. In den letzten vierzehn Jahren ist auch kein einziger jüdischer Jurist in Rußland Rechtsanwalt geworden; nur als Gehilfen staatlich approbierter Rechtsanwälte dürfen sie in diesem Berufe tätig sein. In der Medizin ist es genau so, trotzdem der russische Aerztekongreß, der nach dem Namen seines Begründers, des berühmten Chirurgen Pirogow, getaufte Pirogow-Kongreß im Jahre 1904 einstimmig auf die Gefahren aufmerksam machte, „welche aus der künstlichen Konzentration der Juden in den Städten und Städtchen Westrußlands erwachsen", und es für notwendig erachtete, den Juden das Recht der Freizügigkeit einzuräumen.

Das Kabinett Goremykin machte zwar im Jahre 1906 unter dem Druck der radikalen ersten Duma einen schüchternen Anlauf, die Bestimmungen über das Prozentverhältnis der Juden bei der Aufnahme in die höheren Lehranstalten (im Durchschnitt fast überall nur 5 pCt.) aufzuheben, in der Praxis blieb aber alles beim alten, trotzdem Fürst Trubetzkoi, der inzwischen verstorbene Rektor der Moskauer Universität, wo die studentischen Unruhen einen ziemlich heftigen Charakter angenommen hatten, den Mut besaß, jene Aufhebung zu beantragen; Trubetzkoi gehörte überhaupt zu den freien aufgeklärten Geistern des modernen Rußlands; er erklärte im Jahre 1905 einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg.":

Fürst Trubetzkoi.

„Ich sehe in den Juden nur so lange eine Gefahr, als sie den heute herrschenden Gesetzen unterworfen sind. Es heißt doch eine geringe Meinung von seinem eigenen Volke haben, wenn wir uns vor den Juden fürchten sollten. Der Moskowiter ist so weit entwickelt, daß es mir gar nicht zweifelhaft erscheint, daß er im Konkurrenzkampf mit dem Juden lediglich gewinnen kann."

Noch einmal entschloß man sich zu einer Milderung der drakonischen Ausnahmegesetze gegen die Juden, als nämlich der russisch-japanische Krieg den Machthabern des Moskowiterreichs schwere Sorgen bereitete.

Das Krebsübel der ganzen Misere der Juden in Rußland ist ihre gewaltsame Einpferchung in die sog. Rayons. Auf zirka 130 Millionen Russen kommen heute zirka 5 Millionen Juden, das sind knapp 4 pCt. Dieser Prozentsatz der Juden wäre auch durchaus nicht zu hoch für Rußland, so daß daraus etwa eine

Gefahr für den nationalen Charakter der Gesellschaft entstehen könnte. Ungefähr so viel weisen auch die „judenreinen" Städte Moskau und Petersburg auf, ohne daß sie dort wahrnehmbar wären. Würde es also gelingen, die Juden in der Höhe von 4 pCt. über das ganze Reich zu verteilen, so wäre damit, wie auch Hugo Ganz meint, für alle Teile unendlich viel gewonnen und die Menschheit von einem Problem erlöst, das je länger je mehr den Stand unserer Ethik und Humanität bedroht. Diese meist arbeitsamen, rührigen und ungemein anspruchslosen Juden wären die dankbarsten und friedlichsten Bürger unter einer vernünftigen Verwaltung. Wie sehr sie wirtschaftlich ein Segen für das Volk sein können, das beweist der Umstand, daß Moskau industriell durch die Ausweisungen der Juden in den letzten Jahren stark gelitten hat, während Lodz, wohin sich viele der Ausgewiesenen zogen, einen nie geahnten Aufschwung nahm. Die Handelsgeschäfte der Juden, die Fabriken der griechisch-orthodoxen Russen und die staatlichen Banken stehen in enger wirtschaftlicher Verbindung miteinander, so daß jeder Schlag auf der einen Seite gleichzeitig auf allen anderen Seiten empfunden wird. Das ist klar für jeden, der nur einiges Verständnis für Fragen der Volkswirtschaft besitzt.

Schon der bekannte russische Schriftsteller Subotin hat den Finger auf die Wunde gelegt, indem er schrieb:

„Die Juden scheuen sich also durchaus vor keiner physischen Arbeit und stellen nicht weniger als ¾ Millionen unmittelbar produktive Arbeiter! Aber all ihr Fleiß, alle ihre Anstrengungen nützen ihnen nichts gegenüber den sie ruinierenden Maigesetzen, die ihre Bewegungsfreiheit einschränken, ihnen den Aufenthalt in dem größten Teile Rußlands verbieten, sie aus allen Dörfern vertreiben und ihnen das Wohnen 50 Kilometer rund um die Grenze erschweren. Schon 1887 hat die bekannte Pahlensche Kommission offiziell feststellen müssen, daß 90 Prozent aller Juden in größter Armut und von der Hand in den Mund leben müssen. Seit dieser Zeit hat sich die Situation noch wesentlich verschlimmert. Bis 1890 galten die 25 Gouvernements des Ansiedelungsrayons als ein Gebiet, das im raschen Aufblühen begriffen war. Die Erträgnisse aus den Steuern waren verhältnismäßig größer, die rückständigen Steuern geringer, die Provinzial- und Kommunalsteuern wesentlich höher und die in den Dörfern aufgespeicherten Getreidevorräte für den Fall einer Mißernte weit reichlicher, als im übrigen europäischen Rußland. Auch der sittliche Zustand der Bevölkerung war in den Ländern des Ansiedelungsrayons ein weit höherer, als in den 35 Gouvernements des übrigen europäischen Rußlands. Das Verbrechertum war wesentlich und die Trunksucht gar um das Vierfache geringer als im Innern Rußlands. Jetzt haben sich alle diese schönen Umstände wesentlich verschlechtert. Mit der Austreibung der Juden aus dem Innern Rußlands sind die Handelsbeziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie des Reiches sehr zurückgegangen, die Verdrängung der Juden aus den Dörfern hat die Bauern einer Anzahl christlicher Vampyre ausgeliefert, die, auf ihr Christentum fußend, und ohne die jüdische Konkurrenz, den Bauern das Leben geradezu unerträglich machen. Das ist der Segen der Maigesetze!"

Auf den Wucher in Rußland kommen wir noch zu sprechen, und wollen hier nur noch einmal kurz feststellen, daß die Verteilung der

in armen Städten zusammengepferchten Juden auf das ganze große Reich der erste Schritt zur Gesundung wäre. Aber die Regierung will gar nicht aus den Juden gute Bürger machen, — sie will sie los sein. Das ist ihr System, und alle ihre Maßregeln passen ausgezeichnet in dieses unselige System hinein. Selbst die Pogrome[2]) und die Bildung von Banden der „schwarzen Hundert", der Verein der „echtrussischen Leute" sind alles nur Glieder in der Kette der systematischen behördlichen Unterdrückungsmethode. Pobjedonoszew war der Erfinder und Plehwe und seine Helfershelfer und Nachfolger die Vollzieher dieses Systems. Das Ziel ist, die Juden, die erstens nicht griechisch-katholisch sind und zweitens nicht den Fatalismus und die Trägheit des Slawen besitzen, die also ein gärendes, denkendes Element bilden und der Reaktion das größte Hindernis sind, unschädlich zu machen, das heißt solange zu quälen und ihnen das Leben zu verkümmern, bis sie sich entschließen, das heilige Rußland zu verlassen.

„Verband des russischen Volkes.

Der Verband des „russischen Volkes" wurde im August 1905 ins Leben gerufen, kurz nachdem Minister Bulygin sein Projekt einer Konstitution veröffentlicht hatte; er wurde mit dem bestimmten Ziel zu schaffen, gegen die Konstitution zu kämpfen. Die Initiative zur Gründung des Verbandes gaben hochgestellte russische Bureaukraten; den Kern der Gründungsvereinigung bildeten Graf Ignatiew, der später von einem Terroristen in Twer getötet wurde, der ehemalige und wahrscheinlich zukünftige Minister Durnowo, der „Admiral zu Lande" Dubassow, der Besieger Moskaus im Dezember 1906; zum geistigen Oberleiter schwang sich aber bald Herr Purischkewitsch auf, während der Mönch Heliodor, wie Maxim Gorki seinerzeit in der „Neuen Freien Presse" in einer ausführlichen Darlegung der Gründungsgeschichte des Verbandes kundgab, und Kruschewan die eigentlichen Organisatoren der späteren Pogrome waren. Wie sich diese Herrschaften selbst einschätzten, dafür nur einige wenige Beispiele nach dem Quellenmaterial Gorkis:

Herr Purischkewitsch, Präsident des Verbandes, äußerte einem Interviewer des „Ssewerny Kawkas" gegenüber:

„Leider sind unter den Führern unseres Verbandes wenig anständige Menschen."

Dasselbe sagt ein in der „Rußkoje Snamja" abgedruckter Brief von dem Agitator des Verbandes, dem Mönch Heliodor:

„Heliodor ist — verrückt!"

Der Mönch Heliodor, der im Verband eine sehr große Rolle als öffentlicher Prediger der „Intelligenz"vernichtung spielt und gelegentlich die Notwendigkeit, Graf Witte wegen Verrats zu hängen, betonte, sagt über die Mitglieder des Verbandes:

„Herzlose Egoisten, wilde Tiere, elende Streber, gewissenlose Betrüger, die reinen Tiere . . ."

---

[2]) Siehe das umfangreiche, auf amtlichen Quellen beruhende Werk „Die Judenprogrome in Rußland", das 1910 im Jüdischen Verlage in Köln erschienen ist.

Man beachte, daß das alles die eigenen Worte der Herren Verbandsmitglieder sind.

Ich glaube, daß diese Leute einander kennen, und wir müssen ihnen glauben, wenn sie einander so offen charakterisieren."

Ein vernichtendes Urteil über die Schandtaten der „schwarzen Hundert" und der feilen Justiz, die die Mörder von Kischinew und den anderen Pogromorten meist freisprach oder mit lächerlich geringen Strafen davonkommen ließ, hat Fürst Urussow, der frühere Gouverneur, Unterstaatssekretär und Dumaabgeordnete in seinen 1907 erschienenen Memoiren ausgesprochen.

Und alle diese „wilden Tiere" werden als die einzig zuverlässigen Stützen des Thrones anerkannt. Am Hofe, im Palais des Zaren, ist nämlich der eigentliche Sitz der wütenden Judenhasser. Der Zar Nikolaus selber begünstigt die „patriotische" Betätigung des Verbandes der „echtrussischen" Leute, die ihrerseits wieder die „schwarzen Hundert" ausrüsten mit dem Befehl, die Hooligans und dunklen Massen der Armen in den Städten zu Kundgebungen und Gewalttätigkeiten gegen die Juden zu organisieren. „Nichts ist," schrieb der russische Schriftsteller Alexander Ulav in der „Neuen Rundschau", „bezeichnender für den Seelenzustand Seiner Majestät, als die Bemerkung, die er nach achttägiger Ueberlegung an den Rand des Plehweschen Gesetzentwurfes über Ausweisung der Juden aus Sibirien schrieb (1902): Zar Nikolaus II.

„Die Juden, die ihre gesetzliche Aufenthaltszone verlassen, überschwemmen alljährlich ganze Distrikte in Sibirien mit ihrer widerlichen Gegenwart; mit diesem unerträglichen Zustande muß aufgeräumt werden."

Man sieht, die „schwarzen Hundert" haben an dem Zaren selbst die stärkste Stütze für ihre verbrecherischen Gewalttätigkeiten.

Einen Rückhalt hatte der Zar an der Zarinmutter und dem ermordeten Großfürsten Sergius, denen von schuldbewußten Leuten eingeredet worden war, jüdische Lieferanten hätten die Niederlagen der Russen im türkischen Krieg verschuldet. Uebrigens hat auch der bekannte russische Freiheitskämpfer Wladimir Burzew in einem Vortrag (erschienen in der Demokratischen Verlagsanstalt, Berlin 1909) erzählt, daß er mit eigenen Augen eine geheime Denkschrift des Ministers des Innern an den Zaren gesehen hat, in der dieser bis in die kleinsten Details hinein über alle Tatsachen des russischen Lebens unterrichtet wurde.

Dieses kaiserliche Memorandum, das nur in einer Niederschrift vorhanden ist, enthält Aufsätze, die von seinen Ministern unterzeichnet sind, und Randnoten in des Zaren eigener Handschrift. Der Kaiser wird hier darüber informiert, wie die Geheimpolizei mit Hilfe von agents provocateurs erfolgreich den einen oder anderen revolutionären Plan vereitelt hat. Des weiteren wird mitgeteilt, wie zahlreiche Haussuchungen Verhaftungen, Verhöre und all die anderen Schrecken der Unterdrückung ordnungsgemäß durchgeführt worden sind, wie Unschuldige im Gefängnis schmachten und endlich ihr Leben mit Selbst-

mord beschließen. Von alledem ist der Zar bis in die genauesten Einzelheiten unterrichtet. Mit unvergleichlichem Zynismus wird der Zar über all die Verbrechen der geheimen Polizei unterrichtet, der die ganze intellektuelle Bevölkerung Rußlands auf Gnade und Ungnade überantwortet ist. Der Zar weiß alles. Und obwohl er es weiß, wünscht er keine Aenderung. Man hat also das Recht, zu behaupten, daß er nicht nur die gesamte Tätigkeit seiner Bureaukratie billigt und mit seiner kaiserlichen Macht schützt, sondern auch, daß er selbst ihre Arbeit vorbereitet und dirigiert . . .

Die Leser werden uns eine eingehende Schilderung der furchtbaren Pogrome von Kischinew, Mohilew, Homel, Odessa, Bjelostock erlassen. Wir dürfen daran erinnern, daß nicht nur in den meisten Großstädten des Kontinents (auch in Amerika) Personen aus allen Schichten der Bevölkerung, Geistliche beider Konfessionen in Riesenversammlungen gegen diese Kulturschmach einmütig protestierten (in Berlin, Frankfurt a. M. und Stuttgart traten die leitenden Männer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus an die Spitze der Bewegung), daß auch angesehene katholische Organe, wie die „Köln. Volks-Zeitung", Aufrufe zur Sammlung von Gaben zur Linderung der Not der armen unglücklichen Opfer dieser unerhörten Missetaten veröffentlichten, daß der Großherzog von Baden, der Großherzog von Hessen und Angehörige des bayerischen Königshauses durch namhafte Spenden ihre Teilnahme für die Opfer in Kischinew bekundeten, und daß das Organ der Reichsregierung, die „Nordd. Allg. Ztg.", eine hochoffiziöse Note veröffentlichte (24. 6. 1909), in der es u. a. hieß:

Die „Nordd. Allg. Ztg." über die Pogrome.

„Was sich in Bjelostok, einer kleinen Industriestadt Russisch-Polens, zugetragen, hat die zivilisierte Welt mit schreckensvoller Teilnahme verfolgt. Der Hergang ist aus den Telegrammen bekannt. Wir im Westen stehen staunend vor derartigen Ausbrüchen sinnloser Wut. Aus unseren gänzlich anders gearteten Verhältnissen heraus vermögen wir nur schwer zu verstehen, wie solche Dinge begründet sind, und wie sie sich überhaupt ereignen können. Nicht nur im Interesse der Zivilisation, auch in dem einer gedeihlichen Entwicklung des so schwer heimgesuchten russischen Reiches sind diese Vorgänge sehr zu beklagen."

Die russische Regierung, den Monarchen an der Spitze, hat freilich dieser Protest der Kulturwelt ziemlich kalt gelassen. Die Gewährung einer Konstitution durch die Errichtung der Duma war ja nur eine Scheinkonzession, da der Monarch sich das Recht vorbehielt, jeden Augenblick diese Konzession an das konstitutionelle Prinzip wieder rückgängig zu machen. Die erste Duma war wohl dem Zaren vornehmlich auch deswegen zu revolutionär, weil sie mit der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Juden Ernst machen wollte; deswegen wurde sie nach Hause geschickt, obwohl im ganzen nur ein Dutzend Juden in ihr saßen[3]),

[3]) Von den zwölf Juden der ersten Duma gehörten zehn zu den Kadetten und zwei zu den Trudowiki und nicht einer zu den eigentlichen revolutionären Parteien, und von den vier Juden der zweiten Duma waren wiederum drei Kadetten und nur ein einziger Sozialdemokrat.

darunter nur einer auf den Bänken der Sozialdemokraten. Die zweite Duma zeigte schon ein wesentlich reaktionäreres Gesicht, und mit der dritten Duma konnte Herr Stolypin, der durch seinen Geheimerlaß (Juli 1911) gegen die Juden, denen der staatliche Kredit entzogen werden sollte, sich als Antisemit vom reinsten Wasser gezeigt hat, schalten und walten wie er wollte, da er jeden Augenblick das Fallbeil der Auflösung auf Nimmerwiedersehen auf sie herabsinken lassen konnte. Die ausschlaggebende Oktobristenpartei, die in ihrem ursprünglichen Programm die Gleichberechtigung der Juden verfocht, hat sich unter dem Druck der Abgeordneten von rechts immer mehr zu einer antisemitischen gemausert. Die zwei jüdischen Dumadeputierten, welche die fünf Millionen Juden Rußlands vertreten, sind geradezu in einer qualvollen Lage. So oft einer von ihnen das Wort ergreift, um die verlogensten Behauptungen richtigzustellen, werden sie in der rohesten Weise von der Rechten und der Tribüne beschimpft. Der Präsident hat gegen ironische und beleidigende Zurufe wie „Jüdchen" nicht das mindeste einzuwenden. Die Ermordung des kadettischen jüdischen Abgeordneten Herzenstein durch Mitglieder der schwarzen Hundert hat ebenfalls nur zu einer ekeln Prozeßfarce geführt; dem intellektuellen Urheber der Schandtat ist kein Finger gekrümmt worden. Selbst die „Kreuz-Ztg." (1908) führte über das Schreckensregiment der „wahrhaft russischen Leute" lebhafte Klage, die „Leute, die in jedem anderen Staate für stark konservativ gehalten würden, zu Revolutionären stempeln", die jeden „für einen gefährlichen Roten erklären, der sich nicht ihre allein seligmachende Lehre zu eigen macht". Ihre schikanösen Polizeimaßregeln seien nur geeignet, „Haß und Erbitterung zu säen und Scharen von Juden ins revolutionäre Lager zu treiben, während doch auch unter ihnen, besonders unter den strengrituellen, konservative Elemente nicht fehlten." Die Duma.

Bei dieser Gelegenheit sei auch gleich die tendenziöse Behauptung von dem Ueberwuchern jüdischer Elemente unter den Propagandisten der Tat richtiggestellt. Aus einer offiziellen Quellen entnommenen und die Konfession ausdrücklich verzeichnenden Namensaufstellung der Personen, welche an den hauptsächlichsten Dynamitverschwörungen in Rußland gegen die drei Zaren Alexander II. und III. sowie Nikolaus II. teilgenommen haben, geht hervor, daß nur eine Jüdin, die Helfmann, die indessen nur das Werkzeug ihres mitverschworenen Geliebten Sabline gewesen sein dürfte, sich unter den zwölf Verschwörern befand, die den Tod Alexanders II. herbeigeführt haben. Während der sechsundzwanzig Regierungsjahre Alexanders II. kamen sechs Attentate vor. Sämtliche zwölf Beteiligte waren griechisch-katholisch. Das Leben Alexanders III. war ebenfalls zweimal bedroht. Die zwei Lokomotivführer, welche nach dem Attentat bei Borki verschwanden, und die zwei in das Petersburger Attentat verwickelten Personen waren griechisch-katholisch. Auf den jetzigen Zaren, **Der Anteil der Juden an der revolutionären Propaganda.**

als er noch Kronprinz war, wurde einmal ein Attentat gemacht, und zwar von einem Japaner.

Sonach befindet sich unter den neunundzwanzig Personen, die versucht hatten, den gegenwärtigen Kaiser bezw. seinen Vater und Großvater zu ermorden, nicht ein Jude und nur eine einzige Jüdin, von der es noch fraglich ist, ob sie sich durch politische Beweggründe hat beeinflussen lassen.

Von den Angeklagten der 369 politischen Prozesse, welche im Jahre 1905 in Petersburg verhandelt wurden, gehörten 62½ pCt. dem Bauern-, 27½ pCt. dem Mittelstande, der Rest anderen Berufsklassen an. Während der zehn Monate vom 23. November 1905 bis 23. August 1906 sind in Rußland nicht weniger als 12 694 politische Verbrecher meist nach Ostsibirien verbannt worden. Unter ihnen befanden sich nur 972, d. h. kaum 7,65 pCt., Juden. Wenn der antisemitische Schriftsteller Prosoroff im „Tag" aus den Angaben von E. M. Tarnowsky (Journal des Justizministeriums, April 1906, S. 50 ff.) ebenfalls für die Juden ungünstige Schlüsse zieht, so verschleiert er den wahren Sachverhalt. Schon die Ueberschrift in diesem amtlichen Material besagt, daß es sich um „Angeklagte" handelt, und zwar um solche, gegen die nur die Voruntersuchung eröffnet ist. Tarnowsky hebt das immer erneut hervor; im „Tag" aber schreibt Herr Prosoroff: Die Juden „stellen 21,9 pCt. der politischen Straftäter". Der Unterschied zwischen Angeklagten und Straftäter ist selbst Laien klar genug. Tarnowsky führt schließlich noch besonders aus:

„In Analogie mit der allgemeinen Zahl der Angeklagten ist anzunehmen, daß die eine Hälfte der im Stadium der Voruntersuchung schwebenden Verfahren aus verschiedenen Gründen ganz eingestellt wird; von den übrigen wird ein Drittel freigesprochen, und nur ein Drittel von den zur Voruntersuchung Herangezogenen dürfte schuldig erkannt werden."

An allen bedeutenden Attentaten seit der Ermordung Bogoljepoffs war nur ein einziger Jude, und zwar Sikorski, beteiligt.[4]) So sieht die antisemitische Fabel von der überwiegenden Anteilnahme der russischen Juden an der Revolution in statistischer Beleuchtung aus. Man muß dabei ferner noch berücksichtigen, daß eine große Anzahl jener jüdischen „Revolutionäre" tatsächlich mit der Revolution nicht das Geringste zu schaffen hatten, sondern von erpresserischen Beamten, deren Habgier sie nicht befriedigen konnten, dessen bezichtigt wurden, oder dafür büßen müssen, daß sie während der Pogrome ihren bedrohten Glaubensgenossen beistanden.

---

[4]) Hierzu kommt noch aus allerneuester Zeit das Attentat in Kiew im September 1911, dem der Ministerpräsident Stolypin zum Opfer fiel; es wird aber wahrscheinlich für immer in Dunkel gehüllt bleiben, in wessen Auftrage der Attentäter und hervorragende Polizeispitzel Bagrow, dessen Großvater schon zum Christentum übergetreten war, gehandelt hat. Selbst antisemitische Zeitungen machten sehr deutliche Anspielungen, daß Bagrow das Werkzeug der Gegner Stolypins von der äußersten Rechten gewesen sei.

Die Juden im russischen Heere.

Nicht minder haltlos ist die Behauptung, daß die Juden sich in ihrer großen Mehrzahl dem Heeresdienst entzögen. Die Juden werden in Rußland getrennt von der christlichen Bevölkerung zum Militär eingezogen, und jede jüdische Gemeinde muß, entsprechend der Zahl ihrer Einwohner, ihre Soldaten stellen. Wenn also einige Juden flüchtig werden, so müssen andere Juden, aber niemals Christen für sie eintreten. Tatsache ist, daß die russischen Juden in der ersten Reihe standen, auch dort, wo es sich um die Blutsteuer handelt, um die Pflicht, für den russischen Zaren und das Vaterland zu sterben. 15 000 Juden lagen, wie Prof. Reusner, der bekannte russische Freiheitspolitiker, in Versammlungen in Deutschland wiederholt erklärt hat, regungslos in der Mandschurei, zu der ihnen der Zutritt sonst ausdrücklich verboten ist; 15 000 Juden lagen verwundet und krank in den Militärhospitälern, zum Ruhm der russischen Waffen. Mehr als 30 000 Juden haben ihr Leben und ihre Gesundheit für die Unantastbarkeit des Landes hingegeben, in das ihnen der Zutritt verboten ist. Tausende jüdischer Aerzte wurden zur Rettung der russischen Soldaten gebraucht, verließen ihre Frauen und Kinder und gaben sich dem aufopfernden Dienst eines Militärchirurgen hin. Selbst der Kriegsberichterstatter des Hauptorgans der russischen Antisemiten, der „Now. Wremja“, schreibt in seinem Buche „Die Wahrheit über den Krieg“, S. 232, über die jüdischen Soldaten:

„Nicht wenige von ihnen haben sich während dieses Krieges prächtig ausgezeichnet, als tapfere und überlegende Soldaten. Nicht wenige wurden von ihnen mit dem Georgskreuz geschmückt; viele tragen zwei und drei solche Kreuze an der Brust! Man beachte, daß dies Ehrenzeichen durch Stimmabgabe der Mannschaften einer Kompagnie und nicht durch die Vorgesetzten vergeben wird! Und wie werden die Juden von den andern Soldaten geliebt. Auch die Offiziere konnten sie nicht genug loben. Beim russischen Soldaten gibt es weder nationalen, noch religiösen Fanatismus.“

In der Duma sind die kadettischen christlichen Abgeordneten Nisselowitz und Roditschew im Jahre 1908 den antisemitischen Verleumdern kräftig entgegengetreten. Wie es mit der angeblichen böswilligen Entziehung der Juden vom Militärdienst aussieht, zeigt eine lehrreiche Statistik, die Nisselowitz aufstellte und deren Richtigkeit von mehreren Dumamitgliedern konstatiert wurde. Diese Statistik beweist, daß die Juden in erheblicherem Umfange ihre Militärpflicht erfüllen, als es das Gesetz erfordert. Nach den Feststellungen der Volkszählung von 1907 bildeten die Juden 4,13 pCt. der s Gesamtbevölkerung Rußlands. Wenn man diesen Prozentsatz auf die Rekrutenaushebungen von 1902 und 1903 anwendet, so ergibt sich, daß die Juden mehr Rekruten lieferten, als man von ihnen verlangen durfte. Die Leser werden uns die Wiedergabe der von dem Redner verlesenen amtlichen Tabelle erlassen. Der Abg. Pergamenter konnte sich auch auf ein Gutachten des Oberbefehlshabers, des Großfürsten, berufen, das im

Regierungsblatt vom 6. Dezember 1875, Nr. 271, abgedruckt war, ferner auf ein Gutachten des Regierungsanzeigers vom 6. Januar 1881 und auf ein Gutachten Kuropatkins, das im militärischen Sammelbuch vom Jahre 1883, Nr. 7, veröffentlicht worden ist. Diese Autoritäten, deren Aufrichtigkeit, Sachkenntnis und Unparteilichkeit niemand bezweifeln wird, haben die Tüchtigkeit der jüdischen Soldaten durchaus bestätigt. In einem vor 1½ Jahrzehnten erschienenen Sammelwerk „Die Juden in Rußland", in dem russische hervorragende Staatsmänner, höhere Offiziere, Verwaltungsbeamte, Bischöfe und Erzbischöfe, berühmte Schriftsteller und Vertreter der Presse ihr Urteil abgegeben haben, schreibt z. B. Fürst Wassiltschikow, der frühere Militärgouverneur von Kiew:

„Die Entfernung der Juden aus Kiew hat lediglich den Handel der Stadt gehemmt, dieser jedoch gar keinen Nutzen gebracht."

General Jermolw bekundet:

„Das jüdische Bataillon hat die Vorstadt Praga mit wahrer Tollkühnheit verteidigt."

Generalmajor Kuropatkin begutachtet:

„In der überwiegenden Mehrzahl haben sowohl Tataren als auch Juden ebenso zu kämpfen und zu sterben gewußt, wie die übrigen russischen Soldaten, und werden es in Zukunft ebenso halten, sofern nur die richtigen Führer an ihrer Spitze stehen."

Der „jüdische Wucher".

Und nun das Glanzstück der antisemitischen Verleumder: der jüdische Wucher! Alle objektiven Beurteiler der russischen Agrarverhältnisse aus aller Herren Ländern stimmen darin überein, daß der schlimmste Wucher in Rußland von höchst frommen Christen betrieben wird. In der Januarnummer 1904 von „The Monthly Review" veröffentlichte der hervorragende russische Nationalökonom Tugan Baranowski einen Artikel über den „Antisemitismus in dem gegenwärtigen Rußland". in dem es u. a. hieß:

„Es ist oft von dem jüdischen Wucherer die Rede, allein der Wucherer muß doch ein wohlhabender Mann sein — der arme jüdische Kolonist, der unter den kleinrussischen Bauern lebt, kann aber sicher keinen Kredit geben. Dagegen hört man in der Gegend, in der der Verfasser wohnt, viel von russischen Grundbesitzern, die Wucher treiben. Die meisten jüdischen Dörfler sind Kleinhändler, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der jüdische Zwischenhändler dem indolenten Bauern viel Mühe und Kosten erspart. Andere Juden sind Schneider, Schmiede usw. Die Austreibung derselben würde die Bauern in eine unbequeme Lage versetzen; letztere begreifen dies auch sehr wohl und sie sind nicht für eine Beschränkung der Ansiedelungsrechte der Juden."

In der „New York Evening Post" schilderte ein Schriftsteller Kellogg Garland seine Erfahrungen folgendermaßen:

„Die russischen Reaktionäre bestürmen die ohnehin nicht judenfreundliche Regierung, den russischen Juden ja keine Erleichterung zu gewähren, ihnen namentlich nicht zu gestatten, auch in den bisher judenfreien Distrikten zu wohnen, angeblich, weil sonst die Gefahr drohe, daß die Bauern von den Juden ausgebeutet und durch Wucher ausgepowert werden. Nun herrscht zurzeit in etwa 27 russischen Provinzen, in welchen 30 Millionen Menschen wohnen, in welchen aber Juden nicht wohnen dürfen, die furchtbarste

Hungersnot. Die armen Menschen müssen ihr Vieh und ihr Ackergerät verkaufen, nähren sich von Gras, verkaufen selbst Frauen und Töchter, kurz, es ist eine himmelschreiende Not. Wer bewuchert diese Aermsten der Armen? Gutsbesitzer und Popen. Sie lassen sich bis zu 300 Prozent geben. Sechs Bauern hat ein Pope 200 Mark geliehen, wofür er sich 6 Morgen Landes auf 16 Jahre verschreiben ließ. Danach scheint es fast, als ereiferten sich die Herrschaften gegen den Zuzug von Juden, weil sie deren Wettbewerb befürchten."

Graf Tischkewitsch, das Haupt eines der bekanntesten und ältesten litauisch-polnischen Adelsgeschlechter hat in der Warschauer Zeitung „Wiek" über die Veranlassung der judenfeindlichen Bewegung in Rußland u. a. geschrieben:

„Die christlichen Geschäfte unseres Landes mit der Aufschrift „Im Namen Gottes" verkaufen minderwertige Waren um teures Geld, oder, was noch schlimmer ist, mit doppelter Rechnung. Der christliche Handwerker arbeitet nachlässiger und teurer als der jüdische; der christliche Agent erfüllt die Aufträge seines Mandanten niemals so schnell und geschickt wie sein jüdischer Konkurrent. Wer ist wohl daran schuld, daß unsere Juden das ganze Geschäft in Händen haben? Der jüdische Kaufmann, der besser zu handeln versteht, oder der christliche Kaufmann, der dafür, daß er überhaupt existiert, doppelte Rechnungen ausschreibt? Der jüdische Branntweinhändler oder der christliche Branntweintrinker? Der Jude, der sich mühsam sein Geld verdient oder der „Herr Gutsbesitzer", der das Geld leichtsinnig auf Pump nimmt?"

Auch Hugo Ganz schildert den russischen Wucherer in seinen bereits erwähnten Essais als einen schmutzigen Geizhals:

„Der russische Wucherer braucht kein Erbarmen zu kennen, weil er seinem Opfer gelassen den Acker wegnimmt und entweder verpachtet oder mit Nutzen wieder verkauft oder auch seinem eigenen Grund und Boden zufügt. Denn ein großer Teil der russischen Wucherer gehört der Gilde der Dorfwucherer an. Diese Leute beeinflussen mit ihrem Gelde die subalternen Behörden; die großen Spekulanten aber, die Wuchermillionäre von Moskau und Petersburg, die gleichfalls die billiger arbeitende jüdische Konkurrenz zu befürchten hätten, sind mächtig genug, auch Senatoren und Minister nach ihren Wünschen zu beeinflussen. So ist der russische Wucherer der erste Ankläger und Feind der Juden."

Doch wir können auch noch mit weiteren Zeugnissen über den russischen Wucherer aus dem antisemitischen Lager aufwarten. In einem Artikel der „Zeitfragen" (Nr. 11, Jahrg. 1908), der Feuilletonbeilage der agrarischen „Deutschen Tages-Ztg.", verbreitete sich auf Grund langjähriger persönlicher Erfahrungen Edmund Schmidt-Odessa über die gegenwärtige Lage der deutschen Grundbesitzer in Südrußland. Der Verfasser ist ein strammer Antisemit, und der Artikel verfolgte offensichtlich die Tendenz, gegen die jüdischen Händler scharf zu machen. Er schrieb u. a.:

„Deutsche Unternehmer kauften Land, nicht um es zu bewirtschaften, sondern um am Weiterverkauf zu gewinnen. Das Land wurde lebendig, und es entstand eine Gutsbesitzerwanderung, wie sie Deutschland wohl nie gesehen hatte. Die Landpreise stiegen in 10—15 Jahren auf das Doppelte und Dreifache. Es wurden schon 250 Rubel für die Deßjätine bezahlt, als die Krisis eintrat. Ein jeder Bauer wollte jedem seiner Söhne — und deren waren nicht selten vier, sechs und noch mehr — mindestens ebensoviel Land mitgeben, als er selbst besaß. „Die Kinder etwas lernen

lassen? Fällt mir nicht ein. Ich geb' meinen Buben Land, das ist besser." Wenn man nur eben die Notariatsgebühren bezahlen konnte, so wurde gekauft. Auch Gesellschaften taten sich zusammen zu gemeinsamem Kaufe."

Also nicht „der Jude", sondern die deutschen Ansiedler waren nach dem unanfechtbaren Zeugnis dieses Sachverständigen diejenigen, welche den Güterhandel en gros betrieben; der Jude, der selbst kein Land erwerben durfte, war aber als Geldgeber willkommen. Auch über den Verdienst der Großpächter und über die Unbeliebtheit der Deutschen erzählte Herr Schmidt interessante Einzelheiten:

„Das Pachtsystem entwickelte sich in den letzten 10 Jahren zum Raubsystem. Ein Landstück ging manchmal in drei, vier Hände, bis es an den kam, der es bebaute. Ich weiß einen Fall, daß ein Landgut von 15 000 Deßjätinen im ganzen von einem deutschen Gutsbesitzer gepachtet wurde zu 6 Rubel die Deßjätine. Das Ganze gab er an einen Zweiten ab für 9 Rubel die Deßjätine; dieser gab's an den Dritten für 11 Rubel und dieser an den Vierten für 12 Rubel 70 Kopeken. Dieser letzte ließ es durch einen Juden verwalten. Diese einzelnen Auswüchse machen das böse Blut, unter dem alle zu leiden haben. Sie schufen den ersten allgemeinen schlimmen Haß der Russen gegen die Deutschen. . . . Wenn aber sein (des russischen Bauern) Leichtsinn und seine Armut von den Deutschen oder von den Juden im Namen der Deutschen ausgenutzt und ihm der letzte Blutstropfen ausgepreßt wurde, dann wurde er böse, und mit Recht. Diese Blutsauger sind schuld, daß in dem aufrührerischen Jahre mancher deutsche Gutshof abgebrannt wurde."

Hier wurde also von einer über jeden Verdacht der „Judendienerei" erhabenen Seite mit dürren Worten anerkannt, einmal, daß die deutschen Ansiedler die Hauptbodenwucherer sind, und weiter, daß die Juden in den meisten Fällen den Prügelknaben für die Sünden ihrer christlichen Auftraggeber abgeben mußten.

„Staatsb.-Ztg." über Korruption.

Ueber die Korruption im russischen Beamtenkörper sind schon Ströme von Tinte verschrieben worden. Selbst der „Staatsb.-Ztg." wurde in letzter Zeit (25. 5. 1910) angst und bange um ihre braven Schützlinge vom „Verbande echt russischer Leute", und sie stöhnte infolgedessen (22. 5. 1910):

„Die „Senatorenrevisionen" in allen Provinzen und allen Ressorts fördern eine ungeheure Korruption zutage, hekatombenweise müssen Beamte geopfert werden. . . . Ein wahrer Augiasstall ist in Russisch-Zentralasien von dem Senator Grafen Pahlen aufgedeckt worden, aber davor ist man bis in die höchsten Kreise hinein so erschrocken, hat man so die Unmöglichkeit der Reinigung eingesehen (denn buchstäblich alle stecken dort im Unrat), daß Pahlens Bericht „den Archiven einverleibt", d. h. in einem Aktenschrank begraben werden soll. Die schlimmsten Auswüchse wird man gelegentlich beseitigen, das Rassenübel aber bleibt bestehen. Kaiser Nikolaus I. sagte einmal zu seinem Staatsminister: „Ich kenne in meinem Reiche nur zwei Leute, die nicht stehlen," (hier verbeugte sich die Exzellenz geschmeichelt), „der eine das bin ich und der andere das ist mein Sohn!" Exzellenz ward rot und verstummte."

Also das „Rassenübel" ist nach Ansicht der „Staatsbürger-Ztg." an der ganzen moralischen Fäulnis des russischen — notabene absolut

judenreinen — Beamtenkörpers schuld! Früher aber hieß es in der antisemitischen Presse immer, die Juden seien das größte Uebel für den russischen Staat. Nun hören wir, daß das Russenvolk an seinen eigenen Rassendefekten unheilbar zugrunde geht. Wir schließen hieran noch folgenden Stoßseufzer der „Deutschsoz. Bl.", des Organs der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg. Auf die Frage: Wer sind die Träger der Korruption in Rußland? konnte man nämlich in diesem Blatt (21. 12. 1910) folgende Antwort lesen: „Deutschsoz. Bl.". über Korruption.

„Daß eine jede Herrschaft von ihren Dienstboten bei allen Einkäufen betrogen wird, dafür sorgen die auch aus dem Bauernstande emporgekommenen Kleinkrämer und Viktualienhändler."

„An zweiter Stelle nach den Bauern sind die Beamten zu nennen. Was ersteren das „herrschaftliche Gut" ist, ist für den letzteren das „fiskalische Gut" (kasennoje dobro), der große Staatssäckel, aus dem der pfiffige Spartaner stehlen kann, so viel er will, wenn er nur nicht ertappt wird."

„Das Schlimmste bei allem: Betteln und Stehlen ist keine Schande. Wenn der Bauer und seinesgleichen im Gutsforst Holz oder vom Toilettentisch einen Schmuck stiehlt, so gilt er unter den Seinen als Held, als forscher Kerl mit goldener Zukunft. Wie der Dirne das Schamgefühl, so fehlt ihm der Ehrlichkeitsbegriff."

Zum Schlusse hieß es:

„Der russische Kaufmann kennt die Ehrlichkeit auch nicht. Wie mancher biedere deutsche Kaufmann und Handwerker, der mit seinen Handels- und Handwerkssitten in Petersburg ein Geschäft gegründet, ist bankerott gegangen, weil er mit Treu und Glauben arbeiten wollte. Der russische Kaufmann und Handwerker bedauert und verspottet ihn als Dummkopf. Der ganze russische Handel beruht auf Betrug, auf Uebervorteilung. Damit rechnen die ausländischen Kaufleute in Rußland. Orientalisch wird gefälscht, geschachert, „angeschmiert". Der betrügerische Beamte prahlt mit seiner Findigkeit. Wird das Gewissen doch gerührt, so wird der Kirche reichlich gespendet, und die Absolution ist da."

Wo bleibt nun eigentlich der russische Jude, der nach antisemitischer Darstellung doch den Inbegriff alles Schlechten darstellt? Das antisemitische Blatt stellte sämtliche Typen von Gaunern und Betrügern in Rußland zusammen — und allesamt sind es fromme griechisch-katholische Christen und unverfälschte Angehörige der slavischen Rasse.

Kann es angesichts dieser zum Himmel schreienden Korruption und Demoralisation der „wahrhaft russischen" Gesellschaftskreise wundernehmen, wenn die Elite der russischen Geistesaristokratie sich mit Abscheu von diesem Treiben ihrer Stammesgenossen wendet, wenn ein Turgeniew in einem Brief an einen Freund in die schmerzliche Klage ausbricht: Turgeniew.

„Was kann die vereinzelte Stimme irgendeines beliebigen „gebildeten" Mannes hier gelten? „Nowoje Wremja" wird spucken und dir vorwerfen, daß du dich zieren willst oder das Gerücht verbreiten, daß die Juden dich gekauft haben. Es bleibt uns nur noch übrig zu erröten, zumal hier in Europa, zu erröten für uns selbst, für unser Vaterland, unser Volk und zu schweigen."

M. Gorki. Maxim Gorki erklärte in einem Schreiben an den New Yorker „Vorwärts“ (13. 4. 1906):

„Der Antisemitismus in den russischen Massen ist lediglich die Folge von Mißverständnissen und Unwissenheit. Sie kennen einfach die Wahrheit nicht. Sie sind mißleitet. Ueberall werden ihnen alle Arten falsche Vorstellungen beigebracht. Die russischen Antisemitenführer dürfen nicht in einen Topf geworfen werden mit den antisemitischen Führern beispielsweise in Deutschland und Frankreich. Diese sind politische Schwindler, die ihre eigenen Interessen verfolgen. In Rußland dagegen sind die Führer nichts weiter als Spitzel, Agenten der Regierung, die Unruhen hervorrufen, um der Regierung in der Niederwerfung der Revolution behilflich zu sein.“

Noch in aller Erinnerung ist der prächtige Aufruf des verstorbenen Philosophen von Jasnaja Poljana anläßlich der letzten Pogrome: „Ich kann nicht schweigen“, und die edle Entrüstung, Graf Tolstoi. die aus der Unterredung Leo Tolstois mit dem R.-A. Tenerowo-Elisabethgrad (wiedergegeben im Pariser „Siècle“, 1906) über die unmenschlichen Grausamkeiten seiner Volksgenossen aufflammte:

„Seit den Schrecken der Sklaverei weiß ich nichts Furchtbareres als diese ruchlose, gegen ein ganzes Volk verübte Grausamkeit. Menschen wie Tiere in einem Käfig einsperren, sie mit schändlichen Ausnahmegesetzen absondern, sie durch gemeine und nach Bestechungen gierige Aufseher überwachen lassen, sie von jeder vernünftigen und legitimen Beschäftigung und namentlich vom Landbau wegdrängen, und alles dies zu tun einzig zu dem empörenden Zwecke, den Pöbel auf die Juden loszulassen, so oft dies für Petersburg dienlich erscheint, das ist genau dasselbe, was unter den römischen Cäsaren geschah, da die Bestien in den Zirkussen auf Verbrecher und Christen losgelassen worden sind. Das, ja das ist die Lage der Juden in Rußland.“

Prof. Reusner. Ja, Prof. Reusner, den wir schon zitiert haben, hat recht, tausendmal recht, wenn er in gerechter Empörung 1905 in deutschen Volksversammlungen erklärte: „Dieser schreckliche Schandfleck, der die Blätter der russischen Geschichte besudelt, kann durch nichts ausgelöscht werden und wird in alle Ewigkeit dort nicht verschwinden . . . Die Politik der russischen Regierung in der Judenfrage ist der Gipfel der Niederträchtigkeit, Verräterei und Bestialität.“

Seltsamerweise sind auch in Finnland, obwohl die Bevölkerung sich fortgesetzt über russische Unterdrückungsmaßregeln beklagen muß, antisemitische Aspirationen aufgetaucht. Die Juden sollten allmählich des Landes verwiesen werden, und Weihnachten 1908 sollte mit der Austreibung der Juden begonnen werden. Die finnischen Behörden gingen gegen die Juden mit einer Schärfe vor, die zu den Freiheitsbestrebungen der Finnländer in einem grellen Widerspruch stand. Da war es der unvergeßliche Dr. Th. Barth, der Vorsitzende des Abwehrvereins, der gegenüber diesem Akt des Barbarismus an das öffentliche Gewissen der gesamten Kulturwelt appellierte, und infolge seiner langjährigen freundschaftlichen Beziehungen mit englischen und amerikanischen Staatsmännern auch eine Parallelaktion in diesen Ländern erwirkte. Sein Appell an die Freiheitsfreunde aller Länder fand in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika ein starkes Echo. Die

„New York Times“, die „Washington Post“, der „Philadelphia Ledger“ und andere große amerikanische Blätter druckten den im „Berl. Tagebl.“ veröffentlichten Aufruf Dr. Barths ab, und dem Schwergewicht dieser ernsten internationalen Mahnung konnte sich die finnländische Regierung nicht entziehen. Sie versprach, die Aufenthaltsberechtigung der Juden auf gesetzlichem Wege zu regeln; eine entsprechende Vorlage ist jedoch bisher noch nicht im Senat zur Verabschiedung gelangt.

Rumänien.

In dem Bojarenstaate liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt wie im heiligen Rußland, insofern, als das Herrscherhaus[5]) — insbesondere die Königin Carola, die ja gelegentlich auch in „Judenblättern“, wie der „Neuen Freien Presse“, empfindsame Toleranzgedichte veröffentlicht — zweifellos den Juden freundlich gesinnt ist, während die herrschende Kaste der Bojaren und die Minister, gleichviel, ob ein konservatives oder liberales Ministerium gerade am Ruder ist — schon aus Gründen der Habsucht und des Eigennutzes die Juden in jeder Weise bedrückt und ihrer Erwerbstätigkeit Fesseln anzulegen sucht. Nebenher werden nirgends soviel Ritualmordlegenden in die Welt gesetzt wie gerade in Rumänien. Hier war auch noch bis zum Ende des vergangenen Jahres (1910), zu welcher Zeit der Kassationshof diesem Unfug ein Ende machte, der scheußliche Schwur more judaico in Kraft, der die Juden zwang, vor Gericht in der gleichgültigsten Sache nach einem mittelalterlichen Ritus zu schwören, d. h. in der Synagoge das ganze Totenzeremoniell zu erfüllen und die unerhörtesten Fluchformeln über sich ergehen lassen zu müssen. Viele Leute verzichteten auf ihr gutes Recht, nur um dieser Tortur aus dem Wege zu gehen.

Nun ist zwar seinerzeit im Berliner Vertrage die Rechtslage der Juden in Rumänien geregelt und in den Artikeln XLIX und XLV bestimmt worden, daß niemand in Rumänien auf Grund von Unterschieden der Religion und Konfession von der Nutznießung bürgerlicher und politischer Rechte ausgeschlossen werden darf. Um die Befolgung dieses Beschlusses bekümmert sich aber die herrschende Klasse in Rumänien nicht. Die Minister — mögen sie nun Bratianu oder Carpi oder Stourdza heißen — und das Parlament drehen dem Gesetz eine wächserne Nase, und wachen vor allen Dingen eifersüchtig darüber, daß man ihnen in die innere Gesetzgebung der Vertragsstaaten nicht hineinredet. Der Ministerpräsident Bratianu wies ja erst

---

[5]) Im April 1910 empfing König Karol eine Abordnung der rumänischen Juden unter Führung des Präsidenten der Bukarester israelitischen Kultusgemeinde in Audienz und nahm eine Denkschrift entgegen über die Lage der rumänischen Juden gegenüber den verschiedenen vom Parlament beschlossenen Gesetzen, wodurch ihnen mehrere bürgerliche Rechte genommen wurden. Der König sprach in Ausdrücken höchsten Lobes über die patriotische Haltung der eingeborenen Juden und hörte die Ausführungen der Abordnung mit großem Wohlwollen an. König Karl.

im März v. J. (1910) die Zumutung entrüstet ab, daß die Regierung sich in eine Polemik mit den außerhalb des Landes erschienenen Publikationen über die Judenfrage in Rumänien einlassen solle, da es gegen die eigne Würde und das eigne Interesse verstoßen würde, rein inneren Angelegenheiten des Landes in dieser Weise einen internationalen Charakter zu geben. Herr Bratianu lehnte es auch ab, für diejenigen, welche rumänische Bürger sind, Differenzierungen nach Abstammung und Glaubensbekenntnis zuzulassen.

„Rumänische Bürger", das ist der Angelpunkt der ganzen Judenfrage in Rumänien. Die Regierung erkennt nämlich in der Regel — von einigen Ausnahmen abgesehen — die Juden, auch wenn sie seit Generationen im Lande ansässig sind, nicht als „rumänische Bürger" an und behandelt sie wie die „fremdstammigen" Elemente. Prof. von Bar, der ausgezeichnete Staatsrechtslehrer und frühere freisinnige Parlamentarier, hat den Unsinn und die Heuchelei dieser Unterscheidung in einem trefflichen Essai in der „Revue de droit international" (Januar 1907) gekennzeichnet. Die Juden hängen in Rumänien einfach von dem Gutdünken der Regierung ab, die sie bald als Ausländer behandelt, bald als rumänische Staatsangehörige, namentlich wenn es sich um Besteuerung handelt, anerkennt.

Im Berliner Vertrage ist Rumänien verpflichtet worden, den Juden das Bürgerrecht zu gewähren. Und seit den dreißig Jahren, die dieser Vertrag besteht, hat Rumänien vielleicht ganzen fünfundzwanzig Juden das Bürgerrecht verliehen. Die übrigen im Lande lebenden etlichen hunderttausend Juden sind in dem Lande ihrer Geburt, in dem Lande, in welchem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten leben, gelebt und gelitten haben, „Fremde".

Wie liberale Ministerien gegen die Juden vorgehen, zeigt das letzte Schankgesetz im Jahre 1908. Die Regierung erließ ein Gesetz, daß Fremde keine Schankwirtschaft halten dürfen. Nichts Antisemitisches darin, nicht wahr? Da aber die Juden als Fremde gelten, so mußten die 2500 Juden, die Schankwirtschaften haben, diese aufgeben. Das Gesetz war, wenn auch noch nicht nominell, so doch ausschließlich gegen Juden gerichtet. Nun muß man sich noch die anderen Beschränkungen ins Gedächtnis zurückrufen, denen in letzter Zeit die rumänischen Juden unterworfen worden sind. In den Fabriken darf nur höchstens der dritte Teil aller in ihnen Beschäftigten Juden sein. Selbst in den industriellen Etablissements, die sich im Besitz von Juden befinden, darf nur der dritte Teil aller Angestellten Juden sein. Jüdische Studenten dürfen nicht in den Kliniken studieren, und wenn sie ihre medizinischen Studien vollendet haben, werden sie an der Ausübung ihres medizinischen Berufs gehindert. Auch das letzte Judengesetz des Jahres 1909 — euphemistisch „Gesetz zur Förderung der Nationalindustrie" genannt — schloß die Juden noch ausdrücklicher aus wie das alte, denn dort hieß es überall „Rumänen"; hier heißt es ausdrücklich „rumänische Bürger". Lang=

sam sind den Juden die verschiedensten Berufe gesperrt worden: sie dürfen nicht Lehrer, dürfen nicht Beamte, nicht Advokaten sein. Man wies dagegen immer darauf hin, daß ihnen ja in Handel und Industrie ein großes Betätigungsfeld offen bleibt. Jetzt sollte ihnen auch die Industrie gesperrt werden, wodurch Tausende von Familien brotlos werden würden. Der Entwurf eines gleichzeitig vorgelegten Sanitätsgesetzes atmete denselben inhumanen und antizivilisatorischen Geist durch die Bestimmung, daß nur Rumänen, die ein ausländisches Doktordiplom sich erwerben, in Rumänien als Aerzte praktizieren dürfen. Dadurch wird nämlich den Juden die Möglichkeit genommen, sich auf einer fremden Universität auszubilden. Durch die hier besprochenen Gesetzentwürfe sollen auch diese gesperrt werden. Mit welcher Einschränkung diese beiden Vorlagen Gesetz geworden sind, ist bisher in der westeuropäischen Presse nicht bekanntgeworden.

Die Signatarmächte.

Die Signatarmächte hätten nun das Recht und die Pflicht, Rumänien an die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu erinnern. An solchen Ermahnungen hat es bisher gewiß nicht gefehlt; die Balkanfrage ist aber für alle Großmächte ein Kräutlein Rührmichnichtan geworden. Das kleine Land, das dem Berliner Vertrage und dem vereinigten Europa seine Unabhängigkeit verdankt, verhöhnt dieses selbe vereinigte Europa seit drei Jahrzehnten, und Europa schweigt dazu. Als im Jahre 1908 der Hilfsverein der deutschen Juden aus Anlaß der geplanten Balkankonferenz an die Reichsregierung die Frage richtete, ob sie geneigt sei, auf der bevorstehenden Konferenz das Verhalteen der rumänischen Regierung in bezug auf die laut § 44 des Berliner Vertrages übernommenen Verpflichtungen zur Sprache zu bringen, da erklärte das Auswärtige Amt, daß es zurzeit nicht in der Lage sei, eine dahingehende Zusage zu geben, und motivierte diesen Standpunkt wie folgt:

„Soweit sich übersehen läßt, besteht bei allen Signatarmächten des Berliner Vertrages der Wunsch, das Programm einer eventuellen Konferenz auf diejenigen Fragen zu beschränken, die durch die politischen Vorgänge auf dem Balkan akut geworden sind. Artikel 44 des Berliner Vertrages ist durch diese Vorgänge nicht berührt worden. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß man deutscherseits die Initiative bei Aufstellung des Programms für eine eventuelle Konferenz vermieden, dagegen aber bei den bisherigen Erörterungen aus schwerwiegenden politischen Erwägungen nachdrücklich den oben angedeuteten Standpunkt der Einschränkung des Konferenzprogramms vertreten hat. Deutschland würde daher gänzlich aus seiner Rolle fallen, wenn es jetzt eine Diskussion des Artikels 44 verlangen wolle."

Der „jüdische" Wucher.

Mit der Stichhaltigkeit der allgemeinen Anklagen gegen die Juden steht es ebenso windig wie in Rußland. Was den „jüdischen Wucher" anlangt, so hat der Vizepräsident der rumänischen Kammer, Subdirektor des „Creditul Rural" und hervorragendes Mitglied der liberalen Regierungspartei, Herr D. Protopopescu, im Jahre 1904 eine Reihe von Aufsätzen in dem liberalen Blatte „Vointza Nationala" über den Wucher auf dem Lande veröffentlicht; er hat es

für seine Pflicht gehalten, festzustellen, daß die Wucherer, die bis 500 Prozent den Bauern abnehmen, dort, wo er seine Feststellungen gemacht hat, Christen sind, manche sogar sehr fromme Christen, die nie versäumen, in die Kirche zu gehen, die Heiligenbilder zu schmücken, sich durch Stiftungen für Kirchenzwecke Heil zu erkaufen. Nie hat dort ein Jude gewohnt, nie hat ein Jude den Boden jener Dörfer betreten.

Was aber für die deutschen Antisemiten, die in Deutschland immer den Juden den obendrein unberechtigten Vorwurf machen, daß sie kein Handwerk treiben, besonders charakteristisch ist, ist der Umstand, daß sie den Juden in Rumänien — wie dies beispielsweise die „Deutsche Zeitung" im Jahre 1907 tat — umgekehrt es verübeln, daß sie Handwerker sind. Das genannte Blatt schrieb nämlich:

„Eine ganze Reihe von bürgerlichen Berufszweigen wird von den Juden geradezu monopolisiert. Als die antisemitische Stadtverwaltung von Galatz ihr neues Theater decken lassen wollte, fand sie nicht einen christlichen Dachdecker, obwohl auf das eifrigste gesucht wurde, so daß das Theater sechs Monate ohne Dach blieb. Der Entwickelung eines nationalen Mittelstandes bietet dieses Ueberwuchern des Judentums das größte Hindernis."

Also immer wieder wird der Jude verbrannt, gleichviel wie er ist und wie er handelt.

Dr. Paul Nathan.

Die Bauernunruhen im Jahre 1907 standen natürlich ebenfalls in enger Verbindung mit dem Antisemitismus. Dr. Paul Nathan hat damals auf Grund einer längeren Studienreise diese Zusammenhänge einem Vertreter der „Neuen Freien Presse" wie folgt geschildert:

„Das leitende Motiv der Verwaltung ist die Begünstigung der Interessen der eigenen Freunde und Parteigenossen mit allen Mitteln, und diejenige Koterie, die wiederum außerhalb der Regierung steht, die hungrig den Augenblick erwartet, die Herrschaft zu ergreifen, sie muß sich nach populären Mitteln umsehen, um die am Ruder befindlichen Elemente zu diskreditieren. So ergibt sich denn im allgemeinen folgendes Spiel: Die Interessen der Großgrundbesitzer sind die Basis der Macht für die Konservativen wie für die Liberalen, und es blieb daher, ob konservativ, ob liberal regiert wurde, die Lage der Bauern schlimm und entsetzlich; ja sie wird immer schlimmer, da infolge der tatsächlichen Rechtlosigkeit des Bauern seine Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer immer größer wurde; sein Besitz an Land wird entsprechend kleiner, und jede neue Generationsfolge, die die Zahl der Mäuler, die essen wollen, vermehrt, steigert die Armut. Dieser Entwickelung sahen Konservative wie Liberale tatenlos zu.

Zum Zwecke, sich gegenseitig zu diskreditieren, aber dient den einen wie den anderen die Judenfrage. Die Demagogie hat es glücklich dahin gebracht, daß der als der beste Rumäne betrachtet wird, der sich zu rücksichtslosestem Fremdenhasse bekennt. Fremde sind aber nach rumänischer Anschauung bekanntlich die Juden, auch wenn sie Soldaten waren und wenn ihre Vorfahren sich seit Generationen im Lande befanden. Die Hetze gegen die bedrückten, verleumdeten Juden war seit jeher ein Nationalvergnügen, das den Nutzen brachte, die Volksmassen von ernster politischer Tätigkeit abzuhalten. Diese Hetze bedeutet einen chronischen Zustand; sie steigert sich zu Zeiten, und sie wird vor allem benützt, wenn die außerhalb der Regierung befindliche Koterie der herrschenden Koterie Schwierigkeiten be-

reiten will, wenn, womöglich, ein Wechsel im Regiment herbeigeführt werden soll.

Man hatte den Bauern oft genug gesagt, daß der Jude ihn ausplündere — der arme Jude, der meist selbst ausgeplündert wird und nichts zu beißen und nichts zu brechen hat — und daß der Ausplünderer vogelfrei sei. So stürzte sich denn der Bauer freilich wieder einmal auf den Juden; aber er fand, daß der Bojare ihn doch vor allem in der furchtbarsten Misere hinsiechen lasse. Und so stürzte er sich auch auf den Großgrundbesitzer, und das nahm man übel, und der Bauer wurde nunmehr mit Kartätschen und Flintenkugeln empfangen."

Daß die Bauern — und von ihnen angesteckt der städtische Pöbel — Pogrome auch gegen die armen und ärmsten Juden veranstalteten, kann nicht wundernehmen. Den Judenhaß hat Rumänien offiziell großgezogen; Gesetz und Verwaltung haben die Juden vogelfrei gemacht. Wenn die Bestie im Menschen erst einmal entfesselt ist, wird er anarchisch. Aber diese Anarchie und diese Anarchisten hat der rumänische Staat mit Kunst und Fleiß herangebildet; er hat sie gezüchtet.

Die europäischen Kulturstaaten aber gehen über die Vorfälle in Rußland wie über die in Rumänien mit gleicher Ruhe zur Tagesordnung über.

Frankreich.

Der französische Antisemitismus ist, wie in der Einleitung bereits erwähnt, mit der Erledigung des Falles Dreyfus, vom politischen Schauplatz verschwunden. Wie sehr auch die „Affäre" zeitweise den Staat in seinen Grundvesten wankend machte, die Wahrheit hat doch gesiegt. Die Mächte, die gegen Dreyfus, den man schlug, und das Judentum, das man meinte, im Felde standen, das waren „die Armee" und die Kirche. Auch bei der ruhigsten Betrachtung der Dinge und bei dem ernsten Vorsatz, nicht über gewisse Grenzen und Rücksichten hinauszugehen, kann auch rein geschichtlich nichts anderes gesagt werden als das, daß ein Bündnis der Uniform und der Soutane diese Schandflecken auf dem Schilde der französischen Rechtspflege, diese Beschmutzung der Ehre der Menschheit herbeigeführt, dieses an dem jüdischen Offizier begangene Verbrechen gezeitigt hat.

Man nannte inmitten der Bewegung die „Dreyfussards", die Verfechter der Gerechtigkeit, die Verächter des Klüngels der Generale und der Priester, die Intellektuellen. In ihrem Lager war die geklärte Vernunft, war zugleich der Glaube an den dereinstigen Aufstieg der Wahrheit. Der Ruf nach Wahrheit und Gerechtigkeit über und für Dreyfus wurde schließlich die Losung für das Verlangen nach der Befreiung Frankreichs aus dem Joche jenes Klüngels bevorrechteter Familien, die in inniger Gemeinschaft mit der ecclesia militans das Gesetz zu beugen und den republikanischen Geist zu ersticken suchten. Es war ja bezeichnend genug, daß die Nationalisten, die Vorkämpfer der unfreiheitlichen, mit starrem Priestertum verbündeten, militaristischen Richtung, die Partei der Verfolger des Hauptmanns Dreyfus waren, dieselben Nationalisten, die den Gedanken des Vergeltungskrieges gegen Deutschland besonders pflegen, und denen die deutschen Antisemiten, die Dreyfus.

die deutsche Vaterlandsliebe in Erbpacht zu haben wähnen, brüderlich die Hand gereicht haben, da es gegen die Juden ging.

Herr Brisson, der zweimal Ministerpräsident war, ein Politiker von unbestechlicher Wahrheitsliebe, hat in einer Publikation (Souvenir d'affaire Dreyfus. Paris, Cornély) seinen (mehr passiven) Artikel an der „Affäre" geschildert. Unter seinem Ministerium erfolgten zwei entscheidende Wendungen in der Affäre: die Enthüllung Cavaignacs, des Kriegsministers in seinem Kabinett, auf der Tribüne über das neue, für Dreyfus scheinbar zerschmetternde, den Verrat bestätigende Beweisstück, wo der Name des Kapitäns Dreyfus ausdrücklich und voll ausgeschrieben genannt war: „cette canaille de Dreyfus". Das war im Juli 1898. Dann im August: die ungeheure Entdeckung, dieses selbe Dokument sei eine Fälschung. Die „neue Tatsache", das fait nouveau, das zur Revision Unentbehrliche, jetzt war es gegeben, jetzt waren die Betrüger entlarvt. Die Nationalisten schäumten vor Zorn.

Cavaignac, Zurlinden, Chanoine, drei Kriegsminister von den fünfen, die Dreyfus gehaßt und verfolgt haben, hat Brissons Regierung in dem Zeitraum von etwa mehr als vier Monaten des Jahres 1898 verbrauchen müssen. Am 7. Juli wird die Rede Cavaignacs in den 30 000 Gemeinden Frankreichs angeschlagen mit dem vollen Beweise für die Schuld Dreyfus', mit der Enthüllung über die Kanaille Dreyfus. Zwei Tage später schrieb der damalige Oberstleutnant Picquart, später selbst Kriegsminister von Frankreich, einen Brief, wo er die Nichtigkeit aller Beweise, die Cavaignac anführte, zu erweisen sich erbot. Daraufhin zwar Untersuchung im Kriegsministerium, vom Hauptmann Cuignet geleitet; daneben aber der Beginn einer furchtbaren Campagne gegen Picquart. Er wird der Reihe nach zuerst wegen Verrats von Amtsgeheimnissen, dann wegen Fälschung verfolgt; dann soll er wegen Verleumdung, endlich — und das ist der geistreichste, der Kapitaltrumpf Cavaignacs — mit dem ganzen „Syndikat", mit Trarieux, Zola, Labori, Clemenceau vom Staatsgerichtshof wegen Komplotts und Hochverrats abgeurteilt werden. Das war das Gegenspiel, die Gegenmine des Generalstabes. Für den Fälscher Henry der Fälscher Picquart.

Das Geständnis und der Selbstmord des Obersten Henri, der die dem Kriegsgerichte gegen Dreyfus vorgelegten Beweisstücke gefälscht hatte, machte die Revision des Prozesses nötig, die denn auch vom Ministerium Brisson beschlossen und in die Wege geleitet wurde. Die Revision war von der Strafkammer des Kassationshofes vorzunehmen, und diese kam nach gründlicher Untersuchung zur Ueberzeugung, daß Dreyfus unschuldig verurteilt worden war. Aber noch ehe das befreiende Urteil gesprochen wurde, griff die Regierung ein, die inzwischen in die Hände Dupuys übergegangen war; Dupuy legte dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, durch den die Untersuchung der Strafkammer abgenommen und dem gesamten Kassationshof übertragen wurde, von dem die Regierung und der Generalstab eher eine Abweisung der Revision zu erzielen hofften.

Dieser Gesetzentwurf war eine legislatorische und juristische Ungeheuerlichkeit, da er nicht bloß in eine schwebende Untersuchung eingriff, sondern auch rückwirkende Kraft beanspruchte; trotzdem ließ sich die Kammer durch den nationalistischen Lärm und Dupuys Sophismen einschüchtern, so daß die Vorlage angenommen wurde, mit geringer Majorität zwar: in der Kammer fand sie 324 gegen 207, im Senat 158 gegen 131 Stimmen. Am 1. März 1899 wurde das Gesetz dann publiziert, es hieß loi de dessaississement.

Das Gesetz nützte freilich nichts; auch der gesamte Kassationshof kam, wie vorher die Strafkammer, zur Ueberzeugung von der Unschuld Dreyfus' und vernichtete das ihn verurteilende Erkenntnis; dabei machte der Kassationshof allerdings den Fehler, daß er Dreyfus vor ein neues Kriegsgericht in

Rennes verwies, was seine abermalige Verurteilung herbeiführte und eine zweite Revision nötig machte, die dann Dreyfus endgültig freisprach.

Während das Kriegsgericht in Rennes Dreyfus unter Anerkennung mildernder Umstände — mildernde Umstände für einen reichen Offizier, der sein Vaterland verrät! — zu zehn Jahren verurteilt hatte, beschloß der höchste Gerichtshof im Jahre 1906 einstimmig die Kassation des Renner Urteils. Die ausführliche Begründung führte als neue Tatsachen, die die Revision rechtfertigen, an, die Ersetzung des Buchstaben P durch den Buchstaben D, die Zurückdatierung des Schriftstücks über die Organisation der Eisenbahnen durch den Fälscher Oberst Henry usw. und erklärte ferner, daß feststehe, daß das Bordereau von Esterhazy geschrieben worden ist.

Die Regierung brachte sofort Vorlagen ein, wonach Dreyfus, der jahrelang als unschuldig Verurteilter auf der Teufelsinsel sich in körperlicher und seelischer Qual verzehrt hatte, wieder als Major und Picquart als General in das Heer eingestellt würden, so daß sie genau die Stellungen in der Armee einnahmen, die sie eingenommen hätten, wenn die Zwischenfälle sich nicht ereignet hätten, und daß ferner beide Offiziere in die Liste der Anwärter auf den Orden der Ehrenlegion eingetragen werden sollen. Die Deputiertenkammer nahm das Gesetz über die Rehabilitierung und das Avancement der beiden Offiziere mit 473 gegen 42, der Senat mit 183 gegen 30 Stimmen an. Bei der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in der Deputiertenkammer erklärte der Präsident Brisson, daß diese Abstimmung einen Triumph der Wahrheit bedeute, dem die ganze Welt zustimme.

Das war das Ende der „Affäre", die jahrelang zeitweise die ganze zivilisierte Welt in höchste Spannung und Aufregung versetzt hatte. Die Dreyfussache hat Ormuzd und Ahriman in ihren Verfechtern auf den Plan gerufen. Die Zola, dessen wundervoller Kampfruf „J'acuse" ein klassisches Dokument geworden ist, Trarieux, Scheurer-Kestner, die Labori, Vaughan, Gohier, Picquart, Clémenceau und die anderen alle konnten manch einem, der schier verzweifeln wollte an der Menschheit, den guten Glauben und die idealische Begeisterungsfähigkeit retten. Nicht weil sie Dreyfus, den Juden, verteidigten und für ihn in edlem Mute sich der heulenden Meute entgegenwarfen, sondern weil sie über den Juden und über das Judentum hinaus, die mit den vergifteten Waffen verletzt, ins Mark getroffen werden sollten, das Menschliche, das menschlich Schöne in der Verteidigung des Rechtes und Wahrheit zu hohen Ehren brachten und dem Glauben an einen dereinstigen Sieg des Guten und Gerechten in der Menschheit neue starke Stützen lieferten.

Die Antisemitenpresse aller Länder behauptete zwar, daß dieser Freispruch von einem jüdischen Syndikat erkauft worden sei. Nicht weniger als 35 Millionen Frcs. sollten von den Juden aufgebracht worden sein, um Dreyfus reinzuwaschen; aber selbst Stöcker erklärte öffentlich, er „zweifle nicht, daß dieser jüdische Offizier unschuldig ist".

Mit dem Ende der „Affäre" schlief auch die Kampagne gegen die Juden von selbst ein. Schon die nächste Deputiertenwahl brachte den wütendsten antisemitischen Schreiern vernichtende Niederlagen, ebenso der nationalistischen Partei, die nichts weiter als eine Abart der

antisemitischen ist. Dagegen wurden fast sämtliche Männer der Feder und des Kriegshandwerks, die für die Sache der Wahrheit eingetreten waren, in die Deputiertenkammer gewählt. Seit der Zeit ist es auch mit der von Boulanger und Déroulède entfachten nationalistischen Bewegung rasend bergab gegangen. Aus dem Schiffbruch der Wahlen des Jahres 1910 konnte sie nur 17 Mandate retten, und verlor mit dem klerikalen Bundesgenossen über $^3/_4$ Millionen Stimmen. Der Nationalismus hat heute nur noch in Paris und im Nordosten Frankreichs Boden, und selbst die „Kreuz-Ztg." mußte daher mit betrübter Miene konstatieren:

„Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß dies christlich-soziale Kampfprogramm gegen den religionsfeindlichen jüdisch-kapitalistischen Radikalismus im französischen Volk nicht genügend Anziehungskraft hat."

Und das trotz der unverhältnismäßig starken Presse und der großen materiellen Mittel, über die die Nationalisten verfügen. Die Eifersüchteleien der Rochefort, Drumont, Piou, Barrès, Judet, Déroulède, Lasies, Paul Adam verhinderten jedoch jede einheitliche Aktion. Dazu kommt, daß ihre Schlachtlinie denn doch etwas zu weit ausgedehnt ist. Sie bekämpfen das Judentum und die goldene Internationale, die doktrinären Pacifisten und Kosmopoliten, die Protestanten und Freimaurer: kurz alles, was ihnen nach Abstammung und Gesinnung nicht rein und echt französisch erscheint.

Der Antisemitismus hat also vollständig abgewirtschaftet. Ein im Jahre 1910 erschienenes Buch eines alten Mitarbeiters von Eduard Drumont: „Zwanzig Jahre Antisemitismus" von Rafael Viau, bietet köstliches Material aus der Werkstätte des Antisemitismus und zeigt die Ursachen seines Niederganges. Drumont hat sich nacheinander mit allen seinen Anhängern verfeindet, und es hat sich von ihm nicht allein die Akademie, sondern auch der Klerus abgewendet; als letzter Freund, so erzählt Viau, war ihm eine Person geblieben — man wird nicht erraten, wer? Der Panama-Arton, für dessen Begnadigung Drumont tätig gewesen. Arton, so teilt Rafael Viau mit, war ein häufiger Gast in der Redaktion der „Libre Parole", er war der finanzielle Berater von Drumont, der letzte Freund. Seither hat Arton durch Selbstmord geendet, und Drumont steht allein. Die Bewegung, welche er entfesselt, ist ausgelöscht, und selbst die „revolutionären Royalisten" wie Leon Daudet, welche das Königtum mit Hilfe des Antisemitismus wiederherstellen wollen, müssen diesen Plan fallen lassen, nachdem ihnen aus Sevilla vom „Roy" selbst die nötigen Weisungen zugegangen waren. Denn der König ohne Thron und ohne Krone will das bißchen Zukunft, welches ihm aus dem Unglücke Frankreichs vielleicht noch erblühen könnte, nicht durch die sportmäßigen Neigungen der Camelots du Roy kompromittiert sehen.

Rafael Viau.

Dieses Buch enthält die reumütige Beichte eines alten Antisemiten, der nunmehr geheilt, sich seiner Jugendsünde schämt und froh ist, der

schändlichen Krankheit glücklich entronnen zu sein. Und Viau ist sicher kompetent, ein Urteil über Entstehungsgründe, Entwicklung und Verfall des französischen Antisemitismus zu fällen, war er doch fast zwei Jahrzehnte hindurch der Privatsekretär des Propheten der französischen Antisemiten, Drumont, und erster Mitarbeiter der antisemitischen „Libre Parole".

Mit grausamer Unerbittlichkeit deckt Viau die Taktik der antisemitischen Führer in Frankreich auf, wie sie den Antisemitismus für ihre Privatzwecke fruktifizieren. Er erinnert daran, wie die antisemitische Presse das Anti-Dreyfus-Fieber künstlich zum Sieden brachte, wie dann Drumont und Max Régis Algier in Aufruhr brachten und das Leben der dortigen Juden bedrohten, und wie schließlich die französische Nation sich diese Blutegel vom Leibe schüttelte, energisch mit dem Fuße stampfte und aufschrie: „Ich will frei sein!"

„Ich habe die Bewegung verlassen," sagt Viau, „und bin nun an jenem Punkte des Lebens angelangt, wo der Mensch mitleidig über sich selbst lächelt, wenn er daran denkt, was bis dahin seine Ambition, seine Liebe, seinen Haß erregt hat ...."

„Ich war ein irregeführter Jüngling, wie so viele andere, die durch Machenschaften der Führer ernüchtert wurden ...."
— Tout comme chez nous!

England.

Ein besonderes Kapitel in diesem Buche über England könnte im ersten Augenblick der Vermutung Raum geben, als ob selbst in dem freiheitlichsten Staate Europas eine judengegnerische Strömung vorhanden wäre, die registriert zu werden verdient. Dem ist natürlich nicht so, wenn auch die Tatsache nicht hinwegzuleugnen ist, daß die zeitweise Ueberschwemmung Londons mit jüdischen Flüchtlingen aus Rußland und ihre, den einheimischen Arbeiterstand bedrückende Konkurrenz in den davon betroffenen gewerblichen Kreisen recht unangenehm empfunden wurde. Diese Frage hat auch schon das Parlament beschäftigt; gleichwohl hat sich England, der Freistaat par excellence für die Verfolgten aller Länder, nicht entschließen können, der Einwanderung dieser unliebsamen Elemente einen Riegel vorzuschieben oder sie sonderlich zu erschweren. Die Juden in England besitzen schon seit vielen Jahrzehnten alle staatlichen und kommunalen Rechte, und unter den höchsten staatlichen Würdenträgern und in den jeweiligen Kabinetten befanden sich Juden. In der im Verlage des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erschienenen kleinen Abhandlung: „Der Juden Anteil am Fortschritt der Kultur" (48 Seiten, Preis 40 Pfg.) sind nähere Einzelheiten hierüber zu finden. Die Königin Viktoria, die „Queen", hielt schon im Anfang ihrer Regierung persönlich mit ihren Gunstbezeugungen für die Juden nicht zurück. Sie verlieh Moses Montefiore den Adel, und auch Isaac Lyon Goldsmith und Anthony Rothschild machte sie zu „Baronets". Man hat zeitweise ihrem Sohne

Eduard VII. in den Kreisen der Hochtorys es stark verübelt, daß er die Juden in seinem gesellschaftlichen Verkehr so auffallend bevorzuge; er zählte nämlich unter seinen näheren Freunden eine große Anzahl von Juden, u. a. den Finanzmann Sir Ernest Cassel und den Chef der Londoner Rothschilds. Den in der Pariser Gesellschaft zu Unrecht boykottierten Baron Hirsch z. B. hat er durch seine persönliche Initiative wieder gesellschaftlich legitimiert. Als bei den jüngsten Wahlen des Jahres 1910 das Wahlfieber in der Hauptstadt den Höhepunkt erreicht hatte, weilte Eduard VII. in dem nahen Seebad Brighton als Gast eines Mitgliedes der großen jüdischen, in London wie in Indien und China seßhaften und ursprünglich aus Bagdad stammenden Kaufmannsfamilie Sassoon.

F. G. Abbot. Der englische Schriftsteller F. G. Abbot hat in einem 1908 erschienenen Werk „Die Juden in Europa" (Macmillan & Co., London) diese beiden Ursachen der Abneigung einzelner Erwerbs- bezw. Gesellschaftskreise gegenüber den Juden recht hübsch glossiert bezw. ironisiert; er schrieb u. a.:

„Es hat eine Zeit gegeben, da die Sparsamkeit, die äußerste Anspruchslosigkeit, der Erfolg im Leben und ihr Zusammenhalten die Ursachen waren für den Haß der Engländer gegen den schottischen Konkurrenten, als dieser nach Herstellung der Union zwischen England und Schottland südwärts auszuwandern begann. Jene „Aliens" wurden, ebenso wie heute die Juden, beschuldigt, daß sie zusammenhielten und wenig zum Leben gebrauchten; sie wurden beneidet, weil sie vorwärts kamen, und getadelt, daß sie einander vorwärts halfen. Dieses Geschrei ist vorübergegangen, und kein vernünftiger Engländer würde heute auch nur im Traum daran denken, es wieder aufleben zu lassen. Patriotische Eiferer rieten damals, die Schotten als „nicht wünschenswert" nicht ins Land zu lassen, und sie hatten ein reichliches Gefolge solcher, die selbst es im Leben zu nichts gebracht hatten und den Fremden den Erfolg nicht verzeihen konnten. „Aber, wie ein Schriftsteller mit Recht fragt, wäre es selbst in nur rein kommerzieller Hinsicht gut für England gewesen, wenn die Schotten durch ein Gesetz ausgeschlossen worden wären? Haben die Kinder nicht Vorteile gehabt von den Arbeiten derer, denen die Vorfahren das Land verbieten wollten?"

Und zu der unwilligen Bemerkung eines antisemitischen Kritikers: „Das Anwachsen des jüdischen Einflusses bei Hofe ist so auffallend, daß seitens aller Vollblutengländer fortwährend darüber geklagt wird", bemerkte Abbot:

„Sicher kann das Ende des britischen Reiches nicht mehr fern sein, wenn der König nach Newmarket geht, „begleitet von einem jüdischen Finanzier", „Gast ist eines jüdischen Finanzmannes" und, wenn — das Schrecklichste von allem — unter den veröffentlichten Namen der Tischgesellschaft einer ist der eines jüdischen Finanzmannes, ein anderer eines seiner Verwandten, lauter Juden, mit Ausnahme des Adjutanten des Königs und des portugiesischen Gesandten" — welcher letztere, wenn nicht auch ein Jude, so doch ein Fremder ist."

Man hat die Beobachtung machen wollen, daß sein Nachfolger auf dem Throne, König Georg V., den Juden gegenüber eine wesentlich kühlere Haltung beobachte als sein Vater. Der Londoner Vertreter des „Lok.-Anz.", Herr von Zedlitz, der Sohn des bekannten frei-

konservativen Parlamentariers, behauptete, Georg V. fühle sich als energischer Brite, er sei nicht so kosmopolitisch wie Eduard VII., und deswegen habe sich auch Sir Ernest Cassel, der, wie bereits erwähnt, zu den Intimen des verstorbenen Königs gehörte, vom öffentlichen Leben zurückgezogen, denn „im Schatten zu wandeln“ habe ein Mann, der noch rüstig auf der Höhe eines so erfolgreichen Lebens steht, wie Ernest Cassel, „unter keinen Umständen nötig, einerlei ob ihn besondere monarchische Gunst bescheint oder nicht“. Im „Tag“ (6. 1. 1910) glaubte Legationsrat a. D. vom Rath auf Grund eigener Beobachtungen ebenfalls eine Aenderung der Windrichtung am Hofe Georgs V. gegenüber den Juden feststellen zu können; er schrieb nämlich: Abg. v. Rath.

„Sein und der Königin Streben geht dahin, den Hof wieder von der Ueberflutung durch Parvenüs, namentlich jüdischen Ursprungs, zu säubern und die alten Familien, die sich unter dem bisherigen Regime zum Teil zurückhielten, wieder heranzuziehen. Darauf hin deutet die Bestimmung, daß die bisherigen Vorstellungen bei Hofe nicht mehr ziehen, daß jedermann neu vorgestellt werden muß. Darauf hin deuten die Einschränkungen bei der Ausgabe der Billette zur Royal Enclosure der Ascot-Rennen; Tausende von Gesuchen, die früher Berücksichtigung gefunden hätten, sind abgewiesen worden. Darauf hin deutet das sichtbare Bestreben des Königs, die vielfachen Freunde seines Vaters, namentlich aus der deutsch-jüdischen Finanzwelt, allmählich und höflich, aber konsequent abzustoßen.

Dieses Streben des Herrscherpaares findet nicht nur bei der Geburtsaristokratie, sondern auch in weiten Beamten- und Offizierkreisen Beifall. Bis vor kurzem gab es keine antisemitische Bewegung in England. Es erschien und erscheint auch heute noch der Mehrzahl der Engländer eines gebildeten Menschen unwürdig, einen Mitmenschen auf Grund seiner Religion sozial zu qualifizieren. Treten heute solche Regungen hervor, so knüpfen sie an die Tatsache an, daß der größte Teil der jüdischen Emigranten deutschen Ursprungs ist. Daß man von „deutsch-jüdischen“ Geschäftspraktiken nichts mehr hören wolle, diese Ansicht tritt bei offiziellen wie Privatpersonen manchmal hervor.“

Es handelt sich also wohl mehr um eine ganz gewöhnliche chauvinistische Hetze der sattsam bekannten Deutschenfresser, die durch eine Dosis Antisemitismus schmackhaft gemacht werden soll.

Wir sind in der Gesellschaftschronik des englischen Hofes zu wenig eingeweiht, um über die Berechtigung dieser Auffassung ein eigenes Urteil fällen zu können. Doch dem sei, wie ihm wolle. Politischen Antisemitismus wird es in England nie geben, da die beiden großen Parteien, die Konservativen wie die Liberalen, über diese kontinentalen Vorurteile erhaben sind. Seit Jahrzehnten sind Juden in beiden Lagern auch im Parlament in größerer Zahl vertreten. Bei den letzten Wahlen kandidierten im ganzen 36 jüdische Kandidaten, und zwar für die Liberalen 19, für die Unionisten 16; hiervon sind 20—25 gewählt worden. Wie der Führer der konservativen Unionisten, Lord Balfour, über den Antisemitismus denkt, hat er im Jahre 1900 anläßlich der Feier des 250. Jahrestages, an welchem der große Cromwell dem jüdischen Gemeindehaupt Manasse Ben Israel die Rückkehr der Juden nach England gestattete, in einem an den Vorsitzenden der feiernden Versammlung gerichteten Schreiben bekundet, in dem er bedauerte, an der Feier nicht teilnehmen zu können, und dann fortfuhr: Lord Balfour.

„Wenn der europäische Kontinent dem Beispiel gefolgt wäre, das England ihm seit 250 Jahren gegeben, dann würde seine Geschichte nicht durch so viele Verbrechen und Ungerechtigkeiten befleckt worden sein, die jetzt als eine dauernde Schmach für die christliche Zivilisation verzeichnet sind. Daß es in unserem Vaterlande keine Judenfrage gibt, daß man hierzulande von Rassen- und religiösen Vorurteilen, die in anderen Ländern eine so verhängnisvolle Rolle in der gesellschaftlichen Organisation spielen, nichts hört, das sei in nicht geringem Maße der Tatsache zuzuschreiben, daß die Juden sich ganz und gar würdig gezeigt haben der Rechte und Privilegien, die sie als Bürger dieses Landes genießen, und daß diese Rechte und Privilegien ihnen in vollem Maße gewährt worden sind. Lange mögen diese Zustände herrschen; lange mögen sie alle die guten Früchte tragen, die sie so reichlich in der Vergangenheit hervorgebracht haben."

Aber auch der gesellschaftliche Antisemitismus ist nur auf die ganz engen Zirkel einer hochmütigen, adelsstolzen Kaste beschränkt, und hat bei den amtlichen Stellen und den gebildeten Schichten der Bevölkerung keine Resonanz gefunden.

Macaulay. Schon Macaulay, der große englische Historiker, hat in seinen „Kritischen und historischen Essays" (erschienen 1831 in der „Edinburg Review") der Judenfrage vier längere Stücke gewidmet, in denen er die Themata: „Die Juden und der christliche Staat", „Die Juden und der Patriotismus", „Die Juden und die Rückkehr nach Palästina", „Die Juden und die heilige Schrift" behandelte und alle die antisemitischen Ladenhüterargumente grausam zerpflückt; heut interessiert vielleicht noch folgende, einer gewissen Aktualität (vide Rußland) nicht entbehrende Glosse:

„Nichts empört einen Mann, der etwas von der Geschichte oder der menschlichen Natur weiß, so sehr als zu hören, wie diejenigen, welche die Regierungsgewalt besitzen, irgend eine Sekte der Hinneigung zum Auslande beschuldigen. Wenn es irgend eine allgemeine Wahrheit in der Politik gibt, so ist es die, daß Hinneigung zum Auslande die Frucht schlechter Regierung daheim ist. Es ist noch stets ein Kniff Bigotter gewesen, die Menschen daheim unglücklich zu machen und sich dann zu beklagen, daß sie sich nach Hilfe im Auslande umsehen; die Gesellschaft zu entzweien und sich dann zu wundern, daß sie nicht einig ist; zu regieren, als wenn ein Teil des Staates das Ganze wäre, und dann die anderen Teile zu tadeln, daß sie keinen Patriotismus besitzen."

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Auch hier trifft das zu, was wir von England gesagt haben. In dem Lande, das der Welt die „Erklärung der Menschenrechte" geschenkt hat, ist für Intoleranz, gleichviel welcher Art, niemals ein fruchtbarer Boden gewesen. Gewiß haben die massenhaften Einwanderungen armer bedürfnisloser, für Hungerlöhne gern arbeitender jüdischer Flüchtlinge aus Osteuropa gewissen Erwerbskreisen unliebsame Konkurrenz gemacht, aber alle diese Unbequemlichkeiten werden durch eine rationelle Verteilung jüdischer Einwanderer über das ganze Land von Jahr zu Jahr mehr abgeschwächt. Gewiß haben auch im gesellschaftlichen Leben der oberen Zehntausend gewisse Vorurteile der alten Welt Eingang gefunden, so daß man bisweilen staunend davon liest, daß einige

Hotels jüdischen Besuch sich verbeten, daß in gewissen Badeorten die amerikanischen christlichen Parvenüs sich von den Juden absondern und dergl. mehr; das alles hat jedoch nur mehr eine heitere Seite, als daß man sich sonderlich darüber aufzuregen braucht. Es sind die Snobs der New Yorker 5. Avenue, die eine gewisse Abneigung gegen die Juden äußerlich zur Schau tragen müssen schon aus Rücksicht auf die Sprossen der altadligen oder fürstlichen Geschlechter Europas, deren verschlissenes Wappenschild durch die Mitgift ihrer Töchter neu vergolden zu dürfen sie sich zur hohen Ehre anrechnen. Im übrigen genießen die Juden in den Vereinigten Staaten schon länger als in jedem anderen zivilisierten Staate volle bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung. Die höchsten Aemter stehen ihnen offen, und man weiß, daß in der nordamerikanischen Union jüdische Minister, Gesandte, Senatoren usw. in großer Anzahl vorhanden sind. Auch hier sei wieder für diejenigen, die nähere Einzelheiten wissen wollen, auf die Studie „Der Juden Anteil am Fortschritt der Kultur" verwiesen.

Wie sehr auch das Parlament jegliche Benachteiligung seiner jüdischen Mitbürger verabscheut, zeigt der einmütige Protest gegen die unwürdige Behandlung der jüdischen amerikanischen Reisenden in Rußland. Bei der letzten Präsidentenwahl hatten sämtliche Parteien in ihre „Platform" einen Satz aufgenommen, der sich auf die Abänderung der Behandlung jüdischer Reisender in Rußland bezieht. Am energischsten protestierte dagegen die demokratische Partei, deren Kandidat bekanntlich als Sieger aus der letzten Präsidentenwahl hervorging; es hieß in dem betreffenden Programm:

„Wir fordern, daß der amerikanische Paß in den Händen eines amerikanischen Bürgers in der ganzen Welt als Beweis dafür angesehen werde, daß er amerikanischer Bürger ist und als solcher auf alle festgesetzten Rechte und Privilegien Anspruch hat."

Das waren nicht nur patriotische Versprechungen vor der Wahl, sondern noch jeder Präsident der amerikanischen Union, gleichviel welcher Partei er angehörte, hat auch dementsprechend gehandelt, und Taft selbst hat anläßlich seines Amtsantritts im März 1909 noch einmal mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, an der sich die deutschen Staatsmänner ein Beispiel nehmen könnten, erklärt:

„Die Politik der Vereinigten Staaten hat seit dem spanischen Kriege eine einflußreiche Stellung unter den Nationen errungen. Wir sollten diese Stellung dazu benutzen, um allen unseren Bürgern, einerlei, ob sie Eingeborene oder naturalisiert sind, auch in fremden Ländern die ihnen gebührende Achtung zu verschaffen. Wir sollten keine Anstrengung scheuen, um diejenigen unserer Bürger, die sich vorübergehend in fremden Ländern aufzuhalten wünschen, vor jeder Demütigung oder erniedrigenden Beschränkung wegen ihrer Rasse oder Religion zu schützen."

Als auch in dem amerikanischen Heere sich gewisse antisemitische Neigungen einschlichen, ist Taft dagegen sofort mit aller Energie eingeschritten und hat unter Absetzung der betreffenden Offiziere folgende Order (Juni 1911) erlassen: **Taft.**

„Es ist schwer für mich, die Bemerkung des Obersten Garrad zu Ende zu

lesen, ohne dabei die Geduld zu verlieren und ohne Worte der schärfsten Verurteilung zu gebrauchen, die ich lieber nicht niederschreiben möchte. Die Behauptungen des Oberst Garrard über die Stellung der Juden in unserem Lande sind unwahr. Als oberster Kommandant des Heeres und der Marine spreche ich jedem Offizier das Recht ab, in einem offiziellen Dokument Beweise eines solchen unbegründeten und engherzigen Rassenvorurteiles niederzulegen, wie sie in dieser Einbegleitung enthalten sind."

In dem Verweise, der im Auftrage des Präsidenten dem Oberst Garrard erteilt wurde, heißt es ferner:

„Oberst Garrard ist dahin verständigt worden, daß er kein moralisches Recht besitze, den Einfluß seiner Stellung dazu zu benützen, um das Avancement eines mutigen und fähigen jungen Mannes aus dem Grunde zu verhindern, daß dieser der jüdischen Rasse angehört. Ein solches Vorgehen beweist nicht nur Vorurteile, die bei einem Offizier in seiner Stellung und von seiner Erfahrung nicht vorhanden sein sollten, sondern auch die Unfähigkeit, in gerechter Weise die Qualifikation des Kandidaten zu prüfen, die sich sowohl durch seine Dienstleistung als das vorzügliche Ergebnis seiner theoretischen Prüfungen erweist."

An Entschiedenheit läßt die Kundgebung des Oberhauptes der großen transatlantischen Republik wahrlich nichts zu wünschen übrig. Sie läßt den Unterschied zwischen der Praxis hüben und drüben erkennen. In Amerika wird die Zurücksetzung der Juden von der kompetentesten Stelle als eine Verletzung der Verfassung gebrandmarkt, und zwar mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit. In Preußen-Deutschland suchen die Kriegsminister den verfassungswidrigen Ausschluß der Juden von der Offizierslaufbahn mit leeren Ausflüchten zu beschönigen und ermutigen dadurch die Offizierkorps, ihren antisemitischen Neigungen freien Lauf zu lassen.

Die volle Respektierung der Gewissensfreiheit und die Toleranz allen Konfessionen gegenüber ist unter den amerikanischen Präsidenten Tradition. Am 30. November 1905 beging das amerikanische Judentum das Andenken an jenen Tag vor 250 Jahren, als die ersten von den Portugiesen vertriebenen israelitischen Pilger an den gastlichen Küsten Amerikas landeten. Bei der Jubiläumsfeier in New York hielt der Expräsident Grover Cleveland eine längere Ansprache, in der er insbesondere die Verdienste der Juden um die materielle Förderung des Landes, ihre Tapferkeit in den Befreiungskriegen rühmte, und dann fortfuhr:

Cleveland.

„Es ist an der Zeit, daß wir ohne Einschränkung das reichliche Entgelt anerkennen, das wir für die den Juden in den Vereinigten Staaten gewährte Duldsamkeit und Gleichberechtigung erhalten haben. Und gleichzeitig, bei der Rechnungsablage, sollten wir nicht vergessen, ihnen für die von uns gewährte Duldsamkeit die Weitherzigkeit, die Gerechtigkeit und die Umsichtigkeit aufs Konto zu stellen, welche wir, solange wir uns selbst treu bleiben, als den hervorstechenden und rettenden Zug unserer Nationalität betrachten."

Roosevelt.

Der damalige Präsident Roosevelt, der persönlich verhindert war, an der Feier teilzunehmen, hatte ein Schreiben gesandt, indem es u. a. hieß:

„Ich freue mich, imstande zu sein, sagen zu können, daß die Juden in den Vereinigten Staaten, deren Zahl über eine Million beträgt, trotzdem sie ihrem Glauben und ihren Ueberlieferungen treu geblieben sind, der großen Masse amerikanischer Bürger unlösbar einverleibt worden sind, stets bereit, jedes Opfer für das Land zu bringen, im Kriege sowohl wie im Frieden, und daß sie für die Fortdauer guter Regierung und der in der Verfassung niedergelegten Prinzipien streben.

Sie haben sich ehrenhaft ausgezeichnet durch ihren Fleiß, durch ihre Gesetzesliebe und ihre Hingabe für des Landes Wohlergehen. Mit den Mitbürgern anderer Religionsgenossenschaften wetteifern sie, die Interessen des gemeinsamen Vaterlandes zu fördern. Dies gilt nicht nur von den Abkömmlingen der ersten Einwanderer und den auf amerikanischem Boden geborenen Juden, sondern von einer großen und beständig größer werdenden Zahl jener Einwanderer, die in den verflossenen fünfundzwanzig Jahren als Flüchtlinge, aufs tiefste verarmt und verelendet, unser Land betraten. Dieses außergewöhnliche Beispiel der Weisheit und der Stärke unserer Regierungsform sollte jeden Amerikaner mit Stolz erfüllen. In wenigen Jahren haben Männer und Frauen, bisher ungewohnt der bürgerlichen Privilegien, sich zu loyalen, sich selbstachtenden amerikanischen Bürgern entwickelt, sie sind Bürger geworden, die nicht nur ihre Rechte beanspruchen, sondern auch ängstlich darauf bedacht sind, ihren vollen Pflichtanteil zur materiellen, sozialen und moralischen Entwickelung der Nation beizutragen".

Die segensreiche Wirkung der Rassenvermischungen ist bekanntlich ein Lieblingsthema des Expräsidenten, der bei jeder Gelegenheit die Auffassung vertritt und auch mit Beweisen belegt, daß die Größe Amerikas in allererster Linie der Rassenmischung seiner Bevölkerung zuzuschreiben. Auch Dr. Theodor Barth hat auf seiner letzten Studienreise durch Amerika (1907) diese Wahrnehmung bestätigt und in einer Serie von Reisebriefen an die „Frankf. Ztg." sich darüber u. a. wie folgt ausgesprochen: **Dr. Barth.**

„Unter allen Leistungen der amerikanischen Union erscheint keine imponierender als jene, die sie in ihrer Eigenschaft als Nationalitäten-Schmelztiegel vollbracht hat. Wir quälen uns in Deutschland damit ab, kleine Bruchteile einer fremden Nationalität staatlich zu verdauen, und hier verschlingt ein gewaltiges demokratisches Gemeinwesen jahraus jahrein Massen des sprödesten fremdartigen Nationalitätenmaterials."

Roosevelt hat auch einmal in einem Wahlkampfe um die Präsidentschaft (Nov. 1908) sich gegen die falsche Behauptung, seine Brüder und seine Frau seien katholisch, wehren müssen, und herzhafte und männliche Worte über den konfessionellen Streit gesagt:

„Ich würde in den schärfsten Ausdrücken Katholiken verurteilen, welche in diesen oder irgendwelchen anderen Staaten sich weigerten, für den Fähigsten ihre Stimme abzugeben, weil er gerade Protestant ist, und mein Verdammungsurteil lautet genau so strenge über Protestanten, welche sich im umgekehrten Falle weigern würden, für einen Katholiken zu stimmen. Ich freue mich, sagen zu können, daß ich im öffentlichen Leben viele Männer gekannt habe, welche in Distrikten, in welchen die überwiegende Majorität eines anderen Glaubensbekenntnisses war, zu öffentlichen Aemtern gewählt und immer wieder gewählt wurden. Ich kenne Katholiken, welche seit vielen Jahren Wähler vertreten haben, welche hauptsächlich Protestanten waren, und Protestanten, welche seit vielen Jahren Wähler vertreten haben, welche hauptsächlich Katholiken waren. Und unter den Kongreß-

mitgliedern, mit welchen ich besonders genau bekannt bin, befand sich ein Mann mosaischen Glaubens, welcher einen Distrikt vertrat, in welchem kaum ein einziger Jude zu finden war. Alle diese Männer widerlegen durch ihr bloßes Vorhandensein im politischen Leben die üble Nachrede, welche Sie bezüglich Ihrer amerikanischen Mitbürger geäußert haben. Ich glaube, daß diese Republik noch viele Jahrhunderte bestehen wird. Wenn so, werden sich unter ihren Präsidenten Protestanten und Katholiken und sehr wahrscheinlich zu einer Zeit Juden befinden. Ich war, während ich Präsident war, konsequent bemüht, meinen amerikanischen Mitbürgern katholischen Glaubens gegenüber so zu handeln, wie, wie ich hoffe, jeder künftige Präsident, falls er ein Katholik sein sollte, gegen seine amerikanischen Mitbürger protestantischen Glaubens handeln wird. Hätte ich irgendeinen anderen Kurs befolgt, so hätte ich mir sagen müssen, daß ich ungeeignet sei, das amerikanische Volk zu repräsentieren. In meinem Kabinett sitzt gegenwärtig Katholik neben Protestant, Christ neben Jude, und jeder davon wurde ausersehen, weil ich ihn für die Ausübung der Amtspflichten, mit welchen ich ihn im Interesse des ganzen Volkes betraute, besonders geeignet hielt. Das religiöse Bekenntnis beeinflußt die Erledigung seiner Pflichten in keiner Weise oder nur so, daß es ihn um so eifriger macht, in seinen Beziehungen zu allen gerecht und aufrichtig zu handeln."

Taft. Von dem derzeitigen Präsidenten Taft sind ebenfalls unzählige Aeußerungen seiner Sympathien für die Juden bekanntgeworden. Schon als Kriegsminister erklärte er in einer nichtjüdischen Versammlung, er habe bei einem Besuche der besonders von Juden bewohnten Stadtteile und von jüdischen Schülern besuchten Schulen einen tiefen und dauernden Eindruck mitgenommen. „Nie," so sagte er, „habe ich Liebe zum Vaterlande so in Fleisch und Blut eingedrungen, nie so zum Ausdruck gelangen gesehen wie dort." Als Präsident hat Taft sogar einmal (Juni 1909) in der Pittsburger Rhodef Shalom-Synagoge eine regelrechte Predigt gehalten, in der u. a. sagte:

„Ich freue mich, in Ihrer Mitte zu sein, um Ihnen, wenn es möglich ist, zu beweisen, wie glücklich eine Regierung ist, die nur gleichberechtigte Bürger kennt, und wie weise das Volk, dessen Konstitution für keine Religion oder Nationalität irgendwelche Schranken bestimmt hat. Als Präsident der Vereinigten Staaten fühle ich mich in Ihrer Mitte so wohl, wie bei mir zu Hause, und so frei, wie in jeder anderen Kirche dieses Landes. In der Geschichte unseres Landes finden wir keinen Fall, daß die Juden jemals in bezug auf Patriotismus hinter den anderen Bürgern zurückgeblieben wären. Angesichts des Gebetes, das wir soeben gehört haben, dieses Gebetes voll Menschenfreundlichkeit und Liebe, müssen wir voll Scham daran denken, daß es anderweitig noch fanatische Beschränkungen gibt."

Dieses Schamgefühl hat auch seinerzeit (Dez. 1905) die kirchliche Föderation der Vereinigten Staaten von Amerika, die 18 Millionen das Abendmahl nehmender Mitglieder der freien protestantischen Kirche in Amerika repräsentiert, zu einem entrüsteten Protest gegen die schamlosen Judenverfolgungen in Rußland veranlaßt; darin hieß es u. a.:

„Daß Menschen, die sich Christen nennen, solche Grausamkeiten verüben oder dulden sollten, erfüllt mit Schmerz das Herz und treibt die Schamröte in das Gesicht jedes wahren Christen in der ganzen Welt . . . Wir sprechen nicht als Amerikaner zu Russen, sondern als Christen zu Christen;

und wir flehen Euch an, Brüder, um christliche Barmherzigkeit, daß Ihr sogleich und einmütig handelt, Euch erhebt und ausspricht das Wort, welches diesen Greueln Einhalt tun soll, und abwenden die Schmach, die dem christlichen Namen zugefügt wird."

Seite an Seite mit den eingeborenen Amerikanern sind auch die Führer der eingewanderten Deutschen stets wacker für die Glaubensfreiheit und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden eingetreten. Karl Schurz, diese Zierde der deutschamerikanischen Bevölkerung, bedauerte im Jahre 1894 in einer Ansprache zu Ehren eines verstorbenen jüdischen Bankiers „jenen engherzigen, verachtungsvollen Geist, der die Vorurteile der finsteren Jahrhunderte wieder wachruft und in barbarischen Verfolgungen das Heilmittel sucht für alle Uebel, wofür die Unwissenheit der Massen, Faulheit und Leichtsinnigkeit zum größten Teil verantwortlich sind — ein Geist, so durchaus der Gerechtigkeit und der Aufklärung widerstrebend, daß es schwer verständlich ist, wie ein Mensch, welcher Selbstachtung besitzt, sich damit befassen oder in anderen es sehen kann, ohne vor Scham und Unwillen zu erglühen." **Karl Schurz.**

* * *

Wir sind am Ende unserer Revue des Antisemitismus im Auslande angelangt. Weder in den nordischen Staaten[6]), Dänemark, Schweden und Norwegen, existiert auch nur eine Spur antisemitischer Vorurteile, noch auch kann man in den romanischen Staaten, Portugal, Spanien, Italien und in Griechenland, von irgendwelchen feindseligen Gesinnungen eines Teils der Bevölkerung oder gar amtlicher Kreise gegen die Juden sprechen, trotzdem z. B. in Italien der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung wenigstens in einigen Städten gar nicht gering ist. Aber gerade Italien, das Zentrum der katholischen Christenheit, kennt keinen öffentlichen Antisemitismus. Die staatlichen Behörden sind hiervon ebenso frei, wie die maßgebenden kirchlichen Stellen. Weder der derzeitige Papst Pius X. noch seine Vorgänger waren Judenfeinde. Die Koblenzer Zentralauskunftsstelle der katholischen Presse hat im Dezember 1907 ausdrücklich festgestellt: „Richtig ist, daß der jetzige Papst ebensowenig Antisemit ist wie Leo XIII. Der Antisemitismus, wie er in Deutschland, Frankreich, Oesterreich usw. existiert, ist in Italien überhaupt unbekannt." Trotz aller Gegnerschaft gegen den „freimaurerischen" jüdischen Oberbürgermeister von Rom, Nathan, bringt doch Pius X. den ihm persönlich bekannten Juden die größte Hochachtung entgegen. Auch hat er an eine jüdische Dame, deren Vater einst die arme Pfarre des ehemaligen Erzpriesters Guiseppe Sarto aus höchster finanzieller Bedrängnis gerettet hatte, ein höchst schmeichelhaftes Dankschreiben gerichtet. **Pius X.**

---

[6]) Björnstjerne Björnson, der berühmte norwegische Dichter und demokratische Politiker, hat einmal, über seine Stellung zum Antisemitismus befragt, erklärt: „In dem kontinentalen Antisemitismus ist der Haß gegen den Kapitalismus auf Irrwege geraten." **Björnson.**

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am 14. Dezember 1890 ist unter Führung des großen Rechtslehrers Prof. Rudolf v. Gneist und des Abg. Rickert von Männern verschiedener Parteirichtungen, darunter dem Abg. Dr. Barth, dem Direktor der Berliner Sternwarte, Geh. Rat Prof. Wilhelm Förster, Prof. Erich Schmidt, Prof. Albrecht Weber, Kommerzienrat Isidor Löwe, Dr. Heinrich Meyer-Cohn, Charles L. Hallgarten, ein Verein ins Leben gerufen worden, der die Abwehr des Antisemitismus zum Zwecke hatte. Ende Januar 1891 wurde folgender von 535 Männern christlicher Konfession, die im politischen und kommunalen Leben, in Wissenschaft, Kunst und Literatur, in Handel und Industrie eine hervorragende Rolle spielen, unterzeichnete Aufruf veröffentlicht, welcher zum Beitritt zu dem neubegründeten Verein zur Abwehr des Antisemitismus aufforderte:

Gegen unsere jüdischen Mitbürger wird ein gehässiger Kampf fortgesetzt, welcher der Natur unseres Volkes, seiner geschichtlichen Entwickelung und seiner Stellung unter den zivilisierten Nationen zuwider ist. In massenhaft verbreiteten Flugschriften, Zeitungen und Broschüren werden die Juden, denen die Gesetze des Reichs die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung gewährleisten, ohne Unterschied, und nur weil sie Juden sind, mit den niedrigsten Beschimpfungen verfolgt. Sie werden als Fremdlinge dargestellt und als Menschen, welche die sittlichen Grundlagen des Staats und der Gesellschaft gefährden. Die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ist das Ziel der antisemitischen Agitation. Derselben gleichgültig und untätig zuzuschauen, wäre eine verhängnisvolle Unterlassung. In einzelnen Bezirken des Vaterlandes hat die antisemitische Bewegung größere Kreise, namentlich auf dem platten Lande, ergriffen; auf andere sie auszudehnen, ist man eifrig am Werk. Deutsche Fürsten und Staatsmänner haben das verderbliche und unchristliche Treiben der Antisemiten verurteilt, aber es ist vor allem eine Ehrensache für das deutsche Volk und vornehmlich für uns Christen, demselben baldigst ein Ende zu machen.

Die Unterzeichneten, Mitglieder verschiedener religiöser Bekenntnisse und politischer Parteien, haben einen Verein zur Abwehr des Antisemitismus ins Leben gerufen. Sie wollen der antisemitischen Agitation mit Wort und Schrift entgegentreten. Sie wollen wirklich vorkommende Ausschreitungen und Mißstände weder verhehlen noch entschuldigen, sondern durch positive Einwirkung, insbesondere auch durch wirtschaftliche Maßregeln, solche zu beseitigen suchen. Sie wenden sich an ihre Mitbürger, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens, mit der Bitte, sie bei diesen Bestrebungen zu unterstützen und dem Verein beizutreten.

Von den Unterzeichnern des Aufrufs, denen sich nachträglich noch 130 anschlossen, seien die folgenden genannt:

Oberappellationsgerichtsrat Ausfeld-Gotha; Geh. Komm.-Rat Baare-Bochum; Direktor des Falk-Realgymnasiums Bach-Berlin; Oberlandesgerichtsrat Baer-Karlsruhe; Geh. Hofrat Prof. Dr. Bäumler-Freiburg; Geh. Justizrat Prof. Dr. von Bar-Göttingen; Fabrikbesitzer Max Bahr-Landsberg; Konsist.-Rat und Pfarrer Dr. Basse-Frankfurt a. M.; Pfarrer Battenberg-Frankfurt a. M.; Oberbürgermeister Dr. Baumbach-Danzig; Prof. Dr. Carl Biedermann-Leipzig; F. v. Bodenstedt-Wiesbaden; Oberbürgermeister Braesike-Bromberg; Bankdirektor Büsing, M. d. R.; Hofrat Prof. Dr. Bluntschli-Heidelberg; Dr. Buhl-Deidesheim, M. d. R.; Gymnasialdirektor Bulle-Bremen; Georg von Bunsen; Baron Charpentier-Straßburg i. E.; Vorsteher der Kaufmannschaft Damme-Danzig; Landgerichtsdirektor Dahlmann-Marburg; Oberstudienrat Dr. v. Dillmann-Stuttgart; Oberregierungsrat Dr. Diefenbach-Stuttgart; Oberlandesgerichtsrat Diehl-Frankfurt a. M.; Kommerzienrat Diffené-Mannheim; Dr. Dohrn, M. d. R., Stettin; Geh. Kommerzienrat M. Duttenhofer-Rottweil; Konsistorialrat Dr. Ehlers-Frankfurt a. M.; Sanitätsrat Dr. Endemann-Cassel; Direktor Dr. Emminghaus-Gotha; von Eynern, M. d. A.; Landgerichtsdirektor Fieser-Karlsruhe; Geh. Reg.-Rat Dr. Finkelnburg-Bonn; Stadtrat Flinsch-Frankfurt a. M.; von Forkenbeck, Oberbürgermeister; Geh. Komm.-Rat Frentzel; Geh. Hofrat Prof. Dr. Fresenius-Wiesbaden; Dr. Gustav Freytag-Wiesbaden; Oberbürgermeister Dr. Funck-Dessau; Oberbürgermeister Fuß-Kiel; Bürgermeister Dr. Heinr. Gaßner-Mainz; Dr. Adolph von Gerhardt-Gera; Geh. Rat Dr. von Gerlach-Erlangen; Weingutsbesitzer Karl Geßner-Bingen; Prof. Friedr. Goltz-Straßburg i. E.; Landgerichtsdirektor Dr. Gunzert-Straßburg i. E.; Gutsbesitzer Guse-Workallen; Prof. Dr. von Gyzycki; Oberlandesgerichtspräsident Görz-Darmstadt; Justizrat Götting-Hildesheim; Geh. Medizinalrat Dr. Gräfe-Halle; Justizrat Hagen-Königsberg; Professor Dr. Hänel-Kiel, M. d. R.; Oekonomierat Hausburg-Berlin; Abg. Dr. Hammacher-Berlin; Rechtsanwalt Dr. Harnier-Cassel; Geh. Reg.-Rat Dr. Hartwig-Halle; Dr. Paul Heyse-München; Staatsminister a. D. Hobrecht; Prof. Dr. W. von Hofmann-Berlin; Kirchenrat Prof. D. Holsten-Heidelberg; Stadtpfarrer Höchstetter-Lörrach; Geh. Justizrat Prof. R. v. Ihering-Göttingen; Prof. Dr. Ihne-Heidelberg; L. Jordan-Berlin, M. d. R.; Dr. Kahlbaum-Görlitz; Dr. Kalle-Bieberich a. Rh.; Landesökonomierat Kiepert-Berlin; Rechtsanwalt Kirschner-Breslau; Geh. Oberregierungsrat a. D. Kieschke, M. d. A.; Sanitätsrat Dr. Küster-Berlin; Geh. Kommerzienrat Ad. Kröner-Stuttgart; Dr. Langerhans, M. d. R., Berlin; Pfarrer Leblois-Straßburg i. E.; Rechtsanwalt Lenzmann-Lüdenscheid; Geh. Justizrat Lesse-Berlin; Prof. Dr. Franz von Liszt; Geh. Rat Professor Dr. Victor Meyer-Heidelberg; Professor Paul Meyerheim-Berlin; Dr. jur. Mittermaier-Heidelberg; Prof. Th. Mommsen-Berlin; Pfarrer Müller-Gotha; Pfarrer Müller-Stettin; Rechtsanwalt Munckel, M. d. R.; Prof. Nöldecke-Straßburg; Geh. Kommerzienrat W. von Oechelhäuser-Dessau; Oberbürgermeister Oechsner-Mainz; Oberbürgermeister Ohly-Darmstadt; Geh. Bergrat Pfaehler, M. d. R., Wiesbaden; Rechtsanwalt, M. d. R. Em. Petri-Straßburg i. E.; Professor Dr. Pochammer-Kiel; Prof. Dr. Franz Rühl-Königberg; Geh. Reg.-Rat Prof. Reuleaux; R. Roesicke, M. d. R.; Prediger Schmeidler-Berlin; Gymnasialdirektor Schmelzer, M. d. A.; Oberlandesgerichtsrat Schmieder, M. d. R.; Schrader, M. d. R.; Prediger Dr. Schwalb-Bremen; Präsident der Handelskammer

Julius Sengenwald, Straßburg i. E.; Geh. Komm.-Rat Siegle-Stuttgart; Geh. Reg.-Rat Simon-Berlin; Generalarzt a. D. Dr. Starke-Kolberg; Oberbürgermeister Staude-Halle; Freiherr Schenk von Stauffenberg, M. d. R.; Wirkl. Geh. Rat Dr. Steinbeis-Leipzig; Prediger Steinmetz-Stettin; Prof. Stengel-Marburg; Ministerialrat v. Stoeßer-Karlsruhe; Oberbürgermeister Struckmann, M. d. R.; Herm. Sudermann-Berlin; Stadtrat Strube-Berlin; Prediger D. Thomas-Berlin; Rechtsanwalt Träger, M. d. R.; Pastor Dr. Walte-Hann.-Münden; Professor Dr. Wattenbach-Berlin; Stadtrat Dr. Max Weber-Berlin; Regierungspräsident a. D. von Wegener-Berlin; Oberbürgermeister Weise-Kassel; Geh. Hofrat Dr. Wendt-Karlsruhe; Oberbürgermeister Westerburg-Hanau; Geh. Justizrat von Wilmowski-Berlin; Geh. Rat Prof. Dr. Windscheid-Leipzig; Dr. Witte-Rostock; Adolf Wörmann-Hamburg; Chefredakteur Wyneken-Königsberg; Zelle, Stadtsyndikus, Berlin; Pastor Ziegler-Liegnitz; Professor Dr. Ziegler-Straßburg.

Der Verein mit dem Sitze in Berlin und einem Zweigbureau in Frankfurt a. M. zählte bald viele Tausende von Mitgliedern aller Bekenntnisse aus allen Teilen Deutschlands.

Der erste Vorsitzende des Vereins, Abg. v. Gneist, starb 1895, an seine Stelle trat Abg. Rickert; zweiter Vorsitzender wurde Kgl. Archivrat Dr. Winter, Schatzmeister der frühere Abg. Jordan, stellvertretender Schatzmeister Dr. Ludwig Jacobowski. Im November 1902 wurde dem Verein der Vorsitzende Abg. Rickert durch den Tod entrissen. Zu seinem Nachfolger wurde Abg. Theodor Barth gewählt. In den nächsten Jahren setzte sich der Vorstand zusammen aus den Herren Dr. Barth, Dr. Winter, Geh. Baurat Benoit (an Stelle des verstorbenen Herrn Jordan), Stadtrat Flinsch und Charles L. Hallgarten aus Frankfurt a. M. Seit dem Jahre 1904 steht an der Spitze des Vereins außer dem engeren Vorstande ein erweiterter Vorstand (jetzt: Ausschuß) von ca. 80 Mitgliedern, in dem Juden und Christen gleichmäßig vertreten sind.

Es trat demnächst eine weitere Veränderung in dem engeren Vorstande ein, indem das Amt des Schatzmeisters dem Verlagsbuchhändler Herrn Dr. Walter de Gruyter-Berlin übertragen wurde.

Im Juni 1909 starb der Vorsitzende Dr. Barth; sein Nachfolger wurde Abg. Bergrat Gothein. Seitdem gehören dem engeren Vorstande an: Abg. Gothein, Geh. Reg.-Rat Professor Wilhelm Foerster, Dr. de Gruyter, Geh. Rat Benoit, Stadtrat Flinsch, v. Lasaulx und Rechtsanwalt Dr. Ed. Baerwald.

Der Verein hat nicht nur durch das Hinscheiden seiner ersten drei Präsidenten, sondern auch durch den Tod des insbesondere in dem Frankfurter Bezirk überaus rührigen Philanthropen Herrn Hallgarten schmerzliche Verluste erlitten.

Ende des Jahres 1909 erwarb der Verein die Korporationsrechte. Die Tätigkeit des Vereins ist in der Hauptsache der Aufklärung gewidmet. Eine umfassende Agitation entwickelt er durch die Verbreitung von Flugschriften und Broschüren sowie von Volks-

kalendern. Weiter ist die Herausgabe des Antisemitenspiegels zu nennen. Eine ganz hervorragende Stellung in dem Aktionsprogramm des Vereins nehmen aber die monatlich zweimal erscheinenden „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ ein und die damit im Zusammenhang stehende Korrespondenz für Zeitungsredaktionen, die in Hunderten von Exemplaren gratis versandt und eifrig benutzt wird.

Der Verein betrachtet es als eine Ehrenpflicht, den sich in ihren Rechten verletzt fühlenden jüdischen Mitbürgern zur Seite zu stehen und prüft die aus diesen Kreisen stammenden Beschwerden, um Abhilfe zu schaffen. Er läßt es sich angelegen sein, alles auf die Gesetzgebung und Verwaltung bezügliche Material zu sammeln, das den Verteidigern der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in den Parlamenten, in Versammlungen und in der Presse wertvolle Dienste leistet.

Bei den Wahlen ist der Verein jederzeit in Tätigkeit getreten, wo es sich um die Bekämpfung der Antisemiten aller Schattierungen handelt. Er hat ohne Rücksicht auf die besondere Parteistellung der Kandidaten sich bemüht, die Agitation seiner Gesinnungsgenossen literarisch zu unterstützen und ihnen auch nach Maßgabe seiner finanziellen Kräfte Beihilfen zu dem Kampfe zur Verfügung gestellt.

Mit dem Zentralveren deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der zum Teil auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln die gleichen Ziele verfolgt, arbeitet er harmonisch zusammen. Beide Vereine haben neben den gemeinsamen Aufgaben gewisse Spezialgebiete zur Bearbeitung übernommen; es liegt auf der Hand, daß die verschiedenartige Zusammensetzung der Mitglieder beider Vereine auch eine verschiedenartige Resonanz ihrer politischen Betätigung zur Folge hat. Dadurch hat sich ganz von selbst im Laufe der Jahre eine gewisse Arbeitsteilung zwischen beiden Vereinen herausgebildet, die den gemeinsamen Interessen nur förderlich gewesen ist. Bei den politischen Wahlen gehen die beiden Abwehrorganisationen Hand in Hand, um jede Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden.

Seit seinem 20jährigen Bestehen hat der Verein zur Abwehr des Antisemitismus mit bescheidenen Mitteln seine Aufgabe zu erfüllen gesucht. Auch diejenigen politischen Kreise, welche ursprünglich gegen den Verein ein gewisses Mißtrauen hegten, haben dieses Vorurteil längst überwunden und seine Hilfe gern in Anspruch genommen. Der Verein wird nach wie vor in aller Unabhängigkeit, aber in Fühlung mit den freiheitlichen Parteien und den gleiche Ziele verfolgenden Organisationen des Judentums bestrebt sein, eine Art Zentralpunkt für die Bekämpfung des Antisemitismus zu bleiben. Je mehr der Verein unterstützt wird, je mehr Mitglieder er gewinnt, um so erfolgreicher wird er den Kampf für die Gleichberechtigung der jüdischen Mitbürger führen können.

* * *

Die S a t z u n g e n des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus enthalten u. a. die folgenden Bestimmungen:

Mitglieder des Vereins können volljährige, unbescholtene Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied der Partei und des Glaubensbekenntnisses werden.

Die Mitglieder zahlen einen jährlichen Beitrag von beliebiger Höhe. Durch Zahlung eines einmaligen Beitrages von mindestens 300 Mark kann die lebenslängliche Mitgliedschaft erworben werden.

Die Organe des Vereins sind:

a) der Vorstand,
b) der Ausschuß,
c) die Mitgliederversammlung.

Auch Frauen können dem Ausschuß und dem Vorstand angehören.

Der Vorstand besteht aus sieben Personen. Er wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einen Schatzmeister und dessen Stellvertreter.

Neben dem Vorstand wird ein Ausschuß bestellt, der aus mindestens 20 Personen besteht, die durch die Mitgliederversammlung auf die Dauer von je fünf Jahren gewählt werden.

Der Ausschuß hat den Vorstand in der Führung der Geschäfte zu unterstützen. Er wird berufen, so oft es der Vorstand für erforderlich hält; falls mindestens zehn Mitglieder des Ausschusses es beantragen, ist eine Ausschuß-Sitzung durch den Vorsitzenden binnen vier Wochen zu berufen.

Mitgliederversammlungen werden durch den Vorsitzenden des Vorstandes unter Angabe der Zeit und des Ortes der Versammlung sowie der zu behandelnden Gegenstände berufen.

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alljährlich einmal statt. Ihr liegt ob:

a) Die Entgegennahme des Geschäftsberichtes und die Beschlußfassung über Entlastung des Vorstandes für die Verwaltung im abgelaufenen Geschäftsjahre,
b) die Wahl von Vorstands- und Ausschußmitgliedern,
c) die Beschlußfassung über Anträge.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind, und zwar längstens binnen vier Wochen zu berufen, falls entweder drei Mitglieder des Vorstandes oder die Hälfte der Ausschußmitglieder oder der zehnte Teil der Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks dies beim Vorsitzenden des Vorstandes beantragen.



Personen- und Sachregister.

(Siehe auch das Inhalts-Verzeichnis auf Seite 3.)

C

D

N

O

P

R



Vereinigte Verlagsanstalten
Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei
Aktiengesellschaft
Berlin W. 35, Lützowstr. 105
11998